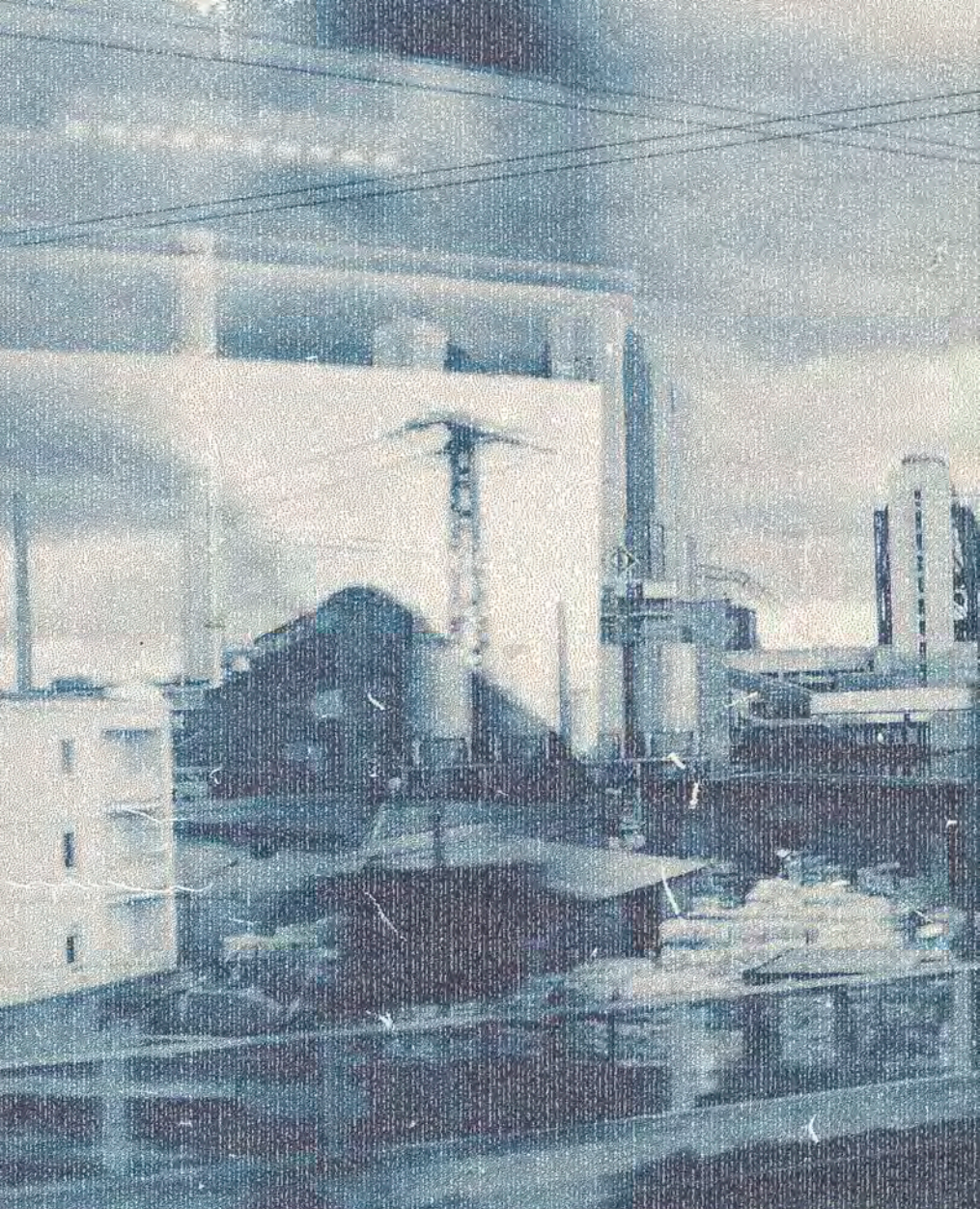




Hitz, Keil; Lehrer, Ronneberger, Schmid, Wolff (Hrsg.)

Capitales Fatales

Urbanisierung und Politik in den

Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich

Rotpunktverlag

Frankfurt und Zürich – zwei Capital Cities, die vieles gemeinsam haben. Beide erlebten in den letzten Jahrzehnten einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg und stehen heute in der globalen Hierarchie der Finanzzentren auf der zweiten Stufe nach London, New York und Tokio. In beiden Metropolen spielten urbane Bewegungen eine herausragende Rolle. Und am Main wie an der Limmat regierten in den letzten Jahren rot-grüne Mehrheiten. Auch der Urbanisierungsprozess zeigt verblüffende Parallelen, beispielsweise die Restrukturierung der urbanen Peripherie oder die Entstehung von polyzentrischen urbanen Grossregionen. Doch während sich im Zentrum Frankfurts die globalen Kommandofunktionen in die Höhetürme türmen, werden sie in Zürich hinter distinguierten gründerzeitlichen Fassaden versteckt. Die Hintergründe dieser Entwicklungen zu analysieren, unterschiedliche lokale Erfahrungen aufzuzeigen und mögliche Perspektiven auszuloten – das ist die Grundidee der HerausgeberInnen, die seit 1991 im Rahmen des »International Network for Urban Research and Action« (INURA) zusammenarbeiten.

Hitz, Keil, Lehrer, Ronneberger,
Schmid, Wolff (Hrsg.)

Capitales Fatales

**Urbanisierung und Politik
in den Finanzmetropolen
Frankfurt und Zürich**

Rotpunktverlag

Dieses Buch ist das erste in einer Serie von Publikationen, die von Mitgliedern des International Network for Urban Research and Action (INURA) verfasst und herausgegeben werden. Ziel von INURA, einem Netzwerk von WissenschaftlerInnen und AktivistInnen, ist es, länder- und städteübergreifende Zusammenarbeit in Stadtforschung und -aktion zu fördern.

This book is the first in a series of publications authored and edited by members of the International Network for Urban Research and Action (INURA). This organization of scholars and activists works to improve cooperation in urban research and action across countries and cities.

Bildnachweis: Das Umschlagbild und sämtliche Fotos in diesem Band stammen von Ute Lehrer. Die doppelseitigen Fotos zu den Kapiteltiteln zeigen Frankfurt am Main, die Frankfurter Downtown, den Zürcher Hauptbahnhof, Zürich-Nord in Glattbrugg, das Zürcher Lettenareal, die Frankfurter Fressgasse sowie den Opernhausplatz in Frankfurt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Hitz, Keil, Lehrer, Ronneberger, Schmid, Wolff (Hrsg.):

Capitales Fatales: Urbanisierung und Politik in den
Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich

1. Aufl., Zürich : Rotpunktverl., 1995

ISBN 3-85869-093-7

Juli 1995, erste Auflage. Copyright bei rpv, alle Rechte vorbehalten. Satz: gesetzt in der Garamond und Triumvirate bei TypoVision, Zürich; Lektorat: Benedikt Loderer; Korrektorat: Die Herausgeber; Gestaltung, Umbruch, Umschlag: Heinz Scheidegger; Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. Verlagsadresse: Rotpunktverlag, Postfach 397, CH-8026 Zürich.

Auslieferungen: Schweiz: AVA (buch 2000); Deutschland: Prolit; Berlin und Umgebung: Rotation; Österreich: Herder.

ISBN 3-85869-093-7

Bitte verlangen Sie unser Gesamtverzeichnis!

Inhaltsverzeichnis

I. Einblick

Roger Keil und Ute Lehrer: Städte des Kapitals und Welten des Widerstands	8
--	---

II. World City und Global City

John Friedmann: Ein Jahrzehnt der World City-Forschung	22
---	----

Saskia Sassen: Global City – Hierarchie, Massstab, Zentrum	45
---	----

Stefan Kipfer und Roger Keil: Urbanisierung und Technologie in der Periode des Globalen Kapitalismus	61
--	----

III. Gesellschaftliche Restrukturierung, Regulation und Stadtentwicklung

Alain Lipietz: Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiss für die neunziger Jahre	90
--	----

Margit Mayer: Stadtpolitik im Umbruch	123
--	-----

Hansruedi Hitz, Christian Schmid, Richard Wolff: Zur Dialektik der Metropole: Headquarter Economy und urbane Bewegungen	137
---	-----

IV. Architekturen des Städtischen im urbanen Raum

Edward W. Soja: Anregung für ein wenig Verwirrung: Ein zeitgenössischer Vergleich von Amsterdam und Los Angeles	160
---	-----

Walter Prigge: Urbi et orbi – zur Epistemologie des Städtischen	176
--	-----

Ute Lehrer: Grossstadt Schweiz: Die Architektur des Flexiblen Raumes	188
---	-----

V. Zürich

Hansruedi Hitz, Christian Schmid, Richard Wolff: Boom, Konflikt und Krise – Zürichs Entwicklung zur Weltmetropole	208
--	-----

VI. Frankfurt

Klaus Ronneberger und Roger Keil: Ausser Atem – Frankfurt nach der Postmoderne	284
---	-----

VII. Ausblick

Klaus Ronneberger und Christian Schmid: Globalisierung und Metropolenpolitik: Überlegungen zum Urbanisierungsprozess der neunziger Jahre	354
--	-----

Bibliographie	379
Autorinnen und Autoren	399

I. Einblick





Städte des Kapitals und Welten des Widerstands

Roger Keil und Ute Lehrer

»Europäische World Cities sind aufgrund ihrer relativ geringen Grösse und oft spezialisierten Funktionen schwer zu kategorisieren. London und Paris sind World Cities der ersten Ordnung. Doch darüber hinaus wird die Klassifizierung schwieriger. Um dies zu illustrieren, habe ich als World Cities der ersten Ordnung die Reihe eng verknüpfter städtischer Gebiete in den Niederlanden eingeschlossen, die allesamt auf den Europort von Rotterdam hin ausgerichtet sind, sowie Frankfurt als Zentrum der westdeutschen Ökonomie und Zürich als führenden Weltgeldmarkt.«

John Friedmann

»Ich habe Grüne getroffen, die sich in Frankfurt langweilen, weil ihnen ›die Stadt zu klein‹ ist.«

Alain Lipietz

»Viele Schweizer sind noch immer der Meinung, sie wohnen in einem Land von Bauern, wo überbaute Gebiete die Ausnahme darstellen.«

André Corboz

»Die gegenwärtigen Revolten sind urbane Revolten. Das heisst nicht einfach, sie brächen in den Städten auf – und das würde nicht einmal ohne Abstriche zutreffen. Wichtig ist vielmehr, dass nicht in der Stadt, sondern um die Stadt gekämpft wird. Diese urbanen Revolten sind keine Revolten gegen die Verstädterung, sondern gegen den Mangel an städtischen Lebensformen in der Stadt. Sie klagen ein Versprechen ein, das die Städte laufend abgeben und laufend brechen.«

Rudolf Lüscher

Während in den letzten beiden Jahrzehnten eine europäische Theorie-
welle – vor allem aus Frankreich und Grossbritannien – über den
Atlantik schwappte und die nordamerikanische Stadtforschung nach-
haltig beeinflusste, waren immer auch die Eindrücke des amerikani-
schen Urbanisierungsmodells auf die europäische Theorie und Praxis
spürbar gewesen. Wir versuchen mit diesem Buch diese transatlanti-
sche Tradition der gegenseitigen Intervention in den Diskurs des Städti-
schen fortzusetzen und zugleich die Differenzen und Gemeinsamkei-

ten eines grösstenteils deutschsprachigen Nachdenkens über Städte in der Schweiz und in Deutschland auszuloten.

Europäische Städte sehen zunehmend »amerikanischer« aus, während gleichzeitig Stadtplanerinnen und Kritiker in den USA und Kanada mittels »Hauptstrassendesign«, Verdichtung und *urban villages* versuchen, städtische Formen zu kreieren, die europäischen Städten gleichen sollen. Europäische Stadtforschung entdeckt *urban sprawl*, Dezentralisierung und Exurbanisierung, während ihr nordamerikanisches Gegenüber den Massstab, die Dichte und die öffentliche Transporttechnologie europäischer Metropolen als Modelle erkundet.

Die scheinbare Konvergenz stadtanalytischer Problemkonstellationen führt jedenfalls zu verwandten, teilweise gemeinsamen Fragekomplexen. Wachsen auf beiden Kontinenten nun die Städte vornehmlich weit *vor* der »eigentlichen« Stadt? Haben wir die Ära der *outer city* erreicht? Werden wir in Zukunft alle in einer Version von Las Vegas leben, oder sind die Misstöne des (vorläufigen) Scheiterns, die von Euro-Disney in Marne-la-Vallée ausgehen, ein Beweis für das Gegenteil: die erfolgreiche Verteidigung der standfesten Bastion europäischer Räumlichkeit?

Eine mögliche Antwort auf diese Fragen ist, dass sich beide Kontinente unter dem Eindruck von Globalisierung und Einwanderung aus dem Süden und dem Osten so stark verändern, dass sich dadurch nicht nur der Charakter der Urbanisierung auf beiden Erdteilen, sondern auch das Selbstverständnis ihrer Gesellschaften wandelt. Während die städtischen Erfahrungen in Amerika und Europa näher zusammenrücken, werden sie vielleicht bald die Züge asiatischer, lateinamerikanischer und afrikanischer Urbanität annehmen.

Die kanadische Metropole Toronto wird oft als Beispiel für eine gelungene Konvergenz des europäischen Modells mit dem amerikanischen zitiert. Aufgrund seiner gespalten strukturierten Form einer in den Wohnstadtteilen europäisch anmutenden Innenstadt und eines amerikanisch dezentralisierten Vorstadtrings wurde bemerkt, dass Toronto wie Wien sei, das von Phoenix, Arizona umgeben ist. Zu Beginn des globalen Zeitalters ist Toronto immer noch »die Stadt, die funktioniert«, wie sie in den sechziger Jahren genannt wurde. Vieles von dem, was dort funktioniert, hat mit der besonderen Mischung *lokaler* politischer, planerischer und wirtschaftlicher Aktivitäten zu tun. Doch möglicherweise gibt Toronto auch Anlass für einen Pessimismus, der annimmt, dass sich in der Stadt der Zukunft die schlimmsten Aspekte aller Optionen zu einer monströsen Realität zusammenfügen werden. In diesem Szenario würde Toronto eines Tages wie Detroit aussehen, das von Rostock umgeben ist. Ende dieses Jahrhunderts, nachdem die

Zerstörung der Städte wieder nach Europa zurückgekehrt ist, lässt sich auch hier die Frage nicht mehr vermeiden, ob es eine Alternative zu Sarajevo gibt.

Globale Restrukturierung und lokale Politik

Unter Umständen spielen jedoch diese kontinentalen Überlegungen überhaupt keine Rolle. Ist es nicht wichtiger zu begreifen, dass das, was wirklich konvergiert, der Raum des globalen Kapitals ist, während die individuellen örtlichen Erfahrungen zunehmend divergieren? Ist die einzige Gegenmacht zur Konvergenz des globalen Kapitals die tribalistische Fragmentierung dieser divergierenden städtischen und ländlichen Gemeinden: bewacht und abgezaunt voneinander, eingeklemmt zwischen den Barrieren des Hochgeschwindigkeitsverkehrs und strukturiert durch die Verästelungen der elektronischen *Superhighways*? Doch es regt sich auch Widerstand. Städtische und ländliche Akteure rund um die Welt haben die letzte Runde der Globalisierung nicht ohne Widerstand hingenommen. Die Anstrengungen des globalen Kapitals, nationale und kontinentale Grenzen zu seinen Gunsten neu zu ziehen – wie durch GATT, NAFTA und EU – haben eine Welle von Mobilisierung und Ungehorsam hervorgerufen, die von Chiapas in Mexiko zu den Automobilwerken im kanadischen Rostgürtel und von den Strassendemonstrationen in Kopenhagen bis zu den Kundgebungen der Bauern in Genf schwappte.

Die Anzeichen für eine Konvergenz von Entwicklungen in westlichen kapitalistischen Gesellschaften in Amerika und Europa sind im Zeitalter der Globalisierung nicht zu übersehen und haben in jüngster Zeit Anlass zu vergleichenden Studien von Stadtregionen gegeben. So schreiben Susan Fainstein und Michael Harloe in ihrem gemeinsam mit Ian Gordon herausgegebenen *Divided Cities: New York and London in the Contemporary World* (1992: 1):

»Beiderseits des Atlantiks transformieren globale Kräfte die ökonomischen Grundlagen metropolitaner Regionen. Die neue Logik der Produktion, der Beschäftigung und der Verteilung hat Veränderungen in der Flächennutzung und in der gesellschaftlichen Beschäftigungsstruktur hervorgerufen; sie ist der Grund für eine Neuordnung der städtischen Hierarchie und der ökonomischen Verbindung zwischen Orten.«

Während die Restrukturierung sich unterschiedlich auf die Städte auswirkt (ibid.), sind doch einige verallgemeinerbare Trends festzustellen. Buck, Drennan und Newton unterscheiden in ihrem Beitrag im gleichen Band (1992: 69-73) sechs solcher allgemeiner Tendenzen in

den Ökonomien von Metropolregionen: Erstens setzt sich die Krise in den industriellen Kernsektoren fort; zweitens gibt es die Tendenz zu einer disaggregierteren Geographie der Produktion und eine Bewegung weg von den alten Zentren der Industrie; drittens hat die wachsende Komplexität von Produktionsprozessen und der Unternehmensführung die Nachfrage nach Produktionsdiensten stark erhöht; viertens hat das Bedeutungswachstum internationaler Finanzsysteme, woran die Internationalisierung der Produktion geknüpft ist, zur Ausprägung eines bestimmten neuen Städtetyps, der *Global City* geführt; fünftens hat die Nachkriegsperiode eine Ausdehnung der Rolle der Staaten im Management der Volkswirtschaften und in der Bereitstellung sozialer oder kollektiver Dienstleistungen erbracht; sechstens schliesslich gab es Veränderungen in den Mustern der privaten Konsumtion in den grossen Städten, vor allem in Verbindung mit der Vergrösserung einkommensstarker Mittelschichten.

Diese generellen *Tendenzen* gesellschaftlicher Restrukturierung haben in Stadtregionen wiederum spezifische *Konsequenzen*, die Edward W. Soja (in diesem Buch) in fünf Kategorien zugespitzt hat. Er zeigt, dass sie sich in unterschiedlich ausgeprägter Form sowohl in der – prototypisch amerikanischen – Stadt Los Angeles als auch in der – prototypisch europäischen – Stadt Amsterdam nachweisen lassen: die geographische Umgestaltung der städtischen Form, die zunehmende Internationalisierung der regionalen Metropole, die industrielle Restrukturierung, die wachsende soziale und ökonomische Polarisierung (oder Fragmentierung und komplexe soziale Stratifikation; Fainstein, Gordon, Harloe 1992) und schliesslich die kulturellen Transformationen, die Soja mit »Postmodernismus« und »Postmodernisierung« umreisst. In anderem Zusammenhang hat Saskia Sassen für New York, London und Tokio (1993) sowie für verschiedene Städtesysteme in der Weltökonomie (1994) demonstriert, dass internationale Vergleiche mit diesen oder verwandten Kategorien zu wertvollen Ergebnissen führen können, die eine jeweils lokal beschränkte Sichtweise nur teilweise erbringen würde.

Keiner dieser Vergleiche wäre jedoch vollständig, wenn lediglich sozioökonomische Faktoren an verschiedenen Orten gegeneinander gehalten würden. Die spezifischen Ausprägungen dieser Tendenzen in individuellen Metropolregionen stehen in unmittelbarer Verbindung zu den jeweiligen sozialen und politischen Bedingungen vor Ort. Zwischen der (globalen) ökonomischen Restrukturierung und dem (lokalen) politischen System besteht eine Schlüsselbeziehung (Keil 1993). Diese lässt sich jedoch in ihrer Wirkungs-dynamik nicht eindeutig festlegen, sondern ist selbst ein wichtiger Gegenstand der Stadtforschung.

Städtische Politik ist auch und gerade im gegenwärtigen global induzierten Restrukturierungsprozess relevant. In ihrer vergleichenden Betrachtung verschiedener Fallstudien lokaler Politik in europäischen Städten haben Heinelt und Mayer (1992: 17) beobachtet, dass die Verschärfung sozial-räumlicher Polarisierungsprozesse und der Bedeutungswandel von Zentrum und Peripherie mit der zunehmenden Mobilisierung der lokalen Politik für wirtschaftliche Entwicklung, mit der Reduzierung und Umstrukturierung öffentlicher Dienstleistungen und der Ausweitung des herkömmlichen Verständnisses von Politik einhergeht, wobei den Kommunen zunehmend Moderatorenfunktionen zukommen. Diese Analyse führt schliesslich zu einem Blick auf »das ganze Netz von Institutionen, Akteuren und Verhandlungssystemen, inklusive ihrer überörtlichen Dimensionen« (ibid.: 26). Hiermit rücken die verschiedenen Handlungsebenen der zivilen Gesellschaft und nicht nur die des lokalen Staates in den Mittelpunkt des Interesses.

Die sozialräumliche Restrukturierung der Städte hat auch zur Folge, dass sich die politischen Verhältnisse von Stadtzentrum und -peripherie sowie der Quartiere untereinander ändern. Doch die städtische Form allein gibt uns kaum Hinweise auf die Politik in den Städten. Das Verhältnis von städtischer Form, Stadtlandschaft und Stadtstruktur zur Politik ist widersprüchlich und reichlich unvorhersagbar. Als in den amerikanischen Städten der Nachkriegsära ein Kurs der Selbstzerstörung eingeschlagen wurde, der von den ersten Stadterneuerungsprogrammen der vierziger Jahre bis zur Rebellion in Los Angeles von 1992 reichte, wurden die unruhigen Zentren der europäischen Städte von Amsterdam bis Zürich und von Paris über London bis Frankfurt Orte gegenkultureller Experimente, Stadtviertelpolitik und gewaltförmer Kämpfe sowie Schauplätze für lokalsozialistische oder rotgrüne Reformprojekte. Während der soziale Friede in den Peripherien der nordamerikanischen Städte meistens durch privatisierten Massenkonsum gehalten wurde, sind die Peripherien der europäischen Städte zunehmend zu umkämpften Terrains geworden, und als NordamerikanerInnen dem suburbanen Traum vom halbländlichen Leben in der Peripherie nachjagten, kämpften Menschen in den Vorstädten Europas oft um mehr Urbanität in der *banlieue* (Lüscher 1984).

Jenseits von Chicago: Urbanisierung und der Diskurs des Städtischen heute

Bescheidenheit und Zurückhaltung sind angebracht, wenn wir diskursive Konstruktionen von einer urbanen Realität auf eine andere übertragen wollen. Wir lernen gerade erst die Sprachen, die wir für die Be-

schreibung der städtischen Zukunft brauchen werden, an deren Schwelle wir stehen. Währenddessen versehen einige Städtebauer und Vertreterinnen der architektonischen »globalen Postmoderne« (Hall 1991: 32) bereits die Peripherien unserer Städte mit einem Zeichensystem, das nur eine Karikatur jenes Alltäglichen ist, das es zu sein vorgibt (siehe das Kapitel von Ute Lehrer in diesem Buch). Es kann kein Modell wie das »Chicago« der früheren Jahrzehnte mehr geben, um das Städtische andernorts zu erklären. Das schlichte Kopieren von städtischer Erfahrung wird nicht genügen, und Amerika wird in Europa nicht funktionieren:

»Jede Möglichkeit eines rationalen Diskurses über die zukünftige Stadtentwicklung in einem »regionalisierten« Europa wird allerdings in Frage gestellt, wenn als einziger Weg ein Zustand in die Zukunft projiziert wird, der gravierende, seit Jahrzehnten bekannte Mängel fest schreibt, weil sie einer uneingestanden Sehnsucht nach heiler Welt (Segregation) und falschen Mythologien (ländlicher Individualismus in der Konsumgesellschaft) dienen« (Will 1992: 29).

Doch wenn auch der einfache Transfer »städtischer Modelle« nicht funktionieren mag, so muss doch bemerkt werden, dass sich weltweit der Charakter der Urbanisierung während des gesamten zwanzigsten Jahrhunderts zunehmend vom europäischen Modell entfernt hat. Los Angeles ist hier erneut ein zentraler Referenzpunkt:

»Was Los Angeles wirklich als ein Objekt der Stadtforschung empfindet, ist, dass es die Beobachterin zwingt, über die historische Kruste hinauszublicken, die die Aufmerksamkeit in älteren Städten monopolisiert. Alle grossen Städte haben Vorstädte wie die, die den grössten Teil von Los Angeles ausmachen. Den Liebhabern des Pittoresken haben sie wenig anzubieten, also eilen diese schnell weiter, um wieder zu den Gittern und Piazzas des Zentrums zurückzukehren. Doch es ist die scheinbar amorphe Peripherie der Stadt, die Zeugnis über die wirkliche Natur des Urbanismus im 20. Jahrhundert ablegt. Und Los Angeles ist fast völlig auf diese Weise organisiert (...) Die Fragen der Stadtheorie sind immer von der europäischen Erfahrung aus gestellt worden. Aber es ist ein Modell, das weniger und weniger Relevanz selbst für diejenigen Städte hat, von denen aus es entwickelt wurde« (Sudjic 1992: 26 und 30).

Für viele Menschen in der Stadt war die Bewegung weg von der europäischen Tradition der zentralisierten Urbanität ein Akt der Befreiung. Für die Ghettos in den amerikanischen Städten war es das nicht. Doch wo der Fordismus die nordamerikanische Stadt ursprünglich in innerstädtische Ghettos und Mittelklassenvororte gespalten hatte, liess die Krise dieses Urbanisierungsmodells auch eine teilweise Aus-

dehnung der – ideologisch stark propagierten – dezentralisierten, suburbanen Autonomie auf Gruppen ausserhalb der weissen Mittelklasse zu. In einem globalen Sinne wurde die weisse, männliche und koloniale Perspektive des städtischen Prozesses zunehmend dezentriert und ihre Hegemonie in Frage gestellt. Sowohl der Bedeutungsverlust des klassischen europäischen Modells als auch die Krise der fordistischen Stadt amerikanischen Typs erforderten und ermöglichten neue theoretische Positionen, die Klasse, Ethnie und Geschlecht in der Stadtforschung neu in Beziehung setzten (Peake 1993). Dieses Umdenken hatte selbst politische Ursachen und Konsequenzen.

In einem Essay über die Differenzen zwischen den nordamerikanischen und europäischen Siedlungsstrukturen hat Dieter Hoffmann-Axthelm gezeigt, dass die europäische Form der »Siedlung« ein »hundertjähriger Kompromiss« ist: »Zwischen der alten Zentralstadt und der sozialistischen Utopie der Aufhebung von Stadt und Land stellt sie ein merkwürdig zählebiges Mittleres dar: nicht Stadt, vielmehr durchaus stadtfeindlich, aber auf die Ideologeme städtisch-korporativen Lebens fixiert: Gemeinschaft und geschlossene Form« (1991: 105). Die städtische Peripherie in Europa war mindestens seit Mitte dieses Jahrhunderts vornehmlich die Domäne des Staates und halböffentlicher Wohnungsbaugesellschaften. Das Resultat war oft die Art von Satellitenstadt, die auf dem ganzen Kontinent zwischen Lyon und Hoyerswerda Schauplatz gewalttätiger Ausschreitungen und Proteste geworden ist. Im Gegensatz dazu hat in der städtischen Peripherie Nordamerikas »die Selbsthilfe der Mittelklassen« (Hoffmann-Axthelm 1991: 106) ein suburbanes Habitat geschaffen, wo privatisierte Räume vorherrschen und wo sich der lokale Staat langsam in ein Gestrüpp privater Dienstleister zurückzieht, die von Kindertagesstätten über Gefängnisse bis zu Kraftwerken die öffentliche Versorgung sicherstellen. Auf beiden Kontinenten haben die suburbanen Mittelklassen partielle, private *Lösungen* für städtische Schwierigkeiten gefunden. Die öffentlichen oder gemeinnützigen sozialen Räume wurden in der europäischen urbanen Peripherie oft Magnete für soziale, ökonomische, politische und ökologische *Probleme*. In beiden Fällen wurden die städtischen Peripherien Projektionsräume für Urbanität und Flutbecken für die Urbanisierung der Stadtregion. Sie wurden in der Folge klassenübergreifend Orte ökologischer Katastrophe und sozialer Instabilität.

Die Dialektik von Kontrast und Übereinstimmung bestimmt nicht nur den transkontinentalen Vergleich. Auch wenn beide Städte als internationale Finanzzentren fungieren, ist das Erscheinungsbild von Zürich und Frankfurt bereits auf den ersten Blick verschieden: Frankfurt gilt als die Bankenstadt, in der sich das Geld in harten Spiegelfassa-

den wiederfindet und in der sich die Gebäude in der Innenstadt in für europäische Verhältnisse unbekannte Höhen strecken. Hingegen scheint sich in der hochhausarmen Schweizer Metropole das Geld eher im Boden zu verkriechen; die Bahnhofstrasse mit ihren unterirdischen Banktresoren gilt als das teuerste Pflaster der Welt.

In Übereinstimmung mit unserer Überzeugung, dass lokale Politik und lokale politische Kämpfe auch im globalen Zeitalter ihre Bedeutung nicht verlieren, gehen wir davon aus, dass die klaren Unterschiede in der gebauten Umwelt der beiden Städte als ein Resultat spezifischer lokaler Politiken im Kontext der globalen Anforderungen an eine internationale Finanz- und Bankenstadt zu verstehen sind.

Im Gegensatz zur vorherrschenden Auffassung gibt es auch im Zeitalter der globalen Urbanisierung Einflussmöglichkeiten der Menschen auf die physische und soziale Infrastruktur und die natürliche Umwelt in den Metropolen (zur Kritik der Globalisierung siehe Kipfer/Keil in diesem Band sowie Keil 1993). In Zürich, Frankfurt und auch anderswo werden die neuen städtischen Formen heute wie bereits in früheren Perioden über soziale Kämpfe hergestellt. Wenn überhaupt, können nur durch diese Kämpfe soziale Gerechtigkeit, lebbare Urbanität und ökologische Nachhaltigkeit erreicht werden. Die Relevanz des städtischen Diskurses für diese Kämpfe wird davon abhängen, ob er geeignet ist, den Kampf um soziale Gerechtigkeit und Verbesserung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Stadt zu fördern und voranzutreiben.

Grenzenlos – Zentrumslos: Stadtentwicklung in Frankfurt und Zürich

Die Idee zu diesem Buch entstand anlässlich des Gründungskongresses des *International Network for Urban Research and Action* (INURA) in Salecina im Mai 1991. In dieser Woche in den Schweizer Alpen fielen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Frankfurt und Zürich die zahlreichen strukturellen, aber auch die eher zufällig scheinenden Gemeinsamkeiten zwischen ihren Herkunftsorten auf. Sie kamen überein, die Ähnlichkeiten und Differenzen der beiden Finanzmetropolen nebeneinanderzustellen, ihren Gesetzmäßigkeiten auf die Spur zu kommen und sie theoretisch zu ergründen. In der Folge fanden mehrere Treffen in Frankfurt und in Zürich statt.

Das Buch beruht nicht auf einem neuen Forschungsprojekt – dazu fehlten Zeit und Mittel. Stattdessen wurden in gemeinsamen Diskussionen und in Korrespondenz miteinander in anderen Zusammenhängen bereits erarbeitete Daten und Analysen neu aufeinander bezogen:

auf der Frankfurter Seite Arbeiten aus dem Bereich der Stadtforschungsgruppe urbi et orbi, des GrünGürtel Projektbüros und des Instituts für Sozialforschung; auf der Zürcher Seite Arbeiten des Senter for Applied Urbanism (SAU) und der Konzeptgruppe Städtebau. Auf dieser Basis bieten wir eine aktuelle theoretische und politische Analyse an, von der wir hoffen, dass sie den städtischen Diskurs in diesen beiden Städten befruchten kann.

Die Analyse und Politik des Städtischen muss vom metropolitanen Charakter unserer Lebenswelten und von deren anhaltenden Krise ausgehen. Progressive Politik geht nicht an der Stadt vorbei. Die Krise der Stadt drückt sich in einer Restrukturierung der gesellschaftlichen, räumlichen und ökologischen Verhältnisse im urbanen Raum aus. Mitte der neunziger Jahre wird diese Krise vor allem von zwei Prozessen bestimmt: von der Globalisierung der Urbanisierung und von der Herausbildung eines nachfordistischen Gesellschaftsmodells.

Niemand hat die intellektuelle und politische Verbindung zwischen Frankfurt und Zürich klarer thematisiert als Rudolf Lüscher, der von den politischen Milieus und den sozialen Kämpfen in Frankfurt in den siebziger Jahren beeinflusst die Zürcher Revolten der frühen achtziger Jahre beobachtete. Sein mit Makropoulos verfasstes Manifest zur Urbanität wirkte wiederum auf die Urbanitätsdiskussion in Frankfurt zurück. Für die Analyse und Praxis der urbanen Kämpfe in Frankfurt und Zürich war zudem die spezifische Rezeptionsgeschichte stadttheoretischer Texte seit den siebziger Jahren relevant. Henri Lefebvres *La révolution urbaine*, das 1972 unter dem Titel *Die Revolution der Städte* in deutscher Sprache erschien, hatte umwälzende Auswirkungen darauf, wie im deutschsprachigen Raum über Städte nachgedacht wurde. Manuel Castells' *Kampf in den Städten* (1975) und *Die kapitalistische Stadt* (1977) definierten die *luttés urbaines* als legitimen Fokus sozialwissenschaftlicher Analyse sowie politischer Praxis. David Harveys Aufsatz *Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflektion über Postmodernismus in amerikanischen Städten* (1987) thematisierte den Strukturbruch vom Nachkriegs-Fordismus zu einem sich herausbildenden System der flexiblen Akkumulation als bestimmendem Merkmal der neueren Urbanisierung. Obwohl erst wenige Originaltexte zur Forschung über *World Cities* und *Global Cities* auf Deutsch erschienen sind, ist doch ihr Einfluss auf Stadtforschung und -politik nicht mehr zu übersehen.

Wir versuchen, diesen Traditionen Ausdruck zu verleihen, indem wir Autoren und Autorinnen ausserhalb des Herausgeberkollektivs um Beiträge gebeten haben. Diese Texte sollen – gemeinsam mit unseren eigenen konzeptiven und theoretischen Aufsätzen – die Analysen

Frankfurts und Zürichs in einen breiteren Zusammenhang stellen. Wir haben diese theoretischen Texte in drei Gruppen organisiert. Die erste Gruppe befasst sich mit der Formation und Bedeutung von *World Cities* und *Global Cities*. John Friedmann resümiert ein Jahrzehnt der *World City*-Forschung seit seinem mit Goetz Wolff verfassten grundlegenden Aufsatz zu diesem Thema aus dem Jahre 1982 (Friedmann/Wolff 1982, Friedmann 1986). Saskia Sassen diskutiert die Bedeutung von städtischer Hierarchie, Massstab und Zentrum unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Situation. Stefan Kipfer und Roger Keil vertreten die These, dass Urbanisierung und Technologisierung als verknüpfte materielle Dimensionen des Globalisierungsprozesses zu verstehen sind.

In der nächsten Gruppe haben wir Texte zusammengestellt, die sich mit den Folgen des Übergangs vom Fordismus zu einem Regime des »Postfordismus« oder der »flexiblen Akkumulation« auseinandersetzen. Alain Lipietz schlägt in seinem Aufsatz einen weiten Bogen, der die Krise des fordistischen Gesellschaftsmodells in den westlichen kapitalistischen Ländern thematisiert und nach alternativen Entwicklungsmodellen fragt. Spezifischer auf die Stadt gerichtet, geht Margit Mayer der Frage nach, welche Konsequenzen die Krise des Fordismus für lokale und kommunale Politiken hat. Hansruedi Hitz, Christian Schmid und Richard Wolff beschliessen diesen Teil des Buches mit einem kritischen Überblick über die stadttheoretische Literatur und den Urbanisierungsprozess während und nach dem Fordismus.

In der dritten Gruppe haben wir den Schwerpunkt auf den städtischen Raum und die Architekturen des Städtischen gelegt. Edward Soja stellt – zunächst überraschend – Amsterdam und Los Angeles gegenüber und deckt unter deren archetypisch verschiedenen städtischen Formen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der gegenwärtigen Urbanisierungsprozesse auf. Walter Prigge benennt in seiner Epistemologie des Städtischen – die als innovative Lefebvre-Exegese gelesen werden kann – die neben- und übereinander geschichteten Räume, die die städtische Erfahrung im Zeitalter der Globalisierung ausmachen. In ihrer Untersuchung der Architektur der Flexiblen Räume widmet sich Ute Lehrer den neuen Formen der baulichen Umwelt der nachfordistischen Städte.

Diese drei theoretischen Blöcke zur Formation von *World Cities* und *Global Cities*, zur gesellschaftlichen Restrukturierung, Regulation und Stadtentwicklung und zu den Architekturen des Städtischen im urbanen Raum sind implizit und explizit miteinander in Verbindung gesetzt und bilden gemeinsam den Hintergrund für die anschliessenden Kapitel über Frankfurt und Zürich.

Folgende übergreifende Themen strukturieren das vorliegende Buch:

- die Globalisierung der Urbanisierung als wichtigem Referenzpunkt des städtischen Diskurses;
- die fortschreitende Demontage des fordistischen Akkumulationsregimes;
- die durch Globalisierung und Fordismuskrise beschleunigte Verflüssigung und erneute Kristallisierung der städtischen Räume, die die Erfahrung des städtischen Alltags wesentlich verändert;
- die auch im Zeitalter der transnationalen Konzerne unzertrennbare Artikulation von lokaler Praxis mit globalen Modernisierungsdynamiken.

Aus diesen Zusammenhängen ergeben sich für unsere Analysen Frankfurts und Zürichs zwei Fragenkomplexe: Erstens, ob Globalisierung und Internationalisierung des städtischen Alltags zum gemeinsamen Nachdenken über Städte und zu grenzüberschreitender urbaner Praxis zwingen. Und: Nötigt die neue Phase der Urbanisierung den städtischen Akteuren neue Praxisformen auf? Zweitens bleibt zu sehen, ob die Restrukturierung städtischer Ökonomien in Richtung eines Regimes flexibler Akkumulation zu neuen städtischen Formen führt. Hat umgekehrt die neue Geographie der postfordistischen Stadt einen nachhaltigen Einfluss auf den sozialen Restrukturierungsprozess?

In unseren Analysen lassen wir uns von der Überzeugung leiten, dass die städtische Praxis selbst als Teil der Theoriebildung zu verstehen ist. Theorie und Praxis müssen ineinandergreifen, um füreinander relevant zu werden. Die Stadt als Objekt der Forschung und als materieller Prozess ist mehr als eine Sammlung empirischer ökonomischer, soziologischer und ästhetischer Daten. Zur »Materialität des Städtischen« (Prigge 1987) gehören Diskurs ebenso wie bauliche Umwelt. Frankfurt und Zürich gaben während der vergangenen Jahrzehnte ein reges Zeugnis dafür ab, dass das »Recht auf die Stadt« (Lefebvre) erkämpft werden muss. Die Häuserkämpfe in Frankfurt und Zürich, die Auseinandersetzung um die Startbahn West und die Zürcher 80er Bewegung sind nur die bekanntesten Beispiele für lebendige und einflussreiche urbane soziale Bewegungen in beiden Städten, die deren Aufstieg in die Ränge der *World Cities* kritisch begleiteten. Der Unmut über bestimmte Aspekte der globalisierten Metropolisierung hat in domestizierter Form seinen Ausdruck in den Politiken reformorientierter rot-grüner Regierungen gefunden, mit denen sich wiederum neue und alte Bewegungsgruppen auseinandersetzen.

Den stadttheoretischen Diskurs in die Praxis einzubeziehen prägt seit Jahren unsere Arbeiten. Ute Lehrer ist Mitglied der Konzeptgrup-

pe Städtebau und war bis zu ihrem Umzug nach Los Angeles Architekturkritikerin beim Tages-Anzeiger in Zürich. Hansruedi Hitz, Christian Schmid und Richard Wolff haben als Scenter for Applied Urbanism (SAU) in Zürich mit mehreren öffentlichen Veranstaltungsreihen, u.a. *Città frontale*, *Capitales Fatales* im Kulturzentrum Rote Fabrik, und in Publikationen immer wieder die Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis gesucht. Klaus Ronneberger und Roger Keil haben zusammen mit Peter Lieser und Walter Prigge bei urbi et orbi unter anderem für das GrünGürtel Projektbüro und als Kursleiter an der Volkshochschule Frankfurt theoretisch und praktisch gearbeitet.

Einige der Arbeiten zu Zürich und Frankfurt, die in diesem Buch zusammengestellt sind, wurden bereits in anderen Zusammenhängen veröffentlicht: in der *DISP* (Januar 1993), in der *Kommune* (März 1993), in *Environment and Planning D: Society and Space* (April 1994) und in *Stadt-Welt* (Noller/Prigge/Ronneberger 1994). An der ursprünglichen Idee und an späteren Etappen der Entwicklung des Buches wirkten Petra Unterwerner aus Frankfurt und Andreas Hofer aus Zürich mit. Die Umschlaggestaltung beruht auf einem Vorentwurf von Robert Milliken aus Toronto. Ihnen gilt unser herzlicher Dank für ihr Engagement um dieses Projekt.

II. World City und Global City





Ein Jahrzehnt der World City-Forschung

John Friedmann

Die Weltwirtschaft als ein ineinandergreifendes Produktions- und Marktsystem ist eine Entdeckung der siebziger Jahre dieses Jahrhunderts (Barnet/Müller 1974). Damals gab es eine heftige Kontroverse um die »Neue Internationale Arbeitsteilung« (Fröbel et al. 1977) und ein seit Jahrhunderten bestehendes »Weltsystem« (Wallerstein 1974). Damals wurden neue Forschungsparadigmen geschaffen.

Die Bedeutung dieser theoretischen Entwicklungen für das Studium der Urbanisierung wurde erst in den frühen achtziger Jahren erkannt (Cohen 1981, Friedmann/Wolff 1982). Seither sind zehn Jahre vergangen, und ich versuche in diesem Beitrag, einen Überblick über das inzwischen Dazugelernte sowie eine Einschätzung über den aktuellen Stand der *World City*-Forschung zu vermitteln.

Ich beginne mit der Diskussion einiger konzeptueller Fragen: Was ist der »theoretische Gegenstand« der *World City*-Forschung? Wie sollen wir den schwer fassbaren Begriff definieren? Dann folgt eine ausführliche Literaturdiskussion, die auch die theoretischen Entwicklungen der achtziger Jahre und die empirischen Studien der frühen neunziger Jahre umfasst. Im dritten Teil meines Beitrags wende ich mich der Mehrheit der Weltbevölkerung zu, die in der Praxis aus dem kapitalistischen »Akkumulationsraum« und folglich auch aus der *World City*-Analyse ausgeschlossen ist. Meiner Meinung nach bleibt unser Verständnis der urbanen Dynamik unvollständig, wenn wir nicht das interne wie auch das externe Proletariat der *World Cities* in unsere Analyse einbeziehen.

Konzeptionelle Fragen

In ihrer ursprünglichen Formulierung (Friedmann 1986) ist die *World City*-Hypothese nicht ganz eindeutig. Bezeichnet die Hypothese eine

Dieser Artikel ist eine leicht gekürzte Übersetzung eines Beitrags von John Friedmann für die *Conference of World Cities in a World-System* am Center for Innovative Technology in Sterling, VA, USA, vom 1.-3. April 1993.

heuristische Methode, wie Städte im allgemeinen untersucht werden sollen, oder sagt sie etwas aus über eine Klasse von bestimmten Städten – *World Cities* – die sich von anderen urbanen Agglomerationen durch bestimmbare Eigenschaften unterscheidet? Ein Überblick über die entsprechende Literatur, die ich im nächsten Teil meines Beitrags besprechen werde, ergibt, dass offensichtlich beides zutrifft. Die Hypothese hat sich für die Untersuchung der Städte als nützlich erwiesen, unabhängig von deren Anspruch auf den *World City*-Status. Wir haben uns auch mit einigen Städten befasst, die wir *Global Cities* oder *World Cities* nennen wollen, ohne die spezifische Rolle, die sie in der Weltwirtschaft spielen, genau zu bestimmen. Weil wir so direkter zu den wichtigen Punkten unserer Arbeit kommen, werde ich mit der zweiten Bedeutung der *World City*-Hypothese beginnen, mit den *World Cities* als eine bestimmte Klasse von Städten.

Wie sollen wir diese Klasse definieren? Zunächst ist zu betonen, dass wir hier über Städte als räumlich organisierte, sozio-ökonomische Systeme sprechen; wir reden also über *Standorte* und *Lokalitäten*, nicht über *Akteure*. Um die Klasse von Städten, die Gegenstand unserer Untersuchung ist, Schritt um Schritt und hoffentlich auch präzise zu definieren, werde ich eine Reihe von »Vereinbarungen« über den theoretischen Forschungsgegenstand postulieren.

Zuerst müssen wir uns darauf einigen, dass Städte grössere regionale, nationale und internationale Wirtschaftseinheiten artikulieren.¹ Das heisst, dass Städte *Zentren* sind, durch die Geld, Arbeitskräfte, Informationen, Güter und andere ökonomisch wichtige Variablen fliessen. Diese Zentren üben ihren Einfluss auf die umliegende Region aus, deren Wirtschaft sie mit der Weltwirtschaft, bzw. dem *globalen Akkumulationsraum* verbinden. Amin und Thrift haben vor kurzem gesagt, warum es ihrer Meinung nach selbst in einer dezentralisierten Wirtschaft urbane Zentren braucht: Die räumliche Konzentration löst gewisse Probleme des Konzernmanagements, unter anderem Probleme der *Repräsentation* (wie über das Weltsystem gedacht und gesprochen wird), Probleme der *sozialen Interaktion* (Informationen sammeln, sich bestimmter kapitalistischer Strukturen bedienen, Abmachungen treffen, Koalitionen bilden, Vertrauensverhältnisse zementieren) und Probleme der *Innovation* (neue Produkte ausbrüten und vermarkten, mit neuen Finanzinstrumenten experimentieren, Zugang zu Repräsentation und interaktiven Netzwerken gewinnen) (Amin/Thrift 1992: 576).

Zweitens müssen wir anerkennen, dass es so etwas wie einen *globalen Akkumulationsraum* gibt, das heisst eine Gruppe von nationalen und regionalen Ökonomien, die dem Zweck der Kapitalakkumulation

im »weltweiten« Massstab dienen. Dieser Raum umfasst Gebiete der primären Produktion (z.B. Regenwälder und Bodenschätze im Amazonas-Becken), bestimmte Produktionszentren (Produktionsstandorte) und räumliche Konzentrationen von Konsumentinnen und Konsumenten.

In einem gewissen Sinn ist dieser globale Raum gleichbedeutend mit dem Planeten Erde: von der Arktis bis zur Antarktis, vom Atlantik bis zum Pazifik gibt es keinen Ort, der für den Prozess der Kapitalakkumulation nicht tatsächlich oder potentiell nutzbar ist. In einem anderen, relevanteren Sinn ist der globale Akkumulationsraum allerdings sehr viel begrenzter. Grosse Teile der Weltbevölkerung sind nicht in diesen Raum integriert oder leisten, falls sie es sind, als direkte ProduzentInnen oder KonsumentInnen nur einen marginalen Beitrag. Diesen Punkt werde ich anschliessend noch etwas ausführen. Für den Moment genügt die Feststellung, dass der globale Akkumulationsraum, definiert durch eine Gruppe von gegenseitig abhängigen regionalen und nationalen Ökonomien, nur einen Bruchteil der Erdoberfläche umfasst und einen noch kleineren Bruchteil der Weltbevölkerung. Es ist diese enger definierte, räumlich begrenzte Gruppe regionaler Ökonomien, die durch das Netzwerk der *World Cities* artikuliert oder organisiert wird.

Drittens ist festzuhalten, dass *World Cities* urbane Regionen oder *regionale Städte* sind, die viel eher durch ein dichtes Muster von Beziehungen definiert sind als durch politisch-administrative Grenzen. Deyan Sudjic (1992) nennt die grössten von ihnen »Hundert-Meilen-Städte«, die in der Regel über eine Million Einwohner und Einwohnerinnen zählen.

Viertens müssen wir uns darauf einigen, dass diese regionalen Städte – die Befehlsknoten des Weltsystems – in eine *Hierarchie räumlicher Artikulationen* eingeordnet werden können, die ungefähr der Wirtschaftskraft, die von diesen Städten kontrolliert wird, entspricht. An der Spitze finden wir die Städte, die Saskia Sassen untersucht hat: die Steuerungs- und Kontrollzentren der Weltwirtschaft, New York, London und Tokio (Sassen 1993a). Die weitere Klassifizierung wird schwieriger, weil wir über keine eindeutigen Kriterien verfügen, die es erlauben würden, bestimmte Städte einem bestimmten Platz in der Weltwirtschaft zuzuordnen. Es gibt Städte, die grosse nationale Ökonomien im Weltsystem artikulieren, wie z.B. Paris, Madrid und Sao Paulo, andere spielen eine beherrschende multinationale Rolle, wie etwa Singapur und Miami, wiederum andere, wie Chicago oder Hong Kong, stehen für wichtige sub-nationale Wirtschaftsregionen (siehe Liste).

Liste räumlicher Artikulationen: 30 *World Cities*²

1. Weltweite finanzielle Artikulationen:

London ☐ ☒ A (auch nationale Artikulation)

New York ☐ A

Tokio ☐ ☒ A (auch multinationale Artikulation: Südostasien)

2. Multinationale Artikulationen:

Miami ☐ C (Karibik, Lateinamerika)

Los Angeles ☐ A (Pazifischer Raum)

Frankfurt ☐ C (Westeuropa)

Amsterdam ☐ C oder Randstad B

Singapur ☒ C (Südostasien)

3. Wichtige nationale Artikulationen (1989 BSP 200 Mrd. US-Dollar)

Paris ☐ ☒ B

Zürich ☐ C

Madrid ☒ C

Mexiko Stadt ☒ A

Sao Paulo A

Seoul ☒ A

Sydney ☐ B

4. Subnationale / regionale Artikulationen:

Osaka-Kobe (Kansai Region) B

San Francisco ☐ C

Seattle ☐ C

Houston ☐ C

Chicago ☐ B

Boston ☐ C

Vancouver ☐ C

Toronto ☐ C

Montreal C

Hong Kong (Pearl River Delta) B

Mailand ☐ C

Lyon C

Barcelona C

München ☐ C

Düsseldorf-Köln-Essen-Dortmund (Rhein-Ruhr-Region) ☐ B

Bevölkerung (1980):

A = 10 - 20 Millionen

B = 5 - 10 Millionen

C = 1 - 5 Millionen

☐ Wichtiges Einwanderungsziel

☒ Hauptstadt

Der Versuch, eine definitive Hierarchie aufzustellen, wird sich in jedem Fall als vergebliche Mühe erweisen. Die Weltwirtschaft ist zu wechselhaft, um eine über längere Zeit gültige Hierarchie festlegen zu können. Es ist deshalb weniger wichtig, eine hierarchische Reihenfolge zu erstellen, als zu erkennen, dass Rangunterschiede bestehen, ohne diese näher zu spezifizieren. Auf der Grundlage dieser ungefähren Vorstellung können die Artikulationen bestimmter *World Cities* untereinander untersucht werden.

Hierarchische Beziehungen sind in erster Linie Machtbeziehungen, und zwischen rivalisierenden Städten wird der Kampf um Rangstellungen immer verbissen geführt. In eigentlichen Balanceakten müssen die *World Cities* ihre Ökonomien dauernd den Prozessen der »kreativen Zerstörung« im industriellen Kapitalismus anpassen. Darüber hinaus werden sie von einem unbarmherzigen Konkurrenzkampf dazu getrieben, immer mehr Steuerungs- und Kontrollfunktionen, die eigentliche Essenz dieser Städte, an sich zu reißen. Konkurrenz-Angst ist untrennbar mit der Politik der *World Cities* verbunden.

Fünftens müssen wir vereinbaren, dass die *dominante Kultur* der *World Cities* kosmopolitisch ist. Die soziale Schicht, die diese Kultur definiert und kontrolliert, wird von Leslie Sklair (1991) als transnationale kapitalistische Klasse bezeichnet. Die *lingua franca* dieser Klasse ist Englisch. Um ihr klassenspezifisches Konsummuster beneiden sie praktisch alle subalternen Klassen. Während die Kultur der transnationalen kapitalistischen Klasse ihren Mitgliedern in einigen Bereichen klare Vorstellungen vermittelt, verleitet sie in anderen Bereichen aber auch zu Selbsttäuschung und sogar zu Blindheit. Charakteristischerweise verwechselt diese transnationale kapitalistische Klasse ihr eigenes Klasseninteresse – das reibungslose, ununterbrochene Funktionieren des globalen Akkumulationssystems – mit nationalen oder lokalen territorialen Interessen, so wie es etwa in den berühmten Worten von Charles Wilson zum Ausdruck kommt: »Was gut ist für General Motors, ist auch gut für die Vereinigten Staaten«. Und früher oder später führt diese Fehleinschätzung zu einem offenen Konflikt mit subalternen Klassen, deren Interessen meistens eher territorial und lokal sind. Verschiedene Autoren haben auf diese grundsätzlichen Widersprüche im entwickelten Kapitalismus hingewiesen; ich habe es den Widerspruch zwischen »Lebensraum« (*life space*) und »Wirtschaftsraum« genannt (Friedmann 1988).

In einer sich vertiefenden gesellschaftlichen Spaltung stehen sich die regionalen Gesellschaften und die lokalen Institutionen einerseits und die Normen und Handlungen des ökonomischen Systems auf internationalem Niveau andererseits gegenüber. Je stärker die Wirtschaft eines

bestimmten Erdteils von der globalen Ebene abhängig wird, umso weniger ist es regionalen und lokalen Regierungen in ihrer gegenwärtigen Form möglich, Einfluss auf die grundlegenden Mechanismen zu nehmen, die den Alltag der Bevölkerung bestimmen. Die traditionellen Strukturen gesellschaftlicher und politischer Kontrolle über Entwicklungsprozesse, Arbeit und Verteilung sind von der nicht verortbaren Logik einer internationalisierten Wirtschaft aus den Angeln gehoben worden (Castells 1989: 347).

Zusammen ergeben die fünf Vereinbarungen eine Definition unseres »theoretischen Gegenstands«. Ich habe sie Vereinbarungen genannt, weil es hier um eine Konzeptualisierung geht, die den Ausgangspunkt eines neu entstehenden Forschungsparadigmas bildet. Ohne substantielle Einigkeit müssen wir möglicherweise getrennte Wege weitergehen. Es geht nicht um Rechthaberei, sondern um die Frage, wie wir uns die Welt vorstellen wollen und welche Absicht wir damit verfolgen.

1. *World Cities* stellen die Artikulation her zwischen den regionalen, nationalen und internationalen Ökonomien und der Weltwirtschaft. Sie dienen als organisatorische Knoten des Weltwirtschaftssystems.
2. Es gibt einen globalen Kapitalakkumulationsraum, aber er umfasst nicht die ganze Welt. Ganze Weltregionen und deren Bevölkerungen sind gegenwärtig praktisch aus diesem Raum ausgeschlossen und leben in einer permanenten Subsistenzwirtschaft.
3. *World Cities* sind grosse, verstädterte Räume intensiver ökonomischer und gesellschaftlicher Beziehungen.
4. *World Cities* können in eine hierarchische Ordnung gebracht werden, die ungefähr der Wirtschaftskraft, die von diesen Städten kontrolliert wird, entspricht. *World Cities* sind Städte, welche die regionalen, nationalen und internationalen Ökonomien mit dem globalen kapitalistischen Akkumulationssystem artikulieren. Der Rang in der Hierarchie der *World Cities* ergibt sich letztlich aus der Fähigkeit einer Stadt, globale Investitionen anzuziehen. Ihre diesbezüglichen Erfolgsaussichten sind ebenso veränderlich wie ihre Fähigkeit, von aussen kommende Schläge aufzufangen, die von technologischen Innovationen und politischen Veränderungen herrühren. Städte können in die Kategorie der *World Cities* aufsteigen, ihren Rang dort verbessern, aber auch Plätze einbüßen und aus dieser Eliteklasse absteigen.
5. Die gesellschaftliche Schicht, die die *World Cities* kontrolliert, wird als transnationale kapitalistische Klasse bezeichnet. Sie ist am reibungslosen Funktionieren des globalen Akkumulationssystems interessiert,

ihre Kultur ist kosmopolitisch, und ihre Ideologie ist konsumorientiert. Ihr Vorhandensein löst oft ernsthafte Konflikte mit subalternen Klassen aus, die eher lokal definierte territoriale Interessen verfolgen und deren Aufstieg in die transnationale Klasse blockiert ist.

Neuere Forschung

Ich möchte mich jetzt einigen neueren Untersuchungen zuwenden, die mit dem neu entstehenden *World City*-Paradigma gearbeitet haben. Ich werde das in drei Schritten tun. Erstens möchte ich die Hintergrundgeschichte des neu entstehenden Paradigmas erzählen: Welche theoretischen Debatten liegen der *World City*-Forschung zugrunde? Zweitens möchte ich zwei umfassende vergleichende Studien besprechen, die *World Cities* an der Spitze der globalen Hierarchie untersuchen. Drittens werde ich einen kurzen Blick auf einige ausgewählte Städtestudien werfen.

Hintergrundgeschichte

Zuerst möchte ich nochmals betonen, dass das, was wir hier untersuchen, ein neues, noch nie dagewesenes historisches Phänomen ist und nicht einfach eine Fortsetzung von etwas, das in der einen oder anderen Form schon seit langem existiert (Chase-Dunn 1985). Die Geschichte ist weder kontinuierlich noch bruchlos. Es gibt sowohl »Vorhers« und »Nachhers« als auch radikale Brüche und Neuanfänge. Ich werde mich deshalb Amin und Thrift (1992) anschließen, die schreiben, dass zwischen den siebziger und den achtziger Jahren dieses Jahrhunderts eine wichtige Veränderung stattgefunden hat, »eine Verlagerung von der internationalen zur globalen Ökonomie«.³ Diese neue Ökonomie beschreiben sie anhand von vier Merkmalen: das Agieren der Industrie auf globaler Ebene mittels weltumspannender Unternehmensnetze; ein Anwachsen der oligopolistischen, zunehmend zentralisierten Macht; ein fortschreitender Prozess betrieblicher Dezentralisierung durch neue Formen von *subcontracting*, *joint ventures* und andere Formen vernetzter Organisation und strategischer Bündnisse; und schliesslich ein neues unstabileres Gleichgewicht der Kräfte zwischen Nationalstaaten und Konzernen, das in einer zunehmenden Bedeutung grenzübergreifender Zweckbündnisse resultiert, »die Fragmente des Staates, einzelner Industrien und einzelner Firmen in einem weltweiten Netz vereinen« (Amin/Thrift 1992: 574f., M. Moran 1991 zitierend). Man kann über einzelne Punkte dieser Formulierung verschiedener Meinung sein und trotzdem zur Schlussfolgerung gelangen,

dass die kapitalistische Wirtschaft heute auf eine Art und Weise organisiert ist, die sich dramatisch von derjenigen der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts unterscheidet und dass wir uns mitten in einer grösseren *Übergangsphase* des regulationistischen Regimes des entwickelten industriellen Kapitalismus befinden.

Eine Diskussion über die genauen Eigenschaften dieser neuen Weltwirtschaftsordnung findet gegenwärtig in den Beiträgen zum Fordismus statt, ein Begriff, der ursprünglich von Antonio Gramsci geprägt wurde, der aber durch Alain Lipietz und seine Kollegen der französischen »Regulationsschule« (Lipietz 1985a) zu neuer Geltung gekommen ist. Gemäss Lipietz basierte das fordistische Akkumulationsregime in letzter Instanz auf dem Grundgedanken der Massenproduktion, des Massenkonsums und einem keynesianischen System staatlicher Regulation. Die Meinung darüber, ob wir uns gegenwärtig in Richtung eines neuen post-fordistischen, flexiblen Akkumulationsregimes bewegen oder ob wir uns lediglich in einer namenlosen »Restrukturierungsphase« des Kapitalismus befinden, sind kontrovers (Storper/Walker 1989; Sayer 1989; Lovering 1990; Soja 1989). Da wir erst seit kurzem in dieser neuen »Post«-Ära sind (Postfordismus, Postmoderne, Postkommunismus etc.), wird die Suche nach einer definitiven Antwort auf diese Frage vermutlich vergeblich sein. Alle an dieser Debatte Beteiligten scheinen sich darauf geeinigt zu haben, dass wir im Rahmen der kontinuierlichen Evolution der kapitalistischen Produktionsweise mit einer neuen ökonomischen Landschaft und mit einer Neugruppierung der Klassen konfrontiert sind.

Auf der Grundlage der bahnbrechenden Arbeit von Piore und Sabel (1985) sind es unter anderen Michael Storper und Richard Walker (1989), die in der Geographie der flexiblen Akkumulation Neuland betreten. Ihre Schumpetersche Vision des Kapitalismus geht von einem unendlichen, durch den Konkurrenzkampf angetriebenen Prozess der »kreativen Zerstörung« aus. Den periodisch wiederkehrenden Aufschwüngen, die durch technologische und Produkteinnovationen geprägt sind, folgt jeweils der Niedergang bestehender, rasch veraltender Industrien. Im einzelnen geht ihr Werk weiter als dasjenige von Lipietz, indem die Autoren die neuen Technologien und Formen der kapitalistischen Organisation (d.h. »Flexibilität«) betonen. In ihrer Darstellung spielt der Massenkonsum eine zweitrangige Rolle, während die Produktivitätsgewinne und die Abschöpfung des Mehrwerts in den Vordergrund rücken (Storper/Walker 1989: 202-205). Konsequenterweise konzentrieren sie sich in der Folge auf die Produktionseinheiten (vor allem im industriellen Bereich) und auf eine Geographie der Produktionsstandorte, die stark an François Perroux' Wachstumspole

(*pôles de croissance*) und Walter Isards Produktionskomplexe (*production complexes*) erinnern, die als Begriffe vor rund 40 Jahren entwickelt worden sind.

Manuel Castells' Buch *The Informational City* wurde im gleichen Jahr veröffentlicht wie Storpers und Walkers *The Capitalist Imperative* (1989) und bezieht sich zum Teil auf die gleiche Literatur. In diesem vorwiegend zusammenfassenden Buch versucht Castells – nicht überzeugend, wie ich meine – ein »informationelles Entwicklungsmodell« (*informational mode of development*) zu definieren. Trotzdem ist das Buch aus einer ganzen Reihe von Gründen wichtig. Wie viele andere zeitgenössische Wirtschaftssoziologen und -geographen ist Castells von dem ganzen Set hochentwickelter Technologien fasziniert, die auf der Verarbeitung von Informationen basieren und symbolisch im Mikrochip verkörpert sind. Castells ist der Meinung, dass diese Technologien einen »Raum der Flüsse« (*space of flows*) geschaffen haben, der die natürlichen Grenzen überwindet, indem der Zugang zu einem Netz strategischer, rund um den Globus angesiedelter Stationen jederzeit gewährleistet ist. Zur Illustration wird auf die Kommunikationsverbindungen, die den globalen Flugverkehr oder die Finanzoperationen der globalen Kapitalmärkte ermöglichen, verwiesen. Der Zugang zu diesem Raum und die Kontrolle über dessen wichtigste Knotenpunkte ist für die Hauptakteure dieses Kapitalakkumulationsspiels von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig sind jene, die über keinen Zugang zu diesem vernetzten Raum verfügen, von der Entscheidungsmacht abgeschnitten und mehr oder weniger abhängig von den Informations-Krümmeln, die die Machthaber abzugeben bereit sind. In dieser Argumentation steckt ein Dualismus von Einbezug und Ausschluss, der einige Facetten der *World City*-Forschung vorwegnimmt, auf die ich in der Folge eingehen werde.

Die letzte Hintergrundgeschichte, auf die ich hinweisen möchte, ist Leslie Sklairs *Sociology of the Global System* (1991). Obwohl Sklair nicht zur »unsichtbaren Akademie« der *World City*-Forscher und -Forscherinnen gehört, ist seine Untersuchung von Bedeutung. Er konzentriert sich auf die sogenannte transnationale kapitalistische Klasse und entwickelt eine Theorie des globalen Systems, die postuliert, dass »der Hauptakteur in der politischen Sphäre eine noch in Entstehung begriffene *transnationale kapitalistische Klasse* ist. In der kulturell-ideologischen Sphäre sind die Institutionen der *Kultur-Ideologie des Konsumismus*, die über die transnationalen Massenmedien dargestellt wird, die primären Akteure« (Sklair 1991: 53, Hervorhebungen im Original). Sklair lenkt unsere Aufmerksamkeit auf jene gesellschaftlichen und politischen Akteure, welche die neue Weltwirtschaftsordnung geschaf-

fen haben und sie auch aufrechterhalten müssen. Er erinnert uns auch an die Bedeutung, die der Ideologie bei der Absicherung der Hegemonie des globalen Kapitalismus und seines »Raums der Flüsse« zukommt. Ich werde später auf diesen Punkt zurückkommen.

Wichtige vergleichende Untersuchungen

Ich möchte nun einige Bemerkungen zu zwei aussergewöhnlichen, sehr verschiedenartigen Büchern über *World Cities* machen, die vor kurzem veröffentlicht wurden: Saskia Sassens *Global City* (1993a), ein beispielhaftes und äusserst innovatives Werk politischer Ökonomie, und Deyan Sudjics bilderstürmende Essays in *The 100 Mile City* (1992), die uns – ohne auf die akademischen Debatten einzugehen (was der Leserschaft zugute kommt, da sie sich nicht mit der sonst üblichen Fachterminologie abkämpfen muss) – eine Nahaufnahme der Entwicklungsgeschichte der *Global City* präsentieren. Im Mittelpunkt des Interesses steht die gebaute Umwelt.

Seit der wegweisenden Arbeit von Manuel Castells über die Stadtpolitik (1983), die sich erklärermassen um Fragen der kollektiven Konsumtion drehte, hat die Stadtforschung die urbanen Phänomene vor allem aus der Perspektive der gesellschaftlichen Reproduktion betrachtet. Die neoklassische Ökonomie ihrerseits hat viele der bekannten städtischen Phänomene, sofern sie sich überhaupt damit beschäftigte, unter dem Begriff der vage definierten (und kaum je näher bezeichneten) Agglomerationsvorteile (*agglomeration economies*) zusammengefasst. Die Ökonomie der Arbeit hat sich zudem eingehend mit der Funktionsweise der städtischen Arbeitsmärkte befasst. Saskia Sassen lehnt diese Ansätze ausdrücklich ab und zieht stattdessen ein Paradigma vor, das den Schwerpunkt auf die Herstellung der Finanz- und Produktionsdienstleistungen (*financial and producer services*) legt und diese nicht als Residualkategorie behandelt, die über einen geschätzten Arbeitskraft-Multiplikator der verarbeitenden Industrie zugeordnet wird, sondern als eigenständige produktive Aktivität. Diese Dienstleistungen produzieren, gemäss Sassen, »Kontrollkapazität« (*control capability*), sie ermöglichen die Kontrolle über ein global angeordnetes Set geographisch verstreuter Produktionsstandorte und Verkaufsstellen. Räumliche Dezentralisierung verlangt eine Zentralisierung der Befehlsstrukturen. Für die Weltwirtschaft als Ganzes ist dieses Steuerungs-Potential unter anderem in den drei Grossräumen New York, London und Tokio zentralisiert worden. Sassen betrachtet die *Global Cities* als Produktionsstandorte für unternehmensorientierte Dienstleistungen und als Finanzmärkte für den Handel mit Wertpapieren.

Dies erweist sich als ausserordentlich nützlicher Ausgangspunkt. Sassen, die über eine reiche – in C. Wright Mills Worten – »soziologische Vorstellungskraft« verfügt, eine seltene Eigenschaft in den Sozialwissenschaften, zieht aus ihren Untersuchungen eine Reihe von faszinierenden Hypothesen, Annahmen, Einschätzungen und Fragen, die unsere Arbeit in den kommenden Jahren sehr bereichern werden. Aus ihrer ausgezeichneten Zusammenfassung möchte ich ein paar Beispiele herausgreifen.

Mit Blick auf die lokalen Auswirkungen der zunehmenden Globalisierung des wirtschaftlichen Handelns wirft Sassen die Frage auf, ob ein neues urbanes Regime (*urban regime*) am Entstehen ist: »Durch die Konzentration auf die Produktionsprozesse im neuen industriellen Komplex ermöglicht es die Analyse, in jeder Stadt den ganzen Bereich der dazu gehörenden Arbeitsplätze, Firmen und Haushalte in Beziehung zueinander zu erfassen – von oben bis unten, von den letztlich postindustriellen bis zu jenen, die so aussehen, als würden sie zu einer früheren industriellen Epoche gehören, die aber für das Funktionieren des neuen industriellen Komplexes unabdingbar sind. In dieser Perspektive sind der wachsende informelle Wirtschaftssektor und die zunehmende Prekarisierung des Arbeitsmarktes (...) nicht abweichende oder exogene Erscheinungen der hochentwickelten urbanen Ökonomien, sondern deren integrale Bestandteile. Die Klassen werden neu gegliedert. Zu den Hauptschauplätzen dieser Entwicklung gehören die *Global Cities*, in denen wir sowohl die dynamischsten Wirtschaftssektoren als auch die schärfste Polarisierung der Einkommen finden« (Sassen 1993a: 337).

Und an anderer Stelle: »Es stimmt, dass die verarbeitende Industrie wichtig ist, sie muss aber aus der Perspektive der Finanz- und Produktionsdienstleistungen nicht im Inland produzieren (...) Eines der wichtigsten in diesem Buch entwickelten Argumente besagt, dass ein Grossteil des neuen Wachstums auf dem Niedergang ehemals bedeutender Sektoren der inländischen Wirtschaft aufbaut, insbesondere Schlüsselbranchen der verarbeitenden Industrie, die die Triebkräfte der inländischen Wirtschaft waren und die Entstehung und Verbreiterung einer starken Mittelklasse ermöglichten« (ebd. 328).

Und zur städtischen Form: »Möglicherweise wird eine neue Innovationsphase in der Telekommunikations-Technologie die gegenwärtige Infrastruktur obsolet machen. Diese Entwicklung wäre vergleichbar mit einer früheren Phase der Industrialisierung, in der die expandierenden Unternehmen ihre zu klein gewordenen, »veralteten« Fabrikgebäude in den grossen Städten verliessen und neue Betriebe in der weiteren Umgebung errichteten. Falls das geschieht, würden wir vermutlich

in eine gänzlich neue Entwicklungsphase des städtischen Wirtschaftssystems eintreten« (ebd. 330).

Von den *Global Cities*, die Sassen behandelt, ist Tokio mit Abstand die faszinierendste, weil am wenigsten bekannte. Vor wenigen Jahren hatte Peter Rimmer überrascht festgestellt, dass die »Parallelen zwischen Tokio und Los Angeles, die als *World Cities* gelten, grösser sind als angenommen« (Rimmer 1986: 152). Mittlerweile hat auch die japanische Stadtforschung eigene Untersuchungen über die urbane Restrukturierung vorgenommen. Ein kürzlich erschienener Artikel von Takashi Machimura trägt den vielsagenden Untertitel *Transforming Tokyo into a World City* (Machimura 1993). Machimura bringt ein Dilemma zum Ausdruck: Soll Tokio lediglich »eine gigantische Wachstumsmaschine sein für den alleinigen Zweck, das globale Kapital und Informationen zu verarbeiten? Gegenwärtig ist vieles unklar (...)« (1993: 192). Mit dieser Frage wird auch das Schicksal von Tokio als Hauptstadt Japans angesprochen, eines Inselstaates, der ähnlich wie Grossbritannien besonderen Wert auf die eigene Identität legt.

Sassen wirft ähnliche Fragen auf wie andere Autorinnen und Autoren, wenn sie ihre Gruppe von *Global Cities* als einen »neuen Städte-typ« definiert, obwohl sie vorsichtig genug ist, diese abstrakte Vorstellung gleich wieder zu relativieren und Wert darauf legt, dass jede Stadt auch ein unverwechselbarer Ort mit einer eigenen Geschichte und einem eigenen Lebensstil ist. Ich möchte hinzufügen, dass es nützlich sein könnte, zwischen *Global Cities*, die Landeshauptstädte sind (Paris, Madrid, London, Tokio u.a.) und solchen, die es nicht sind, wie Frankfurt, New York, Toronto, Los Angeles, Sao Paulo und Osaka zu unterscheiden. Da Hauptstädte notwendigerweise janusköpfig sind, ist es unwahrscheinlicher, dass sie ohne Rücksicht auf nationale und lokale Interessen zu »gigantischen Wachstumsmaschinen« werden. Wo es um Hauptstädte geht, können die nationalen Regierungen ihren Willen möglicherweise durchsetzen.

Ein zweiter Punkt, der bei vergleichenden Untersuchungen der *Global Cities* (oder *World Cities*: Ich werde fortan beide Bezeichnungen gleichwertig verwenden) zu berücksichtigen ist, betrifft die sehr unterschiedliche Einwanderungspolitik der verschiedenen Staaten, welche sich stark auf die Entwicklung der *World Cities* auswirkt. Tokio ist ein besonders gutes und bekanntes Beispiel. Obwohl Sassen eine »Unterklasse« von ausländischen Arbeitskräften ausmacht, ist diese zahlenmässig (noch?) relativ unbedeutend. Über 99% der Einwohner und Einwohnerinnen Tokios sind Einheimische. Das ist ganz offensichtlich weder in New York oder London noch in einer wachsenden Zahl von Städten auf dem europäischen Festland der Fall.

Singapur ist eine der Städte, die eine sehr strenge Einwanderungspolitik verfolgen. Angesichts wachsender Bodenpreise, immer wohlhabenderen Arbeitskräften und eines starken Selbstbewusstseins als aufblühende *World City* hat sich Singapur entschieden, benachbarte Regionen in Malaysia und Indonesien friedlich zu kolonisieren, wodurch ein von einigen BeobachterInnen so genanntes »Wirtschaftsdreieck« entstanden ist (Parsonage 1992). Der Sachverhalt ist zu kompliziert, als dass er hier im einzelnen erläutert werden könnte. Entscheidend ist, dass Singapur sich mit dieser Politik die hochbezahlten Arbeitsplätze in den dominanten finanz- und produktionsorientierten Dienstleistungsbereichen vorbehält, während die arbeitsintensiven Tätigkeiten in Produktion und Tourismus in den umliegenden peripheren Regionen Johor (Malaysia) und Riau (Indonesien) angesiedelt werden. Mit Nachdruck weist James Parsonage in seiner Beschreibung des Wachstumsdreiecks auf die besondere Bedeutung der ethnischen Beziehungen in Singapurs expansionistischer Politik hin: »Volkszugehörigkeit ist immer noch ein herausragender politischer Faktor in allen drei Staaten. Jeder Gedanke an ein Mündigwerden Südostasiens hängt von den Bedingungen ab, welche die Kapitalakkumulation in einer sich verändernden Weltwirtschaft an den weiteren Wandel der gesellschaftlichen und politischen Strukturen stellt, die im Bewusstsein ethnischer Gegensätze verwurzelt sind« (Parsonage 1992: 317). Diese Bemerkungen wecken Befürchtungen über die wachsenden rassisch-ethnisch-religiösen Feindseligkeiten in den europäischen und nordamerikanischen *World Cities* mit ihren grossen Immigrantengruppen aus den verschiedensten Regionen ihrer jeweiligen Peripherie.

Meine dritte und abschliessende Bemerkung zu Sassens ausgezeichnetem Buch bezieht sich auf die besondere Bedeutung, die sie den Finanz- und Produktionsdienstleistungen beimisst. Ich teile ihre Ansicht, dass diese Dienstleistungen für die Steuerung des globalen Produktionsprozesses unabdingbar sind. Ich möchte aber hinzufügen, dass wir die kulturellen Dienstleistungen als eigene Kategorie behandeln müssen. Sie tragen mit der von Leslie Sklair so benannten Kultur-Ideologie des *Konsumismus* (Sklair 1991) entscheidend dazu bei, dass die Hegemonie des transnationalen Kapitalismus abgesichert werden kann: über die grossen Presseagenturen, über Fernsehen, Filmindustrie, Zeitungen, Verlage, PR- und Werbeagenturen. Es ist *deren* Interpretation der Welt, die uns vermittelt wird, die unsere Gedankenwelt und unsere Antworten auf die politischen Herausforderungen beeinflusst. Die Fachleute dieser Branchen sind genauso wichtig wie die Bankiers und Buchhalterinnen, Makler und Versicherungsagentinnen. Sie sind zunehmend international vernetzt, beschäftigen Zehntausende von Angestellten quer

durch das gesamte Job-Spektrum, von den ZeitungsverträgerInnen und Hilfskräften im *Movie Business* bis zu den Moguln der Aufnahme- und Fernsehstudios, und alle konzentrieren sich in einigen wenigen *Global Cities*. Ihre Aufgabe ist es, einen breiten Konsens über die transnationalen Interessen herzustellen. Auch wenn sich diese Werkzeuge der hegemonialen Macht nicht immer an die Spielregeln halten, so sind sie nichtsdestotrotz für die Imagepflege der weltweiten kapitalistischen Akkumulation entscheidend.

Ich möchte nun kurz unterbrechen, um auf Sudjics *The 100 Mile City* einzugehen. Das mit überwältigenden Schwarzweiss-Fotos von Phil Sayer bebilderte Buch ist eine Klasse für sich. Leonie Sandercock vergleicht Sudjics Stil mit Lewis Mumford, Jane Jacobs, Marshall Berman und Mike Davis, die übrigens alle ausserhalb der Hochschulen stehen (Sandercock 1992: 3). »Kernpunkt seiner Analyse ist die mittlerweile gängige Ansicht, dass die *World Cities* unentwirrbar miteinander verbunden sind in einem gemeinsamen System, das sie in eine verschärfte Konkurrenzsituation zueinander bringt. Es sind die *property developers*,⁴ nicht die Planer und Architektinnen, die in erster Linie für die Gestalt und das Erscheinungsbild der heutigen Städte verantwortlich sind. Riesige Spekulationsprojekte – Bürogebäude, Shopping Centers, Hotels und Luxuswohnungen – prägen die Struktur der Stadt. *Developers* (...) wählen den Architekten oder die Architektin und bestimmen das Budget. Architektur ist bald nur noch Kosmetik, und die Planungsämter werden von den belagerten Stadtregierungen angewiesen, die Bautätigkeit zu »erleichtern« (ebd.). Neu ist hingegen, wie sich Sudjic vollständig in die städtebaulichen Prozesse der *Global City* vertieft. Völlig unsentimental akzeptiert er den Wandel als etwas Unvermeidbares. So wie Rayner Banhams Loblied auf die »vier Ökologien« von Los Angeles (Banham 1971), öffnet uns auch Sudjic die Augen für eine Neuinterpretation der physischen Gestalt der fünf Städte, die er untersucht hat: Paris, London, New York, Los Angeles und Tokio. Am schärfsten kritisiert er diejenigen, die die Werte der kosmopolitischen Kultur der *World Cities* nicht sehen wollen, vor allem wenn sie territorial definierte Gemeinschaften idealisieren. Obwohl sein Buch nicht in unseren theoretischen Rahmen passt, gelingt es Sudjic doch, die neue regionale Stadt so zu beschreiben, dass Sassen und der Rest unserer »unsichtbaren Akademie« sie sofort erkennen.

Spezifische Städtestudien

Das von John Mollenkopf und Manuel Castells kürzlich veröffentlichte Buch ist wohl die beeindruckendste Untersuchung einer einzelnen

Stadt (Mollenkopf/Castells 1992). In *Dual City: Restructuring New York* werden einige der Merkmale von New York als *Global City* untersucht: die Informationswirtschaft, der öffentliche Sektor, die neue dominierende Gesellschaftsschicht, gesellschaftliche (Des-)Organisation, politische Ungleichheit, der informelle Wirtschaftssektor. Ansatzweise wird sogar eine vergleichende Untersuchung mit Los Angeles und London gemacht. In ihren Schlussfolgerungen befassen sich die Herausgeber mit der sozio-ökonomischen Polarisierung, ein Thema, das von Friedmann und Wolff schon 1982 diskutiert und auch in Sassens neuem Buch aufgenommen wurde. Obwohl sie ihr Kapitel mit einem Zitat aus Platos *Republik* über die »zwei Städte der Reichen und der Armen« beginnen, gehen sie über diesen antiken Dualismus hinaus. Sie sagen, dass die New Yorker Gesellschaft von zwei entgegengesetzten Kräften beherrscht wird:

»a. Die Kader des Unternehmenssektors bilden den organisatorischen Kern einer breiteren Schicht von Managern und Fachkräften. Gemeinsam bilden sie ein kohärentes soziales Netz, dessen Interessen direkt mit der Entwicklung der New Yorker Unternehmenswirtschaft (*corporate economy*) verknüpft sind.

b. Die übrigen Gesellschaftsschichten nehmen eine immer grössere Zahl von Positionen ein und haben unterschiedliche Interessen und Werthaltungen. Das Quartierleben wird deshalb immer vielfältiger und fragmentierter, was die Bildung von Bündnissen zwischen diesen Gruppen erschwert.

Im Endeffekt führt die Tendenz zu kultureller, wirtschaftlicher und politischer Polarisierung in New York zu einem Gegensatz zwischen einem relativ kohärenten Kern von Fachkräften im entwickelten Unternehmenssektor (*advanced corporate sector*) und einer desorganisierten Peripherie, die fragmentiert ist durch Rasse (*race*), Ethnizität, Geschlecht, berufliche und gewerbliche Standorte sowie die von ihnen beanspruchten Räume« (Mollenkopf/Castells 1992: 402).

In einem nächsten Schritt dekonstruieren sie den Begriff der polarisierten Gesellschaft weiter, indem sie die Unterschiede innerhalb der zweiten, untergeordneten Gruppe hervorheben und darauf hinweisen, dass es in jeder Kategorie weitere gesellschaftliche »Brüche« gibt. Auf diese Weise wird die Polarisierung beinahe zum Verschwinden gebracht und gerät zu einer Zelebrierung der postmodernen »Verschiedenartigkeit«.

Soziale Desorganisation als *Ursprung* einer untergeordneten Stellung darzustellen, ist irreführend. Theoretisch konsequenter wäre der bedingte Zugang untergeordneter Gruppen zu den Informationsströmen der Weltwirtschaft. In einer früheren Untersuchung hat Castells (1989)

auf diesen fehlenden Zugang als strukturelle Ursache fehlender Machtbeteiligung (*disempowerment*) hingewiesen. Überraschenderweise hat er diese Argumentation in *Dual City* weder wiederholt noch weiterentwickelt.

In London sind zwei Bücher entstanden, die das *World City*-Paradigma verwenden. Dasjenige von Nigel Thrift und A.L. Leyshon, *Making Money: The City of London and Social Power in Britain* (1993) stand mir nicht zur Verfügung, als ich diesen Artikel schrieb. Das andere ist Anthony Kings *Global Cities: Post-Imperialism and the Internationalization of London* (1990). King interessiert sich ebenso wie Sudjic vor allem für die physische Gestalt der Stadt. Im Gegensatz zu Sudjic setzt sich King in erster Linie mit der Geschichte auseinander. Er versteht Londons gegenwärtigen Status einer globalen Finanzdrehscheibe (*clearing house*) als direkte Folge der imperialen Bedeutung, die diese Stadt in vergangenen Jahrhunderten besaß. Im ersten Teil dieses Beitrags habe ich versucht darzulegen, dass die gegenwärtige Weltwirtschaft eine neue, noch nie dagewesene Struktur aufweist und dass wir uns in einer *Übergangsphase* zwischen zwei Wirtschaftsformen befinden. King nimmt diese Veränderungen, die er als Veränderungen der räumlichen Arbeitsteilung versteht, ebenfalls wahr, betont aber die Kontinuitäten.

»(...) während es massive Veränderungen zwischen der alten und der neuen Produktionsweise gibt (sic), bestehen an den Orten, wo diese Veränderungen stattfinden, auch Kontinuitäten. Die Identität dieser Orte und die gebaute Umwelt, die zur Schaffung dieser Identität beiträgt, liefern den Schlüssel zum Verständnis, warum solche Kontinuitäten bestehen« (King 1990: 68).

Sowohl methodologisch als auch bezüglich der Weiterentwicklung der *World City*-Theorie ist dies ein bedenkenswerter Punkt. Die Theorie entschwebt in abstrakte Regionen, in denen feine Unterschiede irdischen Massstabs dazu tendieren, unsichtbar zu werden. Wenn wir die andere Seite der *World Cities* vernachlässigen – ihre Verwurzelung in einem politisch organisierten »Lebensraum« (*life space*) mit eigener Geschichte, Institutionen, Kultur und Politik – wird vieles, das wir beobachten – z.B. die Unterschiede zwischen Paris und London – unverständlich bleiben.

Seine eigenen Eindrücke von London in der Ära Margaret Thatchers und von *World Cities* in einem weiteren Sinn zusammenfassend, stellt King fest, dass sich die Stadt »immer mehr vom Staat, in dem sie liegt, »abkoppelt« und dass ihr Schicksal durch Kräfte entschieden wird, auf die sie wenig Einfluss hat« (King 1990: 145f.).

Als Beweis für diese Feststellung wird auf die Planung in den Dock-

lands – Europas grösste Immobilienspekulation der achtziger Jahre – verwiesen. Seit dem Abgang von *Olympia and York*, dem grössten beteiligten *developer*, erleben die Docklands harte Zeiten. Während der Thatcher-Ära galten die Docklands noch als Flaggschiff der Stadtentwicklungspolitik der Regierung. King hätte noch herausstreichen können, dass die nationalen Interessen während der Thatcher-Ära grösstenteils mit den Interessen der transnationalen Kapitalistenklasse gleichgesetzt wurden und dass sogar behauptet wurde, dass keinerlei Interessenkonflikte bestünden.

Schliesslich möchte ich mich noch dem von Michael Peter Smith herausgegebenen Buch *Comparative Urban and Community Research* (1992) zuwenden, das mehrere Essays über *World Cities* enthält. Bemerkenswert sind der Beitrag von Roger Keil und Peter Lieser zu Frankfurt und ein Vergleich zwischen Amsterdam und Los Angeles von Edward Soja (Keil/Lieser 1992; Soja 1992a, deutsch in diesem Buch). Sojas Beitrag belegt eindrücklich, wie Grössenunterschiede den Vergleich beeinflussen können. Das Zentrum von Amsterdam scheint wenig mit Los Angeles gemeinsam zu haben, aber sobald wir unseren Blick auf die Ebene der regionalen Stadt richten, treten einige erstaunliche Ähnlichkeiten zutage. Soja bleibt agnostisch in Bezug auf ein neues, post-fordistisches Akkumulationsregime; er bevorzugt das unbestimmtere, pragmatischere Konzept der »Restrukturierung«. Indem er dieses Konzept auf die niederländische und die südkalifornische Region mit den entsprechenden Zentren Amsterdam und Los Angeles anwendet, entdeckt er, dass beide *World Cities* sehr ähnliche Prozesse wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und räumlichen Wandels durchmachen.

Keil und Lieser hingegen konzentrieren sich ausschliesslich auf die Kommune Frankfurt und beschreiben eine neue Politik städtischer Regulation, die den Globalisierungsprozess der Stadt unterstützt und mitgeprägt hat. Sie verwenden die Fordismus-/Post-Fordismus-Terminologie von Lipietz und stellen fest, dass dessen Konzept der Regulationsweisen ein nützlicher Schlüssel ist, um die Politik der wichtigsten deutschen *Global City* zu verstehen. Es lohnt sich, über ihre Schlussfolgerungen nachzudenken:

»Erstens ist der Einbezug der lokalen, nationalen und globalen Analysedimensionen hier eine Voraussetzung für das Verständnis des gegenwärtig ablaufenden Entwicklungsprozesses der *World City*. Aus diesem Grund ist es nötig, dass eine intensivere Forschung mit dieser integrativen Methode auch an anderen Orten durchgeführt wird, damit das methodologische Dilemma der *World City*-Hypothese überwunden werden kann.

Zweitens ist die von der konservativen Wallmann-Regierung (Frankfurts zwischen 1977 und 1989, d.Ü.) vertretene politische Regulationsweise keineswegs die einzig mögliche, obwohl die konservative Regierung mithalf, die Stadt ins globale Zeitalter zu katapultieren. Sowohl eine moderate als auch eine radikale Reform könnte möglicherweise die »Unvermeidbarkeit« von Wachstum, Wirtschaftsentwicklung, Rassismus und selektiver Aussonderung, von lokaler Machtlosigkeit und des Fetischismus des urbanen Image verringern. Ihr Erfolg wird zum Teil von der gesellschaftlichen und politischen Mobilisierung ihrer Klientel in der Zivilgesellschaft abhängen. (...)

Drittens hat die Analyse gezeigt, dass jedes vorgegebene System lokaler Regulation, jede strukturierte Kohärenz, tatsächlich nur eine vorübergehende Übereinkunft darstellt, die unter chronischer Instabilität leidet. Seine räumlichen Grenzen, seine Klassenstruktur und seine wirtschaftliche Grundlage werden andauernd neu bestimmt« (Keil/Lieser 1992: 59-60).

Schlussfolgerung

Wenn wir auf diese Literaturübersicht zurückblicken, wird klar, dass wir mit unserer Forschung an einer Schwelle stehen. Die erwähnten Arbeiten haben ein riesiges Forschungsgebiet erschlossen. Viele andere Teilstudien, die hier nicht besprochen wurden, sind nur im Rahmen des *World City*-Paradigmas verständlich – z.B. die Beschreibung von Singapurs Wirtschaftsdreieck, Sharon Zukins Beschreibung der Restaurants von New York City (Zukin 1992) und Allan Heskins Studie der *Rt. 2 Housing Cooperative* (Heskin 1991). Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass die Dynamik der politischen Ökonomie des Kapitals so gross ist, dass es wahrscheinlich keinem einzelnen Paradigma gelingen wird, mehr als höchstens ein paar Jahrzehnte unversehrt zu bleiben. Die *World City*-Hypothese hat sich als theoretischer Rahmen nützlich erwiesen, aber die reale Stadt verändert sich schnell, und als Preis für unser Wissen müssen wir die laufenden Veränderungsprozesse stets aufmerksam verfolgen.

Techno-Apartheid für eine globale Unterklasse?

Auf der Kehrseite des globalen Akkumulationsraums und seinem homologen »Raum der Flüsse« (Castells) sind die fragmentierten »Lebensräume« (life spaces), die von Leuten bewohnt werden, die aus dem globalen Akkumulationsraum ausgeschlossen sind. Der Untertitel dieses Teils war ursprünglich die Überschrift einer Kolumne in der *Los*

Angeles Times von Riccardo Petrella, einem Eurokraten, der technologische Prognosen erstellt. Er beschreibt das Netz der *World Cities* als »High-Tech-Archipel wohlhabender, überentwickelter Stadtregionen (...) mitten im Meer der verarmten Menschheit (...). Stellen Sie sich vor, wie die Weltkarte in einer solchen Ordnung neu gezeichnet werden müsste: Auf der einen Seite würden wir ein dynamisches, untereinander eng verbundenes Archipel der Technopolen mit weniger als einem Achtel der Weltbevölkerung sehen, auf der anderen Seite läge ein riesiges, abgetrenntes und desintegriertes Ödland, das sieben Achtel der Erdbbevölkerung beherbergt« (Petrella 1992). Dieser zu sieben Achtel ausgeschlossene Teil ist die Achillessehne des globalen Kapitalismus. Die Bilder aus Bosnien und Somalia sind die Vorboten dessen, was uns die Zukunft bringen könnte.⁵

Diese starre, zugegebenermaßen dualistische Sicht widerspricht sowohl den verspielten Ironien der postmodernen Philosophien als auch der von NeomarxistInnen beharrlich vertretenen Position, dass der Kapitalismus und damit auch die Ausbeutung heute den ganzen Globus umspannen und dass es keine Gebiete mehr gibt, die nicht in die Weltwirtschaft einbezogen sind. Im Gegensatz zu diesen Ansichten bin ich der Meinung, dass das Drama des Ausschlusses ebenso real wie brutal ist und dass es die allgegenwärtige kapitalistische Wirtschaft nur in einem abstrakten, formalen Sinn gibt. Abgesehen von einigen Korrekturen ist die Weltkarte tatsächlich so, wie sie Petrella gezeichnet hat: Ein Kernraum, der durch eine kleine Anzahl miteinander verbundener regionaler Kontrollzentren zusammengehalten wird und eine fragmentierte marginalisierte Peripherie. Bosnien und Somalia stellen mit all ihrem Horror der sich befehlenden *Warlords* und den von ihnen begangenen Verbrechen an der Menschheit den endgültigen Kollaps der Gesellschaftsordnung dar. Es sind dies ebenso extreme Beispiele für die Konsequenzen, die der Ausschluss nach sich zieht, wie Brasilien mit seiner 1000-prozentigen Inflationsrate und Perus Bürgerkrieg mit Drogenbaronen und *Sendero Luminoso*-Guerilla.

Sao Paulo und die wohlhabende metropolitane Klasse Brasiliens brauchen die entrechteten Armen des Landes weder als ProduzentInnen- noch als KonsumentInnen. In diesem Sinn sind mehr als 50 Prozent der brasilianischen Bevölkerung ökonomisch irrelevant oder stellen – in der schlimmstmöglichen Interpretation – sogar eine Belastung der Wirtschaft dar (Sozialleistungen, Polizei, Gefängnisse). Trotz allem wird die soziale Ordnung in Brasilien noch aufrecht erhalten. In Peru sieht es anders aus. Ohne ein Sao Paulo ist dieses Land mit seinen 22 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern als Ganzes aus dem globalen Akkumulationsraum ausgeschlossen worden und scheint eher

dem Weg Somalias zu folgen.

Die fragmentierte Peripherie – die nur nominell in den Akkumulationsraum integriert ist – ist selbstverständlich der Ursprung der massenhaften Migration von Arbeitskräften in die mächtigen Kontrollzentren der Weltwirtschaft: Westafrikanerinnen in Paris, Volksdeutsche, Polen und Türkinen in Berlin, Frankfurt, Düsseldorf und München, Pakistanis, Westafrikanerinnen und Jamaicaner in London, Puertoricaner in New York, Haitianerinnen, Kubaner, Zentralamerikanerinnen in Miami, Mexikaner, Salvadorianerinnen, Philippinen, Armenier, Thais und Vietnamesinnen in Los Angeles. In Brasilien kommen die Immigrantinnen und Immigranten aus der nationalen Peripherie nach Sao Paulo, und dasselbe gilt für Mexiko. Tokios Situation ist anders. Hier hat die nationale Regierung der Einwanderung enge Grenzen gesetzt und sich stattdessen für eine massive Kapitalexportstrategie entschieden, anfangs in Richtung Korea, später dann mit Schwerpunkt in den südasiatischen Kerngebieten und jetzt in der Hoffnung, die Tore nach China und Sibirien aufzubrechen. Mit dieser Strategie versucht Tokio, in erster Linie kostengünstige Produktionsstandorte im Ausland sowie potentielle Märkte für japanische Unternehmen und Zugang zu Rohstoffen zu finden. Die – mit oder ohne Absicht – geleistete Beihilfe zur Steigerung der Einkommen in strategisch wichtigen Regionen des pazifischen Gürtels werden vermutlich dazu beitragen, dass dort der Auswanderungsdruck, der in Richtung Tokio und Osaka zielen würde, abnimmt. Im wesentlichen folgt die japanische Regierung auf internationaler Ebene einer impliziten, in den sechziger Jahren wurzelnden Wachstumspol-Politik (Friedmann 1966). Trotzdem malt Saskia Sassen ein dramatisches Bild von Tokios unsichtbaren ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die frühmorgens in einem vernachlässigten innerstädtischen Quartier Tokios als Tagelöhner um Arbeit anstehen (Sassen 1993a: 297-99). Auch Tokio braucht billige Arbeitskräfte, die bereit sind, die dreckigen und unangenehmen Arbeiten auszuführen, die von den meisten JapanerInnen nicht mehr länger akzeptiert werden. Was heute noch ein Einwanderungsrinnal ist, könnte eines Tages zu einem unaufhaltsamen Strom werden. Aber so weit ist es noch nicht.

Ich glaube also nicht, dass wir uns nur auf die *Global Cities* und den globalen Akkumulationsraum, den sie zusammenhalten, konzentrieren sollten. Wir müssen die *Global Cities* im Verhältnis zu ihren jeweiligen Peripherien verstehen, ihrem externen wie auch internen Proletariat. Dadurch erweitert sich unser Forschungsprogramm – vielleicht zu weit. Es ergeben sich Fragen zu internationalen Arbeitskräfte-Bewegungen und Investitionen, zu denen Saskia Sassen (1988) im Rahmen

des *World City*-Paradigmas eine Studie durchgeführt hat. Es führt uns auch dazu, das Spektrum der Aktivitäten, die unter dem Sammelbegriff der informellen Ökonomie (Castells/Portes 1989) zusammengefasst sind, zu betrachten. Sodann werden Impulse zu Mikrostudien über Immigrantengruppen und deren Geldüberweisungen in die Heimatländer gegeben. Es stellen sich Fragen nach Alternativen zum Modell des unbeschränkten globalen Wachstums für einen Drittel bis die Hälfte der Weltbevölkerung. Weitere Fragen stellen sich zu den möglichen Grenzen des Wachstums, nicht nur im heute so populären ökologischen Sinn, sondern auch in einem politischen Sinn. Wenn die globale Peripherie destabilisiert wird oder wenn die Zahl der in die Kerngebiete einwandernden Arbeitskräfte so gross wird, dass sie nicht mehr assimiliert werden können, wird das ganze Kapitalismus-Projekt aufs Spiel gesetzt. Amerikanische Truppen können kaum die ganze Welt überwachen – von Panama bis Irak, von Somalia bis Serbien, auch nicht mit der stillschweigenden Zustimmung der UNO. Die Welt für das Kapital sicher zu machen ist eine Donquichott'sche Aufgabe.

Abschliessende Bemerkungen

Nach diesem Überblick über den aktuellen Stand der Forschung komme ich zum Schluss, dass das neu entstehende *World City*-Paradigma nicht nur zahlreiche Forschungshypothesen hervorgebracht hat, sondern auch stark genug ist, um als Leitlinie für die uns bevorstehenden Aufgaben zu dienen. Unsere Arbeit hat gerade erst begonnen.

Ich verwende den Begriff Paradigma nach reiflicher Überlegung. Was ich 1986 noch »Hypothese« nannte, hat sich zu einem soliden Forschungsparadigma entwickelt, mit dem wir in eine ganze Reihe von verschiedenen Richtungen arbeiten können. Als ausdrücklich räumlicher Analyserahmen verlangt es, dass wir unseren Blick auf zwei Brennpunkte richten: ein Auge auf das dynamische kapitalistische System im Zentrum (den globalen Akkumulationsraum und seine Verbindungselemente) und das andere auf die fragmentierte Peripherie der Ausgeschlossenen. Die beiden Teilansichten müssen zu einem stereoskopischen Bild zusammengeführt werden oder – um eine andere Metapher zu gebrauchen – sie müssen als Teile der gleichen Geschichte gelesen werden, ihre getrennt wiedergegebenen Darstellungen hängen zusammen.

Die Qualität des *World City*-Paradigmas liegt darin, dass es die Möglichkeit bietet, die ansonsten unvereinbaren und auseinanderlaufenden Untersuchungen über Arbeitsmärkte, Informationstechnologien, internationale Migrationen, aber auch Kulturstudien, Städtebauprozesse,

Fragen der industriellen Standortwahl, Klassenformationen, die massive Entrechtung und die städtische Politik in einer einzigen Metasprache zusammenzufassen. Es wird gesagt, das Meta-Sprachen nicht länger in Mode sind (genauso wie auch Dualismen als *passé* gelten). Sicherlich ist das aber nur deshalb der Fall, weil die Metasprache des Kapitals grösstenteils unsichtbar bleibt. *Es wäre so, als ob diese Metasprache gar nicht existieren würde, wenn es keine Gegensprache gäbe, um sie hervorzuheben.* Das World City-Paradigma erlaubt uns nicht nur, Teile der Metasprache des Kapitals zu erkennen, sondern sie verschafft uns auch die Grundlage für eine kritische Betrachtung.

Das World City-Paradigma ermöglicht uns zum Beispiel, die generelle Gültigkeit der ökonomischen Wachstumstheorie in Frage zu stellen, die das Fundament der Entwicklungsideologie darstellt. Aus unserer Perspektive mit zwei Brennpunkten kann die ökonomische Wachstumstheorie eher als partielle denn als allgemeine Theorie, die sich mit den Akkumulationsprozessen in den Kerngebieten des globalen Systems befasst, verstanden werden. Ihr Blick ist ausschliesslich auf die Lebenssituation eines Drittels der Menschheit gerichtet. Dieses Unvermögen, die ausgeschlossenen zwei Drittel als Teil der gleichen Geschichte zu verstehen, ist die Ursache für solch schwache und ihr Ziel verfehlende Studien wie das *Discussion Paper 71* der Weltbank: *How Adjustment Programs Can Help the Poor* (Ribe et al. 1990). Diese Art angewandter Forschung ist nicht nur das Ergebnis einer einäugigen Sicht, sondern resultiert auch aus dem Unvermögen, die gesellschaftliche Dynamik eines ökonomischen Systems zu erfassen, das unfähig ist, einer Mehrheit der Weltbevölkerung Aussicht auf ein besseres Leben zu geben. Ich habe den Dualismus der Ausgeschlossenen die Achillesferse des Kapitalismus genannt. Wenn wir sie weiterhin ignorieren, wird sie uns unvorstellbare Schmerzen zufügen.

Aus dem Englischen übersetzt von Richard Wolff.

Anmerkungen:

1. Zum Begriff der Artikulation vgl. Anmerkung 3 des Beitrags von Kipfer/Keil in diesem Buch (Anm. der Red.).
2. Für die europäischen Städte hat mir der 1991 überarbeitete Bericht 28 des Instituts für Raumplanung der Universität Dortmund, *The Pattern of Urbanisation in Western Europe 1960-1990*, von Klaus R. Kunzmann und Michael Wegener, sehr genützt.
3. Für eine frühere Formulierung dieser These vgl. Barnet/Müller 1974.
4. *Property developers* oder einfach *developers* sind Unternehmen, die Grundstücke erwerben und »entwickeln«, indem sie darauf Gebäude planen, finanzieren und bauen (lassen), um diese dann weiterzuverkaufen. Sie sind Immobilienfirma, oft auch Finanzierungsgesellschaft, Bauherrschaft, Bauunternehmen und Maklerbüro in einem (Anm. des Übersetzers).
5. Petrellas Darstellung ist rhetorisch. Sein Bild des Archipels der Technopolen ist zwar zweifellos eindrücklich, aber irreführend. Wenn wir seine Argumente in den Begriffen des *World City*-Paradigmas neu formulieren würden, müssten wir sagen, dass ein viel grösserer Anteil als ein Achtel der Weltbevölkerung – vielleicht ein Drittel bis die Hälfte – in einem relevanten Ausmass an der Wirtschaft, die wir üblicherweise global nennen, beteiligt ist, während die übrige Bevölkerung tatsächlich von der Beteiligung ausgeschlossen bleibt und ihren niedrigen Lebensstandard reproduziert, ohne grosse Aussicht auf eine Flucht in das gelobte Land des kumulativen Wachstums (Friedmann 1992: 18-21). Weltstädte stellen die Artikulation zwischen grossen Weltregionen und dem globalen System her. Wir sprechen nicht von einem Archipel von Stadtregionen (Technopolen), weil wir ein umfassenderes Verständnis der Weltwirtschaft haben. Aber Petrella hat trotzdem ins Schwarze getroffen. Ein sehr grosser Prozentsatz der Weltbevölkerung – vielleicht die Mehrheit – nimmt am Industriekapitalismus und den Wachstumsimpulsen, die dieses System erzeugt, nicht teil.

Global City – Hierarchie, Massstab, Zentrum

Saskia Sassen

Ein Grossteil der wissenschaftlichen Literatur über ökonomische Internationalisierung legt das Hauptaugenmerk auf die Aktivitäten von multinationalen Unternehmen und Banken und sieht den Schlüssel zur Globalisierung in der Macht der multinationalen Firmen. Doch der Komplex der spezialisierten Dienstleistungen und Finanzmärkte, die Teil der Formation, Implementierung und Erhaltung von Prozessen auf globalem Niveau sind, wird nur partiell durch die Aktivitäten der transnationalen Konzerne und Banken umschrieben.

Die *Global City*-Forschung fügt dem Studium der ökonomischen Internationalisierung zwei wichtige Dimensionen hinzu. Die erste Dimension ist die »Praxis der globalen Kontrolle« – so nenne ich den Bereich von Aktivitäten und organisatorischen Arrangements, die für die Implementierung und Aufrechterhaltung eines globalen Netzes von Fabriken, Dienstleistungsoperationen und Märkten notwendig sind. Hier verschiebt sich der Blickwinkel von der Macht grosser Konzerne, von Regierungen und Volkswirtschaften hin zur Produktion jener Inputs, die die globale Kontrollkapazität (*capability for control*) und die dafür notwendigen Arbeitsplatzinfrastrukturen konstituieren. Die zweite Dimension betont den (spezifischen) Ort und die städtische soziale und politische Ordnung, die mit diesen Aktivitäten verbunden sind. Prozesse der ökonomischen Globalisierung werden dadurch als konkrete Produktionskomplexe an spezifischen Orten hergestellt, die mannigfaltige Aktivitäten und Interessen enthalten. Dies erlaubt es uns, eine Geographie von strategischen Orten auf globaler Stufenleiter und die Mikrogeographien und Politiken zu kennzeichnen, die sich an diesen Orten entfalten.

Im ersten Teil dieses Artikels wird die Annahme behandelt, dass wir Elemente einer globalen Hierarchie unter Städten beobachten können, die als Produktionsstätten und Marktplätze für globales Kapital funktionieren. Eine wichtige Frage für weiterführende Forschung ist, ob diese Hierarchie systematischer Natur und nicht bloss als Rangordnung zu betrachten ist: Das hiesse, anstatt lediglich Resultat des zwischenstädtischen Wettbewerbs zu sein, umspannt vielmehr ein kom-

plexes Netz von Transaktionen und Firmen viele Städte; *und* die Auswirkungen der Tendenz zur ökonomischen Konzentration treten als Schlüsseldynamik in der Organisation der Wirtschaft zu Tage. Die unverhältnismässige Macht von New York, London und Tokio resultiert zu grossen Teilen aus dieser Konzentration und aus dem massiven Anstieg des durch die Globalisierung hervorgerufenen Wachstumspotentials der Konzentration.

Der zweite Teil dieses Artikels beschäftigt sich vor allem mit der räumlichen Organisation der städtischen Regionen in der gegenwärtigen Periode. Ist der Begriff »Stadt«, wie er gewöhnlich verwendet wird, den Entwicklungen neuer Grossstadregionen angemessen? Entspricht dieser Stadtbegriff den Megastädten der Dritten Welt, dem neuen regionalen Gitter von internationalisierten Knotenpunkten, das die räumliche Basis vieler *Global Cities* konstituiert? Und allgemeiner gefragt: Was geschieht mit dem (spezifischen) Ort in einer globalen Ökonomie? Ist die neue »Informationsökonomie« ortslos? Diese Frage deckt ein breites Spektrum von Punkten ab, von der Ortsgebundenheit bestimmter Globalisierungsprozesse, die oft als aus gleichzeitigen Transmissionen bestehend, d.h. als ortslos, beschrieben werden, bis zum Problem der Orte/Repräsentationen des »Globalen«. Globale Prozesse können sich oft in Formen materialisieren, die wir als lokal kodieren oder lesen. Ich denke dabei an Einwanderergemeinden als Beispiele für Globalisierung, auch wenn sie als verpflanzte »lokale« (oder traditionelle) Kulturen erfahren werden. Wie formen diese Entwicklungen das traditionelle städtische politische Regime um? Welche soziale Regulationsweise entwickelt sich aus dem Zusammentreffen von Globalisierung und Lokalität?

Elemente einer globalen Hierarchie

New York City, London, Tokio, Paris, Amsterdam sind seit langem Wirtschafts- und Finanzzentren. Was sich seit den späten siebziger Jahren verändert hat, ist die Struktur der Wirtschafts- und Finanzsektoren, die Grösse dieser Sektoren und ihr Gewicht in der Ökonomie dieser Städte. Früher beherrschten eine begrenzte Zahl von grossen Firmenzentralen und einige wenige grosse Handelsbanken einen Markt, der von hohen Regulationsniveaus, niedriger Inflation und bescheidenen, aber voraussagbaren Wachstumsraten geprägt war. Die hohe Inflation in den siebziger Jahren, die zunehmende Nutzung des Euromarktes durch Schuldnerfirmen und die Schuldenkrise in der Dritten Welt änderten diese Bedingungen. Mitte der achtziger Jahre konstituierten eine grosse Anzahl von Firmen den Kern der Geschäfts- und Finanz-

sektoren. Diese Firmen waren für den Grossteil des Wachstums im privaten Bürobereich und für ökonomische Transaktionen in beträchtlichem Umfang verantwortlich. Die Reorganisation der Finanzindustrie in den achtziger Jahren brachte weniger Regulation, mehr Diversifizierung, mehr Wettbewerb, den Verlust von Marktanteilen seitens der grossen Handelsbanken und einen massiven Anstieg im Volumen der internationalen Transaktionen mit sich.

Grösse allein stellt keine ausreichende Erklärung für das Mass wirtschaftlicher Macht einer Stadt in der Weltökonomie dar. Einige der grössten Städte der Welt haben keine Zentralen grosser Weltklassefirmen oder Banken. Andererseits haben London oder Paris und einige andere Städte unverhältnismässige Konzentrationen von höchstrangigen Konzernzentralen in den Sektoren Finanzwirtschaft, Industrie, Handel und Produktionsdienste, auch wenn diese bei weitem nicht die bevölkerungsreichsten Städte sind. Hier sind viele der 500 weltgrössten transnationalen Industriekonzerne angesiedelt, die für 70 bis 80 Prozent des Welthandels in Marktwirtschaften aufkommen. Und wenn wir uns die zehn bevölkerungsreichsten Städte der Welt ansehen, haben die Hälfte nur eine solche Zentrale oder gar keine, und die anderen fünf weisen zwischen 14 (Los Angeles) und 59 Firmenzentralen (New York City) auf.

Verwendet man darüber hinaus die Konzentration von Firmenzentralen als Index, so ist eine nähere Qualifizierung nötig. Welche Firmenzentralen sich in den internationalen Hauptfinanz- und Wirtschaftszentren konzentrieren, hängt von einer ganzen Reihe von Variablen ab. Erstens macht es einen Unterschied, ob wir die Zentralen messen oder schlicht zählen. Oft wird die Firmengrösse aufgrund der Beschäftigtenzahl oder aufgrund des Gesamteinkommens bestimmt. In diesem Fall sind einige der grössten Firmen der Welt immer noch Industriekonzerne, und viele von ihnen müssen nicht in einem internationalen Dienstleistungszentrum angesiedelt sein, denn ihre Märkte sind meist national. So schloss der vielpublizierte Auszug von Hauptsitzen aus New York City in den sechziger und siebziger Jahren diesen Firmentypus ein. Unter den 500 grössten Firmen der USA, die das Wirtschaftsmagazin *Fortune* zusammenstellt, haben viele New York City und andere grosse Städte verlassen. Doch wenn wir als Massstab denjenigen Anteil des Gesamteinkommens verwenden, der aus internationalen Umsätzen stammt, ändern sich die Ergebnisse drastisch: 40 Prozent aller amerikanischen Firmen, die die Hälfte ihrer Einkommen aus internationalen Umsätzen erzielen, haben ihre Zentralen in New York City. Zweitens ist die Natur des Städtesystems innerhalb eines Landes ein wichtiger Faktor. In Ländern, wo einzelne Städte im nationalen

System eine deutliche Vormachtstellung besitzen, wird man eine unverhältnismässige Konzentration von Firmensitzen finden, unabhängig davon, welchen Massstab man anlegt. London ist ein solcher Fall. Drittens können sich verschiedene Wirtschaftsgeschichten und Geschäftstraditionen zu unterschiedlichen Ergebnissen zusammenfügen. Schliesslich kann die Firmenkonzentration mit einer bestimmten ökonomischen Phase zusammenhängen. Anders als New York hat Tokio Firmensitze hinzugewonnen, während dies für Osaka und Nagoya, die beiden anderen grossen Wirtschaftszentren Japans, die sogar Zentralfunktionen an Tokio abgegeben haben, nicht zutrifft. Dies scheint mit der wachsenden Internationalisierung der japanischen Ökonomie und dem entsprechenden Anstieg zentraler Steuer- und Dienstleistungsfunktionen zusammenzuhängen (Sassen 1993a: Kapitel 1 und 7).

Die empirische Dimension dieser Entwicklungen lässt sich ermes- sen, wenn man sich auf die Produktionsdienste konzentriert. Die Aus- weitung dieser Dienstleistungen ist ein zentrales Wesensmerkmal des gegenwärtigen Wachstums in entwickelten Ländern. Diese Dienste sind auch Schlüsselkomponenten aller internationalen Transaktionen.¹ Produktionsdienste können als Teil der Angebotskapazität einer Wirt- schaft gesehen werden und »beeinflussen deren Anpassung gegenüber sich verändernden ökonomischen Umständen« (Marshall et al. 1986: 16). Sie stellen einen Mechanismus dar, der »den wirtschaftlichen Tausch für eine Gebühr organisiert und ausrichtet« (Thrift 1987). Sie sind Teil einer weiteren, intermediären Ökonomie. Diese Dienste kön- nen entweder von Firmen internalisiert werden, und das geschieht auch in vielen Fällen, oder sie können auf dem Markt erworben wer- den.²

Ein anderer Massstab sind Finanzfirmen und -märkte. Erstellt man eine Rangordnung der zehn grössten Bankenzentren, basierend auf den kumulierten Einlagen der 50 grössten Handelsbanken der Welt und der wichtigsten 25 Wertpapierfirmen, so bestätigt sich die globale Vorrang- stellung von New York, Tokio und London während der Wachstums- periode der achtziger Jahre und während der frühen neunziger Jahre (siehe Tabellen 1, 2 und 3). Auch einige europäische Städte befinden sich unter den Hauptbankenzentren der Welt: Paris, Frankfurt, Zürich und Amsterdam.³ Eine Auflistung der Börsen zeigt ebenfalls, dass eine begrenzte Anzahl von Ländern für einen sehr grossen Anteil an der Kapitalisierung der Welt aufkommen. Dieses Muster setzte sich auch nach der Börsenkrise von 1987 bis in die neunziger Jahre fort. Tabelle 4 zeigt, dass Frankfurt und Zürich unter den sechs grössten Städten er- scheinen (für den europäischen Vergleich siehe Tabelle 5).

Ein weiteres Mass ist die Konzentration von spezialisierten Dienstlei-

stungen. Die rasche Zunahme von ausländischen Direktinvestitionen in Dienstleistungen steht in engem Zusammenhang mit dem hohen Konzentrationsniveau in vielen dieser Industrien und einer – während der siebziger Jahre – starken Tendenz zu stärkeren Marktanteilen der grossen Firmen. Dies gilt vor allem für Unternehmen, die Grosskonzerne als Kunden haben. Im Treuhandsektor haben die neun Spitzenfirmen ihren Marktanteil für umfangreiche Rechnungsprüfungen ausgebaut. Doch zur selben Zeit finden auch kleinere unabhängige Firmen Spezialmärkte und gedeihen in den mächtigen Dienstleistungszentren. Bei den internationalen Rechtsanwaltsfirmen wuchsen in New York grosse Büros entweder durch interne Expansion oder durch Zusammenschlüsse. Eine ähnliche Situation herrscht in London vor. Die Verbindung zwischen internationalen Rechtsanwalts- und Finanzfirmen hat zur Zentralisierung der Anwaltsbüros in den Hauptfinanzzentren beigetragen. So waren Mitte der achtziger Jahre unter den zehn ausländischen Spitzenanwaltsbüros in Hong Kong die Hälfte aus Grossbritannien und die andere Hälfte aus den Vereinigten Staaten. Zum selben Zeitpunkt kontrollierten die fünf grössten Werbefirmen der Welt 38 Prozent des europäischen Marktes und jeweils 56 Prozent des lateinamerikanischen und des pazifischen Marktes. Obgleich von anderer Grössenordnung (siehe Tabelle 1), ist Los Angeles als wichtiges Zentrum für den Finanzsektor und spezialisierte Dienstleistungen hervorgetreten und hat Chicago und San Francisco überholt. Das rapide Wachstum im Pazifikbecken in den letzten Jahren und die grosse Konzentration von ausländischen Direktinvestitionen und von industriellen Aktivitäten in Kalifornien haben Los Angeles zum Status einer *Global City* verholfen.

Hier entsteht die Frage nach dem Einfluss der Globalisierung der Hauptwirtschaftssektoren, von der Autoindustrie bis zum Finanzsektor, auf nationale Städtesysteme. Städte wie Detroit, Liverpool, Manchester und zunehmend auch Nagoya und Osaka sind von der Dezentralisierung ihrer Schlüsselindustrien auf inländischem und internationalem Niveau betroffen. Dieser Prozess hat zum Wachstum von Dienstleistungsindustrien beigetragen, die die spezialisierten Leistungen erbringen, mit denen globale Produktionsprozesse und die globalen Märkte für Inputs und Outputs zusammengehalten werden. Diese Industrien – internationale Rechtsanwaltskanzleien und Buchführungsbüros, Managementberatung und Finanzdienste – sind sehr stark in Städten wie New York, London, Tokio, Paris und Frankfurt konzentriert.

Wir müssen wissen, wie dieses Wachstum die Beziehungen zwischen den *Global Cities* und denjenigen Städten verändert, die einmal die füh-

renden Industriezentren ihrer Nationen waren. Bringt die Globalisierung eine »Triangulierung« hervor, sodass New York nun zum Beispiel eine Rolle in den Geschichten Detroits spielt, die es nicht hatte, als jene Stadt das führende Zentrum der Autoproduktion bildete und diese Industrie sowohl geographisch gesehen als auch eigentumsmäßig ausschliesslich amerikanisch war? Die Beiträge über Frankfurt und Zürich in diesem Buch zeigen eine wachsende Konzentration von finanziellen und spezialisierten Dienstleistungen in diesen Städten und eine Reduzierung des Anteils anderer Städte. Und wenn dies der Fall ist, wie ändert sich dann im allgemeinen das Verhältnis von Grossstädten wie Chicago, Osaka und Manchester, die einmal führende Industriezentren der Welt waren, zu den nationalen und globalen Märkten? Verlieren sie beispielsweise auch in ihrer Funktion als Finanzzentren an Boden? Sowohl Chicago als auch Osaka sind und bleiben wichtige Finanzzentren. Haben sie in dieser Funktion als Resultat ihres Niedergangs auf den globalen Industriemärkten an Bedeutung verloren, oder haben sie sich einer parallelen Transformation in Richtung einer Stärkung der Dienstleistungsfunktionen unterzogen? Was wir wissen, weist in beiden Fällen darauf hin, dass sie Anteile an den Finanzmärkten verloren haben (Sassen 1993a: Kapitel 7). Wie ist es den europäischen Industriezentren ergangen? Hat sich das Verhältnis zwischen diesen einst führenden Industriezentren und den nationalen Märkten sowie anderen Grossstädten gewandelt? Eine Stadt wie Chicago ist und bleibt im Herzen eines massiven agroindustriellen Komplexes, einer riesigen regionalen Ökonomie. Wie hat der Niedergang dieses regionalen ökonomischen Systems Chicago betroffen? Was bedeutet das neue Wachstum in den Produktions- und Finanzdiensten für verschiedene Ebenen in der nationalen städtischen Hierarchie? Und in welchem Mass hat die Dezentralisierung der Produktion die Wirtschaftsbasis kleinerer Städte in dieser Hierarchie verändert? Die Dezentralisierung von Produktionsstätten, Büros und Dienstleistungen kann – gemeinsam mit der dadurch ausgelösten Expansion zentraler Managementfunktionen – selbst die Bedingungen geschaffen haben, die zum Wachstum regionaler Subzentren beitragen. Gemeint sind dabei kleinere Versionen dessen, was New York, London, Paris, Frankfurt und Tokio im globalen und nationalen Massstab bewerkstelligen.

Diese Entwicklungen werfen auch Fragen nach der Entstehung einer elementaren globalen Hierarchie von Städten sowie nach dem Verhältnis einer *Global City* zu ihrem Nationalstaat auf. Es besteht die Möglichkeit einer systemischen Diskontinuität zwischen dem, was als nationales Wirtschaftswachstum angesehen wird, und den Formen von Wachstum, die im Laufe der achtziger Jahre in *Global Cities* aufgetre-

ten sind. Was zum Wachstum im Netzwerk der *Global Cities* beiträgt, fördert nicht unbedingt das Wachstum innerhalb von Nationen. So wurde zum Beispiel das Wachstum von *Global Cities* von den Defiziten nationaler Regierungen und dem Niedergang der industriellen Hauptzentren genährt.

Räumliche Organisation und Regulation

Veränderungen in der räumlichen Organisation der Ökonomie von *Global Cities* stellen das konventionelle Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum in Frage. Es scheint, dass es dabei zwei Dimensionen gibt; die eine ist geographisch, die andere organisatorisch. Es ist ein starker Anstieg der räumlichen Ungleichheiten zwischen Regionen, innerhalb von Regionen oder Nationen und innerhalb von Städten zu verzeichnen. Dies kann – unter anderem – theoretisch als Transformation in der Geographie von Zentrum und Peripherie erfasst werden. Peripherisierungsprozesse finden in Gegenden statt, die einmal als Kernregionen entweder auf globalem, regionalem oder städtischem Niveau betrachtet wurden. Zentralität ist auf allen drei Ebenen sogar noch ausgeprägter geworden.

In der räumlichen Organisation lassen sich in den meisten *Global Cities* und ihren Regionen drei Muster unterscheiden. Neben der zunehmenden Arbeitsplatzdichte im traditionellen Stadtzentrum, die mit dem Wachstum in führenden Sektoren und ihren Zulieferindustrien verbunden ist, sehen wir die Herausbildung dichter Knoten in einer weitergefassten urbanen Region. Stadtzentrum und regionale Knoten bilden gemeinsam die Basis für die Globalstadtfunktionen. Die Fälle von Frankfurt und Zürich illustrieren dieses Muster eindringlich. Innerhalb ihrer jeweiligen Länder haben Frankfurt und Zürich heute einen höheren Anteil sowohl an nationalen als auch an ausländischen Wirtschaftsaktivitäten denn je. Freilich ist dieses ökonomische Subsystem nicht nur in der Stadt selbst, sondern auch in vielfältigen strategischen Knoten in der Region im Umkreis dieser Städte installiert. Gleichzeitig gibt es eine intensivere Ortsgebundenheit (*local-ness*) von Gegenden und Sektoren, die ausserhalb dieses weltmarktorientierten Subsystems operieren. Diese wachsende Ortsgebundenheit bringt einen Anstieg an Armut und sozialer Benachteiligung mit sich. Es ist interessant, diese allgemeine Dynamik in Städten mit ganz unterschiedlichen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Arrangements festzustellen.

Bezüglich der zweiten Dimension, der organisatorischen, ist die Frage noch zu wenig erforscht, ob die Standorte des oberen Managements

und der Koordinationsfunktionen geographisch gestreut werden können. Eine zweite Frage ist die, ob der Komplex produktionsorientierter Dienstleistungen geographisch dispers sein kann. Ich sehe diese beiden Funktionen als getrennte an; sie in ein Konglomerat zu vermengen, hilft uns nicht, Fragen geographischer Standortwahl zu verstehen (Sassen 1993a). Eine dritte Frage ist, ob die in diesen metropolitanen Regionen sichtbare räumliche Organisation dichter, über die ganze Grossregion ausgebreiteter strategischer Knoten eine neue Form der Organisation des »Zentrums« darstellt oder nicht; oder ob es sich dabei, wie es gewöhnlich heisst, um ein Beispiel für Suburbanisierung oder geographische Streuung handelt. Die Fälle von Zürich und Frankfurt legen sehr stark nahe, dass die erstgenannte Sicht die angemessenere ist. Dazu können wir Los Angeles rechnen, das diesen Typus der räumlichen Organisation verkörpert. Insofern diese verschiedenen Knoten durch das artikuliert sind, was ich »Cyber-Routen« oder »digitale Autobahnen« nenne, stellen sie das neue geographische Korrelat des am weitesten fortgeschrittenen Typus des »Zentrums« dar.⁴ Was aus diesem neuen Gitter digitaler Autobahnen herausfällt, wird peripherisiert. Hier bleibt zu fragen, ob dies in viel höherem Masse geschieht als in früheren Perioden, als das suburbane oder nicht-zentrale ökonomische Terrain ins Zentrum integriert wurde, weil es primär *auf das Zentrum* hin ausgerichtet war.

Auch muss hier untersucht werden, ob dieses neue Terrain der »Zentralität« differenziert ist: vor allem, ob die alte Zentralstadt, noch immer der grösste und dichteste aller Nodalpunkte, der strategischste und mächtigste von ihnen ist. Hat sie eine Art Schwerkraftwirkung auf die Region, die das neue Gitter von Knoten und digitalen Autobahnen als komplexe räumliche Agglomeration zusammenhält? Das neue Terrain der Zentralität ist neu insofern, als sein geographisches Korrelat neu ist; ebenso ist es neuartig in dem Sinne, dass es sich von Agglomerationsmustern unterscheidet, die noch in den meisten Städten vorherrschen, wo keine massive Expansion von Globalstadtfunktionen und dem darin enthaltenen neuen Akkumulationsregime stattgefunden hat.

Der Massstab spielt hier ebenfalls eine Rolle: Während die urbanen Regionen Nodalpunkte eines riesigen transnationalen Wirtschaftssystems werden, verändert sich das Mass, sodass das Zentrum nun viel weitgefasster ist. Die Neuen Technologien führen diese Streuung über eine weit ausgedehnte »Zentralregion« ein, *und* sie machen es möglich, diese weit ausgedehnte Region als »Zentrum« zu strukturieren. In der grösseren transnationalen Perspektive gesehen, handelt es sich hier um weit ausgedehnte Zentralregionen. Wir beobachten eine Reorganisation der Raum-Zeit-Dimensionen der Ökonomie.

Die Beiträge über Frankfurt und Zürich in diesem Band zeigen, dass der traditionelle Perimeter der Stadt, die »Peripherie«, erst jetzt sein ganzes industrielles und strukturelles Wachstumspotential entfaltet. Die Entwicklung bei den Gewerbe- und Büroflächen führt zu einer spezifischen Form der dezentralisierten Rekonzentration der ökonomischen Aktivitäten in der städtischen Peripherie. Diese mikro-geographische Verschiebung, so wird argumentiert, habe viel mit den Standortentscheidungen transnationaler Unternehmen zu tun, welche die städtischen Peripherien zu den Wachstumszentren der dynamischsten Industrien machten.

Hier scheint sich ein Unterschied im Muster der Welt-Stadt Formation in Teilen der Vereinigten Staaten und in Teilen Westeuropas anzudeuten. In den USA haben Grossstädte wie New York oder Chicago gewaltige Zentren, die mehrfach umgebaut worden sind, vor allem wegen der brutalen Vernachlässigung grosser Teile der urbanen Infrastruktur und der erzwungenen Überalterung, die für amerikanische Städte so charakteristisch ist. Diese Vernachlässigung produziert riesige Räume für den Umbau des Zentrums, je nach den Anforderungen der Regimes der städtischen Akkumulation oder der Muster der räumlichen Organisation der städtischen Ökonomie, die gerade vorherrschen. In Europa sind die Zentren viel geschützter, und sie enthalten nur selten bedeutende Gebiete aufgelassenen Raumes. Die Ausdehnung der Arbeitsplätze und der Bedarf an »intelligenten« Gebäuden, der der Welt-Stadt-Formation eigen ist, muss notwendig teilweise ausserhalb des alten Zentrums geschehen. Der Komplex von La Défense in Paris ist natürlich das extremste Beispiel dieser Art, ein expliziter Fall von Regierungspolitik und -planung. Uns fehlen noch Informationen darüber, was sich in neuen Knoten und was sich im alten Stadtzentrum befindet.

Keil und Ronneberger (1991 und 1994) behaupten, dass die Peripherie keine mehr ist. Die Autoren sehen den alten suburbanen Rand oder städtischen Perimeter als die Peripherie, die jetzt der Standort für internationale Firmen und weltmarktorientierte Dienstleistungsoperationen geworden ist. Ich würde hinzufügen, dass die Bedingung, peripher zu sein, in verschiedenen geographischen Terrains angelegt ist, abhängig von der vorherrschenden ökonomischen Dynamik in verschiedenen Raum-Zeit-Kontexten. Daher sehen wir heute in New York, London und Tokio neue Formen der Peripherisierung genau im Zentrum dieser Städte, nicht weit entfernt von Geschäftsgrundstücken, die zu den teuersten der Welt zählen. Weiterhin sehe ich die Peripherisierung im Zentrum auch in organisatorischer Hinsicht am Werk. Wir kennen seit langem segmentierte Arbeitsmärkte, doch die Art von

Entwertung von manuellen (*non-professional*) Tätigkeiten in führenden Industrien, die heute in diesen Städten zu beobachten ist, geht über Segmentierung hinaus und ist tatsächlich ein Beispiel für Peripherisierung.

Es ist bemerkenswert, dass wir uns das herrschende Narrativ der ökonomischen Globalisierung als Narrativ der Vertreibung denken können (Sassen 1994). Die Schlüsselbegriffe in der herrschenden Darstellung – Globalisierung, Informationsökonomie und Telematik – legen allesamt nahe, dass der »Ort« keine Rolle mehr spielt. Das dominante Narrativ privilegiert die Fähigkeit zur globalen Transmission gegenüber der baulichen Infrastruktur, die diese Transmission möglich macht, Informationsoutputs gegenüber den Beschäftigten, die diese Outputs produzieren, von den SpezialistInnen bis zu den SekretärInnen; und es stellt die neue transnationale Unternehmenskultur über die Vielheit kultureller Umwelten, einschliesslich derjenigen Kulturen, die durch Einwanderung re-territorialisiert worden sind, und in denen viele der »anderen« Arbeitsplätze der globalen Informationsökonomie verortet sind.

Die Gesamtwirkung ist ein Verlust der Ortsgebundenheit bedeutender Komponenten der globalen Informationsökonomie, wodurch eine ganze Reihe von Aktivitäten und Typen von Beschäftigten aus dem Prozess der Globalisierung ausgeschlossen wird, die genauso Teil davon ist wie das internationale Finanzkapital. Indem diese Tätigkeiten und Beschäftigten beseitigt werden, wird die grosse Verschiedenheit kultureller Kontexte ausgeblendet, innerhalb derer sie existieren, eine Diversität, die in Prozessen der Globalisierung genauso präsent ist wie in der neuen internationalen Unternehmenskultur. Globalisierung muss dann also als ein Prozess angesehen werden, der nicht nur die Ökonomie des Kapitals und die neue transnationale Unternehmenskultur einschliesst, sondern auch zum Beispiel die Einwandererökonomien und Arbeitskulturen, die in unseren Grossstädten anzutreffen sind.⁵

Wir tendieren dazu, über den Finanzsektor und spezialisierte Dienstleistungen als Angelegenheiten der Expertise statt der Produktion nachzudenken. Hochklassige Produktionsdienste, von der Buchhaltung bis zur Entscheidungsfindung, werden gemeinhin nicht in Begriffen ihres Produktionsprozesses analysiert. Daher wurde der eigentlichen Ansammlung von Jobs, von den gutbezahlten zu den schlechtbezahlten, die an der Produktion solcher Dienstleistungen beteiligt sind, wenig Aufmerksamkeit zuteil. Tatsächlich jedoch erfordert die Ausarbeitung eines Finanzinstruments zum Beispiel Inputs aus dem juristischen Bereich, aus der Buchhaltung, aus der Werbung etc. In der fortgeschrittenen Dienstleistungsökonomie gibt es einen Produktionskom-

plex, der von der Agglomeration profitiert. Darüber hinaus schliesst der eigentliche Produktionsprozess die verschiedensten Beschäftigten und Firmen ein, die gewöhnlich nicht als Teil der Informationsökonomie gesehen werden, vor allem Sekretärinnen, Wartungsarbeiter und Reinigungskräfte.

Keil und Ronneberger (1994) merken an, dass die neuen Wachstumsformen im Umkreis der Städte auch Krise bedeuten: Gewalt im Immigrantenghetto der *banlieue*, ehemalige StädterInnen, die sich für Wachstumskontrollen einsetzen, um ihre Umwelt zu schützen, neue Formen der städtischen Regierung (*governance*) am nördlichen Stadtrand von Zürich (Hitz/Schmid/Wolff 1994, Lehrer 1994).

Es wird nun zunehmend klar, dass das neue Wachstum zu grösserer ökonomischer Ungleichheit innerhalb von Städten und ihrer Regionen, innerhalb grösserer Regionen und innerhalb nationaler Territorien beigetragen hat (Kunzmann/Wegener 1991, Krätke 1991). In Deutschland und in der Schweiz bedeutet die Deregionalisierung der städtischen Hierarchie, dass die Städte weniger auf ihr Hinterland und ihre Region hin orientiert sind und globale Funktionen wenig mit den zentralörtlichen Funktionen der Städte zu tun haben.

Die regionale Regulationsweise in Frankfurt ist im alten Zentrum-Vorstadt-Modell verfangen und daher dem Umgang mit »intraperipheren« Konflikten in der Region der Stadt unangemessen. Doch Frankfurt kann ohne seine Nachbarstädte und -dörfer nicht funktionieren; gleichzeitig wäre diese besondere *urbane Region* ohne die spezifischen Wachstumsformen in Frankfurts Zentrum nicht entstanden. Keil und Ronneberger (1994) bemerken auch die ideologische Motivierung in der Forderung von Politikerinnen und Politikern, die Region anzuerkennen, um Frankfurts Stellung im globalen interregionalen Wettbewerb zu stärken; diese Forderung liefert auch eine Begründung für Kohärenz und die Idee gemeinsamer Interessen unter den vielen objektiv disparaten Interessen in der Region: Sie verlagert die Konflikte zwischen ungleich bevorteilten Sektoren auf ein Projekt des regionalen Wettbewerbs mit anderen Regionen. Regionalismus entsteht dann als das Konzept, das eine Brücke zwischen der globalen Orientierung der führenden Sektoren und den verschiedenen lokalen Programmen schlägt.

Hier sehen wir wiederum einen gewissen Unterschied zwischen diesen Städten. So würde ich sagen, dass in New York eher der Diskurs des Städtischen vorherrscht als der des »Regionalismus«. Als Herausforderung stellt sich die Frage, wie die (farbige, verarmte, eingewanderte, d.Ü.) Innenstadt (*inner city*) mit dem (kapitaldominierten, d.Ü.) Zentrum verklammert wird; eine Form dieser Verklammerung ist der Mul-

tikulturalismus. Der regionale Diskurs entsteht vielleicht erst jetzt: Er war völlig von der Suburbanisierung zugedeckt, einem Konzept, das sowohl Flucht aus als auch Abhängigkeit von der Stadt einschliesst. Die Vorstellung von Konflikt innerhalb der städtischen Peripherie, zwischen verschiedenen Interessen und Wählerschaften im suburbanen Ring, war nicht wirklich von Bedeutung. Der delicate Punkt war vielmehr die Artikulation zwischen den Vorstädten und der Stadt. Könnte es sein, dass im Frankfurter Fall so viel Macht in den verschiedenen regionalen Städten und Knoten konzentriert ist, dass es sich dabei um einen Typus von räumlicher Organisation handelt, der sich vom suburbanen Ring in New York City oder Tokio unterscheidet, wo die Stadt noch eine überwältigende und massive Machtkonzentration darstellt? Londons Region könnte dem Frankfurter Fall näher sein. Darüber hinaus sind die Städte in der Region Frankfurts älter, haben eine Geschichte, eine Identität, ein kollektives und institutionelles Gedächtnis der Vergangenheit als Städte, was im typischen suburbanen Rand Tokios oder New Yorks kaum der Fall ist. Wir können durchaus verschiedene Modi im Zusammentreffen von Grösse und räumlicher Organisation erkennen. Im Fall von Städten wie Zürich und Frankfurt ist trotz grosser Innenstadtkonzentration von Arbeitsplätzen die Verteilung der Globalstadtfunktionen über eine breitere Region gestreut, während in New York City, Tokio oder London die Konzentration in der Zentralstadt so massiv ist, dass die Regionalisierung einiger dieser Funktionen eine relativ geringfügige Angelegenheit ist. Tatsächlich kann es sein, dass alle diese Städte in der Frankfurter Region nicht den städtischen Massstab von New York City's Zentrum oder von London oder Tokio erreichen, auch wenn die eigentliche Konzentration von in- und ausländischen Finanz- und Bankenressourcen in Frankfurt selbst im deutschen Vergleich sehr hoch ist.

Aus dem Englischen übersetzt von Roger Keil.

Die zwölf grössten Bankenzentren nach Einkommen der fünfzig grössten Handelsbanken und der fünfundzwanzig grössten Wertpapierfirmen, 1985 und 1986

<i>Rangiert nach Ein- kommen 1986</i>	<i>1985 Einkommen in Mio. US \$</i>	<i>1985 Zahl der Firmen</i>	<i>1986 Einkommen in Mio. US \$</i>	<i>1986 Zahl der Firmen</i>
Tokio	2922	20	6424	22
New York	5372	14	5673	16
London	2282	10	2934	5
Paris	983	6	1712	6
Osaka	617	4	1261	4
Frankfurt	763	3	1003	3
Zürich	337	1	826	2
Amsterdam	172	1	739	3
Basel	291	1	415	1
Hong Kong	348	1	392	1
Los Angeles	636	2	386	1
Montreal	605	2	354	1

Quelle: Global Finance and Investment, jährlicher Spezialbericht des Wall Street Journal vom 29.9.1986 und 18.9.1987 (Sassen 1993a: 176).

Anteil der USA, Japans und Grossbritanniens an den hundert grössten Banken der Welt, 1991

	<i>Anzahl</i>	<i>Aktiven in Mio. US \$</i>	<i>Kapital in Mio. US \$</i>
Japan	27	6'572'416	975'192
USA	7	913'009	104'726
GB	5	791'652	56'750
Zusammen	39	8'277'077	1'136'668
Alle anderen Länder	61	7'866'276	1'263'771
Total	100	16'143'353	2'400'439

Quelle: The Wall Street Journal vom 24.9.1992, World Business, R27.

Anteil der USA, Japans und Grossbritanniens an den 25 grössten Wertpapierfirmen, 1991

	<i>Anzahl</i>	<i>Aktiven in Mio. US \$</i>	<i>Kapital in Mio. US \$</i>
Japan	10	171'913	61'871
USA	11	340'558	52'430
GB	2	44'574	3'039
Zusammen	23	557'045	117'340
Alle anderen Länder	2	6'578	5'221
Total	25	563'623	122'561

Quelle: The Wall Street Journal vom 24.9.1992, World Business, R27.

Marktgrösse ausgewählter Börsen, 1990

	Umsätze in Mio. US \$		Kotierte Firmen		Mitglied-firmen
	Aktien	Obligationen	Inland	Ausland	
New York	2'692'123	1'610'175	1'678	96	516
Tokio	2'821'660	978'895	1'627	125	124
GB (v.a. London)	858'165	576'291	1'946	613	410
Frankfurt	341'030	645'382	389	354	214
Paris	304'388	481'073	443	226	44
Zürich	163'416	158'487	182	240	27
Toronto	241'925	–	1'127	66	71
Amsterdam	148'553	166'308	260	238	152
Milano	148'766	588'757	220	–	113
Australien	108'628	46'433	1'085	37	90
Hongkong	83'279	656	284	15	686
Singapur	34'268	98'698	150	22	26
Taiwan	98'854	6'551	199	–	373
Korea	110'301	71'353	699	–	25

Quelle: Tokyo Stock Exchange 1992 Fact Book, im April 1992 herausgegeben von der Abteilung für internationale Angelegenheiten der Börse Tokio.

Die grössten Bank-, Handels- und Industrieunternehmen der EU, 1990

Stadt	Anzahl Banken	Handelsunternehmen	Industrieunternehmen
London	13	49	85
Paris	13	49	72
Amsterdam	3	4	5
Berlin	3	–	4
Birmingham	–	–	5
Brüssel	7	4	7
Kopenhagen	6	4	6
Dortmund	–	1	2
Glasgow	–	1	2
Hamburg	2	8	13
Rotterdam	–	5	1
Liverpool	–	–	–
Frankfurt	12	7	9
Milano	7	–	–
Barcelona	3	–	–
Lyon	–	1	1
Madrid	7	–	–
Marseille	–	–	–
Athen	3	–	–
Bari	–	–	1
Dublin	2	–	–
Napoli	1	1	–

Quelle: A Report to Commission of the European Communities Directorate General from Regional Policy (XVI) vom April 1992, S.13–15.

Anmerkungen:

1. Die Wachstumsrate der Produktionsdienste ist nun auf nationalem Niveau in fortgeschrittenen Ländern sogar noch höher als in den Haupt-Städten, auch wenn ihr *Auftreten* in den Städten weiterhin disproportional bleibt. Dieses weitverbreitete Wachstum von Produktionsdiensten, neben anderen Haupttransformationen in der Arbeitsorganisation, hat mich dazu geführt, die Annahme zu erforschen, dass das wesentliche Merkmal der Verschiebung hin zu einer Dienstleistungsökonomie nicht so sehr das quantitative Wachstum von Servicejobs ist, sondern vielmehr das wachsende Vorkommen (*incidence*) von Dienstleistungen in der Arbeitsorganisation aller Industrien, in der gewerblichen Produktion ebenso wie in den eigentlichen Dienstleistungsindustrien (Sassen 1993a: 166). Dies unterstellt, dass wir die Geburt eines neuen Regimes erleben und nicht nur eine Veränderung im Anteil an Arbeitsplätzen auf Seiten verschiedener Industrien. Es stellt auch die Frage der Finanzkrise neu: Kann eine solche Krise dieses neue ökonomische Regime zum Einsturz bringen?

2. Produktionsdienste decken finanzielle, juristische und allgemeine Managementangelegenheiten, Innovation, Entwicklung, Design, Verwaltung, Personalverwaltung, Produktionstechnologie, Wartung, Transport, Kommunikation, Grosshandel, Werbung, Reinigungsdienste, Sicherheit und Lager ab. Zentrale Komponenten der Produktionsdienstekategorie sind eine Reihe von Industrien mit gemischten Produzenten- und Konsumentenmärkten. Unter ihnen befinden sich Versicherungen, Banken, Finanzdienste, der Immobiliensektor, juristische Unterstützung, Buchhaltung und berufsständische Organisationen. Diese gemischten Märkte schaffen Massstabsprobleme, die nur teilweise von der Tatsache überwunden werden, dass Produzenten- und Konsumentenmärkte in diesen Bereichen oft völlig verschiedene Firmen umfassen und unterschiedlichen Ansiedlungsmustern folgen. Es ist hilfreich, diese Dienste unter der Kategorie »vornehmlich Produktionsdienste« zu fassen, das heisst, Dienstleistungen, die für Firmen anstatt für Individuen produziert werden. Ich werde sie der Einfachheit halber als Produktionsdienste bezeichnen.

3. Basel taucht zwar in der Tabelle als wichtiges Bankenzentrum auf, da sich dort der Hauptsitz des Schweizerischen Bankvereins befindet. Da immer mehr entscheidende Finanz- und Bankgeschäfte dieses Konzerns in Zürich abgewickelt werden, kann auf eine Nennung Basels in dieser Liste eigentlich verzichtet werden.

4. In der europäischen Diskussion ist es nicht nur die Telematik, sondern auch der Zugang zu Strassen- und Schienenverkehrsadern, vor allem zum Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn, die Standortvorteile bestimmen. Dies gilt auch für Flughäfen (und Häfen). Diese Diskussionen sind für die Fälle Frankfurt und Zürich besonders relevant.

5. Wie ist die Globalisierung in die bauliche Form eingeschrieben? Die gewöhnliche Antwort ist, dass sie in den Räumen der neuen transnationalen Unternehmenskultur eingeschrieben ist. Wenn der »Ort« in das Narrativ als jenes amalgamierte »Andere« wiedereingeführt wird, wird offensichtlich, dass der Raum der Unternehmenskultur ein umkämpfter Raum ist. In den USA werden die eigentlichen Hochhäuser, die diese Kultur darstellen, auch von Armeen schlechtbezahlter Angestellter bevölkert; die meisten von ihnen sind Frauen, viele sind eingewandert oder afro-amerikanisch. Und nachts bemäch-

tigt sich eine ganz andere Sorte von Beschäftigten dieser Hochhaustürme, einschliesslich der Büros der Chefetagen, und trägt eine Verschiedenheit nicht-unternehmerischer Kulturen in diese Räume hinein. Könnten diese nicht-unternehmerischen Formen der Bewohnung in die Unternehmensarchitektur eingeschrieben werden, wenn sie Repräsentation erhielten? Oder allgemeiner gefragt: Macht eine solche Darstellung die vielen Orte sichtbar, wo Globalisierung in den städtischen Raum eingeschrieben ist?

Urbanisierung und Technologie in der Periode des Globalen Kapitalismus

Stefan Kipfer und Roger Keil

Bekanntlich hat in jüngster Zeit die Rhetorik der Globalität, Globalisierung und Internationalisierung und so fort erheblich an Bedeutung gewonnen. Tatsächlich scheint sich in der ganzen Welt ein relativ autonomer Diskursmodus herauszukristallisieren, der diese Themen betrifft. Anders gesagt ist daher »globe talk« – der Diskurs der Globalität – ein zentraler Bestandteil der gegenwärtigen globalen Kultur. Er besteht vor allem aus sich verschiebenden und umstrittenen Begriffen, in denen die Welt als Ganzes »definiert« wird. Um es genauer auszudrücken: Bilder der Weltordnung (oder Unordnung) – einschliesslich Interpretationen und Behauptungen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bestimmter Gesellschaften, Zivilisationen, ethnischen Gruppen und Regionen – stehen im Mittelpunkt der Welt.

Roland Robertson 1991¹

Globalisierung als Begriff weist sowohl ideologische als auch analytische Dimensionen auf. In der ersten Dimension tritt uns der Diskurs der »Globalisierung« als neue Herrschaftsideologie entgegen. Vornehmlich VertreterInnen neoliberaler Konzepte stellen die Globalisierung als naturwüchsigen Sachzwang dar. Unter der begrifflichen Vorherrschaft neoliberaler Politiken haben sich in den siebziger und achtziger Jahren Akkumulationsprozesse umfassender und dichter über den Erdball ausgebreitet und gleichzeitig intensiver gestaltet als dies bis anhin der Fall gewesen war. Während immer neue Grenzen weltweit überschritten wurden und neue Räume der Kapitalakkumulation geöffnet wurden, fanden gleichzeitig Konzentrationsprozesse statt, durch die Steuer- und Produktionsfunktionen an bestimmten Orten in der Welt zentralisiert werden. In der ideologischen Dimension wird das Globale gemeinhin als konstant und bestimmend und das Lokale als veränderlich und abhängig gesetzt.

In der analytischen Dimension haben PolitökonomInnen jeglicher Couleur die Globalisierung als einseitigen, von oben nach unten gerichteten und determinierenden Vorgang beschrieben. In dieser Darstellung

bedeutet der Diskurs über Globalisierung eine Vielzahl von Prozessen wie Migration, Kapitalbewegungen, Klassenformation und kultureller Wandel, die *oberhalb und scheinbar ausserhalb nationalstaatlicher, regionaler und städtischer Ebenen* Form gewinnen und sich durch einen Trichter, der eigentlich einer Black Box gleicht, in diese untergeordneten Ebenen ergiessen.

Auf den folgenden Seiten wollen wir uns gegen beide herkömmlichen Verwendungen des Begriffes absetzen. Mit einem Seitenblick auf Zürich, Frankfurt und vergleichbare Städte behaupten wir, dass die Globalisierung in sozialen Konflikten, Klassenkämpfen und anderen Auseinandersetzungen gegründet ist, die ihren Ausdruck in nachvollziehbaren materiellen Vorgängen haben. So verstanden ist Globalisierung alles andere als ein natürlicher Prozess. Wir untersuchen zwei Materialitäten² – die Urbanisierung und die Technologisierung – in denen sich die Globalisierung kristallisiert und *artikulierte*.³ Diese beiden Prozesse, die sich gegenseitig bedingen und Form sowie Richtung geben, werden von uns entsprechend als Komplexe sozialer Beziehungen und politischer Konflikte behandelt. Die Materialität der Urbanisierung und Technologisierung schliesst in dieser Sichtweise städtische Akteure ein. Aus der Analyse von Urbanisierung und Technologisierung als materiellen Dimensionen des Globalisierungsprozesses hoffen wir daher, zur Entwicklung von Handlungsansätzen in der städtischen Politik beizutragen.

Urbanisierung und Internationalisierung⁴

In John Bergers Roman *Flieder und Flagge* (1991: 239) lesen wir folgende Beschreibung der zeitgenössischen Grossstadt:

»Es ist möglich, dass Sie in Troja gewesen sind, ohne es zu erkennen. Die Strasse vom Flughafen in die Stadt gleicht vielen anderen auf der Welt. Es gibt eine Superschnellstrasse, die oftmals verstopft ist. Man verlässt die Flughafengebäude, die Raumschiffen gleichen, welche niemals vollendet wurden, man kommt an den vollbesetzten Parkplätzen vorbei, den internationalen Hotels, zwei oder drei Kilometern Stacheldraht, verödeten Feldern, dem letzten verstreuten Vieh, Reklametafeln, die für Autos und Coca-Cola werben, Benzintanks, einer Zementfabrik, der ersten grossen Slum-Vorstadt, etlichen riesigen Lagerhallen grosser Warenhäuser, Ringstrassenüberführungen, Arbeitervierteln, einem Teil der alten Stadtmauer, neuen goldenen Büroblocks, ein paar alten Kuppeln und Türmen, und schliesslich gelangt man zur Akropolis des Reichtums.«

Bergers Troja ist wie alle Städte. In einer Welt globaler Urbanisie-

rung werden die Formen der Verstädterung austauschbar. Zumindest für eine Klasse international beweglicher BetrachterInnen – wie für den Erzähler in Bergers Roman – sehen alle Städte auf der Welt zunehmend gleich aus. Sie sind die normierten baulichen Umwelten der globalisierten Ökonomie, gespalten in verschiedene Lebenswelten und Wirtschaftsweisen, aber vereint in ihrer Funktionalität für die grenzüberschreitende Weltwirtschaft. Doch die wahrgenommene Gleichförmigkeit ist nur *ein* Aspekt der heutigen Urbanisierung. Zumindest die *World Cities* tendieren nicht nur dazu, unter sich gleich zu sein, sondern auch dazu, alle Städte auf einmal zu enthalten. Es scheint so, als müssten heute in den grossen Städten sämtliche Aspekte der universellen Entwicklung synchronisiert vorhanden sein, damit die Maschine Stadt funktioniert. Gleichförmigkeit und Komplexität sind zwei widersprüchliche aber notwendige Aspekte der externen und internen Konkurrenz von Stadtregionen. Diese befinden sich einerseits im Wettbewerb mit anderen Städten ihrer Klasse im Weltmassstab. Andererseits herrscht innerhalb dieser Regionen eine Mischung aus Konkurrenz und Kompatibilität von einzelnen Kommunen, auch Quartieren, die ihren Standort in der regionalen *World City*-Ökonomie zu bestimmen suchen.

Globaler Kapitalismus, Globaler Urbanismus

Urbanisierung ist heute nur noch global verständlich. Tatsächlich ist die Verstädterung eine der materiellen Dimensionen der Globalisierung. Während die Städte der Metropolen und des Trikonts wichtige Schaltstationen von Kolonialismus und Imperialismus waren, begann der globale Kapitalismus erst in jüngerer Zeit, in einer breiten Welle »innerer Kolonisation«, Teile seines Kerns zu peripherisieren. Städte und Regionen wurden als Schlüssel zu dieser Entwicklung des nun nach innen gerichteten oder umgestülpten Imperialismus angesehen. Die Krise des Weltkapitalismus seit den siebziger Jahren hat zu einer dramatischen Senkung der Löhne und Lebensstandards der Beschäftigten in Städten und Regionen geführt, die bisher zum metropolitenan Kern gerechnet worden waren. Untergrundökonomie und Niedriglohnarbeit begleiten nun ständig den Urbanisierungsprozess in den Kernländern (Portes/Sassen 1987). Anthony King hat den historischen Weg der globalen Urbanisierung von der Peripherie ins Zentrum treffend beschrieben:

»Die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hat den Tod der Kolonialregimes gebracht (...) Von den ungebremsen Operationen der Weltmarktökonomie, dem Aufstieg globaler Unternehmen und den

revolutionären Entwicklungen in der Transporttechnologie unterstützt, ist die internationale Arbeitsmigration rasch angewachsen. In dieser neuen Situation hat sich der Ort für die Interaktion und Konfrontation mit VertreterInnen der unterindustrialisierten und ökonomisch armen Gesellschaften, die einst auf die koloniale Peripherie beschränkt waren, in die *World Cities* des europäischen und nordamerikanischen Kerns verlagert« (King 1990: 38).

Typischer Ort, an dem die Peripherisierung des Zentrums also ihre Ausprägung erhält, ist die »Global City« oder »World City«. Für die Verteilung und hierarchische Ordnung der Kapitale dienen sogenannte »Finanzzentren« als Netzknoten des internationalen Geldverkehrs (Thrift 1987). Diese sind die eigentlichen »Zitadellen« von *World Cities* (vgl. Friedmann/Wolff 1982) oder die *Global Cities* im Sinne Sassens (1993a). In diesen Städten materialisiert sich der Globalisierungsprozess sowohl in einer baulichen wie auch in einer sozialen Infrastruktur, die gleichzeitig lokal und besonders sowie global und allgemein ist. Doch auch die Peripherien des europäischen und nordamerikanischen Städtesystems erfahren eine Globalisierung, indem sie Anziehungspunkte für ausländische Investitionen und Einwanderungsströme werden (Keil/Ronneberger 1991).

Den etwa dreissig *World Cities*, die Friedmann und Wolff (1982) auf dem Globus identifizieren, ist gemeinsam, Entscheidungszentren und Kontrollpunkte der restrukturierten globalen Ökonomie zu sein. Darüber hinaus unterscheiden sie sich allerdings in ihren jeweils spezifischen Funktionen. Diese funktionale Arbeitsteilung schafft eine Hierarchie innerhalb des internationalen Städtesystems. Während die Gemeinsamkeiten dieser Städte von den – untereinander arbeitsteilig gegliederten – Kopffunktionen im Raumsystem des internationalen Kapitalismus herrühren, hat die Diversität ihre Wurzeln im speziellen Charakter ihrer Integration in die Weltökonomie sowie ihrer jeweiligen Geschichte und dem (nationalen) Kontext der Urbanisierung, dem sie vor der Internationalisierung unterlagen (vgl. Friedmann 1986: 69-72). Die Rolle einer Welt-Stadt innerhalb der weltökonomischen Teilung der Arbeit ist von entscheidender Relevanz für die Ausformung ihrer *inneren Struktur*. Es ist jedoch hinzuzufügen, dass sich diese Beziehung in vielfacher Hinsicht umkehren lässt: die Struktur, Geschichte, Räumlichkeit, politische Situation etc. in einer Welt-Stadt beeinflusst oder bestimmt ihre Einordnung in die globale Arbeitsteilung. Die sozialen und räumlichen Verhältnisse der Welt-Stadt werden in der Regel als polarisiert dargestellt. Das für Friedmann und Wolff zentrale Bild der »Zitadelle« und des »Ghettos« bezeichnet zum Beispiel zwei verschiedene, aber korrelierte Aspekte der sozialen Räum-

lichkeit der Welt-Stadt: »*World Cities* sind luxuriöse, prächtige Städte, deren Pracht selbst die Armut verdeckt, auf der dieser Wohlstand basiert. Die Gegenüberstellung ist nicht nur räumlich, sie ist eine funktionale Beziehung: Reich und Arm definieren einander« (1982: 319). Die Welt-Stadt-Formation ist laut der *World City*-Hypothese integraler Bestandteil einer neuen Arbeitsteilung, die auf der Internationalisierung der Produktion, des Kapitals, der Arbeitsmärkte und des Handels beruht. Für die *World Cities* ergibt sich daraus folgendes (vgl. Friedmann 1986):

1. Die spezifischen Funktionen einer gegebenen Welt-Stadt im internationalen Kontext formen direkt deren interne Struktur, ihr besonderes System der Produktion. Umgekehrt gilt jedoch, dass die interne Struktur der Stadt ihre spezifische Funktion im internationalen Städtensystem prägt.
2. Diese Städte sind Zentren der Kapitalakkumulation und Knotenpunkte in den Netzwerken der globalen Kapitalflüsse.
3. Die *Global Cities* werden mehr oder weniger demographisch internationalisiert. Ihre »Unterklasse« – präziser ihre flexibilisierte Arbeiterklasse – besteht typischerweise aus Einwanderern, die als ein grosses Reservoir an Niedriglohnarbeitskräften fungieren. Die Welt-Städte sind Motoren der Internationalisierung, insofern sie Magnete für Einwanderung und Kapitalinvestitionen sind, aber auch insofern aus ihren Zitadellen heraus die Unterwerfung anderer Orte und Regionen auf dem Globus geplant und exekutiert wird. Sowohl externer Imperialismus als auch interne Kolonisierung (auch der immigrierten Bevölkerung) sind das Hauptgeschäft der *World City*.
4. Im Zusammenhang mit dieser Funktion steht die Rolle von Welt-Städten als Umschlagplätzen im Welthandel. Als Kreuzungspunkte im internationalen Verkehrsnetz mit Weltflughäfen und in der Regel Anschluss an Seehäfen ziehen sie die Personen-, Waren- und Informationsströme der neuen weltweiten Ökonomie an und konzentrieren sie lokal. Die physische Infrastruktur des Transports von Waren, Arbeitskräften und Informationen wird daher auch zur politisch sensiblen Bruchstelle jeder Welt-Stadt-Formation.
5. Die Tendenzen der sozialen und räumlichen Polarisierung haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Sozialstruktur der *Global City*. Welt-Städte zerfallen typischerweise in zwei Arbeitsmärkte, einen hochspezialisierten, gutbezahlten Sektor, der der Zitadelle angelagert ist und diese mit den Produktionsdiensten versorgt und einen kontingenten Niedriglohnsektor, der alle Eigenschaften der Entformalisierung aufweist.

6. Die Relevanz kultureller Praxen der internationalisierten Gemeinden der weltstädtischen Arbeiterklasse beweist sich durch zwei wesentliche Konsequenzen: Erstens ergibt sich aus dem geschärften Blick für die dialektische Interdependenz von Zitadelle und Ghetto die Notwendigkeit, den politischen Prozess in der Welt-Stadt als Austragungsort realer Auseinandersetzungen um die Form und Substanz der globalen Urbanisierung zu identifizieren. Zweitens zwingt diese Einsicht zu einer Beschäftigung mit dem Begriff der »communities«, der städtischen Gemeinden, die an diesem Prozess beteiligt sind. Die Welt-Stadt ist, wie Ross und Trachte feststellen, der Ort, an dem »globale Klassen« und »globales Kapital« aufeinandertreffen (Ross/Trachte 1990). Obwohl ein gewisser Teil dieser Konfrontation aufgrund der Struktur der internationalen Ökonomie, der überstädtischen Machtstrukturen und der strukturellen Vorteile für das Kapital in einem globalisierten Kapitalismus ohne Grenzen und Kontrollen bereits vorentschieden ist, wächst die Welt-Stadt in die Rolle des Schlachtfeldes, auf dem die Spezifika der neuen Periode ausgekämpft werden.

7. Schliesslich bedeutet die Polarisierung der Raum- und Sozialstruktur der Welt-Stadt, dass die Notwendigkeit der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse ihrer internationalisierten Bevölkerung im Ghetto grösser werden, wodurch die fiskalischen Möglichkeiten des lokalen Staates gesprengt werden (Friedmann 1986: 77).

Anthony King führt aus, dass Welt-Städte nur im Rahmen einer komplexen historischen Geographie erforscht werden können: »Was *World City*-Ansätze klar machen, ist die Notwendigkeit, die Welt nicht nur jenseits des Staates zu sehen, sondern die Welt als Einheit. Die Argumente für grenzübergreifende Forschung haben ebenso viel Gewicht wie diejenigen für eine Erforschung von Phänomenen innerhalb nationaler Grenzen. Um eine bestimmte *World City* zu verstehen, muss man sowohl andere in vergleichendem Kontext kennen, als sie auch selbst innerhalb einer langfristigen historischen Perspektive begreifen« (King 1991: 155). Historisch bauen die *World Cities* noch auf dem kolonialen System auf, doch erst die nun entstehende »globale Formation« kann diese Zentren komplett integrieren:

»Strukturell entsteht unter der Herrschaft des Kolonialismus (...) ein Grossteil der ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen, oder physischen sowie räumlichen Infrastruktur für die spätere *World City*. (...) Der Kolonialismus etabliert die Institutionen, die Banken, Unternehmen, Regierungen, Handelsformen sowie die gebildeten Eliten, Konsumtions- und Einzelhandelsgewohnheiten, Technologien, Haltungen und Erwartungen, aus denen der globale Kapitalismus und die *World City* entstehen« (King 1990: 46).

Global induzierte Restrukturierung findet in jedem geographischen Ortstypus statt. Dieser Prozess tendiert jedoch nicht dahin, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Orten aufzuheben, sondern die Unterschiede selbst werden konstitutiv für die Einbindung der globalen Kapitaldynamik in den lokalen Raum. Jeder Ort der Erde ist nun mit der Dynamik des internationalisierten Kapitals konfrontiert. »In dieser Konfrontation von Ort und Raum entwickeln sich neue Formen rebellischer Subjektivität, die vor Ort Perspektiven der Produktion und Reproduktion anderer Lebensweisen entwerfen und erproben« (Prigge 1987b: 24). Die lokalen Konsequenzen dieser Konfrontation können dabei so verschieden sein, wie es ihre Voraussetzungen sind.

Zwei Aspekte erscheinen in diesem Zusammenhang besonders erwähnenswert: erstens die zunehmende Peripherisierung der durch die Globalisierung bestimmten Verstädterung; und zweitens die Bildung von Kernregionen in Grenzländern.

1. Peripherisierung

Zwei Arten von Peripherisierung lassen sich unterscheiden. Einerseits eine Internationalisierung, die Regionen im nationalen Massstab peripherisiert. Andererseits der zunehmende Fluss globaler Investitionen in die Peripherien von Stadtregionen.

a) Im ersten Fall handelt es sich um die Schaffung neuer Geographien der Investition. Zwar fließen grosse Mengen von ausländischem Kapital in die eigentlichen Zitadellen der wenigen *Global Cities*, die ihre Kopfstellenfunktionen innerhalb der nationalen und internationalen Wirtschaftsräume zumeist auf Kosten ihrer Regionen verstärken können (Krätke 1991). Doch auch periphere Stadttypen in Europa werden zu Zielorten für internationale Investitionen und Einwanderung. Kunzmann und Wegener haben ausser *Global Cities* zehn weitere europäische Verstädterungstypen identifiziert, die zumindest teilweise Anziehungspunkte für internationale Investitionen sind. Darunter befinden sich unter anderem die Typen *Hochtechnologiestädte* (Bristol, Toulouse, München), *Hafenstädte* (Antwerpen, Genua, Rotterdam, Hamburg), *wachsende Städte ohne moderne Industrialisierung* (Palermo, Neapel, Saloniki), *monofunktionale Satelliten* (Euro-Disney), *Tourismus- und Kulturstädte* (Salzburg, Venedig, Avignon) und *Grenz- und Gateway-Städte* (Basel und Aachen) (Kunzmann/Wegener 1991).

b) Im zweiten Fall sind zunehmende ausländische Investitionen in die Peripherien von *Global Cities* festzustellen. Zu den international finanzierten und erstellten Hochhäusern und Kulturpalästen in den Innenstädten der globalen Kontrollzentren gesellen sich die internationalen

Investitionen und Einwanderungsströme in die geographischen Peripherien. Die Aufteilung der Stadt in internationalisierte Investitionszonen ist ein selektiver Prozess, der eine Mischung lokaler und globaler Entscheidungsstrukturen zur Grundlage hat. In der Frankfurter Innenstadt war in der Nachkriegszeit um die Finanzwirtschaft herum ein hochspezialisiertes und internationalisiertes Zentrum unternehmerorientierter Dienstleistungen gewachsen. Frankfurts Bankenviertel sowie die Expansion des zentralen Geschäftsbezirks entlang der Mainzer Landstrasse und bei der Messe weisen die höchste Konzentration von relevanten Kontrollfunktionen in Deutschland auf. Heute entsteht am Rhein-Main-Flughafen ein neues Zentrum, das zum Teil eigenständige Logiken der Raumnutzung entwickelt (siehe Ronneberger/Keil in diesem Band). Auch sind vor allem im Norden Frankfurts, am Taunusrand, in der Wetterau, aber auch im Südosten (Rodgau), Süden (Langen) und Südwesten (Kelsterbach), meist entlang der Autobahnkorridore, neue eigenständige Wachstumszentren erkennbar. Die *World City* bewegt sich vom Zentrum der Stadt auf die sprichwörtliche Grüne Wiese.

2. Grenzentwicklung

Die Internationalisierung der Verstädterung erschöpft sich jedoch nicht in der Formation von Welt-Städten, sondern ist auch ein regionaler und oft flächendeckender Prozess, der vor allem für Grenzregionen besondere Bedeutung hat. Erstens lässt sich Grenzregion ganz schlicht geographisch verstehen. Regionen, in denen internationalisiertes Wachstum Fuss fasst und wo durch eine Mischung von Kapitalinvestitionen und Arbeitsmigration eine neue Ökonomie mit globalem Charakter entsteht, sind nicht mehr innerhalb eines nationalen Wirtschaftszusammenhangs begreifbar. Los Angeles ist sicherlich die mustergültige Region, wenn es um die Erklärung dieser Art von Grenzregionalisierung geht. Hier liegt nicht nur die Grenze zwischen den USA und Mexiko, sondern auch die zwischen der industrialisierten Welt und dem Trikont, zwischen Asien, Nord- und Südamerika. Doch auch auf kleinerem Massstab entstehen solche geographischen Grenzregionen überall neu oder werden historisch neu definiert. »Regio Basiliensis«, Katalonien, Süd-Ontario sind einige Beispiele. Mit der Öffnung des Ostens werden ganz neue Regionen zu geographischen Grenzregionen dieser Art. Während diese Gegenden nicht unbedingt an oder in der Nähe politischer Grenzen liegen müssen, so bezeichnen sie reale und symbolische Areale der Fragmentierungen der Welt nach dem Kalten Krieg. Neue *Borderland*-Funktionen werden Wien, Berlin, Hannover, Prag und Budapest prägen.

Zweitens handelt es sich bei »Grenzland« um eine Metapher, die keine geographische Grenzlage voraussetzt. Frankfurt und Zürich sind typische Beispiele für diesen Typus. Beide Städte sind hochinternationalisierte Metropolen, deren Sozialstruktur von ihrer Lage im internationalen Wirtschafts- und Verkehrsraum und eben nicht im realen geographischen Raum bestimmt wird. Beide Städte sind zu wesentlichen Fixpunkten in den internationalen, auf dem Luftweg abgewickelten Flüchtlings- und Migrationsströmen geworden. Ein kanadischer Zeitungsartikel beschreibt diese Situation in drastischen Worten: »Obwohl wahrscheinlich nur wenige der 33 Millionen Menschen, die jährlich durch den Frankfurter Flughafen strömen, es bemerken, ist er zum sprichwörtlichen Symbol für die wachsende Undurchlässigkeit der westeuropäischen Grenzen gegenüber EinwanderInnen aus Osteuropa, Afrika, Asien und dem Mittleren Osten geworden« (*The Globe and Mail*, 4. Februar 1994: A13). Ebenso sind Frankfurt und Zürich Grenztorte und Relaisstationen von Kapital- und Informationsströmen, des Drogenhandels etc., wobei Verbindungen zwischen den einzelnen Systemen bestehen. Die jüngste Entdeckung des Goldschatzes der Familie Marcos in einem Lagerhaus am Zürcher Flughafen ist ein beredtes Beispiel für diese Rolle (*The Globe and Mail*, 21. Januar 1994). Diese metaphorische Grenzregion hat eine reale Drehscheibenfunktion für spezifische Segmente des lokalen Arbeitsmarktes, meist die am unteren und am oberen Ende. Hier trifft die Dritte Welt übergangslos in der Metropole ein und wird von ihr nach den Massgaben lokaler Kultur und Gesetzlichkeit absorbiert. Ist die Grenzregion in einer Hinsicht »Eingangstor« zwischen Kulturen, so etablieren sich dort gleichzeitig Institutionen und Funktionen, die extraterritorial erscheinen. Darunter zählen die Flughafenhotels und Konferenzzentren, die sozusagen nur auf der Durchreise von einer hypermobilen internationalen Klasse von EntscheidungsträgerInnen der globalen Ökonomie benutzt werden.

Drittens schliesslich beschreibt der Begriff der Grenzregion einen Teil des Prozesses der Auflösung herkömmlicher Stadtstrukturen. Zentren und Peripherien lösen sich in Gemenge von inneren Grenzregionen auf. Die Internationalisierung ist das wichtigste Treibmittel dieser Auflösung. Es entstehen »Liminalräume«⁵ zwischen globalen und lokalen Ebenen, transitorische Zonen zwischen dem Weltmarkt und lokalen Ökonomien (Zukin 1991).

Verflüssigung und Verknötung: Die neue Dialektik der globalen Räume

Der globale Kapitalismus schafft sich Welt-Städte als Kontroll- und Produktionszentren. Die Peripherisierung des Zentrums findet in ehemals kolonialen Zusammenhängen ebenso statt wie in erst neuerdings entwickelten Regionen. Manche Gebiete auf dem Globus werden indessen zunehmend aus dem globalen Prozess der Kapitalakkumulation ausgegrenzt. Es handelt sich dabei vor allem um Gebiete in Afrika und Asien, jedoch zunehmend auch im ehemaligen »Osten«. Am einschneidendsten wurde die Internationalisierung ganzer Regionen in den Vereinigten Staaten wahrgenommen (Logan/Molotch 1987: 247). Die wachsende »Abhängigkeit« der amerikanischen Gesellschaft im allgemeinen und amerikanischer Städte im besonderen von der globalen Ökonomie war aufgrund des national orientierten Charakters des amerikanischen Fordismus in den USA besonders deutlich. Während nämlich die Vereinigten Staaten als Hegemonialmacht des Nachkriegsfordismus ökonomisch, politisch und militärisch in vielen Teilen der Welt intervenierten, blieb der spezifische nationale Wirtschaftsraum der USA bis in die siebziger Jahre weitgehend intakt. Erst die Krise der amerikanischen Vorherrschaft brachte eine starke Internationalisierung der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft und damit auch des Städtesystems des Landes mit sich (Keil 1993: Kapitel 1 und 2). Die Beziehung alter Kolonialstädte wie London, Brüssel oder Paris, alter Welt-Städte wie Amsterdam oder Wien beziehungsweise traditioneller Handels- oder Industriestädte im Herzen Europas wie Frankfurt, Zürich oder Mailand zum internationalen Kapitalismus war bereits von jeher direkter als im Falle amerikanischer Städte. Frankfurt ist schon seit Jahrhunderten als Handelsmetropole international verwebt; Zürich hatte seit seiner Industrialisierung eine prominente Stellung im europäischen Industrie- und Bankensystem inne. Institutionen wie Messe oder Börse gehören in diesen Städten zur traditionellen Infrastruktur, auf denen die Welt-Stadt Formation aufbauen kann. Sowohl der schweizerische als auch der (west-)deutsche Fordismus zeichneten sich zudem im Gegensatz zum amerikanischen durch eine deutliche Aussenorientierung aus, sodass auch die nationalstaatlichen Regulationsweisen die Globalisierung unterstützen konnten.

Die Globalisierung des städtischen Raumes stellt eine neue politische Realität für die sozialen Akteure in diesen Städten dar. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sprechen von den »Nodalpunkten« des Diskurses, wo sich Artikulationen herstellen (1985: 112f.). Wir schlagen vor, diese Vorstellung für einen Moment wörtlich zu nehmen.

World Cities sind demnach als räumlich-materielle Knotenpunkte zweier sich überschneidender Diskurse vorstellbar. Ein Diskurs artikuliert diese Städte mit anderen ihrer Art als Knoten im Welt-Stadt Netz. In diesem Diskurs erscheint die Welt-Stadt gewöhnlich nicht als besonderer Ort, sondern als abstraktes Glied in einer Funktionskette ökonomischer Prozesse, ein Punkt am Fliessband der globalen Fabrik. Aus einem Gemisch lokaler, nationaler und übernationaler Politiken sowie privatwirtschaftlicher und öffentlicher Entscheidungsstrukturen werden die Bedingungen geschaffen, die einer möglichst reibungslosen Abwicklung internationaler Geschäfte dienen sollen. Soziale und technische Infrastrukturen, Kultur und Stadtnatur werden in diesem Diskurs den Interessen der globalen Kapitalverwertung untergeordnet. Ein zweiter Diskurs reguliert die innere Formation der Welt-Stadt, ihre Klassenverhältnisse, politisches System, etc. Hier liegt z.B. die Relevanz der »rebellischen Subjektivität« der lokalen Akteure, die sich einer Vereinnahmung aller Lebensweisen in der Welt-Stadt in den transnationalen Diskurs in den Weg stellt. Gerade aufgrund der zunehmenden sozialen Fragmentierung des sozialen Raumes in den grossen Städten kommt dieser Binnenregulierung erhöhte Bedeutung für das Funktionieren des neuen Akkumulationsregimes zu.

Während diese beiden Diskurse als in global und lokal getrennt erscheinen, sind sie in Wirklichkeit zwei Seiten des gleichen Prozesses. Welt-Stadt-Formation und Einbindung des Ortes in die Weltökonomie sind teilweise Folgen von Handlungen und *Projekten* lokaler und globaler Eliten, die sich zu ortsgebundenen Wachstumskoalitionen zusammenschliessen. Deren Projekte werden immer im Spannungsfeld von strukturellen Einschränkungen und widerständigen Handlungen hervorgebracht. Das Kapital regiert nicht durch. Die Kapitalinteressen finden in »historisch-spezifischen politisch-ökonomischen Prozessen« (Feagin/Smith 1987: 17) ihren Ausdruck. Diese Prozesse sind immer widersprüchlich, d.h. es wird auch den hegemonialen Projekten widersprochen. Die Welt-Stadt, oft karikiert als unkontrollierbare bauliche Umwelt des globalen Kapitals, kann damit auch als materielle Basis für kulturellen Wandel im potentiell progressiven Sinne, als Terrain für transnational diskussionsfähige Strategien der Emanzipation gesehen werden. Anthony King schreibt über London:

»Über die Untersuchung von Londons Rolle im Banken- und Finanzbereich hinaus hat [meine] Studie auch kurz das zunehmende Gewicht der kulturellen Ökonomie Londons betrachtet, die Ersetzung des Handels mit Gütern durch einen Handel mit Zeichen, Bildern, Symbolen in den projizierten Lebensstilen der Werbung, des Fernsehens, des Videos und des Films. Die Kultur wird zu unterschiedlichen

Teilen vom Kapital vereinnahmt. Doch in dieser Hinsicht hat die *World City* auch ihre Widersprüche. Ist sie einerseits Zentrum für die Produktion und Verbreitung einer 'westlichen' Massenkultur, so ist sie andererseits aufgrund der Verschiedenheit ihrer BewohnerInnen, ihrer Ethnizitäten, ihrer Subkulturen, ihres alternativen Kosmopolitanismus, ihrer Repräsentationen sowohl des Kerns als auch der Peripherie ebenso ein Instrument der Veränderung jener 'westlichen' Kultur. Das heisst, sie ist auch ein Mittel zur Veränderung der Kultur des Landes, worin die *World City* sich befindet. Nicht nur die Ökonomie wird restrukturiert, sondern auch die Natur der nationalen Kultur und Identität« (King 1990: 150).

Diese Bedeutung der Welt-Stadt als Knotenpunkt in der transnationalen gegenhegemonialen Strategie, als Theater des Widerstandes (Spivak 1993) gegen die Zumutungen der globalen Transformation, ist einer der wichtigsten Aspekte der Formation der Welt-Stadt insgesamt. »Die Metropole ist unbestreitbar eine globale Siedlungsform, ein internationales Phänomen, ein Nodalpunkt in der internationalen Arbeitsteilung. Sie nimmt verschiedene soziale, ökonomische und kulturelle Funktionen über nationale und internationale Grenzen hinweg wahr. Sie ist der urbane Ausdruck einer neuen vernetzten und verschiedenartigen Welt« (Angotti 1993: 3). Die metropoliten Konzentrationen sind Standorte für Produktion und Konsumtion im globalen Massstab. In ihnen werden jeweils neue Technologien entwickelt, produziert und angewendet. Diesen Prozessen der globalisierten Technologisierung der Produktion und des Alltagslebens wenden wir uns nun zu.

Technologie und Globalisierung: Klassische Klassenprojekte

»Die neue territoriale Dynamik hat die Tendenz, um ortslose Macht und machtlose Orte herum organisiert zu sein.«

Henderson/Castells 1987

»Wir haben eine der tiefsinnigsten Einsichten in Marx' Kapital aus den Augen verloren, die sagt, dass der Kapitalismus sich sozusagen nur auf konfliktträchtigem Terrain entwickelt.« *Stuart Hall 1991*

»Die Technologie enthüllt das aktive Verhalten des Menschen zur Natur, den unmittelbaren Produktionsprozess seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden geistigen Vorstellungen.« *Karl Marx, MEW 23*

Ähnlich wie in früheren Phasen geballter technologischer Innovation wird gesellschaftlicher Wandel heute oft von den Auswirkungen neuer

Hochtechnologien abgeleitet. Diese werden entweder als »flexible«, das heisst anpassungsfähige und dezentrale Antwort auf den fordistischen Gigantismus gelobt oder als Produkte des unausweichlichen Sachzwangs Weltmarkt dargestellt. Neo-Liberale mystifizieren neue »Science-Parks« als Orte, wo geniale Wissenschaftler-Unternehmer auf kleinem Raum synergetische Innovationsprozesse vorantreiben und ineffizienten fordistischen Grossbetrieben das Fürchten beibringen (zur Kritik: Massey et al. 1992: 6-8). VertreterInnen der Theorie der »flexiblen Spezialisierung« malen ähnlich optimistische Bilder, indem sie programmierbare Maschinen und Kleinserienproduktion mit einer mythischen Zukunft übersichtlicher Produktionsstrukturen, humanen handwerksmässigen Arbeitsbeziehungen, grösserer Energieeffizienz und einer weniger hierarchischen internationalen Wirtschaftsordnung in Verbindung bringen (Perez 1985, Piore 1986). Diesen neo-liberalen und neo-schumpeterianischen Utopien der Hochtechnologien setzen kritische Intellektuelle eine dystopische Vision gegenüber, in der Territorien und ihre BewohnerInnen der globalen Hochtechnologie machtlos ausgeliefert sind. In dieser Sichtweise löst sich die vermeintlich ent-ortete Funktionslogik moderner Informationstechnologien als naturwüchsige Erscheinung von sozialen Akteuren, beraubt lokale Produktionsstätten jeglicher Unabhängigkeit und entzieht den lokalpolitischen Institutionen die kulturellen und materiellen Existenzgrundlagen (Castells 1989: 347-349).

Gegenüber diesen neuen Varianten alter Technologie- und Innovationsgläubigkeit, die meistens von Machtstrukturen abstrahieren, ist allerdings Skepsis angebracht. Gleichzeitig müssen deterministische und defätistische Repräsentationen moderner Hochtechnologie der Kritik ausgesetzt werden, da die globale Ausbreitung der Hochtechnologie zwar durchaus »real« ist, doch konfliktthaft strukturiert und territorial gebunden bleibt. Globale Entwicklungen in der Hochtechnologie spielen sich weder »überhalb« von Lokalitäten ab noch lösen sie soziale Opposition in nichts auf. Wie in früheren technologischen Innovationsphasen bewegt sich auch die gegenwärtige globale Entwicklung und Anwendung der Hochtechnologien nicht in einer vorgeschriebenen Bahn, sondern bleibt von geographisch konkreten Gesellschaftsstrukturen abhängig und muss als Teil einer sozialen Konfliktstrategie im Prozess der Kapitalakkumulation interpretiert werden (Cox 1987: 315). In Welt- und Globalstädten schaffen technologiegebundene Strategien neue territoriale Hindernisse und sind daher der Unberechenbarkeit widerstreitender sozialer Projekte ausgesetzt.

Hochtechnologie, Akkumulation, Herrschaftsstrategien und Welt-Stadt-Formation

Die Hochtechnologie (Mikroelektronik, Biotechnologie, neue Werkstoffe) spielt eine zentrale Rolle in der heutigen Weltwirtschaft. Auf den Ebenen des Arbeitsprozesses, der Marktorganisation, der zwischenbetrieblichen Beziehungen, der gesellschaftlichen Naturbeziehungen und der räumlichen Ausformung der globalen politischen Ökonomie kann die Hochtechnologie als Mittel zur Durchsetzung der globalen Herrschaftsprojekte des Kapitals begriffen werden. Diese Akkumulations- und Herrschaftsstrategien zielen darauf ab, die strukturellen Formen (Massenproduktion, Tarifverhandlungen, Sozialstaat, keynesianische Wirtschaftspolitik)⁶, welche das fordistische Akkumulationsregime der Nachkriegszeit stützten, zu untergraben oder zu zerstören. Diese technologiegebundenen Strategien scheinen sich im Kräftefeld der sozialen Konflikte in einer postfordistischen Weltwirtschaft zu kristallisieren und formen sich räumlich unter anderem in sogenannten Welt-Städten aus. Dabei tragen sie sowohl zur städtischen Grenzentwicklung und Peripherisierung wie auch zur Verflüssigung und Verknötung der globalen Räume bei.

Sowohl in der Industrie als auch in der Datenverarbeitung ermöglichen neue Technologien eine integrierte Automatisierung von Arbeitsprozessen und somit eine verbesserte Kontrolle der Arbeiterschaft. Gleichzeitig können Computersysteme und neue Teamworkkonzepte vom Kapital eingesetzt werden, um indirekte, psychologische Formen der Arbeitskontrolle wie Gruppendruck durchzusetzen, den Einfluss der Gewerkschaften zu unterlaufen und die relative Mehrwertschöpfung zu erhöhen. Auch erlaubt es die Mikroelektronik den Unternehmen, drastische Rationalisierungsmassnahmen zu ergreifen und grossflächig Beschäftigte abzubauen. Indirekt ist die Einführung neuer Hochtechnologien im Arbeitsprozess somit ein Mittel zur Restrukturierung von Arbeitsmärkten und der gesellschaftlichen Regulation der Lohnverhältnisse. Durch den ökonomischen Zwang von Arbeitslosigkeit und der Reorganisation der innerbetrieblichen Machtverhältnisse werden die ArbeiterInnen also von zwei Seiten unter Druck gesetzt, Widerstände im und gegen den Arbeitsprozess aufzugeben und sich in loyale Informationsprozessoren zu verwandeln. Die sich gegenseitig bedingenden Veränderungen im Betrieb und Arbeitsmarkt, die von technologischer Innovation unterstützt werden, bedeuten eine Umschichtung der Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital, welche die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit geprägt und für eine kurze Zeit stabilisiert hatten.

Auch die aktuelle Restrukturierung der Konsummärkte und der zwischenbetrieblichen Beziehungen werden von technologischer Innovation beeinflusst. Computerisierung macht es möglich, Inventar abzubauen und die Arbeitsprozesse von Lieferanten und Montagewerken zeitlich besser (*just in time*) aufeinander abzustimmen. Dadurch können vormals vertikal integrierte Grossbetriebe immer mehr Fertigungsbereiche auslagern und in Netzwerke von Klein- und Mittelbetrieben eingliedern, die durch elektronisch vernetzte Informationsflüsse und informelle (vertikal desintegrierte) Entscheidungskanäle zusammengehalten werden. Gleichzeitig erlauben programmierbare Maschinen und *Computer-Aided Design/Manufacturing* (CAD/CAM), Innovations-, Entwicklungs- und Produktionszyklen zu beschleunigen, ohne Profiteinbusse kleine Serien herzustellen und damit besser auf Marktschwankungen zu reagieren. Nicht zuletzt dank der Mikroelektronik können Firmen wie Benetton Marktinformationen, die von Verkaufskassen gespeichert werden, direkt in den global integrierten Produktionsprozess einbauen, um den segmentierten Konsummustern der globalen Postmoderne gerecht zu werden (Zukin 1991: 43f.).

Schliesslich sind Mikroelektronik und Telekommunikation wichtige Bestandteile postfordistischer Globalisierungsprozesse, da sie die Transnationalisierung der Finanzmärkte sowie die globale Koordination von Kapitalströmen und Produktionsstrukturen erleichtern. Indem mit mikroelektronischen Mitteln die weltweite Kapitalmobilität erhöht und die Finanzkreisläufe angekurbelt werden, können bisher bestehende geographische Hindernisse überwunden und gleichzeitig nationalstaatliche Formen der Geld- und Kreditregulierung unterwandert werden. Konkrete Räume der Weltwirtschaft werden somit den Rhythmen der transnationalen Kapitalakkumulation unterworfen.

Die gegenwärtige finanzielle Restrukturierung wird von der Anwendung von Hochtechnologien unterstützt und beschleunigt: »Die Transaktionsvolumen und die globale Reichweite der restrukturierten Finanzmärkte hätten ohne massive technologische Innovationen im Finanzsektor nicht erreicht werden können. Telekommunikation und Computer funktionieren in integrierten Netzwerken und sind unersetzliche Arbeitsmittel für das globale Kapital« (Castells 1989: 340). Heute können auf Knopfdruck riesige Geldkapitalmengen durch Telekommunikationskanäle rund um den Erdball geschickt werden, wobei nicht nur transnationale Banken, sondern auch verschiedene Sparten des Handelskapitals wie Immobilienfirmen, Versicherungen, Buchhaltungsfirmen, Anwaltsbüros, Rohmaterialhandelsgesellschaften sowie die Werbebranche neue Telekommunikations- und Datenverarbeitungstechnologien benützen, um ihre Funktionen in der Kapitalzirkulation

nun auch auf globaler Ebene zu erfüllen (Thrift 1987).⁷ Diese technologiegebundene Flexibilisierung der Finanzmärkte leistet der Spekulation mit Devisen, Finanzderivaten und Aktienpaketen Vorschub und entzieht transnationale Finanzströme seit den späten siebziger Jahren immer mehr der Kontrolle von nationalen Währungs- und Geldmengenpolitiken, wie die sozialistische Regierung Frankreichs 1983 nach dem Scheitern ihrer expansiven Geld- und Budgetpolitik erfahren musste (Bienefeld 1992).

Der Zusammenhang von Technologien und neuen Finanzinstrumenten unterstellt allerdings keine Kausalität, da die Transnationalisierung von Finanzmärkten nicht als technisch abstrakter sondern als sozial-konkreter Prozess zu verstehen ist. Das Wachstum von transnationalen Interbankkreditmärkten, Devisentransaktionen und Eurobondmärkten, welche sich bis zu den achtziger Jahren parallel zu national-staatlich regulierten Geldkreisläufen entwickelten, wurde seit den späten sechziger Jahren durch strukturellen wirtschaftlichen Wandel hervorgerufen und durch das sozial-politische Projekt des Neoliberalismus beschleunigt. So verstärkte die ungleiche Entwicklung von Produktivitäts- und Inflationsraten in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan die Krise des amerikanischen Dollars als einziger Weltwährung und führte 1973 zum Ende fixierter Währungskurse im Weltwirtschaftssystem von Bretton Woods. Gleichzeitig kumulierten sich in den frühen siebziger Jahren Produktivitäts- und Profitabilitätseinbußen im industriellen Bereich sowie der Überfluss der OPEC-Staaten an sogenannten Petrodollars in einem Liquiditätsüberhang auf den Eurodollarmärkten. In ihrer zentralen Stellung auf diesen Euromärkten förderten transnationale Banken ihrerseits den Globalisierungsprozess, indem sie Kredite in »Schwellenländer« der Dritten Welt weiterleiteten und den Bedürfnissen von Industriekonzernen entgegenkamen, die Obligationen auf transnationalen Finanzmärkten emittieren und sich gegen Währungsverluste versichern wollten, um ihre Tätigkeiten auf globaler Ebene auszudehnen (Schubert 1985, Hübner 1988).⁸

Die neue elektronische Geldform, die sich auf den flexibilisierten Finanzmärkten herausgebildet hat, ist ihrerseits Ausdruck gesellschaftlicher Restrukturierungsprozesse, welche die Beziehungen zwischen Industrie- und Finanzsektor als auch das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft auf eine neue Basis gestellt haben. Einerseits vermittelten die transnationalen Finanzmärkte zwischen verschiedenen Gruppen des Kapitals und entwickelten sich zu einem sozialen Feld, in dem sich Industrie- und Finanzkapital⁹ auf transnationaler Ebene enger zusammenschlossen. Grosse Industriebetriebe konnten mit Unterstützung der Eurodollarmärkte ihre Operationen globalisieren und widmeten

während den achtziger Jahren selbst einen zunehmend grossen Teil ihrer Energien spekulativen Finanzaktivitäten wie Übernahmeversuchen (Andreff 1984). Andererseits formte sich die Globalisierung von Industrie- und Finanzkapital im Übergang zu den achtziger Jahren als gesellschaftliches Herrschaftsprojekt aus, das seinerseits die transnationale Flexibilisierung des Finanzsystems vorantrieb. Hochzinspolitik, Kapitalflucht, die weitere Deregulierung von Finanzteilmärkten und strukturelle Anpassungsstrategien in den Schuldnerländern des Ostens und Südens, bildeten dabei wichtige Teilstrategien des transnationalen Neoliberalismus, welche gute Verwertungsbedingungen für global mobiles Geldkapital schaffen sollten und zur Disziplinierung von Gewerkschaften und staatskapitalistischen Schichten sowohl im Norden wie auch im Süden eingesetzt wurden. Flexible Finanzmärkte und Neoliberalismus haben zumindest vorläufig nationalstaatlich orientierten Wirtschaftspolitiken die soziale Basis entzogen, indem sie die technokratisch produktivistischen oder sozialdemokratisch-reformistischen Koalitionen der Nachkriegszeit destabilisierten und aufbrachen.

Obwohl die Hochtechnologie selbst nicht als Grund finanzieller Transnationalisierungsprozesse betrachtet werden kann, setzen die globalen Finanzmärkte *in ihrer aktuellen Form*, die sich während den achtziger Jahren herausbildete, zumindest teilweise die Mikroelektronik und ihre verschiedenen Anwendungen voraus. Die Einbindung von vormals nationalstaatlich regulierten Finanzmärkten in ein global vernetztes Finanzsystem war zwar logisch nicht von der Existenz der Mikroelektronik abhängig, doch diese förderte die Umgehung staatlicher Regulierung von Finanzkreisläufen. Elektronisch vernetzte Transaktions- und Handelssysteme beschleunigen heute die Reichweite und Umlaufgeschwindigkeit des Kapitalkreislaufs und ermöglichten spekulative Übernahmewellen auf transnationaler Ebene sowie den Transfer von Überschusskapital in die Wertschriften- und Immobilienmärkte ohne durch massgebliche geographische und administrative Restriktionen behindert zu werden.¹⁰ Obwohl Mikroelektronik und Telekommunikation an sich weder globale Finanzmärkte produzierten noch die Instabilität dieser Märkte aufhoben, untermauern sie dennoch die soziale Macht des globalen Finanz- und Industriekapitals, die sich in der Form des elektronischen Geldes ausdrückt.

Die Mikroelektronik beschleunigt die Kapitalzentralisierung nicht nur über globale Finanzströme, sondern auch direkt, indem sie die Koordination und Kontrolle von weltweit dezentralisierten oder regional re-agglomerierten Produktionsstrukturen erleichtert. Wie Dieter Ernst ausführt, »ist es jetzt multinationalen Unternehmen technisch möglich, weltweite Informationsnetzwerke zu installieren, durch wel-

che die Unternehmensleitung im Hauptquartier weltweit verstreute Produktionsstätten verketteten kann, wie wenn diese Abteilungen sich in einer einzigen Fabrik befänden. Es ist nun also möglich geworden, mittels einer strikt *zentralisierten* Kontrolle über strategische Kapitalmassen *dezentralisierte* Produktionsprozesse auf weltweiter Ebene zu synchronisieren« (Ernst 1987: 38f.). In der Neuen Internationalen Arbeitsteilung setzt die transnationale Streuung der Produktion also eine elektronisch integrierte Form der Kapitalzentralisation voraus. Als zentrale Bausteine von transnationalen Produktionsstrukturen erlauben es die Mikroelektronik und die Telekommunikation den Unternehmen, mittels einer hohen Kapitalmobilität die Produktion rasch zu verlagern und Belegschaften und geographische Regionen gegeneinander auszuspielen.

Während sich digitale Information zum integralen Bestandteil der Produktivkräfte gewandelt hat und die Globalisierung des Finanz- und Industriesektors vorantreibt, sind High-Tech-Betriebe selbst global organisiert. Innerhalb der führenden Industrien im Hochtechnologiebereich (Mikroelektronik, neue Betriebsstoffe, Biochemie) kristallisiert sich eine neue strukturelle Form von oligopolistischen Kapitalbeziehungen auf transnationaler Ebene heraus, die man als flexible Kapitalzentralisation bezeichnen könnte. Kürzere Produktionszyklen, die Kosten und Risiken der Forschung und Entwicklung, die transsektorale Natur der neuen Technologien und die Krise der Mikroelektronikindustrie zwischen 1984 und 1985 zwangen immer mehr Unternehmen, Markt- und Innovationsstrategien zu globalisieren um Fixkosten amortisieren und Serienfertigung finanziell realisieren zu können. Demzufolge hat sich seit der Mitte der achtziger Jahre zwischen japanischen, nordamerikanischen und westeuropäischen transnationalen Grossunternehmen ein immer enger werdendes Netz von »strategischen Allianzen« gebildet, welches sich auf gemeinsame Finanzierung, Forschung, Produktion und Vermarktung der Hochtechnologie erstreckt, ohne allerdings auf formelle, unflexible Kapitalbeteiligungen angewiesen zu sein (Krieger-Mytelka 1991).¹¹

Diese Konzentrations- und Zentralisierungsbewegungen in führenden Wirtschaftssektoren tragen einerseits zu einer engeren Integration der »entwickelten« Regionen der Weltwirtschaft bei, da die meisten strategischen Allianzen transkontinentale Reichweite aufweisen. Im Übergang vom »keynesianischen Wohlfahrtsstaat« zum »schumpeterianischen Leistungsstaat«¹² tragen dabei Staatsorgane zu einem engeren polit-ökonomischen Zusammenschluss der Triade Japan, Nordamerika und Westeuropa bei. Andererseits wird durch diese Zentralisierung die Vorherrschaft des Nordens über die Weltwirtschaft zusätzlich

gestärkt, nachdem die »Errungenschaften« der Neuen Internationalen Arbeitsteilung und die Emanzipationsbestrebungen von Drittweltländern in den siebziger Jahren ihrerseits bereits Abhängigkeitsstrukturen früherer Weltwirtschaftsordnungen gelockert hatten. Die (erfolgreichen) Forderungen nördlicher Kapitalfraktionen nach einer Ausdehnung der Patentrechte auf genetische Ressourcen wie Saatgut im Rahmen der GATT-Verhandlungen zeigen dabei, dass die neuen Technologien nicht nur als Instrument zur Erneuerung des Imperialismus, sondern auch als Mittel zur Kontrolle des Kapitals über die biologische Reproduktion von Natur und Mensch dienen können.

Hochtechnologisch vernetzte transnationale Finanzmärkte und die globale Streuung von Produktionsstrukturen verflüssigen und verknoten den globalen Raum zugleich. Obwohl elektronisch geleitete Daten-, Geld- und Kapitalflüsse räumliche Hindernisse zum Verschwinden bringen, verstärken Hochtechnologie, Finanzkreisläufe und transnational mobiles Produktivkapital weltweite Abhängigkeitsverhältnisse und verflechten sich auch räumlich in wenigen Global- oder Welt-Städte. Zwar weicht die Globalisierung von Finanz- und Industriesektor, die nicht zuletzt auf neuen Technologien aufbaut, geographische fixierte, auf dem Nationalstaat und der Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit beruhende Arbeitsteilungen auf. Trotzdem laufen die Stränge der Globalisierung in Nodalpunkten der globalen politischen Ökonomie – in Welt-Städten und Grenzregionen im oben beschriebenen Sinn – zusammen und werden dort zu einer neuen Verbindung zwischen Lokal und Global verknüpft.

Ohne Hochtechnologien und Flughäfen wären die *Headquarter Economies* Frankfurts und Zürichs (Hitz/Schmid/Wolff in diesem Buch), welche regionale Produktionsstrukturen direkt in die Weltwirtschaft integrieren, in ihrer heutigen Gestalt undenkbar geblieben. Nur auf der Basis einer hochentwickelten Telekommunikations- und Flughafeninfrastruktur können sich globale Konzerne wie IBM in der Peripherie von Grossstädten niederlassen und von dort aus globale Kapitalströme koordinieren. Gleichzeitig laufen auch globale Finanz- und Geldflüsse in den sogenannten Global- oder Welt-Städten zusammen, zu denen neben London, Tokyo, und London unter anderen auch Frankfurt und Zürich gehören. Nicht zuletzt aus Effizienzgründen – Zentralisierung vereinfacht die Koordination und Kontrolle von Informationsflüssen – ballt sich in diesen Städten die neue Hochtechnologie in kapitalintensiven Telekommunikationsnetzen, computerisierten Börsen, automatisierten Handelssystemen für Finanzderivate (Beispiel: Soffex in Zürich) und Datenbanken wie die Telekurs AG in Zürich, die zur Abwicklung von Interbankgeschäften und der Steuerung

von Finanzinvestitionen und Treuhandgeschäften dienen. Diese urbane Konzentration von Hochtechnologie ist zu einem wichtigen Bestandteil des Wettbewerbs zwischen Welt- oder Globalstädten geworden, und erklärt unter anderem, warum sich Städte wie London, New York und Tokio von der Konkurrenz absetzen und warum kleinere Finanzplätze wie Zürich, welche in den siebziger Jahren auch in absoluten Zahlen eine weltweit führende Stellung auf den transnationalen Finanzmärkten innehatten, aber seitdem relativ an Gewicht einbüßten, ihre Stellung gegen Ende der achtziger Jahre mit gezielten Innovationen im Hochtechnologiebereich wieder stärken konnten.

In Welt- und Globalstädten stellt die technologische Infrastruktur in ihrer gesellschaftlichen und räumlichen Ausformung ein wichtiges Bindeglied zwischen transnationalen Finanzmärkten und Kontrollzentren der Industrie einerseits und globalem Kapital und Stadtentwicklung andererseits dar. Sowohl in der Peripherie (oft in der Nähe von Flughäfen) wie auch in der traditionellen »City« von Welt-Städten bilden sich Netzwerke (*clusters*) spezialisierter Unternehmen, die komplexe Software- und Computersysteme global tätiger Konzerne entwerfen und aufrechterhalten. Zusammen mit Anwaltsbüros, Werbefirmen, Treuhand- und Beratungsunternehmungen sowie Datenverarbeitungszentralen (*back offices*) haben sich diese hochentwickelten Firmen der Hochtechnologie zu räumlich agglomerierten Dienstleistungskomplexen (*producer service complexes*) entwickelt, die sowohl geographisch als auch technisch Kontakte zwischen global tätigen Kapitalgruppen herstellen. In ihrer räumlichen Entwicklung – City-Druck und Exurbanisierung – konkretisieren diese Dienstleistungskomplexe den abstrakten Prozess der Globalisierung im lokalen Raum und drücken somit die Abhängigkeit des transnationalen Kapitals von räumlich gebundenen Infrastrukturen der Hochtechnologie aus (Sassen 1993a).

Hochtechnologie im Spannungsfeld gesellschaftlicher Konflikte

Die transnationalen Innovations- und Anwendungsprozesse der neuen Hochtechnologien haben also das Potential, soziale und territoriale Machtverhältnisse zu verfestigen. Tendenziell erlauben sie dem Kapital, eine grössere Kontrolle über die Arbeit, die Natur und die globale Wirtschaftsordnung auszuüben, höhlen den Nationalstaat aus und beschleunigen den Transnationalisierungsprozess, indem sie sich in strategischen Räumen niederlassen und ausbreiten. Als Herrschaftsprojekte des Kapitals sind die neuen hochtechnologischen Strategien allerdings weder deterritorialisert noch widerspruchsfrei. Ob in exklusiven

Innovationsmilieus, regional re-agglomerierten Produktionsstandorten oder etwa den Anwendungsorten Autofabrik und Finanzmetropole, die »Logik« der Hochtechnologie setzt räumlich spezifische Regulationsweisen sowie Reproduktions- und Klassenformationsprozesse voraus. Da sich diese Prozesse nicht oppositionellen Gegenstrategien entziehen können, sind unter einem technologischen Regime nicht nur eine, sondern mehrere Formen der Arbeitsprozessorganisation und sozial-räumlichen Regulation möglich (Leborgne/Lipietz 1990b).

Obwohl transnationale Konzerne vermehrte finanzielle Kontrolle über die Hochtechnologie ausüben, spielt sich die Produktion von Hochtechnologie selbst in wenigen Orten unter konkreten Bedingungen ab. Das Rohmaterial der Mikroelektronik – die Halbleiter – werden in einer komplexen transnationalen Arbeitsteilung hergestellt, die wie im Fall der »amerikanischen« Halbleiterindustrie mehrere Kontinente umspannt. Während transnationale Halbleiterfirmen von einem zunehmend komplizierten, makroregional integrierten Produktionssystem in Südostasien abhängen, stehen am Ursprung des hochtechnologischen Produktionsprozesses regional oder lokal agglomerierte Innovationsmilieus wie Silicon Valley (Kalifornien) und Route 128 (Massachusetts) (Henderson 1989). Diese Milieus sind zwar keine unabhängigen Inseln der Innovation, können vom Kapital jedoch nicht jederzeit reproduziert werden. Vielmehr drücken sie die Abhängigkeit des Kapitals von räumlich gebundener Wissensproduktion, gewohnheitsmäßiger (*habituated*) sozialer Praxis und politisch oft konservativen gemeinschaftlichen Reproduktionsformen einer Klasse von Techniker- und IngenieurInnen aus (Scott/Storper 1990). Die mikroelektronische Hochtechnologie ermöglicht somit zwar die globale Dezentralisierung der Produktion, die Produktion der Mikroelektronik selbst setzt jedoch der globalen Kapitalmobilität an beiden Enden des Produktionsprozesses Grenzen.

Die technologiegebundene globale Kontrolle des transnationalen Kapitals ist ihrerseits an sozial-räumliche Voraussetzungen gebunden. Wie schon angesprochen, findet die Kontrolle und Koordination von Investitionsentscheiden und Kapitalflüssen auf globaler Ebene, die durch die räumliche Dezentralisierung von Produktionsstrukturen erst nötig wurden, zunehmend in wenigen globalen Finanzzentren wie New York, Tokio, London, Frankfurt und Zürich statt. Dort hängt die globale Kontrollkapazität des Kapitals ab von einer kostspieligen Infrastruktur der Telekommunikation und »einem gewaltigen Unterbau an Dienstleistungsbetrieben, einer ganzen Klassenstruktur als Servicestruktur« (Hartmann 1991: 14). Während eine ganze Reihe von hochspezialisierten Arbeitsprozessen wie Unternehmensberatung, Rekla-

medesign, und Computerprogrammierung, Finanzmärkte und kapitalistische Kontrollfunktionen verbinden, sind technisches Personal und ArbeiterInnen in durchtaylorisierten und elektronisch kontrollierten Datenverarbeitungsprozessen für die technologische Logistik der Welt-Städte zuständig. Zugleich wäre die Reproduktion der globalen Manager- und Spezialistenklasse, die spezialisierte Kontrollfunktionen wahrnehmen, undenkbar ohne ein Heer schlechtbezahlter ArbeiterInnen im Tertiärbereich (Putzdienst, Aufsicht, Gastgewerbe) und in arbeitsintensiven *sweatshops* (Restaurationshandwerk, Textilien, Nahrungsindustrie), welche die physische Infrastruktur der Städte aufrechterhalten, gentrifizierte Stadtteile bedienen und luxuriöse Konsumtionsformen ermöglichen. Da in diesen prekären Wirtschaftssektoren eingewanderte ArbeiterInnen oft einen Grossteil der Beschäftigten stellen, ist die Anwendung neuer Hochtechnologie also auch in dieser Hinsicht abhängig von einer Form städtischer Grenzentwicklung: der transnationalen Migrationsbewegung.

Die Machtausübung des transnationalen Kapitals darf also nicht als unabhängige Variable vorausgesetzt werden, sondern muss selbst gesellschaftlich hergestellt werden (Sassen 1993a: 6 und 325). Die Praxis globaler Kontrolle befindet sich zwar formell in den Händen global orientierter Betriebe, ist jedoch an die territorialen Reproduktionsbedingungen globaler Städte gebunden. Dort konkretisieren sich die technologiegebundenen Herrschaftsstrategien des Kapitals in sozial-räumlicher Polarisierung und Heterogenisierung wie zum Beispiel Cityexpansion und peripherer (»exurbaner«) Stadtentwicklung und müssen sich mit oppositionellen Gegenstrategien auseinandersetzen, die gegen die sozialen und ökologischen Kosten der Welt-Stadt-Formation aufbegehren. Diese Widerstands-Strategien artikulieren lokale Strukturen mit globalen Prozessen, indem sie sich in einer transnationalisierten und multi-kulturellen Gesellschaftstruktur bewegen und gleichzeitig die Art und Weise der Weltmarktintegration von urbanen Regionen beeinflussen.

So wehrten sich Bürgerinitiativen und Gewerkschaften (*urban reinvestment coalitions*) in amerikanischen Grossstädten wie Baltimore, Washington und New York gegen die sozialen und räumlichen »Nebeneffekte« der hochtechnologischen Kontrollfunktionen und der Finanzspekulation (Gentrifizierung, weiterer Zerfall der Innenstädte), indem sie gemeinschaftlich kontrollierte Kreditinstitutionen schufen und lokale Bankniederlassungen zu Änderungen ihrer diskriminatorischen Kreditpolitik zwangen (Bond 1990). In Los Angeles mobilisierten neue Akteure im Ökologiediskurs – eine Koalition von Gewerkschaften und Quartierorganisationen – gegen die sozial-ökologischen Auswirkungen der Welt-Stadt-Formation wie Smog, industrielle Emissionen

und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen. Dabei lehnten diese Akteure Vorschläge zur »Lösung« der massiven regionalen Luftverschmutzung ab, welche die Kosten der regionalen Umweltpolitik auf benachteiligte Gruppen abgeschoben und die Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse – ein zunehmend wichtiger Bestandteil der städtischen Weltmarktintegration – jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen hätten (Bloch/Keil 1991).

Wenn man also die Entwicklung der Hochtechnologie und der Produktivkräfte nicht als autonome Prozesse, sondern als Teil einer sozialen Konfliktstrategie im Prozess der Kapitalakkumulation definiert, so erscheint es offensichtlich, dass geographische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht einfach von technologischen Sachzwängen abgeleitet werden können. Obwohl sie massgeblich zur urbanen Grenzentwicklung/Peripherisierung und der Formation von Welt-Städten beitragen, werden technologische Entwicklungen ihrerseits von räumlich und sozial konkreten Machtkämpfen mitbestimmt und sind insofern politischer Natur. In globalen Innovations- und Anwendungsprozessen befinden sich Global und Lokal in gegenseitigen Artikulationsverhältnissen, wobei oppositionelle Diskurse und widerspenstige kommunale Akkumulationsstrategien die raumspezifischen Merkmale hochtechnologischer Globalisierung in Frage stellen können. Die neuen Technologien sind also nicht als deterritorialisierte techno-ökonomische Sachzwänge zu begreifen, sondern sind in soziale Machtprojekte eingebettet, welche die Klammer bilden zu anderen Prozessen, die gewöhnlich unter Globalisierung gefasst werden, nämlich Kapitalbewegung, Klassenformation, Migration, Weltkultur und globale Umweltkrise.

Urbanisierung, Technologie und lokale Politik im globalen Kapitalismus

Globalisierung hat also zwei materielle Dimensionen: Urbanisierung und Technologieentwicklung. In diesem Kapitel haben wir versucht zu zeigen, wie diese beiden Dimensionen im Prozess der Welt-Stadt-Formation spezifische Form annehmen. Während Welt-Städte als Nodalpunkte der Globalisierung Prozesse der hochtechnologischen Akkumulation zum Ausdruck bringen, artikulieren die neuen Technologien in ihrer räumlichen Konzentration aktuelle Urbanisierungs- und Globalisierungstendenzen. Die Formation der Welt-Stadt ist ein Prozess, der sich im Schnittpunkt konkurrierender globaler und lokaler Klassenprojekte durchsetzt. Produktion und Anwendung der neuen Technologien verstärkt zwar die Tendenz zur gleichzeitigen Verflüssigung und Verknotung der globalen Räume, muss jedoch selbst als konflikt-

trächtiger Vorgang verstanden werden. Die World Cities sind Nodalpunkte globaler und lokaler Konflikte und gesellschaftlicher Strategien der Weltmarktintegration.

In internationalisierten Knotenpunkten der Weltwirtschaft wie Zürich und Frankfurt entstehen global induzierte, jedoch lokal jeweils spezifisch ausgeformte Laboratorien, in denen Urbanisierung und Technologisierung beobachtet werden können. Während Arbeits- und Konsummuster in diesen Städten mehr und mehr globalen Gesetzmäßigkeiten unterworfen werden, hängen die spezifischen Resultate der Globalisierung von der Lösung lokaler Widersprüche ab. Es handelt sich hier um die jeweils besondere Herstellung dessen, was Harvey (1985a) als strukturierte Kohärenz bezeichnet hat. Einerseits baut die Formation der *World City* auf die Inkorporierung lokaler Widersprüche. Strategien transnationaler Konzerne können sich hier sowohl mit den Interessen lokaler Eliten mischen als auch mit dem Widerstand lokaler Gemeinden auseinandersetzen. Denjenigen, die sich gegen bestimmte Formen der Globalisierung in ihren Städten zur Wehr setzen, tritt auf diese Weise oft die lokale Mittelklasse als Repräsentantin angeblich globaler Interessen entgegen.

Die Kontrolle über den Raum der Produktion und Konsumtion in der globalen Gesellschaftsformation wird am Arbeitsplatz durch die neuen Arbeitstechnologien und im urbanen Raum über die Beherrschung der Alltagskultur beabsichtigt. Hierher rührt die Relevanz lokal verwurzelter Eliten, die sich kosmopolitan und urban gebärden und die Vermittlung des »globalen Postmodernen« in die Kapillargefäße der Welt-Städte sicherstellen. In Frankfurt zum Beispiel traten in den achtziger Jahren alle Parteien mit einem Programm hervor, in dem diese kosmopolitanlokale Mittelschicht bevorzugt wurde. Anders als die von Peter Coulmas (1990) beschriebenen »Weltbürger«, die Ganzheit, Frieden und Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben haben und bereit sind, »Mühe dafür aufzuwenden, Kenntnisse über die Fremde zu erwerben und sich mit Fremden zu verständigen« (zitiert in Bianchi 1991: 131), strengen sich jedoch diese neuen lokalisierten Kosmopoliten kaum an, Grenzen in ihren eigenen Städten zu überschreiten. Ihre Aktivität bleibt abstrakt kosmopolitisch und lokalborniert; ihren Kosmopolitismus könnte man als gemütlich bezeichnen; er bezieht sich lediglich auf die Hegemonialräume der Stadt, auf die neue Klasse der entwickelten Welt. Obwohl dieser Kosmopolitismus von der teilweise selbst globalisierten Mittelklasse getragen wird, beruht er, wie in Frankfurt, auf der Rechtlosigkeit der internationalen Bevölkerung der Stadt, auch der internationalen Mittelklasse.¹³ Ähnlich sah Hartmann bereits am Ende der achtziger Jahre die Komplizenschaft bestimmter

linker Strategien in der Finanzmetropole Frankfurt: »Mit ihren Konzepten einer sogenannten multikulturellen Gesellschaft war die ehemalige radikale Linke der siebziger Jahre dabei, den Bankplatz für das Management lebbar und für das Kapital sicher zu machen, indem sie davon ausgeht, die soziale Differenzierung, Menschen verschiedener Hautfarbe zu akzeptieren, mit zu inkorporieren, bei Aufrechterhaltung der unterschiedlichen Ausbeutungsweisen, des Lohndrucks und der Gewalttätigkeiten ihnen gegenüber. Das Konzept, die nötige Buntheit in einer Finanzmetropole zu schaffen, verleiht den Herren in diesem Geschäft die Illusion, als Nichtausbeuter zu einem Ganzen zu gehören und gleichzeitig dieses Lebensgefühl einer neuen Ära, eines neuen Miteinander des Unterschiedlichen geniessen zu können« (Hartmann 1991). Die globale Orientierung kommt ohne Produktion spezifischer Orte nicht aus. Dies schliesst die Verknüpfung eines globalen mit einem lokalisierten Klassenformationsprozess ein.

Umgekehrt müssen widerständige und oppositionelle Kräfte in der World City damit rechnen, dass ihre Kämpfe sich auf dem Terrain der globalen Urbanisierung und der allseitigen Durchsetzung der Neuen Technologien abspielen. Stadt- und Technikfeindlichkeit ist gegenüber einer radikalen Stadt- und Technologiekritik als Methode der Gesellschaftsveränderung unterlegen. Nicht Ablehnung der Internationalisierung kann auf dem Programm der progressiven Kräfte in den Städten stehen, sondern eine radikale multikulturelle Strategie: Im Kern dieser Strategie muss die Solidarität der subalternen StadtbewohnerInnen stehen. Soziale Gerechtigkeit, Antirassismus, der Kampf gegen Sexismus sind einige der Kernpunkte einer solchen Strategie, die sich sowohl vom oberflächlichen Multikulturalismus der globalen Eliten wie auch von faschistischen und neonationalistischen Strategien der Ausgrenzung unterscheidet. Damit diese Punkte nicht als politisch korrekte aber entleerte Formeln vor der Bewegung hergetragen werden, müssen die Beteiligten an der städtischen Politik diese im offenen Diskurs mit- und gegeneinander definieren. Anstatt sich in diesem Prozess in einem Gestrüpp von Differenz- und Identitätspolitiken zu verlieren, müssen wir Gemeinsamkeiten ausfindig machen, die es möglich machen, Allianzen zwischen verschiedenen oppositionellen Kräften zu knüpfen (Harvey 1993: 60-62). Diese gegenhegemonialen Allianzen müssen als Teil einer instabilen Welt-Stadt Formation angesehen werden. Urbanisierung (im Sinne der Schaffung einer neuen Urbanität) und Technologisierung (im Sinne einer allgemeinen Durchsetzung elektronischer Medien) sind Mixturen von Ausschluss- und Einschlussprozessen. Gegenhegemoniale Projekte können sich aufgrund der umfassenden Reichweite dieser Prozesse nicht als Ausstiegsstrategien verstehen, wenn

sie politisch erfolgreich sein wollen. Sie müssen vielmehr versuchen, die Verdinglichung und Festschreibung herrschender Urbanisierungs- und Technologisierungsprojekte zu verhindern.

Anmerkungen

1. Dieses und folgende Zitate von bisher nicht auf Deutsch erschienenen Texten wurden von den Verfassern aus dem Englischen übertragen.
2. Um Missverständnissen vorzubeugen, wollen wir darauf hinweisen, dass wir hier Walter Prigges Definition folgen: »Der die Moderne kulturell kritisierende urbanistische Diskurs lässt sich nicht ideologiekritisch beiseiteräumen, ist er doch selbst als Element kultureller Hegemonie organischer Teil der Materialität des Städtischen« (1987b: 191).
3. Unter Artikulation verstehen wir hier einen nicht-linearen Prozess, durch den sich Elemente gegenseitig beeinflussen und definieren und sich dabei transformieren. Es handelt sich daher nicht um Prozesse und Praxen, die nur in eine Richtung verlaufen oder ein voraussagbares Ergebnis haben, sondern deren Elemente durch Artikulation eine neue Identität erlangen. Diese Definition ist der von Laclau und Mouffe verwandt, die schreiben: »We will call articulation any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice« (1985: 105).
4. Teile des nächsten Abschnittes beruhen auf Keil 1992a und 1993.
5. Den Begriff Liminalräume verwenden wir in Anschluss an Sharon Zukins *Landscapes of Power* (1991). Es handelt sich dabei um kulturell definierte Zwischenräume zwischen zwei Entwicklungsstadien. In diesen Übergangsräumen werden alte und neue Regulationsweisen verhandelt, woraus eine neue Stabilität entsteht.
6. Unter strukturellen Formen versteht Aglietta komplexe Gesellschaftsbeziehungen, die in Zeiten struktureller Instabilität als Produkte von Anpassungsstrategien und sozialen Auseinandersetzungen entstehen und sich in der Folge als »normale,« das heisst allgemeingültige Formen der Alltagspraxis herausstellen (Aglietta 1976: 16 und 163). Aglietta unterscheidet unter anderem zwischen der strukturellen Form des Arbeits- und Lohnverhältnisses und derjenigen der zwischenbetrieblichen Beziehungen. Das Konzept strukturelle Form ist verwandt mit Robert Boyers Konzept der »institutionellen Form« welches eine strukturell stabilisierte Gesellschaftsbeziehung (Staatsform, Lohnverhältnis, Geldform, Konkurrenzform etc.) innerhalb einer historisch konkreten kapitalistischen Regulationsweise bezeichnet.
7. Sogar internationalisierte Medienkonzerne haben sich in die technologiegebundenen globalen Finanzkreisläufe eingeschlichen. So benützt die grösste Nachrichtenagentur der Welt – Reuter – ihre elektronisch vermittelte Datenmasse nicht nur für Nachrichtenmeldungen, sondern stellt diese auch Finanzspekulant*innen im transnationalen Währungs- und Obligationenhandel zur Verfügung (Palmer 1993).
8. Auf den internationalen Devisen- und Euroobligationenmärkten übte dabei das Schweizer Finanzkapital eine zentrale Vermittlungsfunktion im Transnationalisierungsprozess aus.
9. Hier wird der Begriff Finanzkapital nicht im Sinne Hilferdings (als Kontrolle der Banken über »produktive« Investitionen) gebraucht, sondern im Sinne

des englischen Begriffs *financial capital*, welcher alle Kapitalgruppen im Finanzsektor (Banken, Versicherungen, Pensionskassen etc.) bezeichnet. Diese Unterscheidung zwischen *industrial* und *financial capital* ist vor allem wichtig im angelsächsischen Raum, wo der Finanzsektor seit den dreissiger Jahren in mehrere Subsektoren (*investment banking*, *commercial banking* etc.) aufgeteilt und weniger stark mit Industrieunternehmen verflochten war als in Deutschland und der Schweiz, deren Finanzsysteme auch während der Nachkriegszeit vom Universalbankenprinzip geprägt waren und darum während der achtziger Jahren einen weniger ausgeprägten sektoralen Strukturwandel erlebten als etwa die Vereinigten Staaten und Grossbritannien.

10. Wie der Börsensturz von 1987 zeigte, hat die Computerisierung der weltweiten Finanzströme dabei auch sehr stark zur Unübersichtlichkeit und strukturellen Instabilität des globalen Finanzsystems beigetragen. Seit einigen Jahren mehrten sich deshalb Stimmen innerhalb der Finanzwelt und der einflussreichen Wirtschaftspresse (*Economist*, *Financial Times*, *Wall Street Journal*), die sich besorgt über die unkontrollierten »Exzesse« im internationalen Finanzsystem äussern und für eine teilweise Re-regulierung der globalen Finanz- und Geldmärkte eintreten (Bienefeld 1994).

11. Strategische Allianzen beschränken sich nicht nur auf Sektoren der Hochtechnologie, sondern können auch in anderen Branchen wie zum Beispiel der Automobilindustrie beobachtet werden. Die strategischen Allianzen zwischen Unternehmen im High-Tech-Bereich sind aber besonders zahlreich und von besonderer Bedeutung für die postfordistische Weltwirtschaft, weil führende Wirtschaftssektoren gesamtwirtschaftlichen Einfluss ausüben und deren gesellschaftliche Organisation erfahrungsgemäss Modellcharakter aufweist. So übte die monopolistische Organisation des Chemie- und Mineralölsektors sowie der Massenkonsumtionindustrien einen grossen Einfluss auf die Stabilisierung fordistorischer Akkumulationsregimes aus.

12. Jessop ist der Meinung, dass sich nach dem Zerfall des Nachkriegskompromisses zwischen Arbeit und Kapital sowohl auf nationaler wie auch lokaler Ebene eine neue »schumpeterianische« Staatsform herausbildet. Der schumpeterianische Leistungsstaat ist dabei nicht so sehr um sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Wachstumsdynamik innerhalb von Staatsgrenzen besorgt (wie es der »keynesianische Wohlfahrtsstaat« der Nachkriegszeit war), sondern fördert vor allem die technologische Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von global orientierten Betrieben. Der schumpeterianische Staat unterstützt oder koordiniert die technologische Entwicklung und erhöht die Flexibilität der Arbeitsmärkte, indem er soziale Errungenschaften der Nachkriegszeit wie Arbeitsrecht und Sozialversicherung aushöhlt. Da der schumpeterianische Wohlfahrtsstaat um jeden Preis die Weltmarktintegration vorantreibt, trägt er zur globalen Kapitalkonzentration bei und muss in diesem Sinne als Teil des Transnationalisierungsprozesses betrachtet werden (Jessop 1993).

13. Diese Beobachtung trifft u.E. für die Schweiz und für Deutschland generell zu, wo EinwanderInnen AusländerInnen sind und auch deren Mittelklasse als solche behandelt werden. In den Einwanderungsländern Kanada und USA haben wir das effektive Gegenmodell, wo Klasseninformationsprozesse die Einbeziehung strategischer Teile der immigrierten Mittelklassen einschliessen. Man kann in Deutschland und der Schweiz daher streng genommen eigentlich nur von einer unvollendeten globalen Postmoderne reden.

III. Gesellschaftliche Restrukturierung, Regulation und Stadtentwicklung





Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiss für die neunziger Jahre

Alain Lipietz

Mit dem Zusammenbruch des sogenannten Sozialismus tritt die Welt jetzt zehn Jahre zu früh ins 21. Jahrhundert. Die grosse Hoffnung des 20. Jahrhunderts, der Übergang vom Kapitalismus zu einer progressiveren Produktionsweise, ist zusammengebrochen. Es ist jetzt klar, dass die Oktoberrevolution von 1917, abgesehen von einigen frühen Erfolgen der primitiven sozialistischen Akkumulation, zu nichts anderem als einer Form von autoritärem Staatskapitalismus führte, der sich als weniger effizient als viele Varianten des Marktkapitalismus erwies.

Eine neue Weltkonfiguration entwickelt sich, ihre erste geopolitische Krise hat sie bereits hinter sich: den Krieg in Kuwait und im Irak. Weiterhin ungelöst bleibt aber die letzte grosse ökonomische Krise des 20. Jahrhunderts, die anfangs der siebziger Jahre begonnen hat. Der Golfkrieg war zwar der Auslöser einer neuen Rezession, diese ist aber zur Hauptsache eine Folge von Fehlern der achtziger Jahre. Doch gerade in diesem Jahrzehnt erlebten die marktkapitalistischen Länder gewaltige Veränderungen. Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers bedeutet nicht den Sieg des früheren Leaders der westlichen Welt, sondern einen Schritt Richtung Etablierung der japanischen Hegemonie im pazifischen Raum und der deutschen Vorherrschaft im Bereich des Atlantiks und Europas.

Die marxistischen TheoretikerInnen waren auf diese Veränderungen nicht vorbereitet. Zu oft haben sie ihr Objekt, die kapitalistischen Ökonomien, betrachtet, als wäre es von ewigen Gesetzen und Verhaltensregeln bestimmt. Der Kapitalismus hätte, argumentierten sie, als wohldefinierte Produktionsweise mit unveränderlichen sozialen Verhältnissen, aber gewissen Schwankungen (z.B. im Grad der Konzentration des Eigentums), vom Sozialismus nur durch eine allgemeine Revolution abgelöst werden können.

Die Geschichte des Kapitalismus ist sehr viel komplexer. Die sozio-ökonomischen Verhältnisse im Kapitalismus waren von 1848 bis zur

Gegenwart grösseren Veränderungen unterworfen als jeder Sozialist und jede Sozialistin damals je für möglich gehalten hätte. Während beinahe eineinhalb Jahrhunderten waren grosse soziale Spannungen und ökonomische Probleme dauernd Auslöser von Krisen, politischen Kämpfen und manchmal Revolutionen. Doch während ziemlich langen Perioden funktionierte der Kapitalismus. Die Existenz eines umfassenden Rahmens und einer allgemeinen Spielregel muss deshalb mehr oder weniger widerwillig anerkannt werden. Seit 1848 gab es drei grosse Krisen: die erste gegen Ende des 19. Jahrhunderts, die zweite in den dreissiger Jahren, die dritte schliesslich am Ende der sechziger Jahre.¹ Zwischen diesen grossen Krisen jedoch akzeptierten verschiedene soziale Klassen einen zeitgebundenen Kompromiss. Diese Kompromisse umfassten die Akzeptanz eines Entwicklungsmodells als ökonomische Grundlage des Bestmöglichen, das die Menschheit von ihrer ökonomischen Tätigkeit erwarten konnte. Ein breites Spektrum politischer Strömungen, von rechts bis links, kämpfte für marginale Verbesserungen des bestehenden Kompromisses, das Modell selbst wurde aber nicht in Frage gestellt.

Wie in den dreissiger und vierziger Jahren (als die AnhängerInnen der Sozialdemokratie und Roosevelts den Stalinismus, den Faschismus und den konservativen Liberalismus in Frage stellten) befinden wir uns jetzt in einer dieser Perioden des Konflikts, in welchem es nicht um die Art der Weiterführung einer (bereits gegebenen) ökonomischen Konstruktion, sondern um den Inhalt eines neuen Kompromisses geht. Die Krise ist nicht nur eine ökonomische Krise, sondern auch eine grössere Kompromiss-Krise, oder, in den Worten des italienischen marxistischen Soziologen Gramsci, eine »Krise der Hegemonie«, eine Krise des Konsenses also. Tatsächlich beinhaltet Hegemonie als Form von Führerschaft (*leadership*) die Wahrnehmung des Gesamtinteresses und deshalb auch einiger Interessen derjenigen, die von der hegemonialen Gruppe dominiert werden, diese aber stützen.

In diesem Beitrag werde ich zuerst das hegemoniale Muster des Nachkriegsbooms in den marktkapitalistischen Gesellschaften umreissen und erklären. Bei der Auflistung der Grundelemente dieses Musters werde ich mich auf die Methodologie beziehen, die international als französischer Regulationsansatz bekannt ist. Dann werde ich erklären, was ab Ende der sechziger Jahre falsch lief. Schliesslich werde ich einige Grundzüge für einen neuen Kompromiss in der Periode nach der Krise vorschlagen: einen Kompromiss für das 21. Jahrhundert oder sogar schon für die neunziger Jahre.

Mein Vorschlag wird jedoch nicht mehr als eine Option sein, eine Option, die zur Zeit mehr oder weniger von den europäischen Grü-

nen, alternativen Ökologie- und Selbstverwaltungsbewegungen und einigen Strömungen in den radikalen amerikanischen Basisbewegungen vertreten wird. Sie soll nicht als Schlussfolgerung aus den drohenden Notwendigkeiten der Ökonomie verstanden werden, denn, wie Marx schon herausgestrichen hat, »macht die Menschheit ihre eigene Geschichte«.

Der »fordistische« Kompromiss

Um die gegenwärtige weltweite Krise zu verstehen, ist es notwendig, die Entwicklungslogik der Nachkriegsperiode zu begreifen. Der wirtschaftliche Boom war sowohl Ausdruck der Hegemonie eines besonderen »Entwicklungsmusters« innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Kernländer als auch der Stabilität einer »Weltkonfiguration«, die sie miteinander verband.

Auf der nationalen Ebene kann und muss ein Entwicklungsmuster von drei verschiedenen Gesichtspunkten aus analysiert werden:²

- als Industrialisierungsmodell (oder -paradigma): die allgemeinen (und nicht auf die Industrie beschränkten) Prinzipien, welche während der Vorherrschaft dieses Modells die Evolution der Arbeitsorganisation regeln,
- als Akkumulationsregime: das makroökonomische Prinzip, das über eine längere Periode für die Vereinbarkeit der Veränderungen von Produktionsbedingungen und der Verwendung des gesellschaftlichen Outputs (Konsumtion privater Haushalte, Investitionen, öffentliche Ausgaben, internationaler Handel usw.) sorgt, und
- als Regulationsweise: die Kombination von Formen der Erwartungsanpassung und von widersprüchlichem Verhalten individueller Akteure gegenüber den kollektiven Prinzipien des Akkumulationsregimes. Diese Formen der Anpassung können sowohl kulturelle Gewohnheiten als auch institutionelle Elemente, wie Gesetze, Abkommen etc., umfassen.³

Das Akkumulationsregime ist somit das makroökonomische Ergebnis der Wirkung der Regulationsweise auf der Basis eines Industrialisierungsmodells. Anzumerken ist, dass diese Begriffe Ähnlichkeiten zu den klassischen marxistischen Konzepten wie dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Reproduktion und dem Überbau aufweisen. Tatsächlich sind sie von der Dekonstruktion dieser alten Konzepte durch Gramsci abgeleitet. Unter Verwendung eines Begriffs, der von Gramsci, aber auch von Henri de Man (einem belgischen Theoretiker, der vom Sozialismus zum Faschismus überwechselte) eingeführt wur-

de, bezeichnen einige französische und italienische ÖkonomInnen das hegemoniale Nachkriegsmuster der Entwicklung als »Fordismus«.

Das fordistische Industrieparadigma schloss die tayloristischen Prinzipien der Rationalisierung sowie die kontinuierliche Mechanisierung mit ein. Die tayloristische Rationalisierung basiert auf der Trennung der intellektuellen und manuellen Aspekte der Arbeit. Diese Trennung bedeutete jedoch nicht, dass die ArbeiterInnen intellektuell nicht einbezogen worden wären, sondern dass dieser Einbezug informell bleiben musste, während das gesellschaftliche Wissen von oben her systematisiert und von Konstrukteuren den Maschinen einverleibt wurde. Als Taylor und tayloristische Ingenieure zu Beginn des 20. Jahrhunderts diese Prinzipien einführten, war das Ziel explizit die Kontrolle der direkten Arbeit durch das Management. In den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts leisteten FacharbeiterInnen Widerstand gegen diese Entwicklungen und bewegten sich (KommunistInnen eingeschlossen) in Richtung eines neuen Kompromisses: Akzeptanz tayloristischer Formen der Kontrolle gegen Beteiligung an den Produktivitätsgewinnen.

Die grosse Mehrheit der Arbeitgeber weigerte sich zunächst, die Belegschaften an den Produktivitätsgewinnen zu beteiligen, es gab aber auch Ausnahmen wie Henry Ford. Befürwortet wurde eine solche Beteiligung auch von einigen Ökonomen wie John Maynard Keynes. Ford und Keynes blieben aber Rufer in der Wüste, bis ihre Prophezeiung durch die grosse Depression der dreissiger Jahre bestätigt wurde. Der konservative Liberalismus von Hoover, Lloyd George und Laval konnte mit diesem Problem nicht umgehen. Es standen drei konkurrierende Alternativen zur Auswahl: eine faschistische Organisation der gesellschaftlichen Nachfrage, eine Revolution stalinistischen Typs, die zu einer staatskapitalistischen Variante führte, und ein neuer sozialdemokratischer Kompromiss zwischen Firmenleitung und ArbeiterInnen. Glücklicherweise vereitelten im Zweiten Weltkrieg die sozialdemokratischen und stalinistischen Kräfte die erste, faschistische Lösung. Und innerhalb von zehn Jahren zeichnete sich im Wettstreit zwischen dem stalinistischen und dem fordistischen Kompromiss in der Zweiten und Ersten Welt eine Wendung zugunsten des letzteren ab. In dieser Phase bildete sich aus dem fordistischen Kompromiss ein neues Akkumulationsregime heraus, das von einer neuen Regulationsweise garantiert wurde.

Das fordistische Akkumulationsregime war charakterisiert durch:

- Massenproduktion mit einer Polarisierung von Fähigkeiten, hohem Produktivitätswachstum und zunehmendem Verhältnis von Kapital zu Output (in der Menge, nicht aber im Wert), und

- Steigerungen der Wertschöpfung, die anteilmässig verteilt wurden, so dass einerseits das Realeinkommen der Lohnabhängigen parallel mit der Produktivität wuchs und
- dass andererseits die Profitrate bei voll ausgelasteten Produktionskapazitäten und Vollbeschäftigung relativ stabil blieb.

Mit anderen Worten: Der fordistische Kompromiss brachte die Übereinstimmung von Massenproduktion und Massenkonsum mit sich. Es war ein produktionsbezogenes und zugleich hedonistisches Modell, das weltweit als »American Way of Life« übernommen wurde, der nur von einigen radikalen Intellektuellen wie Herbert Marcuse in Frage gestellt, sonst aber von den politischen Kräften, von der Christdemokratie bis hin zu den kommunistischen Parteien des Westens, als erstrebenswert angesehen und von den Konservativen sogar gegen die anfänglichen Vorurteile der Arbeitgeber unterstützt wurde.

Was jedoch konnte schliesslich die einzelnen Arbeitgeber dazu veranlassen, den Kompromiss zu akzeptieren, der mittelfristig in ihrem Interesse lag? Dies war Aufgabe der Regulationsweise.

In Art und Ausmass je nach Land verschieden, umfasste die Regulationsweise:

- eine Sozialgesetzgebung, die für steigende Minimallöhne sorgte, sowie einen starken kollektiven Aushandlungsmechanismus, der von allen Arbeitgebern die Garantie jährlicher Reallohnaufbesserungen im Gleichschritt mit den landesweiten Produktivitätssteigerungen verlangte,
- einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat, der fast der gesamten Bevölkerung Konsummöglichkeiten garantierte, auch bei zeitweisem oder dauerndem Ausbleiben von Arbeitseinkünften wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pensionierung und so weiter, und
- eine Versorgung mit Bankkrediten, die von den Zentralbanken den wirtschaftlichen Erfordernissen (und nicht den Goldreserven) entsprechend reguliert wurde.

Alle diese Institutionen sorgten für strukturell neue Spielregeln. Diese Regeln gaben dem Staat die aktive Verantwortung für die Feinabstimmung der wirtschaftlichen Expansion. Durch seine direkten Ausgaben, seine Steuern und Defizite und seine Macht, Minimallöhne und Sozialleistungen regulieren zu können, war er in der Lage, das Niveau der gesellschaftlichen Nachfrage zu beeinflussen. Durch seine Kompetenz, die Gewährung von Krediten zu steuern, konnte er die Ausgaben von Firmen und Privathaushalten anheben oder senken. Diese Mittel und ihre Verwendung wurden unter dem Begriff »keynesianische Politik« zusammengefasst.

Es soll jedoch betont werden, dass die neue Regulationsweise nicht unbedingt Staatseigentum des produktiven Sektors bedeutete. Staatliches Eigentum war zwar in Frankreich und Italien verbreitet, nicht aber in Schweden. Regelwerk und Abkommen wurden nicht bewusst entworfen, etwa im Sinn von: »Für das Funktionieren des fordistischen Modells brauchen wir solche Übereinkünfte!«, obwohl damalige Intellektuelle, wie Keynes und Beveridge, möglicherweise so argumentiert haben. Vielmehr war die Regulationsweise Produkt politischer Kämpfe, die im Kontext des Wettbewerbs mit den »unakzeptablen« sowjetischen und faschistischen Modellen ausgetragen wurden. Deshalb unterscheiden sich die Errungenschaften der verschiedenen Institutionen der Regulationsweise von Land zu Land.

Auf der internationalen Ebene erreichte die Weltwirtschaft nie einen so hohen Grad an makroökonomischer Organisation. Hegemonial war das fordistische Modell nur in den OECD-Ländern. Die meisten Drittweltländer waren vom Handel mit Industriegütern ausgeschlossen, und das von den USA ausgegebene Kreditgeld war de facto die Weltwährung. Zwischen den hauptsächlich auf sich selbst ausgerichteten Industrieländern herrschte ein Halb-Freihandel. Die Handelsbilanzen wurden durch Paritätsveränderungen, konjunkturpolitische Massnahmen und andere Kontrollen der internen Märkte fein abgestimmt.

Diese internationale Ordnung war nur möglich, weil die produktive Überlegenheit der USA derart gross war, dass ihre Investitionsgüter ebenso notwendig wie konkurrenzfähig waren. Dies veranlasste andere Länder, den Dollar als allgemeines internationales Äquivalent zu akzeptieren. Zu dieser Zeit war die US-Handelsbilanz strukturell positiv, die Kapitalbilanz strukturell negativ. Die USA stellten also Europa und Japan die technischen und finanziellen Mittel zur Verfügung, die ihnen aufzuholen halfen.

Es mag von Nutzen sein, die Ähnlichkeit zwischen dem fordistischen Kompromiss innerhalb der USA und ihrer internationalen Haltung hervorzuheben, die aus einer hegemonialen Führungsposition heraus im Kontext des Wettbewerbs mit der UdSSR entstand. Nach 1947 widerstand die US-Administration der Versuchung, eventuelle Konkurrenz durch das Vorantreiben eines vollständigen Freihandels zu vernichten. Im Gegenteil, wie Spiro (1977) betonte, »ermutigten die Vereinigten Staaten Europa und Japan zu Handelsprotektionismus und zu diskriminierenden Massnahmen gegenüber dem Dollar. Und sie förderten europäische und japanische Exporte in die USA. ... Mit dem Ziel einer langfristigen Angleichung stärkten die Vereinigten Staaten die europäische und japanische Konkurrenzfähigkeit im Handel. Die Hilfe an Europa und Japan war für den Wiederaufbau von Produk-

tions- und Exportkapazitäten bestimmt. Langfristig wurde erwartet, dass auch die Vereinigten Staaten durch die Öffnung der Märkte für amerikanische Produkte von einer solchen wirtschaftlichen Erholung Europas und Japans profitieren würden.«

Was die Dritte Welt betrifft, war Kennedy's Fortschrittsallianz ähnlich motiviert. Schliesslich aber überwogen meist kurzsichtige, neokoloniale Interessen, ausgenommen in Ländern wie Südkorea und Taiwan, die der kommunistischen Konkurrenz ausgesetzt waren und in denen die Vereinigten Staaten Landreform, Importsubstitution und kapitalistische Entwicklung auf nationaler Ebene vorantrieben.

Das Ende des goldenen Zeitalters

Das fordistische Regime begann schwächer zu werden. Die Gründe dafür lassen sich in zwei verschiedenen Gruppen zusammenfassen. Die internen Gründe lagen in der realen Entwicklung des fordistischen Regimes im jeweiligen Land, die internationalen Gründe waren in der Vernetzung der nationalen Ökonomien angesiedelt. Die konkrete Entwicklung der Krise lässt sich nur erklären, wenn diese beiden Faktorengruppen miteinander verwoben werden (Lipietz 1985b, Glyn et. al. 1990). Für den Zweck dieses Beitrags genügt es jedoch, die beiden Gruppen von Gründen für die Krise zu kennen.

Zunächst die internen Gründe: Grundsätzlich erlebten alle fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ab Ende der sechziger Jahre zwei Entwicklungen. Erstens verlangsamte sich das Produktivitätswachstum, während die Reallöhne (inklusive Sozialleistungen) weiter stiegen, und zweitens beschleunigte sich das Wachstum des Verhältnisses von Kapital zu Output volumenmässig, in der Folge auch wertmässig. Die Kombination dieser Trends führte zu sinkenden Gewinnanteilen an der jährlichen Wertschöpfung und zur Verringerung der Kapitalerträge (Profite) im Verhältnis zum eingesetzten Kapital. Mit anderen Worten: In den sechziger und siebziger Jahren war Marx' tendenzieller Fall der Profitrate festzustellen (Lipietz 1986a).

Die Gründe für diese Entwicklungen lassen sich in einer latenten Schwäche der Arbeitsorganisation finden: in der Krise der informellen Einbindung. Das auslösende Moment dieser Schwäche lag möglicherweise in der Zunahme der Militanz der Arbeiterklasse in der Situation der Vollbeschäftigung am Ende der sechziger Jahre. Ein tieferliegender Grund war, dass die Integration von jungen Leuten, Frauen und ImmigrantInnen aus ländlichen Gebieten und der Dritten Welt in die aktive Bevölkerung die Implementierung tayloristischer Prinzipien zunächst erleichtert hatte. Mit der Zeit aber führte die Zunahme des Bildungsni-

veaus, des sozialen Bewusstseins und des Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung und Würde in der Arbeit zu einer wachsenden Revolte gegen die krassen Formen der Trennung zwischen Gestaltenden und Ausführenden, die den ArbeiterInnen keinerlei menschliche Verantwortung zugestand. Diese Trennung liess überdies die Quellen des Produktivitätszuwachses versiegen (weil nur eine Minderheit der am Produktionsprozess Beteiligten für die Steigerung der kollektiven Effizienz verantwortlich war) und führte zu einer Zunahme des fixen Kapitals pro Arbeitskraft (weil eine Minderheit die Produktivität der Mehrheit nur über eine Erhöhung der Komplexität der Maschinerie steigern konnte).

Die Unternehmen reagierten auf den resultierenden Produktivitätseinbruch zunächst mit einer Reallohnsenkung, was sektorale und allgemeine Unterkonsumtionskrisen auslöste, und dann mit einer Verteilung und Sozialisierung ihrer Verluste mittels einer Hochpreis-Politik, die zu einer in der Natur des Kreditgelds liegenden Kosteninflation führte (Lipietz 1983).

Als Hauptresultat jedoch war der soziale Kompromiss wachsenden Spannungen ausgesetzt. Mit sinkender Profitabilität und deshalb auch sinkender Investitionsrate, mit abnehmender Anzahl neuer Stellen, die pro investierte Kapitaleinheit geschaffen wurden, und mit dem späteren Schrumpfen der Inlandmärkte nahm die Arbeitslosigkeit zu. In den frühen siebziger Jahren führte die wirtschaftliche und soziale Logik des Fordismus dazu, dass die Regierungen insgesamt die Transferzahlungen an eine wachsende Zahl von Arbeitslosen erhöhten. Dadurch liessen sich im Gegensatz zu den Ereignissen in den dreissiger Jahren die sozialen und ökonomischen Risiken einer kumulativen Depression vermeiden. Möglicherweise jedoch wurden diese Transfers als zu schwere Bürde auf dem produktiven Teil der Wirtschaft und als zusätzlicher Grund für die sinkende Profitabilität angesehen. Es folgte eine Fiskalkrise des Wohlfahrtsstaats, die hinter die Legitimität sozialstaatlicher Politik ein Fragezeichen setzte. Zehn Jahre nach der Marcuse'schen Revolte junger Leute gegen die eindimensionale (produzierende-konsumierende) Gesellschaft hatten endogene Tendenzen dazu geführt, dass der fordistische Kompromiss wirtschaftlich nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Ursache der Krise war auf der Angebotsseite eine Krise der Arbeit, die eine Profitabilitätskrise hervorrief.

Nun zu den externen, internationalen Gründen für die Erosion des fordistischen Kompromisses: In den sechziger und noch mehr in den siebziger Jahren führte das Streben nach Produktion in grösseren Massstäben und nach Regionen mit niedrigeren Löhnen zu einer Internationalisierung der Produktionsprozesse, was im Kontrast zum nationalen

Charakter der wirtschaftlichen Regulation stand. Die Konkurrenz der neu industrialisierenden Länder begann, die alten Industrien zu zerstören, schlechtbezahlte ArbeiterInnen ersetzten gutbezahlte, und es ergab sich ein Negativsummenspiel in bezug auf die weltweite effektive Nachfrage. Zur gleichen Zeit hatte das Streben nach ausgeglichenen Zahlungsbilanzen in einem Kontext von zunehmendem Freihandel zur Folge, dass Länder mit Defiziten deflationäre Massnahmen ergriffen, um entweder einen Preis Effekt (Reduktion der Arbeitskosten pro Einheit) oder einen Volumen-Effekt (Reduktion der Inland-Nachfrage) zu erzielen.

Es kann argumentiert werden, dass die Krise auf der globalen Ebene wegen diesem Negativsummenspiel eine marx'sche Unterkonsumtionskrise ist (oder, in der keynesianischen Terminologie, ein Resultat mangelnder effektiver Nachfrage). Von einem internen Standpunkt aus und bezogen auf das Akkumulationsregime ist der keynesianische Charakter der Krise (die Unterkonsumtion) jedoch nur ein Nebenprodukt einer grundlegenden klassischen Krise (einer sinkenden Profitabilität).⁴

Selbstverständlich wechselten Staaten, Unternehmen und Gewerkschaften während der Krise mehrmals die Strategie in ihren Reaktionen, was zu einer Abfolge von verschiedenen Weltkonfigurationen führte (Lipietz 1985a, 1989b). In den siebziger Jahren dominierten in den OECD-Ländern keynesianische, auf die Nachfrage ausgerichtete Strategien. Durch Steigerungen der Wohlfahrtsausgaben und Kreditleichterungen, aber auch durch das riskante Eurodollar-Recycling in die neu industrialisierenden Länder wurden Wachstumsanreize geschaffen. Internationale Kredite ermöglichten in verschiedenen Drittweltländern eine Beschleunigung des industriellen Wachstums. In den späten siebziger Jahren jedoch führte die Unfähigkeit keynesianischer Strategien, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wieder ein nichtinflationäres Wachstum zu etablieren, zu monetaristischen Strategien. Die Inflation der siebziger Jahre veranlasste die Schlüsselstaaten dazu, Kredite restriktiver zu vergeben und die Zinsen anzuheben. Dieser monetaristische Schock verteuerte Unternehmensinvestitionen und löste in den neu industrialisierenden Ländern eine Schuldenkrise aus, eine zusätzliche, aber unnötige keynesianische (nachfrageseitige) Komponente zur ungelösten klassischen Profitabilitätskrise. Nach 1982 führte eine Lockerung der Politik der US-Federal Reserve und des US-Finanzministeriums in den USA zu einer mittels Defiziten ausgelösten keynesianischen Expansionswelle. Alle anderen Länder, auch die neu industrialisierenden, profitierten von dieser Steigerung der Weltgesamtnachfrage.

Die Länder jedoch unterschieden sich in ihren Formen der Anpassung an den weltweiten Wettbewerb und an die Angebotsseite der Krise. Tatsächlich wurden schon in den siebziger Jahren einige direkte Versuche unternommen, die inneren Wurzeln der Krise anzugehen (zu kapitalintensive Technologien, inadäquate Produktivitätsgewinne und zu hohe Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat). Die neue technologische Revolution hätte Lösungen bringen sollen. Doch die Entdeckung von neuen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen ist, wie ich noch zeigen werde, nicht nur eine Frage der Technologie.

Auswege aus der Krise

Genau wie in den dreissiger Jahren ist die Frage nach Auswegen aus der Krise eine politische Frage. »Die Lösung«, diktiert von einer Kenntnis gegenwärtiger wirtschaftlicher Gesetzmässigkeiten, existiert nicht. Aber die Krise ist auch kein unvermeidliches Unglück. Es gibt einige Erfolgsgeschichten von Ländern, die Wachstum und Beschäftigung auch in den siebziger und achtziger Jahren aufrechterhalten konnten: Japan, Korea, Österreich, Schweden etc. Ihre Strategien waren unterschiedlich. Ob diese Strategien in anderen Ländern und auf längere Frist angewendet werden können (Universalität), ist fraglich. Und wie in den frühen dreissiger Jahren müssen die konkurrierenden Hauptlösungsvorschläge (damals: Faschismus, Sowjetkommunismus und konservativer Liberalismus) den nächsten Gewinner nicht miteinschliessen (welcher sich später als fordistisch-sozialdemokratischer Kompromiss herausstellte).

Überdies muss gesagt werden, dass der Sozialismus, wenn darunter ein fertiges Modell einer neuen Produktionsweise verstanden wird, auch keine konkurrenzfähige Alternative darstellt. All die sozialistischen Modelle, die seit der sowjetischen Revolution von 1917 gestartet und erprobt wurden, sind jetzt sowohl von einem demokratischen als auch ökonomischen Gesichtspunkt aus klar geschlagen. Der Sozialismus scheint die grosse Tragödie des 20. Jahrhunderts zu sein, in welcher Nordkorea und Kuba als einige der letzten Geister eines Traums erscheinen, der sich bereits in Schrecken und Bestürzung aufgelöst hat. Was nach der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der ganzen Welt weiterhin existieren wird, sind Marktbeziehungen zwischen verschiedenen produktiven Einheiten sowie Lohnverhältnisse zwischen Unternehmensleitungen und Arbeitskräften. Der Kapitalismus wird also bestehen bleiben. Die Frage ist nur, was für ein Kapitalismus es sein wird. Wie gut wird er für die Menschen sein, und was wird er in bezug auf einen weiteren gesell-

schaftlichen Fortschritt bringen? Es gibt weder ein vorbestimmtes Ergebnis, noch wird irgendein Entwicklungsgesetz der Produktivkräfte eine Antwort liefern.

An diesem Punkt haben marxistische, ökologisch orientierte und feministische ÖkonomInnen etwas beizutragen. Sie könnten die Schwierigkeiten des »alten« Kompromisses erklären, die Probleme, Widersprüche und Inkonsistenzen in den Projekten verschiedener politischer Kräfte identifizieren und Lösungen vorschlagen, die ihren Wertvorstellungen entsprechen. Jedoch können nur politische Kräfte mit Unterstützung sozialer Bewegungen die Verantwortung für ein Überkommen in bezug auf ein neues Entwicklungsmodell übernehmen.

Mit all diesen Vorbehalten werde ich zunächst einen flüchtigen Blick auf das erste Modell werfen, das in der Konkurrenz um »den Ausweg aus der Krise« angeboten wurde: den Liberalproduktivismus. Dieses von den USA und Grossbritannien repräsentierte Modell schien Mitte der achtziger Jahre vorzuherrschen. Aber am Ende dieses Jahrzehnts traten Japan und Deutschland mit einem besseren kapitalistischen Modell an. Ich werde deshalb die japanische Debatte ausserhalb Japans diskutieren. Aufgrund dieser Diskussion werde ich alternative Lösungen präsentieren und schliesslich einige Überlegungen zu internationalen Fragen anstellen.

Liberalproduktivismus

Mit Liberalproduktivismus bezeichne ich die Ideologie, die von der Reagan- und der Thatcher-Administration zum Ausdruck gebracht und Mitte der achtziger Jahre von den meisten westeuropäischen Regierungen und den wichtigsten internationalen Wirtschaftsinstitutionen (vom IWF und der OECD, nicht aber von der UNCTAD) mehr oder weniger übernommen wurde. Die grosse Kraft dieser Ideologie liegt (ungeachtet des Desasters der real existierenden Sozialismen) im Zusammenbruch des sozialdemokratischen Kompromisses. In dieser Situation war die Versuchung gross, zu argumentieren, eine simple Restauration des Liberalismus sei »die« Lösung.

Es sei eine technologische Revolution im Gang, wurde argumentiert, doch die vom Staat auferlegten Beschränkungen (soziale Sicherheit, Sozial- und Umweltgesetzgebung etc.) würden deren Entwicklung blockieren. Würden diese Beschränkungen über Bord geworfen, dann würden die Gesetze des freien Wettbewerbs automatisch zur Entfaltung eines mit den neuen Technologien konsistenten Entwicklungsmodells führen. Wie im 19. Jahrhundert vertraute diese Ideologie auf den beständigen technischen Fortschritt, der nur durch ungenügende

soziale Verhältnisse behindert werde. Zum Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts bestanden jedoch auch einige Unterschiede: Letzterer war utilitaristisch und hedonistisch. Das Ziel technischen Fortschritts und freier Unternehmen war die Bereicherung der wirtschaftlichen AkteurInnen. Selbstverständlich ist diese Möglichkeit auch im neuen Liberalismus noch offen. Aber immer häufiger werden technischer Wandel und Deregulierung als Voraussetzungen für das Überleben im internationalen Konkurrenzkampf präsentiert: »Modernisieren oder untergehen«, »Tiefere Löhne oder untergehen« und »Flexibel sein oder untergehen« lauten die Schlüsselermahnungen dieses neuen Diskurses.

Dieses Modell war weder inkonsistent noch irrational. Im Gegenteil, es schlug eine modernisierte Version des Stabilitätstypus vor, der für den Feudalismus charakteristisch war: Lehensherren »beschützten« die Armen gegen andere »Lehensherren« und »gaben« ihnen Arbeit, indem sie ihre Dienste in Anspruch nahmen. Genau wie im Fall des Feudalismus unterminierte jedoch eine beständige Unruhe die Makro Stabilität, und die Mikro-Instabilität konnte in eine grosse Krise ausmünden.

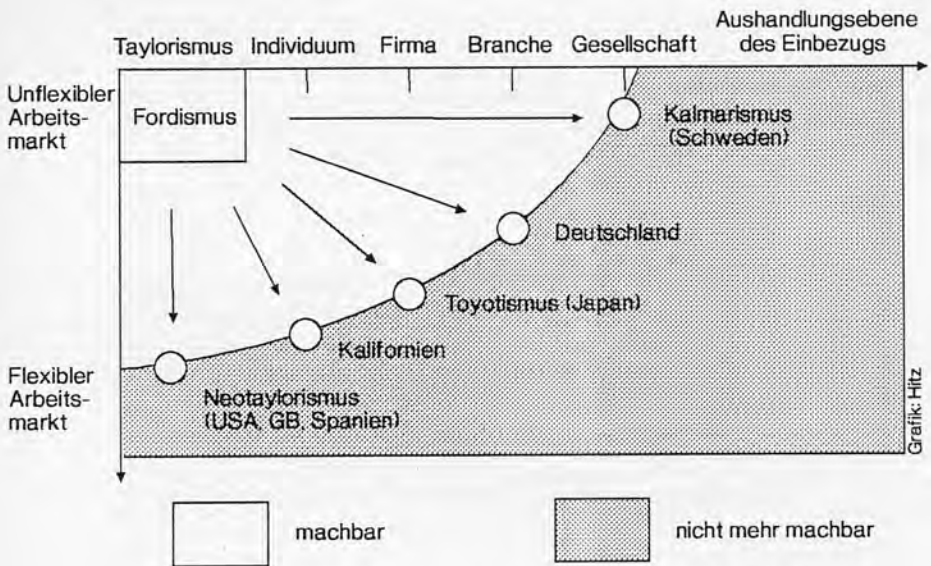
Das liberalproduktivistische Modell hatte mit vier Problemen zu kämpfen. Zuerst führt es zu einer Polarisierung der Gesellschaft: Brasilianisierung scheint die Zukunft dieses Modells zu sein (Lipietz 1985a). In einer konkurrenzellen Gesellschaftsordnung werden die oberen Schichten allfällige Vorteile der technologischen Revolution für sich ausnützen. In der Mitte wird eine Gruppe von Fach- und HalbfacharbeiterInnen von regulären Beschäftigungsverhältnissen profitieren können, aber diese Gruppe hat – im Gegensatz zum fordistischen Kompromiss – keine Aussicht mehr auf regelmässige Realloohnerhöhungen. Unten wird eine Masse von Arbeitssuchenden zwischen schlecht bezahlter Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ohne Unterstützung des Wohlfahrtsstaats hin- und hertreiben. Die politische Konsequenz ist offensichtlich: Ein Problem des 19. Jahrhunderts, jenes der »gefährlichen Klassen«, wird erneut auftreten und einerseits die Möglichkeit kollektiver Aktionen von erheblicher Sprengkraft (was meiner Ansicht nach das beste Resultat wäre), andererseits die Möglichkeit einer Verallgemeinerung individueller Delinquenz und sozialer Krankheiten, wie die Drogensucht, mit sich bringen.

Das zweite Problem besteht darin, dass diese Lösung die Krise der tayloristischen Verhältnisse in der Industrie nicht beheben kann. Im Gegenteil besteht sogar das Risiko einer Verbreiterung des Grabens zwischen Beschäftigten und ihren Firmen. Dass manuelle ArbeiterInnen nicht in den Kampf um Qualität und Produktivität einbezogen werden, bleibt deshalb weiterhin ein Problem. Selbstverständlich wäre

es Aufgabe der Technologie, dieses Problem zu lösen. Aber Technologie ist nichts anderes als die Einverleibung menschlicher Fähigkeiten in die Maschinerie. Wenn die an den Maschinen Arbeitenden nicht in den technischen Wandel miteinbezogen werden, verlangt die Einführung hochentwickelter Technologien ein grosses Mass an Konstruktions- und Unterhaltsarbeit. Als Resultat vergrössert sich das Verhältnis von Kapital zu Arbeit weiter, während sich bei der direkten Arbeitsproduktivität keine deutliche Erholung abzeichnet.

Eine Alternative bietet offenbar die Wahl von technischen Systemen, die weniger hoch entwickelt sind, es dafür aber erlauben, die Interaktion Maschine – ArbeiterIn in den Produktionsprozess einzubeziehen. Diese »verantwortliche Autonomie«, diese Einbeziehung der Beschäftigten, kann im Gegensatz zur tayloristischen, »direkten Kontrolle« (Friedman 1977) nicht informell bleiben. Ziel ist es, die Arbeitsteams nicht nur dazu zu veranlassen, sich in die permanenten Abstimmungs- und Unterhaltsarbeiten an Anlagen und Ausrüstung bereitwillig einzubringen, sondern dies in einer Art und Weise zu tun, dass die erzielten Verbesserungen systematisch in Hard- und Software eingebaut werden können. Know-how, das im alltäglichen Produktionsprozess durch Learning-by-doing erworben wird, sollte durch das Konstruktions- und Ingenieurpersonal und entsprechende Methoden formalisierbar und assimilierbar sein. Kurz, das Problem ist, dasjenige, was der Taylorismus voneinander trennte, wieder miteinander zu verbinden: die manuellen und intellektuellen Aspekte der Arbeit.

Heute scheint dieses zweite Modell industrieller Verhältnisse rationaler als das erste zu sein (Aoki 1990). Tatsächlich können die Ereignisse der achtziger Jahre jetzt als Wirtschaftskrieg um zwei Lösungen für die Angebotsseite der fordistischen Krise interpretiert werden (vgl. Abbildung). Auf der einen Seite versuchten flexibel-liberal produktivistische Länder wie die USA, Grossbritannien, Frankreich, Spanien und Brasilien, die rigiden Aspekte der industriellen Verhältnisse des Fordismus zu lockern. Auf der anderen Seite brachten Modelle, die auf den Miteinbezug der Beschäftigten ausgerichtet sind und sich in Japan, Skandinavien, Deutschland und zum Teil in Südkorea finden lassen, Versuche zur Lockerung der direkten, tayloristischen Kontrolle der Arbeitskraft mit sich. Die grosse Neuigkeit ist, dass die zweite Gruppe daran ist, diesen Krieg zu gewinnen! Ich werde später auf die entscheidenden Unterschiede, die innerhalb der zweiten Gruppe vorhanden sind, zurückkommen. Tatsache ist jedoch, dass tayloristische Direktkontrolle plus Flexibilität bei den Arbeitsverträgen (Neotaylorismus) sogar vom kapitalistischen Standpunkt aus keine besonders gute Lösung war.



Vom Fordismus zu...? Alternative Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse.

Das dritte Problem des liberalproduktivistischen Modells war ein makroökonomisches: die Rückkehr von Geschäftszyklen (*business cycles*). Da kollektive Zukunftsaussichten nicht mehr explizit zum Ausdruck kommen, ergeben sich die einzigen Richtlinien für individuelle Erwartungen aus der Auswertung der Erwartungen anderer. Wenn es so aussieht, dass der animalische Instinkt anderer Gewinnsuchender auf Investition eingestellt ist, werden Investitionen getätigt, was zu Wachstum führt, das wiederum diese Investitionen rechtfertigt, bis der Punkt erreicht wird, an dem einige Industrielle, Händler und Bankiers eine ungenügende effektive Nachfrage nach Produkten aus den vorgängigen Investitionen feststellen. Die Konsequenzen sind Panik und Zusammenbrüche. Die klassische Lösung dieses alten Problems sind Staatsausgaben. Wird aber die Wohlfahrt ausgeklammert, fließen klassische Staatsausgaben in den militärischen Apparat. Militarismus wird deshalb wieder zu einem wichtigen Instrument makroökonomischer Politik, wie im Fall des Booms nach 1983 in den USA. Am Ende der achtziger Jahre jedoch erreichte diese makroökonomische Politik ihre Grenzen am wachsenden US-Defizit (dessen Wurzeln im weniger konkurrenzfähigen industriellen Paradigma lagen).

Der Freihandelsgedanke des Liberalproduktivismus ist in sich eine Quelle internationaler Instabilität, und das ist das vierte Problem. (Wie bereits erwähnt, war der 1945 von der US-Administration ange-

strebte Ultrafreihandelspfad nicht die Grundlage der Goldenen Jahre.) Mit der Intensivierung des weltweiten Wettbewerbs ergaben sich Schwierigkeiten, weil ein ausreichendes internationales Regelwerk, das den neuen Bedingungen des ökonomischen Spiels, des Weltmarkts, entsprochen hätte, nicht vorhanden war. Die Antwort des Liberalismus auf diese neuen Schwierigkeiten lautet, dass die Regel- und Organisationsdichte noch weiter reduziert werden müsse. Es wird angenommen, dass der Freihandel zu einer gegenseitigen Anpassung der nationalen Ökonomien an den multilateralen Handel und die Kapitalflussbilanzen führt. In Wirklichkeit (und unabhängig von den OPEC-Überschüssen in den siebziger Jahren) entstehen strukturelle Ungleichgewichte. Unter Freihandelsbedingungen bleiben einem Land mit Defiziten als einzige Lösung interne Deflationsmassnahmen. Wenn alle Defizitländer eine Deflation anstreben, kontrahieren sich selbstverständlich die Aussenhandelsmärkte der Überschussländer im selben Mass, und eine Kontraktion des Markts wiederum hat einen deflationären Effekt auf die Länder mit Überschüssen. Das Gesamtergebnis dieser gegenseitigen Übervorteilung ist Stagnation. Ein besonders gutes Beispiel ist die Europäische Gemeinschaft: Die EG als Freihandelszone ohne Koordinationspolitik hat nicht unter Eurosklerose, sondern unter EG-Sklerose gelitten (Leborgne/Lipietz 1990a).

Sehr viel ernster jedoch ist die Situation im Fall der Drittweltländer, wo Handelsprobleme mit Verschuldungsproblemen verknüpft und die Konsequenzen für die Wohlfahrt, ja sogar für das Überleben grosser Bevölkerungsteile dramatisch sind. Die »Wunder« der neu industrialisierenden Länder in den siebziger Jahren wurden durch eine besondere Weltkonfiguration ermöglicht: Immer noch Wachstumsaussichten in den Industrieländern (dank keynesianischen Massnahmen) und eine substantielle Kaufkraft in den OPEC-Ländern, während eine lasche US-Geldpolitik private transnationale Banken ermutigte, den neu industrialisierenden Ländern günstige Kredite zu gewähren. Als die US-Regierung mit dem monetaristischen Schock von 1981 ihre Politik umkehrte, sassen die neu industrialisierenden Länder in der Falle: Ihre Exportaussichten verschlechterten sich, und die Zinsen auf ihren Darlehen stiegen. Einmal mehr bestand die einzige (aber mit schrecklichen sozialen Konsequenzen verbundene) Lösung in einer Inlandrezession. Heute sind nur noch Korea und Taiwan fähig, ihre Schulden zu bezahlen und gleichzeitig eine Steigerung der Kaufkraft ihrer Arbeiterklassen zuzulassen.

Sogar das führende Land (sowohl an Macht als auch als Vorreiter des Liberalismus), die USA, bekam die Unzulänglichkeiten des Laissez-faire zu spüren. Als die US-Administration in der Mitte der achtziger Jah-

re mit einem enormen Handelsdefizit konfrontiert war, realisierte sie, dass eine abrupte Anpassung (Deflation plus starke Abwertung) im Inland aus politischen und auf der internationalen Ebene aus wirtschaftlichen Gründen sich allzu zerstörerisch auswirken würde. Nach Jahren des Egoismus und Liberalismus entdeckte die US-Administration wieder die Vorzüge der Multilateralität und einer aktiven staatlichen Politik und schlug ihren Partnerländern ein Projekt internationaler Zusammenarbeit vor, das auf eine weltweite Erholung durch eine keynesianistische Wachstumsbeschleunigung in den Überschussländern Japan und Deutschland ausgerichtet war. Dieser Plan unterschied sich nur wenig von einem Vorschlag von Stephen Marris (1987), dem früheren OECD-Wirtschaftsberater (in der keynesianischen Periode). Zur gleichen Zeit wurden in den Vereinigten Staaten protektionistische Vorschläge gemacht (und zum Teil auch umgesetzt). Die neue Multilateralität der US-Administration stand zu ihren erklärten Prinzipien des Liberalismus genauso im Gegensatz wie der Protektionismus zum Freihandel. Ein expliziter zwischenstaatlicher Kompromiss erscheint jedoch als die einzige Alternative zum Krieg aller gegen alle, der im Grunde genommen das Kernstück des Liberalproduktivismus ist.

Dieser ökonomische Krieg führt schliesslich zur dramatischsten ökologischen Krise, mit der die Menschheit je konfrontiert war. Ich werde in diesem Beitrag keine Überlegungen zur ökologischen Krise anstellen. (Vgl. Report der World Commission on Environment and Development: *Our common future*, 1987.) Es genügt zu erwähnen, dass im Verlauf von einem Jahrhundert Kapitalismus der weltweite industrielle Ausstoss sich um den Faktor fünfzig vervielfacht hat. Vier Fünftel dieses Wachstums fand nach dem Zweiten Weltkrieg in der Periode des Fordismus statt. Wie der Fordismus fördert der Liberalproduktivismus eine unsinnige Nutzung der natürlichen Umwelt, zumal die ökologischen Schulden, die von vergangenen und gegenwärtigen an zukünftige Generationen weitergereicht werden (Zerstörung der Ozonschicht, Treibhauseffekt etc.), in den nächsten vierzig Jahren getilgt werden müssen.

Die »japanische Debatte« – eine Aussenansicht

Innerhalb der Gruppe der kapitalistischen Länder, die für die angebotsseitige Krise des Fordismus die »andere« Lösung gewählt und versucht haben, ein neues industrielles Paradigma zu entwickeln, das ihre ArbeiterInnen in den Kampf um Produktivität und Qualität miteinbezieht, ist Japan mit seiner Reorganisation des Managements auf Betriebsebene mittels Kanban-Methoden⁵ usw. wohl das bekannteste Beispiel.

Deutschland fordert die US-Hegemonie ebenfalls heraus, während Skandinavien und die Alpenländer (Österreich, die Schweiz und Norditalien) zeigen, wie kleinere Länder im weltweiten Wettbewerb gut mithalten können. Ich werde zunächst die Unterschiede zwischen diesen neuen Experimenten herauschälen und dann später auf die politische und akademische Debatte über Japan zurückkommen.

Wenn das Management versucht, wieder miteinander zu verbinden, was der Taylorismus voneinander getrennt hat, liegt die Krux in der Stärkung der innerbetrieblichen Verhandlungsposition der ArbeiterInnen. Wie kann nun das Management zu einem neuen Kompromiss kommen und seine Beziehungen zum neu miteinbezogenen und polyvalenten Kollektivproduzenten regulieren? Es ist offensichtlich, dass kein Kompromiss möglich ist, wenn das Management gemäss der liberalen Ideologie auf gänzlich flexiblen Arbeitsverträgen beharrt. Miteinbezogene Beschäftigte müssen fühlen, dass ihre Interessen mit den Firmeninteressen verknüpft sind! Für das Aushandeln des Kompromisses gibt es allerdings verschiedene Formen. Das nicht marktmässige Abkommen (über Beschäftigung, Karriereschritte usw.) zwischen Management und Fach- bzw. HalbfacharbeiterInnen auf Firmenebene ist eine in Japan verbreitete Form. In diesem Fall besteht ein Kompromiss zwischen dem Kapital und einem Teil der Lohnabhängigen, gleichzeitig aber nimmt die Konkurrenz innerhalb des privilegierten Segments der Beschäftigten (der Arbeiteraristokratie) zu und der Rest (die Frauen, ethnische Minderheiten etc.) wird überausgebeutet. Eine andere Lösung sind Tarifverhandlungen auf Branchenebene wie in Deutschland. Die in diesem Fall von den Beschäftigten ausgehandelten Vorteile übersteigen sicherlich die Resultate von Verhandlungen auf Firmenebene, aber einige Branchen (besonders im Dienstleistungssektor) und einige Gruppen (Frauen, ImmigrantInnen etc.) kommen zu kurz. Im nächsten Schritt vollzieht sich das Aushandeln – wie in Schweden – auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Diese Lösung ist mit Sicherheit besser für die Beschäftigten, aber mit einigen Problemen für die Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit kapitalistischer Unternehmen verbunden (Mahon 1987). In der Abbildung sind diese drei Lösungen als ausgehandelter Miteinbezug der Beschäftigten auf Firmen-, Branchen- und Gesellschaftsebene dargestellt.⁶ Je höher die Aushandlungsebene, desto weniger flexibel ist aus offensichtlichen Gründen das Arbeitsverhältnis.

Wie ich bereits hervorgehoben habe, lassen sich Einbeziehung der Beschäftigten und flexible Arbeitsverhältnisse nicht miteinander kombinieren. Dennoch wird diese Kombination im Westen weit verbreitet als *das* postfordistische Paradigma gesehen. Dieses manchmal als flexi-

ble Spezialisierung bezeichnete Modell, das von Piore und Sabel (1985) präsentiert wurde, erhält nun breite Unterstützung von der angelsächsischen Linken. Aufgrund von Beispielen aus Japan, Deutschland (v.a. aus den Wachstumsregionen Baden-Württemberg und Bayern) und dem Dritten Italien (Emilia-Romagna und Toscana) reduziert die These der flexiblen Spezialisierung (trotz den Bezügen, die sie zum Regulationsansatz herstellt) die Debatte über Postfordismus auf die Identifikation eines einzigen Entwicklungspfads. Dieser Pfad ist technologisch durch die Einführung neuer flexibler Maschinen bestimmt und erscheint als bloße Umkehrung des industriellen Paradigmas des Fordismus: flexible statt rigide Sozialgesetzgebung, Miteinbeziehen der Beschäftigten statt direkte Kontrolle. Mit dem zweiten (klar progressiven) Aspekt werden Konzessionen bezüglich des ersten Aspekts verlangt und gerechtfertigt.⁷

Verschiedene Argumente sprechen gegen diese japanophile Linke:

- In Grossbritannien oder der USA angewandt, sind japanische Methoden reaktionär (Pollert 1988) und »weder sozial noch wirtschaftlich progressiv« (Foster/Woolfson 1989). Dieser Ansicht kann das Argument entgegengehalten werden, dass es in Grossbritannien und den USA ein anderes Paradigma ist, das die Art der Implementierung sogenannt japanischer Methoden bestimmt (Leborgne/Lipietz 1994). Ferner gibt es sogar in diesen Ländern einige Umstände, unter welchen die Einführung japanischer industrieller Verhältnisse, verglichen mit dem US-Kontext, sozial und wirtschaftlich progressiv sein kann (Brown/Reich 1987).
- Sogar an ihrem Ursprungsort (Japan) sind postfordistische Lösungen reaktionär. Mit seiner Arbeitsintensivierung und flexiblen Sozialgesetzgebung ist das japanische Modell »das grausamste und unterdrückerischste System kapitalistischer Herrschaft über die Arbeit« (Kato/Steven 1989). Die erste Antwort auf dieses Argument ist, dass das durchschnittliche Bildungs- und Gesundheitsniveau der japanischen Arbeitsbevölkerung eines der höchsten der Welt ist. Zweitens sind, wenn ArbeiterInnen miteinbezogen werden, ihre Arbeitsverträge besser. Drittens ist Japan vom sozialen Gesichtspunkt her sicher nicht das fortgeschrittenste Beispiel ausgehandelten Miteinbezugs. In meiner Hierarchie (vgl. Abbildung) steht Japan hinter Deutschland und Schweden und vielleicht auch hinter anderen Ländern (Neuseeland). Nichtsdestoweniger ist es (sowohl wirtschaftlich als auch sozial) sicher progressiver als Thatcherismus oder Reaganismus.
- Auch für das privilegierte Segment der japanischen Arbeitskraft (das für die Grossunternehmen arbeitet) sind die industriellen Verhältnisse nicht so gut wie Kennedy und Florida (1988) andeuten. Eine ähnliche

Kritik wurde am Beispiel Deutschland laut (Tomaney 1990). Einmal mehr ist die treffende Einschätzung eine relative: Den deutschen und japanischen ArbeiterInnen wird sicher nicht das »Ende der Arbeitsteilung« angeboten (Kern/Schumann 1984). Dennoch ist ihre Situation mit Sicherheit ein Fortschritt gegenüber der tayloristischen Enteignung der Individualität der ArbeiterInnen am Arbeitsplatz.

– Während Hirata (1990) diese Tatsache anerkennt, kritisiert sie diese Form des Miteinbezugs der arbeitenden Klasse in den kapitalistischen Produktionsprozess. »Japanische Beschäftigte«, bemerkt sie, »fahren in ihrer Freizeit fort, über ihren Job zu reden.« Sicher, dieselbe Bemerkung könnte über die meisten männlichen Ingenieure, Manager und ... Akademiker gemacht werden! Meiner Ansicht nach trifft diese Kritik auf jede patriarchale und produktivistische Zivilisation und jede Reduktion von sozialen Identitäten von Männern auf ihren Beruf zu. Ein alternatives Projekt sollte – unter Anerkennung des Professionalismus als wichtigem Wert – diese Frage direkt angehen.

Als Zusammenfassung dieser Debatte lässt sich feststellen, dass die japanischen industriellen Verhältnisse, auch wenn sie (zumindest für das privilegierte Segment der Arbeitskraft) ökonomisch und sozial dem Thatcherismus und Reaganismus überlegen sind, einige Unzulänglichkeiten des Liberalproduktivismus nicht vermeiden können. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass die Aushandlung des Kompromisses auf Firmenbasis in Richtung einer Verstärkung der Segmentierung und des gesellschaftlichen Wettbewerbs geht, Solidarität auf die Familie beschränkt und Frauen auf Haus und Herd und die neotayloristischen Sektoren eingrenzt.⁸

Als Resultat sind einige makroökonomische Merkmale des Liberalproduktivismus auch in Japan zu finden (wie in der Tat auch einige seiner ökologischen Konsequenzen). Die makroökonomische Entwicklung Japans ist übermächtig von der externen Nachfrage nach Gütern und Kapital abhängig. Wie Itoh (1990) erklärt hat, korrespondiert die Regulierung der Einkommensverteilung in Japan nicht mit der Überlegenheit seines industriellen Paradigmas. Marxistisch ausgedrückt, verteilen die japanischen Firmen zusätzlichen Mehrwert an die Arbeiteraristokratie, während unter dem Fordismus relativer Mehrwert gewöhnlich an einen grösseren Teil der Bevölkerung verteilt wurde.⁹

Japan zeigte (zusammen mit Deutschland und Schweden) dem Rest der Welt, dass die Angebotsseite der Krise des Fordismus durch ausgehandelten Miteinbezug der ArbeiterInnen gelöst werden könnte. Diese Demonstration stellt die produktive Basis einer progressiven Alternative dar, ist aber nicht mehr als eine Basis.

Neugestaltung des Arbeitsprozesses und der Arbeitsverhältnisse¹⁰

Die Wurzel der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise ist eine Krise der Arbeit, eine Krise des Taylorismus. Ich denke, dass die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Bewegungen den Taylorismus attackieren und eine antitayloristische Revolution vorantreiben sollten – nicht nur mit einem neuen Kompromiss vor Augen, sondern auch als erste Schritte in Richtung ihres historischen Ziels einer demokratischeren, selbstverwalteten Gesellschaft und einer Humanisierung der Menschheit.

Ein Kompromiss sollte es jedoch auch sein. Natürlich würde jeder Arbeitgeber, jede Arbeitgeberin am liebsten Leute beschäftigen, die mit Enthusiasmus arbeiten und all ihre intellektuellen Fähigkeiten zum grösseren Ruhm der Firma einsetzen. Soweit die tayloristische Bewegung sich entschieden hat, ohne diese Fähigkeiten auszukommen, hat sie dies aus politischen Gründen getan, die nicht nur auf der mikropolitisch-betrieblichen, sondern auch auf der makropolitisch-staatlichen Ebene angesiedelt sind. Denn die tayloristische Revolution bezweckte nicht nur, die FacharbeiterInnen in den Betrieben hinzuhalten, sondern richtete sich auf die politischen Kapazitäten einer stolzen, selbstbewussten Arbeiterklasse und gegen die gefährliche, von 1917 bis 1936 in Europa weitverbreitete Idee, dass »Menschen, die Fabriken beherrschen, auch die Gesellschaft beherrschen können«. Einer der »Erfolge« des Taylorismus bestand darin, dass die Arbeiterklasse mit dem Verlust der Kenntnisse über den Produktionsprozess jede Ambition auf Selbstverwaltung verlor. Nach der Krise von 1930-45 akzeptierten die ArbeiterInnen den Taylorismus im Austausch für den Wohlfahrtsstaat und den Konsum.

Wie könnte der Deal aussehen, wenn wiedervereinigt werden soll, was der Taylorismus voneinander getrennt hat? Was könnte die Arbeiterklasse (Männer und Frauen, Bürger- und ImmigrantInnen) im Austausch dafür unmittelbar bekommen? Der erste Aspekt dieses Deals muss, ganz klar, grössere Arbeitsplatzstabilität sein. Keine Arbeiterin, kein Arbeiter würde sich an einer gemeinsamen Suche nach Möglichkeiten weiterer Produktivitätssteigerungen beteiligen, wenn er oder sie dadurch selbst die Stelle verliert. Aus diesem Grund sind Beschäftigungsgarantien in Japan implizit Teil des Arbeitsvertrags in den grösseren Firmen, in Deutschland explizit im Gesamtarbeitsvertrag der jeweiligen Branche festgehalten. Das Problem ist, dass die meisten Einzelfirmen eine bestimmte Stelle gar nicht für länger garantieren können. Arbeitsplatzgarantien sollten deshalb dynamisch sein und sowohl eine zwi-

schenbetriebliche als auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension aufweisen. An diesem Punkt stellt sich natürlich die Frage der Mobilität.

Die meisten Lohnabhängigen sind nicht bereit, jedes beliebige Mass an beruflicher und geographischer Mobilität zu akzeptieren. Diese Position ist nachvollziehbar. Arbeit ist nur ein Bestandteil des persönlichen und des sozialen Lebens eines Individuums. Freundschaften und verwandtschaftliche Beziehungen als Hauptkomponenten des Glücks hängen von bestimmten materiellen Bedingungen ab, insbesondere von der Existenz stabiler, örtlich gebundener Gruppen. Der Kompromiss sollte deshalb nicht »Beschäftigung an einem beliebigen Ort« beinhalten, sondern das »Recht, in der eigenen Wohnregion zu leben und zu arbeiten«. Dies impliziert, dass die Gewerkschaften ein kollektives Interesse entwickeln sollten an einer dynamischen Neuschaffung von Arbeitsplätzen, und zwar in dem Mass und zu der Zeit, wie alte Arbeitsplätze verloren gehen. Der Miteinbezug der ArbeiterInnen in der Frage »Wie arbeiten wir?« bringt das Miteinbeziehen in anderen Fragen mit sich, wie »Was sollen wir tun und wo?«

Diese ständige Restrukturierung des Produktionsapparats sollte sich nach zwei Imperativen richten. Der erste ist das Erhalten und Bereichern vorhandener Fähigkeiten. Die Belegschaften sollten in Entscheidungen, die den Restrukturierungsprozess betreffen, miteinbezogen werden. Das Recht auf berufliche Umschulung und Diskussionen über das Umschulungsziel sind Teil des Kompromisses zur dynamischen Restrukturierung. Der zweite Imperativ ist die demokratische Festlegung realer gesellschaftlicher Bedürfnisse. Die Gewerkschaften könnten versucht sein, die gegenwärtigen Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu verteidigen. Diese Arbeitsplätze sind aber zum Teil eine Gefahr für die Gesellschaft (Atomkraftwerke) oder nicht mehr von grossem Nutzen (alte Bergwerke). Die Frage des Miteinbezugs in den Entscheid darüber, was getan werden soll, geht deshalb nicht die ArbeiterInnen, sondern die gesamte Gesellschaft an. Neue Formen demokratischer und ökologischer Planung sollten entwickelt und über das Urteil des Marktes gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Kompromisses betrifft die Art der Verteilung von Produktivitätsgewinnen. Angenommen, die neuen industriellen Verhältnisse resultieren wieder in einem starken Produktivitätswachstum wie im Goldenen Zeitalter, wer soll dann profitieren? Zumindest sollten die ArbeiterInnen soviel bekommen wie die Firmen. Sollten sie nicht soviel erhalten, würde das Zusammentreffen einer trägen gesellschaftlichen Nachfrage mit einer enormen Produktivität zu Überproduktion und Arbeitslosigkeit oder zu einem Exportkrieg (mit all seinen VerliererInnen) führen. Das neue Akkumulations-

regime könnte jedoch dieses Problem entweder mit höheren Löhnen oder einer Verringerung der individuellen Arbeitszeit beheben. Meiner Meinung nach (und dieser Punkt ist besonders wichtig), sollte der Kompromiss mehr und mehr freie Zeit bringen. Zahlreiche Gründe sprechen für diesen Lösungsweg.

Erstens hat eine Mehrheit der Bewohner und Bewohnerinnen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einen quantitativ ausreichenden Lebensstandard erreicht. (Anders ist die Situation in der Dritten Welt.) Das »Recht, nach dem Glück zu streben« ist gegenwärtig nicht durch mangelndes Haben, sondern durch mangelndes Sein eingeschränkt. Diese Einschränkung tauchte um 1968 als erste existenzielle Grenze des Fordismus auf und nahm seine wirtschaftliche Krise vorweg. Überdies sind die neuen Güter, die uns die mikroelektronische Revolution bis jetzt beschert hat (Heimcomputer, Musik- und Videogeräte), zeitaufwendig und nicht zeitsparend, wie es die fordistischen Güter (Autos, Waschmaschinen etc.) sein mussten.

Zweitens ist eine drastische Senkung der Arbeitszeit der einzige Weg, eine rasche Verringerung der Arbeitslosigkeit sicherzustellen. Auf jeden Fall steht die Arbeitszeitreduktion zur Zeit auch im liberalproduktivistischen Modell im Vordergrund, nur sind es die Teilzeitarbeitenden und Marginalisierten, die weniger arbeiten. Daraus ergibt sich eine Situation, in der es für ein Segment der Bevölkerung zuviel Arbeit gibt und für ein anderes (das sich vor allem aus Frauen, jungen Leuten und ethnischen Minderheiten zusammensetzt) nicht genügend Arbeit und nur unstabile Teilzeitjobs zur Verfügung stehen.

Drittens lässt die Logik vermuten, dass aktive ArbeiterInnen, die während der Arbeitszeit miteinbezogen werden, langfristig sich auch als aktive BürgerInnen im demokratischen Leben engagieren und ihre freie Zeit für eine lebendige Kultur und eine ständige Verbesserung ihrer Ausbildung einsetzen werden.

Viertens ist ein Akkumulationsregime, in dem Vollbeschäftigung auf einem langsameren Wachstum der Marktbeziehungen und einer Expansion freier, nicht marktbezogener sozialer Beziehungen basiert, weniger den wirtschaftlichen Störungen ausgesetzt, die vom internationalen Wettbewerb ausgehen. Die Akkumulation von Wohlbefinden führt zu ausgeglicheneren Ökonomien und erhöht die Fähigkeit nationaler Gesellschaften, auf demokratischem Weg sich selbst zu regulieren.

Fünftens wird jede Steigerung in der Produktion materieller Güter (verbunden mit dem Verbrauch von Rohstoffen und Energie) mit globalen und lokalen ökologischen Grenzen in Konflikt kommen. Da ein Bedarf vorhanden ist, das materielle Wohlergehen eines Grossteils der Drittweltbevölkerung zu vergrößern, sollte die Bevölkerung des Nor-

dens eine Form des Fortschritts wählen, die eine Ausdehnung der freien Zeit fördert.

Ein alternativer Sektor zur Lösung der Krise des Sozialstaats

Das Modell des Sozialstaats, das sich aus einem Jahrhundert gewerkschaftlicher Militanz heraus entwickelt hat, ist eine starke, aber sehr spezielle Form sozialer Solidarität. Es handelt sich im wesentlichen um einen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der die Form eines Kompromisses zwischen BürgerInnen angenommen hat. Ein Teil des direkten Einkommens wird abgezogen, was die individuelle Kaufkraft reduziert, und in einen gemeinsamen Fonds eingespeist. Aus diesem Fonds wird das Einkommen von Leuten finanziert, die gezwungenermassen ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht mehr mit Lohnarbeit verdienen können.

Mit den Steuern des aktiven Sektors wird der Fonds zur Finanzierung des Sozialstaats gespeist. Werden diese Beiträge zu gross, beginnen die Mitglieder des aktiven Sektors zu protestieren: Der Sozialstaat unterstütze »faule« Leute und Leute, die nicht arbeiten wollen. Tatsächlich würden diese Leute zwar gerne arbeiten, dürfen aber, während sie Unterstützungsgelder erhalten, nicht arbeiten und müssen mit den psychologischen und praktischen Folgen dieses Widerspruchs leben.

Abgesehen von diesem im allgemeinen ungerechten und dummen Vorwurf der Faulheit wird der Sozialstaat von den IdeologInnen des konservativen Liberalismus mit dem Argument angegriffen, er sei für den mikroökonomischen Untergrund wirtschaftlich kontraproduktiv und »ohne (oder mit einer geringeren) Steuerbelastung des aktiven Sektors durch den Sozialstaat würden sich die gesamten Arbeitskosten reduzieren und viele Arbeitskräfte neu eingestellt«. Dieses Argument mag auf der mikroökonomischen Ebene zutreffen, unterliegt aber einem Kompositionsfehler. Werden keine Steuern erhoben, um den Sozialstaat zu finanzieren, gäbe es auch keine sozialen Transferzahlungen und eine viel grössere Gefahr makroökonomischer Instabilität.

Einige VertreterInnen der Reduktion des Sozialstaats skizzieren als Alternative die »Familienwohlfahrt« mit den Hausfrauen als Fürsorge-rinnen, finanziert über private Versicherungen oder Ersparnisse. Vom makroökonomischen Standpunkt aus muss betont werden, dass jede Transferzahlung in einer bestimmten Periode durch die Produktion in derselben Periode finanziert wird, dass also jedes System sozialer Sicherheit auf Umverteilung und nicht auf Sparen beruht.¹¹ Was die Familiensolidarität angeht, basiert sie allzu oft auf der patriarchalen Unterdrückung der Frauen.

Es ist jedoch möglich, die schizophrene Argumentation gegen den Sozialstaat auch unter Berücksichtigung des mikroökonomischen Arguments zu widerlegen, wenn der Kompositionsfehler vermieden und gleichzeitig die feministische Kritik an der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern miteinbezogen wird. Eine Vorwärtsstrategie beinhaltet die Schaffung eines neuen, grössenmässig beschränkten Sektors, dessen Beschäftigte (oder genauer: die Agenturen, die sie beschäftigen und bezahlen) vom Sozialstaat die normalen Arbeitslosengelder erhalten würden. Die Beschäftigten dieses Sektors müssten keine Sozialabgaben entrichten oder nur soviel, wie wenn sie arbeitslos wären, und würden einen normalen Nettolohn erhalten.¹² Die Aktivitäten des neuen Sektors sollten sozial nützlichen Aufgaben gewidmet werden, Aufgaben, die vom Sozialstaat auf teure Art und Weise (Pflege von alten Leuten oder Kranken), von Frauen in Gratarbeit oder überhaupt nicht erledigt werden (Verbesserung der Umweltsituation in armen Quartieren etc.). Die Entwicklung dieses Sektors würde viele Probleme des fordistischen Sozialstaats beseitigen. Die schizophrene Kritik würde verschwinden. Aktive SteuerzahlerInnen wüssten, für was sie bezahlen: für sozial nützliche Dienstleistungen. Im dritten Sektor Beschäftigte hätten eine nützliche Arbeit, die ihnen mehr sozialen Wert und mehr Selbstachtung verschaffen würde als ein schlechtbezahlter Zweitjob am Abend, ein Teilzeitjob in einer Fastfood-Kette oder Schuheputzen. Das mikroökonomische Argument würde respektiert: Es würden Stellen geschaffen, die den Agenturen in einem neuen Aktivitätssektor wenig Kosten verursachen, den früheren Arbeitslosen ein stabiles Einkommen verschaffen und bestehende Stellen in den Markt und den öffentlichen Sektoren nicht konkurrenzieren. Die Abwesenheit des Wettbewerbs verunmöglicht überdies einen Kompositionsfehler.

Aber es gäbe noch andere Vorteile. Mit dem Entstehen eines neuen wirtschaftlichen Sektors lassen sich neue soziale Verhältnisse erproben. Erstens könnte die Arbeit innerhalb des neuen Sektors in kleinen selbstverwalteten Agenturen organisiert werden, und mit der Hilfe von SozialpsychologInnen und ErwachsenenbildnerInnen könnten diese Agenturen Arbeit und Berufsausbildung miteinander verbinden. Zweitens könnten solche Agenturen in den Beziehungen zu ihren »KlientInnen« und »KundInnen« innovative, nicht-marktbezogene und nicht patriarchale Vertragsformen einführen. Dabei müsste der soziale Nutzen von Aktivitäten solcher selbstverwalteter Gruppen unter einer ständigen demokratischen Kontrolle durch die Vertragspartner (eine Lokalgemeinde, eine Agentur für Umweltschutz etc.) stehen. So könnte dieser neue alternative Sektor sich zu einer Schule für Selbstverwal-

rung, Gleichberechtigung und Demokratie in der gesellschaftlichen Festlegung von Aufgaben entwickeln. Obwohl er in Markt- und Lohnverhältnissen eingebunden (aber durch seine Verbindung mit dem Sozialstaat geschützt) wäre, könnte er einen Schritt vorwärts in der Humanisierung von Wirtschaftsbeziehungen repräsentieren.

Eine nicht-aggressive internationale Wirtschaftsordnung

Dieser Gesellschaftskonstruktion kann sicherlich entgegnet werden: »Schön, wenn eine Nation diese Konstruktion wählt, aber sie wird im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können. Wie können ArbeiterInnen, die dreissig Wochenstunden arbeiten, mit KoreanerInnen konkurrieren? Überdies könnte ein demokratisches Korea sich dafür entscheiden, hart zu arbeiten und den Lebensstandard seiner Bevölkerung zu erhöhen.« Dieser Einwand ist berechtigt. »Mein« Kompromiss ist nicht der einzig denkbare progressive Kompromiss und abgesehen davon haben die meisten herrschenden Klassen sich für die liberalproduktivistische Konstruktion entschieden. Es ist deshalb notwendig, sich auf eine internationale Ordnung zu einigen, die für eine progressive Konstruktion Platz lässt – selbst wenn diese Konstruktion nicht von allen Ländern übernommen wird.

Das Problem der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung liegt darin, dass die Last des Zahlungsbilanzausgleichs den Defizitländern aufgebürdet wird, oft also den Ländern, für deren Bevölkerung wirtschaftliche Expansion eine Lebensnotwendigkeit darstellt. Als in den fünfziger Jahren das führende Land, die USA, seine Interessen mit der Expansion seiner Partnerländer gleichsetzte und als in den siebziger und späten achtziger Jahren eine lasche US-Geldpolitik es erlaubte, internationale Handelsausgleichszahlungen aufzuschieben, waren die Gefahren dieser Situation verborgen. In den frühen achtziger Jahren jedoch kamen all die gefährlichen Konsequenzen der gegenseitigen Übervorteilung zum Vorschein, und diese Gefahren stellen eine grosse Bedrohung für die neunziger Jahre dar.

Auf den ersten Blick scheint Protektionismus der einfachste Weg zur Lösung des Problems zu sein. Kann sich ein Land auf einen »guten« Binnenkompromiss einigen und ist es Ziel dieses Kompromisses, sicherzustellen, dass die Fähigkeiten jedes Bürgers, jeder Bürgerin der Befriedigung gemeinschaftlicher Bedürfnisse dienen, warum sollte diese Übereinkunft durch die willkürlichen Prinzipien des Freihandels gestört werden? Überdies ist es eine Tatsache, dass alle Nationen, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen, mit Protektionismus begannen, wie zum Beispiel Japan.

Protektionistische Massnahmen jedoch haben Implikationen. Die Verbreitung neuer Produkte und Prozesse könnte sich verlangsamen, Skalenerträge sind ebenso wie potentielle Komplementäreffekte vorherbestimmt, während sich Investitionen grossen Massstabs verdoppeln. Diese Gründe waren es, die zur Schaffung der Europäischen Gemeinschaft (EG) führten. Die EG war so lange erfolgreich, wie all ihre Mitgliedländer gleichzeitig das Wachstum zu maximieren suchten. Als einige von ihnen sich mit Handelsungleichgewichten herumschlagen mussten und eine Lösung wählten, die auf kompetitive Deflation hinauslief, entstanden die gleichen Probleme wie nach der Etablierung des Europäischen Währungssystems, das kompetitive Abwertungen nicht zulies und kompetitive Deflation zur einzigen Lösung machte.

Nehmen wir die EG als reduziertes Modell, um die Probleme des internationalen Handels zwischen fortgeschrittenen Ländern zu studieren. Die EG ist ein multinationaler Wirtschaftsraum mit einer expliziten Regulationsweise, einer Spielregel. Die Regel des EG-Spiels bestraft Ökonomien, die schneller wachsen oder die Arbeitszeit schneller reduzieren als der Rest. Eine mögliche Lösung wäre eine explizite Übereinkunft zur Koordinierung des Wachstums oder der Arbeitszeitreduktion. Diese Alternative entspricht einem Vorschlag von Teilen der europäischen Linken (der britischen Labour-Partei, der früheren Kommunistischen Partei Italiens etc.) und der europäischen Grünen. Eine solche Übereinkunft (als »erstbeste« Strategie für einen Ausweg aus der Krise) verlangt jedoch, dass die Regeln demokratischer Politik dazu führen, dass in allen europäischen Ländern gleichzeitig Koalitionen gewählt werden, die eine solche Gesellschaftskonstruktion unterstützen. Dass diese Situation eintritt, ist unwahrscheinlich: In den frühen achtziger Jahren beispielsweise, als Grossbritannien sich dem Liberalproduktivismus zuwandte, wählte Frankreich die radikale Sozialdemokratie. Ein institutioneller Putsch durch das Europäische Parlament (wo 1989 bis 1994 potentiell eine linksgrüne Mehrheit existiert hat) gegen nationale Regierungen ist also unwahrscheinlich.

Deshalb ist eine »zweitbeste« Lösung gefragt: keine internationale Übereinkunft über eine einzige Gesellschaftskonstruktion, sondern ein Übereinkommen darüber, die besten Konstruktionen nicht zu bestrafen. Eine mögliche Regelung ist die folgende: Wenn ein europäisches Land mit einer überdurchschnittlichen Rate an neugeschaffenen Stellen (als Ergebnis von Wachstum, Arbeitszeitreduktion oder der Entwicklung eines alternativen Sektors) ein Handelsdefizit erleidet, bekommt das Land nach sechs Monaten das Recht auf Anwendung nichtdeflationärer, protektionistischer Massnahmen (wie Abwertungen, Quoten, Importsteuern etc.), um seine Handelsbilanz wieder ins

Lot zu bringen. Diese Privilegien verschwinden, sobald seine Leistungen wieder auf den europäischen Durchschnitt zurückfallen. Im Kontext einer solchen Regelung ist ein Land nicht gezwungen, die eine oder andere Strategie zu wählen. Ein Land jedoch, dessen Wachstum sich verlangsamt, kann nicht mehr von der Ausweitung der Nachbarmärkte profitieren, bis es selbst einen Beitrag zur Verbesserung der Situation aller Länder leistet. Unter solchen Umständen werden Anpassungen eher in Aufwärts- als in Abwärtsrichtung vorgenommen.

Auf einer internationalen Ebene ist es schwieriger, eine ähnliche Festlegung zu erreichen: Bestenfalls kommt es zu einem Gentlemen's Agreement. 1986 begann die US-Administration, sich bei den JapanerInnen und Deutschen für eine Steigerung ihrer Wachstumsraten einzusetzen, weil »es unmöglich wäre, den US-Kongress von protektionistischen Massnahmen abzuhalten, wenn die Wachstumsraten nicht gesteigert würden«. Zeigt dieses US-amerikanische Argument nicht, wie sinnvoll ein neues Regelwerk, wie ich es vorschlage, wäre?

Welchen Einfluss hätte dieser neue multilaterale Geist auf den Handel zwischen den neu industrialisierenden und den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern? In den frühen siebziger Jahren waren die EinwohnerInnen letzterer glücklich, grosse Vorteile aus den miserablen Löhnen zu ziehen, die in ersteren bezahlt wurden. In den achtziger Jahren jedoch wurden die tiefen Arbeitskosten in den neu industrialisierenden Ländern als »unfaire Wettbewerbsbedingungen« angesehen, die im Norden Arbeitslosigkeit hervorriefen und protektionistische Massnahmen (u.a. gegen Korea) rechtfertigten. Diese Stellenverluste im Norden waren die klarste Konsequenz des Kompositionsfehlers, eine Folge des Glaubens der VertreterInnen des Freihandels, dass sich alle Länder gleichzeitig entwickeln könnten, indem sie zu Nettoexporteuren werden. Sollte sich eine neue industrielle Revolution in die Dritte Welt ausbreiten, dann werden die Drittweltländer neue Märkte für ihre neuen Produkte schaffen müssen. Zu diesem Zweck sollte es den Drittweltländern möglich sein, ihre jungen Industrien zu schützen. Gleichzeitig jedoch sollten Exporte aus den neu industrialisierenden Ländern sich nicht zu zerstörerisch auf die Beschäftigung im Norden auswirken. Eine mögliche Regelung ist die folgende: Der Norden darf sich gegen Länder schützen, deren Konkurrenzfähigkeit auf Diktatur und tiefen Löhnen beruht, die mittels Terror durchgesetzt werden. Umgekehrt sollte der Norden offen sein für Exporte aus Ländern, die rasche Steigerungen im Lebensstandard ihrer Bevölkerungen verzeichnen und volle gewerkschaftliche Freiheiten gewähren. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf könnte als Schiedsrichterin wirken.

Eine solche Regelung würde die neuen Demokratien in der Dritten

Welt vor wildem Wettbewerb schützen, und es wäre ein Anreiz für die herrschenden Klassen in Ländern, wo Diktaturen herrschen, zur Demokratie überzugehen und eine gesunde ökologische und soziale Politik zu betreiben. Ein besseres Gleichgewicht zwischen dem Wachstum im Norden und dem schnelleren Wachstum im Süden würde gewährleistet und in bezug auf die Weltwirtschaft und die Beschäftigung ein Positivsummenspiel etabliert. Aber die Schwierigkeit liegt in der Schuldenkrise.

Es ist die Schuldenlast der Vergangenheit, die neu industrialisierende Länder veranlasst, sich in Richtung eines exportorientierten Wachstums anzupassen. Exportorientiertes Wachstum jedoch ist das exakte Gegenteil dessen, was für eine stabilere Weltwirtschaftsordnung nötig wäre. Die beste Lösung, ein Schuldenerlass, wäre weder töricht noch grosszügig, sondern würde mittelfristig und makroökonomisch im Interesse des Nordens liegen. Die Schwierigkeit dabei ist, dass ein Schuldenerlass den Bankrott der Gläubiger auslösen könnte. Es stellt sich deshalb das Problem der letzten Gläubigerinstanz. Wenn der Süden nicht zahlt, muss eine supranationale monetäre Organisation das internationale Bankensystem für die Darlehen, die es abschreiben muss, (teilweise) entschädigen.

Bis 1979 war die US-Federal Reserve die letzte Gläubigerinstanz. Nachdem sie zum Monetarismus überging, genügte die monetäre Situation weltweit nicht mehr den Erfordernissen einer weltwirtschaftlichen Expansion (und war ein weiterer Grund für das Negativsummenspiel in den frühen achtziger Jahren und den Crash vom Oktober 1987). Gegenwärtig ist keine nationale Zentralbank eine potentielle Anwärtlerin auf die Rolle der international letzten Gläubigerinstanz, welche eine Weltwährung nach den Bedürfnissen des internationalen Handels ausgibt und verwaltet. Eine nationale Währung kann als Weltwährung dienen, wenn das Notengeld dieser Nation als internationales Zahlungsmittel akzeptiert wird. Dies ist aber nur möglich, wenn dieses Notengeld durch die unangefochtene ökonomische Führung der ausgehenden Nation abgesichert ist. Eine solche Nation existiert aber nicht mehr. Umgekehrt können auch noch so grosse private Bankenmultis nicht letzte Gläubigerinstanz sein. Sie können keine neuen Kredite gewähren, wenn sie beinahe sicher sind, dass die alten nicht zurückgezahlt werden.

Folglich sollte eine internationale Institution mit der Ausgabe von frischem Kreditgeld beauftragt werden. Ein erneuerter Internationaler Währungsfonds (IWF) zum Beispiel könnte eine Art Spezialziehungsrechte als internationales Zahlungsmittel ausgeben, was für eine weltwirtschaftliche Erholung notwendig wäre.

Einmal mehr stellt sich das Problem der Regelungen. Offensichtlich ist, dass die Zusammensetzung des IWF-Personals vermehrt die Interessen der Entwicklungsländer repräsentieren sollte. Doch sollte auch eine allgemeine Übereinkunft über die Bedingungen für den Erlass alter Schulden wie für die Gewährung neuer Kredite getroffen werden. Die Regeln sollten wie folgt sein: Erstens, wenn eine Diktatur fällt, sollen diejenigen Schulden erlassen werden, die den Ausgaben für Repression entsprechen. Zweitens sollte der Schuldendienst nicht mehr als 10 Prozent der Exporterlöse ausmachen. Verluste von Banken, die sich aus dieser Regel ergeben können, würden von den Gläubigern und der neuen international letzten Gläubigerinstanz geteilt. Diese zweite Regel wäre ein Anreiz für die Gläubiger, mehr Güter von den Schuldnern zu kaufen. Drittens müsste zusätzliches internationales Geld geschaffen werden, um die Unterstützung von Entwicklungsprojekten durch die Weltbank und die Stabilisierung der Rohstoffpreise an den Börsen zu finanzieren. Diese dritte Regel führt zu immensen Schwierigkeiten, denn sie impliziert eine Übereinkunft in Fragen bis hin zu: Was sind »gute« Investitionen und was »faire« Preise für Rohstoffe? An diesem Punkt wird eine monetäre Organisation, die vorgibt, ein technisches Instrument zu sein, zu dem, was sie wirklich ist: zu einem politischen Instrument.¹³

Zusammenfassende Bemerkungen

In diesem Beitrag habe ich auf der Basis einer Schwachstellenanalyse des hegemonialen Modells der Nachkriegsentwicklung, des Fordismus, eine neue Gesellschaftskonstruktion vorgeschlagen. Die Probleme des Fordismus (zu kapitalintensive Technologien, ungenügende Produktivität, eine Krise der Industrieverhältnisse, individuelle und kollektive Revolten gegen Hierarchien und einen anmassenden Staat, Widersprüche zwischen dem nationalen Charakter der ökonomischen Regulation und dem internationalen Charakter von Produktion und Handel usw.) stehen auf der Tagesordnung von allen konkurrierenden Neukonstruktionen. Aus diesem Grund erscheinen ähnliche Vorschläge sowohl im Projekt des Liberalproduktivismus, das von mir kritisiert wurde, als auch im alternativen Projekt, das ich vorgeschlagen habe. In gleicher Art und Weise stand in den dreissiger Jahren die Idee des Korporatismus (explizite Zusammenarbeit zwischen Staat, Firmen und Gewerkschaften zur Regulierung des Wirtschaftslebens) auf der Tagesordnung des Faschismus, der Sozialdemokratie wie auch des Stalinismus, weil das Hauptproblem in einer von der Anarchie des Markts ausgehenden Überproduktion zu liegen schien. Unterschiede zwischen

den Projekten erscheinen deshalb nicht im Vergleich von Teillösungen, sondern von Gesamtkonstruktionen.

Die alternative Konstruktion, die ich für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder vorschlage, umfasst:

- neue sozio-industrielle Verhältnisse, basierend auf einem bewussten Einbezug der direkt in der Produktion Arbeitenden im Austausch für ihr Recht, die Einführung neuer Technologien und Arbeitspraktiken zu kontrollieren, in ihren Wohnregionen zu leben und zu arbeiten und über mehr freie Zeit zu verfügen,
- ein Beibehalten des gegenwärtigen Sozialisierungsgrades von Gewinnen, um die soziale Sicherheit zu erhalten, dazu aber eine fundamentale Reform des Sozialstaats, um einen neuen selbstverwalteten Sektor zu entwickeln, der die Versorgung mit sozial nützlichen Dienstleistungen im Vertragsverhältnis mit lokalen Gemeinden übernimmt,
- neue internationale Verhältnisse, basierend auf Multilateralität, internationalem Kreditgeld und der Ablehnung des systematischen Freihandels, auf der Annahme eines neuen Sets von Regeln, die den maximalen sozialen Fortschritt in den jeweiligen demokratischen Ländern fördern, und
- eine Beschäftigung mit ökologischen Fragen sowie die Erarbeitung nachhaltiger Entwicklungsmodelle.

In der Terminologie des Regulationsansatzes: Das neue technologische Paradigma wäre aufwendiger an Facharbeit, dafür kapitalsparender. Das neue Akkumulationsregime würde bei einem langsameren Wachstum der Güterproduktion, mehr freier Zeit und weniger investiertem Kapital pro Kopf einen hohen Beschäftigungsgrad sicherstellen. Die neue Regulationsweise wäre ausgerichtet auf Selbstverwaltung produktiver Gruppen und vertragliche Beziehungen zwischen ihnen. Die neue Weltkonfiguration würde auf selbständigeren Ökonomien beruhen und auf der Verwendung einer multilateral verwalteten Währung zur Finanzierung des Welthandels. Was den Gehalt von Produktion und Konsumtion in diesem Modell angeht, würde er dazu tendieren, ökologisch gesunder und kulturell gehaltvoller zu werden (zumindest in ökonomisch fortgeschrittenen Ländern). Ein solches Modell würde schliesslich grössere Veränderungen im Geschlechterverhältnis mit sich bringen.

Diese alternative Konstruktion zielt darauf ab, einen Beitrag zum allgemeinen sozialen und intellektuellen Fortschritt, zu mehr Freiheit und Wohlfahrt für alle, zu mehr Demokratie, zu friedlicheren interna-

tionalen Beziehungen und einem ökologisch nachhaltigen Entwicklungsmodell zu leisten. Sie akzeptiert die Existenz von Lohn- und Marktverhältnissen und Führungshierarchien und setzt weder die Zerstörung des Staats noch die Diktatur des Proletariats voraus. Es ist kein revolutionäres Projekt. Es ist nur gerade ein Schritt vorwärts, ein Kompromiss für die nächsten Jahrzehnte.

Die von Roosevelt und den SozialdemokratInnen vorgebrachten Projekte waren auch Kompromisse. Aber ihre Projekte umfassten den Bruch mit mächtigen Interessen und waren das Gegenteil von anderen Korporatismus-Versionen. Tausende mussten für sie sterben in Ereignissen, wie sie auch zu »Friedenszeiten« in den dreissiger Jahren sogar in Ländern von Schweden bis in die USA vorkamen. Dutzende von Millionen mussten in den Jahren zwischen dem Spanischen Bürgerkrieg, der japanischen Invasion des asiatischen Kontinents und der Kapitulation Deutschlands und Japans wegen den Ambitionen einer weniger friedlichen Gesellschaftskonstruktion sterben. Um einen Kompromiss zu schliessen, genügt intellektuelle Konsistenz nicht. Die politische Gangbarkeit eines Kompromisses hängt von der aktiven Unterstützung durch einen Grossteil der Bevölkerung ab. Demokratie, Solidarität und ökologische Verantwortung sind die attraktivsten Werte und Wünsche, die die nötige Unterstützung erhalten könnten.

Aus dem Englischen übersetzt von Hansruedi Hitz.

Anmerkungen:

1. Zu den Unterschieden zwischen diesen Krisen und den ökonomischen und politischen Kernproblemen, deren Ausdruck sie waren, vgl. Lipietz 1989.
2. Diese Methodologie wurde erarbeitet und laufend weiterentwickelt von Aglietta 1976, Boyer/Mistral 1983, Coriat 1979, Lipietz 1979, 1983, 1985a. Hier folge ich der Darstellung in Glyn et al. 1990. Für eine bessere Übersicht über die Hauptkonzepte des Regulationsansatzes und deren Verbindung mit dem dialektischen Materialismus, vgl. Lipietz 1985c, 1988.
3. Das französische Wort »*regulation*« bezeichnet diesen Ausgleich widersprüchlicher Tendenzen. Es gehört zum Vokabular der Biologie und der Kybernetik. (Im Deutschen steht »Regulation« für die Regelung der Organsysteme bzw. die automatische Anpassung eines Lebewesens an wechselnde Umweltbedingungen. Ein weiterer Begriff, »Regulierung«, bezeichnet die Herstellung des gleichmässigen, richtigen Ganges einer Maschine sowie die Korrektur von Gewässern. Weniger eingeschränkt ist schliesslich die Verwendung des mit »Regel« eng verwandten Worts »Regelung«, Anm. des Übersetzers). Ein anderes Wort, »*reglementation*« – Reglementierung, wird in bezug auf die gesetzgeberische und administrative Tätigkeit des Staats verwendet. Im Englischen bedeutet das Wort »*regulation*« beides. Selbstverständlich sind gesetzliche Regeln Teil des gesellschaftlichen Selbstkontrollmechanismus, der jedoch nicht auf Gesetze reduziert werden darf. In diesem Beitrag werde ich das Wort Regulation in der spezifischeren französischen Bedeutung gebrauchen.
4. Diese Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Dimensionen der Krise wurde von Malinvaud (1977) popularisiert, ist aber ein wohlbekannter Aspekt von Marx' »Kapital«, Band III. Für eine Anwendung von Marx' doppelseitiger Erklärung von Krisen auf die derzeitige Krise vgl. z.B. Lipietz (1983).
5. Japanische Methode zur Flexibilisierung der Produktion, die es ermöglicht, unmittelbar dasjenige Bestandteil zu produzieren, das gerade für die Endmontage abgerufen wurde (Anm. des Übersetzers).
6. Zu den Kontrasten in der gegenwärtigen Evolution der Arbeitsverträge und der industriellen Verhältnisse und ihrer gegenseitigen Konsistenz vgl. Boyer (1986b), Leborgne/Lipietz (1990b, 1994) und Lipietz (1991a). Wie die Literatur dieser drei Hinweise zeigt, existiert auch eine individuelle Aushandlungsebene des Miteinbezugs von ArbeiterInnen, die mit der Flexibilität des Liberalismus konsistent ist. Zur Benennung der Hauptalternativen verwende ich folgende Begriffe:
 - Neotaylorismus für die Kombination des tayloristischen Paradigmas mit flexiblen industriellen Verhältnissen,
 - Kalmarismus für den gesellschaftlich ausgehandelten Miteinbezug (nach der Volvo-Fabrik im schwedischen Kalmar) und
 - Toyotismus für die Möglichkeit eines auf Firmenebene ausgehandelten, dualen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit (Neotaylorismus/Kalmarismus).
7. Für eine sehr zutreffende Darstellung dieser Entwicklung vgl. Rustin (1989). Barbrook (1990) betont, dass sich die »Neue Zeiten/Postfordismus«-Ideologie nicht vom französischen Regulationsansatz ableiten lässt.
8. Vgl. Jenson (1989). Die gleiche Kritik gilt auch für Frauen und türkische Arbeiter in einigen Branchen der westdeutschen Ökonomie (vgl. Walraff 1986).
9. Vgl. Leborgne/Lipietz (1994). Gramsci brachte diese Kritik schon an, als er

den Fordismus zu antizipieren versuchte. Foster (1988) bemerkt richtigerweise diesen Punkt, aber durch die Identifikation des Fordismus mit Gramscis Vorwegnahme und Fords eigener Politik ignoriert er die Regulationsweise, welche die makroökonomische Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich stabilisierte. In der Folge glaubt Foster auch, dass der erste Grund für den Zusammenbruch des Fordismus Überproduktion und nicht der Fall der Profitrate war.

10. Die nun folgende Argumentation ist stark beeinflusst von zahlreichen Diskussionen unter ÖkonomInnen und AktivistInnen des linken Flügels über den Misserfolg der Versuche der ersten zwei Mitterand-Regierungen (1981-84), durch eine Radikalisierung sozialdemokratischer Politik aus der Krise zu kommen (vgl. Lipietz 1984a, 1989b).

11. Zahlen die Pensionskassen die Renten aus dem Zins auf dem akkumulierten Kapital, muss dieses Geld dennoch von der gegenwärtigen Wertschöpfung abgezogen werden. Der Unterschied zwischen dem Prinzip der Umverteilung und der Kapitalisierung ist deshalb vor allem ein psychologischer.

12. Angenommen, ein Arbeiter, eine Arbeiterin erhält einen Nettominimallohn von 4000 fFr. pro Monat. Wegen Sozialbeiträgen und anderen Steuern müsste ein Arbeitgeber, eine Arbeitgeberin 7000 fFr. bezahlen. Wenn eine arbeitslose Person ein Arbeitslosengeld von 2700 fFr. erhält und keine Steuern und Beiträge zu entrichten hat, bleiben die sozialstaatlichen Ausgaben unverändert, und die öffentliche Agentur für sozial nützliche Arbeit müsste nur noch 1300 fFr. bezahlen, damit die betreffende Person den Minimallohn erhält. In dieser Situation würden die Aktivitäten des neuen Sektors subventioniert und wären steuerfrei, und die beteiligten öffentlichen Agenturen könnten eine Unzahl von zuvor nicht profitablen Aktivitäten entfalten.

13. Zu Fragen des »fairen« Handels und der Schulden vgl. Lipietz (1985a, 1989b).

Stadtpolitik im Umbruch

Margit Mayer

Die Internationalisierung der Märkte sowie der Kapital- und Finanzströme hat, zusammen mit dem Rückzug der meisten Zentralregierungen aus diversen sozialpolitischen Bereichen, die regionalen und lokalen Ebenen der Politik mit neuen Herausforderungen konfrontiert und spätestens seit Beginn der achtziger Jahre zu einem Anstieg des kommunalpolitischen Handlungsniveaus geführt. Die neuen Bedingungen städtischer Konkurrenz und Unternehmertums bedeuten dabei nicht das Ende der kommunalen Planung und Politik, wie bisweilen behauptet wird,¹ sie schaffen jedoch Bedingungen für einen neuen Typus lokalpolitischer Aktivität, der sich, über nationalstaatliche Differenzen hinweg, in allen westeuropäischen Ländern durchzusetzen scheint. Der in der Nachkriegsära vorherrschende² Typ lokalstaatlicher Politik bestand primär im Vollziehen und Verwalten, Abfedern, Filtern und Kleinarbeiten zentralstaatlich gesetzter Politik. Während diese »klassische« Kommunalpolitik auf dem fordistischen Klassenkompromiss basierte und ihn forcierte,³ erzwingen die Bedingungen der neuen internationalen Konkurrenzstruktur eine zunehmende Mobilisierung sämtlicher Bereiche der lokalen Politik für wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig ziehen sich die Kommunen aus Einrichtungen für den kollektiven Konsum zurück und lassen sich ergänzen bzw. ersetzen durch unterschiedliche private, quasi-öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen und Initiativen. Durch diese Einbeziehung nicht traditioneller Träger werden direkte Eingriffschancen eröffnet: nicht nur für Investoren und grosse Firmen, sondern auch für andere lokale und in der Stadt verankerte Initiativen und Gruppen. Die neuen, »deregulierten« Bedingungen lokaler Politik sind *weder* ruinöser *noch* emanzipatorischer als die durch wohlfahrts- und zentralstaatliche Imperative gesetzten, sie sind jedoch anders – und diese Unterschiede setzen auch neue Bedingungen und Ansatzpunkte für die politische Praxis sozialer Bewegungen. Aus diesem Grund versucht dieser Beitrag, die Eigenschaften und Dynamik der »nachfordistischen« Stadtpolitik zu beschreiben: Die Rahmenbedingungen und Mobilisierungsstrukturen für politische Praxis haben sich gegenüber den letzten Dekaden grundlegend verändert.

Die »postfordistische« Stadt

Seit den späten 60er Jahren sind die Massenproduktionssektoren, die das starke ökonomische Wachstum der Nachkriegsperiode angeführt hatten, von Deindustrialisierung betroffen, wodurch viele der alten industriellen Städte und Regionen Grossbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik zu stagnierenden oder schrumpfenden Krisengebieten wurden. Gleichzeitig erfuhren jedoch andere Gebiete und Sektoren rapides Wachstum – sei's auf der Basis neuer Produktionssysteme und -komplexe oder auf der Basis neuer (produktionsorientierter) Dienstleistungen –, die inzwischen eine »Boom-Zone« in Form einer Banane quer durch Europa konstituieren. Diese neue zentrale Zone erstreckt sich von Manchester über Rotterdam und Frankfurt über Zürich bis nach Mailand in der Lombardei (vgl. DATAR 1989). Die neuen ökonomischen Wachstumssektoren brachten jedoch nicht die »mittelständischen« Arbeitsplätze mit sich, die für das »goldene Zeitalter des Fordismus« charakteristisch waren. Vielmehr ist es so, dass sich gut bezahlte Arbeitsplätze in hochrangigen Sektoren (Finanz- und Kontrollfunktionen, High-Tech Produkt- und Verfahrensentwicklung, Marketing, Werbung, Unternehmensberatung) in den metropolitanen Regionen der neuen zentralen Zone konzentrieren. Gleichzeitig schaffen diese hochrangigen Wachstumssektoren ein erweitertes Feld für die Anwendung von Niedriglohnarbeit, sowohl in konsumorientierten Dienstleistungen als auch in abgewerteten Sektoren industrieller Fertigung. Hier ist vorwiegend ungesicherte, prekäre und niedrig entlohnte Beschäftigung entstanden, sodass man sagen kann, dass die heute expandierenden Sektoren eine polarisierte Beschäftigungsentwicklung mit sich bringen. Diese Polarisierung manifestiert sich keinesfalls nur zwischen den metropolitanen Zentren und den europäischen Peripherien (wo sich allerdings die Kluft vergrössert hat), sondern auch innerhalb der prosperierenden Regionen selbst: Wo sich die Wachstumsindustrien konzentrieren, sind auch die meisten Teilzeit- und Abrufarbeitsplätze sowie die rapideste Ausbreitung der informellen Ökonomie zu finden. Diese Polarisierung des städtischen Arbeitsmarkts führt meist auch zu einer zunehmend polarisierten sozialräumlichen Struktur.⁴ Dieses räumliche Gefälle zwischen und innerhalb von Regionen wird durch Ungleichheiten in der staatlichen Dienstleistungs- und Ausgabenstruktur inzwischen noch verschärft.

Der neuen sozialräumlichen Segregation liegen also nicht nur die Entwicklungen der Krisenbranchen (und Krisenregionen) zugrunde, sondern auch die Polarisierung in zwei unterschiedliche, aber aufeinander bezogene dynamische Wachstumssektoren. Das daraus entstehende

stadträumliche Muster ist kleinteilig und heterogen; dort koexistieren vielfältige Formen von Lohnarbeit und solche Formen selbständiger Arbeit, die sich immer weniger von Lohnarbeitsbedingungen unterscheiden;⁵ daneben gibt es vielfältige gesellschaftliche Organisationen und kulturelle Orientierungen. Der städtische Raum wird funktional und ökonomisch geteilt, sozial segregiert und kulturell differenziert. Während die soziale Distanz und die institutionellen Barrieren zwischen den verschiedenen Milieus und Subgruppen in der Stadt täglich zu wachsen scheinen, nähern sich die *Professionals*, die in den tertiarierten Zentren, den Banken, Börsen, High-Tech- und Forschungszentren der Boom-Zone arbeiten, über nationale Grenzen hinweg einander an. Nicht nur sind sie in ihren transregionalen und internationalen Geschäftsbeziehungen miteinander verknüpft, auch ihre Arbeits- und Lebensstile sind faktisch miteinander verbunden. Die (vereinfachende) Metapher von der »geteilten Stadt« pointiert diese intensivierte sozialräumliche Segregation, die auf der Segmentation der städtischen Beschäftigungsstruktur basiert: Diese zerfällt zunehmend in einen hochqualifizierten, über Beschäftigungsgarantien verfügenden Kern und einen flexibilisierten, prekären »Rand«, der mehr und mehr soziale und kulturelle Ähnlichkeiten zu Drittwelt-Städten aufweist.

In einzelnen Städten wurden diese Polarisierungsprozesse und ihre sozialen Konsequenzen in unterschiedlichem Grad als Problem identifiziert. Andernorts, vor allem wo die lokale Wirtschaftskraft von den neuen Wachstumsschüben profitiert, tendieren die politischen Akteure (besonders die Kommune) dazu, diese neuen Formen territorialer Ungleichheit zu ignorieren; sie konzentrieren sich stattdessen darauf, unmittelbare Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung unter sich verschärfenden Konkurrenzbedingungen zu organisieren. Während somit die durch die ökonomischen Umstrukturierungsprozesse ausgelösten Polarisierungstendenzen noch zugespitzt werden, suchen einige Städte nach Wegen, wie Wachstum stimuliert, aber gleichzeitig den Tendenzen zu einer gespaltenen Gesellschaft entgegengewirkt werden kann (vgl. Heinelt/Mayer 1992a).

Politik in der »postfordistischen« Stadt

In der Literatur wird seit einigen Jahren das verstärkte Engagement der lokalen Politik in der ökonomischen Entwicklung beziehungsweise Regenerierung beschrieben.⁶ Dies verstärkte Engagement der Kommune bestand zunächst aus vielerlei Formen spontaner Reaktionen auf lokal sich manifestierende Probleme, wie aus Programmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Strategien zur Herstellung eines posi-

ven Geschäftsklimas, Investitionen in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, bisweilen sogar in die »Natur« (Beispiel GrünGürtel Frankfurt), Verbesserungen des *Images* oder des *Ambiente* einer Stadt, sowie direkten Subventionen an Firmen, häufig im Zusammenhang mit *Public-Private Partnerships*, wobei bestimmte Erwartungen an die Investoren gestellt werden. Aus Einzelfallstudien wird dabei deutlich, dass die KommunalpolitikerInnen, unabhängig von parteipolitischer Orientierung, für sich Vorteile in diesem (Wirtschafts-)Politikfeld oder in der Ausweitung ihrer Kompetenzen sahen und diese aktiv betrieben; dabei waren sie oft von der Vorstellung geleitet, sie könnten dadurch das Machtgleichgewicht gegenüber der Zentralregierung zu ihren Gunsten verändern.

Dieser verstärkte lokale ökonomische Interventionismus drückt sich nicht nur in quantitativ ausgeweitetem kommunalem Ausgabevolumen für wirtschaftsfördernde Massnahmen aus. Er impliziert vor allem eine *qualitative Veränderung im Ansatz der Intervention*, die nämlich primär auf endogene Arbeitsmarktp Profile und unternehmerische Initiative setzt sowie nicht-staatliche Akteure in der Organisation der ökonomischen Bedingungen involviert. Trendübersichten lassen einen Wandel der traditionellen Aufgabenfelder von Wirtschaftsförderungsstellen erkennen (Bodenpolitik bei verknapptem Flächenangebot, Konzentration finanzieller Förderungen auf ausgewählte Zielgruppen wie z.B. innovationsfreudige Unternehmen, Stärkung der fachlichen Kompetenz im Beratungs- und Betreuungsangebot, vgl. Hesse 1988: 582ff., Bauer et al. 1990: 16ff.). Neue Aufgabenfelder eröffnen sich für ein lokal spezifisches Standortmarketing, für eine Betriebsbestandspolitik und Unterstützung der Gründung von neuen Betrieben sowie für eine den alternativen Sektor unterstützende Beschäftigungspolitik (vgl. Mayer 1990). In der Bundesrepublik sind insbesondere im Rahmen von kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogrammen seit Mitte der achtziger Jahre neue Strategien der Förderung von Projekten kommunaler und freier Träger entwickelt worden (vgl. Hegner 1986).

Die Entwicklung dieser neuen kommunalpolitischen Strategien resultiert daher, dass Bedarf und Erwartungen der Firmen, die angezogen werden sollen, nicht mehr nur angemessen ausgewiesene und entwickelte Flächen einschliessen, sondern immer mehr auch spezifische Wohn- und Freizeitbedürfnisse ihrer gehobenen Angestellten, die kulturelle und gebaute Umgebung insgesamt oder die Nähe zu wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen. Entsprechend sind StadtplanerInnen nun mit der Aufgabe konfrontiert, ein komplexes Paket von Bedingungen bereit zu stellen, welche die Symbiose ermöglichen, die die »Firmen der Zukunft« im Einzelfall brauchen. Für diese Konstellation

tion von Bedingungen kann weder von zentralstaatlicher Politik noch von den Firmen selbst gesorgt werden.

Wenn heute die Stadt selbst zur »Unternehmerin« wird (Peirce/Guskind 1989), so ist der Zweck des städtischen Unternehmens allerdings weniger die umfassende Versorgung der EinwohnerInnen mit städtischen Dienstleistungen. Primäres Ziel ist vielmehr die *Initiierung und Stimulierung* privater Kapitalakkumulation, wozu flexiblere Formen der Privatisierung des lokalen Staats notwendig sind. Die städtische Rolle der Stimulierung privater Kapitalakkumulation wird je nach Verortung der lokalen Qualitäten in der internationalen Arbeitsteilung unterschiedliche Formen annehmen. Entsprechend ihrer jeweiligen historisch gewachsenen Strukturen werden ihr dabei mehr oder weniger hinderliche Barrieren im Wege stehen. (In der BRD beispielsweise blockieren gerade gemeinnützige Unternehmen in ihrer kommunal-fordistischen Struktur und mit langfristigem Versorgungsvertrag häufig die Entwicklung zu flexibleren Formen städtischen Unternehmertums und zu engeren Verflechtungen mit dem privaten Sektor.)

Die diversen Strategien, lokale Potentiale für wirtschaftliches Wachstum zu mobilisieren und zu koordinieren, haben folgende Effekte:

1. Traditionell strikte Grenzen zwischen Politikfeldern und entsprechenden Ressorts werden aufgebrochen; dies geschieht zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik; aber auch Bildungs-, Kultur- und Umweltpolitik werden nun stärker auf wirtschaftspolitische Massnahmen bezogen.
2. Innerhalb der Kommune werden sowohl neue Verwaltungen mit Beschäftigungs- oder Wirtschaftsförderungsbezug als auch institutionalisierte Vernetzungen zwischen bestehenden Behörden etabliert.
3. Auch ausserhalb der Kommune werden neue Institutionen gegründet beziehungsweise von der Kommune unterstützt: Institutionen für Wirtschaftsförderung und Technologieberatung, die primär beratende und koordinierende Funktion haben, sowie lokale »runde Tische« (wie z.B. die *Training and Enterprise Councils* in Grossbritannien), die den Politikformulierungsprozess beeinflussen.
4. Damit hat sich das Aktionsfeld lokaler Politik faktisch weit über die Kommunalpolitik an sich ausgeweitet: An der Arbeitsmarktpolitik sind nicht nur die Kommune, sondern auch Arbeitsämter, staatliche Einzelprogramme mit ihren örtlichen Beteiligten, Wohlfahrtsverbände, kirchliche Einrichtungen sowie in bestimmten Fällen Gewerkschaften und Firmenleitungen beteiligt. Bei der Stadtentwicklungsplanung sind auch private Akteure bereits in den Planungsprozess einbezogen;

umgekehrt gilt das *mixed management* auch bei der Ausführung, d.h. die Kommune hat im Ausführungsstadium noch mitzuentcheiden.

Um die verschiedenen involvierten Bereiche und Akteure jeweils zu koordinieren, haben sich pluralistische Verhandlungssysteme herausgebildet, die mehr von einem kooperativen Politikstil als von einseitigen Anordnungsbeziehungen gekennzeichnet sind: Der Kommune kommt hier primär die Funktion der Moderation zu. Solch nicht-hierarchischer Politikstil scheint Voraussetzung dafür zu sein, die Schnittstellen der unterschiedlichen Interessen identifizieren, nutzen und gestalten zu können (vgl. Hesse 1987: 72). Dieser horizontale oder pluralistische Politikstil bedeutet allerdings nicht, dass diese Verhandlungssysteme notwendig offen für demokratischen Einfluss sind. Im Gegenteil, die Beteiligung kann mehr oder weniger exklusiv und die Interessenvermittlung mehr oder weniger selektiv sein. Auch gibt es bedeutende regionale und nationale Unterschiede, beispielsweise zwischen nord- und südeuropäischen Orten. Und schliesslich kann die horizontale Verhandlungskoordination mehr oder weniger effektiv betrieben werden.

Das Gemeinsame und qualitativ Neue besteht jedoch darin, dass Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse zunehmend auch ausserhalb der traditionellen Strukturen der kommunalen Politik stattfinden, dass der »Lokalstaat« sich also auf die explizite Einbindung und Koordinierung funktionaler Interessen ausweitet. Die Rolle der Kommunalpolitik besteht dabei in der *Initiierung* von Entwicklungen und Kooperationen zur Anregung von Investitionen.

Neben dem verstärkten Engagement in der Wirtschaftspolitik ist die zweite Neuerung »postfordistischer« Stadtpolitik die Umstrukturierung des lokalen Wohlfahrtsstaats. Der Druck, der durch die ökonomische Krise und Massenarbeitslosigkeit einerseits und abnehmende Subventionsströme der Zentralregierung andererseits entstand, und die Bereitschaft, ökonomischer Entwicklungspolitik Priorität einzuräumen, (vor allem durch unternehmerische Mobilisierung und Koordinierung jeweiliger endogener Potentiale), hatten zur Folge, dass eine der vormals zentralen Funktionen kommunaler Politik, nämlich die Bereitstellung kollektiver Dienstleistungen, in den Hintergrund rückte. Nicht nur ist rein quantitativ der relative Anteil der kommunalen Ausgaben für kollektive Konsumfunktionen gesunken, es fand auch hier eine Umstrukturierung statt, die zunehmend nicht-staatliche (private, gemeinnützige, intermediäre) Organisationen in die Erbringung der diversen Dienstleistungen involvierte, wobei diese von der Kommunalregierung allerdings kontrolliert und reguliert werden. Diese Verschiebung ist für den Bereich von Sozial- und Gesundheitspolitik be-

reits breit dokumentiert. Die Umstrukturierung staatlicher Verantwortlichkeit weg von der Trägerschaft von Einrichtungen und Diensten hin zu einer »Betonung ihrer Rolle als Moderatoren und koordinierende Förder- und Planungsinstanzen« und die entsprechende Aufwertung der Verantwortung und Trägerschaft von »voluntary organizations und des informellen Sektors im Bereich sozialer und gesundheitlicher Dienste« in verschiedenen europäischen Ländern steht im Mittelpunkt dieser Untersuchungen (Evers 1991: 228, siehe auch Evers/Wintersberger 1988). Auch in anderen Politikfeldern, wo vormals das Angebotsmonopol der Kommune galt, werden staatsferne Träger aufgewertet: In der Stadtсанierung, Umwelt- und Beschäftigungspolitik ist die Kommune auf Initiativen im Stadtteil geradezu angewiesen.⁷

Genauso wie im Bereich der Wirtschaftsförderung sind auch im Bereich der sozialen und anderen Dienstleistungen hierarchische und kommunal-gesteuerte Formen der Erbringung und des Managements durch verschiedene private, gemeinnützige und halböffentliche Organisationen und Initiativen ergänzt bzw. ersetzt worden; ebenso wurden auch hier zwischen den verschiedenen involvierten Instanzen koordinierende Strukturen entwickelt. Darüber hinaus wird die traditionelle wohlfahrtsstaatliche Verteilungspolitik aber auch durch beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Massnahmen ergänzt:⁸ Vor allem in den Krisenregionen der EG-Länder soll Sozialpolitik schliesslich nicht die Investitionskraft der Stadt noch ihr Image beeinträchtigen (vgl. Jädicke et al. 1991: 207). In solchen Regionen ist häufig eine Verschiebung von »passiver« zu »aktiver« Arbeitsmarktpolitik, von Arbeitslosenunterstützung hin zu Arbeitsplatzbeschaffungs- und Fortbildungsmassnahmen zu beobachten. Auch werden Weiterbildungsmassnahmen an die Stelle von sozialpolitischen Massnahmen gesetzt; allerdings sind sie aus einer Vielzahl von Gründen häufig unkoordiniert oder orientieren sich nicht an der Nachfrage.

Die in diesen Massnahmen sich andeutende Aufhebung der klassischen Trennung zwischen den Politikbereichen/Ressorts Wirtschafts (förderungs)- und Sozial- (Beschäftigungs-, Ausbildungs- etc.)politik bewirkt, dass eine reale Verknüpfung zwischen lokalen Wirtschaftsprozessen und wohlfahrtsstaatlichen Prozessen hergestellt wird: »Wohlfahrt« wird zunehmend in Kategorien wirtschaftlichen Erfolgs einer bestimmten Region definiert. Der (umverteilende, paternalistische) keynesianische Wohlfahrtsstaat, der durch seine Stützung massenkonsumtiver Nachfrage zur Kohärenz des fordistischen Wachstumsmodells beitrug, und dessen lokaler »Arm« v.a. als Dienstleistungsbetrieb für die lokale Bevölkerung fungierte, wird ersetzt durch einen neo-liberalen minimalistischen Staat. Dieser überträgt konkrete Funktionen

zur Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion auf die regionale und lokale Ebene, wo die Kommune, den jeweiligen lokalen Bedingungen entsprechend, Innovations- und Kooperationsprozesse zwischen öffentlichen und privaten Akteuren initiiert und reguliert.

Soziale Absicherungen, die vormalig über den zentralen Wohlfahrtsstaat garantiert waren und lokal verteilt wurden, sind jetzt tendenziell fragmentiert und werden den Investoren über Auflagen abgerungen. So werden beispielsweise zusätzliche Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus für niedrige Einkommensgruppen, für Grünflächen oder Kindergärten über »Gebühren«, die den Investoren auferlegt werden, oder im Rahmen von *Public-Private Partnerships* mobilisiert, wobei lokal sehr unterschiedliche Kompromisse erzielt werden.

Diese Umstrukturierung des lokalen Wohlfahrtsstaats, die im Kontext breiter Kritik an den bürokratischen und paternalistischen Strukturen und Verfahren des fordistischen Wohlfahrtsstaats stattfand,⁹ wurde keineswegs nur von marktliberalen politischen Gruppierungen ausgelöst. Mancherorts hat sie sich auch vermittelt über progressive Impulse (unter dem Motto »Dienstleistungen mit dem Bürger statt für den Bürger«) durchgesetzt. Weder Konservative noch Grüne mochten den Lokalstaat länger in seiner Funktion als wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungserbringungsmaschine mit den bekannten bürokratischen Mängeln belassen.

Diese zweite Neuerung im Muster lokalstaatlicher Politik lässt sich also dahingehend zusammenfassen, dass universalistische Formen der Dienstleistungserbringung, für die bislang die Alleinzuständigkeit der Kommune galt, zunehmend ergänzt und ersetzt werden durch Formen, in denen die Kommune lediglich als Teil einer breiteren »Wachstumskoalition« agiert; erbracht werden die Dienstleistungen nicht mehr vom traditionellen Kartell der staatlichen, kommunalen oder staatsnahen »freien« Träger, sondern durch fragmentierte Strukturen mit starker Beteiligung lokaler Wirtschaftsinteressen sowie anderer Interessen und Verbände aus dem Privatsektor bzw. aus dem sogenannten dritten (*voluntary*) Sektor. Diese Verschiebung eröffnet eine Skala von mehr oder weniger exklusiven möglichen Modellen. Ob lokale Auseinandersetzungen und Verhandlungen eher in für lokale Bedürfnisse offenen und egalitären Modellen resultieren oder in solchen, die eher ausgrenzende Praktiken forcieren, in jedem Fall besteht das Neue an diesem Politikmuster in der primär initiiierenden und moderierenden Funktion der Kommune, die die Erbringung der Dienstleistungen durch andere Akteure nurmehr kontrolliert und reguliert.

Für beide Veränderungsprozesse, sowohl die Entstaatlichungstendenzen im lokalen Wohlfahrtsstaat als auch die wachsenden Funktionen

des Lokalstaats im Bereich der Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik, waren mehr oder weniger komplexe organisatorische Umstrukturierungen notwendig. In vielen Städten verlagerte sich der Schwerpunkt allmählich von den während der siebziger Jahre mächtigen Verwaltungsabteilungen, die den Dienstleistungsbetrieb stellten, auf die neuen, auf Wirtschaftsentwicklung gerichteten Funktionen. Im Verlauf dieser Verlagerung lockerten sich die strengen Grenzen zwischen den einzelnen Verwaltungen, was allmählich eine Form von Management ermöglicht, für die sowohl mehr interne Kohärenz als auch mehr Offenheit für externe Gruppen kennzeichnend ist. Im Feld der Sozialpolitik involvieren diese neuen Politikformen Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften und häufig auch Selbsthilfe-Gruppen und Stadtteil-Initiativen, während die Akteure, die sich an der Planung und Implementierung von Wirtschaftsförderungs- und technologischen Modernisierungsmassnahmen beteiligen, eher Industrie- und Handelskammern, grosse Unternehmen, Banken, Forschungsinstitutionen und Hochschulen, sowie – je nach Kräfteverhältnis – auch Gewerkschaften und Betriebsräte sind. Vor dem Hintergrund des wachsenden Anteils ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, von polarisierten Arbeitsmärkten und der vielerorts strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit werden die traditionellen Grenzen zwischen diesen »weichen« und »harten« Politikfeldern allerdings fließend, im Mass wie die Kommunen sozialpolitischen Problemen mit arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Programmen zu Leibe rücken.

Soziale Bewegungen und die Entwicklungsmöglichkeiten »postfordistischer« Lokalpolitik

Während sich die städtische Bevölkerung zweiteilt in einen Kern, der über »Normalarbeitsplätze« verfügt, und eine expandierende Peripherie, wo hohe Dauerarbeitslosigkeit und eine wachsende Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse die »Norm« sind, entfaltet sich innerhalb dieser Peripherie eine eigene Differenzierung und Konkurrenz um Ressourcen und soziale Räume. Diese städtischen Zonen sind es, wo alternative Kollektive und Selbsthilfe-Gruppen sich teils zu behaupten suchen, teils erfolgreich Modelle praktizieren, die von den Kommunen im Rahmen innovativer Programme aufgegriffen werden. Mit der Einbeziehung intermediärer Organisationen in die Erbringung sozialer Dienstleistungen und in die Mobilisierung lokalen Potentials werden nicht nur Kosten (auf nicht kommunale Instanzen) abgewälzt, sondern gleichzeitig werden marginalisierte Bevölkerungsgruppen, die von traditionellen sozialstaatlichen Integrationsmassnahmen nicht erreichbar

waren, zur Partizipation animiert (vgl. Homuth 1989.) In dieser Kooperation bildeten sich manche Kollektive, Beratungsinstitutionen und Stadtteilentwicklungsgesellschaften, die aus Häuserkämpfen und anderen städtischen sozialen Bewegungen hervorgegangen waren, zu Arbeitsvermittlern eines neuen Typs heraus. Während sich diese Projekte in Stadtreparatur, Umweltschutz, sozialer oder kultureller Infrastruktur engagieren, vermitteln sie gleichzeitig auch billige Arbeitskräfte über kommunale Arbeitsbeschaffungsmassnahmen.

Im Mass wie ihr lokalspezifisches und »besonderes« Wissen und ihre innovativen Energien für die Durchsetzung der anstehenden ökonomischen und sozialen Umstrukturierungsprozesse benötigt und geschätzt werden, geraten diese ehemaligen Bewegungsakteure jedoch in eine ambivalente Situation. Ihre Arbeit erfährt öffentliche Aufwertung, während sie gleichzeitig auf verschiedene Weisen funktionalisiert wird, je nach parteipolitischen Programmatik – zur Herstellung eines urban-kulturellen Ambiente, als Mikro-Management für die sich verschärfenden sozialen Probleme, oder als Teil eines komplexeren Reproduktionsmodells, das die allorts diagnostizierte Krise der »Arbeitsgesellschaft« bewältigen soll. Parallel entstehen neue Ausgrenzungen und neue Verlierer, die sich zum Teil in gewalttätigen Aktionen von jugendlichen Banden, zum Teil in »autonomer« Militanz äussert. Diverse institutionelle Errungenschaften der städtischen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre sehen sich Angriffen von neu-marginalisierten Gruppen ausgesetzt, die sich als »Verlierer« jüngster Modernisierungsprozesse erfahren. Zusätzlich hat das Verschwinden des Ost/West Konflikts neue und andere Themen auf die politische Tagesordnung gesetzt: Migration, Rassismus und Asylpolitik bezeichnen neue Konfliktlinien, die die vertrauten zwischen »linken« und »rechten« Bewegungen überschatten.

Die Stadtlandschaft ist also auf vielfältige und neue Weise polarisiert. Im lokalen politischen System sind jedoch Öffnungen für »externe« Gruppen entstanden, deren Einflussmöglichkeiten von den lokalen Kräfteverhältnissen abhängen.

Genauso wie fordistische bzw. keynesianische Politik eine Bandbreite von Variationen kannte, die sich z.T. in Abhängigkeit von Kräfteverhältnissen und politischen Auseinandersetzungen herausbildeten, ist auch für das skizzierte Muster »postfordistischer« Lokalpolitik eine Palette von unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten denkbar.

Die Unterschiede, die den vor Ort unterschiedenen Prioritäten und politischen Auseinandersetzungen geschuldet sind, sind zweifacher Natur: Da die spezifischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen weder von zentralstaatlicher Politik noch von den Firmen selbst

organisiert werden können, sondern nur vom lokalen politischen System, werden dessen Kompetenz bei der Verhandlung mit supra-regionalem und multinationalem Kapital sowie die Effizienz, mit der lokale Regierung und Partnerschaften die besonderen lokalen Voraussetzungen bereitstellen, zu entscheidenden – das Profil einer Stadt wie seine Verortung innerhalb der internationalen Hierarchie prägenden – Faktoren. Daneben gibt es Unterschiede im *Typ* der lokal entwickelten unternehmerischen Politik. Die Bandbreite der Möglichkeiten reicht hier von marktliberalen wirtschaftsfördernden Massnahmen, wo Instrumente wie *Enterprise Zones* (und ähnliche auf zentralstaatlicher Ebene bereitgehaltene Programme) zur Anwendung kommen, am einen Ende, zu radikaleren, sozial orientierten, umwelt-, frauen-, oder minorities-freundlichen Wirtschaftspolitiken am (utopischen) anderen Ende. Dabei ergeben sich die Endpunkte der Skala keineswegs automatisch aus parteipolitischer Programmatik nach dem links/rechts (oder grün/schwarz) Schema. Aber rot-grüne Regierungskoalitionen auf kommunaler Ebene sind ein interessantes Experimentierfeld. Erste Auswertungen von grüner und rot-grüner Kommunalpolitik in der Bundesrepublik bringen widersprüchliche Ergebnisse zutage (vgl. Roth/Wollmann 1993), überwiegend deutet sich ein Verzicht auf »grosse Konzepte« (Roth 1991a: 177) an. Stattdessen wird die Betonung auf den Versuch gelegt, prozedurale Steuerungen mit möglichst starker Beteiligung von in der Stadtpolitik bislang ausgegrenzten Interessen auf den Weg zu bringen.

Selbst wenn wir idealistische Szenarien, die den Lokalstaat kurzerhand zum Vehikel für soziale Bewegungen avancieren (vgl. Bullmann/Gitschmann 1985), ausser acht lassen, bleiben doch unterschiedliche Typen von »unternehmerischen Stadtpolitiken« und unterschiedliche Typen von Verhandlungssystemen. Würde man den Grad sozialer Verantwortung gegenüber lokalen Bedürfnissen auf einer Achse (lokale Kommunikation und Kooperation) und mehr oder weniger ein-/ausschliessende Formen unternehmerischer Politik auf der anderen Achse (Beteiligung/Einschluss) aufzeichnen, wären unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten »postfordistischer« Lokalpolitik analytisch zu verorten und ihr jeweiliges Potential für Konsistenz und Kompatibilität mit lokalen und globalen Bedingungen zu erforschen.¹⁰

Da die Unterschiede hochrelevant sind für die Lebensqualität an den jeweiligen Orten, insbesondere für die von den neuen Wachstumsindustrien nicht profitierenden oder sozial marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen, müssen wir die Bedingungen und Konstellationen identifizieren, die Modelle begünstigen, die am ehesten den starken Polarisierungstendenzen der »postfordistischen« Stadt entgegenwirken kön-

nen. Während die politikwissenschaftliche Forschung schon beobachtet hat, dass die neuen Kooperations- und Verhandlungsformen zwischen kommunaler Politik und organisierten Interessen von anderen Prinzipien geleitet sind als frühere »von oben« durchgesetzte Reformpolitiken – sie respektieren die jeweilige Eigenart und die besonderen Funktionsbedingungen der einzubindenden Organisationen und Institutionen des privaten Sektors (vgl. Scharpf 1987: 119, Hesse 1987: 72) –, wurden die Differenzen zwischen den verschiedenen eingebundenen Akteursgruppen noch nicht systematisch in Untersuchungen berücksichtigt. Zwar ist es das Ziel der neuen Interaktionsprozesse, *Konsens* zu finden und Ressourcen und Kompetenzen bereitzustellen, um *kollektives* Handeln zu ermöglichen, aber die strukturellen Polarisierungstendenzen, die für die gegenwärtigen städtischen Umstrukturierungsprozesse in allen europäischen Regionen charakteristisch sind, lassen es höchst unwahrscheinlich erscheinen, dass solche Gremien tatsächlich mit »einer Stimme« sprechen (wie z.B. in Cochranes Beschreibung des *Sheffield Economic Regeneration Committee* als »die Stimme Sheffields« impliziert wird). Obwohl wir signifikante Differenzen in der relativen Macht von Kapitalgruppen, Gewerkschaften, kommunalen Instanzen und Stadtteilgruppen unterstellen müssen, und obwohl diese Gremien sich empirisch im Grad ihrer Offenheit/Abgeschottetheit unterscheiden mögen, hat doch die schlichte Existenz dieser neuen Formen lokaler Politik das politische Terrain und die Interventionsmöglichkeiten für soziale Bewegungsgruppen wie für Ökologie-, Bürgerrechts-, oder Stadtteilorganisationen verändert.

Viele solcher Selbsthilfe-Gruppen und Stadtteilorganisationen werden nun von Kommunen eingebunden in innovative Stadterneuerungs- oder arbeitsmarktpolitische Programme, weil ihre Nützlichkeit im Umgang mit Dauerarbeitslosigkeit und Marginalisierungsproblemen erkannt wurde. Sie wurden so selbst Teil des lokalen »endogenen Potentials«. Bislang gibt es allerdings kaum empirisch ausgewiesene, wissenschaftliche Untersuchungen über die Chancen solcher Bewegungsgruppen, die Grenzen des jeweiligen lokalen Entwicklungsmodells in Richtung auf eine offene, demokratische Stadt auszuweiten.¹¹ Es gibt viele Anzeichen, die darauf hin deuten, dass die Einbindung bestimmter ehemaliger Bewegungsorganisationen die Entstehung von Polarisierungsprozessen in der Bewegungszene auslöste, und nun neue Konfliktlinien berücksichtigt werden müssen. Nicht zuletzt das Aufkommen neuer rechter Bewegungen mit nationalistischen und rassistischen Zielsetzungen verdeutlicht, dass ökonomische und soziale Benachteiligungen keineswegs mehr einheitliche Bewegungsmilieus hervorbringen.

Diese Analyse der Tendenzen postfordistischer Entwicklung legt

nahe, dass die sich auf allen Ebenen intensivierende Konkurrenz und die wachsende Zahl marginalisierter sozialer Gruppen die Gefahr der Erosion gesellschaftlicher Integration, des Zerfalls der Zivilgesellschaft in sich birgt. Gleichzeitig bestehen, vor allem auf lokaler Ebene, bestimmte Möglichkeiten für politische Akteure und soziale Bewegungen, in die Gestaltung der postfordistischen Stadt einzugreifen. Sie müssen dazu allerdings die aufgezeigten neuen Chancenstrukturen im lokalpolitischen Feld ergreifen und nutzen. Die Chancen bestehen in der Angewiesenheit auf lokale Potentiale und in der Klarheit über die jeweiligen Vorzüge, die eine Stadt anzubieten hat: Damit können lokale Akteure auch Zugeständnisse von supralokalen Akteuren verlangen und Einfluss auf sie ausüben. Die politische Stossrichtung muss dabei deutlich den sozialen Spaltungsprozessen entgegenwirken, die auch das offenste und innovativste postfordistische Entwicklungsmodell mit sich bringt. Das heisst beispielsweise, dass soziale Bewegungen für eine lokale Umweltpolitik mobilisieren, die nicht nur den Interessen der einkommensstarken Mittelschichten entgegenkommt, sondern die bei den Verursachern anfängt und die nicht bei der Verdrängung der Probleme in periphere Regionen aufhört. Oder dass Bewegungen, gemeinsam mit progressiven Parteien, für eine Beschäftigungspolitik mobilisieren, die nicht Arbeitsplätze um jeden Preis, sondern sinnvolle und befriedigende Arbeitsmöglichkeiten ermöglicht – ohne geschlechtsspezifische und ethnische Diskriminierungen. Und vor allem dass soziale Bewegungen, sogar gemeinsam mit Unternehmen, Druck auf kommunale und andere lokale Akteure entfalten, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus inakzeptabel werden zu lassen.

Anmerkungen

1. Vgl. z.B. Esser/Hirsch 1987, Gottdiener 1987, Peterson 1981.
2. Der Verweis auf parallele Tendenzen, was Rolle und Funktion lokaler und regionaler politischer Ebenen während der Nachkriegsära betrifft, soll keineswegs nationalspezifische Differenzen leugnen. Der Punkt ist lediglich, dass trotz unterschiedlicher Gemeindeverfassungen, die unterschiedliche Grade von Autonomie erlaubten, die (im folgenden kurz skizzierten) für die fordistische Ära typischen Trends auszumachen sind.

3. Für die Herstellung der Kohärenz des fordistischen Regimes spielten zentralstaatliche Regulierungsformen eine wichtigere Rolle als die untergeordneter Ebenen: Die für das fordistische Wachstumsmodell essentielle Regulierung des Binnenmarkts sowie der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit wurde auf nationalstaatlicher Ebene organisiert. Lokalregierungen spielten demgegenüber eine untergeordnete Rolle, Regionen waren zumeist reine Verwaltungseinheiten, denen lediglich die Aufgabe zukam, das (autonom stattfindende) Wachstum und die Segnungen der fordistischen Modernisierung möglichst gleichmässig über die Nation zu verteilen. Zentral aufgelegte wohlfahrtsstaatliche Massnahmen und regionale Entwicklungsprogramme wirkten darauf hin, Disparitäten zwischen prosperierenden Agglomerationen und peripheren Räumen zu verringern, so dass tendenziell alle zu gleichen Konsumenten der gleichen standardisierten Konsumgüter werden konnten.

Fordistische Kommunalpolitik bestand primär in der Expansion städtischer Infrastruktur und in grossflächigen Stadtanierungsmassnahmen. Diese Politik beschleunigte die Zonierung städtischen Raums, d.h. die räumliche Segmentierung in Arbeits-, Schlaf-, Einkaufs- und Unterhaltungszonen (die durch immer mehr Autobahnen und Schnellstrassen miteinander verbunden wurden); sie hob Konsumnormen an, und standardisierte die Lebensstile.

4. Vgl. ausführlicher hierzu Mayer 1990: 192ff., Krätke 1991: 72-76.

5. Solche sogenannten selbständigen Arbeitsformen haben vor allem wegen der expandierenden Subcontracting-Beziehungen zugenommen.

6. Vgl. für verschiedene europäische Länder und z.T. auch die USA: Bauer et al. 1990: 72-86, Häussermann 1991: 78f., Hesse 1988: 577ff., Logan/Swanstrom 1990: 7ff., Pickvance/Preteceille 1991: 214-217, Roberts 1989: 170ff.

7. Vgl. Bolle/Grottian 1983, Maier/Wollmann 1986, Blanke/Evers/Wollmann 1986, dort insbesondere Evers 1986, Blanke/Heinelt/Macke 1987, von Hauff 1989.

8. Während Beschäftigungspolitik darauf abzielt, allgemeine Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu verbessern, zielt Arbeitsmarktpolitik darauf ab, die Beschäftigungschancen bestimmter Personengruppen zu verbessern, was nur auf lokaler Ebene adäquat anzugehen ist (vgl. Hegner 1986: 120f.).

9. Für die Argumente der Kritik von Seiten der Rechten und von Seiten der sozialistischen Linken vgl. Offe 1984: 147.

10. Vergleichbar etwa mit den Entwicklungspfaden, die von Lipietz (1991a: 85) und Dunford/Benko (1991: 303) für mögliche postfordistische Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen vorgestellt werden.

11. Die Ansätze, die meist zur Evaluierung der Beteiligung von Stadtteilinitiativen und intermediären Organisationen benutzt werden, sind ungenügend, um dem widersprüchlichen Charakter dieser Einbindungsprozesse gerecht zu werden. Innerhalb des Korporatismus-Ansatzes, der die Initiativen primär unter der Perspektive ihrer Inkorporierung betrachtet, erscheinen sie als nichts weiter als nützliche Idioten bei der Durchsetzung einer Modernisierungspolitik. Innerhalb der populistischen Perspektive führt ihre offensichtlich gestiegene Akzeptanz und wachsende Legitimität zu allzu optimistischen Einschätzungen ihrer Stabilität und Ausbreitung, wobei neue Ambivalenzen und die Entstehung neuer Spaltungsprozesse innerhalb des Bewegungsektors unterschätzt werden.

Zur Dialektik der Metropole: Headquarter Economy und urbane Bewegungen*

Hansruedi Hitz, Christian Schmid,
Richard Wolff

Wir leben inmitten einer Zeit der spektakulären Umgestaltung der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Diese Entwicklungen sind Teil einer tiefgreifenden Krise des kapitalistischen Weltsystems, die bereits zwei Jahrzehnte andauert und die von einer fundamentalen Veränderung des Produktionsprozesses und der Arbeitsorganisation, der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Zusammensetzung der sozialen Klassen gekennzeichnet ist.

Doch das neue Entwicklungsmodell oder das neue Akkumulationsregime sind noch nicht voll entwickelt, die zugrundeliegenden Leitlinien und Organisationsprinzipien sind erst in Ansätzen erkennbar. Die »neue Zeit« lässt sich noch nicht mit treffenden Begriffen fassen. Bezeichnungen wie »Postmoderne«, »Postfordismus« oder gar »postindustrielle Gesellschaft« kennzeichnen Veränderungen oder Brüche, sie sind Hilfskonstruktionen, mit denen versucht wird, die neuen Verhältnisse zu benennen, ohne sie wirklich begriffen zu haben. Mit dem Begriff »flexible Akkumulation« wurde möglicherweise eine schlüssigere Formel gefunden, deren präzise inhaltliche Bestimmung jedoch noch ausgedehnte Diskussionen erfordern wird.

So schwierig diese Veränderungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu fassen sind, so widersprüchlich erweisen sich auch Analysen des Urbanisierungsprozesses. Die Stadtforschung ist mit zahlreichen neuen Phänomenen konfrontiert, deren Klärung und Deutung vor einigen Schwierigkeiten steht. Erschwert wird eine Analyse zudem durch den Umstand, dass die räumlichen Strukturen nicht nur die gegenwärtig herrschenden Verhältnisse, sondern auch frühere Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung abbilden. So muss es zunächst darum gehen, die bekannten Terrains abzustecken und die aktuellen Tendenzen zu bestimmen, um danach zu versuchen, die allgemeinen Prinzipien des neuen Akkumulationsregimes zu entdecken.

* Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Artikels, der in der Geographischen Zeitschrift, Heft 2/1992, erschienen ist.

Neue Phänomene und neue Theorien

Postfordismus und flexible Akkumulation

Die »neue Zeit« hat nicht nur unsere Lebensumstände dramatisch verändert, sondern auch die Diskurse über die gesellschaftliche Entwicklung. Die Analysen und Theorien, die im Gefolge der 68er Bewegung den kritischen Diskurs dominierten, wurden von der realen Entwicklung eingeholt und teilweise in Frage gestellt. Wo einstmals kämpferische Parolen das Feld beherrschten, gähnt heute oft Ratlosigkeit und Resignation. Wo kritische Ansätze überlebt haben, münden sie kaum mehr in die Aufforderung zur grundlegenden Veränderung des »Systems«, sondern meist in (reformistische) Vorschläge zur Verbesserung der bestehenden Verhältnisse.

Einer der wichtigsten theoretischen Ansätze zur Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung ist heute die Theorie der Regulation, die in Frankreich Mitte der siebziger Jahre von Michel Aglietta begründet und durch Alain Lipietz, Danièle Leborgne, Robert Boyer, Benjamin Coriat und andere weiterentwickelt wurde.¹ Ausgehend vom Begriff »Fordismus«, den Antonio Gramsci 1937 prägte, um den damals neuen »historischen Block« zu kennzeichnen, untersucht die Regulationstheorie die widersprüchliche Geschichte des Kapitalismus und identifiziert verschiedene gesellschaftliche Entwicklungsmodelle. Ein Entwicklungsmodell kann gemäss der Regulationsschule auf drei verschiedenen Ebenen analysiert werden: Erstens als allgemeines Prinzip der Arbeitsorganisation oder »technologisches Paradigma«, zweitens als makroökonomisches Muster oder »Akkumulationsregime« und drittens als System von formellen und informellen Regeln, Absprachen und Koordinationsformen: die »Regulationsweise«, die der Theorie den Namen gibt (vgl. Lipietz in diesem Buch). Die Regulationstheorie geht davon aus, dass sich der Fordismus nach dem Zweiten Weltkrieg zum hegemonialen Modell in den westlichen Industrienationen entwickelte, bis er gegen Ende der sechziger Jahre in eine tiefgreifende Krise geriet. Seither zeichnen sich in den verschiedenen Ländern und Weltregionen unterschiedliche Entwicklungspfade, unterschiedliche »Auswege aus der Krise« ab, doch bis heute konnte sich auf globaler Ebene kein neues hegemoniales Entwicklungsmodell durchsetzen.

Bestechend an dieser Theorie ist insbesondere ihre historische Betrachtungsweise und die Vorstellung, dass die Geschichte von Menschen gemacht wird: So präsentiert sich das jeweils hegemoniale Entwicklungsmodell weder als zwangsläufige Folge der technologischen Entwicklung noch als ein Resultat von Kapitalstrategien, sondern als ein Ergebnis von Auseinandersetzungen und Kämpfen. In jeder histori-

schen Situation ergeben sich demnach verschiedene Möglichkeiten und Optionen, die je nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zum Tragen kommen. Die Regulationsschule beschränkt sich in ihren Analysen allerdings weitgehend auf den industriellen Sektor. Deshalb fanden bis heute wichtige Entwicklungen in den metropolitenen Zentren wie auch in den peripheren Weltregionen kaum Eingang in diese Theorie.

Obwohl die teilweise »neo-keynesianischen« Reformvorschläge der Regulationsschule (vgl. Lipietz in diesem Buch) innerhalb des kritischen Diskurses nicht auf ungeteilte Zustimmung stossen, haben sich deren gesellschaftstheoretischen Grundannahmen mittlerweile in breiten Kreisen durchgesetzt. Die Regulationstheorie ist auf dem besten Weg, zum neuen *Mainstream* innerhalb der kritischen Gesellschaftswissenschaften zu avancieren.

Einen verwandten Ansatz entwarfen im deutschsprachigen Raum Joachim Hirsch und Roland Roth in ihrem grundlegenden Buch *Das neue Gesicht des Kapitalismus* (1986). Hirsch und Roth gingen von den Arbeiten der Regulationsschule aus, entwickelten ein eigenständiges Fordismus-Konzept und lancierten die Debatte über den Post-Fordismus anhand einer differenzierten Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik seit 1945.

Auf einer mehr empirischen Ebene wurden im angelsächsischen Sprachraum neue Industrialisierungsprozesse mit dem Konzept der »flexiblen Spezialisierung« erfasst. Michael Piore und Charles Sabel (1985) eröffneten Mitte der achtziger Jahre die Debatte über die Krise der fordistischen Massenproduktion und die neuen Möglichkeiten, die in einer »flexiblen Spezialisierung« liegen: qualifizierte, handwerkliche Produktion in eng vernetzten, spezialisierten, flexiblen und innovativen Firmen, die – gestützt auf computergesteuerte Technologien – schnell auf neue Moden und Trends auf dem Weltmarkt reagieren können. Die Generalisierung der »flexiblen Spezialisierung« als neues, weltweit gültiges Industrialisierungsmodell stiess jedoch insbesondere bei den VertreterInnen der Regulationsschule auf heftige Kritik. Sie betonten, dass verschiedene Industrialisierungsmodelle gleichzeitig nebeneinander bestehen können (Leborgne/Lipietz 1994).

Eine umfassendere Sichtweise, in der die gleichzeitige Existenz dieser unterschiedlichen und widersprüchlichen Tendenzen berücksichtigt wird, formulierte David Harvey mit dem Konzept der »flexiblen Akkumulation«: Im Gegensatz zur Starrheit der fordistischen Massenproduktion und des keynesianischen Wohlfahrtsstaates unterscheidet sich das Regime der flexiblen Akkumulation durch eine bemerkenswerte »Flüssigkeit« von Produktionsprozessen, Arbeitsmärkten, Finanzorganisationen und Konsummustern (Harvey 1987, 1989a). Harveys theo-

retische Ueberlegungen schliessen sich direkt an seine früheren Arbeiten zum Urbanisierungsprozess und zur Bedeutung der Kapitalkreisläufe für die räumliche Entwicklung an – Arbeiten, die wesentlich von Henri Lefebvre, dem eigentlichen Begründer der kritischen Stadtforschung, beeinflusst sind.

Global City und Exopolis

Das neue Regime der Akkumulation bedeutet auch eine neue Art der »Produktion des Raumes« (Lefebvre 1974). War das fordistische Modell des Urbanisierungsprozesses durch Agglomeration, Suburbanisierung und funktionale Entmischung geprägt, so zeichnen sich heute widersprüchliche Tendenzen ab: An verschiedensten Orten, in den metropolitane Zentren wie in den urbanen Peripherien, entstehen neue räumliche Konfigurationen, neue Räume der Produktion und der Konsumtion.

In den letzten Jahren wurden beispielsweise neue Formen industrieller Agglomerationen identifiziert, die als »flexible Produktionskomplexe« bezeichnet werden: räumliche Cluster von stark vernetzten kleineren und mittleren Unternehmen, die untereinander so eng verflochten sind, dass sie als Einzelbetriebe nicht existieren könnten – eine Form der Industrieansiedlung und -organisation, die sich grundsätzlich vom fordistischen Modell unterscheidet. Während die fordistischen Grosskonzerne die Herstellung und Vermarktung eines Produkts von der Gewinnung der Rohstoffe bis zum Verkauf an die EndverbraucherInnen zu kontrollieren versuchten, stützen sich die neuen Unternehmen auf ein differenziertes Netz von Zulieferbetrieben und stellen hochgradig spezialisierte Elemente für die unterschiedlichsten Produkte her. Diese Form der Organisation wird als »vertikale Desintegration« bezeichnet. Die berühmtesten Beispiele dieser neuen industriellen Gebiete sind das Silicon Valley bei San Francisco und das Orange County bei Los Angeles, die durch Allen Scott, Michael Storper und anderen untersucht worden sind (vgl. z.B. Scott 1986, Scott 1988, Storper/Scott 1990).

Die Debatte über die neuen, flexibilisierten Räume der industriellen Produktion findet ihr Gegenstück in der Diskussion um die veränderte Bedeutung der Weltmetropolen als Kommandozentralen der Weltwirtschaft, die in den Konzepten der *World City* und der *Global City* konkretisiert wurden: Nachdem Robert Cohen (1981) die ersten Grundgedanken skizziert hatte, wurde diese Debatte vor allem durch John Friedmann und Goetz Wolff weiter vorangetrieben, die mit dem Bild von »Zitadelle und Ghetto« die widersprüchliche sozio-ökonomische

Konstellation in den *World Cities* auf den Punkt brachten.² Ihre Fortsetzung fanden diese Analysen u.a. in den Arbeiten von Saskia Sassen und ihrem Konzept der *Global City*: Gemäss ihren Analysen entwickelten sich aufgrund der veränderten räumlichen Arbeitsteilung einige Metropolen im Verlauf der siebziger Jahre zu hochspezialisierten und untereinander vernetzten Produktionskomplexen, die als strategische Standorte für den Finanzsektor und für spezialisierte unternehmensorientierte Dienstleistungsunternehmen fungieren (Sassen 1993a, vgl. auch ihren Beitrag in diesem Buch).

Während das Konzept der *Global City* vor allem die ökonomischen und sozialen Restrukturierungsprozesse in den innerstädtischen Kerngebieten der Metropolen thematisiert, fokussieren andere Untersuchungen die suburbanen Peripherien, wo sich neue Pole des Dienstleistungssektors und postfordistische industrielle Distrikte zu neuen Stadtgebilden verdichten, die in der nordamerikanischen Literatur als *outer cities*, *edge cities* (Garreau 1991) oder *exopolis* (Soja 1992b) bezeichnet werden.

Diese unterschiedlichen Phänomene zeugen von einer grundlegend veränderten Dynamik des Urbanisierungsprozesses, von einer Zersplitterung und Flexibilisierung räumlicher Strukturen, einer Neukonstitution von Zentrum und Peripherie innerhalb der Metropolen und einer neuen Konfiguration des Städtischen. Die urbanen Gebiete entwickeln sich zu heterogenen, patchworkartigen Gebilden, die unsere bisherigen Vorstellungen von »Stadt« radikal in Frage stellen. Der am besten untersuchte Schauplatz dieser neuen Urbanisierungsprozesse ist Los Angeles, diejenige Metropole, die – insbesondere von US-amerikanischen ForscherInnen – als die eigentliche Kapitale des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts, als die paradigmatische industrielle Metropole der modernen Welt (Soja/Scott 1986) angesehen wird.³

Diese Analysen und theoretischen Konzepte sind auch in den deutschsprachigen Diskurs diffundiert. Neben den schon erwähnten Analysen von Hirsch und Roth sind hier vor allem die Arbeiten von Joachim Esser, Detlev Ipsen, Stefan Krätke und Margit Mayer zu erwähnen.⁴ Wichtige Impulse setzte die Frankfurter Gruppe »Urbi et Orbi«, die neben tiefgreifenden Untersuchungen zur »Welt-Stadt-Formation« von Frankfurt auch eine intensive Auseinandersetzung mit der Bedeutung und Verwendung des Begriffs »Urbanität« führte.⁵

Wir versuchen im folgenden, diese verschiedenen Debatten aufzunehmen und einen theoretischen Rahmen zur Analyse des Urbanisierungsprozesses zu skizzieren: Ausgehend von den Regimes der fordistisch-keynesianischen und der flexiblen Akkumulation untersuchen wir die Entwicklung der räumlichen Arbeitsteilung (globale Ebene)

und den Urbanisierungsprozess (konkret-räumliche Ebene), um uns schliesslich mit der Reproduktion der Arbeitskraft und den urbanen Revolten der letzten Jahrzehnte eingehender zu befassen. Dabei geht es insbesondere um die allgemeinen Linien der historisch geographischen Entwicklung in westeuropäischen Ländern.

Produktionsprozess und gesellschaftliche Entwicklung

Das fordistisch-keynesianische Akkumulationsregime

Der Begriff Fordismus bezieht sich auf eine spezifische Kombination von Produktionsmethoden, die Henry Ford vor dem Ersten Weltkrieg in der Automobilfabrikation erstmals zur Anwendung brachte: die Standardisierung des Produkts (Ford Modell »T«), die wissenschaftliche Arbeitsorganisation (Taylorisierung) und die weitgehende Mechanisierung der Herstellungsprozesse (Fließband). Da diese Organisation des Produktionsprozesses eine extrem routinisierte Arbeit, gleichzeitig aber ein hohes Mass an Zuverlässigkeit und Disziplin verlangte, bezahlte Henry Ford seinen ArbeiterInnen vergleichsweise hohe Löhne.

Dieses Produktionsmodell entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten zum allgemeinen Muster der Industrialisierung und mündete schliesslich in ein neues, von Antonio Gramsci mit dem Begriff »Fordismus« bezeichnetes gesellschaftliches Entwicklungsmodell, das im wesentlichen auf der Verkoppelung von Massenproduktion und Massenkonsum beruhte: Auf der einen Seite wurde die Produktivität durch die systematische Rationalisierung und Zerstückelung des Arbeitsprozesses und die standardisierte Massenproduktion enorm gesteigert. Auf der anderen Seite wurden die ArbeiterInnen an den Rationalisierungsgewinnen beteiligt. So entwickelte sich der Massenkonsum zum eigentlichen Motor für die Ankurbelung der Produktion und zum Leistungsanreiz für die zunehmend entfremdete Arbeit im rationalisierten Produktionsprozess.

Da die Ford'sche »Hochlohnpolitik« auf der Ebene eines einzelnen Unternehmens längerfristig unweigerlich zum Ruin geführt hätte, erforderte das fordistische Entwicklungsmodell ein neues makroökonomisches Konzept, eine neue Art gesamtgesellschaftlicher Steuerung und ein neues System staatlich regulierter Verwertungsbedingungen: den Keynesianismus, dessen Grundprinzipien vom Engländer John Maynard Keynes und den US-amerikanischen Konstrukteuren von Roosevelt's New Deal als Antwort auf die grosse Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre entwickelt wurden. Noch während des Zweiten Weltkriegs wurden in der Konferenz von Bretton Woods die zukünftigen Leitlinien einer neuen Weltordnung für die Nachkriegszeit beschlossen

und damit die Voraussetzungen für eine weltweite Etablierung des Keynesianismus unter der Hegemonie der USA geschaffen.

Die Kombination von Fordismus und Keynesianismus bildete die Grundlage des fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregimes, das nach dem Zweiten Weltkrieg als realpolitischer Kompromiss zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Zentralstaat in den meisten westlichen Industrienationen durchgesetzt wurde und das den beispiellosen Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit ermöglichte. Es basierte auf der Etablierung der Sozialpartnerschaft, der institutionalisierten Aushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Dieses System versprach eine Verbesserung der Reproduktionsbedingungen für alle – d.h. für alle LohnarbeiterInnen und auch für diejenigen, die diese Arbeitskräfte aufziehen und deren Reproduktion gewährleisten, die Hausfrauen.

Bereits in den sechziger Jahren jedoch stiess das fordistisch-keynesianische Akkumulationsregime an Grenzen: sowohl auf der Ebene der Verwertungsbedingungen als auch auf der Ebene der Reproduktion. Der zerstückelte Produktionsprozess und die Rationalisierung des Alltags bewirkten eine zunehmende Entfremdung der fordistischen »Krümelmonster« (Lüscher 1988), was sich unter anderem in einer abnehmenden Leistungsbereitschaft und einem zunehmenden Widerstand am Arbeitsplatz (Fluktuation, Absentismus, Sabotage etc.) äusserte. Die Zuwachsraten der Produktivität begannen zu sinken. Unter den starren Regeln des fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregimes öffnete sich eine Schere zwischen Produktivitäts- und Lohnsteigerung. Auch der Ausbau des Wohlfahrtsstaates war nicht mehr zu bremsen. Die fordistisch-keynesianische Verkoppelung von Produktivität und Lohn wurde bis zur Bruchgrenze gedehnt. Die sinkenden Profitraten in der Produktion liessen die Investitionen zunehmend in die sekundären und tertiären Kapitalkreisläufe, in die gebaute Umwelt und die soziale Infrastruktur fliessen (Harvey 1985b).

Gegen Ende der sechziger Jahre schlug die unterschwellige Unzufriedenheit in Protest um: An verschiedensten Orten manifestierte sich versteckter und offener Widerstand, gegen Imperialismus und Ausbeutung der Dritten Welt, gegen die entfremdete Arbeit im tayloristisch zerstückelten Produktionsprozess, gegen die forcierte Industrialisierung und ihre zerstörerischen Folgen für Menschen und Umwelt. Der seit dem Zweiten Weltkrieg anhaltende soziale Friede, basierend auf Sozialpartnerschaft und Wohlfahrtsstaat, zerbrach. Anfangs der siebziger Jahre folgte die Wirtschaftskrise, die eine umfassende Umstrukturierung der Weltwirtschaft nach sich zog, deren Ende heute noch nicht absehbar ist.

Das Regime der flexiblen Akkumulation

Die Suche nach Auswegen aus der Krise und nach Möglichkeiten, wieder bessere Verwertungsbedingungen zu schaffen, ging in verschiedenste Richtungen: Die Auslagerung der standardisierten Massenproduktion in Niedriglohnländer (»Neue Internationale Arbeitsteilung«) und die weitere Automatisierung und Rationalisierung der Produktion in den westlichen Industrienationen (»Neotaylorismus«) standen neben Bemühungen, durch neue Formen der Arbeitsorganisation und die stärkere Einbindung der Arbeitskräfte deren Motivation und Leistungsbereitschaft zu erhöhen (z.B. »Modell Volvo«). Das Entstehen neuer handwerklicher Produktionsformen (»flexible Spezialisierung«) kontrastierte mit einer verstärkten Konzentration und Multinationalisierung. Auf der politischen Ebene begann sich in den führenden Industrienationen der Neokonservatismus durchzusetzen, in den USA wurde der Keynesianismus durch die »Reaganomics« und den Rüstungskeynesianismus, in Grossbritannien durch den »Thatcherismus« und den Monetarismus abgelöst.

Dies hatte Veränderungen auf verschiedenen Ebenen zur Folge, die zusammen ein neues Akkumulationsregime einleiteten, das als »flexible Akkumulation« bezeichnet und mit den Begriffen Flexibilisierung, Deregulierung und Globalisierung charakterisiert werden kann.

Die technologische Basis des neuen Akkumulationsregimes wurde mit dem Durchbruch der mikroelektronischen Revolution gelegt. Computerisierung in grossem Massstab und die Einführung neuer Kommunikationsmittel ermöglichen die weitere Rationalisierung und Automatisierung der industriellen Produktion wie auch der Büroarbeit. Mit diesen neuen Technologien eröffnen sich verschiedene Möglichkeiten zur Flexibilisierung des starren fordistisch-keynesianischen Produktionssystems: Mit programmierbaren Maschinen und *computer-integrated manufacturing* (CIM) können auch Kleinserien und Einzelstücke (Losgrösse 1) durchaus rationell produziert werden. Neue Organisationsformen beginnen sich durchzusetzen (vertikale Desintegration, *subcontracting*) und neue Produktionsabläufe werden eingeführt (*just-in-time production*, *lean production*). Der fordistische Produktionsprozess wird aufgesplittet und flexibilisiert, ganze Produktionseinheiten können ausgelagert und an die verschiedensten Standorte des Erdballs verschoben werden.

Die Deregulierung bedeutet das Aufbrechen von staatlichen und korporatistischen Normen, Abmachungen und Garantien, die Demontage des Sozialstaats und keynesianischer Steuerungsinstrumente und die nur mehr selektive Gültigkeit von Sozialpartnerschaft und Sozial-

verträgen, den Abbau von Subventionen und Zöllen, die Internationalisierung der Märkte und die Einschränkung der nationalen Souveränität in den Bereichen der Wirtschafts- und Währungspolitik. Die schrittweise Deregulierung des globalen Finanzsystems, die mit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods und der Einführung flexibler Wechselkurse (1973) begann und unter anderem mit dem Abbau von Vorschriften und Zulassungsbestimmungen an den Börsen (»Big Bang« in London 1986) weiter vorangetrieben wurde, und der allmähliche Wechsel der vorherrschenden Geldform vom Papiergeld zum elektronischen Geld bzw. Informationsgeld (Hartmann 1991) spielen dabei eine herausragende Rolle.

Die neuen Technologien elektronischer Informations- und Datenverarbeitung und der weitere Ausbau der Transport- und Kommunikationssysteme (Flugverkehr, Hochgeschwindigkeitszüge, Nahverkehrsmittel, Satelliten, Glasfaserkabel, neue Telekommunikationssysteme) bilden auch die Voraussetzungen einer verstärkten Globalisierung. Sie sind die Grundlage für die Transnationalisierung des Finanzsystems, die Schaffung von global vernetzten Produktionssystemen (*world-wide sourcing*) und die direkte Anbindung auch kleiner Betriebe an den Weltmarkt.

Als Folge dieser Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte wird auch die soziale Basis des fordistischen Modells, das industrielle Proletariat, aufgesplittert. Neue privilegierte Klassensegmente gewinnen an Bedeutung: die BürolistInnen, die neuen Kader und SpezialistInnen. Gleichzeitig wird der gesamte Bereich der entgarantierten und prekarierten Arbeit ausgedehnt, ganze soziale Gruppen werden in den informellen Sektor abgedrängt. Das Auftreten einer bedeutenden strukturellen Arbeitslosigkeit, die Demontage des Sozialstaates und die Entstehung der »Neuen Armut« in den Metropolen des Westens signalisieren eine Abkehr von den fordistisch-keynesianischen Träumen von Vollbeschäftigung und sozialer Wohlfahrt für alle: Jetzt gibt es mehr zu gewinnen und mehr zu verlieren.

Die Etablierung des neuen Akkumulationsregimes ermöglicht die Anwendung differenzierter Strategien zur Schaffung profitabler Verwertungsbedingungen: Je nach den Erfordernissen der aktuellen Situation werden Widerstände grossräumig umgangen, kurzfristig alte Territorien aufgegeben und neue erschlossen, ganze Sektoren rationalisiert oder verlagert, soziale Klassen aufgespalten, marginalisiert oder privilegiert, oppositionelle Bewegungen repressiv bekämpft oder aber integriert.

Das Regime der flexiblen Akkumulation produziert allerdings auch neue Widersprüche: eine zunehmende gesellschaftliche Desintegration,

sich verschärfende Spannungen und soziale Konflikte in den Metropolen und eine wachsende Verelendung in den Peripherien. Zu diesen »Peripherien« zählen heute nicht mehr nur die Staaten der »Dritten Welt«, sondern in zunehmendem Masse auch Gebiete in den Agglomerationsgürteln und den »Hinterhöfen« der metropolitenen Zentren.

Auch für einen der zentralen Widersprüche des rohstoff- und energieintensiven fordistischen Wachstumsmodells, die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und die fortschreitende Zerstörung der Umwelt, zeichnen sich keine Lösungen ab.

Die räumliche Arbeitsteilung und die Hierarchie der Weltzentren

Gesamtgesellschaftliche und räumliche Arbeitsteilung

Die Durchsetzung des fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodells bewirkte innerhalb der westlichen Industrienationen eine grundlegende Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung. Grundlage bildete dabei die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen ausführenden und dispositiven, gestaltenden Tätigkeiten. Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts entwickelte sich die Planung, Organisation und Kontrolle des Arbeitsprozesses zu einem spezialisierten Produktionsbereich, der in das *bureau des méthodes* ausgelagert wurde. Mit der Rationalisierung des Produktionsprozesses wurde dieser Bereich immer weiter ausdifferenziert und in eigenständige Abteilungen aufgeteilt (Management, Forschung und Entwicklung, Marketing, Administration etc.).

In der Folge erforderte die Planung, Steuerung und Kontrolle der Produktion eine wachsende Anzahl von Arbeitskräften, während die eigentliche industrielle Produktion materieller Güter einen immer geringeren Teil an der gesamtgesellschaftlichen Arbeit beanspruchte. Gleichzeitig führte die zunehmende Komplexität des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses und der Ausbau des keynesianischen Wohlfahrtsstaates zu einer Ausdehnung des »Dienstleistungssektors«, d.h. all derjenigen Bereiche, die nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der industriellen Produktion stehen: des Finanzsystems, der Distribution sowie der Reproduktion der Arbeitskraft und der Gesellschaft (Gesundheitswesen, Ausbildung, Staatsapparat etc.).

Aus dieser veränderten gesellschaftlichen Arbeitsteilung resultierte eine neue räumliche Organisation des Produktionsprozesses, eine neue Raum-Teilung: Mit dem Ausbau der Transport- und Kommunikationssysteme ergab sich die Möglichkeit, den gesamtgesellschaftlichen Pro-

duktionsprozess auch räumlich aufzuspalten. Die verschiedenen Produktionsbereiche wurden getrennt und konstituierten je eigene, spezialisierte Räume der Produktion.

Die Industrieproduktion, die wegen der vielfältigen Austauschbeziehungen zwischen den einzelnen Produktionsstufen die räumliche Zusammenballung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften erforderte, wurde zu gigantischen, eng verflochtenen industriellen Komplexen zusammengefasst. Die strategischen Bereiche des Dienstleistungssektors (Distribution, Finanzsystem, spezialisierte Einrichtungen des Reproduktionssektors) und die dispositiven Bereiche der Produktion waren demgegenüber auf zentrale Standorte angewiesen und wurden zunehmend in den Kernstädten der Metropolen konzentriert, die sich zu eigentlichen Kontrollzentren der nationalen Ökonomien entwickelten.

Das Leopardenfell der globalen Arbeitsteilung

Unter dem Regime der flexiblen Akkumulation wurde diese Form der räumlichen Arbeitsteilung auf den ganzen Globus ausgedehnt. Die neuen elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien, die Flexibilisierung der Produktionsprozesse und der Abbau nationalstaatlicher Regulierungen ermöglichten die umfassende Vernetzung verschiedenster Standorte und die Etablierung von immer intensiveren und komplexeren Austauschbeziehungen über nationale und kontinentale Grenzen hinweg. Dadurch wurden die Konfigurationen von Raum und Zeit grundlegend verändert. Entscheidungen der Zentren können heute binnen weniger Minuten auf der ganzen Welt ihre Wirkung entfalten. Die raum-zeitlichen Barrieren des Produktionsprozesses verlieren an Bedeutung, der Globus schrumpft zusammen: ein Prozess, den David Harvey (1989a) als »Raum-Zeit-Kompression« bezeichnet hat.

Das Zusammenbrechen der räumlichen Barrieren bedeutet aber nicht, dass der Raum uniform und homogen würde, im Gegenteil: Die differenzierte Herrschaft über den Raum und die Möglichkeit des raschen Zugriffs auf einzelne Teil-Räume verstärkt räumliche Disparitäten. Unterschiedlich ausgestattete Raum-Einheiten werden differenzierter genutzt und der gesamte Raum noch komplexer und heterogener strukturiert.

Auf allen Ebenen – von der globalen bis zur intraurbanen – bildet sich eine neue räumliche Arbeitsteilung heraus, die der organisatorischen Differenzierung und Flexibilisierung der Produktionsprozesse entspricht. Auf Weltmassstab wird der Globus in Zonen mit vergleichbaren Bedingungen aufgeteilt. Die Grenzen dieser Zonen müssen nicht

notwendigerweise mit den nationalstaatlichen Grenzen zusammenfallen, oft verlaufen sie auch quer zu diesen. Die globale Arbeitsteilung beginnt dem Muster eines Leopardenfells zu gleichen (Strehle 1991).

Ein paar wenige Weltmetropolen, vor allem über die nördliche Hemisphäre verteilt und untereinander vernetzt, bilden die Kommandozentralen der Weltökonomie, in denen Entscheide von globaler Tragweite getroffen und die weltweiten Kapitalkreisläufe und Produktionsprozesse kontrolliert und gesteuert werden. An diesen Knotenpunkten der Weltwirtschaft siedeln sich Hauptsitze von Banken und multinationalen Konzernen an und verbinden sich mit den zugehörigen unternehmensorientierten Dienstleistungen zu einer *Headquarter Economy*, die auf eine hohe soziale Stabilität, ein hohes Ausbildungsniveau und eine starke Motivation der Arbeitskräfte angewiesen ist und deshalb ein vergleichsweise hohes Lohnniveau und gute Reproduktionsbedingungen anbietet.

Der industriellen Produktion steht eine ganze Palette von Investitionszonen mit verschiedensten Lohn- und Qualifikationsstufen zur Verfügung: Sie reicht von den mit Forschung und Entwicklung eng verknüpften postfordistischen Clustern der High-Tech-Industrie (z.B. Silicon Valley) über die riesigen fordistischen und vor-fordistischen Industrieagglomerationen mit ihren qualifizierten Facharbeitskräften (z.B. das Rhein-Ruhr-Gebiet) und die Investitionszonen Lateinamerikas und Südasiens (z.B. Taiwan) bis zu den »Hinterhöfen« der europäischen und nordamerikanischen Metropolen (z.B. *Sweatshops* in New York oder in der Ebene zwischen Florenz und Prato) und den Tiefstlohnzonen des Trikonts (z.B. Indonesien).

Der Rest der Welt – und das ist der grösste Teil – gehört zu den relativen oder absoluten Armutszonen: In diesen Gebieten (fast der ganze afrikanische Kontinent, einzelne asiatische Regionen und die ausgepörrten Gebiete Lateinamerikas) wird kaum noch investiert. Wenn sich die Weltwirtschaft überhaupt für sie interessiert, dann nur im Rahmen eines neokolonialen Ausbeutungsverhältnisses für den Abbau von Bodenschätzen, den Anbau von *Cashcrops* und die Ablagerung von Giftmüll. Mit den menschlichen Existenzbedingungen in diesen Armutszonen beschäftigen sich bestenfalls die Hilfswerke.

Die Standortwahl der industriellen Produktion

Mit der zunehmenden Raum-Zeit-Kompression wird die standardisierte und automatisierte Produktion zunehmend unabhängig von der konkreten Ausstattung, von konkreten Eigenschaften des Raumes. Kosten und Unsicherheiten von Transport und Kommunikation spielen

für die Ansiedlung von Produktionsbetrieben nur noch eine untergeordnete Rolle. Heute sind für Standortentscheide andere Kriterien massgeblich: die Kosten der Arbeitskraft sowie die aktuellen politischen, fiskalischen und gesetzlichen Verhältnisse. Die in immer kürzeren Wellen verlaufenden Investitionsschübe und die daraus resultierenden kurzen Amortisationsfristen für produktive Investitionen lassen selbst grossräumige Unternehmensverlagerungen an die gerade »günstigsten« Standorte als rentabel erscheinen.

Die neuen High-Tech-Industrien (speziell Mikroelektronik und Rüstungsindustrie) sowie Forschungs- und Entwicklungsabteilungen siedeln sich demgegenüber an neuen, »unverbrauchten« Standorten an: in den gut erschlossenen und wohlhabenden »Sonnengürteln« der hochindustrialisierten Nationen (Kalifornien in den USA, Korridor entlang der Autobahn M4 in England, Bayern und Baden-Württemberg in der BRD), in Gebieten also, die sich durch vergleichsweise schwache oder kooperative Gewerkschaften, die räumliche Nähe zu urbanen Zentren mit ihrem spezialisierten Dienstleistungsangebot und attraktive Reproduktionsbedingungen für die ForscherInnen und TechnikerInnen auszeichnen.

Weltmetropolen und Headquarter Economy

Die Kommandofunktionen der Weltwirtschaft sind von grundsätzlich anderen Standortbedingungen abhängig als die Produktionsbetriebe: Die Hauptsitze von transnationalen Konzernen und ihre zugehörigen Dienstleistungen benötigen stabile politisch/gesellschaftliche Verhältnisse, Steuervorteile, eine liberale Wirtschaftspolitik, ein leistungsfähiges nationales Finanzsystem, eine differenzierte urbane Infrastruktur sowie internationale Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen (z. B. Flughäfen). Vor allem aber erfordern sie die räumliche Nähe eines weiten Spektrums spezialisierter Einrichtungen und Dienstleistungen: Hochschulen, Forschungsinstitute, Beratungsbüros, Anwaltspraxen, Banken, Public Relations-Agenturen, Design-Ateliers etc. Trotz aller Möglichkeiten der Kommunikationstechnologie spielen bei diesen ökonomischen Aktivitäten *face-to-face* Kontakte nach wie vor eine entscheidende Rolle (Sassen 1993a). Eine *Headquarter Economy* braucht zudem eine grosse Zahl von Fachleuten, SpezialistInnen und Kadern, die vor allem dort zu finden sind, wo ein differenzierter Arbeitsmarkt existiert und wo gute Reproduktionsbedingungen locken: Ein ausgebautes Bildungs- und Gesundheitssystem, aber im speziellen auch Einrichtungen für den Luxuskonsum und ein breitgefächertes kulturelles Angebot.

Das Finanzsystem ist in noch ausgeprägterem Mass auf hochwertige Produktions- und Reproduktionsbedingungen angewiesen. Aus historischen und organisatorischen Gründen ist es seit jeher auf einige wenige internationale Finanzplätze konzentriert. Die zunehmende Kapitalkonzentration und die Multinationalisierung der Produktion bewirken eine starke Ausdehnung der Finanzgeschäfte und damit eine enorme Zunahme des ökonomischen und politischen Einflussbereichs des Finanzsektors: Das Finanzsystem avanciert zum Steuerungsinstrument der Weltökonomie.

Nur sehr wenige Zentren können die hochdifferenzierten Produktions- und Reproduktionsbedingungen anbieten, die nötig sind, um weltweite Aktivitäten zu koordinieren. Deshalb konzentrieren sich der Finanzsektor, die Konzernspitzen und der gesamte Bereich spezialisierter Dienstleistungen in wenigen, dafür umso komplexer und hierarchischer organisierten Weltzentren. An der Spitze dieser Hierarchie stehen New York, London und Tokio. Auf der zweiten Hierarchiestufe folgen internationale Finanzzentren wie Chicago, Frankfurt, Paris oder Zürich. Zusammen mit San Francisco, Los Angeles und Toronto, Amsterdam, Brüssel und Mailand, Singapur, Sydney und Hong Kong gehören sie zu jener exklusiven Gruppe von Metropolen, die als Schalt- und Kommandozentralen der Weltwirtschaft fungieren.⁶ Die kleine Zahl dieser Weltmetropolen ist durch vielfältige weltwirtschaftliche Abhängigkeiten miteinander verbunden und bildet ein differenziertes Macht- und Entscheidungssystem.

Der Urbanisierungsprozess

Die fordistisch-keynesianische Agglomeration

Die weltweite Durchsetzung des fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregimes in den fünfziger und sechziger Jahren etablierte eine grundlegend neue Logik des gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsprozesses und damit auch eine neue Logik der Produktion des Raumes. Es ist kein Zufall, dass nicht etwa die Nähmaschine, der Kühlschrank oder der Haarföhn zum Symbol des Fordismus wurde, sondern das Automobil. Es bildete nicht nur das ideale Konsumobjekt (Nützlichkeit und Statussymbol, grosser Kapitalbedarf, Kultobjekt) sondern es bot gleichzeitig auch die Möglichkeit zur individuellen Überwindung des Raumes und damit zur grundlegenden Veränderung der räumlichen Strukturen. Im Gegensatz zu den linear ausgerichteten öffentlichen Transportmitteln erlaubte das Auto eine flächendeckende Erschliessung des Raumes. Der räumlichen Konzen-

tration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften und der Ausdehnung der urbanen Gebiete schienen kaum mehr Grenzen gesetzt.

Der typische räumliche Ausdruck des fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregimes war die Agglomeration, die nach dem Prinzip des Fliessbandes organisiert wurde. Neue Konzepte der Architektur (klassische Moderne) und des Städtebaus (Charta von Athen) wurden entworfen und die Zonierung der Städte in monofunktionale Einheiten vorangetrieben: City, Industrieviertel, Wohnquartier, Erholungsgebiet, Einkaufsparadies usw., verknüpft durch ein Netz von Strassen und Autobahnen. Auch die soziale Struktur des urbanen Raumes war durch soziale Entmischung und grossräumige Segregation gekennzeichnet.

Im Zentrum der auseinanderberstenden Agglomerationen wurden die alten Arbeiterquartiere niedergerissen und an ihrer Stelle die Wolkenkratzer von multinationalen Konzernen und Banken errichtet, als Wahrzeichen der weltumspannenden Macht der industriellen Imperien. An den Rändern der Agglomerationen begannen sich industriell gefertigte, hoch standardisierte Vorortsgürtel auszudehnen, Einfamilienhauszonen für die Mittelklassen und Wohnblockghettos für die ArbeiterInnen.

Die räumliche Konfiguration des fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregimes kann mit einem Implosions-Explosions Modell der Entwicklung verglichen werden: die Konzentration von Menschen, Produktionsmitteln, Konsumgütern, Möglichkeiten, von Macht, Reichtum und Armut, und gleichzeitig ein Auseinanderbersten, die Ausstreuung zahlloser und zusammenhangloser urbaner Fragmente (Vororte, Satellitenstädte, Feriensiedlungen etc.) (Lefebvre 1972).

Die Metropole der flexiblen Akkumulation

Unter dem Regime der flexiblen Akkumulation bildet die Metropole nicht mehr eine räumliche Zusammenballung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, sondern in zunehmendem Masse ein Geflecht verschiedener Standorte, eine Zusammenfassung von immer grösseren Teilen des Raumes in übergreifenden Einzugsgebieten. Während die fordistisch-keynesianische Agglomeration noch mehr oder weniger erkennbare Grenzen hatte, verschwimmen heute die Strukturen der Metropolen. Es entsteht eine neue räumliche Form: die urbane Grossregion, *la région urbaine*.

Im Gegensatz zu früher kommen die Menschen der hochindustrialisierten Nationen nicht mehr in die »Stadt«, die »Stadt« kommt zu den Menschen: Unabhängig davon, wo sie wohnen, werden sie vom urba-

nen Leben eingeholt. Mit der Ausdehnung der flexiblen Akkumulation wird das ganze Land – tendenziell – zu einer urbanisierten Zone. Gleichzeitig wird die starre fordistisch-keynesianische Raumstruktur der konzentrischen Ringe und Sektoren aufgebrochen und der gesamte urbane Raum zersplittet in spezialisierte Fragmente: Die Struktur der Metropole beginnt sich der verästelten Struktur eines Chips anzugleichen.

Die Metropolen blähen sich zu weiträumigen Einzugsgebieten mit Millionen von Menschen auf, entwickeln sich zu hochdifferenzierten Konglomeraten von verschiedenen spezialisierten Standorten, verbunden durch Autobahnen, Schnellbahnen, Glasfaserkabel. Was früher weit entfernt war, wird dank neuen Verkehrsnetzen plötzlich zu einem zentralen Standort. Gebiete dazwischen, Gebiete ohne Anschluss verkommen zur urbanen Peripherie: Vorstadtghettos, verlassene Industrieareale, Niemandsland. Die Entstehung polyzentrischer Metropolen, die Errichtung von Nebencities und Citygürteln in den Agglomerationsgebieten, die *Gentrification* der urbanen Kernzonen (d.h. die Eroberung der alten innerstädtischen Wohnquartiere durch hohe Einkommensklassen) und neue Formen kleinräumiger Segregation kennzeichnen diese neue Phase der Urbanisierung: Der Flexibilisierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse entspricht die Flexibilisierung der räumlichen Strukturen, die Produktion eines »flexiblen Raumes« (vgl. Lehrer in diesem Buch).

Der Reproduktionsprozess im urbanen Raum

Kämpfe gegen die Reproduktionsmaschine

Der urbane Raum hat nicht nur eine spezifische Bedeutung für den Produktionsprozess, sondern er bildet zugleich auch den Rahmen für die Realisierung der menschlichen Lebensbedürfnisse, er ist eine Einheit der Reproduktion der Arbeitskraft. Diese ist wiederum direkt mit dem Produktionsprozess verknüpft und bildet einen entscheidenden Faktor für die ökonomische Attraktivität eines Standortes: Die Arbeitskräfte sind (immer noch) eine zentrale Bedingung der Produktion. Die Lebensbedingungen an einem Ort werden deshalb nicht nur von den Bedürfnissen und Wünschen der BewohnerInnen, sondern auch von der Logik des Produktionsprozesses bestimmt: In der Fremdbestimmung der menschlichen Reproduktion liegt der zentrale Widerspruch des Urbanisierungsprozesses begründet, an dem sich die urbanen Kämpfe entzünden.

Der Beginn eines systematischen Zugriffs auf die Reproduktionsbedingungen fiel zusammen mit dem Beginn des Fordismus. Massenkon-

sum und Wohlfahrtsstaat als neue Elemente der fordistisch-keynesianischen Reproduktion bedeuteten eine massive Zunahme an staatlichen Aufgaben im Bildungssektor, im Gesundheitswesen, im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Die rationelle und effiziente Erfüllung dieser Aufgaben erforderte eine Neustrukturierung des urbanen Raumes.

Der Reproduktionsbereich wurde mit industriellen Mitteln ausgebaut: Supermarkt und Selbstbedienung, Massenmotorisierung, industrieller Wohnungsbau. So entstanden die »Wohnfords« (Prigge 1988b) der Vorstädte, die »Grosswohnanlagen« in Deutschland, die »*grands ensembles*« in Frankreich, in denen gewissermassen rationell gewohnt werden konnte. Ebenfalls ein Kennzeichen dieser fordistisch-keynesianischen Form der Urbanisierung ist die funktionale Entmischung, die räumliche Trennung der verschiedenen Lebensbereiche: An einem Ort wird gewohnt, an einem anderen gearbeitet, an einem dritten eingekauft und ein vierter dient der Erholung und dem Vergnügen. Im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre entwickelten sich die Metropolen zu eigentlichen Reproduktionsmaschinen.

Gegen Ende der sechziger Jahre geriet das gesamte fordistisch-keynesianische Akkumulationsregime in die Krise. Ausdruck dieser Krise waren die gesellschaftlichen Konflikte, die seit 1968 immer wieder aufgebrochen sind. Dazu gehören wesentlich auch die urbanen Kämpfe, die *lutttes urbaines*, ein Begriff, der anfangs der siebziger Jahre in Paris geprägt wurde.⁷ Sie entzündeten sich an drei Auswirkungen der fordistisch-keynesianischen Reproduktion: der funktionalen Umstrukturierung des urbanen Raumes, der zunehmenden Entfremdung in der Reproduktionsmaschine, der fortlaufenden Zerstörung der Umwelt.

Erstens führte die fordistisch-keynesianische Umstrukturierung in den meisten Metropolen zur Entwicklung reiner Büro- und Geschäftszonen in den Kernstädten. Günstiger Wohnraum in den innerstädtischen Quartieren wurde teils unter privatwirtschaftlicher, teils unter staatlicher Regie zerstört oder luxussaniert, die ursprünglichen BewohnerInnen in die Agglomeration verdrängt. Die Zerstörung oder Sanierung des eigenen Viertels und die drohende Verdrängung bildeten die Ansatzpunkte für Mietstreiks, Auszugsboykotte und Hausbesetzungen. Urbane soziale Bewegungen entstanden aber nicht nur in den Innenstädten, sondern auch in den metropolitanen Vorortsgürteln: Als die Erweiterung der staatlichen Infrastruktur wegen der explodierenden Kosten mit der Expansion der Vorortsgürtel nicht mehr mithalten konnte, bildeten sich soziale Bewegungen, die in den benachteiligten und unterversorgten Vororten die Einlösung des fordistischen Versprechens besserer Lebensbedingungen für alle verlangten. Es kam zu Kämpfen gegen die Verteuerung und für die Verbesserung des öffentli-

chen Verkehrs, zu Kampagnen für den Bau von Sozialwohnungen, zu Protesten gegen Mieterhöhungen und den miserablen baulichen Zustand der Wohnblocks, zu Aktionen für die Erstellung fehlender Quartierinfrastruktur, für Spielplätze, Kinderkrippen, Schulen, soziale und kulturelle Zentren.

Zweitens vermochte das fordistisch-keynesianische Reproduktionsmodell die menschlichen Bedürfnisse nicht zu befriedigen. Den kulturpessimistischen Klagen über die »Unwirtlichkeit unserer Städte« (Mitscherlich 1965) folgten bald handfeste Proteste, die die Entfremdung in der Reproduktionsmaschine zum Ausdruck brachten. Die Probleme sind bekannt: Die Zerstörung einer lebendigen Alltagswelt mit ihren sozialen Netzen, die Isolation in den Wohnwaben, die Unlebbbarkeit speziell auch für die Frauen, denen als »grüne Witwen« in den funktional entmischten Wohnzonen ein trostloses Leben zugemutet wurde, die Ausbruchsversuche der Jugendlichen aus der Enge der fordistischen Kleinfamilie, die sich in Jugendbanden und Vandalismus, aber auch im Kampf für eigene Treffpunkte äusserten. An verschiedenen Orten entwickelten sich diese Konflikte zu eigentlichen Aufständen und Revolten, wie z.B. die Zürcher Bewegung von 1980.

Drittens brachte der Fordismus zahlreiche negative Folgen für Mensch und Umwelt mit sich: Verkehrsprobleme, Luftverschmutzung und Lärm, Müllberge und die Bedrohung radioaktiver Verstrahlung. Heute sind längst nicht mehr nur die Arbeiterquartiere davon betroffen, sondern zunehmend auch die Territorien des Mittelstandes. So fand der Kampf gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung eine Erweiterung in der Opposition gegen Autobahnen, AKWs und Grossprojekte aller Art, wie z.B. die Frankfurter Startbahn West.

Alle diese Kämpfe lassen sich im weitesten Sinn als »urbane Kämpfe« verstehen, gerichtet gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen in den urbanen Gebieten. Sie zeigten Bruchstellen im fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregime und bedeuteten eine ernsthafte Bedrohung für das reibungslose Funktionieren der Metropolen.

Selektive Metropolen und die Simulation urbanen Lebens

Unter dem Regime der flexiblen Akkumulation haben sich diese Widersprüche nicht grundlegend verändert, sie haben lediglich eine neue Gestalt angenommen: Flexibilisierung, Deregulierung und Globalisierung bedeuten auch eine zunehmende Selektivität der allgemeinen Reproduktionsbedingungen, eine Spaltung der Menschen im Bereich der Lebenswelt. Die vorherrschende Politik konzentriert sich immer

eindeutiger auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der metropoliten Eliten, d.h. der Angestellten der *Headquarter Economy*.

So wurden im Verlauf der achtziger Jahre vor allem die Einrichtungen für den Luxuskonsum und die gehobene, spezialisierte Reproduktion ausgebaut: extravagante Boutiquen und Kunstgalerien, Luxusgeschäfte, Spezialitätenrestaurants, Opernhäuser, Museen, Konzertsäle und prestigeträchtige architektonische Monumente – eine Reproduktionsinfrastruktur, die für das Leben vielleicht nicht notwendig, für eine aufstrebende Metropole aber unabdingbar ist. Die Investitionen in renommierte kulturelle und soziale Institutionen sind Teil einer Überlebensstrategie im erbitterten Konkurrenzkampf zwischen den Zentren. Die spezialisierte Reproduktion ist dasjenige Element des Urbanisierungsprozesses, das zunehmend über die ökonomische Attraktivität einer Metropole entscheidet.

Das Resultat dieser Prozesse ist vor allem in den prosperierenden Metropolen eine Umschichtung der Bevölkerung und eine Umstrukturierung der sozialen Verhältnisse. Die Kerngebiete der urbanen Regionen werden durch steigende Mieten, *Gentrification*, offene oder schleichende Sanierung »aufgewertet«, ganze Bevölkerungsgruppen vertrieben. Für diejenigen, die unter dem Regime der flexiblen Akkumulation zu den VerliererInnen gehören, bleibt in den herausgeputzten Zentren der Weltwirtschaft kein Platz mehr. Sie müssen mit dem vorliebnehmen, was an den schlechten Lagen in der Weite der Agglomeration, entlang von Stadtautobahnen oder in den letzten Resten der innerstädtischen Wohnquartiere noch übrigbleibt.

Unter den Bedingungen der flexiblen Akkumulation ist die soziale Struktur der urbanen Grossregion, im Gegensatz zur fordistisch-keynesianischen Industrie-Agglomeration, durch kleinräumige Segregation gekennzeichnet. Das Subproletariat der Metropolen (ImmigrantInnen, Flüchtlinge, Arbeitslose, Jugendliche, JoberInnen etc.) wird in kleine, kontrollierbare Bezirke abgedrängt und mit einer partiellen Verschlechterung der Lebensbedingungen, einer selektiven Wohnungsnot und einer rigorosen polizeilichen Repression konfrontiert.

Nicht nur auf der materiellen Ebene entstehen neue Widersprüche, sondern auch auf der ideologischen. Mit der sozialen Umstrukturierung verlieren die Innenstädte ihre Lebendigkeit, ihr urbanes Ambiente, die Metropolen werden langweilig, uninteressant. Für das Verlorengegangene muss ein künstlicher Ersatz geschaffen werden: Identitätsstiftung für die Eliten der Zentren. Die Simulation des Lebens materialisiert sich in phantastischen architektonischen Monumenten, in Kulturtempeln, in pompösen Feiern. Diese Strategie wird über die Ideologie der »Urbanität« transportiert (vgl. Prigge 1991).

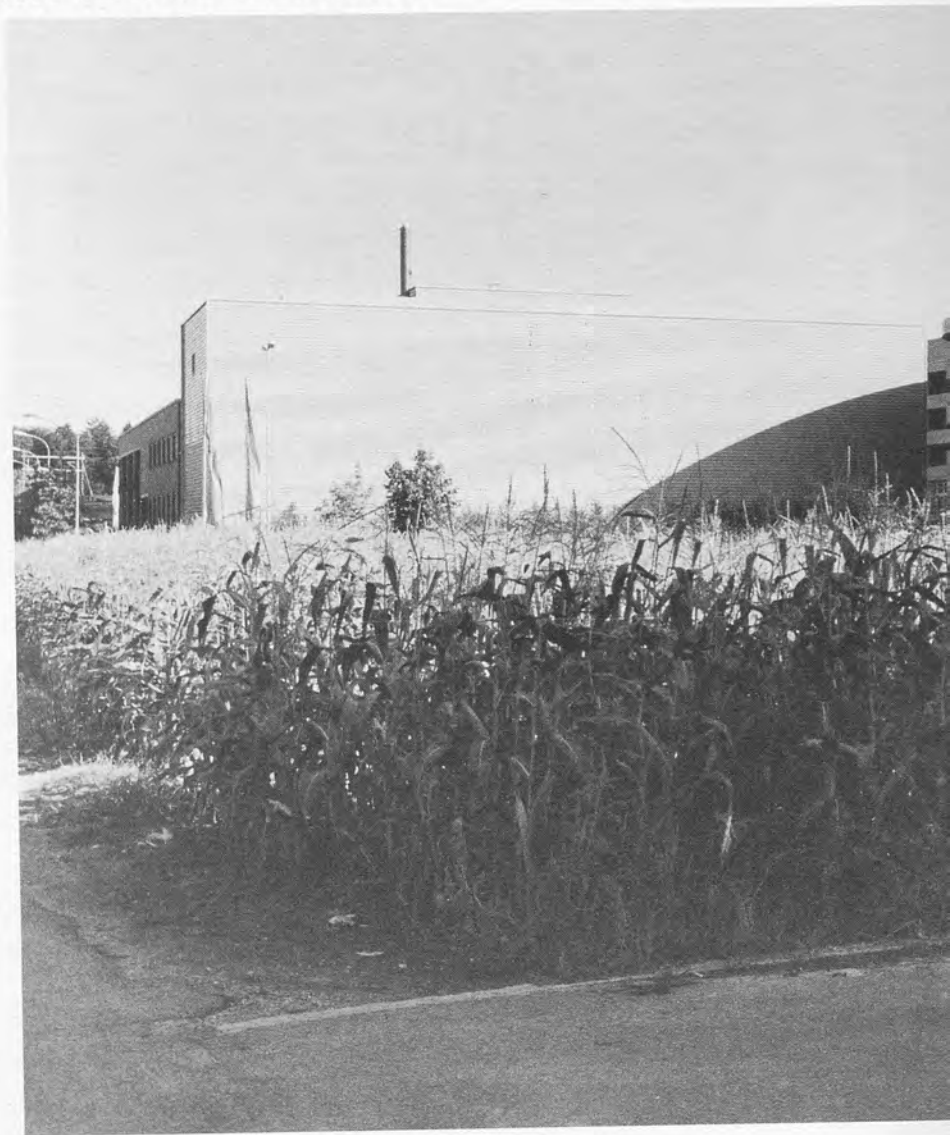
In Anlehnung an Henri Lefebvre haben Ruedi Lüscher und Michael Makropoulos (1984) diese Problematik des Begriffs »Urbanität« herausgearbeitet: Urbanität ist ein Versprechen, das nicht eingelöst werden kann, eine Fiktion der alles umgreifenden Möglichkeit, Lebensformen frei zu entwerfen. Dass die Verwirklichung dieser Fiktion vor dem Punkt stecken bleibt, an dem sie als Intensität ohne Einbusse erfahren würde, ist gerade der Zündfunke der urbanen Revolte. Lüscher und Makropoulos bezogen sich in ihrem Text explizit auf die 80er Bewegung in Zürich, die genau dieses Versprechen einforderte. Das Ergebnis ist bekannt: Die Revolte hat in Strassenschlachten geendet, und sie musste in Strassenschlachten enden.

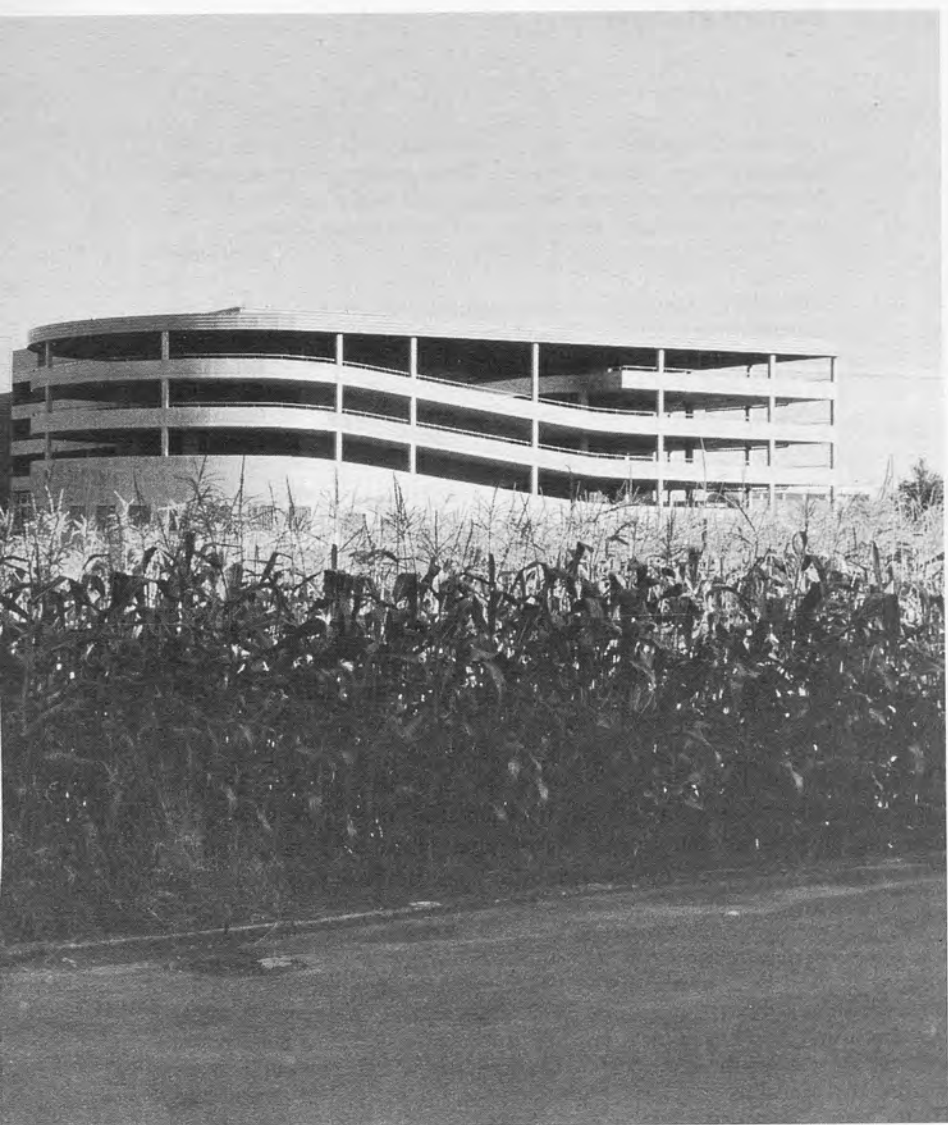
Die fordistisch-keynesianische Metropole hat im Bestreben, das Leben aus ihrem Territorium zu verbannen, die urbanen Revolten erzeugt. Die Metropole der flexiblen Akkumulation, die versucht, das Leben zu simulieren, wird diese Revolten auch nicht verhindern können. Vielleicht lässt sich die urbane Frage vorübergehend unter Kontrolle bringen und aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängen, doch die alten und neuen Widersprüche des Urbanisierungsprozesses bleiben ungelöst. Die fragmentierten urbanen Regionen produzieren derart viele Probleme, dass an verschiedensten Stellen jederzeit neue urbane Konflikte ausbrechen können.

Anmerkungen:

1. Vgl. z.B. Aglietta 1976, Coriat 1979, Boyer 1986a, Leborgne/Lipietz 1990b, 1994.
2. Friedmann/Wolff 1982. Vgl. auch Friedmann und Kipfer/Keil in diesem Buch.
3. Zum Urbanisierungsprozess in Los Angeles vgl. z.B. Davis 1990, Soja 1992b, Keil 1993.
4. Vgl. z.B. Esser/Hirsch 1987, Ipsen 1987, Krätke 1991, Mayer 1991 sowie in diesem Buch.
5. Vgl. z.B. Lieser/Keil 1988a, Keil/Lieser 1989, Keil/Ronneberger 1991, Prigge 1991, Keil 1993 sowie Prigge und Ronneberger/Keil in diesem Buch.
6. In der Literatur werden verschiedene Listen dieser Art herumgeboten. Vgl. z.B. Cohen 1981 oder Friedmann 1986.
7. Die *luttés urbaines* der siebziger Jahre in Paris wurden von der ForscherInnengruppe um Manuel Castells genauestens analysiert und inventarisiert, vgl. z.B. Castells 1975 und Castells et al. 1978.

IV. Architekturen des Städtischen im urbanen Raum





Anregung für ein wenig Verwirrung: Ein zeitgenössischer Vergleich von Amsterdam und Los Angeles*

Edward W. Soja

»All diese Elemente des allgemeinen Spektakels in diesem unterhaltsamen Land geben unseren Denkgewohnheiten zumindest Anregung für ein wenig Verwirrung und lassen uns empfinden, dass wir es mit einem ursprünglichen Genius zu tun haben.«

Henry James

»Alle, die in Amsterdam aufwachsen, befinden sich in einem Spannungsfeld zwischen der Einkerkung des Rings von Kanälen und dem zentrifugalen Ausbrechen über die Ausfallstrassen der Stadt. Es kann sein, dass man in diesem Spannungsfeld grössere Teile der Stadt nicht einmal kennt und trotzdem Amsterdamer oder Amsterdamerin ist...«

Rem Koolhaas

»Seit meinem ersten Besuch in Los Angeles in den frühen siebziger Jahren hatte ich das Gefühl, dass die holländischen Grossstädte (mit Amsterdam an der Spitze) aufgrund sentimentaler Erwägungen die Tatsache verleugnen, dass sie Teil eines grösseren Ganzen sind (ein Areal so gross und diffus wie Los Angeles) und dass sie daher eine Dimension einer gänzlich anderen Ordnung, welche sich von der unterscheidet, die sie traditionell kennen, völlig ignorieren.«

Rem Koolhaas

Die spektakuläre Individualität sowohl von Los Angeles als auch von Amsterdam, jede Stadt für sich ein beispielhaftes Modell in der Evolution von Weltstädten der letzten vierhundert Jahre, hebt die allgemeineren Einsichten hervor, die aus einem zeitgenössischen Vergleich abge-

* Der hier vorliegende Essay beruht auf einer Vorlesung mit dem Titel *The Changing Relations of City and Suburb in Los Angeles and Amsterdam*, die Edward W. Soja im Frühjahr 1990 als Gastprofessor für Stadtforschung am städtisch subventionierten *Centrum voor Grootstedelijk Onderzoek* (C.G.O.) der Universität Amsterdam hielt. Er ist die gekürzte Version eines Beitrags von 1991 für die Publikationsreihe des C.G.O., der in Smith 1992 erneut publiziert wurde. Die Metapher im Titel, »Anregung für ein wenig Verwirrung«, ist Henri James' Atlantischen Skizzen entnommen.

leitet werden können. Obgleich sie auf den ersten Blick jedem Vergleich zu trotzen scheinen, stellen beide Städte eine Antwort auf die grossen städtischen Transformationen des ausgehenden 20. Jahrhunderts dar, die eine als ein energisch verkündetes Paradigma städtischer Restrukturierung und urbanen Wandels, die andere als still bewahrendes Muster aufgeklärter urbaner Kontinuität.

Im folgenden Vergleich der beiden Städte wird der Versuch gemacht, von der kreativen Spannung zu lernen, die aus der Verbindung zwischen Einzigartigkeit und Verallgemeinerung sowie zwischen ideographischen, das heisst das Einzigartige beschreibenden, und nomothetischen, auf allgemeine Gesetzmässigkeiten gerichteten Stadtanalysen entsteht.

Auf den ersten Blick scheint ein Vergleich von Los Angeles und Amsterdam so unmöglich wie derjenige zwischen Orangen und Tulpen. Diese beiden ausserordentlichen Städte verlangen förmlich danach, als einzigartig und unvergleichlich beschrieben zu werden, und selbstverständlich sind sie es in einem gewissen Masse auch. Doch sie lassen sich auch als oppositionelle und appositionelle Extreme der Urbanisierung des ausgehenden 20. Jahrhunderts in Verbindung setzen, als aussagekräftig in Stellung gebrachte Antipoden, die, obwohl fast Umkehrungen voneinander, jedoch auch in einer gemeinsamen und unmittelbaren städtischen Erfahrung vereint sind. Zunächst werde ich die offensichtlicheren Gegensätze anmerken.

Los Angeles verkörpert die ausufernde, dezentrierte, polymorphe und zentrifugale Metropole, eine nebulöse Galaxie von Vorstädten auf der Suche nach einer Stadt, ein Ort, wo Geschichte wiederholt losgetreten und in kurzlebigen, aggressiv zeitgenössischen Formen festgehalten wird. Im Gegensatz dazu ist Amsterdam vielleicht die am selbstbewusstesten zentrierte und historisch zentripetale Stadt in Europa, die vorsichtig jedes einzelne seiner goldenen Zeitalter (und auch diejenigen anderer aufgeklärter urbaner Räume) in einem immer wieder modernisierten *Centrum* konserviert, das im Vergleich andere übriggebliebene handelskapitalistische »Altstädte« erblassen lässt. Beide haben Innenstädte mit ungefähr gleicher Fläche, aber nur ein Prozent der Bevölkerung von Los Angeles lebt im Zentrum der Stadt, in Amsterdam hingegen wohnen mehr als zehn Prozent im *Centrum* selbst.

Viele Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt Los Angeles waren noch nie in der Innenstadt und erfahren sie nur stellvertretend im Fernsehen und im Film. Nur wenige besuchen sie heutzutage um einzukaufen (ausser für Ausflüge in die Direktverkaufsstellen des Bekleidungsdistriktes und die wuchernden lateinamerikanischen *mercados* entlang des Broadway). Und im Vergleich mit den mehr peripheren

Sehenswürdigkeiten besuchen erstaunlich wenige TouristInnen ihre lokalen Attraktionen. Amsterdams *Centrum* empfängt jährlich nahezu acht Millionen TouristInnen und ist täglich mit vielen Tausenden von Einkaufenden gefüllt. Die Amsterdamer und Amsterdamerinnen kennen vielleicht den Rest der Stadt nicht, doch sie wissen sicher, wo das Zentrum zu finden ist.

Es wird behauptet, dass nahezu drei Viertel der Oberfläche von *Downtown* Los Angeles dem Automobil gewidmet sind und dass für den durchschnittlichen Angeleno Freiheit und *Freeway*¹ symbolisch und oft politisch verknüpft sind. Hier ist der Gegensatz zu Amsterdams *Centrum*, das bezüglich Autofahrverboten nur der Wasserstadt Venedig nachsteht, fast ohne Parallele. Es ist nicht das Auto, sondern das Fahrrad, das für die AmsterdamerInnen eine ähnlich obsessive symbolische und politische Rolle annimmt; doch es ist eine Besessenheit, die nicht mit Individualismus und »automanischer« Freiheit erfüllt ist, sondern mit kollektiver urbaner und ökologischer Bewusstheit und Hingabe. Dies stellt all die Kontraste sogar noch stärker heraus.

Amsterdams Zentrum vermittelt das Gefühl eines offenen, öffentlichen Forums, eines täglichen Festivals spontaner politischer und kultureller Ideen, die leise, aber umso effektiver gespielt werden, weil ihnen jegliche Präention und Verrücktheit fehlt. Seine oft erogen-zonierte Geographie ist auf viele verschiedene Altersgruppen abgestimmt und der spielerischen Eroberung von Langeweile und Verzweiflung in einer stadtbürgerlichen Weise gewidmet, die die meisten anderen Städte vergessen oder nie für möglich gehalten haben. *Downtown* Los Angeles ist andererseits das fast reine Spektakel von Geschäft und Handel, von extremem Wohlstand und extremer Armut, von aufeinanderprallenden Kulturen und rigide eingefassten Ethnizitäten. Die Langeweile wird vom Frönen in Verschwendung und von der Bombardierung mit künstlicher Stimulierung gelindert, während die Verzweiflung von der Allgegenwart der Obrigkeit und der räumlichen Überwachung – der letzte Schrei in der Ersetzung der *polis* durch Polizei – kontrolliert und in Schach gehalten wird. Junge Haushalte gibt es praktisch nicht. An ihrer Stelle halten sich dort die Obdachlosen auf, die, trotz kräftiger Versuche der Gentrifizierung und der Zerstreung, noch nahezu die Hälfte der Wohnbevölkerung in der Innenstadt ausmachen.

Im kompakten Amsterdam ist das gesamte urbane Gewebe vom Zentrum zur Peripherie klar lesbar und explizit. Von seiner primären Achse des Damrak und Rokin (über dem früheren Lauf der Amstel gebaut) entfaltet sich die Stadt in Schichten wie eine Zwiebel: zuerst die »alte« und »neue Seite« (mit der alten und neuen Kirche, die entsprechend

plaziert sind, sowie Strassen, die nach ihrer Lage innerhalb oder ausserhalb der alten Stadtmauern benannt sind); dann die säuberlichen Halbmonde der Ringgrachten von den inneren zu den äusseren Singel-Gürteln und schliesslich die Segmente und Keile der inneren und äusseren Vorstädte, von denen sinnigerweise einige Namen tragen wie Amsterdam Nord, Ost, Südwest, Süd und West. Diese morphologische Regularität bindet AmsterdamerInnen an traditionelle Konzepte städtischer Form und Funktion und ermutigt die UrbanistInnen der Stadt dazu, etwas vorsichtig zu sein, wenn sie mit neuen Theorien städtischer Transformation konfrontiert werden.

Im Vergleich dazu scheint Los Angeles mit allen Regeln städtischer Lesbarkeit und Regelmässigkeit zu brechen und alle traditionellen Modelle des Städtischen und Nicht-Städtischen herauszufordern. Eine der klassischen Vorstädte Amerikas, das San Fernando Valley, befindet sich fast vollständig innerhalb der zerklüfteten Grenzen der Monsterstadt Los Angeles, während viele innerstädtische *barrios* und Ghettos ausserhalb des Stadtgebietes auf nicht eigenständig gebietskörperschaftlich verfasstem Boden des Landkreises (*county*) liegen. Es gibt eine *City of Industry*, eine *City of Commerce* und sogar eine *Universal City*, aber das sind eigentlich überhaupt keine Städte. Ihre vereinigten Bevölkerungen würden werktags von den Einkaufenden in der *Kalverstraat* übertroffen werden. Darüber hinaus hat die Region Los Angeles in der gegenwärtigen, von vielen als postindustriell bezeichneten Ära, in der Städte sich ihrer industriellen Beschäftigungsbasis entledigen, ihren seit einem Jahrhundert währenden Boom industriellen Wachstums sowohl im Kern als auch in der Peripherie fortgesetzt. Es ist daher nicht überraschend, dass Südkalifornien ein Zentrum für innovative und nicht-traditionelle Stadttheorie geworden ist, denn es scheint, dass dort wenig von dem, was von konventionellen, etablierten Schulen der Stadtanalyse überliefert wird, weiterhin Sinn macht.

Und dann ist da die grundlegendste aller städtischer Funktionen: das Wohnen. Einer der interessantesten Gesichtszüge des Erfolges der Hausbesetzerbewegung in Amsterdam war die Abwesenheit eines bedeutenden Wohnungsmangels. Während sich ein Grossteil des *Centrums* in Privatbesitz befindet, ist der Rest der Stadt ein riesiges Schachbrett von öffentlichem oder sozialem Wohnungsbau, der Amsterdam die Auszeichnung verleiht, den höchsten Anteil an öffentlichem Wohnungsbau unter allen grossen kapitalistischen Städten zu haben. Er beträgt 80 Prozent und wächst weiter, wie man hört. Selbst diejenigen Projekte, welche die holländische Planung als die schlimmsten betrachtet und die den Holländern und Holländerinnen als peinlich unstandesgemäss erscheinen, wie etwa die gewaltige Hochhausvor-

stadt *Bijlmermeer*, haben während der siebziger Jahre effizient Wohnungen für die Tausenden aus Surinam und anderen früheren Kolonien Eingewanderten bereitgestellt.

Die Hausbesetzerbewegung war mehr als eine Okkupation aufgegebener Büros, Fabriken, Lagerhäuser und einiger Wohnhäuser. Es war ein Kampf für die Rechte auf die Stadt selbst, speziell für die Jungen und für die Armen. Nirgends war dieser Kampf erfolgreicher als in Amsterdam. Nirgends war er weniger erfolgreich als in Los Angeles. In der unmittelbaren Nachkriegszeit hätte Los Angeles Zielort der grössten Investitionen im öffentlichen Wohnungsbau der USA werden sollen, deren Löwenanteil in oder in der Nähe der Innenstadt projektiert war. In keiner anderen amerikanischen Stadt wurde den Planungen des öffentlichen Wohnungsbaus eine derart vernichtende Niederlage durch wütend antisozialistische Kräfte zugefügt. Die Explosion der ethnischen Aufstände in den sechziger und frühen siebziger Jahren beschleunigte die kommerzielle Erneuerung der Innenstadt auf Kosten ihrer armen BewohnerInnen. Auf der »neuen Seite« des Zentrums wuchs eine kommerzielle, finanzielle, obrigkeitliche und hochkulturelle Festung empor, während die »alte Seite« jenseits der Wände der Wolkenkratzer mit eher traditionellen Flächennutzungen angefüllt werden sollte: von den winzigen übrigbleibseln von *El Pueblo de Nuestra Señora de Los Angeles* (wo die Stadt vor mehr als 200 Jahren geboren wurde) über die widerliche *Skid Row* mit den Pappkartonhäusern und den Strassenlandschaften der Verzweiflung bis zu den Dickensianischen *Sweatshops* und Discountmärkten des expansiven Bekleidungsdistriktes.

Der Kern meines gegensätzlichen Vergleichs ist somit genügend klar. Aber was ist mit dem »grösseren Ganzen«, wie Rem Koolhaas die Peripherie bezeichnet hat? Gibt es da Vergleichsdimensionen »einer gänzlich anderen Ordnung«, die wir verpassen, wenn wir uns auf die gegensätzlichen Zentralitäten von Amsterdam und Los Angeles konzentrieren? Für den Rest dieses interpretativen Essays werde ich die beiden Städte in einen grösseren, verallgemeinerbaren Kontext setzen, in dessen Brennpunkt sich zeitgenössische Prozesse der städtischen Restrukturierung befinden. Hier folgen die Städte einem vergleichbareren Pfad als ursprünglich für möglich gehalten. Die auf diese Weise feststellbaren Ähnlichkeiten sollen zu den bereits beschriebenen tiefen Unterschieden nicht im Widerspruch stehen oder sie gar ausmerzen, sondern ihre eindringliche und extreme Besonderheit ergänzen und erweitern.

Meine eigenen Forschungen und Schriften zur städtischen Restrukturierung in Los Angeles haben eine Reihe von miteinander verbunde-

nen Trends identifiziert, die zunehmend nicht nur in Los Angeles zum Vorschein treten, sondern in den meisten der grossen urbanen Regionen der Welt (Soja 1989). Jeder Trend nimmt in verschiedenen Städten unterschiedliche Intensitäten und Formen an und reflektiert damit sowohl die Normalität der geographisch ungleichen Entwicklung, als auch die soziale und ökologische Besonderheit des Ortes. Wichtiger als der jeweils individuelle Verlauf dieser Trends ist jedoch ihre sich gegenseitig bedingende Abhängigkeit und die Tendenz, dass sie gemeinsam einen neuentstehenden Urbanisierungsmodus definieren, der bedeutend anders ist als die Urbanisierungsprozesse, welche die industriekapitalistische Stadt während der langen Periode des Nachkriegsaufschwungs geformt hatten.

Es erscheint angemessen, mit der *geographischen Umgestaltung der städtischen Form* zu beginnen, denn dieser räumliche Umstrukturierungsprozess hat grossen Einfluss auf die Art, in der wir die Stadt betrachten und die grundlegende Bedeutung der Urbanisierung interpretieren. Wie bei den anderen Trends gibt es eine gewisse Kontinuität mit der Vergangenheit, die dem Argument Glaubwürdigkeit verleiht, dass Restrukturierung eher eine Beschleunigung bestehender städtischer Entwicklungen ist als ein vollständiger Bruch und eine Richtungsänderung. Auf einer höheren Stufe ist die gegenwärtige geographische Umgestaltung beispielsweise zu grossen Teilen eine Fortsetzung der Dezentralisierung und Polynuklearisierung der industriekapitalistischen Stadt, von Prozessen also, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen und periodisch beschleunigt wurden, als mehr und mehr Bevölkerungssegmente und Wirtschaftssektoren die Zentralstadt verliessen.

Die jüngste Runde polynuklearer Dezentralisierung trägt jedoch einige Gesichtszüge, die eine tiefgreifendere qualitative Verschiebung vermuten lassen. Zunächst haben die Grösse und das Ausmass von Städten, oder besser von urbanen Regionen, nie erlangte Dimensionen erreicht. Der ältere Begriff von »Megalopolis« scheint zunehmend unangemessen, um etwa ein Mexico-City mit 30 Millionen oder ein »Mega York« von fast 25 Millionen, das sich von Connecticut nach Pennsylvania erstreckt, zu beschreiben. Nie zuvor war es so gegenstandslos und irreführend gewesen, den Blick allein auf die politisch definierte »Zentral«-Stadt zu beschränken. Die alte Form wurde darüber hinaus durch die Entstehung von »Aussenstädten« (*Outer Cities*) komplizierter gestaltet: amorphe Agglomerationen von Industrieparks, Dienstleistungs- und Finanzzentren, massivem neuen Siedlungsbau, gigantischen Einkaufszentren und spektakulären Unterhaltungseinrichtungen, wo früher Landwirtschaft oder versprengte Schlafstädte

waren. Da sie selbst weder Stadt noch Vorstadt sind – jedenfalls nicht in der älteren Bedeutung dieser Begriffe – haben diese rekonzentrierten Pole des peripheren städtischen und (typisch »hochtechnologischen«) industriellen Wachstums ein neues deskriptives Vokabular angeregt. Zusätzlich zu *Outer City* gibt es auch *Edge City*, *Technoburb*, *Technopolis*, *Postsuburbia* und den von mir selbst bevorzugten Begriff *Exopolis* (Soja 1992b).

Das Wachstum von *Outer Cities* ist Teil der Rezentralisierung der sich weiterhin dezentralisierenden Stadtregion, ein paradoxer Drall, der die Fähigkeit bestimmter Gegenden innerhalb der *regionalen Metropole* (inklusive nicht nur der Standorte »auf der grünen Wiese«, sondern auch der Innenstädte) reflektiert, in einer zunehmend globalisierten Ökonomie zu konkurrieren. Die Dezentralisierung der industriellen Produktion und der darauf bezogenen Aktivitäten aus dem Kern der älteren kapitalistischen Städte löste sich während der letzten 25 Jahre von ihrer nationalstaatlichen Beschränktheit: Arbeitsplätze und Fabriken wurden zwar weiterhin in die Vorstädte oder in nicht-metropolitane Gegenden innerhalb der nationalen Wirtschaft verlagert, doch mehr denn je auch in bis anhin nicht-industrialisierte Regionen der alten Dritten Welt. So entstand eine neue geographische Dynamik von Wachstum und Schrumpfung, die nicht nur die lang etablierte internationale Arbeitsteilung, sondern auch die räumliche Arbeitsteilung innerhalb der urbanen Regionen veränderte.

Die geographische Umgestaltung ist paradigmatisch klar in der Grossregion Los Angeles. Innerhalb eines Radius von 100 Kilometern um das boomende innerstädtische Geschäftszentrum der verformten Stadt Los Angeles liegt eine radikal restrukturierte Metropole von 15 Millionen Menschen mit einem Wirtschaftsvolumen, das ungefähr demjenigen der Niederlande entspricht. Auf dieser Massstabebene scheint ein Vergleich mit Amsterdam vollständig unangebracht. Aber wenn wir Rem Koolhaas' »zentrifugalem Ausbrechen« über die Ausfallstrassen der Stadt folgen, entsteht ein ganz anderes Bild. Ein Kreis von 100 Kilometern um Amsterdams *Centrum* zerschneidet *Zeeland*, berührt die belgische Grenze in der Nähe von Tilburg, tangiert Eindhoven (wo Philips seine Firmenzentrale hat), touchiert die deutsche Grenze unweit Nijmegen und krümmt sich dann durch das Herz Frieslands zur Nordsee hin. Die meisten der fast 15 Millionen Holländer und Holländerinnen leben innerhalb dieser dicht urbanisierten Region, deren Ausmass und Produktivität ihrem südkalifornischen Gegenstück bemerkenswert nahekommen.

Der südwestliche Quadrant dieses »Grösseren Amsterdam« stimmt ziemlich genau mit der Randstad überein, die mit ein wenig Phantasie

selbst als eine Art *Outer City* bezeichnet werden kann, wobei jedoch der Zentralkern nicht durch eine alte städtische Zone, sondern durch das gezielt erhaltene ländliche und landwirtschaftliche »Grüne Herz«² definiert ist. Rund um das Grüne Herz liegen die grössten Städte der Niederlande: Amsterdam (700.000), Rotterdam (575.000), Den Haag (445.000) und Utrecht (230.000). All diese Städte erfahren selbst eine selektive Umverteilung von Wirtschaftstätigkeiten zwischen der Kernstadt, dem suburbanen Rand und eher selbständigen peripheren Zentren. Insgesamt enthält die Randstad den grössten Hafen der Welt (Los Angeles-Long Beach ist nun wahrscheinlich an zweiter Stelle), Europas viertgrösstes Finanzzentrum (nach London, Zürich und Frankfurt) und viertgrössten Flughafen (Schiphol, der bezüglich Verkehrsaufkommen nur von Frankfurt, Paris und London übertroffen wird).

Wie die Grossregion der Metropole Los Angeles hat auch Gross-Amsterdam während der letzten 25 Jahre eine komplexe Dezentralisierung und Rezentralisierung erfahren (de Smidt 1987, Kramer 1988). Wie nützlich dieser grossflächige regionale Vergleich geographischer Umgestaltung für ein besseres Verständnis der städtischen Restrukturierung ist, überlasse ich dem Urteil anderer. Für den gegenwärtigen Zweck bildet er jedoch zumindest ein nützliches Gegengift gegen die »Centrumitis«, die Amsterdamer Version der »Manhattanitis«. Gemeint ist damit die Tendenz der Stadtforschung, wegen einer übermässigen Konzentration auf die Kernstadt die gegenwärtige Restrukturierung auch weiterhin zu eng zu fassen. Damit ignoriert sie eine Dimension einer »Ordnung«, die sich völlig von derjenigen unterscheidet, die sie traditionellerweise kennt (um Koolhaas ein letztes Mal zu zitieren).

Die Umgestaltung der städtischen Form ist mit anderen Restrukturierungsprozessen eng verschlungen. Es ist schon auf die *zunehmende Internationalisierung der regionalen Metropole* hingewiesen worden, die zur Formation einer neuen Art der *World City* führt. In seinem Goldenen Zeitalter war Amsterdam das prototypische Modell einer Welt-Stadt, die auf dem merkantilen Kapitalismus beruhte. Es hat bereits verschiedene Phasen der Formation und Umformung überlebt, um in den höheren Rängen der gegenwärtigen *World City*-Hierarchie zu bleiben – ob als Teil der Randstad oder nicht. Was die *Global Cities* von heute von denen der Vergangenheit unterscheidet, ist das *Ausmass* der Internationalisierung sowohl des Kapitals als auch der Arbeitskraft. Zur Kontrolle des Welthandels (der primären Basis der merkantilen Welt-Städte) und der internationalen finanziellen Investitionen durch den nationalen Staat (die Grundlage der imperialen Welt-Städte) gesellte sich das finanzielle Management der Industrieproduktion und der Produktionsdienste, was der gegenwärtigen *World City* erlaubt, auf glo-

baler Stufe über alle Kapitalkreisläufe hinweg zu funktionieren. Die Ökonomien der Ersten, Zweiten und Dritten Welt sind zunehmend in ein globales Produktions-, Austausch- und Konsumtionssystem integriert worden, das von einer informationsintensiven und »ent-territorialiserten« Hierarchie von *World Cities* aufrecht erhalten wird, deren Spitze heute das Triumvirat von Tokio, New York und London bildet.

Los Angeles und Amsterdam befinden sich in der zweiten Reihe der restrukturierten *World City*-Hierarchie, doch die kalifornische Metropole wächst viel schneller und manche sagen voraus, dass sie die führenden drei *World Cities* gegen Ende des Jahrhunderts erreicht haben wird. Amsterdam ist stabiler. Die Stadt behält ihre spezialisierte Stellung in Europa auf der Basis ihrer Konzentration japanischer und amerikanischer Banken, der grossen Zahl der Auslandsnotierungen an seiner Börse (nach London die meisten in der Welt), der starken und lange bestehenden Exportorientierung holländischer Firmen und ihrer Kontrolle über die holländischen Pensionsfonds, die angeblich 40 Prozent aller europäischen Fonds ausmachen sollen (Ter Hart/Piersma 1990). Der Banken- und Finanzsektor bleibt weiterhin ein Schlüsselsektor in Amsterdams *Centrum*, der die Gentrifizierung am oberen Ende nährt und seine Stärke aus der informationsreichen Ballung von Regierungsbüros, Universitätsabteilungen, Kultureinrichtungen und spezialisierten Tätigkeiten im Werbe- und Publikationsbereich bezieht.

Ein charakteristischer Zug der zunehmenden Internationalisierung ist überall eine Erosion der lokalen Kontrolle über den Planungsprozess, verursacht durch das Eindringen der mächtigen exogenen Anforderungen der *World City*-Formation in die lokalen Entscheidungsstrukturen. Los Angeles, das über keine bedeutende Tradition progressiver Stadtplanung verfügt, hat die ausländischen Investitionen mit wenigen Einschränkungen willkommen geheissen. Die »Renaissance« seiner *Downtown* war so sehr auf ausländischem Kapital gegründet, dass heute fast drei Viertel der Immobilien in bester Lage im Geschäftszentrum zumindest teilweise von ausländischen Firmen kontrolliert werden. Insbesondere die zahlreichen japanischen Unternehmen beteiligen sich nun routinemässig an der Finanzierung lokaler politischer Kampagnen, unterstützen kulturelle Aktivitäten und haben der Stadtregierung sogar eine Anleihe gewährt, damit sie ihr Pensionsfondsprogramm aufrecht erhalten kann. Die Internationalisierung von Amsterdam verläuft erwartungsgemäss in kontrollierterer Form, aber die kontinuierliche Expansion der Stadt als einem der Zentren des globalen Finanzmanagements wird wahrscheinlich in nächster Zukunft für viele der Qualitäten des *Centrums* eine Bedrohung darstellen.

Die Kehrseite dieser Internationalisierung war die Anziehung einer

grossen Zahl von ausländischen Beschäftigten in fast alle Segmente des lokalen Arbeitsmarktes, insbesondere aber in Bereiche, wo ein niedriges Fertigungs- und Lohnniveau besteht. Unter allen grossen *World Cities* hat Los Angeles heute vielleicht das grösste und kulturell diverseste Angebot an eingewanderten Arbeitskräften. Diese stellen eine bereichernde Ressource nicht nur für die Grossunternehmer, sondern auch für das kulturelle Leben der Stadtregion dar. Auch Amsterdam ist auf bestem Wege, eine »mehrheitlich minderheitliche« Stadt, eine wahre Kosmopolis aller Bevölkerungen der Welt zu werden. Mit seiner langen Erfahrung, verschiedene Immigrantengruppen wirksam zu integrieren, und seinem gegenwärtigen sozialdemokratischen und sozialisierenden Regierungssystem scheint Amsterdam mit der räumlichen und sozialen Integration seiner Immigranten und Immigrantinnen in das städtische Gewebe mehr Erfolg zu haben. Eine Leistung steht fest: In Amsterdam sind sie besser untergebracht, denn Los Angeles erfährt gegenwärtig eine der schlimmsten Wohnungskrisen in der entwickelten Welt. Bis zu 600.000 Menschen, vor allem die arbeitenden Armen aus Lateinamerika, leben heute unter Bedingungen schwerster Überbelegung in heruntergekommenen Wohnungen, Hinterhofhütten, kleinen Hotelzimmern und auf der Strasse.

Mit der geographischen Umgestaltung und der Internationalisierung von Los Angeles kam eine durchdringende *industrielle Restrukturierung*, die als Trend zu einem »postfordistischen« Regime der »flexiblen Akkumulation« in Städten und Regionen auf der ganzen Welt beschrieben worden ist. Es handelt sich dabei um eine komplexe Mischung von Deindustrialisierung (besonders der Niedergang grosser, vertikal integrierter, oft fließbandgestützter Massenproduktionsindustrien) und Reindustrialisierung (vor allem der Aufstieg kleiner und mittelgrosser Firmen, die flexibel auf handwerksgestützte und/oder hochtechnologisch gesteuerte Produktion von verschiedenen Gütern und Dienstleistungen spezialisiert sind). Diese Restrukturierung der Produktionsorganisation und des Arbeitsprozesses wird mit neuen Urbanisierungsmustern und einer neuen Dynamik der geographisch ungleichen Entwicklung in Verbindung gebracht.

Ein Schnappschuss der veränderlichen postfordistischen industriellen Geographie würde einige charakteristische Räume zeigen: ältere industrielle Distrikte entweder im Niedergang oder teilweise wiederbelebt durch die Adaption flexiblerer Produktions- und Managementtechniken; neue, wissenschaftsgestützte industrielle Distrikte oder Technopolen, die typischerweise in metropolitanen Peripherien anzutreffen sind; handwerksgestützte Produktionscluster oder -netze, die sich sowohl aus den formellen als auch aus den informellen Ökono-

mien speisen; konzentrierte und kommunikationsintensive Produktionsdienstleistungszentren, die vor allem auf den Finanz- und Bankensektor ausgerichtet, jedoch auch auf die Unterhaltungs-, Mode- und Kulturindustrien orientiert sind; und schliesslich einige übriggebliebene Gebiete, wo sich wenig verändert hat. Es wäre ein Leichtes, diese Typologie auf die Grossregion Los Angeles zu übertragen, denn ein grosser Teil der dahinter steckenden Forschung ist dort betrieben worden. Obwohl die postfordistische Restrukturierung in Amsterdam bei weitem nicht so weit vorangeschritten ist, ist die Transposition sehr erhellend.

Das *Centrum* wurde fast vollständig seiner älteren, schwereren Industrien beraubt, und 25 Prozent seines Büroraumes gingen verloren. Dieser Verlust wurde vor allem von einer beeindruckenden Ansammlung von neuen Subzentren im Südosten, Süden und Westen (zum Beispiel *Diemen*, *Amstelveen* und *Sloterdijk*) und vom wachsenden Flughafenknoten bei *Schiphol* (in einer Distanz von 15 Kilometern vom Stadtzentrum) aufgefangen. Allein dort arbeiten jetzt mehr als 35.000 Menschen. Man könnte – wie dies viele holländische Beobachter tun – diese Streuung als Zeichen eines weitreichenden Niedergangs der Innenstadt lesen, der sich zum Teil auf die Verschiebung von einem konzentrischen zu einem eher gitterartigen Muster der Büroraum- und Industrieentwicklung zurückführen lässt (Brouwer 1989). Genauso überzeugend ist jedoch eine Restrukturierungshypothese, die das *Centrum* als flexibel spezialisierten Dienstleistungsdistrikt identifiziert, der um die internationale Finanz- und Bankenwirtschaft, den Universitätssektor und verschiedene Aspekte der Kultur- und der Unterhaltungsindustrien organisiert ist (zu letzteren gehören Mode, besonders für die *twenty-somethings*³, Fernsehen, Film, Werbung und Verlage, weiche Drogen, Sex und natürlich der Tourismus mit den vielleicht weltweit spezialisiertesten Attraktionen für junge und arme BesucherInnen). Ausser der Universität von Amsterdam, die unter Druck steht, ihren Flächenverbrauch im *Centrum* zu reduzieren, hat jede dieser anderen Spezialektoren in den letzten Jahren begonnen, sich in der informationsintensiven Innenstadt zu rekonzentrieren.

Bevor wir uns zu stark ins Aufspüren von Auswirkungen der postfordistischen industriellen Restrukturierung vertiefen, muss jedoch noch ein weiterer Trend hinzugefügt werden: die Tendenz zur *zunehmenden sozialen und ökonomischen Polarisierung*, die diese neuen Urbanisierungsprozesse zu begleiten scheint. Jüngere Studien haben gezeigt, dass die ökonomische Expansion und Restrukturierung von Los Angeles das Armutsniveau dramatisch erhöht und die mittleren Ränge des Arbeitsmarktes ausgehöhlt hat. Die Zunahme von Arbeitsplätzen

wird dadurch – in geringem Mass – nach oben, hin zu einer wachsenden exekutiv-professionell-leitenden »Technokratie«, und – in viel bedeutenderem Mass – nach unten gedrückt. Das obere Segment des Arbeitsmarktes rekrutiert sich aus der weltweit grössten Konzentration von Wissenschaftlerinnen, Ingenieuren und Mathematikerinnen. Das untere Segment setzt sich zusammen aus einer explosiven Mischung von »arbeitenden Armen«, vor allem Eingewanderten aus Lateinamerika. Der wachsende Anteil von Frauen an diesem Arbeitsmarktsegment hat zu einer steigenden »Feminisierung der Armut« beigetragen (Ong et al. 1989). Ebenso zählen hierzu eine einheimische weisse, afro- und mexikoamerikanische »städtische Unterklasse«, die von öffentlicher Sozialhilfe, Teilzeitbeschäftigung und oft illegalen Gelegenheitstätigkeiten in der wachsenden informellen oder Untergrund-Ökonomie lebt. Diese vertikale und sektorale Polarisierung der Arbeitsteilung drückt sich in einer steigenden horizontalen und räumlichen Polarisierung in der Siedlungsgeographie von Los Angeles aus. Alter und neuer Wohlstand konzentriert sich zunehmend in geschützten Gemeinden mit bewaffneten Sicherheitskräften, gemauerten Abgrenzungen, »Nachbarschaftswachdiensten« und expliziten Schildern, die verkünden, dass auf Unbefugte geschossen wird: »*Trespassers will be shot*«. Währenddessen drängen sich die alten und neuen Armen entweder in die sich ausweitenden Einwanderererkannen der Drittweltstadt, oder bleiben in mörderischen Landschaften der Verzweiflung gefangen (Davis 1990). In dieser zwiegespaltenen städtischen Geographie werden alle Kanten und Kiezzgrenzen zu potentiell gewaltförmigen Fronten in einem kontinuierlichen Kampf um die Rechte auf die Stadt.

Wenn wir dieses trübe und auf Schlimmes hindeutende Bild des zeitgenössischen Los Angeles auf den Kopf stellten, könnten wir eine lichtere Seite der städtischen Restrukturierung beschreiben. Doch eine solche umgekehrte Beschreibung wäre zu einfach und würde nur die Notwendigkeit verwässern, die dringenden Probleme dieser sich noch ausweitenden und noch grösstenteils teilnahmslosen Stadtregion anzuerkennen und ihnen politisch zu begegnen. Hier ist wiederum der Vergleich mit Amsterdam ebenso informativ wie doppeldeutig ermutigend, denn die Stadt hat während der letzten beiden Jahrzehnte ebenfalls einen Prozess der sozialen und ökonomischen Polarisierung erfahren und es doch geschafft, die sich mehrenden Reibungsquellen unter relativ erfolgreicher sozialer Kontrolle zu halten. Die holländische »Arbeitsplatzmaschine« zeigt zum Beispiel ein ähnliches Aushöhlen des Arbeitsmarktes, wobei das grösste Wachstum im schlechtbezahlten Dienstleistungssektor stattfand (Boot/Veraart 1987). Die offiziellen Arbeitslosenraten sind viel höher als in den USA, doch dieser Unter-

schied wird durch die verschiedenen Berechnungsmethoden und gegensätzlichen Sozialhilfesysteme bedeutungslos gemacht. Das Gesamtwachstum der Arbeitsplätze war, wie in fast allen anderen OECD-Mitgliedsstaaten, viel niedriger als in den USA, und ausser im Sektor der produktionsbezogenen Dienstleistungen (vor allem im Finanzbereich) gab es einen Niedergang in der Hochlohnbeschäftigung, wodurch die »Aufblähung« der exekutiv-professionell-leitenden Angestelltenränge begrenzt blieb. Zunehmende Flexibilität im Arbeitsmarkt zeigt sich jedoch klar im Wachstum der »Temporär-« und »Teilzeitbeschäftigung«. Die Niederlande haben den grössten Anteil von Teilzeitbeschäftigten in der Europäischen Gemeinschaft und bei den Frauen den wahrscheinlich höchsten Anteil (mehr als 50 Prozent) an solchen Beschäftigungsformen in der westlichen Welt.⁴

Terhorst und van de Ven (1986) haben die Besonderheiten der weitverbreiteten Ausdehnung der niedrig bezahlten, oft temporären und/oder teilzeitlichen Dienstleistungsarbeitsplätze in Amsterdam untersucht. Während sie ihr Hauptaugenmerk auf das Wiederbeleben der persönlichen Dienste legten, fanden sie auch Belege für die soziale und ökonomische Polarisierung Amsterdams und verbanden diese mit Restrukturierungsprozessen anderswo in der Welt. Doch wiederum hat diese Polarisierung in Amsterdam ein humaneres Gesicht. Persönliche Dienste haben mit zunehmender Einwanderung, dem Eintritt einer grösseren Zahl von Frauen in die niedrig bezahlten Segmente des Arbeitsmarktes, dem Wachstum der informellen Ökonomie und der Gentrifizierung des *Centrum* eine Blüte erlebt; aber die Kehrseite dieses Prozesses wurde von der besonderen Natur der Innenstadt in mildem Licht gezeichnet und trug im Gegenzug zum besonderen Charakter des Gebietes bei.

Mit seiner ausserordentlichen Konzentration junger, gebildeter, oft studentischer Haushalte, hohen offiziellen Arbeitslosenniveaus, einem noch soliden sozialen Sicherheitsnetz und zwei unterschiedlichen Gentrifizierungswellen (die eine genährt vom Hochlohnsektor in den Finanzdiensten und die andere von Wohngemeinschaften, typischerweise mit früheren Hausbesetzern und Studentinnen, die immer noch der Erhaltung einer erkennbar unterschiedlichen Lebensqualität im *Centrum* verpflichtet sind), hat sich um den Bereich der persönlichen Dienste und zwischen verschiedenen Alters- und Einkommensgruppen eine ungewöhnliche Synergie entwickelt. Wie Terhorst und van de Ven (1986) herausstellen, hat die Polarisierung der Einkommen eine wachsende Komplementarität zwischen den Gruppen hohen und niedrigen Einkommens erwirkt. Dies zeigt sich zum Beispiel in der flexiblen Nutzung von Zeit und Ort, besonders in der spezialisierten Be-

reitestellung solch persönlicher Dienste wie Haushaltshilfe und Babysitting, Einkäufe am späten Abend, Unterhaltung und Essenslieferung, Hausmeisterei und Reparaturen, Fortbildungskurse und Therapien, Fitnesszentren, Körperpflegeaktivitäten etc. Solche Aktivitäten finden in Amsterdam vornehmlich in der Untergrundökonomie statt und werden von den offiziellen Statistiken nur schlecht erfasst. Sie sind auch kaum Hauptfaktoren, die zur Stimulierung einer raschen Erholung von der ökonomischen Krise und Stagnation beitragen. Aber sie stellen dennoch eine legitime und sozial wertvolle »Überlebensstrategie« für die Armen und Arbeitslosen dar, die wirksam funktioniert und die extremen Auswirkungen der sozialen Polarisierungen, wie man sie in Los Angeles oder New York findet, begrenzt hat. Darüber hinaus ist es eine Strategie, die auf dem besonderen urbanen Geist von Amsterdam fusst, seiner langen Tradition des Basiskommunalismus (*»grass roots communalism«*), seiner einfühlsamen Anpassung an den besonderen Ort, seiner kontinuierlichen Verpflichtung auf libertäre und partizipatorische soziale und räumliche Demokratie und seiner zeitgemässen Aufmerksamkeit gegenüber den Bedürfnissen der *twenty-something*-Generation.

Es gibt selbstverständlich auch eine Schattenseite dieser Wiederbelebung der persönlichen Dienste in Amsterdams *Centrum*, und die holländischen Analysen weisen immer schnell darauf hin. Doch auch hier produziert die vergleichende Perspektive wiederum ein anderes Bild. Im Vergleich hat die Restrukturierung des *Centrums* über die letzten 25 Jahre zwei Umgestaltungen der politischen Ökonomie hervorgebracht, die Amsterdam von anderen wichtigen urbanen Regionen unterscheidet. Die erste rührt von der hier anscheinend erfolgreichsten urbanen Durchsetzung der anarchistischen, ökologistischen und »situationistischen« Prinzipien her, die die Studenten- und anderen Bewegungen während der sechziger Jahre in Städten überall auf der Welt mobilisierten. Dass dieser Erfolg alles andere als vollständig ist und weiterhin sowohl von internen als auch von externen Kräften eingeschränkt und herausgefordert wird, verringert nicht die besondere Leistung im Vergleich zu anderen urbanen Regionen. Dass er besser verstanden werden kann, wenn er im tieferen historischen Kontext der »moralisierenden Geographie« der holländischen Kultur und ihrer immer paradoxen »Verlegenheit der Reichtümer« verankert wird, habe ich erst nach meinem Aufenthalt in Amsterdam entdeckt und in diesem Essay gerade erst zu erforschen begonnen, dank der grossartigen Pionierarbeit von Simon Schama (1987).

Die zweite, deutlich unterschiedliche Qualität von Amsterdam wird klarer, wenn sie mit der ersten in Zusammenhang gebracht und mit der

gegenwärtigen Literatur über flexible Spezialisierung und städtisch-industrielle Restrukturierung verbunden wird. Obwohl es hier noch viel mehr empirischer Analyse bedarf, scheint im *Centrum* von Amsterdam eine neue Art von spezialisierter Agglomeration Form anzunehmen, die genauso sehr die aktuellen Trends in der Weltökonomie reflektiert wie die Technopolen von Kalifornien, die handwerksgestützten industriellen Distrikte des »Dritten Italien« oder die konzentrierten Knoten des globalen Finanzmanagements in *Lower Manhattan* und der *City of London*. Es ist primär eine Dienstleistungsagglomeration, obwohl kleinteilige, technologisch fortgeschrittene, design- und informationsintensive Industrien ein bedeutender Teil des »Komplexes« bleiben. Produktionsdienste, besonders im Banken- und Finanzsektor, sind ebenfalls sehr wichtig, denn das *Centrum* bleibt der Brennpunkt für eine der wichtigsten *World Cities* des globalen Kapitalismus. Die intensivste und entschiedenste flexible Spezialisierung hat jedoch einen lokalen Brennpunkt, ist ausserordentlich innovativ und in Amsterdam weiter fortgeschritten als vielleicht irgendwo sonst in der entwickelten Welt. Ein grosser Teil seiner Innovationsfreudigkeit liegt in der simultanen Erhaltung und Modernisierung eines einzigartigen urbanen Erbes und einer baulichen Umwelt in lebendigem menschlichem Massstab – keine kleine Leistung in diesem Zeitalter der Megastadt. Dass es noch kein Disneyland (*theme park*) für Touristen geworden ist, ist ebenfalls eine Leistung. Die Wurzeln dafür findet man sowohl in der Macht historischer Traditionen partizipatorischer Demokratie und sozial verantwortlicher Planung als auch im gegenwärtigen Einfluss einiger Generationen von *twenty-somethings* und ihrem energischen Aktivismus. Dies hat einen Dienstleistungskomplex von bemerkenswerter Diversität und zwischenmenschlicher Sensibilität produziert, in dem Grundbedürfnisse in einem Mass über die Anforderungen des Marktes gestellt werden, wie es in anderen *World City*-Zentren schwerlich zu finden sein dürfte. Ich habe keine Ahnung, wie dieser spezialisierte Raum genannt werden könnte, doch wie immer er auch kategorisiert werden sollte, er verdient viel grössere Aufmerksamkeit, Analyse und Wertschätzung – vor allem von Seiten derer, die an vergleichender Stadt- und Gemeindeforschung interessiert sind.

Ich hatte ursprünglich im Sinn, diesen Beitrag mit *Postmodernismus und Postmodernisierung* als fünfter Restrukturierungsthematik zu schliessen. Darin hätte ich zu ermitteln versucht, inwieweit der Restrukturierung der »kulturellen Logik« des gegenwärtigen Kapitalismus im Vergleich von Los Angeles und Amsterdam nachgespürt werden kann. Eine neokonservative Form des Postmodernismus, in der das »Image« die Realität ersetzt und die simulierten und medienmani-

pulierten (*»spin-doctored«*) Repräsentationen zunehmend politische und ökonomische Macht erlangen, formt die populären Ideologien und das Alltagsleben überall in der Welt in bezeichnender Weise um. Diese Version des Postmodernismus wird rasch zum Schlussstein einer neuen sozialen Regulationsweise, die die Entwicklung der (und die Kontrolle des Widerstandes gegen die) neuen postfordistischen Regimes der »flexiblen« und »globalen« kapitalistischen Akkumulation und die sie begleitenden »neuen Urbanisierungsprozesse« unterstützen soll. Nachdem ich Amsterdam erlebt hatte, wo der Widerstand gegen die Durchsetzung dieser neokonservativen Restrukturierung besonders stark schien, war ich versucht, lediglich einen weiteren polaren Gegensatz zum Vergleich mit Los Angeles hinzuzufügen, wo dieser Prozess wahrscheinlich weiter fortgeschritten ist als irgendwo sonst auf der Welt. Doch ich will diese Fragestellung zukünftiger Forschung und Reflexion anheim stellen und mit einem weiteren Beispiel für den *»stimulus of a little confusion«* enden: Entsteht nicht vielleicht der gesamte Text dieses Aufsatzes aus den politischen Herausforderungen, die in seinem letzten Absatz gestellt sind?

Aus dem Englischen übersetzt von Roger Keil.

Anmerkungen:

1. *Freeways* sind gebührenfreie Autobahnen. Der Begriff ist vor allem im US-amerikanischen Westen gebräuchlich und hebt sich von den mautkostenden *Tollways* vor allem im Osten und Mittleren Westen ab (Anm. d. Ü.).
2. In einer der befremdlichsten Ironien ist das Grüne Herz eine der primären Quellen der Luft- und Wasserverschmutzung in den Niederlanden. Die gefährlichen Ausflüsse stammen nicht von Fabriken oder Automobilen, sondern von der übermässigen Tierzucht.
3. *Twenty-somethings* sind Leute zwischen zwanzig und dreissig (Anm. d. Ü.).
4. Der Anteil Frauen an der Gesamtbeschäftigung (1985: 34,5%) ist im europäischen Vergleich relativ gering und liegt weit unter dem amerikanischen Wert. Jedoch waren die Zuwachsraten des Frauenanteils während der achtziger Jahre sehr hoch, als eine grosse Anzahl weiblicher Arbeitskräfte erstmals Eingang in den Arbeitsmarkt, vor allem als Teilzeitkräfte, fanden (Boot/Veraart 1987).

Urbi et orbi – zur Epistemologie des Städtischen*

Walter Prigge

»So wäre zu sagen, dass das Städtische (im Gegensatz zum Urbanismus, dessen Zweideutigkeit deutlich wird) am Horizont aufsteigt, langsam auf epistemologisches Gebiet übergreift, zur Episteme der Zeit wird. Geschichte und Geschichtliches entfernen sich.«
Henri Lefebvre 1972

Die tiefgreifende Transformation des kapitalistischen Stadtkörpers in den achtziger Jahren resultiert aus der Globalisierung städtischer Regionen: Wachstum von Dienstleistungen und Kommunikationsindustrien, Ausbau von Messe, Flughafen, Autobahnen und anderen Infrastrukturen formieren typische Knotenpunkte der fragmentierten *Global Cities*. Solche internationale *Ent-Ortung* des Stadtraumes kennzeichnet die Auflösung der modernen fordistischen Raumordnung und die neuen Beziehungen von Zentrum und Peripherie, Wachstum und Niedergang, Metropole und Provinz – zugunsten einer neuen Raumhierarchie, in der die globalen Tendenzen von Weltmärkten und hegemonialen politischen Einflusszonen die Rangordnung von Weltstädten definieren. In der Konkurrenz der Städte um die bestmögliche Eingliederung in diese Rangordnung erscheinen Wachstumsbranchen wie insbesondere produktionsorientierte Dienstleistungen, High-Tech-Industrien sowie Informationstechnologien als Garanten von Stadtentwicklung. Solche Strategie der Metropolisierung führt zu den jeweils gleichen sozialräumlichen Widersprüchen: aufbrechende Fragmentierung des Kernstadtraumes und Regionalisierung sozialpolitischer Probleme, Peripherisierung und Zentralisierung in ein und derselben Stadt, Verdrängungswettbewerb sozialer Schichten...

Lokomotiven solcher Modernisierungsschübe sind die meist von privaten Entwicklungsgesellschaften gemanagten Grossprojekte wie Olympiade, Weltausstellung, Bundesgartenschau, Mediapark oder Dienstleistungszentren. Sie symbolisieren die Wachstumsstrategie, in

* Dieser Text ist auch in Nolle/Prigge/Ronneberger 1994 erschienen.

der die lokalen Arbeitsmärkte und damit die sozialen Beziehungen vor Ort transformiert werden: Global orientierte Schichten drängen in die Innenstädte und verstärken die ohnehin stattfindende *Ent-Traditionalisierung* der sozialen Milieus moderner Grossstadtstrukturen. Die Tertiarisierung der innerstädtischen Lagen zwingt die Industrie zur Stadtrandwanderung, alte Industriegebiete werden umgewandelt und in die internationale Entwicklungsrichtung der Stadt integriert. Die innerstädtischen Wohnviertel werden im »Kreisverkehr« um die City herum gentrifiziert – andere Viertel sinken tendenziell zu Ghettos der Armen, Alten und AusländerInnen herab. Die Umstrukturierung der Arbeitsmärkte führt zur Vervielfältigung von sozialen Milieus, die nicht mehr in familiärer Sozialisation »vererbt« werden, sondern in die man und frau sich einkaufen. Die Pluralität von Lebensstilen produziert neue Ungleichheiten mit marginalisierten und noch stabilen Bereichen traditioneller sozialer Verankerung.

Die sozialen Verdrängungseffekte werden noch verstärkt durch die selektive Politik der kommunalen Verwaltungen in den sozialpolitischen Bereichen kollektiver Konsumtionen (Wohnen, Verkehr, Bildung). In einer Art von Politik der Lebensstile ist die städtische Kultur auf Mittelschichten und Dienstleistungen bezogen, sie sollen an den Ort gebunden, weitere angelockt werden. Diese kulturelle »Metropolisierung« ist der politisch-ideologische Einsatz in die neue Konkurrenz der Städte. Architekturen, Stadtplanungsformen und Kulturpolitiken produzieren metropolitane Zeichen und Symbole: »Urbanität« wird regulative Idee des Städtischen, in der die imaginären Beziehungen der BewohnerInnen zu ihren realen Lebensbedingungen »weltstädtisch« formiert werden sollen. In dieser *Ent-Materialisierung* der städtischen Kultur, der immateriellen Dimension von symbolischen Welten und Definitionsmächten des Städtischen, werden die sozialen Gegensätze der gespaltenen Stadt in Form kultureller Differenzen von Lebensstilen integriert: Die legitime Sicht auf das »Soziale« war in den achtziger Jahren nur kulturell artikulierbar. »Re-Urbanisierung« als zentrales Raum-Konzept der Revitalisierung des Städtischen antwortete auf die Kritik an der Grossstadt und stellt den symbolischen Ort des Zusammenhalts des erodierenden sozialen Raumes Stadt dar.

Globales

In der theoretischen Diskussion solcher Elemente von städtischer Globalisierung geht es um den Strukturwandel von Räumen und Zeiten. Mit der vertikalen Überlagerung von internationalen Räumen und der horizontalen Verflechtung von lokalen Zeiten ist Globalität fortge-

schrittener Typ der gesellschaftlichen Organisation von Raum und Zeit, der strukturelle Ansätze der Analyse ihrer Beziehungen erfordert (Raum und Zeit als Beziehungsbegriffe).

Internationaler Raum

Zu fragen ist, ob diejenigen Aspekte, die gegenwärtig politisch, ökonomisch und kulturell mit Globalität artikuliert werden, eine neue Form nicht mehr bloss inter-nationaler, sondern trans-nationaler Regulation anzeigen: Kennzeichnet Globalität eine neue Stufe der internationalen Arbeitsteilung und ihrer Vergesellschaftung? Geht man bei der Bestimmung von Globalität von der historisch dominanten Form, also der internationalen Formation Fordismus aus, so müssen die seit einem Jahrzehnt diskutierten Restrukturierungen dieser Formation auf ihre ökonomischen, politischen und kulturellen Qualitäten befragt werden. Dieses sollte geschehen auf der Ebene des nationalen Raumes.

Nationaler Raum

Denn fest steht, dass es ausschliesslich nationale Integrationsweisen in die internationale Formation Fordismus gegeben hat und dass auch gegenwärtig unterschiedliche nationale Entwicklungspfade der Reproduktion oder Transformation der fordistischen Gesellschaftsformation existieren. Entgegen der These, dass sich das Nationale im Zuge fortschreitender Internationalisierung auflöse, wären vielmehr intensiver als bisher Staat und Nation politisch soziologisch zu thematisieren.

Politisch ist die Zunahme von Verhandlungspraktiken im internationalen Raum des Systems von Nationalstaaten zu beobachten, deren Gegenstände sich zunehmend globalisieren. Ein deutliches Beispiel dafür ist die in lokalen Widersprüchen entstandene Ökologiedebatte, die als neues internationales Thema im Laufe der Diskussion globalisiert wurde. In der politischen Wirklichkeit der Nationen ist jedoch noch immer die nationale Materialität entscheidend, also die spezifische Form der nationalen Staatsapparate: Denn noch müssen die meisten aller alltäglichen Praktiken des sozialen Lebens durch diese nationale Materialität politisch vermittelt werden – zum Beispiel die hier interessierenden nationalen Regulierungen im Bereich von Wohnungs-, Sozial-, Stadt- und Raumpolitiken...

Ökonomisch sind die Integrationsweisen der Volkswirtschaften in den Weltmarkt gleichermassen national reguliert. So hängt es immer noch von den nationalen und staatlich regulierten Formen des Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit ab, ob der Weg aus dem Fordismus eher neotayloristisch (rigide Arbeitsbeziehungen) oder eher postfordistisch (Verhandlungen und Einbindungen) bewerkstelligt wird.

Und schliesslich zeigt sich ideologisch-kulturell, dass keineswegs vom Ende des nationalstaatlichen Raumes die Rede sein kann. In dem Augenblick, in dem sich kulturell und ökonomisch globale Tendenzen durchsetzen, beobachten wir wiederum einen nationalistischen Schub, der sich – ideologisch wie eh und je – auf die »ewige« Zeit und Kultur des nationalen Raumes beruft. Das Nationale wird also fortgesetzt mit Geschichte und Territorium artikuliert – bis hin zu rassistischen Diskursen wie etwa der natürlichen Volksgemeinschaft, die auf Blut gegründet ist (vgl. Rechtsextremismus und deutsche Einwanderungsproblematik). Rassismus hat es immer gegeben, solange es den Nationalstaat gibt; man wird ihn gegenwärtig nicht durch die Unterordnung der Nation unter die universale Ordnung des Globalen, also durch Entschwinden des Nationalen, sondern dadurch erklären müssen, dass der nationale Raum politisch, ökonomisch und kulturell durch Globalisierungsprozesse überlagert wird und in dieser Transformation erneut Nationalismen hervorruft. Angesichts globaler Entwicklungen soll das Nationale, im Sinne der »Historizität eines Territoriums und Territorialisierung einer Geschichte« (Poulantzas 1978), wiederhergestellt werden. Man wird sich also beim Thema Globalisierung weit mehr als bisher für den nationalen Raum und die Verflechtung seiner ökonomischen Strukturen, politischen Materialitäten und kulturellen Formen interessieren müssen. Eine Form des nationalen Raumes scheint in besonderem Masse – sozusagen unterhalb der nationalen Raumordnung und gleichsam autonom – internationale Beziehungen einzugehen: Regionen.

Regionaler Raum

Viele Diagnosen gehen davon aus, dass der nationale Raum – und damit auch ein Teil der nationalen Identitätsbildung – durch die Entwicklung städtischer Regionen im Sinne von Knotenpunkten des ökonomischen und kulturellen Netzes internationaler Arbeitsteilung restrukturiert wird. Einiges spricht dafür, dass sich Regionen als die gegenwärtig entscheidenden Räume von ökonomischer Globalisierung etabliert haben – obwohl sie oder vielmehr gerade weil sie nicht staatlich verfasst sind und auch ihre Kultur weder mit einem abgegrenzten Territorium noch mit einer Geschichte, also nationalstaatlich artikuliert wird. Diese gegenwärtige Regionalisierung gesellschaftlicher Beziehungen ist oft historisch erklärt worden, als ungleichzeitige oder ungleichmässige Entwicklung. Dahinter stand unausgesprochen die Vorstellung eines einheitlichen Entwicklungstyps (homogenisierender Fordismus), in den sich Regionen integrieren mussten. Man muss hier mehr als bisher dazu übergehen, diese Entwicklung von Regionen

»räumlich«, das heisst nicht geographisch, sondern struktural zu erklären. Denn an den städtischen Regionen kann das Prinzip der Globalisierung am deutlichsten gezeigt werden: dass vertikale, also globale Beziehungen von Ökonomie und Kultur unmittelbar durchschlagen – so dass zum Beispiel eine Region wie Frankfurt-Rhein-Main mit Messe, Banken, Flughafen und Museumsufer eine räumliche Superstruktur aufweist, die unmittelbar international determiniert ist; und dass andererseits die horizontalen Verflechtungen gesellschaftlicher Praxis in diesen Regionen global überdeterminiert sind, wodurch diese horizontalen Beziehungen in eine neue Ordnung des Lokalen gebracht werden. Sie werden nicht aufgelöst, sondern im Gegenteil reetabliert, was die Aktualität des Lokalen für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Restrukturierungen bezeichnet.

Man wird in der regionalen Analyse also mehr struktural als historisch argumentieren müssen, weil das Prinzip der globalen Überlagerung die Wirklichkeit der Region viel deutlicher prägt, das heisst strukturbildend ist, als es im nationalen und internationalen Raum der Fall ist; beides sind eher Räume der institutionellen Verflechtung, die durch die Analyse ihrer Rhythmen, also historisch zu erklären sind. Der Punkt der Abgrenzung lautet: Internationalität ist durch die nationalen Rhythmen vermittelt, während Globalität eine trans-nationale Qualität kennzeichnet, deren genuiner Raum das Städtische ist.

Städtisches

Die These lautet, dass sich das Städtische (in der Form städtischer Regionen vom Typ Frankfurt-Rhein-Main) ökonomisch und kulturell als Knotenpunkt globaler Formation etabliert hat und damit die Episteme gegenwärtiger Gesellschaft darstellt – darstellen im strikten Sinne: Das Städtische ist die Bedingung der Möglichkeit der Erkenntnis von Gesellschaft heute, hier erscheint ihre gegenwärtige Wahrheit. Das Städtische ist also epistemologisch/erkenntnistheoretisch eher im gesellschaftstheoretischen Horizont zu verorten, weniger ein Begriff der Stadtsoziologie. Es meint nicht Stadt im empirischen Sinne; die empirische Erkenntnis von Städten gibt noch nicht die Erkenntnis der Gesellschaft – sowie die empirische Analyse der Fabrik noch nicht die Wahrheit der industriellen Gesellschaft lieferte. Nach Lefebvre lautet die These: Das Städtische löst tendenziell das Industrielle als dominante Formbestimmung gesellschaftlicher Prozesse ab. Man muss sich bei der Analyse heutiger Gesellschaften für die Formen des Städtischen interessieren – und hier hat die Stadtsoziologie ihre wichtige Aufgabe. Mehr noch: Sie selbst findet erst über die Analyse des Städtischen er-

neut einen Zugang zur Gesellschaftstheorie. Man kann sich also aus unterschiedlichen Gründen mit städtischen Räumen beschäftigen – für die Stadtsoziologie ist die Reflexion des Städtischen jedoch von existentieller Bedeutung, will sie nicht Bindestrichsoziologie bleiben.

Quintärer Raum

Ökonomisch ist das Städtische der quintäre Raum. In den städtischen Regionen – und nur hier – wird die Überlagerung aller ökonomischen Sektoren (von der Seite der Arbeit her gedacht) greifbar: also erstens Landwirtschaft, zweitens Produktion, drittens Dienstleistung und viertens quartärer Sektor als Verbindung von Dienstleistung, Informationstechnologie und Kulturproduktion, sowie fünftens quintärer Sektor, Hausarbeit, Schattenwirtschaft, Hobbyökonomie, produktive Tätigkeiten, die nicht marktförmig im Sinne von Lohnarbeit organisiert sind. Stadt- und industriesoziologisch wird man empirisch einzelne Städte auf die jeweilige Überlagerung und Verflechtung dieser Sektoren befragen, um die spezifische ökonomische Struktur der Stadt zu analysieren und die jeweilige Ausdifferenzierung ihrer Heterogenität zu deuten. Wie problematisch auch immer die Redeweise vom tertiären Sektor ist (in dem heute statistisch fast alles ausser handwerklicher Produktion verschwindet und entsprechend zur Dienstleistungsgesellschaft hochgerechnet wird): Das Interesse wird sich vielmehr auf den vierten und fünften Sektor richten, da die städtische Ökonomie weit mehr durch das Nebeneinander und die Überlagerung dieser Sektoren bestimmt wird als durch »Dienstleistungen«. Diese sind ökonomisch durch ihre Nähe und Ferne zum Produktionsprozess zu bestimmen; das in städtischen Räumen dominante Finanzkapital zum Beispiel finanziert die aus den städtischen Regionen in ehemals periphere Räume der Weltwirtschaft ausgelagerten industriellen (Massen-)Produktionen – hat also eine genuine Verbindung zum kapitalistischen Re-Produktionsprozess, der als ganzer jedoch nicht mehr im Städtischen erscheint. Wenig erinnert noch daran, dass in dieser Gesellschaft überhaupt produziert wird: Der Anschauungsverlust der industriellen Kultur, die noch einen homogenen Raum sozialer Beziehungen formierte, ist evident.

Raum der Lebensstile

Soziokulturell ist das Städtische der differenzielle Raum der Lebensformen. Modernisierung und Marginalisierung, Gentrifizierung und Kultur der Differenz sind die Stichworte für die empirische Realität soziologischer Prozesse im Städtischen. Die in den achtziger Jahren transformierte Stadt-Kultur etablierte Differenzen in der Sozialstruktur, die kulturell codiert und darin individualisiert, stilisiert und plura-

lisiert wurden. »Post-Moderne« kennzeichnet die sozialen Differenzen eines heterogenen Raumes: Gesellschaftliche Unterschiede als natürliche Gegensätze des sozialen Systems zu akzeptieren war das Credo der achtziger Jahre im Städtischen – jeder sollte in seiner gesellschaftlichen Position bleiben, in die er durch Markt, Staat und Kultur einsortiert worden war.

Zitadelle und Ghetto als Muster der *Global City*-Struktur sind real geworden. Der Raum der Lebensstile ist polarisiert und produziert neue Formen der Repräsentation, zum Beispiel immer wieder gezeigt an den Architekturen der City, den innerstädtischen, also zentralen Ghettos, den gentrifizierten Stadtvierteln sowie den peripheren Lebensweisen am Rande, also den Neuen Heimaten am Stadtrand und in der transitorischen Zone zwischen Stadt und Region. Die sozialräumliche Staffellung des Städtischen folgt noch dem Muster von Zentrum und Peripherie – jedoch nicht mehr nach den kreisförmigen Modellen der Sozialökologie, die auf die industrielle Stadt bezogen waren: Zitadelle und Ghetto liegen heute zentral nebeneinander, und es gibt zunehmend Wachstumskerne (auch bereits *Headquarters* des tertiären und industrielle Distrikte des quartären Sektors) in der transitorischen Zone. Die städtischen Räume werden hierarchisiert und im Verhältnis von Zentrum und Peripherie neu besetzt (global – lokal).

Was die Analyse dieser ökonomischen (Heterogenität) und soziokulturellen Räume (Differenzierung) des Städtischen betrifft, so scheinen empirische Stadt- und Industriesoziologie weiter entwickelt zu sein als die Theorie der Stadt überhaupt; umso erstaunlicher ist, dass die gesellschaftstheoretische Verortung der empirischen Analysen unter den Begriff des Städtischen auf so viel Widerstand stößt. Man muss ja nicht die revolutionstheoretischen oder totalisierenden Tendenzen jener These von Lefebvre teilen, wenn die empirischen Ergebnisse im Lichte von Theorie erst zur Erkenntnis verarbeitet werden müssen. Der Kern dieser These jedenfalls hat Bestand und wird im Blick auf die Empirie auch verifiziert: Das Städtische ist tatsächlich die Episteme der global determinierten Gesellschaftsformation und löst damit das Industrielle in dieser Hinsicht ab. Heterogenität und Differenz sind – neben dem globalen Prinzip der Überlagerung – die entscheidenden ökonomischen und kulturellen Dimensionen von gegenwärtiger Gesellschaft, die sich im Städtischen darstellt.

Die Politik des Städtischen, Stadtpolitik als konkrete Gesellschaftspolitik, ist konfrontiert mit diesem globalisierten Verhältnis von Ökonomie und Kultur und muss es verarbeiten. Der politische Raum des Städtischen ist das Lokale, das in politisierter Form drei Aspekte hat: Reflexivität, Vermittlung und Intervention.

Lokales

Ideologischer Raum

Die Ausgangsfrage in der diskursiven Dimension des Städtischen lautet: Welche Räume repräsentieren das Städtische? Sind es die Architekturen der City oder die urbanistischen Diskurse, sind es die Raumbilder des Sozialen, die Museumsräume oder die Sprechweisen von der Metropole im Diskurs von Globalität? Gehen wir vom herrschenden stadtpolitischen Diskurs aus, so haben wir die aktuellen Ideologien des Städtischen, die sich oppositionell artikulieren: Metropole/Provinz, Ökonomie/Ökologie, global/lokal, Soziales/Kulturelles, Zentrum/Peripherie, Urbanismus/Regionalismus und so weiter. In der Form solcher ideologischen Oppositionen reagiert der stadtpolitische Diskurs auf die in den unterschiedlichen Lebensformen des Städtischen existierenden sozialen Gegensätze und versucht, diese zu vermitteln. Ideologien sind in gewissem Masse realistisch, insofern sie sich immer auf die Wirklichkeit beziehen: Ideologien koordinieren den Alltag mit Wissenschaft, Politik und Kultur. Das gibt den Ideologien bekanntlich eine materielle Existenz, die sich empirisch im Alltagshandeln wiederfinden lässt: Ich kann mich wahlweise metropolitan oder provinziell, global oder lokal und so weiter verhalten. Diskurse sind materielle Praxen im sozialen Raum – als diskursive Positionen im ideologischen Raum repräsentieren sie soziale Lebensweisen und soziale Stellungen. »Raum« ist hier nicht metaphorisch gemeint, denn Repräsentation ist materiell: Gehe ich ins Museum, Bürgerhaus oder ins Cafe, verhalte ich mich unterschiedlich zur Kultur; arbeite ich in der City, agiere ich global; wohne ich im Gründerzeitviertel, bin ich gegenwärtig Teil der Gentrifizierung...

Konzeptiver Raum

Der konzeptive Raum charakterisiert die Art und Weise, wie das Städtische formiert, mittels spezieller Techniken konzipiert und dargestellt wird. Im konzeptiven Raum geht es um das Wissen vom Globalen und Lokalen und die entsprechenden urbanistischen Disziplinen – wie etwa Architektur, Planung, Ästhetik, Kulturpolitik – die Globalisierung ökonomisch und kulturell formieren. »Metropole« ist die aktuelle konzeptive Ideologie des Städtischen, die mit einem konkreten Raumkonzept von »Urbanität« verbunden ist und von dem analytischen Begriff der Metropole im Rahmen theoretischer Artikulation zu unterscheiden ist. Nehmen wir wieder die dominante Opposition global/lokal, so wird man sich für die SpezialistInnen des Städtischen in mehrfacher Weise interessieren.

Neben die traditionellen städtischen Eliten in Politik und Ökonomie traten vor allem zwei soziale Milieus, die für die globale Entwicklung des Städtischen von besonderer Bedeutung sind: eine Sorte von *Global Jobbers* im internationalen Management sowie die ebenso international orientierten SpezialistInnen des Städtischen, die »metropolitane« Urbanität herstellen. Auf die internationale Stadt bezogen sind das also global orientierte Schichten in der städtischen Vergesellschaftung, die Globalität ökonomisch und kulturell herstellen und daher auch über ein spezialisiertes »kosmopolitisches« Wissen verfügen: Yuppies und andere AgentInnen der Dienstleistungsklasse, die mit hohem Einkommen und in »gehobener Abhängigkeit« Funktionen der globalen ökonomischen Kontrolle von Produktion und Dienstleistung im tertiären Sektor einnehmen; daneben die technologischen SpezialistInnen der Informations- und Kommunikationsindustrien im quartären Sektor, die die technologische Ausstattung und »technische« Kontrolle globaler Produktionen und Dienstleistungen übernehmen. Zu diesen international orientierten Professionellen gehören vor allem auch diejenigen, welche die dominierende Sorte »weltstädtischer« Kultur herstellen: globale Intellektuelle, die an Weltkulturen interessiert sind und nicht an der Kultur des Ortes selbst; sodann Urbanisten, Architektinnen und Designer, welche die Zitadellen und deren urbanes Ambiente konzipieren; sowie kosmopolitisch orientierte KulturarbeiterInnen, welche die kulturelle Infrastruktur internationaler Urbanität bereitstellen und deren Inhalte – dem Anspruch nach – zum Erlebnis »Kulturmetropole« festivalisieren. Diese globalen, urban und international orientierten Professionellen dominieren die alltäglichen Kulturen weiter Teile der City und gentrifizieren die von ihnen bevorzugten Gründerzeitviertel in den Randlagen der Innenstadt.

Auf der anderen, lokalen Seite der Stadt agieren die auf den konkreten Ort orientierten SpezialistInnen des Städtischen, die auch in der Stadt selbst verankert sind und daher über intime Kenntnisse dieses Ortes verfügen: von den lokalen Experten in der kleinen Kommunalpolitik über Naturschützerinnen, Stadtteilhistoriker, ortskundige Stadt- und Umweltplanerinnen bis hin zu Streetworkern und Sozialarbeiterinnen, die alle in den lokalen Milieus institutionell oder korporatistisch verankert sind und ortsspezifisch denken und handeln.

Auf je spezifische Weise arbeiten diese Fraktionen von urbanen Professionellen und lokalen SpezialistInnen des Städtischen an der Transformation und Gestaltung städtischer Räume und Kulturen. Sie sind zugleich ProduzentInnen und Akteure gegensätzlicher städtischer Lebenswelten und artikulieren den Widerspruch zwischen Welt und Ort, den die Stadtpolitik zu verarbeiten hat: als Vermittlung und Austausch

zwischen den Ansprüchen »weltstädtischer« und ortsgebundener Lebensweisen – wenn Modernisierung als Gesellschaft reflektierender Prozess gelingen und den lokalen Räumen nicht bloss als globale Anforderung aufgeht werden soll.

Intermediärer Raum

Hier geht es, um mit Ulrich Beck (1993) zu reden, um das »Und«, also Reflexion und Vermittlung eines Dritten – konkret in der Form einer neuen Planungskultur und Stadtpolitik zwischen globalen und lokalen Raumkonzepten, zwischen Konflikt und Konsens, zwischen horizontalen Verflechtungen in der kleinen Kommunalpolitik und den vertikalen Überlagerungen globaler Dimensionen in der zentralistischen Ebene der Rathauspolitiken. Es geht hier nicht um Kommunal-, sondern um Stadtpolitik: Politik des Städtischen im intermediären Raum ziviler Gesellschaft. Das Kriterium solcher Politik ist der Prozess selbst, in den reflektierend interveniert werden muss. Dabei geht es nicht um die Ideologie-Kritik herrschender oder um den Entwurf alternativer Leit-Bilder, die doch nur an ihren »herrschenden« Gegensatz gebunden bleiben: Der Prozess selbst ist »leitbildend«. Die Medien dieses intermediären Raumes sind die Mechanismen, die sich auf den Prozess selbst beziehen: das öffentliche Aushandeln von Gegensätzen, das Moderieren von Themen und Problemen, das Diskursivieren von Interessen, das Zivilisieren von Konflikten, das Herstellen symmetrischer Beziehungen von Macht und von sozialen Allianzen. Mit einem Wort: In dieser Sphäre intermediärer städtischer Praxis geht es um die Reflexivität ziviler Gesellschaft. Städtische Politik hat also keinen festen Ort, ohne damit utopisch zu sein; sie bezeichnet ein Bündel intermediärer Verfahren in der Organisation von Prozessen, die in den Regelmechanismus kommunaler Politik intervenieren und die Probleme der sich durchsetzenden globalen Mächte reflexiv als Probleme des konkreten Ortes artikulieren und auf ihn verpflichten: Dann wird dieser Ort zu Recht Stadt genannt werden können.

Städtischer Raum

Urbanität war immer polar strukturiert, beinhaltete Gegensätze, die durch sie integriert wurden (früher Proletariat und Bürgerlichkeit). Die aktuellen gesellschaftlichen Gegensätze und Fragmentierungen stellen die Stadtpolitik vor neue Probleme. Das *Urban Management* muss das postfordistisch gespaltene Wachstum im Gegensatz von Zentrum und Peripherie und die daraus resultierenden sozialräumlichen Polarisierungen bearbeiten – soll der Modernisierungsprozess im Verhältnis von lokalem Staat und globaler Ökonomie gelingen. Eine re-

formorientierte Strategie wird den lokalen Staat mit seinen vertikalen, zentralistischen Politikverflechtungen in eine Arena der Wahrnehmung und Aushandlung von gegensätzlichen Interessen transformieren: Die politische Modernität von Stadtpolitik entscheidet sich heute daran, ob es gelingt, die sozialräumlichen Gegensätze nicht »von oben« zu vereinheitlichen, sondern sie durch geregelte Verfahren der Aushandlung zu *veröffentlichen*. Diese Gegensätze müssen also in der städtischen Öffentlichkeit artikuliert und diskutiert werden: Der lokale Staat hat hier die Aufgabe, diese Artikulation zu *moderieren*. Voraussetzung dafür ist, die dezentrale Qualität der Probleme zu erkennen, die kommunalistischen Impulse wahrzunehmen und sich auf die Bewegungen vor Ort zu beziehen: Um diese Aufgabe leisten zu können, muss der lokale Staat neue, intermediäre Verfahren und Institutionen einrichten, die die Konflikte in der Stadtpolitik wahrnehmen und *zivilisieren*. Im Bereich von Planungskulturen zum Beispiel offene Planungsprozesse oder politische Kulturen wie Runde Tische, urbane Pädagogiken in Volkshochschulen, Foren städtischer Öffentlichkeit und anderes mehr: In diesen Institutionen der zivilen Gesellschaft wird es gelingen, die unterschiedlichen Raumkonzepte zu *diskutieren*. Schliesslich muss die lokale Politik ein neues Konzept von Urbanität entwickeln, das den artikulierten Widersprüchen Rechnung trägt: ein neues Raum-Denken, das nicht in Oppositionen gefangen bleibt, sondern die als Oppositionen artikulierten Gegensätze zu *dezentrieren* sucht, indem sie zu Widersprüchen transformiert und darin als Gegensätze abgearbeitet werden. Ist der lokale Staat Regulationsweise eigener Art, so wird er mit diesen Regulierungen seine geforderte aktive Rolle in der Gestaltung von Produktion und Reproduktion städtischer Lebensweisen spielen können. Es sind diese *städtischen* Regulierungen, die aus der staatlich eingebundenen Kommunalpolitik mit ihren vertikalen Überlagerungen und horizontalen Verflechtungen eine »städtische Politik« formen und diese auf die ortsgebundenen Probleme verpflichten.

Urbanität wäre weiterhin der Begriff für diese städtische Perspektive lokaler Politik – wenn er sich auf die reflexiven Potentiale der Modernisierung, Demokratisierung und Zivilisierung gesellschaftlicher Widersprüche bezieht.

Der kritische Diskurs des Städtischen bewegt sich zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Räumen, vernetzt sie und stellt kommunikative Knotenpunkte her, die das Konfliktniveau der Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme anzeigen und Potentiale der Konsensfindung für öffentliche Aushandlungsprozesse bereitstellen. Das gilt auch und gerade für die sozialen Beziehungen: Durch seinen intermediären Charakter kann der Diskurs des Städtischen soziale, auch

»klassenübergreifende« Allianzen zwischen den sozialen Positionen herstellen, wie sie zum Beispiel im Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Kulturellem und Sozialem oder Globalem und Lokalem artikuliert werden.

Grossstadt Schweiz: Die Architektur des Flexiblen Raumes*

Ute Lehrer

Die gegenwärtige Veränderung der städtischen Form steht im Kontext der ökonomischen Restrukturierung kapitalistischer Gesellschaften seit den siebziger Jahren. Die neuen Gebäude übernehmen dabei nicht nur eine repräsentative Funktion innerhalb der lokalen *landscape of power* (Zukin 1991), sondern sie sind auch materialisierte Zeichen und Arbeitsstätte in einer neuen globalen ökonomischen Geographie. Das fordistische Raummodell wird durch ein neues ersetzt; ich nenne es das Modell des »Flexiblen Raumes«. Dieser Begriff lehnt sich an theoretische Konzepte an, die die gegenwärtigen ökonomischen und strukturellen Veränderungen als Herausbildung eines Regimes der flexiblen Akkumulation zu erklären versuchen (z.B. Harvey 1989a, Hitz/Schmid/Wolff in diesem Buch).

Die städtische Peripherie ist nicht mehr Hinterland, nicht mehr Zulieferin, sie erhält einen eigenen Stellenwert. Sie ist weder urban noch suburban, übernimmt zwar teilweise Zentrumsfunktionen, hat aber dennoch kein eigentliches Zentrum und keine klaren Grenzen. Sie repräsentiert das gesamte Panorama zwischen den Mächtigen und den Machtlosen.

Die Bedeutungszunahme des Stadtrandes manifestiert sich auch in der Suche nach einem Ausdruck, der die Neuartigkeit der urbanen Formen sprachlich repräsentieren soll; innerhalb weniger Jahre hat sich eine ganze Palette von Begriffen gebildet: *Edge City*, *Exopolis*, *Slurb*, *Technoburb* und *Urban Village*.

Die Transformation dieses Raumes findet ihren Niederschlag in einer eigenen Architektursprache. Damit wird der Peripherie optisch jene Funktion beigemessen, die ihr mit der Zunahme von Entscheidungszentren und Arbeitsplätzen auch effektiv zuteil wird. Die neuen Architekturhüllen der Werks- und Bürogebäude treten durch auffällige Farben und Formen in Erscheinung. Im Schatten ihrer phallischen Brüder, die

* Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung von Lehrer 1993a und 1994. Alle Bilder dieses Beitrags wurden von Ute Lehrer im Raum rund um Zürich aufgenommen.



im Stadtzentrum stehen, breiten sich die neuen Gebäude in der Peripherie aus.¹

Im Gegensatz zur Restrukturierung der baulichen Umwelt in den Innenstädten, bei der gewöhnlich die physischen, kulturellen und sozialen Widerstände einer gewachsenen Struktur vorausgesetzt werden, findet die Eroberung der Peripherie angeblich in einem »Niemandland« statt. Die Generalunternehmer und Pioniere des Stadtrandes vermitteln das Bild der »grünen Wiese«, um die Akzeptanz ihrer Bauten generell und speziell bei ihrer Kundschaft zu erhöhen. Die Tatsache, dass es sich bei der Peripherie um eine in mehreren Jahrhunderten entstandene Kulturlandschaft und nicht um eine jungfräuliche Wildnis handelt, wird damit wirkungsvoll verschleiert.

Neue städtische Formen und ihre Wahrnehmung

Die Restrukturierung, die seit Mitte der siebziger Jahre die Produktionsformen und -organisationen verändert, findet eine Entsprechung in der gebauten Umwelt. Michael Storper und Richard Walker weisen darauf hin, dass jedes Ensemble von Produktivkräften eine eigene Form der räumlichen Organization hervorbringt (1989: 205f.). Die gegenwärtige Verschiebung der ökonomischen Kräfte zeigt sich daran, dass der Reichtum der Städte in die Grenzregionen hinaussickert und in der Stadt das »Zentrum einen neuen aggressiv-verführerischen Reiz« erhält (Zukin 1991: 5).

Mit der Veränderung der Produktionsweise haben sich neue urbane Formen entwickelt, die ausserhalb der alten Städte entstehen und sich auch deutlich von den Vorstädten unterscheiden. Das Bild der konzentrisch angeordneten Stadt mit einem dominanten Innenstadtkern und einer nach aussen abnehmenden Besiedlungsdichte wird in Frage gestellt. Edward Soja nennt das neue urbane Gebilde *Exopolis, the city without*:

»Ausserhalb des Sogs der alten Agglomerationsknoten plaziert, dreht die Exopolis selbst ein neues Gewinde, indem sie die Stadt gleichzeitig von aussen nach innen und von innen nach aussen kehrt. Die uns so bekannten metropolitanen Formen (...) werden nun einer radikalen Dekonstruktion und Rekonstitution unterworfen. Sie explodieren und koalieren heute in vielfältigen experimentellen Gemeinden der Zukunft, in fragwürdigen Städten, wo die Zentralität praktisch omnipräsent ist und die kompakte Vertrautheit des Städtischen verdampft« (Soja 1989: 95).

Soja stützt sich dabei empirisch und essayistisch auf das im Südosten von Los Angeles gelegene *Orange County*, wo in den letzten vier Dekaden eine urbane Form entstanden ist, die der herkömmlichen Vorstellung von Stadt widerspricht. Diese neue städtische Form ist ein jüngeres Beispiel einer Wechselwirkung zwischen industriellen Strukturen und städtischen Formen. Sie ist nicht ein ausschliesslich nordamerikanisches Phänomen, sondern lässt sich in ähnlicher Weise auch in Europa beobachten (siehe etwa Kreibich et al. 1993).

Da die neuen städtischen Formen sehr stark auf der Integration semiotischer und visueller Realitäten beruhen, können wir Anleihen bei John Berger machen, der das Sehen als Alltagspraxis und wissenschaftliche Methode untersucht hat. Sehen hat sehr viel mit Wissen zu tun, und der Blick auf die Welt verändert sich dabei ständig:

»Es ist das Sehen, durch welches wir unseren Platz in der umliegenden Welt erschaffen: Wir erklären zwar die Welt durch Wörter, doch Wörter können die Tatsachen um uns herum nicht ungeschehen machen. Die Beziehung zwischen dem, was wir sehen und dem, was wir wissen, ist daher niemals entschieden« (Berger 1972: 7).

Die Wechselwirkung zwischen Wissen und Sehen führt zu einem fragmentierten, heterogenen Bild der Stadt. Bewundert die eine Betrachterin alte, schön herausgeputzte Sandsteinfassaden, sieht die andere dahinter die Auskernungen mit neuen Stockwerkeinteilungen. Ist für den einen Betrachter die Einfamilienhaussiedlung ein Rückzugsort, sieht der andere darin eine Ursache für die Zunahme des Individualverkehrs.²

Solche Einsichten haben Tradition innerhalb der Architekturdiskus-



sion. In den zwanziger Jahre hat Le Corbusier mit seiner Artikelserie *Augen, die nicht sehen...* auf die Diskrepanz zwischen Sehen und Bewusstsein hingewiesen (Le Corbusier-Saugnier 1922). Er verglich Flugzeuge, Schiffe und Automobile – allesamt Objekte der Maschinenteknologie – mit den Bauwerken der Antike. Daraus resultierte das Konzept der »Wohnmaschine« sowie eine Umsetzung von Zitaten aus der Industriekultur in gebaute Form. Doch nicht nur die Sichtweise auf ein einzelnes Gebäude, sondern auf die gesamte Stadt hat sich innerhalb des Architektenstandes verändert. Das Pittoreske ist dabei von den funktionalen Linien des »modernen« Städtebaus verdrängt worden.³

Das Verhältnis zwischen Wissen und Sehen wird auch durch die Bewegung geprägt. Mit dem Aufkommen von Eisenbahnen und Automobilen wurde die räumliche Struktur und mit ihr der Erfahrungshorizont der Menschen verändert (Lehrer 1990). Die Art, wie sich Betrachtende durch den Raum bewegen (respektive wie der Raum an ihnen vorbeizieht), definiert das Verhältnis von Raum und Zeit.⁴ In den Architekturdiskurs wurde dies von Sigfried Giedion als Raum-Zeit-Kontinuum eingeführt: »Das Raum-Zeit-Gefühl unseres Zeitalters kann selten so stark erfahren werden, wie am Steuerrad, wenn man hügelauhügelab, durch Unterführungen, über Rampen oder über riesige Brücken dahin rollt« (1976: 491).

Die Bewegung als wichtiges Element der Raumwahrnehmung war für Giedion auch aus den Erkenntnissen der nicht-euklidischen Geome-

trie von Relevanz. Da sich das Aussehen eines Raumes mit der Bewegung der Betrachtenden verändert, sei eine erschöpfende Beschreibung von einem einzigen Augenpunkt nicht möglich: »Um die wahre Natur des Raumes zu erfassen, muss der Beschauer sich selbst in ihm bewegen« (Giedion 1976: 280). Was aber beschreibt Giedion als die »wahre Natur des Raumes«? Wie andere Vertreter der Moderne meint er damit in erster Linie einen physischen Raum.⁵ Erst durch die Bewegung wird der Raum (und die Zeit) wahrnehmbar:

»Das Mittel, Raum und Zeit zu erkennen, ist die *Bewegung*. Raum = Ausbreitung, formlos und unantastbar, wird sichtbar, wahrnehmbar als *Bewegung*. Zeit = Fortgang, richtungslos und unmessbar, wird bestimmt, messbar als *Bewegung*. Gestaltung von Raum und Zeit ist Gestaltung der *Bewegung*« (ABC 1925: 4).

Der Gedanke des erst durch Bewegung materialisierten Raumes ist für die Lesart des diffusen Raums, dem wir in den neuen städtischen Peripherien begegnen, von Bedeutung. Beim Durchfahren dieser urbanen Landschaften komprimiert sich der Wechsel zwischen baulicher Umwelt und Kulturland – eine Sichtweise also, die zum täglichen Erfahrungshorizont einer Grosszahl der Pendler und Pendlerinnen gehört. In gewisser Weise schliesst dies bei Robert Fishmans Konzept der neuen Stadt an: »Jede Familie schafft sich ihre eigene ›Stadt‹ aus den Zielen, die sie innerhalb einer zumutbaren Zeit erreichen kann (in der Regel mit dem Auto)« (Fishman 1991: 79). Die »eigene Stadt« kann erst dadurch entstehen, dass der Raum überwunden wird – sei es mit dem Auto, dem Zug, dem Telefon, dem Satellitenfernsehen oder dem Computer.

Im folgenden soll die Architektur des Flexiblen Raumes näher umschrieben werden. Als Beispiel einer spezifischen Raumstruktur dient die Schweiz und insbesondere die Region Zürich. Doch es muss betont werden, dass sich die Tendenzen zu einer Neuaufteilung des Raumes auch in anderen urbanen Regionen, die mit ähnlichen Restrukturierungsprozessen konfrontiert sind, wiederfinden lässt.

Die territoriale Zusammensetzung der Schweiz

Wie André Corboz gezeigt hat, ist die räumliche Struktur der Schweiz immer wieder als stark urbanes Gebilde beschrieben worden. Bereits im 18. Jahrhundert identifizierte Jean-Jacques Rousseau die Schweiz als ein einziges Stadtgefüge:

»Die ganze Schweiz ist wie eine grosse Stadt, die in 13 Viertel unterteilt ist; einige befinden sich in Tälern, andere auf Hügeln, wieder andere auf den Bergen (...). Es gibt mehr oder weniger bewohnte Quartie-



re, aber alle haben genug Einwohner, um zu zeigen, das man überall in der Stadt ist« (Jean-Jacques Rousseau 1763, zitiert in Corboz 1992: 154).

In den dreissiger Jahren dieses Jahrhunderts beschrieb der Architekt Armin Meili das Schweizer Städtensystem als eine »weit dezentralisierte Stadt« und schlug als Gegenmassnahme zu diesem System von »Klumpenstädten« vor, die dezentralisierte, bandartige Beschaffenheit der Schweiz zu stärken. Der Raum zwischen St. Gallen und Genf sollte durch neue Siedlungseinheiten und eine gezielte bauliche Ergänzung der vorhandenen Ortschaften zu einer einzigen Grossstadtzone mit sechs Millionen Einwohner und Einwohnerinnen zusammengefasst werden (Koch 1992: 167).

Während der fordistischen Nachkriegsperiode nahm die Urbanisierung in der Schweiz stark zu. Die gesamte Bausubstanz verdoppelte sich zwischen 1952 und 1972, vor allem durch den Bau von Einfamilienhäusern und Ferienwohnungen (Koch 1992: 196). Im Durchschnitt wurde pro Sekunde ein Quadratmeter Land verbaut. Das Mittelland entwickelte sich dabei kontinuierlich zu einem durchurbanisierten Gebilde – der »Bandstadt Schweiz«, oder wie Corboz meint, zu einer einzigen Metropole:

»Die dreissig städtischen Regionen in unserem Land sind untereinander immer enger verbunden: Entlang zweier gekreuzter Achsen von Basel nach Lugano und von Genf nach St. Gallen sind etwa 4 Millionen Einwohner auf 15.000 Quadratkilometern verteilt« (Corboz 1992: 153).

Die ökonomische Struktur der Schweiz veränderte sich in der Periode des Fordismus massgeblich, wobei die grösste Verschiebung in der Landwirtschaft erfolgte. 1941, vier Jahre nach dem berühmten Friedensabkommen (siehe Hitz/Schmid/Wolff in diesem Buch), waren 20,8 % der Bevölkerung in diesem Sektor beschäftigt, 42,4 % im Industriesektor und 35,4 % im Dienstleistungssektor. 1970 betrugen die entsprechenden Zahlen 7,6 %, 48,3 % sowie 44,1 % (Koch 1992).

In den sechziger und siebziger Jahren geschah die räumliche Veränderung im Mittelland vor allem durch Wohnungsbau, welcher sich kettenthaft an dicht besiedelte Gebiete und gut durchmischte Ortschaften anband und dadurch deren Struktur veränderte. Die Industrie- und Dienstleistungsstandorte dehnten sich durch die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften sowie die Binnenmigration zu amorphen Agglomerationen aus, während sich gleichzeitig die Berggebiete zunehmend entvölkerten und die Innenstädte zu Einkaufs- und Dienstleistungszentren umgeformt wurden. Eine Zunahme der Segregation und ein Sich-Ausbreiten vieler kleiner Wohninseln in das Kulturland war die Folge. »Mit dem Agglomerations- und Zersiedlungsprozess setzte sich die Entmischung städtischer Nutzungen weiter fort« (Koch 1992: 197).

Aufgrund der Deindustrialisierung, der Internationalisierung der Ökonomie und der Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors hat die »Bandstadt« neuerdings ihre Struktur verändert. Obwohl die kettenartige Verbindung zwischen den Schweizer Städten nach wie vor das nationale System bestimmt, lassen sich drei Entwicklungen feststellen. Erstens haben sich klare Regionen gebildet: die *Région Lémanique*, Bern, Basel, Zürich und das Tessin (siehe Hitz/Schmid/Wolff in diesem Buch). Michel Bassand hat daher die Bandstadt Schweiz als »mehrköpfige Metropole« charakterisiert (Bassand 1987). Zweitens findet gleichzeitig zu den Deurbanisierungsprozessen der Nachkriegszeit auch eine Rezentralisierung statt. Zürich, das weitaus wichtigste Zentrum der Schweiz, hat dabei ein derartiges Übergewicht, dass es im nationalen Städtesystem zum »Wasserkopf Zürich« wurde (Willi 1991). Im internationalen Städtesystem hat Zürich durch seine Funktion als eines der wichtigen Finanzzentren seinen Platz als *World City* gefunden (Friedmann 1986: 71, siehe auch sein Beitrag in diesem Buch). Drittens hat sich das Schweizer Städtesystem mehr zu einem internationalen denn zu einem nationalen ökonomischen Raum entwickelt.

Der Produktions- und Konsumtionsraum des Mittellandes durchläuft eine neuerliche Umgestaltung. Die räumliche Struktur ist dabei sowohl eine Widerspiegelung als auch ein Faktor in der Veränderung der Ökonomie. Zwei unterschiedliche Dynamiken lassen sich in der Peripherie beobachten. Die eine ist exogen und wird von den transna-



tionalen Unternehmen bestimmt. Dabei ist für die neuen Standorte in der Peripherie die Nähe zu einem internationalen Flughafen besonders wichtig. Die alten, innerstädtischen Sitze der Unternehmen werden meist aus Gründen der Repräsentation und Kundennähe erhalten. Die zweite Dynamik ist endogen und durch lokalspezifische soziale, ökonomische und technische Bedingungen bestimmt.

Diese beiden Dynamiken zeigen fünf räumliche Auswirkungen. Erstens entscheiden sich Firmenzentralen zunehmend für Standorte in peripheren Gebieten. In der Region Zürich gibt es mehrere Beispiele für Grossunternehmen, die ihre *Headquarters* in der städtischen Peripherie angesiedelt haben: Unisys Schweiz in Thalwil, General Motors Europe in Opfikon, McKinsey Schweiz in Erlenbach. Zweitens behalten einige Grossunternehmen wenige zentrale Funktionen in der Innenstadt, während sie sich mit dem grösseren Teil in der Peripherie niederlassen (Beispiel in Zürich: Schweizerische Volksbank). Dieser Trend wird verstärkt von hohen Bodenpreisen und Mieten, Verkehrsproblemen und gesetzlichen Auflagen in der Innenstadt. Drittens verlagern gewerbliche Betriebe ihren Standort von innerstädtischen Zonen in suburbane Regionen, in denen sie unter anderem eine bessere Anbindung an das Transportsystem (Autobahn wie auch Eisenbahn) haben. In Zürich gilt dies zum Beispiel für die beiden grossen Tageszeitungen, den Tages Anzeiger und die Neue Zürcher Zeitung, die in den achtziger Jahren ihre Druckereizentren von der Innenstadt weg in Gebiete mit direktem Eisenbahnanschluss verlegt haben. Viertens wurden die

Einkaufsmöglichkeiten einer signifikanten Restrukturierung unterzogen. Der Massenkonsum wird zunehmend über Shopping Centers in der Peripherie befriedigt, während die Innenstadt zu einem Zentrum des Luxuskonsums und der Unterhaltung wird. Bemerkenswert ist die unterschiedliche Art der Verkehrswahl: Für den Grosseinkauf im Shopping Center wird das Auto benützt, der Weg zum Luxuskonsum in der Innenstadt hingegen führt in zunehmendem Masse über den öffentlichen Verkehr (Eisner 1992: 13).

Der öffentliche Verkehr

Die Neuaufteilung des Raumes wäre nicht möglich ohne ein einigermaßen funktionierendes Kommunikations- und Transportsystem. Die fordistischen Kommunikationsstrukturen (Autobahn- und Eisenbahnsystem), die sich als Basis des neuen Akkumulationsregimes anbieten, werden von neuen Trägern und Technologien ersetzt und ergänzt. In globaler Hinsicht sind hier Telekommunikation und umfassende Verkabelung sowie der Ausbau des Flugverkehrs zu nennen; in der lokalen Dimension erschliessen ein filigranes Stassennetz und ein flexiblierter öffentlicher Nahverkehr nun auch noch den letzten Winkel des Agglomerationsraumes.

Der Ausbau der verschiedenen Verkehrssysteme unterstützt die Polarisierung und Fragmentierung des Raumes und führt zu einer neuen Hierarchie in der Raumaufteilung. Bürogebäude befinden sich direkt neben Bauernhäusern, und Einkaufszentren konkurrieren mit Einfamilienhäusern.⁶ Beinahe geschlossene Gebäude-Korridore entwickeln sich entlang den Verkehrsachsen. Die dabei entstehende urbane Form ist eine Stadt ohne Zentrum, ein Gebilde, das mit der traditionellen Stadt nichts gemein hat. Die Bewegung im Raum ist die beste Art, dieses neue Phänomen zu erfassen – sei es mit dem Auto oder mit dem Zug.

Das Eisenbahnsystem in der Schweiz baut seit 1882 auf einem Achsenkreuz auf. Die Ost-West-Achse folgt der Topographie des Mittellandes und reicht vom Bodensee zum Genfersee. Die Nord-Süd-Achse, die im internationalen Gütertransport eine Rolle spielt, führt von Basel durch die Alpen ins Tessin. Im letzten Jahrzehnt fanden mehrere Ausbauprojekte des öffentlichen Verkehrs die Zustimmung des Stimmbvolks: die »Neue Eisenbahn-Alpen-Transversale« für den internationalen, die »Bahn 2000« für den nationalen und die Zürcher S-Bahn zum Beispiel für den regionalen Verkehr. Diese Abstimmungsergebnisse können als ein klares Votum der Schweizer Bevölkerung zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs gelesen werden.

Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit neuen Linien, kür-



zeren Fahrzeiten und einem gesamtschweizerisch abgestimmten Taktfahrplan findet seit den achtziger Jahren eine Redefinition der regionalen Grenzen statt. Einzelne Zentren haben das Einzugsgebiet ihres Arbeitsmarkts massgeblich vergrössert.⁷ Einerseits sind bei gleichen durchschnittlichen Arbeitswegzeiten die Distanzen länger geworden,⁸ andererseits wirken die Nahverkehrslinien als neue Impulse für die Bautätigkeit in ehemals ländlichen Gebieten. Wie weit sich dadurch die Raumaufteilung verändern wird, die Haupt- und Nebenzentren an Bedeutung gewinnen oder verlieren werden, ist heute erst ansatzweise zu erkennen. Durch die Anbindung an das Intercitynetz haben zum Beispiel die Flughäfen in Zürich und Genf enorm an Standortgunst gewonnen.

Die Architektur des Flexiblen Raumes

Die Landschaft des Postfordismus wird gewöhnlich durch die Architektur des Flexiblen Raumes als postindustrielles Konsumparadies und technisierte Bürowelt dargestellt. Industriebetriebe gehören durchaus zur Landschaft des Flexiblen Raumes, doch unser Augenmerk fällt immer wieder auf Bürogebäude, Einkaufszentren und Lagerhallen. In dem Masse, wie die Architektur des Flexiblen Raumes hilft, geschichtlich vorhandene Landschaften zu überlagern und zu beseitigen, stellt sie eine simulationistische Repräsentation von Macht und Kernstück einer neuen Hegemonie dar.

Die Architektur wird zum zentralen Code dieser neuen Lebensumwelt. Das Gebäude selbst wird zu einem Zeichen, das den ökonomischen Wert des Grundstücks sowie des Gebäudes mit dem kulturellen Wert der Architektur verbindet. Diese »Trophäen« (Zukin 1991: 45) haben für ihre Besitzer einen doppelten Wert, da sie nicht nur identifizierbare, korporative Bilder vermitteln, sondern auch absatzfähig sind.

Prinzipiell fragen drei Interessentengruppen nach den Gebäuden in der Peripherie nach:

1. *Kleinunternehmen*, die ortsunabhängig agieren können und/oder die sich Synergieeffekte durch Agglomerationen mit anderen Unternehmen erhoffen (das typische Beispiel hierfür sind die Gewerbe- und Technoparks).
2. *Grossunternehmen*, die einen Grossteil ihrer über den ganzen Stadtbereich verteilten Büros in einem Gebäude zusammenfassen wollen und/oder sich anstelle einer technisch aufwendigen Renovation zum Umzug in einen Neubau entschliessen.
3. *Ortsansässige Unternehmen*, die eine Expansion ihres Betriebes anstreben.

Die Architektur des Flexiblen Raumes ist zur »Fabrik« der Jetzt-Zeit avanciert. Auch wenn dies auf den ersten Blick nicht erkennbar scheint, so besitzt sie wie die klassische Fabrik »Mauern« und »Portiers«: Videokameras und Sicherheitscodes sorgen für die Abschottung gegen aussen. Die Veränderung der Gebäude ist daher nur formaler, nicht aber inhaltlicher Natur. Die Integration der neuen Arbeitsplatzgebiete in die Umgebung ist meistens unterlassen worden (Konzeptgruppe Städtebau 1992). Eine der daraus resultierenden Konsequenzen sind des Nachts leergefegte Bürostädte in der Peripherie. Nach der »Schlafstadt« ist nun auch eine »Arbeitsstadt« als typische sozialräumliche Form auszumachen. Die urbanisierte Peripherie verlangt aber in der Zukunft nach einer Rekonzeptualisierung von Wohn-, Lebens- und Arbeitsort.

Während die oft unerträgliche Arbeitsumwelt in den neuen Gebäuden durch deren Fassaden und hochtechnologisches Innenleben mystifiziert wird, stellen die neuen Agglomerationen auch eine erhebliche Beeinträchtigung der äusseren Umwelt dar. Die Organisation der »Architektur des Flexiblen Raumes« hat zu einer intensiven Mobilitätszunahme geführt. Kritik an den neuen Arbeitsplatzgebieten formiert sich vor allem wegen der enormen Luft- und Lärmbelastung durch den Individualverkehr. Ökologische und wachstumskritische Gruppierungen,⁹ wie sie zum Beispiel im Norden von Zürich (*Neue Idee Opfikon*) und im Limmattal (*Früschi Brise*) im Verlauf der achtziger Jahre aufge-



treten sind, erhalten zunehmend Unterstützung. Über ihre von der Gemeinde gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter greifen sie direkt in die lokale Politik ein.¹⁰ Die Grossunternehmen sehen sich schliesslich in der Peripherie ähnlichem Widerstand gegenüber, wie jenem, dem sie durch ihren Auszug aus der Stadt entkommen wollten.

Die individualisierten Kisten

Die Veränderung des Raumes hat nicht nur eine politische Dimension, sondern auch eine ästhetische (Prigge 1986c, Prigge 1987b, Sassen 1993b). Während in den achtziger Jahren eine weltweite Euphorie für Hochhäuser in Innenstädten zu beobachten war und oftmals die Stadtbehörden im Einklang mit den Kapitalgebern nach einem Bild suchten, welches Wachstum und Weltoffenheit symbolisieren sollte, hat sich eher unbeachtet eine neue Form der »Container-Architektur« in der Peripherie um die Städte gebildet. Meist werden die Gebäude von Generalunternehmern erstellt und weitervermietet. Für die Vermietung und das Marketing der Gebäude scheint heute ein auffälliges Erscheinungsbild und eine aufdringliche Semiotik unumgänglich.

Während das Innere standardisiert ist und globalen Regeln zu folgen scheint, erscheint das Äussere mit seinem teilweise regionalen Bezug als individualisiert. Der schachtelartige Charakter der Vorgängerbauten ist durch Formen aufgebrochen und Farben neu akzentuiert worden. Das Äussere der Gebäude funktioniert dabei wie ein Produkt, wie

eine Verpackung. Oftmals richten sich die Fassaden – als eigentliche Gesichter – auf die Verkehrsträger aus.¹² Dieses »Verpacken« der Gebäude lässt sich mit dem Wechseln von Kleidern oder dem Auswechseln von Werbeplakaten vergleichen. Die Fassaden der einzelnen Gebäude stellen daher oft eine eigenartige Mischung von regionalistischen Zeichen und Gestaltungsmerkmalen aus dem globalen Pastiche-Lexikon der Postmoderne dar.

Die grossen Dienstleistungs- und Einkaufszentren in der Peripherie stehen nicht nur mit der Innenstadt in Konkurrenz, sondern auch untereinander. Mit diesem Wettbewerb werden Impulse zur Veränderung der Produktion, des sozialen Lebens sowie des Laufes der Menschheitsgeschichte gesetzt: »Diese Impulse, die ein Resultat von realen sozialen Praktiken, ausgeführt von realen Menschen sind, finden sich immer in einer konkreten Form wieder« (Storper/Walker 1989: 227).

Eine dieser konkreten Formen ist die Gestaltung der Eingangshallen der Bürokomplexe, die oft weite Innenräume, Arkaden, Springbrunnen und künstliche Grünanlagen besitzen. Die architektonische »Er-schaffung von Leben« wird in Einkaufszentren mit Attraktionen ergänzt, die von Musikdarbietungen bis hin zu Skiakrobatinnen auf künstlichen Schanzen reichen. Das Shopping Center wird damit zum Erlebnisraum, der Raum selbst wird zum Spektakel (Sorkin 1992).

Zwei Gründe führen zur Individualisierung der Gebäude: Erstens, die Konkurrenz zur umliegenden Bausubstanz: Die Strategie der Individualisierung wird vor allem bei Gebäuden angewandt, die in bereits dicht besiedelten Gebieten geplant werden. Dies lässt sich im Zürcher Limmattal beobachten, wo ein kontinuierliches Wachstum von Bürokomplexen vorhanden ist. Die neuen Gebäude, die meist von Generalunternehmen geplant und gebaut werden, stellen sich zwischen die bereits existierenden Gebäude und heben sich durch auffällige Farben und unregelmässige Formen von diesen ab. Wegen ihrem optischen Erscheinungsbild wirken sie so, als ob sie rufen würden: »Wir sind hier! Uns kann man mieten!« Im Konkurrenzkampf um potentielle Kundschaft erhält diese Strategie eine werbewirksame Bedeutung.

Zweitens werden die Gebäude wie ein Werbeprodukt verwendet. Die Unternehmen zeigen durch ihr Erscheinungsbild, was sie im Inneren produzieren. Diese Strategie wird nicht nur in einer banalisierten Form des »dekorierten Schuppens« oder der architektonischen »Ente« (Venturi/Scott Brown/Izenour 1972) – in welchem das Äussere die Gestalt des drinnen angebotenen oder verarbeiteten Produkts annimmt – vorgenommen, sondern auch in einer durchaus elaborierten Form, die den firmeneigenen Charakter repräsentiert.

Ein, wenn auch ungewolltes Beispiel ist das neue Bürogebäude von



Suter + Suter, ein Unternehmen, das auf Architektur, Planung und Beratung spezialisiert ist. Als Teil einer explizit international orientierten Wachstumsstrategie hat Suter + Suter Tochtergesellschaften in der ganzen Welt (Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Saudi-Arabien, Italien, USA). Die neue Zürcher Firmensitz steht direkt neben der Eisenbahnlinie zwischen Zürich und dem Flughafen, an einer Linie also, an der mehr als ein Viertel aller Eisenbahn-PendlerInnen der Region vorbeifahren. Auf der weissen Fassade sind in grünen Buchstaben zehn Regeln für effizienteres Arbeiten niedergeschrieben:¹³

»HOW TO WORK BETTER:

1. DO ONE THING AT A TIME
2. KNOW THE PROBLEM
3. LEARN TO LISTEN
4. LEARN TO ASK QUESTIONS
5. DISTINGUISH SENSE FROM NONSENSE
6. ACCEPT CHANGE AS INEVITABLE
7. ADMIT MISTAKES
8. SAY IT SIMPLE
9. BE CALM
10. SMILE«

Nicht nur einzelne Gebäude können als eigene Werbeträger auftreten, sondern auch ganze Komplexe. Die Verkaufsräume des Möbelhauses »Wohnland« in Stettbach mit einer Fläche von 29.000 Quadratmetern und einer Million Besucher und Besucherinnen pro Jahr setzen sich

aus drei verschiedenen Einrichtungshäusern, einem Restaurant und Elektrogeschäften zusammen. Zur S-Bahnlinie und zur Durchgangsstrasse hin steht ein grüner Stuhl, der die Höhe eines dreigeschossigen Hauses erreicht. Der »grösste Stuhl der Welt« ist nicht nur ein Pop-art-Monument, sondern dient als Blickfang und als Werbeobjekt.

Das Image territorialer Eigenständigkeit, welches hinter dem »Wohnland« steht, ist die Verpackung einer ganzen Werbestrategie. Hier weisen an mehreren Stellen Tafeln darauf hin, dass die Kundschaft das »Land des Wohnens« betritt, und eine Landkarte zeigt die Grenzlinien des Territoriums sowie die Verbindungswege zum öffentlichen und privaten Verkehr. Es wird mit dem Bild gespielt, als seien dies regelrechte »Auslandsverbindungen«, als gäbe es ein Innen und Aussen. Das Einkaufszentrum wird damit zum quasi autonomen, fast exterritorialen Raum erklärt. In einer Werbezeitung, die im September 1992 herausgekommen ist, finden sich Worte wie Andersartigkeit, Vielfalt, Schönheit, Abwechslung, kulinarische Freuden, Einzigartigkeit, Freiheit des Einzelnen, keine Verkehrsprobleme aufgrund der Gratis-Parkplätze, leicht überschaubar, ein Land für Fussgänger. Das Konzept gipfelt im Satz: »Und so wird das Wohnland mit mehr als 1 Million Besucher dieses Jahr nicht nur zu einem überaus beliebten Reiseland, sondern auch zur Metropole des Wohnens in der Schweiz.« Ironie dabei ist, dass es hier lediglich drei »echte« EinwohnerInnen gibt: der Hauswart mit Frau und Baby...

Die Peripherie im Zentrum der Architektur

Die beschriebenen raumstrukturellen Tendenzen stossen sowohl bei Planern als auch Architektinnen auf zunehmendes Interesse und führen zu einer konzeptionellen Auseinandersetzung mit der städtischen Peripherie. In seinem Projekt *Edge of a City* hat sich der Amerikaner Steven Holl mit den Stadträndern beschäftigt und fordert eine »Synthese neuer räumlicher Kompositionen«. Er ist überzeugt, dass traditionelle Planungsmethoden dafür nicht ausreichen werden, denn:

»Früher gelangte man zu Land in eine neue Stadt, entweder über eine Brücke oder durch ein Tor. Heute kreisen wir eine Zeitlang über ihr und landen dann auf einem Flugplatz an der Peripherie der Stadt. Entsprechend müssen wir, wenn wir Pläne und Projekte für neue Stadtränder entwerfen, unsere alten Methoden und Arbeitsgewohnheiten ablegen und gewissermassen mit der Grundlagenforschung beginnen« (Holl 1991: 60).

Holl's Gegenüberstellung zwischen »früher« und »heute« hört sich zwar wie ein etwas holpriger Vergleich zwischen den europäischen



Städten vor der Industrialisierung und den amerikanischen Städten seit Erfindung des Flugzeugs an. Dennoch muss ihm recht gegeben werden, wenn er nach einer neuen Planungsmethode ruft. Denn, wie ich weiter oben argumentiert habe, hat sich die Raumaufteilung in einer Art und Weise geändert, die auch nach einem neuen Raumverständnis verlangt.

Dieses neue Raumverständnis findet sich zunehmend auch in den Skizzenbüchern der Architekten und Architektinnen wieder. Der Bedeutungsgewinn der neuen urbanen Formen lässt sich daran messen, dass immer mehr in der Peripherie projektiert und gebaut wird: James Stirlings letztes Werk im hessischen Melsungen für den Hauptsitz von »Braun« sowie die Projekte für Büro- und Wohnungsbauten in Frankfurt von Peter Eisenmann und Frank Gehry, das Vorprojekt von Mario Botta für die Krankenkasse »Helvetia« im Norden von Zürich, aber auch die Fassadengestaltung von Jean Nouvel für »Cartier« an der Autobahn in Fribourg sind nur einige Beispiele von vielen. Da in der Peripherie viele Aufträge vergeben werden, entwickelt sie sich ausserdem zu einem Ort der Profilierung für die jüngere Generation. Die Auftraggeber sind sowohl Privatunternehmen als auch die öffentliche Hand.

Wie weiter?

Die räumliche Restrukturierung und die Veränderung der Stadtformen führen zu einer Redefinition von Stadt und Land, welche die Dichotomie zwischen Zentrum und Peripherie in Frage stellt. Die fordistische Landschaft, die in der Urbanisierungsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit entstanden ist, wird dabei einem Prozess unterzogen, der zu neuen Stadtformen führt. Während die nordamerikanische Erfahrung eine bestimmte Richtung der Restrukturierung der Städte aufzeigt, unterscheidet sich davon die Entwicklung in der Schweiz sowohl in Bezug auf Gestaltung als auch in der Anordnung der neuen Zentren. Daher sollten weitere Untersuchungen in einer Zeit zunehmend globalisierter Ökonomie besonderen Wert nicht nur auf eine Theoretisierung der universalen Tendenzen der Urbanisierung, sondern auch auf vergleichende Studien, die nationale und regionale Unterschiede berücksichtigt, legen. Was Planerinnen, Architekten und Stadttheoretikerinnen aus dieser Forschung lernen könnten, wäre hilfreich, um eine lokale Strategie für Städte zu entwickeln, die die globalen Trends nicht ausser acht lassen würde.

Anmerkungen:

1. Sie als logische Reaktion auf das Hochhausverbot in der Innenstadt zu erklären, wie dies in Zürich seit den achtziger Jahren immer wieder zu hören ist, ist nicht die ganze Wahrheit. In der Finanzmetropole Frankfurt, die mit ihren Bürohochhäusern den amerikanischen Bildern einer *Downtown* nachzueifern scheint, findet gleichzeitig eine grosse Bautätigkeit in der Peripherie statt.
2. War in den sechziger und siebziger Jahren der Massenkonsum der Vorstadtesellschaft im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Fragestellung, so ist dies heute die Fragmentierung der Gesellschaft (vgl. etwa Beck 1986, Mingione 1991).
3. Eine, meist oberflächliche Umkehr zum Pittoresken ist seit dem Aufkommen der Postmoderne zu beobachten. Die Stadt wird dabei oftmals mit Formenzitaten aus der vorindustriellen Zeit gefeiert.
4. Bis heute spielen die Transport- und Kommunikationstechnologien eine wichtige Rolle innerhalb der gesellschaftlichen Sichtweisen und der Theoretisierung über den Raum (vgl. etwa Virilio, Flusser, Castells).



5. Zur Diskussion verschiedener Räume (*espace perçu*, *espace conçu* und *espace vécu*) siehe Henri Lefebvre 1974.
6. Der vor allem in Berlin bauende Architekt Hans Kollhoff meinte, dass die Übergänge zwischen Misthaufen und Bürogebäuden in der Züricher Peripherie besonders abrupt seien (Lehrer 1991).
7. Ein gut erschlossenes Zentrum bedeutet nicht unbedingt auch eine Garantie für Wachstum. Olten, das als Schnittpunkt der Ost-West-Achse mit der Nord-Süd-Achse eigentlich an bester Lage liegen würde, konnte seinen Standortvorteil während einer kurzen Zeit um die Jahrhundertwende behaupten, bevor es zu einem relativ unbedeutenden Nebenzentrum zurückfiel.
8. Zum Beispiel reicht der Einzugsradius der Arbeitskräfte von Zürich bis nach Bern, St. Gallen und Schaffhausen – Städte also, die bis zu 100 Kilometern entfernt sind.
9. Unter Gruppierungen verstehe ich an dieser Stelle räumlich definierte Bewegungen, die in der herkömmlichen politischen Landschaft schlecht lokalisierbar sind und die gemeinsam auf unterschiedlichen politischen Ebenen intervenieren. Zur Diskussion von urbanen sozialen Bewegungen siehe auch Castells 1983 sowie die Kritik von Logan/Molotch 1987.
10. Geser et al. (1994) haben zwar aufgezeigt, dass der Einflussbereich von alternativen Gruppierungen in der politischen Landschaft der Schweiz generell relativ gering ist.
11. Fast alle meine Beispiele rund um Zürich sind in unmittelbarer Nachbarschaft der Bahnleihe gelegen. Ich will damit jedoch nicht sagen, dass sich die Architektur des Flexiblen Raumes lediglich dort findet. Sie lässt sich ebenso in der ländlichen Umgebung des Voralpengebietes beobachten.
12. Es handelt sich dabei um ein Kunstwerk von Fischli/Weiss.

V. Zürich





Boom, Konflikt und Krise – Zürichs Entwicklung zur Weltmetropole

Hansruedi Hitz, Christian Schmid,
Richard Wolff

Stadtentwicklung am Wendepunkt?

Die Stadtentwicklung Zürichs ist erneut durch eine Umbruchsituation gekennzeichnet. Nachdem der Urbanisierungsprozess jahrelang vom Takt des Wirtschaftsbooms geprägt war, beherrscht heute, wie in den meisten westlichen Metropolen, die Krise den Alltag und den öffentlichen Diskurs: Wirtschaftskrise, Immobilienkrise, Finanzkrise der öffentlichen Hand, soziale Krise. Die Arbeitslosigkeit erreicht Spitzenwerte wie nie mehr seit den dreissiger Jahren, im einstigen Wohlstandsparadies zeigt sich eine bisher kaum für möglich gehaltene soziale Misere, statt um neue Projekte und Perspektiven wird um die Wahrung des Besitzstandes gerungen. Angst und Unsicherheit, das Drogenproblem, Sparprogramme sind die tagespolitischen Themen, Rechtspopulismus und Rassismus breiten sich aus.

Wo jahrelang erbitterte Auseinandersetzungen um die Erweiterung der City, um Grossprojekte und neue Dienstleistungszonen tobten, werden heute Büros zu Schleuderpreisen verschербelt. Die grossen Stadtentwicklungsdebatten der letzten Jahrzehnte, ebenso wie die Kämpfe um eine andere Stadt, die von der 80er Bewegung so vehement entfacht worden waren, scheinen in tiefer Vergangenheit versunken. Die Perspektiven verschwimmen, die Expansionsstrategien laufen ins Leere, genauso wie die bisherigen Konzepte oppositioneller Politik. Gefestigte Positionen sind Verunsicherung und Ratlosigkeit gewichen.

Weit vom Anspruch entfernt, durch die Nebel über der Zukunft zu blicken, möchten wir hier eine Standortbestimmung wagen, zu einer Reflexion über die bisherigen Entwicklungslinien einladen: Ein Rückblick auf vier Jahrzehnte der Stadtentwicklung, auf die »goldenen« Jahre des fordistischen Booms und auf die anschliessende Phase der »Welt-Stadt-Formation« (Keil 1993), des Aufstiegs Zürichs zu einem Zentrum der Weltwirtschaft.

Vom Fordismus zur flexiblen Akkumulation

Wie lassen sich die gesellschaftlichen Veränderungen der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts charakterisieren? Zur Beantwortung dieser Frage haben neue theoretische Ansätze wie die Regulationstheorie (Lipietz in diesem Buch) oder das Konzept der flexiblen Akkumulation (Harvey 1989a) neue Erklärungen geliefert. Gemäss diesen Analysen setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten westlichen Industrienationen ein neues gesellschaftliches Entwicklungsmodell durch, der Fordismus. Er beruhte im wesentlichen auf der Verknüpfung von standardisierter Massenproduktion mit Massenkonsum und der systematischen Intervention des Staates in die gesellschaftliche Entwicklung (Keynesianismus). Der Urbanisierungsprozess war in dieser Phase durch eine forcierte Modernisierung, funktionale Entmischung und Suburbanisierung gekennzeichnet.

Gegen Ende der sechziger Jahre geriet das fordistisch-keynesianische Entwicklungsmodell weltweit in eine tiefe Krise, die eine umfassende Restrukturierung der Weltwirtschaft nach sich zog. Als Ausweg aus der Krise zeichnet sich ein neues Entwicklungsmodell ab, das vorläufig als »flexible Akkumulation« (Harvey 1989a) bezeichnet werden kann. Dieses Modell ist erst in Umrissen zu erkennen und lässt sich mit den Begriffen Flexibilisierung, Deregulierung und Globalisierung charakterisieren (vgl. Hitz/Schmid/Wolff in diesem Buch).

Der Übergang vom Fordismus zum Regime der flexiblen Akkumulation hat eine neue Phase der Urbanisierung eingeleitet, die einschneidende Konsequenzen für die Lebensbedingungen in den Metropolen mit sich brachte. In westlichen Metropolen sind, neben anderen, vor allem zwei Prozesse von zentraler Bedeutung: Auf der einen Seite hat die Etablierung einer neuen Stufe der räumlichen Arbeitsteilung eine neue ökonomische Bedeutung für diejenigen Weltstädte mit sich gebracht, die zu *World Cities* bzw. *Global Cities*, strategischen Knoten der Weltökonomie, Kommandozentralen der Weltwirtschaft, transformiert wurden (vgl. Friedmann, Sassen und Kipfer/Keil in diesem Buch).

Andererseits bildete sich im Gleichschritt mit der Flexibilisierung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse auch eine zunehmend fragmentierte und zersplitterte Siedlungsstruktur heraus. In den urbanen Peripherien entstanden neue Dienstleistungszonen und Business-Satelliten, neue Konfigurationen des Städtischen, die in der amerikanischen Literatur als *outer cities*, *edge cities* (Garreau 1991) oder *exopolis* (Soja 1992b) figurieren. Ballungsgebiete verloren ihre bislang mehr oder weniger kohärente Struktur, entwickelten sich zu diffusen, übergreifenden Einzugsgebieten, zu polyzentrischen urbanen Grossregionen.

Obwohl diese Prozesse von globalen Entwicklungen bestimmt sind und sich in den meisten prosperierenden Metropolen des Westens abzeichnen, sind die jeweiligen lokalen Ausformungen unterschiedlich. Die Produktion des Raumes (Lefebvre 1974) ist das Resultat eines widersprüchlichen und komplexen Prozesses, der sich im Spannungsfeld von globalen Entwicklungslinien, nationalen Politiken, Traditionen und Regulationsweisen sowie spezifisch lokalen Konstellationen und Konflikten abspielt (vgl. Keil 1993).

So ist die Stadtentwicklung Zürichs entscheidend von den Besonderheiten der »direkten Demokratie« und eines spezifisch helvetischen Entwicklungsmodells geprägt, das sich in verschiedenen Punkten von den Modellen in anderen westlichen Industrienationen unterscheidet. Erst vor diesem Hintergrund werden die lokalen Politiken und Strategien verständlich, die den Urbanisierungsprozess der schweizerischen Wirtschaftskapitale in den letzten Jahrzehnten bestimmt haben.

Der Sonderfall Schweiz

Das System der direkten Demokratie

Eine der herausragendsten Eigenheiten der Schweiz ist das ausgeklügelte System der politischen Entscheidungsfindung, das im wesentlichen auf zwei Grundpfeilern beruht: Föderalismus und direkte Demokratie. Zum einen sind die staatlichen Aufgaben und Kompetenzen auf komplizierte Weise zwischen den verschiedenen politisch-territorialen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) aufgeteilt. Zum andern gilt auf allen diesen Ebenen das Prinzip der »direkten Demokratie«: Das Volk kann Initiativen lancieren und Referenden ergreifen.¹

Mit dem Instrument der Volksinitiative kann zwar fast jedes Begehren zur Abstimmung gebracht werden, sogar die Abschaffung der Armee.² Auf nationaler Ebene haben jedoch die wenigsten Initiativen eine Chance. Meist kumulieren sich verschiedene regionale und sektorale Interessen über »unheilige Allianzen« zu einer soliden Mehrheit der NeinsagerInnen. Zwischen 1940 und 1990 wurden in der Schweiz von 74 Initiativen nur gerade 4 angenommen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche wurde ebenso abgelehnt wie eine Verbesserung des Mieterschutzes.

Durch das Mittel des Referendums hängt auch über allen parlamentarischen Vorlagen das Damoklesschwert einer Ablehnung an den Urnen. Verfassungs- und Gesetzesänderungen haben nur dann reelle Aussichten auf Erfolg, wenn ihr Inhalt bereits vor der parlamentarischen Beratung zwischen Parteien, Verbänden und Lobbies sorgfältig austariert wurde. Die politische Entscheidungsfindung hat sich des-

halb auf ein vorparlamentarisches Aushandlungsverfahren verlagert, das von einem exklusiven Zirkel von BundesrätInnen, Chefbeamten, einflussreichen ParlamentarierInnen und VertreterInnen von Verbänden und Gewerkschaften dominiert wird (Kriesi 1980). Der helvetische Staat wird letztlich durch ein informelles Schattenregime beherrscht, das selbst äusserst zentralistisch organisiert ist und das keiner öffentlichen Kontrolle untersteht: Auch in der »direkten Demokratie« fallen die meisten Entscheide hinter verschlossenen Türen.

Die Konsequenz dieses Systems ist eine Politik der drei »hohen K«: Kooptation, Konkordanz und Kompromiss. Der Handlungsspielraum und die Bedeutung der politischen Parteien sind eingeschränkt, das in parlamentarischen Demokratien übliche Wechselspiel von Regierung und Opposition funktioniert in der Schweiz nicht. In den meisten Regierungen, auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, herrschen breite Koalitionen, die oft von der Sozialdemokratie bis zu rechtskonservativen Parteien reichen.

Auf lokaler Ebene eröffnet die direkte Demokratie jedoch einen erheblich weiteren Handlungsspielraum. Aufgrund der kleinräumigeren und überblickbareren Verhältnisse gelingt es hier Ad-hoc-Koalitionen, spontanen Interessengemeinschaften und kleinen Aktionsgruppen immer wieder, mit überraschenden Vorstössen oder hartnäckig vorgebrachten Forderungen in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen. Die direkte Demokratie produziert so nicht nur eine spezifische Form der Lokalpolitik, sondern sie hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Stadtentwicklung.

Helvetischer Fordismus

Parallel zur Konkordanzpolitik entwickelte sich auch eine spezielle Spielart des Fordismus. Während das »klassische« Modell fordistischer Regulation dem Dreischritt »Forderung – Arbeitskampf – Kompromiss« folgte, wurde in der Schweiz ein konsensuales Verhandlungssystem zwischen Arbeit und Kapital etabliert (vgl. DuPasquier/Marco 1991). Der mythologische Ausgangspunkt dieses Systems bildet das »Friedensabkommen« von 1937, das – nach einer Phase von heftigen Auseinandersetzungen und Streiks in der Zwischenkriegszeit – zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden des damals weitaus bedeutendsten Industriesektors der Schweiz, der Metall- und Uhrenindustrie, abgeschlossen wurde: In diesem Friedenspakt verzichteten die Vertragspartner gegenseitig auf Kampfmassnahmen und verpflichteten sich auf die friedliche Aushandlung ihrer Interessengegensätze. Dieses Abkommen war einerseits Ausdruck eines nationalen

Zusammenschlusses gegen die faschistische Bedrohung durch Deutschland und Italien (Degen 1987). Andererseits war es selbst durch das ständestaatliche Modell des italienischen Faschismus inspiriert (Masnata-Rubattel 1978) und zielte darauf ab, die ökonomische Position der exportorientierten Schweizer Industrie zu stärken (DuPasquier/Marco 1991).

In der Nachkriegszeit wurde der Arbeitsfriede – nach einer kurzen Phase von Streiks – nicht nur auf sämtliche Industriesektoren ausgedehnt, sondern sogar in der Bundesverfassung verankert.³ Zur Zeit des kalten Krieges war das politische Klima der Schweiz erneut durch den Eindruck äusserer Bedrohung und einen aggressiven Antikommunismus beeinflusst, und wiederum sollte die internationale Position der schweizerischen Ökonomie gestärkt werden. Bis heute ist in den meisten Gesamtarbeitsverträgen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden eine absolute Friedenspflicht während der Vertragsdauer enthalten. Der Arbeitsfriede, in dieser Form einzigartig auf der Welt, kann als spezielle Version eines fordistischen Kompromisses interpretiert werden (DuPasquier/Marco 1991). Er bildete die Grundlage einer langen Phase sozialer Stabilität und verstärkte gleichzeitig die korporatistische Struktur des helvetischen Staates.

Dieses Konsenssystem beschränkte sich allerdings weitgehend auf die schweizerischen Arbeitskräfte. Die ImmigrantInnen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 1950 und 1970 von 6% auf 17% anstieg, blieben weitgehend vom fordistischen Kompromiss ausgeschlossen und wurden als Manövriermasse der boomenden schweizerischen Ökonomie benutzt: Bis heute werden Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen nach einem ausgeklügelten System der Kontingentierung erteilt, um je nach Konjunkturlage bestimmte Regionen und Sektoren zu begünstigen. In der Nachkriegszeit bildete die Reglementierung und Kontrolle der Immigration das bei weitem effektivste und wichtigste Instrument schweizerischer Wirtschaftspolitik.

Das schweizerische Entwicklungsmodell

In den fünfziger und sechziger Jahren, im »goldenen Zeitalter« des Fordismus, präsentierte sich die Schweiz als ausgesprochen exportorientierte Industrienation, spezialisiert auf arbeitsintensive, qualitativ hochwertige und technologisch anspruchsvolle Verbrauchs- und Investitionsgüter.⁴ Produziert wurde in kleineren und mittleren Unternehmen mit einem hohen Anteil an qualifizierten FacharbeiterInnen (Höpflinger 1980). Die exklusive Position der »Schweizer Qualitätsprodukte«, die in der Nachkriegszeit noch keiner ernsthaften Konkur-

renz auf den Weltmärkten ausgesetzt waren, und die Verfügbarkeit einer beinahe unerschöpflichen »Reservearmee« von ausländischen Arbeitskräften erlaubten der schweizerischen Industrie eine Expansionsstrategie, die in erster Linie auf quantitative Ausdehnung der Produktion setzte und weitgehend auf die typisch fordistische Form der Rationalisierung verzichtete (Autorenkollektiv 1976). Dieses spezifisch helvetische Entwicklungsmodell erwies sich kurzfristig als ausserordentlich lukrativ, beeinträchtigte jedoch langfristig die Konkurrenzfähigkeit des »Werkplatzes Schweiz«.

Neben der Exportindustrie bildete der Finanzplatz das zweite Standbein des fordistischen Booms. Das helvetische Finanzsystem konnte in überdurchschnittlichem Ausmass von der Internationalisierung des Produktionsprozesses und der damit verbundenen Ausweitung der globalen Kapitalkreisläufe profitieren. Entscheidend waren dabei nicht nur die spezifisch schweizerischen Wettbewerbsvorteile (Neutralität, Arbeitsfriede, liberale Wirtschaftspolitik, Bankgeheimnis, soziale und politische Stabilität etc.), sondern auch der Umstand, dass die Schweiz von zwei Weltkriegen verschont geblieben war. Die Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den frühen siebziger Jahren wurde für die Schweiz so zur längsten Periode wirtschaftlicher Prosperität seit der industriellen Revolution.

Als anfangs der siebziger Jahre die Wirtschaftskrise einsetzte, zeigten sich die Konsequenzen des helvetischen Entwicklungsmodells jedoch in aller Schärfe. Keine andere westliche Industrienation hatte einen derart drastischen wirtschaftlichen Einbruch zu verzeichnen wie die Schweiz: 1974 sank das Bruttoinlandprodukt um 7,4%, zwischen 1973 und 1976 wurden rund 260.000 oder 8% aller Arbeitsplätze in der Schweiz abgebaut (Bundesamt für Statistik 1993b). Die Folgen der Krise wurden allerdings zu einem grossen Teil auf die ausländischen Arbeitskräfte abgewälzt: Innerhalb von nur drei Jahren wurden rund 190.000 FremdarbeiterInnen in ihre Heimatländer abgeschoben. Die »offizielle« Arbeitslosenquote stieg so selbst auf dem Höhepunkt der Krise nicht über 1%.

Die Entstehung einer Headquarter Economy

Mit der Wirtschaftskrise war das helvetische Entwicklungsmodell obsolet geworden. Auf der Suche nach Auswegen aus der Krise verfolgten die verschiedenen Wirtschaftsfractionen allerdings höchst unterschiedliche Strategien. So versuchten die kleinen und mittleren Industriebetriebe ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch die üblichen Restrukturierungsmassnahmen (Schliessung von unrentablen Betrie-

ben, Automatisierung und Rationalisierung) zurückzugewinnen: Die Logik des helvetischen Fordismus und die defensiven Strategien der Gewerkschaften eröffneten einen neotayloristischen Ausweg aus der Krise (DuPasquier/Marco 1991). Aufgrund des (im europäischen Vergleich) hohen Lohnniveaus und des starken Schweizer Frankens gelang es diesem Sektor der Industrie jedoch nur in beschränktem Masse, seine frühere Position auf den Weltmärkten zurückzugewinnen.

Im Gegensatz zu den kleinen und mittleren Unternehmen konnten die führenden Industriekonzerne der Schweiz durch eine spezifische Strategie der Multinationalisierung⁵ von der Krise profitieren und ihre nationale und internationale Position bedeutend verstärken. Sie verlagerten einen grossen Teil der Produktion ins kostengünstigere Ausland und belassen vor allem die qualifizierten und entscheidenden Unternehmensfunktionen in der Schweiz (Management, Marketing, Forschung und Entwicklung etc.). So erhöhte sich der schweizerische Anteil an den globalen Direktinvestitionen im Ausland zwischen 1967 und 1978 von 4,4% auf 6,7%, womit die Schweizer Konzerne – absolut betrachtet – über das fünftgrösste Auslandsimperium der Welt verfügten (Borner/Wehrle 1984). In den achtziger Jahren verlangsamte sich zwar die Expansion der Schweizer Multis, aber sie belegen auch heute noch eine aussergewöhnliche Position in der Weltökonomie⁶: 1992 beschäftigten die Schweizer Industriekonzerne rund 837.000 Arbeitskräfte im Ausland – was rund 71% aller Arbeitsplätze des sekundären Sektors in der Schweiz entsprach.⁷

Die aussergewöhnlichste Avance verzeichnete allerdings der Finanzplatz. Die Globalisierung der Produktion und die weltweite Deregulierung der Finanzmärkte, die anfangs der siebziger Jahre mit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods und der Einführung flexibler Wechselkurse einsetzte und die bis heute immer weiter vorangetrieben wird, bewirkten weltweit ein enormes Wachstum von Finanzaktivitäten aller Art. Die spezifischen Standortvorteile der Schweiz, der harte Schweizer Franken, der durch die restriktive Geldpolitik der Nationalbank – zum Leidwesen der Exportindustrie – noch weiter verteuert wurde und nicht zuletzt eine aggressive Expansionsstrategie⁸ ermöglichten dem Finanzplatz Schweiz, seine bereits starke Position auf den Weltmärkten noch weiter auszubauen. Zwischen 1970 und 1990 erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze des Finanzsystems (Banken, Versicherungen, Immobilien) und der unternehmensorientierten Dienstleistungen auf mehr als das Doppelte und erreicht heute einen Anteil von rund 11% aller Arbeitsplätze in der Schweiz (Bundesamt für Statistik 1993a).

Die eigentlichen Profiteure der Krise der siebziger Jahre und der dar-

auffolgenden ökonomischen Restrukturierung waren somit die multinationalen Konzerne und die Finanzplatzunternehmen. Daraus resultierte eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen Struktur, die schliesslich in ein neues Entwicklungsmodell mündete: Während auf der einen Seite weniger qualifizierte, standardisierte industrielle Arbeitsplätze abgebaut oder ins Ausland verlagert wurden, nahmen auf der anderen Seite die Bedeutung von entscheidenden ökonomischen Aktivitäten und die Zahl hochqualifizierter Arbeitsplätze zu. Die Schweizer Wirtschaft wandelte sich zu einer *Headquarter Economy*, die vor allem auf die Organisation der transnationalen Produktion und die Steuerung der globalen Kapitalkreisläufe spezialisiert ist.

Der Erfolg dieser Strategie lässt sich an der Zunahme der Arbeitsplätze ablesen, die zwischen 1976 und 1990 um 457.000 oder 14,7% anstiegen (Bundesamt für Statistik 1993b). Allerdings öffnete sich mit diesem Boom auch die Schere zwischen den hochbezahlten Jobs in den Kernsektoren der *Headquarter Economy* und schlechtbezahlten, entgarantigten Arbeitsplätzen in den unqualifizierten Dienstleistungsbranchen (Reinigung, Gastgewerbe etc.), die zur Aufrechterhaltung und Reproduktion der *Headquarter Economy* notwendig sind. Die »Neue Armut« wurde auch in der Schweiz zu einer Realität (vgl. z.B. Buhmann et al. 1989).

Die Krise der neunziger Jahre

Gegen Ende der achtziger Jahre erreichte der Wirtschaftsboom seinen Höhepunkt: Der Arbeitsmarkt für Kader und SpezialistInnen war praktisch leergefegt, an allen Ecken wurden neue Bürogebäude hochgezogen, die Bodenpreise explodierten. Doch der Immobilienboom war eher Zeichen einer »konjunkturellen Überhitzung« als Grund zu Optimismus: Die sinkende Profitabilität produktiver Investitionen bewirkte eine eigentliche Flucht in den Beton – Vorbote der kommenden Krise. 1990 begann der Immobiliensektor einzubrechen, ein Jahr später rutschte die gesamte Wirtschaft in die Krise: Von 1991 bis 1993 sank das Bruttoinlandprodukt der Schweiz um rund 1,5% (Bundesamt für Statistik 1993a), und von 1990 bis 1993 erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 0,6 auf 4,5% (Jahresdurchschnitte gemäss Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, BIGA).

Im Kern trifft diese Krise erneut den Industriesektor, insbesondere die verbleibenden Klein- und Mittelbetriebe. Zusätzlich – und das ist für die Schweiz neu – werden in wachsendem Masse auch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und im Finanzsystem abgebaut: Die Rationalisierungswelle im Bürobereich bedroht einen Teil der bisher als

krissensicher geltenden Dienstleistungsjobs. Anfangs der neunziger Jahre reduzierten sogar die Schweizer Banken, zum ersten Mal seit 1950, ihren Personalbestand: 1991 um 0,9%, 1992 um 2,3% (Schweizerische Nationalbank 1993).

Parallel zur Rationalisierungswelle werden jetzt auch Teilbereiche des Dienstleistungssektors ausgelagert: So erfolgt zum Beispiel die Überprüfung der Buchungsbestände der Swissairflüge seit 1987 *online* aus Bombay, und 1992 hat die nationale Fluggesellschaft damit begonnen, ihr gesamtes Flugticket-Abrechnungszentrum in die indische Metropole auszulagern, womit in der Schweiz 120 bis 170 Stellen und insgesamt rund 8 – 9 Millionen Franken eingespart werden sollen (Neue Zürcher Zeitung, 10.8.93).

Mit der ökonomischen Restrukturierung spitzt sich die Pyramide der Beschäftigungsstruktur weiter zu: Während Kaderpositionen und spezialisierte Jobs nur begrenzt von der Krise betroffen sind, ist durch die Rationalisierung und Auslagerung von Routine-Arbeitsplätzen im Bürobereich auch in der Schweiz mit einer anhaltenden und erheblichen »strukturellen« Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die zunehmende Differenzierung des Arbeitsmarktes zeigt sich ebenfalls bei der Lohnentwicklung: ArbeiterInnen, Angestellte und mittlere Kader sind mit dem Abbau von Teuerungsausgleich und Sonderzulagen, teilweise sogar mit deutlichen Lohnkürzungen konfrontiert. Für das Jahr 1993 errechnete das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) einen Reallohnrückgang von insgesamt 0,7% (Tages-Anzeiger, 26.2.94).

Nach den bis jetzt ersichtlichen Tendenzen scheint die *Headquarter Economy* auch in dieser Krise ihre Position auszubauen. So sind 1992 die Gewinne der 180 wichtigsten an der Zürcher Börse kotierten Schweizer Unternehmen um 14% gestiegen, und 1993 verzeichnete die Zürcher Börse eine Hausse von gut 50% – ein Wert, den mit Ausnahme der Frankfurter Börse kein anderer bedeutender Aktienmarkt des Westens erreichte (Neue Zürcher Zeitung, 24.12.1993). Gleichzeitig erzielten die drei Schweizer Grossbanken Gewinnsteigerungen zwischen 57% (Schweizerische Kreditanstalt) und 69% (Schweizerische Bankgesellschaft). Damit erweisen sich die düsteren Prognosen, die im Vorfeld der »Jahrhundertabstimmung« über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verbreitet wurden, nur zum Teil als berechtigt. Während der »Werkplatz Schweiz« weiter erodiert, erleben die Schweizer Banken, die erst nach langem Zögern auf die Seite der EWR-BefürworterInnen einschwenkten, seit der Abstimmung einen ungeahnten Zustrom von Geldern (vgl. Trepp 1993). Das Schweizer Establishment beginnt sich auf eine neue Option einzustellen: Einerseits wird die Annäherung an Europa über Deregulierungsmass-

nahmen, bilaterale Verträge und die einseitige Angleichung von Normen und Gesetzen an EU-Recht auch ohne Beitritt weiter vorangetrieben, während andererseits versucht wird, die Standortvorteile der *Headquarter Economy* (insbesondere den Schweizer Franken) in den europäischen Integrationsprozess hinüberzuretten. Ob sich auf diese Weise der Sonderfall Schweiz langfristig aufrechterhalten lässt, bleibt allerdings offen.

Zum Urbanisierungsprozess in der Schweiz

Die Ökonomie der Zentren

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die räumliche Struktur der Schweiz noch immer vom (vergleichsweise) dezentralen Industrialisierungsprozess des neunzehnten Jahrhunderts geprägt (vgl. Wolff 1985 und Hitz 1989). Unter dem fordistisch-keynesianischen Akkumulationsregime wurde diese Raumstruktur modifiziert. Die zunehmende Komplexität des Produktionsprozesses, Veränderungen in der Arbeitsorganisation und der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung führten zur Ausdifferenzierung einer neuen Stufe der räumlichen Arbeitsteilung. Während das industrielle Breitenwachstum der fünfziger und sechziger Jahre weiterhin dem bisherigen dezentralen Entwicklungsmuster folgte und zu einem erneuten Industrialisierungsschub in peripheren Regionen der Schweiz führte, expandierten in den Zentren die strategischen Branchen des Dienstleistungssektors: das Finanzsystem (Banken, Versicherungen, Immobiliengesellschaften), die unternehmensorientierten Dienstleistungen (Beratung, Public Relations etc.), die Distribution (Handel, Transport, Kommunikation) sowie die spezialisierten Dienstleistungen des Reproduktionssektors (Gesundheitswesen, Ausbildung etc.) (vgl. Schmid 1989: 186ff).

Als Resultat dieses Prozesses entwickelten sich die fünf grössten Städte der Schweiz (Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne) zu spezialisierten Standorten des Dienstleistungssektors, zu urbanen Zentren. Arbeiteten in diesen Zentren 1950 noch rund 50% aller Beschäftigten im sekundären Sektor (Industrie und Gewerbe) und 48% im Dienstleistungssektor, zählte der sekundäre Sektor 1980 nur noch 28%, der tertiäre aber bereits 71% aller Arbeitsplätze (vgl. Schuler/Nef 1983).⁹

Mit dem Übergang zur flexiblen Akkumulation veränderte sich die räumliche Struktur der Schweiz erneut. Während die peripheren industriellen Regionen am stärksten von der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre betroffen waren, bewirkte die entstehende *Headquarter Economy* eine zusätzliche Aufwertung zentraler Standorte: Einerseits sind hochqualifizierte und entscheidende ökonomische Aktivitäten in starkem

Masse auf eine differenzierte urbane Infrastruktur angewiesen, wozu nicht nur erstklassige nationale und internationale Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen, sondern auch ein breites Angebot an spezialisierten Einrichtungen und Dienstleistungen zählen. Andererseits benötigt eine *Headquarter Economy* eine grosse Zahl von Fachleuten, SpezialistInnen und Kadern, die vor allem dort zu finden sind, wo gute Reproduktionsbedingungen locken: Deshalb sind ein ausgebautes Bildungs- und Gesundheitssystem, aber auch Einrichtungen für den Luxuskonsum und ein breitgefächertes Freizeit- und Kulturangebot unabdingbare Voraussetzungen für die ökonomische Attraktivität eines Standortes.

Im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre entwickelten sich die urbanen Zentren zu hochdifferenzierten Produktions- und Reproduktionskomplexen, von denen aus die schweizerische Wirtschaft gesteuert und kontrolliert wird: Die Verflechtungen zwischen Industriebetrieben in der Peripherie und spezialisierten Dienstleistungsunternehmen in den Zentren wurden intensiviert und die räumliche Arbeitsteilung weiter vertieft. In der Folge wurden hochqualifizierte Arbeitsplätze und entscheidende ökonomische Funktionen zunehmend in wenigen grossen Zentren konzentriert.¹⁰

Gleichzeitig verstärkte sich auch die ökonomische Spezialisierung der Zentren: Während Lausanne in erster Linie immer noch ein regionales Zentrum ist und sich die Ökonomie Berns weitgehend auf die Rolle als Bundeshauptstadt beschränkt, wurde Basel zum Hauptquartier der Schweizer Chemie-Multis und Genf zum Zentrum der internationalen Organisationen (UNO) und von spezialisierten Finanzaktivitäten (z.B. internationale Vermögensverwaltung). Im Gegensatz dazu liegt die Bedeutung Zürichs gerade in der Kombination eines vergleichsweise breiten Spektrums hochqualifizierter wirtschaftlicher Aktivitäten: Zürich ist nicht nur bei weitem das wichtigste Finanzzentrum der Schweiz, sondern zeichnet sich auch durch einen hohen Anteil an hochqualifizierten und entscheidenden Funktionen der Industrie (Management, Administration, Forschung und Entwicklung, Public Relations etc.) und an unternehmensorientierten Dienstleistungen aus (vgl. Schmid 1989: 247ff).

Aufgrund dieser Spezialisierung hat sich die Zentrenhierarchie zugespitzt: Während die ökonomische Bedeutung von Bern und Basel stagnierte, verzeichneten Genf und Zürich einen eigentlichen Boom und entwickelten sich zu den zwei führenden Metropolen der Schweiz (vgl. Cunha/Bridel 1986).¹¹ Da die Ökonomie Genfs aber zum grossen Teil auf einem engen und spezialisierten Sektor des Finanzsystems basiert und sehr stark von den Entwicklungen auf den globalen Finanzmärk-

ten abhängt, hat die jüngste Krise, die 1991 begann, Genf wesentlich stärker getroffen als Zürich, wodurch der Hierarchisierungsprozess nochmals verschärft wird.

Zürich als Weltmetropole

1990 zählte die Stadt Zürich rund 365.000 EinwohnerInnen und 359.000 Arbeitsplätze. Die statistische Agglomeration Zürich, die aus 101 verschiedenen Gemeinden besteht (inkl. Stadt Zürich), umfasste rund 940.000 EinwohnerInnen und 570.000 Arbeitsplätze. Obwohl sich 1990 nur rund 16% aller Arbeitsplätze der Schweiz in der Agglomeration Zürich befanden, konzentrierten sich hier die Hauptsitze von 30% der 500 grössten schweizerischen Unternehmen. Drei der vier grössten Schweizer Banken und vier der sechs wichtigsten Versicherungen haben ihre Sitze in Zürich. 47% der Bilanzsummen der 150 bedeutendsten Banken, 60% der Prämieinnahmen der 60 grössten Versicherungen und gar 73% der Umsätze der Computer- und Informatikbranche werden von Hauptsitzen in Zürich aus dirigiert (Berechnung nach Schweizer Handelszeitung 1991).

Die unterschiedliche Entwicklung der schweizerischen Zentren legt den Schluss nahe, dass Zürichs Boom negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum in anderen Regionen der Schweiz ausübt. Vergleichende Analysen zeigen jedoch, dass der räumliche Konzentrationsprozess in der Regel nicht durch die physische Verlagerung von ganzen Betrieben gekennzeichnet ist. Die Verlagerung erfolgt schleichend, durch die Verlegung von einzelnen Abteilungen, durch Schliessung von Doppelvertretungen und Zweigstellen an »weniger wichtigen« Orten oder durch die Neugründung von Unternehmen in Zürich (vgl. auch Studer 1983).

So hat der Schweizerische Bankverein seinen traditionsreichen Hauptsitz zwar in Basel belassen, doch wurde der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Verlauf der achtziger Jahre sukzessive nach Zürich verlagert.¹² Heute zählt der Geschäftssitz in Zürich mehr Beschäftigte als der Hauptsitz in Basel. Ein anderes Beispiel ist IBM: Im Verlauf der achtziger Jahre hat der amerikanische Computermulti fast alle Zweigniederlassungen in der Schweiz geschlossen und deren Aktivitäten in und um Zürich konzentriert. Nur gerade die Filiale in Genf ist erhalten geblieben, als Dependence von IBM im französischsprachigen Teil der Schweiz.

Die Verteilung der Auslandsbanken ist ein weiteres Beispiel für diesen Konzentrationsprozess sowie ein Indikator für die unterschiedlichen Standortattraktivitäten schweizerischer Zentren: Vor dem Zwei-

ten Weltkrieg gab es in der Schweiz noch kaum Auslandsbanken – mit dem Aufschwung des internationalen Finanzsystems und der Deregulierung der Finanzmärkte hat sich deren Zahl in den letzten beiden Jahrzehnten stark erhöht. 1980 hatten bereits 51% aller in der Schweiz domizilierten Auslandsbanken ihre Sitze in Zürich. Zehn Jahre später waren es 59%, während sich in Genf 30% und auf dem einst so renommierten Bankenplatz Basel gerade noch 3% aller Auslandsbanken befanden (Schweizer Handelszeitung 1991).

Heute konkurriert Zürich nicht mehr mit anderen Zentren der Schweiz, sondern mit europäischen Metropolen wie London, Frankfurt, Paris, Amsterdam oder Brüssel. Als sich z.B. der amerikanische Autogigant General Motors entschied, seinen europäischen Hauptsitz von Rüsselsheim bei Frankfurt zu verlegen, beauftragte die Firma ein internationales Consulting-Büro mit der Evaluation des geeignetsten neuen Standorts. Dabei kristallisierten sich zwei Standorte heraus: Brüssel und Zürich. GM entschied sich für Zürich (Hitz/Schmid 1988). Dasselbe gilt auch für den schwedisch-schweizerischen Elektro-Multi Asea Brown Boveri (ABB), der sich nach der 1987 vollzogenen Fusion – teilweise auch als Zugeständnis an die schweizerische ABB – in Zürich installierte.

Aufgrund dieser Entwicklung hat sich die ökonomische Struktur Zürichs grundlegend verändert. In der Stadt Zürich stieg der Anteil der Arbeitsplätze des Finanzsystems (Banken, Versicherungen, Immobilien) und der unternehmensorientierten Dienstleistungen zwischen 1965 und 1991 von 9,6% auf 26,1%. Gleichzeitig sank der Anteil des sekundären Sektors von 43,0% auf 18,5% (Statistisches Amt der Stadt Zürich 1993). Rund ein Drittel dieser »industriellen« Arbeitsplätze gehören zur Bauindustrie, bei einem weiteren Drittel handelt es sich um Tätigkeiten in Management und Administration. Vor 50 Jahren basierte ein grosser Teil der Zürcher Ökonomie noch auf der industriellen Produktion. Heute verlassen die letzten Industriebetriebe die Stadt und machen Platz für Hauptsitze und Banken: Zürich ist eine *Global City*, ein Entscheidungs- und Kontrollzentrum der Weltwirtschaft (vgl. Sassen in diesem Buch).

Die Ausdifferenzierung von urbanen Grossregionen

In den fünfziger und sechziger Jahren war die ökonomische Restrukturierung von einer ausgeprägten räumlichen Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten begleitet. Befanden sich 1950 in den fünf grössten urbanen Zentren noch rund 34% aller Arbeitsplätze der Schweiz, waren es 1980 bereits 39%, was einer realen Zunahme von 450.000 Arbeits-

plätzen entspricht (vgl. Brugger 1985). Wie in den meisten westlichen Industrienationen war diese ungleiche Entwicklung mit einer massiven Abwanderung aus peripheren Regionen und einer starken Bevölkerungszunahme in den urbanen Zentren verbunden.

Gleichzeitig veränderte sich auch die interne Struktur der urbanen Zentren. Während sich ein Grossteil der neugeschaffenen tertiären Arbeitsplätze in den Innenstädten konzentrierte, wurden in den Vorortsgürteln die neuen Räume des fordistischen Konsummodells, die Eigenheim- und Wohnblockzonen, errichtet. Die Stadtentwicklung der fünfziger und sechziger Jahre war durch einen ausgeprägten Suburbanisierungsprozess gekennzeichnet, die Städte wandelten sich zu Agglomerationen, die sich immer mehr in die Fläche ausdehnten (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Zürchs Wachstumsringe 1893–1990.

Grafik: Hansruedi Hitz, Quelle: Statistisches Amt der Stadt Zürich 1993: 326.

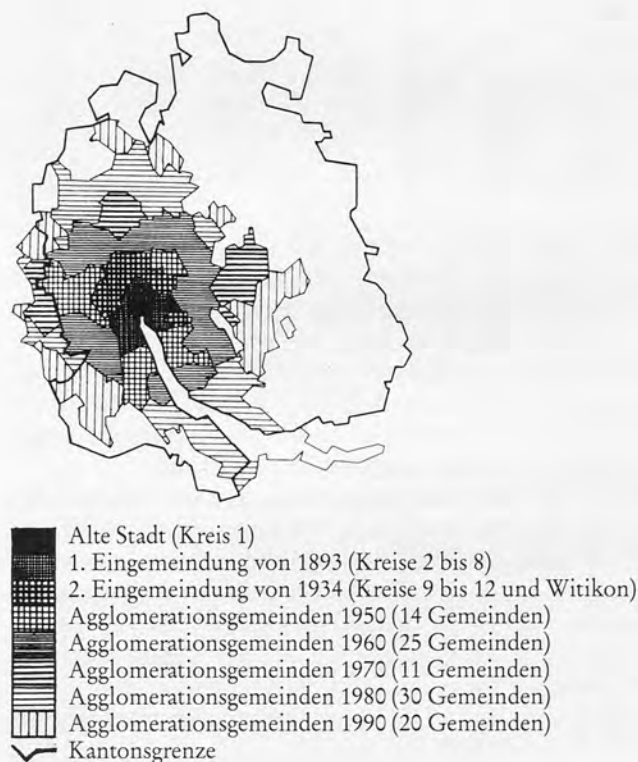


Abbildung 2: Wohnbevölkerung und Anzahl Gemeinden der Agglomeration Zürich 1950–1990. Quelle: Statistisches Amt der Stadt Zürich 1993, eigene Berechnungen.

Jahr	Stadt Zürich	Agglomeration von				
		1950 (15 G.)	1960 (40 G.)	1970 (51 G.)	1980 (81 G.)	1990 (101 G.)
1950	390.020	449.344	495.333	508.729	572.988	605.765
1960	440.170	537.294	610.854	629.989	713.025	754.508
1970	422.640	554.654	675.146	719.324	832.519	884.848
1980	369.522	506.309	646.397	706.220	838.664	898.904
1990	365.043	500.820	655.046	722.613	867.778	940.180

Abbildung 3: Veränderung der Wohnbevölkerung der Agglomeration Zürich 1950–1990. Quellen: Statistisches Amt der Stadt Zürich 1993, Bundesamt für Statistik 1993a, eigene Berechnungen.

Jahr	Stadt Zürich	Agglomeration von					Schweiz
		1950	1960	1970	1980	1990	
1950-1960	12,8%	19,6%	23,4%	23,8%	24,4%	24,4%	14,2%
1960-1970	-3,9%	3,4%	10,5%	14,1%	17,0%	17,2%	16,9%
1970-1980	-12,5%	-8,8%	-4,3%	-1,8%	0,7%	1,6%	1,9%
1980-1990	-1,4%	-1,0%	1,4%	2,4%	3,5%	4,6%	6,4%

Seit den späten sechziger Jahren beginnt sich eine neue Dynamik der Urbanisierung abzuzeichnen: Während die Bevölkerungsentwicklung in den bisherigen Agglomerationsgebieten zum Teil deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt, werden an den zerfasernden Rändern der Ballungszentren laufend neue Gebiete vom Urbanisierungsprozess erfasst (vgl. Abb. 2 und 3). Die urbanen Zentren expandieren kaum noch durch Einwanderung aus peripheren Regionen, sondern vor allem durch die Ausdehnung ihrer Einzugsgebiete.¹³

Damit verbindet sich auch eine Veränderung der dominanten Form der Urbanisierung: War die fordistische Stadtentwicklung durch die Entstehung von suburbanen Wohngürteln gekennzeichnet, so wird der Urbanisierungsprozess unter dem Regime der flexiblen Akkumulation zunehmend diffuser. Äusserlich intakte Bauerndörfer und Kleinstädte werden zu Satelliten der urbanen Zentren, in denen Angestellte der *Headquarter Economy* wohnen, die täglich in die City zur Arbeit pendeln. Die Suburbanisierung wird durch die Periurbanisierung abgelöst (vgl. Bassand/Joye/Schuler 1988).

Parallel dazu führt die steigende Nachfrage der *Headquarter Economy* nach neuen Territorien und nach einem breiten Spektrum von unterschiedlichen Standorten auch zur Integration von ursprünglich eigenständigen Zentren in ein übergreifendes urbanes Netzwerk. Deutlich wird diese Tendenz vor allem im Grossraum Zürich: Ausserhalb der eigentlichen Agglomeration erstreckt sich ein Gürtel von vergleichsweise prosperierenden mittleren Zentren, die in den Sog der Metropole Zürich geraten und deren ökonomische Entwicklung zunehmend von der Entwicklung Zürichs beeinflusst wird (Cosinschi/Cunha 1988). Ein Teil dieser Städte, wie Winterthur oder Baden, weist immer noch eine stark industriell ausgerichtete ökonomische Struktur mit einem hohen Anteil an qualifizierten Arbeitsplätzen auf. Ein anderer Teil spezialisiert sich zunehmend auf bestimmte tertiäre Bereiche, wie z.B. Zug, das wegen seiner Steuergesetzgebung bevorzugter Sitz von internationalen Holdinggesellschaften und Briefkastenfirmen geworden ist und als eine Art *off-shore*-Finanzplatz von Zürich fungiert. Der Grossraum Zürich umfasst heute weite Teile der Nordostschweiz und bildet so eine polyzentrische und fragmentierte urbane Zone, die ein breites Spektrum spezialisierter Standorte für verschiedenste Unternehmensaktivitäten anbietet.

Mit diesen neuen Urbanisierungsprozessen verliert die bisherige Begrifflichkeit an deskriptiver Schärfe: So verbindet sich mit dem Begriff »Agglomeration« die Vorstellung einer formalen und strukturellen Einheit, eines geschlossenen und zusammenhängenden Siedlungsgebietes, das konzentrisch aufgebaut ist und aus einer Kernstadt mit angrenzenden Agglomerationsgemeinden besteht (Schuler 1984). Heute jedoch sind die urbanen Räume keine kohärenten Gebilde mehr, sondern hochdifferenzierte Geflechte von spezialisierten Standorten, die durch ausgedehnte Verkehrs- und Kommunikationsnetze zu übergreifenden Einzugsgebieten verknüpft sind. Die *Headquarter Economy* findet ihren räumlichen Ausdruck in einer neuen räumlichen Form: der urbanen Grossregion.¹⁴

In der Schweiz lässt sich diese Form der Urbanisierung an verschiedensten Orten beobachten (vgl. Cosinschi/Cunha 1988, Cunha 1994): Entlang dem Genfersee entsteht die »Métropole Lémanique«, eine bipolare urbane Grossregion mit den beiden Zentren Genf und Lausanne, deren Ausläufer weit in die benachbarten Gebiete Frankreichs reichen (Leresche/Bassand 1991, Cunha/Csillaghy 1992). Im Raum Basel bildet sich ebenfalls eine grenzüberschreitende urbane Grossregion, die »Regio Basiliensis« (Regio Basiliensis 1988), und auch im Tessin, im Dreieck Lugano-Locarno-Bellinzona, lässt sich eine »diffuse« urbane Grossregion identifizieren (Ratti 1988).

Abbildung 4: Urbane Zentren und urbane Grossregionen in der Schweiz.
Grafik: Hansruedi Hitz (nach Cosinschi/Cunha 1988: 85).



Es ist schwierig, mit den zur Verfügung stehenden Daten die Grenzen dieser Grossregionen festzulegen. Aber selbst wenn neue und bessere Grundlagen vorhanden wären, liessen sich die Grenzen nicht eindeutig bestimmen: Einerseits verändert sich die Situation aufgrund der wirtschaftlichen und demographischen Dynamik der urbanen Entwicklung laufend, anderseits fehlt bis heute eine kohärente und allgemein anerkannte Definition der urbanen Grossregion. So definierte beispielsweise der Tages-Anzeiger, die grösste Zürcher Tageszeitung, anfangs der achtziger Jahre aufgrund des Einzugsgebietes seiner LeserInnen einen Grossraum Zürich von rund einer Million EinwohnerInnen und prägte dafür den oft zitierten Begriff »Millionenzüri«.

Aus analytischer Sicht lässt sich eine urbane Grossregion als umfassender Produktions- und Reproduktionsraum begreifen, in dem verschiedenste ökonomische und soziale Austauschbeziehungen bestehen. Da sich diese Beziehungen kaum feststellen und noch weniger messen lassen, kann ein solches Gebilde vereinfachend auch als Arbeitsmarktregion definiert werden, bzw. als Gebiet, in dem das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Arbeitsplätzen ausgeglichen ist. Aufgrund dieser Definition umfasste die urbane Grossregion Zürich im Jahre

1985 ein Einzugsgebiet von rund 1,5 Millionen EinwohnerInnen und 840.000 Arbeitsplätzen und bestand aus rund 270 Gemeinden der fünf Kantone Zürich, St.Gallen, Schwyz, Zug und Aargau (Crespo/Schmid/Wolff 1993). Heute können vermutlich auch Gebiete der Kantone Schaffhausen, Thurgau und Glarus sowie Grenzgebiete Deutschlands zur Grossregion Zürich gezählt werden.

Modernisierungsstrategien in Zürich

Aufgrund der im vorangegangenen Kapitel präsentierten ökonomischen Analyse lassen sich die allgemeinen Linien des Urbanisierungsprozesses identifizieren. Dabei bleiben die spezifischen Bedingungen dieses Prozesses jedoch ausgeblendet. Die Produktion des urbanen Raumes erfolgt letztlich nicht im abstrakten Massstab des globalen Weltsystems, sondern in einem konkreten lokalen Kontext, der von individuellen Akteuren, BewohnerInnen, Unternehmen, Parteien und politischen Instanzen bestimmt wird. Der Aufstieg Zürichs zu einer *Global City* ist nicht nur eine Folge der Restrukturierung der Weltwirtschaft, sondern auch das Resultat von lokalen Auseinandersetzungen und Kämpfen, in denen die verschiedenen Bevölkerungs- und Wirtschaftsfraktionen der Stadt ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen versuchen. In diesem widersprüchlichen Prozess sind die Entwicklungslinien keineswegs von vornherein festgeschrieben. In jeder historischen Situation besteht ein mehr oder weniger breiter Handlungsspielraum, öffnet sich ein Feld für Allianzen und Bündnisse, die je nach Konstellation ein unterschiedliches Spektrum von Entwicklungsperspektiven ergeben.

Das Rote Zürich

Als Ausgangspunkt der fordistischen Entwicklungsphase Zürichs lässt sich die sozialdemokratische Reform- und Modernisierungspolitik der Zwischenkriegszeit bestimmen, die unter dem Namen »Rotes Zürich« in die Geschichte einging und die deutliche Parallelen zum Entwicklungsmodell des »Neuen Frankfurt« (vgl. Ronneberger/Keil in diesem Buch) aufwies. Die Etablierung des Roten Zürich stand im Zusammenhang mit den landesweiten Arbeitskämpfen, die während Jahren die Schweiz erschütterten und deren Höhepunkt der legendäre Generalstreik vom November 1918 bildete (bis heute ist es zu keinem weiteren landesweiten Generalstreik mehr gekommen). Im Laufe dieser Auseinandersetzungen setzte sich innerhalb der Arbeiterbewegung eine reformistische Strömung durch, die unter dem Schlachtruf »Gemeinde-

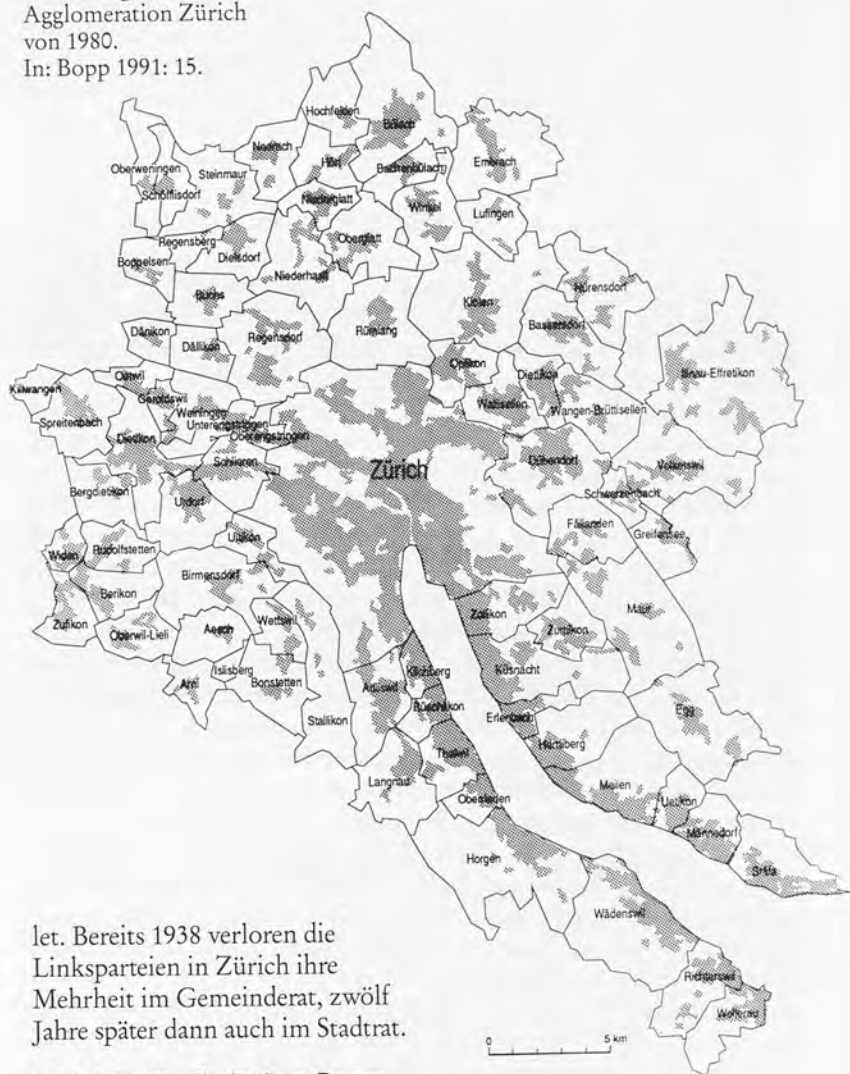
sozialismus« in den städtischen Hochburgen der Linken ein pragmatisches Modell sozialistischer Politik verwirklichen wollte. Im Verlauf der zwanziger Jahre gelangten in verschiedenen Städten der Schweiz sozialdemokratische Regierungen an die Macht (vgl. Lindig 1979). In Zürich errangen die Sozialdemokraten 1928 die Mehrheit im Stadtrat (Stadtregierung) und – zusammen mit den Kommunisten – im Gemeinderat (Stadtparlament).

Die Strategie des Roten Zürich basierte auf einer Mischung von Repression und Integration: Auf der einen Seite bekämpfte die rote Stadtregierung die radikalen Fraktionen der Arbeiterbewegung mit einer rigorosen Repressionspolitik, die im Jahre 1932 in der Niederwerfung des »Mieterstreiks« und der blutigen Zerschlagung des Streiks der Heizungsmonteurs gipfelte. Auf der anderen Seite verfolgte die rote Mehrheit eine konsequente Reform- und Modernisierungspolitik, die sich im Sozialwesen, in der Förderung des sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus sowie im Ausbau der Infrastruktur (in erster Linie Strassenbau) niederschlug. Das ambitionierteste Projekt des Roten Zürich bestand jedoch in der grundlegenden Reorganisation der politisch-territorialen Struktur, in der Bildung eines »Gross-Zürich«: Durch die Eingemeindung von acht »Aussengemeinden« sollte die Grundlage für eine systematische und effiziente Planung der Wirtschaftsregion Zürich nach den Prinzipien des modernen Städtebaus geschaffen werden. Obwohl die Eingemeindung im zweiten Anlauf im Bündnis mit fortschrittlichen Teilen des Bürgertums 1934 schliesslich gelang, wurde das Hauptziel nicht erreicht: Die städtische Bauordnung, die 1947 endlich durchkam, wurde bereits im folgenden Jahr durch einen Entscheid des Bundesgerichtes wieder aufgehoben (vgl. Lindig 1979).

Die Doppelstrategie des Roten Zürich mündete in die Entstehung eines lokalen Fordismus und die fast vollständige Befriedung der politischen Auseinandersetzungen. Nicht zufällig hatten die Verfechter des nationalen Friedenspaktes von 1937 ihre Hochburg in Zürich: Das lokale Reform- und Integrationsprojekt des Roten Zürich (und anderer sozialdemokratisch regierter Städte) hatte die politische Basis für einen landesweiten fordistischen Kompromiss geschaffen (vgl. oben). Den symbolischen Schlusspunkt unter diese Entwicklung setzte schliesslich die Landesausstellung von 1939, die »Landi«, die an den Ufern des Zürichsees die Aussöhnung von Arbeit und Kapital, von Stadt und Land zelebrierte und zum Symbol des neuen nationalen Friedens wurde (vgl. Meier 1986).

Mit der Etablierung des helvetischen Fordismus war die »historische Mission« des Gemeindesozialismus erschöpft. Unter dem neuen Regime der Kompromisse wurde die sozialdemokratische Hegemonie obso-

Abbildung 5: Die
Agglomeration Zürich
von 1980.
In: Bopp 1991: 15.



let. Bereits 1938 verloren die
Linksparteien in Zürich ihre
Mehrheit im Gemeinderat, zwölf
Jahre später dann auch im Stadtrat.

Zürich im fordistischen Boom

Nach dem Zweiten Weltkrieg katapultierte der Wirtschaftsboom Zürich in eine neue Phase der Expansion, und mit der Massenmotorisierung setzte der für die Nachkriegszeit typische Suburbanisierungsprozess ein. Zürich expandierte in die Fläche: In den fünfziger Jahren wurden die städtischen Aussenquartiere (Schwamendingen, Altstetten) mit

privaten und genossenschaftlichen Wohnsiedlungen überbaut, in den sechziger Jahren entstanden die fordistischen Wohnburgen in den Vororten (Volketswil, Dietikon) und in den siebziger Jahren folgte die Zersiedelung der urbanen Peripherie. Gross-Zürich wandelte sich zur Agglomeration. Alle zehn Jahre, mit jeder neuen Volkszählung, wurden in der amtlichen Statistik wieder neue Gemeinden zur »Agglomeration Zürich« geschlagen: 1950 z.B. Schlieren, Kilchberg und Wallisellen, 1980 schon Zufikon im Kanton Aargau oder Wollerau im Kanton Schwyz (vgl. Abb. 5).

Unter dem Regime des helvetischen Fordismus und in der Aufbruchstimmung der Nachkriegszeit stiess dieser Urbanisierungsprozess auf keine nennenswerten Widerstände. Wie auf nationaler Ebene hatte sich auch in Zürich eine stabile fordistische Wachstumskoalition etabliert, die vom Bürgerblock bis zur Sozialdemokratie reichte und die sich über die Entwicklungsziele in den Grundsätzen einig war: wirtschaftliche Expansion und Modernisierung. In der Folge wurde in Zürich während mehr als zwei Jahrzehnten eine Modernisierungsstrategie verfolgt, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen war. Allerdings verdeckte die Fassade der Konkordanzdemokratie alte Interessenkonflikte zwischen einem offensiven, expansionsorientierten Liberalismus und einem tiefsitzenden Konservatismus, die einer radikalen Modernisierung enge Grenzen setzten: Zwischen den hochfliegenden Plänen und deren Realisierung klapften realpolitische Abgründe, die kaum zu überbrücken waren.

Der unvollendete Planstaat

Die Entwicklungsstrategien der fünfziger und sechziger Jahre unterschieden sich grundlegend von der systematischen und umfassenden Modernisierungspolitik, die das Rote Zürich in den dreissiger Jahren realisiert hatte. Eine staatliche Regulierung des Urbanisierungsprozesses stand kaum mehr zur Debatte: den Liberalen war sie zu staatsinterventionistisch, den Konservativen zu modernistisch. In der politisch-ideologischen Frontstellung des kalten Krieges, in der staatliche Planung oft kurzerhand mit Kommunismus gleichgesetzt wurde, hatten beide Fraktionen leichtes Spiel, jegliche Ansätze zu einer griffigen Siedlungsplanung im Keim zu ersticken. Wie auf nationaler Ebene setzte sich so eine prekäre Mischung aus punktuelltem Interventionismus und liberalistischer Laissez faire-Politik durch, die letztlich zur Entstehung eines »unvollendeten Planstaates« (Thut/Bislin 1977) führte.

Zwar fehlte es nicht an Versuchen, die zukünftige Entwicklung abzuschätzen und planerische Gesamtkonzeptionen für den Grossraum

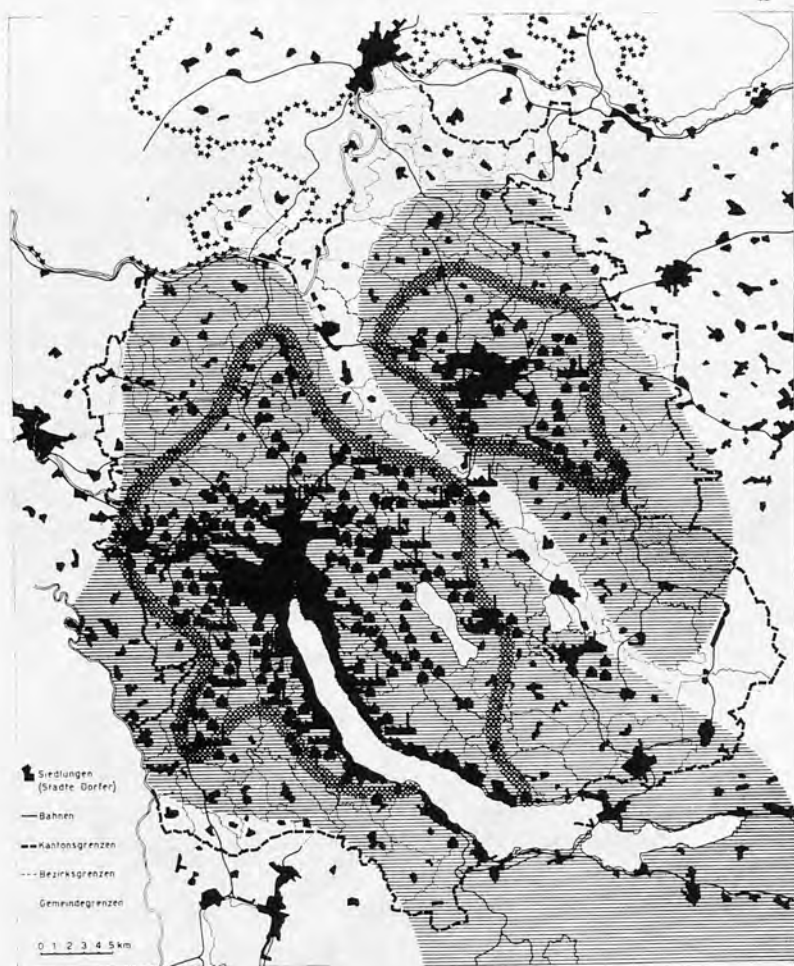
Zürich zu entwerfen. Im Gegensatz zu den dreissiger Jahren waren die raumplanerischen Debatten der fünfziger Jahre jedoch zunehmend von rückwärtsgewandten, abwehrenden Konzepten dominiert. Ein soziales Projekt fehlte völlig, stattdessen wurde die Verstädterung der »unberührten« ländlichen Umgebung Zürichs beklagt und Entwicklungsstrategien erarbeitet, die den Urbanisierungsprozess in überschaubare, »ordentliche« Bahnen lenken sollten.¹⁵

Diese Konzepte prägten auch die ersten Ansätze einer kantonalen Gesamtplanung, die im »Leitbild für den Kanton Zürich« von 1960 festgelegt wurden (Expertenkommission für Regionalplanungsfragen 1960): Um die befürchtete Ausuferung der Agglomerationen Zürich und Winterthur einzudämmen, wurde darin die gezielte Förderung von zwei neuen »Regionalzentren« vorgeschlagen: Wetzikon und Bülach sollten den Entwicklungsdruck auffangen und als regionale Zentren des Zürcher Ober- und Unterlandes eine Dezentralisierung der Siedlungsentwicklung einleiten. Die vier neuzuschaffenden Regionen des Kantons Zürich (Zürich, Winterthur, Oberland und Unterland) hätten jeweils durch breite, landwirtschaftlich genutzte Trenngürtel gegeneinander abgegrenzt werden sollen (vgl. Abb. 6 und 7). Obwohl dieses Leitbild bis in die siebziger Jahre als offizielles Entwicklungskonzept des Kantons ausgegeben wurde, blieben entsprechende Beschlüsse und Massnahmen zu dessen Umsetzung nicht nur weitgehend aus (Schilling 1982a), sondern dessen Zielsetzungen wurden durch die kantonale Transport- und Infrastrukturpolitik geradezu torpediert (Brugger/Häberling 1978, Stierli 1980). Die kantonale Raumplanung wurde zu einer ideologischen Alibiübung degradiert, die den Eindruck staatlicher Kontrolle erwecken sollte, tatsächlich aber lediglich den real ablaufenden Urbanisierungsprozess nachvollzog. Während Jahrzehnten blieb die Siedlungspolitik in der Agglomeration so über weite Strecken den einzelnen Gemeinden überlassen, die den Pressionen privater Grundbesitzer und Baukonzerne oft hilflos ausgeliefert waren.¹⁶

Stadtplanung als Verkehrspolitik

Statt sich mit ungeliebten Raumplanungsfragen zu beschäftigen, erschien es zunächst als vordringlicher, die handfesten aktuellen Probleme anzupacken und dem anschwellenden Motorverkehr endlich freien Weg zu bahnen. Zürich sollte zu einer »modernen«, autogerechten Stadt ausgebaut werden – eine Sicht, die grundsätzlich sowohl vom Bürgerblock wie von der Sozialdemokratie geteilt wurde (Blanc 1993). Unter diesen Bedingungen mutierte Stadtentwicklungspolitik zur reinen Verkehrspolitik.

Abbildung 6: Besiedlungskonzeption für den Kanton Zürich von 1960, Variante A: »Ungelenkt«. In: Expertenkommission für Regionalplanungsfragen 1960: Abb. 8.

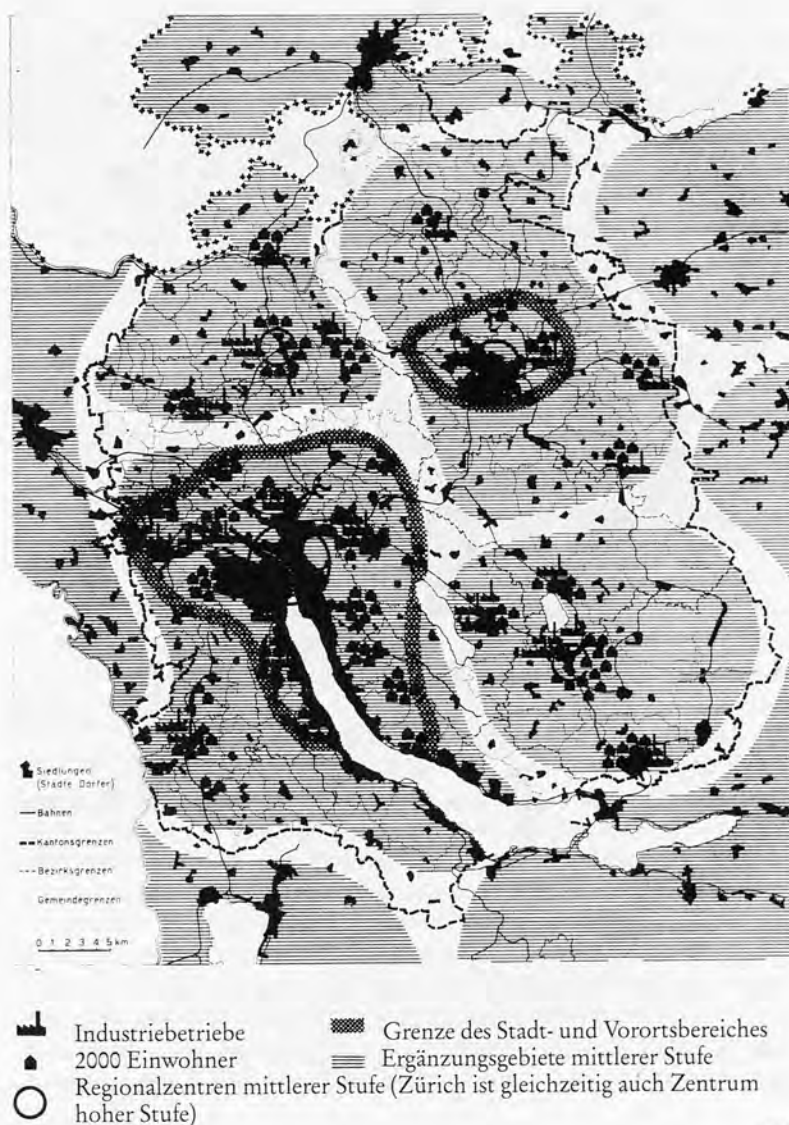


Industriebetriebe
2000 Einwohner



Ergänzungsgebiete mittlerer Stufe
Grenze des Stadt- und Vorortsbereiches

Abbildung 7: Besiedlungskonzeption für den Kanton Zürich von 1960, Variante G: »Regionalzentren«. In: Expertenkommission für Regionalplanungsfragen 1960: Abb. 9.



Trotz einsetzender Massenmotorisierung gab es Ende der fünfziger Jahre in der Schweiz – im Gegensatz zu den Nachbarländern – erst einige wenige Kilometer Autobahn: »Warum warten wir und bauen nicht endlich Autobahnen?« lautete denn auch der programmatische Titel eines einschlägigen Werbefilms. In der Folge wurde der Nationalstrassenbau in unhelvetisch forschem Tempo an die Hand genommen und trotz aller föderalistischen Bedenken wurde 1958 in einer Volksabstimmung die Kompetenz zu Planung und Bau eines Autobahnnetzes dem Bund übertragen. Das zwei Jahre später vorgelegte Bauprogramm bildet bis heute die Basis des Nationalstrassenbaus.

Entsprechend der damaligen Doktrin sollten die Cities der grossen Zentren direkt ans Nationalstrassennetz angeschlossen und die Autobahnen deshalb als sogenannte Expressstrassen mitten in die Städte hineingeführt werden: So wurde vorgesehen, die drei auf Zürich zulaufenden Autobahnen von St.Gallen-Winterthur, Basel/Bern und dem Bündnerland durch den Milchbuck, entlang der Limmat und über der Sihl auf direktestem Wege zum Hauptbahnhof zu leiten und dort – neben dem Platzspitz – in einem mehrstöckigen Verkehrskreisel miteinander zu verknüpfen. Das dabei entstehende Gebilde glich einem immensen, auf die Stadt projizierten Ypsilon und wurde deshalb sinnigerweise »Expressstrassen-Ypsilon« getauft.

Auch auf lokaler Ebene wurde die »Verkehrssanierung« zügig an die Hand genommen. Bereits 1952 beauftragte die Stadtregierung zwei deutsche Expertenteams mit der Ausarbeitung eines »Generalverkehrsplans« für die Stadt Zürich.¹⁷ Beide Teams schlugen ein gigantisches Strassensystem vor, das die Innenstadt radial erschliessen sollte. Um den dafür benötigten Platz zu schaffen, sollten die lästigen Tramwagen samt ihren Schienen von der Strasse verschwinden und als »Tieftram« bzw. »Unterpfaster-Strassenbahn« in den Untergrund verlegt werden (vgl. Abb. 8). Doch als die Tieftram-Vorlage, die als Kernstück der Generalverkehrspläne die Voraussetzung für alle weiteren Verkehrsprojekte gebildet hätte, nach jahrelangen Projektierungsarbeiten im Jahre 1962 endlich zur Abstimmung kam, wurde sie entgegen allen Erwartungen abgelehnt – Folge einer »unheiligen Allianz« zwischen radikalen Modernisierungsbefürwortern, die statt des Tieftrams lieber eine »richtige« U-Bahn gehabt hätten, und konservativen Kräften, die nicht auf die Annehmlichkeiten des guten alten Trams verzichten wollten.

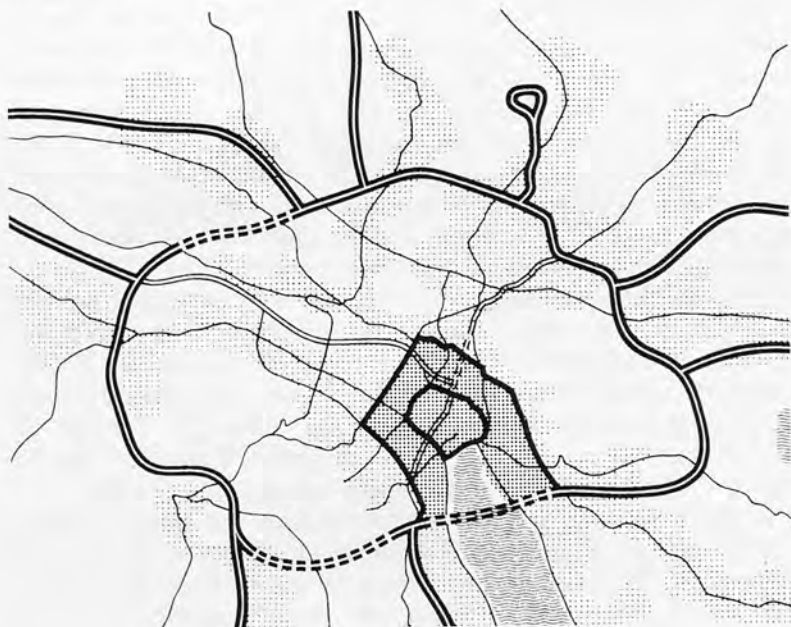
In der Folge wurden die Hoffnungen auf eine umfassende »Gesamt-sanierung« begraben, und es setzte sich eine pragmatische Linie durch, die in das Konzept der »drei magischen Ringe«¹⁸ mündete: Das Strassennetz sollte nicht mehr radial in die City hineinstossen, sondern tangential um City und Innenstadt herumführen. Das Konzept bestand

Abbildung 8: Vorschlag für ein Unterpflaster-Strassenbahn-System von 1954.
In: Pirath/Feuchtinger 1954, Band 2: Abb. 41.



aus dem »City-Ring«, einer Schnellstrasse rund um Altstadt und City, aus dem »Tangentenbügel«, der die äusseren Quartiere verbinden sollte¹⁹ sowie aus einer Autobahnumfahrung (vgl. Abb. 9). Entscheidender Vorteil dieses neuen Konzeptes war, dass es sich auch tranchenweise realisieren liess – eine »Salamitaktik«, mit der die Gefahr von »unheiligen Allianzen« entscheidend reduziert werden konnte. Parallel zu diesen Strassenprojekten wurde die Planung einer U- und S-Bahn an die Hand genommen.

Abbildung 9: Zürcher Strassenplanung von 1970. In: Bauamt I der Stadt Zürich 1970: Titelblatt.



In den folgenden Jahren gelang es tatsächlich, den einen Ast des Tangentenbügels, die »Westtangente«, Stück für Stück durch die Volksabstimmungen zu bringen (vgl. Kölbl 1993). Obwohl sich in einzelnen betroffenen Quartieren Widerstand regte (vgl. Blanc 1993), kam es nicht mehr zu unberechenbaren gesamtstädtischen Debatten.

Die Sihlraumplanung

Im Verlauf der sechziger Jahre begann sich die planungsfeindliche Front allmählich aufzuweichen: Zürich hatte immer noch kein »modernes« Transportsystem, und auch die Laissez faire-Politik in der Siedlungsplanung erwies sich zunehmend als dysfunktional. Neben der mittlerweile chronischen Verkehrsmisere zeichneten sich neue Friktionen ab: Mit dem Wirtschaftsboom und der damit verbundenen Zunahme von Dienstleistungsjobs stieg der Bedarf an zentral gelegenen Büroflächen rasch an. Die City²⁰, die sich immer noch auf einen engen Bezirk entlang der Bahnhofstrasse konzentrierte, expandierte unkontrolliert

in die umliegenden Wohnquartiere. Das Stadtplanungsamt begann deshalb ein Konzept für eine City-Erweiterung zu entwerfen.

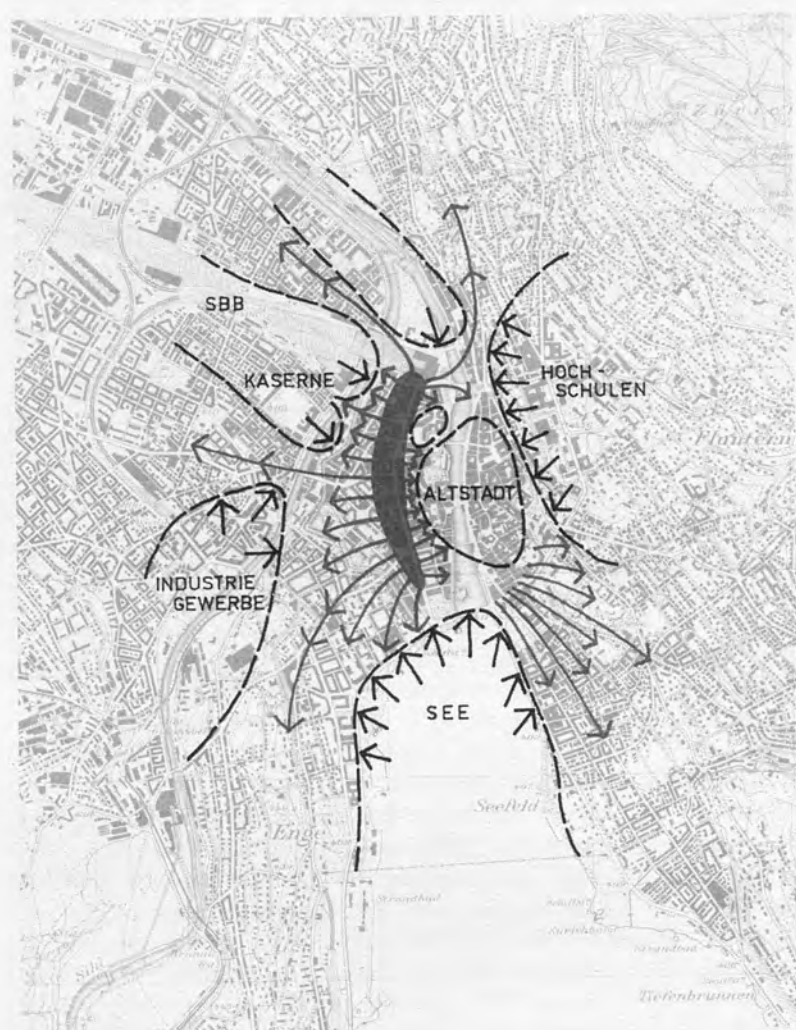
Einer grossflächigen Expansion waren jedoch enge Grenzen gesetzt (vgl. Abb. 10). Die City war eingeklemmt zwischen dem See im Süden, der Altstadt und dem Hochschulquartier im Osten und dem Bahnhofareal im Norden. So blieb praktisch nur der Ausweg nach Westen, in die ehemaligen Arbeiterquartiere Aussersihls (Stadtkreise 4 und 5), die einem langsamen Zerfall entgegendämmerten: In ihrem Kernbereich, an der linken Seite der Sihl, zwischen Bahnhof und Stauffacher, sollte das moderne Geschäftszentrum Zürichs, die »Westcity« (Arbeitsausschuss von Kanton und Stadt Zürich 1968), entstehen.

Einer Kahlschlagsanierung, wie sie damals in vielen Städten Europas praktiziert wurde, stand allerdings der zersplitterte Grundbesitz und das äusserst rigide schweizerische Eigentumsrecht entgegen, das Enteignungen (ausser für Verkehrsbauten und militärische Anlagen) weitgehend verunmöglicht. Ausserdem sollte der Südast des Ypsilons als Hochstrasse über der Sihl bis zum Hauptbahnhof führen und hätte so das alte Geschäftszentrum von der neuen »Westcity« abgeschnitten.

In dieser Situation griff das Stadtplanungsamt auf einen Vorschlag zurück, den die »Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau« (ZAS), eine Gruppe von kritischen ArchitektInnen, bereits 1961 präsentiert hatte. Aus städtebaulichen Überlegungen hatte die ZAS damals die Linienführung des Ypsilons über der Sihl in Frage gestellt – der Flussraum liess sich für bessere Zwecke nutzen als für eine lärmige Autobahn auf Stelzen. Als Gegenprojekt entwarfen die jungen KritikerInnen in Anlehnung an die klassische Moderne Vorschläge für eine City-Erweiterung, in der die Sihl zu einem zentralen städtebaulichen Element aufgewertet worden wäre²¹ (vgl. Abb. 11).

Auf der Basis dieser Vorschläge konzipierte das Stadtplanungsamt mit der »Sihlraumplaung« einen strategischen Befreiungsschlag, der unter städtischer Regie einen Ausweg aus dem Dilemma der blockierten Stadtentwicklung bringen sollte: ein Klein-Manhattan an der Sihl (vgl. Abb. 12 und 13). Grundidee dieses Konzeptes war, den Flussraum, das einzige frei verfügbare Terrain in diesem Gebiet, selbst als Entwicklungsachse zu benützen. Die Autobahn sollte unterirdisch neben die Sihl zu liegen kommen, während eine dichte Bebauung neben und teilweise auch über dem Fluss die alte Trennlinie zwischen der City und ihrem Expansionsraum überbrücken sollte.²² Von diesem neuen Zentrum aus hätte sich, vermittelt über den Bodenmarkt, die weitere Ausdehnung der City ins »Entwicklungsgebiet« Aussersihl sozusagen von selbst ergeben.

Abbildung 10: Ausdehnung der City und »wachstumshemmende Zonen«. In: Arbeitsausschuss von Kanton und Stadt Zürich 1968: 6.



Ein strategisches Gesamtkonzept

Ende der sechziger Jahre kristallisierte sich somit eine neue Modernisierungsstrategie heraus, die auf einem ganzen Bündel unterschiedlicher Projekte aufbaute. Obwohl die einzelnen Projekte von verschiedenen Instanzen in Stadt, Kanton und Bund mehr oder weniger unabhängig voneinander geplant wurden, kann aus den einzelnen Bruchstücken ein Gesamtbild rekonstruiert werden, das durchaus ein kohärentes Entwicklungskonzept erkennen lässt: Lancierung einer modernen City-Erweiterung mittels der Sihlraumplanung, Erschliessung der Innenstadt durch Ypsilon, U- und S-Bahn, Ableitung des Durchgangs- und Tangentialverkehrs durch City-Ring, Tangentenbügel und Umfahrautobahn. In der Konsequenz hätte diese Strategie grosse Teile der Zürcher Innenstadt für Büronutzungen und Luxussanierungen preisgegeben und zu einer bandartigen Verdichtung des Siedlungsgebietes entlang der U-Bahn geführt (vgl. Abb. 14). Der Entwicklungsdruck hätte so auf die Innenstadt begrenzt, die Zersiedelung gewissermassen von innen heraus aufgefangen werden sollen. Explizit formuliert finden sich diese Überlegungen im »Jürgensen-Bericht«, den die Stadt Zürich Ende der sechziger Jahre zur Legitimierung ihrer Ausbaupläne in Auftrag gab – der grössten Planungsübung, die jemals in Zürich durchgeführt worden ist (vgl. Entwicklungscoordination Stadt Zürich 1973a).

Abbildung 11: Überbauung Sihlraum: Vorschlag der Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS). In: Technische Kommission für den Generalverkehrsplan der Stadt Zürich 1961, Band 2: S-31.

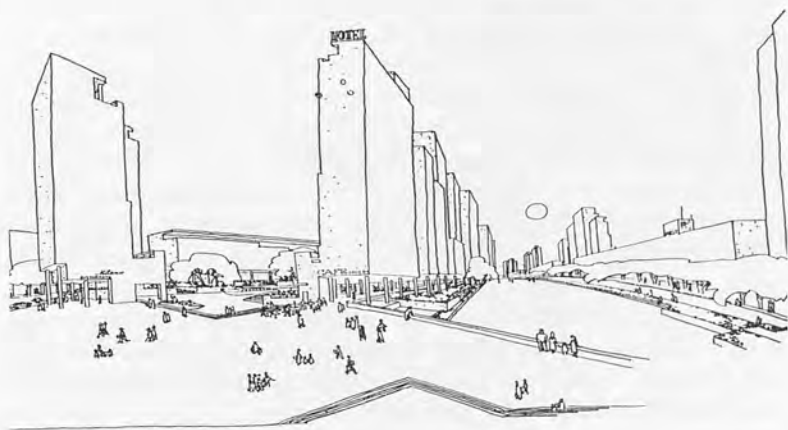
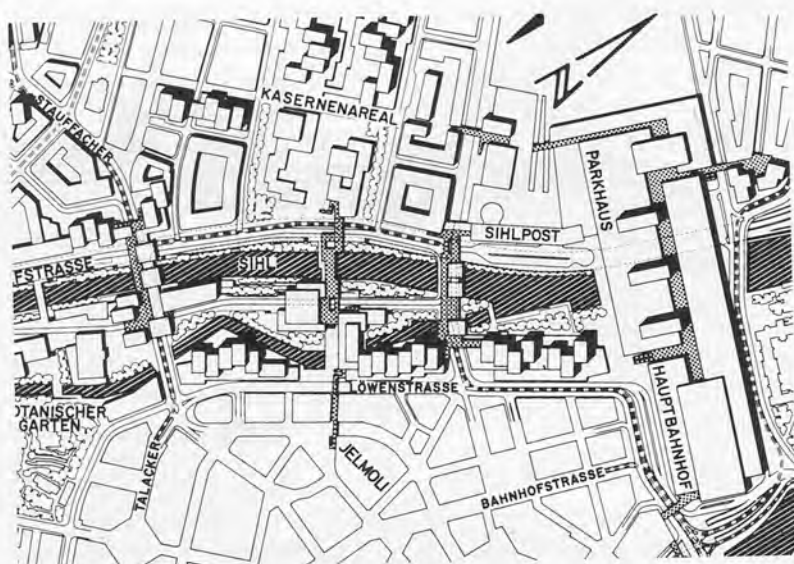


Abbildung 12: Sihlraumplanung. Variante unterirdische Expressstrasse »Aus-sersihl«. In: Arbeitsausschuss von Kanton und Stadt Zürich 1969: 33.



Nach Jahren kleinlicher Diskussionen, gescheiterter Planungen und hilfloser Improvisationen bildeten diese Grossstadtphantasien nicht nur den Höhepunkt der Modernisierungsbestrebungen, sondern spiegelten auch ein wiedergefundenes Selbstvertrauen von Behörden und Wirtschaftsverbänden in der aufstrebenden Limmatmetropole. Unter dem Schlagwort »Weltoffenes Zürich«²³ wandelte sich die Stadtentwicklungsdiskussion zu einem offensiven und aggressiven Diskurs der wirtschaftlichen Expansion, mit dem die Bedenken konservativer Zauderer und die Thematisierung des Sozialen förmlich plattgewalzt wurden. Das kleinkarierte und rückständige Seldwyla²⁴ sollte sich endlich zu einer Metropole von europäischem Format mit standesgemässer Skyline aufschwingen. Durch Ausschöpfen aller denkbaren strategischen Optionen und mit allen zur Verfügung stehenden technischen Mitteln sollte die bestehende Stadtstruktur, die als »Verkehrshindernis« (Blanc 1993) und als lebensweltliche und soziale Schranke der Modernisierung betrachtet wurde, beseitigt werden. Doch schon bald zerschellten diese Strategien an genau denjenigen sozialen und politischen Realitäten, die sie eigentlich aus der Welt schaffen sollten.

Abbildung 13: Sihlraumplanung: »City-Brückenkopf« Kasernenareal – Löwenstrasse. In: Arbeitsausschuss von Kanton und Stadt Zürich 1968: 44.

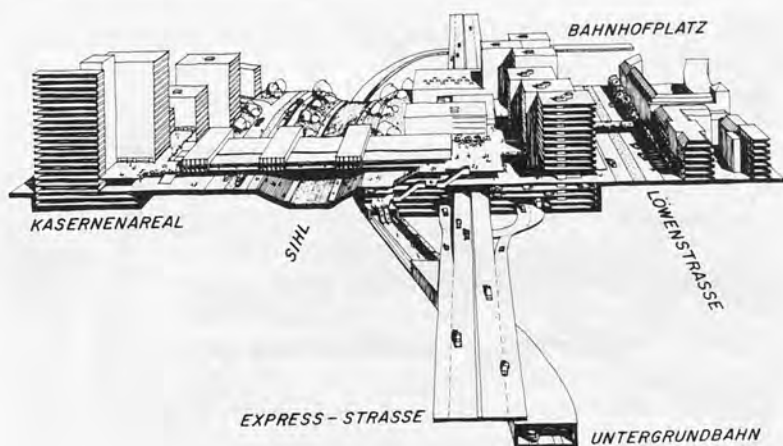


Abbildung 14: Zürich im Jahre 1990 nach den Vorstellungen des Stadtplanungsamtes: schematische Zentrenverteilung. Variante mit U- und S-Bahn, Expressstrassen-Ypsilon und Umfahrungsautobahn.



Die Krise der Stadt

Die 68er Bewegung und der Kampf um die Reproduktion

Die Kehrseite der Modernisierung zeigte sich in der »Krise der Stadt«, in der Verdrängung der Wohnbevölkerung aus ihren angestammten Quartieren, in der zunehmenden Umweltbelastung und in der Entfremdung, die in der zur fordistischen Reproduktionsmaschine degenerierten Stadt tagtäglich erfahren wurde (vgl. Hitz/Schmid/Wolff in diesem Buch). Obwohl die Krise der Stadt im deutschen Sprachraum schon seit den frühen sechziger Jahren unter dem Schlagwort der »Unwirtlichkeit unserer Städte« (Mitscherlich 1965) thematisiert wurde, konnte sich diese Kritik gegen den fordistischen Block und die modernistische Hegemonie nicht durchsetzen. Erst die 68er Bewegung schaffte das Terrain für einen umfassenden gesellschaftskritischen Diskurs, der die breite Thematisierung der »urbanen Frage« (Castells 1975) möglich machte. Gleichzeitig bildete die städtische Krise selbst einen konstitutiven Ausgangspunkt der 68er Bewegung, und der Kampf für eine »andere Stadt« war an vielen Orten zentraler Bestandteil der Auseinandersetzungen.

In Zürich manifestierte die 68er Bewegung von Anfang an eine ausgeprägt urbane Stossrichtung und nahm zeitweise den Charakter eines städtischen Kulturkampfes an. Bezeichnenderweise wurde die Forderung nach einem Autonomen Jugendzentrum (AJZ) im leerstehenden ehemaligen Provisorium des Warenhauses Globus an der Bahnhofbrücke zum lokalpolitischen Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen. Als die Polizei versuchte, eine Demonstration vor dem Provisorium gewaltsam aufzulösen, kam es am 29. Mai 1968 zum »Globus-Krawall«, den schwersten Strassenschlachten seit den dreissiger Jahren.²⁵

In den folgenden Jahren kamen die verschiedensten Aspekte des städtischen Lebens ins Kreuzfeuer der Kritik. Der militante Teil der 68er Bewegung lancierte die legendären Hausbesetzungen an der Venedigstrasse (1971) und am Hegibachplatz (1974), die sich nicht nur gegen Wohnungsnot und Spekulation, sondern auch gegen die City-Ausdehnung und die Verödung der städtischen Kultur richteten. Universitäre Kreise nahmen das Ypsilon ins Visier, starteten die erste grosse Stadtentwicklungsdebatte der Nachkriegszeit und machten das im Bau befindliche Teilstück der Sihlhochstrasse zwischen Brunau und Sihlhölzli, deren Stützpfeiler gerade in den Flussschotter gerammt wurden, zum Inbegriff der Stadtzerstörung. An der Architekturabteilung der ETH begannen die StudentInnen Marx zu lesen und den fordistischen Massenwohnungsbau zu analysieren (Autorenkollektiv 1972), der neue Schweizer Film entdeckte die »Wohnungsfrage« und die Stadtentwick-

lung,²⁶ im Kunstgewerbemuseum organisierten Mitglieder der ZAS die Ausstellung »Zürich plant – plant Zürich«, an der sich auch das städtische Tiefbauamt beteiligte (Schilling 1971), und im Tages-Anzeiger-Magazin, der gerade neu gegründeten Wochenendbeilage der grössten Zürcher Tageszeitung, begannen junge JournalistInnen, PlanerInnen und ArchitektInnen gegen die unterschiedlichsten Aspekte der Stadtzerstörung zu agitieren. Diese grosse Welle von Stadtkritik löste in breiten Kreisen der Bevölkerung Verunsicherung aus (Blanc 1993).

Die Wachstumskoalition zerbricht

Durch das System der direkten Demokratie schlug das latente Unbehagen und die offene Kritik an der Modernisierung direkt auf die realpolitische Ebene durch: Von Abstimmung zu Abstimmung formierten sich Ad-hoc-Koalitionen und Referendumskomitees, und verschiedene Projekte scheiterten entweder an den Urnen²⁷ oder wurden schon vor der Abstimmung zurückgezogen²⁸.

Zum Waterloo für die Modernisierungsfraktion wurde schliesslich die Volksabstimmung über die U-/S-Bahn-Vorlage von 1973, die noch wenige Monate vor dem Abstimmungstermin als unbestritten galt. An allen Ecken begannen plötzlich Diskussionen, verschiedenste Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen verfassten Aufrufe, lancierten Kampagnen und starteten Aktionen, die innert kürzester Zeit einen radikalen Umschwung in der öffentlichen Meinung herbeiführten. Aus den Argumenten der GegnerInnen lassen sich drei Schwerpunkte herauschälen, die gewissermassen paradigmatische Beispiele für die späteren Stadtentwicklungsdebatten darstellen: Eine explizit politische Kritik bezog sich auf die konkreten Auswirkungen dieses Projektes auf die Stadtentwicklung und den Alltag der Stadtbevölkerung, die Steigerung der Bodenpreise, die Zerstörung von günstigem Wohnraum und die Verdrängung von Teilen der städtischen Bevölkerung aus der Innenstadt. Eine technisch orientierte Kritik wandte sich gegen die mangelhafte Konzeption des Projektes, die verschlechterten Umsteigebeziehungen und nicht zuletzt die riesigen Baugruben, die jahrelang die Stadt verschandeln würden. Dazu gesellte sich auch noch eine konservative Kritik, die selten explizit formuliert wurde, unterschwellig jedoch eine beachtliche Wirkung entfaltete. Sie verband den Bau der U-Bahn mit der Metropolitanisierung Zürichs und wandte sich gegen diesen »Grössenwahn«: Braucht Zürich eine U-Bahn? Mit deutlicher Mehrheit wurde die Vorlage sowohl auf städtischer wie auf kantonaler Ebene verworfen. Die Wachstumskoalition war endgültig auseinandergebrochen, die Modernisierungsstrategien lagen in Trümmern.

Diese Abstimmung markierte einen Trendbruch in der Stadtentwicklung Zürichs. Da die U-Bahn das Rückgrat sämtlicher bestehenden Modernisierungspläne bildete, war mit ihrem Scheitern der gesamten bisherigen Stadtentwicklungspolitik die Grundlage entzogen. Die Stadtbehörden sahen sich in der Folge zu einer Kursänderung genötigt: »Stabilisierung« wurde zum neuen Schlagwort der Stadtentwicklung. Hastig wurde ein Zusatzbericht zum »Jürgensen-Bericht« in Auftrag gegeben, der Vorschläge für eine »Trenddrosselung« bzw. eine »Trendumkehr« präsentieren sollte (Entwicklungskoordination Stadt Zürich 1973b). Daraus formulierte der Gemeinderat eine langfristige Zielvorgabe für die Stadtentwicklung: 410.000 EinwohnerInnen, 300.000 Arbeitsplätze (Kommission des Gemeinderates 1975). In den Grundzügen bildet die Stabilisierungsvariante »Trendumkehr« bis heute das offizielle Leitbild für die Stadtentwicklung Zürichs.²⁹

Der territoriale Kompromiss

Die Stabilisierung der Stadtentwicklung wurde allerdings nie konsequent an die Hand genommen. Mit der Wirtschaftskrise traten ab Mitte der siebziger Jahre neue Argumente in den Vordergrund: die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Die Verunsicherung über den weiteren Kurs der Stadtentwicklung, die sich bis weit ins bürgerliche Lager hinein ausgebreitet hatte, wurde entlang des alten Links-rechts-Schemas aufgelöst (Blanc 1993). Um den Kern des bürgerlichen Lagers begann sich die Modernisierungsfraktion erneut zu formieren, während die Stadtentwicklungskritik zur Domäne linker Parteien und Gruppierungen wurde.

Die veränderte Situation manifestierte sich am augenfälligsten bei den zwei Anti-Ypsilon-Initiativen von 1974 und 1977, bei denen es der Opposition nicht mehr gelang, den Schwung der frühen siebziger Jahre weiterzuziehen. Beide Initiativen wurden von der Stadt zwar angenommen, vom Kanton aber abgelehnt. Seither wird der Autobahnbau – wenn auch mit starken Verzögerungen – unaufhaltsam vorangetrieben: Der Nordast des Ypsilons, der Milchbucktunnel, wurde 1980 dem Verkehr übergeben, und im Laufe der achtziger Jahre wurde auch die Umfahrungsautobahn Stück für Stück realisiert. Und 1982 wurde fast ohne Kontroversen ein milliardenschweres S-Bahn-Projekt (diesmal ohne U-Bahn) von einer breiten Koalition von ModernisierungsbefürworterInnen und VerfechterInnen des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Kanton angenommen.

Auf der anderen Seite gelang es allerdings, verschiedene neue Gesetze

zur Erhaltung der bestehenden Stadtstruktur durchzubringen: auf kantonomaler Ebene das »Wohnerhaltungsgesetz«, das den Abbruch und die Umnutzung von Altbauwohnungen erschwert, auf städtischer Ebene den »Wohnanteilplan«, der für jedes Grundstück einen minimalen Wohnanteil festlegt und der bis heute eines der effektivsten Instrumente gegen die weitere City-Expansion darstellt. In die gleiche Richtung zielte auch eine 1982 angenommene Initiative, die den Bau von Hochhäusern in der Zürcher Innenstadt verbietet. Durch diese Gesetze wurde die City-Ausdehnung zwar gebremst und die historische Struktur der Innenstadt blieb mindestens teilweise erhalten, doch gelang es nicht, wie beispielsweise in Genf, günstigen Wohnraum zu schützen (Hitz/Schmid/Wolff 1989a). Statt durch Büros wurden die BewohnerInnen der Innenstadt durch Luxussanierungen aus ihren Wohnquartieren verdrängt. Neue Bürokomplexe wurden fortan hinter historischen Fassaden verborgen und Einkaufszentren schlicht im Boden versenkt.

Im Endeffekt konnte sich keine Seite durchsetzen. Die Stadtentwicklung Zürichs wurde in der Folge faktisch durch eine prekäre politische Pattsituation bestimmt: »Wir sind als Opposition stark genug, die Investitionswut des spekulierenden Kapitals einzudämmen, nicht aber, sie wirklich zu brechen. Wir können bremsen, verzögern, redimensionieren. Wir sind stark genug, zu verhindern, dass andere unsere Stadt ganz abreißen, umgekehrt aber nicht stark genug, sie in bestimmten Bereichen so zu erhalten, so zu gestalten, wie wir das wünschen. So entsteht eine Art städtebauliches Patt« (Scherr 1988).

Das Resultat dieser Auseinandersetzungen kann als spezifische Form eines »territorialen Kompromisses« (DuPasquier/Marco 1991) interpretiert werden: eine Abkehr von den radikalen Modernisierungsstrategien der sechziger Jahre, ohne jedoch die Globalisierung Zürichs und die Dynamik der Stadtentwicklung grundsätzlich in Frage zu stellen – ein typisches Resultat der direkten Demokratie, ein brüchiger und widersprüchlicher Kompromiss zwischen zwei heterogenen Lagern, der immer wieder angefochten wurde, aber bis heute Bestand hat.

Dieser territoriale Kompromiss hat den weiteren Ausbau Zürichs zur *Global City* zwar nicht verhindert, aber er zeitigte dennoch erhebliche Auswirkungen auf die Stadtentwicklung. Da die Expansionsmöglichkeiten in der City begrenzt wurden, begannen die Unternehmen, ihre Büros an andere Standorte in Zürich auszulagern, zunächst in freiwerdende Industriezonen innerhalb der Stadt, in den achtziger Jahren dann auch in die urbane Peripherie (vgl. unten).

Gleichzeitig wurde die Umstrukturierung der innerstädtischen Wohnquartiere stark verzögert. Anfänglich unbemerkt begann sich ab Mitte der siebziger Jahre in den Altbauwohnungen, die durch die

»Stadtflucht« von Teilen des Mittelstandes und den erzwungenen Exodus von ausländischen ArbeiterInnen frei wurden, eine vorwiegend junge, politisch-kulturelle »Szene« zu installieren. Im Verlauf der Jahre entwickelten sich die Quartiere Aussersihls zu urbanen Refugien, mit ihren Wohngemeinschaften und Beizen, mit ihren Treffpunkten und sozialen Netzen.

Zürich als Global City

Die urbane Revolte

Mit dem einsetzenden Wirtschaftsboom verschärfen sich Ende der siebziger Jahre die Auseinandersetzungen um die Stadtentwicklung erneut. Die Umstrukturierung Zürichs zu einer *Global City* prallte auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nach einer lebenswerten Stadt. Wiederum begannen Kämpfe um die Erhaltung der innerstädtischen Wohnquartiere, gegen Luxussanierung und Wohnungsnot, gegen Verkehrsbelastung und Luftverschmutzung (vgl. unten).

Die schärfsten Widersprüche zeigten sich allerdings auf der Ebene der städtischen Kultur. Die forcierte Globalisierung kollidierte mit dem provinziellen politischen und kulturellen Klima Zürichs, mit einer bornierten kleinstädtischen Enge, einem eklatanten Mangel an städtischen Lebensformen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die siebziger Jahre eine zumeist unspektakuläre, aber effektive Politik der Eliminierung von »subkulturellen« Freiräumen, der behördlich angeordneten Schliessung von Treffpunkten und Restaurants – meist unter dem Vorwand, dass an diesen Orten Drogen konsumiert würden (vgl. Altherr/Stemmler 1980).

Dennoch liessen sich die von der 68er Bewegung geweckten Wünsche und Hoffnungen nicht unterdrücken. 1977 wurde mit einer Volksinitiative die Schaffung eines Kulturzentrums in der Roten Fabrik durchgebracht,³⁰ ein Jahr später das leerstehende Schindlergut besetzt und als alternativer Jugendtreffpunkt benützt. Doch im verzweifelten Bemühen, die unausweichlichen sozialen und kulturellen Konsequenzen der entstehenden Weltstadt einzugrenzen und eine Art von globalisiertem Seldwyla zu schaffen, durchkreuzte die Stadtregierung jahrelang sämtliche Bemühungen zur Schaffung von neuen Kulturräumen. Während das Schindlergut nach kurzer Zeit geräumt wurde, diente die Rote Fabrik während Jahren als Lagerraum für Nobelklamotten und Opernhauskulissen. Der absolute Tiefpunkt der kulturellen Misere wurde Ende 1979 mit der Schliessung des Poly-Foyers, des letzten nichtkommerziellen Veranstaltungsraumes für Rockkonzerte, erreicht.

Kurz darauf begann völlig überraschend die 80er Bewegung. Als die

Polizei am 30. Mai 1980 eine Demonstration vor dem Opernhaus, die sich gegen die städtische Kulturpolitik richtete,³¹ gewaltsam auflösen wollte, kam es zum »Opernhaus-Krawall«, dem während fast zwei Jahren Auseinandersetzungen und Strassenschlachten von bislang ungekannter Heftigkeit folgten. Die »Kulturleichen dieser Stadt«³² fordernten tatkräftig die Einlösung des »urbanen Versprechens«, das sich mit der Welt-Stadt-Formation Zürichs verband: »Diese urbanen Revolten sind keine Revolten gegen die Verstädterung, sondern gegen den Mangel an städtischen Lebensformen in der Stadt. Sie klagen ein Versprechen ein, das die Städte laufend abgeben und laufend brechen. (...) Die alles umgreifende Möglichkeit, Lebensformen frei zu entwerfen, ist zunächst Fiktion. Dass diese Fiktion so wirklich werden könne, wie etwas eben wirklich werden kann, ist der Angelpunkt des urbanen Versprechens. Dass aber die Fiktion in den meisten Fällen vor dem Punkt steckenbleibt, an dem sie als Intensität ohne Einbusse erfahren würde, ist der Zündfunke der urbanen Revolte« (Lüscher/Makropoulos 1984: 123/126).

Die Radikalität, mit der diese Revolte gelebt wurde, die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Bewegung den öffentlichen Raum aneignete, die Kreativität ihrer Sprache in allen Ausdrucksformen, von Happenings und Graffiti bis zu Graphik und Video³³, zielten direkt ins Zentrum des alltäglichen Lebens: Für kurze Zeit wurde die Strasse zur ureigensten öffentlichen Sphäre der Stadt, zum Ort städtischer Politik und urbaner Kultur. Vor diesem Hintergrund erweist sich das Lamento über die angebliche »Sprachlosigkeit« der 80er Bewegung, ihre fehlenden realpolitischen Forderungen und Perspektiven, das bis heute in einschlägigen Publikationen erhoben wird, als ein Unverständnis gegenüber dem unmittelbaren Charakter der urbanen Revolte. »Wir wollen die ganze Stadt« – mit diesem Leitspruch forderte die Bewegung genau das, was der Philosoph und Stadttheoretiker Henri Lefebvre schon ein Jahrzehnt früher als »*le droit à la ville*« (das Recht auf die Stadt) bezeichnet hatte (Lefebvre 1968).

Diesem offensiven Charakter der unmittelbaren Aktionen stand andererseits eine letztlich defensive Strategie gegenüber, ein Kampf um Räume und Subventionen, um autonome Inseln in der globalisierten Stadt. Die Konsequenzen dieser Strategie zeigten sich am schärfsten beim endlich erstrittenen Autonomen Jugendzentrum, dem grössten Sieg und der traurigsten Niederlage der Bewegung. Der jahrzehntealte Wunsch nach einem AJZ war schon auf den ersten Demonstrationen zur Hauptforderung der Bewegung erhoben worden. Vom Lauf der Ereignisse völlig überrollt, stellte die Stadt Ende Juni 1980 tatsächlich ein vergammeltes, leerstehendes Fabrikgebäude hinter dem Bahnhof

zur Verfügung, samt einem Umbaukredit: Strassenschlachten und zerbrochene Fensterscheiben sind nicht unbedingt überzeugende, aber ausserordentlich wirksame Argumente in einer Stadt, deren ökonomische Basis auf Gedeih und Verderb von sozialer Stabilität, Ruhe und Ordnung abhängt. Sogleich wurde das AJZ zum Treff- und Stützpunkt der Bewegung, zum Schauplatz von turbulenten und tumultuösen Vollversammlungen, von legendären Highlights und fürchterlichen Abstürzen, zum Schreckgespenst der bürgerlichen Öffentlichkeit. Im September 1980 von den Stadtbehörden unter nichtigem Vorwand geschlossen, im April 1981 unter dem Druck der Strasse erneut eröffnet, gelang es für einen kurzen Sommer noch einmal, das AJZ zum Leben zu erwecken, bis es an den internen und externen Problemen zerbrach, in Agonie und Drogenelend versank,³⁴ von der Bewegung aufgegeben und schliesslich im März 1982 von der Stadt abgebrochen wurde.

Die Kultur der Headquarter Economy

Mit der urbanen Revolte zeigten sich die Schranken der institutionellen Form direkter Demokratie in aller Schärfe. Die repressive Antwort des Staates unterschied sich kaum von der Politik in anderen europäischen Städten wie Amsterdam, Berlin oder Frankfurt. In den Lokalwahlen von 1982 wurde diese Repressionspolitik mit der Festigung der bürgerlichen Hegemonie honoriert.

Dennoch blieben die zweijährigen Auseinandersetzungen nicht ohne Folgen. Das Image des Zürcher Finanzplatzes hatte ernsthafte Kratzer abbekommen. Sogar »The Economist« hatte nach dem Opernhauskrawall die Stabilität des Zürcher Finanzplatzes angezweifelt und gefragt: »Is nowhere safe?« Um die Situation zu stabilisieren und in Zukunft weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden, begann die Regierung von Zürich deshalb nach der Zerschlagung der Revolte in gut-eidgenössischer Tradition mit einer vergleichsweise erfolgreichen Politik der Integration, die sich insbesondere in jährlich steigenden Subventionen für die »Alternativkultur« niederschlug. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich deutlich, dass die Wurzeln des ausgeklügelten Systems der helvetischen Demokratie und ihrer ausgeprägten Neigung zur Integration nicht etwa in der Offenheit und Toleranz der schweizerischen Gesellschaft, sondern in handfesten ökonomischen Interessen liegen.

Bis heute sind die Auswirkungen der urbanen Revolte im Alltagsleben und im öffentlichen Raum sichtbar, hat sich das soziale und kulturelle Klima Zürichs verändert. Davon zeugt nicht nur die Ausbreitung eines »mediterraneren« Lebensgefühls, das sich vor allem zur Sommer-

zeit in den Strassencafés, in improvisierten Freiluftkinos (eine absolute Rarität vor 1980) oder im wahrhaft urbanen Betrieb in den Grünanlagen am See (deren Benützung früher streng reglementiert war) manifestiert, sondern auch eine ausserordentlich produktive Zürcher Kulturszene, die mit mehr oder weniger Subventionen, auf staatlicher oder privater Basis, oft am Rande des Existenzminimums, eine Vielzahl von Projekten auf die Beine gestellt hat. In den achtziger Jahren entstanden in der ehemalige kulturellen Einöde die unterschiedlichsten neuen Kulturräume: das Kulturzentrum Rote Fabrik, das unter dem Druck der Bewegung im Herbst 1980 endlich eröffnet wurde, das Theaterhaus Gessnerallee, das städtische Filmpodium im Studio 4 (kommunales Kino), das Theaterspektakel, das alle Jahre wieder am See gastiert, der Jazz-Club Moods, der nach einer jahrelangen Odyssee 1992 endlich ein definitives Lokal beziehen konnte, bis hin zu einer ganzen Reihe von Kleintheatern, Discos und Kulturprojekten aller Art.

Doch mit dieser Integrationsstrategie wurde die kreative Energie der urbanen Revolte gleichzeitig domestiziert und in eingehegte und befriedete kulturelle »Freiräume« abgedrängt. Die oppositionelle Kultur entwickelte sich zu einem konsumierbaren »kulturellen Angebot«, das nicht nur von der »Szene«, sondern auch von Angestellten der *Headquarter Economy* frequentiert wird: Das prickelnde Feeling von illegalen Discos oder das Avantgarde-Konzert, das für kurze Augenblicke den Groove New Yorks vermittelt, bilden das Ferment, das Zürich erst zu einer »globalen« Metropole werden lässt. Im Spannungsfeld von Widerstand und Integration wurde die von der 80er Bewegung geforderte und gelebte kulturelle Öffnung so selbst zu einem Faktor der ökonomischen Attraktivität Zürichs (Hartmann/Hitz/Schmid/Wolff 1986b). Die neuen Archipele der »alternativen« Kultur machten Zürich zur »Weltstadt«, die sie allein mit der distinguierten Monokultur von Banken und Multis nie geworden wäre.

Die Kritik am kulturellen Aktivismus und am Subventionen-Dschungel, in dem sich der integrationsfähige und -willige Teil der 80er Bewegung zunehmend verlor, verkennt allerdings den lebensweltlichen Kern dieses Integrationsprozesses und den eigentümlichen Doppelcharakter der urbanen Revolte: Auf der einen Seite stand die Erfahrung, dass die Freiheit, alternative Lebensentwürfe zu verwirklichen, nie eine Selbstverständlichkeit darstellt und dass jeder Quadratzentimeter Freiraum in dieser Stadt erstritten und erkämpft werden muss. Auf der anderen Seite mündete die Unmöglichkeit, eine selbstbestimmte urbane Lebenswelt und damit eine andere Logik der Stadtentwicklung durchzusetzen, in den Versuch, wenigstens einzelne »befreite Territorien« zu erobern, Häuser, Treffpunkte, Kulturzentren, Szene-Hochburgen.

Doch diese Strategie hatte die Tendenz, in eine eigentliche »territoriale Falle« zu laufen. Die politische Ideologie, die diese Territorien zu autonomen Brückenköpfen hochstilisierte, von denen aus alsbald der Rest der Stadt erobert werden sollte, erwies sich früher oder später als Chimäre: Entweder wurde der Kampf verloren, wie beim AJZ oder beim Quartierzentrum Kanzlei, das nach einer hart erkämpften siebenjährigen Aufbauphase schliesslich unter dem Sperrfeuer rechtsbürgerlicher Kreise durch zwei Volksabstimmungen fiel und 1991 seine Tore schliessen musste (vgl. unten). Oder aber der Aufbau gelang, das Projekt wurde »anerkannter« Bestandteil der städtischen Kultur – und die grossen Ideen erschöpften sich in internen Abnützungskämpfen und im Alltagstrott der Kulturarbeit.³⁵

Zerrieben zwischen der Utopie einer anderen Stadt und der Realität der *Headquarter Economy* verkam die Radikalität der Revolte zunehmend zur blossen Attitüde, zur Zelebrierung eines »anderen« Lebensstils, der sich schliesslich nur allzu gut in eine Postmoderne einfügte, in der die Selbstvergewisserung der eigenen Identität durch distinktive Abgrenzung der persönlichen Besonderheit realisiert wird.

Selektive Wohnungsnot und Häuserkampf

Der Kampf um die Stadt, der von der 80er Bewegung so vehement entfacht worden war, beschränkte sich nicht auf die kulturelle Frage. Eng verknüpft mit der urbanen Revolte waren auch Auseinandersetzungen um die Erhaltung der innerstädtischen Wohnquartiere. An Wohnungsnot und Luxussanierung, Dauerbrenner in der *Global City*, entzündeten sich bis heute immer neue Wellen von Häuserkämpfen, von den Hausbesetzungen der 80er Bewegung (1980/81) über die Massenbesetzung am Stauffacher (1984), das »Netz für Häuserkampf« (1986/87), die »Aufläufe gegen die Wohnungsnot« (1989) bis zur Phase der »tolerierten« Besetzungen der frühen neunziger Jahre.

Wie in allen Metropolen war und ist die Wohnungskrise in Zürich nie eine allgemeine: Ein Grossteil der Angestellten der *Headquarter Economy* ist mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet, um die horrenden Mietzinse auf dem freien Wohnungsmarkt berappen zu können. Zudem bilden die städtischen und genossenschaftlichen Wohnungen, ein Erbe des Roten Zürich und der Arbeiterbewegung, mit ihrem heute noch beachtlichen Anteil von rund 24% am gesamtstädtischen Wohnungsbestand (Koch/Somandin/Süsstrunk 1990) einen grossen Puffer von preisgünstigem Wohnraum – insbesondere für städtische Angestellte, GewerkschafterInnen und Familien. Von einer realen Wohnungsnot betroffen ist vor allem ein grosses, aber heterogenes

Segment von ArbeiterInnen, kleinen Angestellten, AusländerInnen und Jugendlichen, die gezwungen sind, auf dem »freien« Wohnungsmarkt eine Bleibe zu finden.

Angesichts dieser Ausgangslage hatten die Bewegungen gegen die Wohnungsnot meist einen ausgeprägt partikularistischen Charakter, der durch eine äusserst restriktive Räumungspraxis noch verstärkt wurde. Sie waren vor allem Ausdruck einer Verteidigungsstellung der politisch-kulturellen Szene, die um ihre Refugien in der Zürcher Innenstadt kämpfte, um Wohngemeinschaften, um selbstverwaltete Häuser und Treffpunkte, um den sozialen Zusammenhalt des eigenen Milieus. Es hat selten den ernsthaften Versuch gegeben, eine breite politische Allianz zu schmieden, wie sie beispielsweise in Genf seit Jahren funktioniert (vgl. Hitz/Schmid/Wolff 1989a). Bestenfalls wurde der Druck von der Strasse vom Mieterverband und der Sozialdemokratie in realpolitische Vorstösse umgemünzt. So wurde 1989, im Höhepunkt der Wohnungskrise und unter dem Eindruck einer beharrlichen Wohnungsnotsbewegung, über eine Volksinitiative ein Kredit von 50 Millionen Franken bewilligt, mit dem jetzt tröpfchenweise einzelne Häuser aufgekauft werden. Auch bei den Häuserkämpfen, ebenso wie bei den Auseinandersetzungen um kulturelle »Freiräume«, ist es nur selten gelungen, die defensive Logik einer territorialen Strategie zu durchbrechen.

Ein städtebauliches Patt

Die Auseinandersetzungen um Kultur- und Wohnraum trafen sich – zumindest partiell – mit den Interessen von breiten Kreisen der Bevölkerung, die sich ebenfalls gegen die Ansprüche der *Headquarter Economy* zur Wehr setzten und für günstige Mietzinse und die Erhaltung ihrer Quartiere, für ein kinderfreundliches Wohnumfeld, Verkehrsberuhigungsmassnahmen und Wohnstrassen einstanden. Wie schon ein Jahrzehnt zuvor kam es so Mitte der achtziger Jahre erneut zu einer Frontstellung zwischen einer expansionsorientierten Fraktion, die sich aus VertreterInnen der *Headquarter Economy*, dem lokalen Gewerbe und dem wachstumsorientierten Teil der Gewerkschaften zusammensetzte, und einer »Stabilisierungsfraktion«, einer brüchigen Allianz von sozial und/oder grün orientierten Mittelschichten und dem kulturell-urbanen Milieu, das aus der 68er- und der 80er-Bewegung hervorgegangen war. Dieser Allianz schlossen sich – von Fall zu Fall – auch wertkonservative Kreise an.

Die Spaltung innerhalb der Bevölkerung wirkte sich bis in den Stadtrat aus. Die bürgerliche Mehrheit, die 1982 mit einem dezidiert wach-

stumsfreundlichen Kurs angetreten war, legte eine erstaunliche Wendigkeit an den Tag, angefangen bei Stadtpräsident Thomas Wagner, der sich vom erklärten Hardliner zum geschickten Kulturmanager wandelte, über Finanzminister Willy Küng, der sich zusehends dem rot-grünen Lager annäherte, bis zu Ruedi Aeschbacher, der als Chef des Tiefbauamtes eine vergleichsweise radikale Verkehrsberuhigungspolitik durchzusetzen begann und zum international gefeierten Verkehrsberuhiger avancierte.

Die entscheidende Veränderung vollzog sich allerdings im Hochbauamt, wo der Freisinnige Hugo Fahrner während Jahren einen autoritären und eigenmächtigen Führungsstil gepflegt hatte. Berüchtigt war vor allem seine Baubewilligungspraxis – die geltenden Baugesetze pflegte er mit der Floskel »gemäss ständiger Ausnahmep Praxis« zu umgehen. Als er beim Umbau des Kongresshauses auch noch massive Kostenüberschreitungen im Umfang von rund 30 Millionen Franken zu verantworten hatte, wurde er wegen seiner miserablen Amtsführung schliesslich 1986 abgewählt. An seiner Stelle wurde die hauptberufliche Atomkraftgegnerin, Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Ursula Koch in den Stadtrat gewählt, die als Vertreterin einer sozial engagierten und umweltbewussten Generation für das bürgerliche Establishment schon vor ihrer Wahl ein rotes Tuch gewesen war. Die kollektive Exekutive teilte der neuen Stadträtin ausgerechnet das von Fahrner im Chaos hinterlassene Hochbauamt zu.³⁶

Die Spaltungen innerhalb von Bevölkerung und Stadtregierung führten erneut zu einem städtebaulichen Patt. Deutlich wurde dies vor allem beim »Jahrhundertprojekt« HB Südwest, einer geplanten Grossüberbauung der Gleisanlagen des Hauptbahnhofs, dessen Ursprünge sich bereits in den Modernisierungsplänen der späten sechziger Jahre finden. »Dies oder nichts mehr« titelte das Tages-Anzeiger-Magazin (Schilling 1983), als das Projekt von den Schweizerischen Bundesbahnen und einer illustren Investorengruppe, zu der einige der grössten Schweizer Banken und Immobilienkonsortien gehörten, 1981 lanciert wurde – zu einer Zeit, als die Stadtentwicklungsdiskussion fast völlig in den Hintergrund getreten war. Nachdem eine anfänglich schwache Opposition jahrelang vergeblich gegen das Projekt mobilisiert hatte, begann die Stimmung umzuschlagen. Die Bauherrschaft brachte zwar ihr Projekt 1988 mit der hauchdünnen Mehrheit von 50,7% durch die Volksabstimmung, aber durch den Widerstand oppositioneller Gruppierungen und die Obstruktionspolitik von Stadträtin Koch kam es zu weiteren Verzögerungen: Um möglichen Schwierigkeiten im Bewilligungsverfahren zuvorzukommen, begann ein verzweifelter Ringen der Bauherrschaft um mehr Akzeptanz bei Bevölkerung und Behörden,

bis schliesslich die einbrechende Konjunktur dem Projekt auch noch die ökonomische Grundlage entzog und die Projektierungsarbeiten, die bislang rund 130 Millionen Franken verschlungen hatten, im Jahre 1992 vorläufig eingestellt wurden. Allen Unkenrufen zum Trotz fanden sich anfangs 1994 einige der alten, aber auch neue Investoren in einer Auffanggesellschaft zusammen, um HB Südwest ein weiteres Mal zu überarbeiten und einen erneuten Anlauf zu wagen. Ob diese Bemühungen irgendwann doch noch zum erhofften Erfolg führen werden, bleibt abzuwarten.

Wohnstadt versus Arbeitsstadt

Auch in den achtziger Jahren gelang es nicht, eine kohärente »Stabilisierungspolitik« durchzusetzen. Zwar ist die Stadt Zürich mittlerweile über die Grenzen hinaus bekannt für ihre »progressive« Verkehrspolitik: Strassenbahn- und Busspuren sorgen zusammen mit einer hochcomputerisierten Verkehrssteuerung für effizienten öffentlichen Transport, und nach erbitterten Auseinandersetzungen um Barrieren, Riegel und Einbahnstrassen gelangt auch Zürich heute allmählich in den Genuss von Tempo-30-Zonen und Anwohnerparkierungskarten. Doch die meisten Massnahmen blieben auf halbem Wege stecken. Denn in entscheidenden Fragen liegen die Kompetenzen beim Kanton, wo eine starke bürgerliche Mehrheit die Interessen der Strassenbau- und Autolobby, der AutopendlerInnen und Wirtschaftsförderer vertritt, im Verbund mit der städtischen Modernisierungsfraktion nach Kräften die Verkehrspolitik der Stadt torpediert und eine möglichst hindernisfreie Zufahrt der Agglomerationsbevölkerung in das Arbeits- und Einkaufszentrum Zürich fordert.

Im Verlauf der achtziger Jahre zeigte sich hier eine neue Bruchlinie, die sich bereits in den siebziger Jahren bei den Abstimmungen über das Expressstrassen-Ypsilon abgezeichnet hatte: der Interessengegensatz zwischen Teilen der Stadt- und der Agglomerationsbevölkerung, der sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auf politischer Ebene zu einem Konflikt zwischen »Stadt« und »Kanton« ausweitete. In der öffentlichen Debatte wandelte sich so die Auseinandersetzung zwischen der Modernisierungs- und der Stabilisierungsfraktion zunehmend zu einem Konflikt zwischen BewohnerInnen verschiedener Territorien.

Im plakativen Slogan »Wohnstadt versus Arbeitsstadt«, der gegen Ende der achtziger Jahre die Rhetorik der Stabilisierungsfraktion zu dominieren begann, wurde dieser Konflikt auf eine handliche Formel gebracht, die unterschwellig ein neues Feindbild beinhaltet. Es operiert mit der Vorstellung, dass eine arme Minderheit von StadtbewohnerIn-

nen hilflos einer Mehrheit von egoistischen und rücksichtslosen »Agglomeriten« ausgeliefert sei, die jeden Morgen wie Invasoren über die Stadt herfielen, mit ihren Autos die Luft verpesteten und darüber hinaus auch noch die vielfältigen, von der Stadt finanzierten Kulturangebote konsumierten. Obwohl die markigen Sprüche von PolitikerInnen aus der Agglomeration wesentlich zur Festigung dieses Feindbildes beitrugen, wurden damit die politischen und sozialen Spaltungen innerhalb der »Stadtbevölkerung« wie auch der »Agglomerationsbevölkerung« ausgeblendet.

Mit diesem Diskurs wurde gleichzeitig das ideologische Bild einer »Stadt« rekonstruiert, das wesentliche Aspekte des Urbanisierungsprozesses ignoriert. Die Stadt Zürich bildet zwar eine politisch-territoriale, keineswegs aber eine soziale, ökonomische oder alltagsweltliche Einheit, sie ist Teil einer fragmentierten und zersplitterten urbanen Grossregion. Doch der Fokus der öffentlichen Debatten zur Stadtentwicklung ging selten über die Innenstadt und kaum je über die Stadtgrenzen hinaus. Die gesamten Dimensionen der räumlichen Restrukturierung blieben verborgen, die Dynamik des Urbanisierungsprozesses wurde nicht hinterfragt.

Die urbane Peripherie

Räumliche Fragmentierung und Flexibilisierung

Im Verlauf der siebziger Jahre begann sich in Zürich eine grundlegende Veränderung des Urbanisierungsprozesses abzuzeichnen. Einen zentralen Aspekt bildete dabei die Auslagerung von Teilen der *Headquarter Economy* aus der City an neue Standorte in Stadt und Agglomeration.

Obwohl diese Entwicklung durch den territorialen Kompromiss in der Stadt Zürich beschleunigt wurde, lässt sie sich allein damit nicht erklären. Sie entspricht einer Tendenz zur räumlichen Fragmentierung und Flexibilisierung, die weltweit zu beobachten ist und als Folge des Übergangs vom Fordismus zur flexiblen Akkumulation betrachtet werden kann: Veränderungen in der Arbeitsorganisation, die Etablierung von flexibleren Arbeitsverhältnissen, die Einführung neuer Kommunikationstechnologien im Produktionsprozess und die Rationalisierung der Büroarbeit ermöglichen in zunehmendem Masse die Aufspaltung von Dienstleistungsunternehmen auf verschiedene Standorte. So lassen sich beispielsweise die rückwärtigen Abteilungen (Administration, Rechnungswesen, Datenverarbeitung) von den kundenorientierten Abteilungen trennen und in neue Verwaltungszentren an weniger zentralen und damit auch billigeren Standorten verlagern (Hitz/Schmid 1991).

Die ersten Unternehmen Zürichs, die zu dieser Strategie griffen, waren die Grossbanken. Durch die chronische Platzknappheit in der Innenstadt sahen sie sich bereits in den sechziger Jahre gezwungen, ihre Hauptsitze aufzuteilen und einzelne Abteilungen in Gebäude in der näheren Umgebung auszulagern – eine kurzfristige Strategie, die bis heute immer wieder zur Anwendung gelangte. Langfristig verfolgten die Grossbanken jedoch eine Strategie der Konzentration ihrer verstreuten Abteilungen in grossen Verwaltungszentren, die im Laufe der siebziger Jahre realisiert wurden: zum Beispiel das Hochhaus Werd der Schweizerischen Bankgesellschaft im Cityerweiterungsgebiet von Aussersihl, die Bürobauten der Schweizerischen Volksbank und der Schweizerischen Bankgesellschaft in der Nebencity Altstetten, das zentrale Rechenzentrum der Zürcher Kantonalbank im Industriequartier Escher Wyss (Kreis 5) oder der Üetlihof, ein Ableger der Schweizerischen Kreditanstalt in einer ehemaligen Lehmgrube im Albisgütli. Das Topmanagement und die kundenorientierten Abteilungen dieser Banken blieben jedoch an der Bahnhofstrasse: Ein Hauptsitz an dieser historischen Adresse symbolisiert das materialisierte Vertrauen in die Stabilität und Wirtschaftskraft eines Unternehmens.

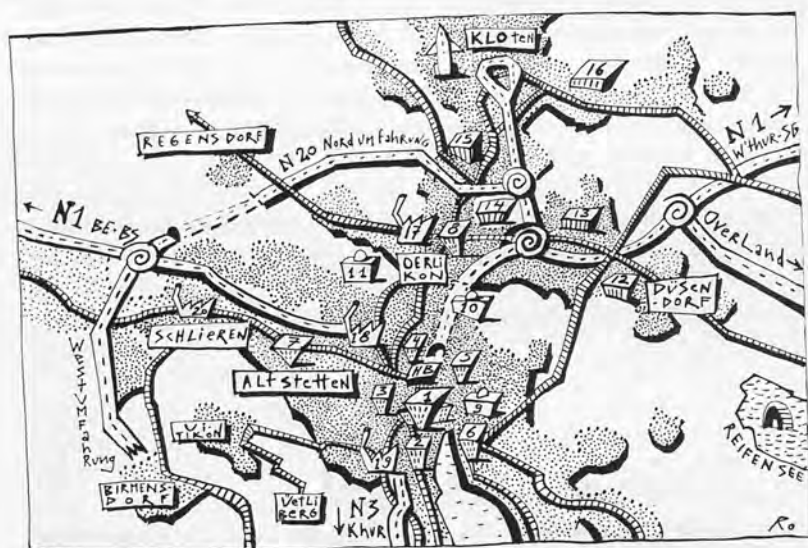
In den siebziger und achtziger Jahren wurden die Bürogebiete in der Stadt Zürich somit massiv erweitert. Allein die Bruttogeschossflächen des Finanzplatzes verdreifachten sich zwischen 1970 und 1986 von 340.000 auf 945.000 Quadratmeter (Studiengruppe Finanzplatz Zürich 1988). Bei diesen Zahlen sind Anwaltspraxen und Consulting-Büros, PR-Agenturen und Nobelrestaurants, die ganz oder teilweise im Dienst des Finanzplatzes stehen, nicht eingerechnet. Insgesamt haben sich die Büroflächen (Bruttogeschossflächen) in der Stadt Zürich zwischen 1970 und 1990 beinahe verdoppelt – von 3,7 auf über 7,1 Millionen Quadratmeter (Statistisches Amt der Stadt Zürich 1993).

Der City-Gürtel von Zürich-Nord

Weitgehend unbeachtet von der öffentlichen Diskussion in Stadt und Kanton verlagerte sich die Expansion der *Headquarter Economy* in den achtziger Jahren noch weiter nach aussen, in die urbane Peripherie, auf die Wiesen und die alten Industrieareale in der Weite der Agglomeration (vgl. Lehrer in diesem Buch). An den verschiedensten Orten der urbanen Grossregion schossen neue Nebencities aus dem Boden, Satelliten der Zürcher *Headquarter Economy* (vgl. Abb. 15).

Das wichtigste Terrain dieser dispersen City-Expansion ist Zürich-Nord, ein weites suburbanes Gebiet im mittleren Glattal. An attraktiven Lagen zwischen Zürcher City und Flughafen liegen immense Bau-

Abbildung 15: City-Satelliten in und um Zürich. Grafik: Ro. In: Hitz/Schmid 1988a: 5.



Überbautes Gebiet

Nationalstrassen, kantonale
Hochleistungsstrassen



Citygebiete in der Innenstadt:

- 1 City
- 2 Enge
- 3 Staufacher/Aussersihl/Wiedikon
- 4 Industriequartier
- 5 Stampfenbach/Unterstrass
- 6 Stadelhofen/Seefeld

Neben-Cities:

- 7 Altstetten
- 8 Oerlikon



Hochschulquartiere:

- 9 Uni & ETH Zentrum
- 10 Uni Irchel
- 11 ETH Hönggerberg

Industrie- und Gewerbebezonen in Zürich-Nord, die allmählich City-Funktionen übernehmen:

- 12 Stettbach/Hochbühl (Dübendorf)
- 13 Wallisellen
- 14 Oberhäuser Ried
- 15 Glattbrugg
- 16 Kloten



Zur Umwandlung in Dienstleistungszonen geeignete Areale ehemaliger Industriebetriebe:

- 17 Oerlikon
- 18 Industriequartier/Escher Wyss
- 19 Binz/Giesshübel/Brunau
- 20 Schlieren

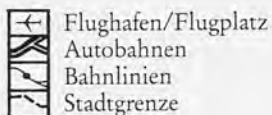
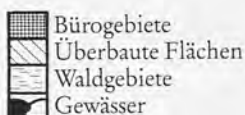
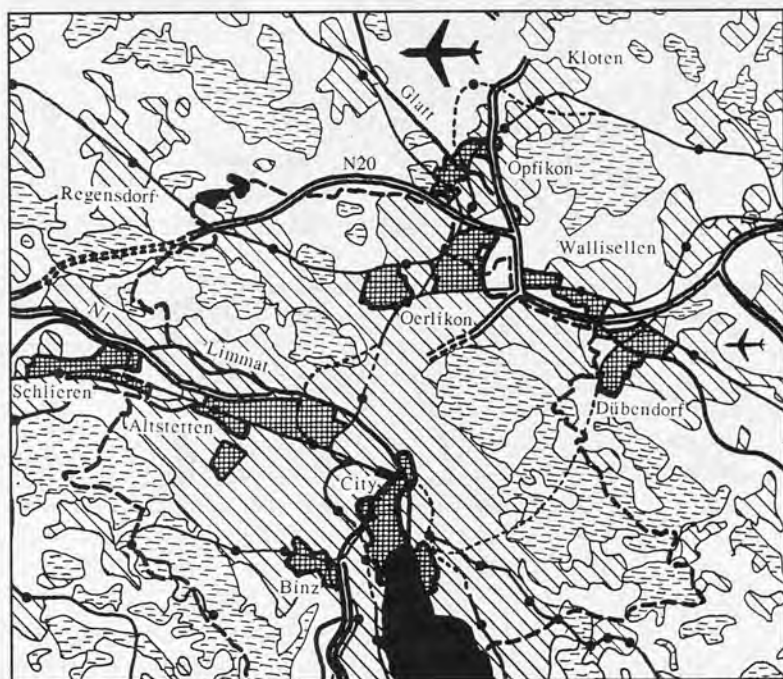


landreserven zu vergleichsweise günstigen Preisen. Der Nordring, ursprünglich als Umfahrung von Zürich geplant, bindet Zürich-Nord optimal ins schweizerische Autobahnnetz ein und bildet heute die zentrale Erschliessungssachse dieses Gebietes.

Im Zentrum der aktuellen Auseinandersetzungen stehen vornehmlich vier neue Territorien, die teilweise bereits überbaut sind, teilweise noch in der Planungsphase stecken: Die Industriezone hinter dem Bahnhof Oerlikon (auf dem Areal von Asea Brown Boveri und Oerli-

kon-Bührle), das Oberhauser Ried zwischen Oerlikon und Opfikon, das alte Industriegebiet von Wallisellen sowie das Gewerbegebiet beim Bahnhof Stettbach in Dübendorf. Diese Gebiete bilden zusammen mit dem Flughafen Kloten und seinen angegliederten Dienstleistungen, mit den grösstenteils überbauten Gewerbebezonen in Glattbrugg sowie weiteren Gebieten in Rümlang, Dietlikon und Schwerzenbach eine fragmentierte Dienstleistungszone, einen eigentlichen City-Gürtel (vgl. Abb. 16).

Abbildung 16: Alte und neue Bürogebiete in und um Zürich. Grafik: Hansruedi Hitz (nach Willi 1991).



Erfasst sind Gebiete, die ganz oder teilweise mit Büros überbaut sind oder wo Büronutzung (mindestens teilweise) vorgesehen ist. Daraus lassen sich keine Rückschlüsse auf die Zahl der heute bereits vorhandenen Büros ziehen.

Zürich-Nord ist kein kohärentes und eindeutig definierbares Gebilde: Im weiteren Sinne umfasst es die nördlichen Stadtquartiere Oerlikon, Schwamendingen, Seebach und Affoltern sowie die 13 Gemeinden der Planungsregion Glattal. Dieses Gebiet zählte 1990 rund 195.000 EinwohnerInnen und 106.000 Arbeitsplätze im sekundären und tertiären Sektor. Durch Umnutzung bereits überbauter Areale könnten rund 40.000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 5000 EinwohnerInnen geschaffen werden, bei Ausschöpfung aller Bau- und Reservezonen kämen nach heutigem Planungsstand nochmals rund 66.000 Arbeits- und 25.000 Wohnplätze hinzu. Im extremsten Fall würden sich in diesem Gebiet rund 220.000 EinwohnerInnen und 210.000 Arbeitsplätze zusammenballen (Ueberparteiliche Arbeitsgruppe Zürich-Nord 1992). Dies wären fast gleich viele Arbeitsplätze wie in der gesamten Agglomeration Genf – dem zweitgrössten urbanen Zentrum der Schweiz.

Das räumliche Gebilde, das hier entsteht, hat mit einer Stadt im herkömmlichen Sinne nichts mehr gemein. Zürich-Nord ist ein komplexes Konglomerat von City-Satelliten, Shopping Centers, alten und neuen Industriezonen, noch landwirtschaftlich genutztem Bauerwartungsland, einem internationalen Flughafen, Einfamilienhaus-Siedlungen, historischen Dorfkernen, Blocksiedlungen und einigen Überresten von Naherholungszone. Diese Elemente sind über das gesamte Gebiet verstreut und werden durch ein Labyrinth von Autobahnen, Strassen und S-Bahn-Linien verknüpft. Das starre, funktional entmischte fordistische Modell der Stadtentwicklung wird aufgebrochen, der urbane Raum zersplittert in spezialisierte Fragmente.

Auch die ökonomische Struktur des City-Gürtels ist höchst heterogen und fragmentiert. Neben Gewerbebetrieben, Lagerhäusern und Einkaufszentren sind es vor allem nationale und internationale Konzernhauptsitze und Abteilungen von Banken und Versicherungen, die sich hier niederlassen. Sie produzieren keine Güter, sondern kontrollieren und verwalten Kapital- und Informationsströme. Die Hauptsitze der Multis sind mit ihren Betrieben rund um den Erdball sowie den Dienstleistungsunternehmen der Zürcher City verknüpft. Die Abteilungen und Rechenzentren der Finanzunternehmen hingegen sind nichts anderes als ausgelagerte Teile des jeweiligen Zürcher Hauptsitzes.

Die Finanzmetropole Zürich entwickelt sich in Richtung einer bipolaren Struktur: Auf der einen Seite des Milchbuchs liegt die erhaltene, herausgeputzte und luxussanierte Innenstadt mit ihren repräsentativen Geschäftslagen an Bahnhofstrasse und See. Auf der anderen Seite liegt der fragmentierte und zersplitterte City-Gürtel von Zürich-Nord, die postfordistische Zwillingstadt von Zürich.

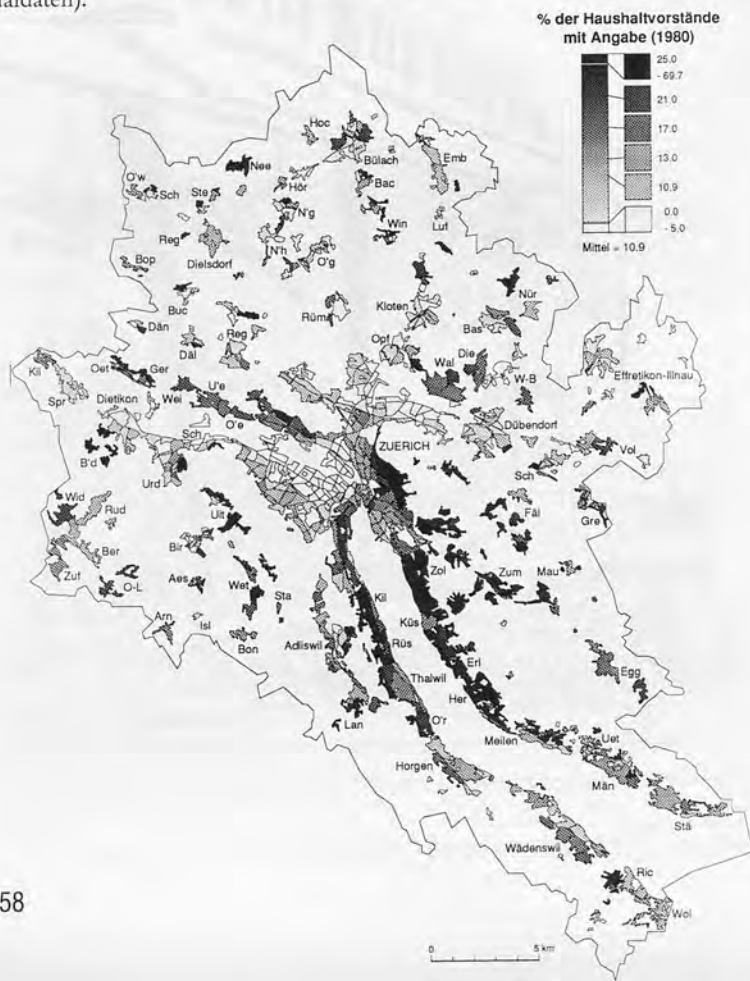
Abbildung 17: Showdown in Züri-North. Grafik: Ro, 1990.



Autobahnen und Monorails

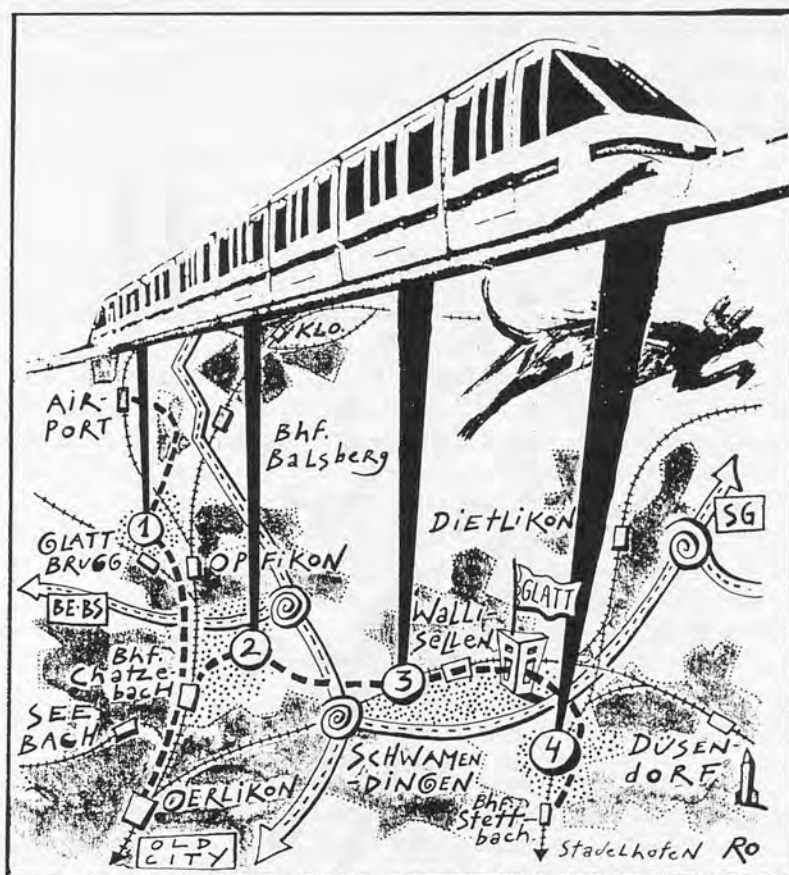
Mit der räumlichen Flexibilisierung expandieren auch die Verkehrsströme, und zwar zunehmend ungerichtet, diagonal und tangential, kreuz und quer durch die gesamte urbane Grossregion. Für diejenigen, die es sich leisten können, im speziellen für die Angestellten der *Headquarter Economy*, ist heute beinahe jede Kombination von Arbeitsort und Wohnort möglich. Dementsprechend wohnen die Angestellten, die im City-Gürtel arbeiten, an den verschiedensten Orten in der urbanen Region, sei es in den Villen an den Hängen des Zürichsees, sei es in pittoresken Altstadtwohnungen oder in luxussanierten Bauernhäusern im periurbanen Raum (vgl. Abb. 18).

Abbildung 18: DirektorInnen und leitende Angestellte in der Agglomeration Zürich 1980. In: Bopp 1991: 172 (Grundlage: Eidg. Volkszählung 1980, Individualdaten).



Obwohl erst ein Teil der Büroprojekte in den neuen Territorien realisiert ist, herrscht auf den Strassen von Zürich-Nord zu den Verkehrsspitzen seit Jahren schon Stau. Mit nicht weniger als drei Autobahnkreuzen und den Flughäfen Kloten und Dübendorf sind die Wohnquartiere von Zürich-Nord heute mit denselben Problemen konfrontiert wie die Innenstadt von Zürich: täglicher Verkehrskollaps, Luftverschmutzung und Lärm. Allein mit der 1985 erfolgten Eröffnung

Abbildung 19: Im Monorail durchs Business-Valley. Grafik: Ro. In: Hitz/Schmid/Wolff 1989b: 36.



City-Satelliten:

1 Glattbrugg, 2 Oberhauser Ried, 3 Wallisellen, 4 Stettbach-Hochbord

des Nordringes stieg die Stickoxydbelastung in den umliegenden Gebieten innerhalb eines Jahres um 45%. Würde die eidgenössische Luftreinhalteverordnung ernst genommen, dürfte in ganz Zürich Nord kein einziges neues Bürogebäude mehr erstellt werden.

Verschärft wird diese Situation durch eine ungenügende Erschliessung mit öffentlichen Transportmitteln: Die 1990 eröffnete S-Bahn hat eine radial auf das Zentrum von Zürich ausgerichtete Struktur und erschliesst grosse Teile des City Gürtels nur ungenügend. Doch erst als die Auswirkungen der verfehlten Siedlungsentwicklung unübersehbar geworden waren, begannen die verantwortlichen Instanzen, neue Projekte für den öffentlichen Transport auszutüfteln. Die bisherigen Vorschläge reichen von der Ausweitung des Stadtzürcher Tramnetzes nach Zürich-Nord bis zum Bau verschiedenster Monorail-Linien (Hitz/Schmid/Wolff 1989b). Das neueste Projekt, das zurzeit im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplanes ausgearbeitet wird, sieht ein noch zu spezifizierendes schienengebundenes Transportmittel vor, das die neuen City-Satelliten miteinander verbinden und gleichzeitig ans S-Bahn-Netz anschliessen soll. Nach ersten Überschlagsrechnungen würden sich die Kosten dieses Projektes auf 500 bis 750 Millionen Franken belaufen – ein Betrag, der sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit derartigen Projekten im Verlauf der Realisierung noch deutlich erhöhen dürfte.

Alle diese Projekte weisen jedoch kaum einen Ausweg aus der Verkehrsmisere. Sie haben eher den Charakter von verzweifelter Befreiungsschlägen und zeigen die gesamte Tragweite des gegenwärtigen Urbanisierungsprozesses: Neben den exorbitanten Kosten für Bau und Betrieb wären diese Transportmittel nicht einmal genügend attraktiv, denn von grossen Teilen der urbanen Grossregion aus würde die Fahrt zu den Arbeitsplätzen in Zürich-Nord mit dem öffentlichen Verkehr immer noch wesentlich länger dauern als mit dem Privatauto. Die zersplitterten Fragmente des City-Gürtels lassen sich mit öffentlichen Transportmitteln nicht mehr effizient erschliessen.

Ein Planungsdebakel

Diese Situation ist – mindestens zum Teil – das Resultat einer blauäugigen kantonalen Planungspolitik. Ende der siebziger Jahre, als der kantonale Gesamtplan verabschiedet wurde, der bis heute die allgemeinen Linien der räumlichen Entwicklung festlegt, waren erste Trends zur Auslagerung von Büros bereits sichtbar (vgl. Stierli 1980). Dennoch wurden in Zürich-Nord grosse Gebiete als Arbeitsplatzflächen ausgeschieden, mit der Behauptung, sie würden extensiv für Industrie

oder Lager genutzt. Als der City-Boom einsetzte und auf diesen Gebieten Büros statt Industriebetriebe erstellt wurden, waren die einzelnen, teilweise nebenamtlichen Gemeindebehörden, die für die Zonenplanung zuständig sind, oft völlig überfordert. Geblendet von den zusätzlichen Steuererträgen, die mit der Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen verbunden sind, versuchten sie, möglichst viele Unternehmen in die eigene Gemeinde zu lotsen. Heute gehören die Steuerfüsse im City-Gürtel von Zürich-Nord zwar zu den tiefsten des ganzen Kantons, doch das Resultat dieser Politik ist ein städtebauliches Desaster. Die neuen City-Satelliten entstehen ungeplant und unkoordiniert, meist ohne jeden Bezug zu den umliegenden Quartieren, auch an transporttechnisch ungünstigen Lagen. Sie bilden unstrukturierte Anhäufungen von hochzentralen Nutzungen, künstliche Implantationen, die von der Bevölkerung meist als feindliche Territorien wahrgenommen werden.

Das bekannteste Beispiel dieser neuen City-Satelliten ist das »Oberhauser Ried«, ein rund ein Quadratkilometer grosses Gebiet, das zum Teil zur Stadt Zürich und zum Teil zu Opfikon, einer Gemeinde mit 11.000 EinwohnerInnen, gehört. In den sechziger Jahren wurde hier vor den Toren der Stadt eine Industriezone ausgeschieden, als Standort für Industriebetriebe und für immissionsreiche, andernorts unerwünschte Nutzungen. Die Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte machten dieses Gebiet plötzlich zu einem der begehrtesten neuen Territorien der Agglomeration. Auf der »teuersten Wiese Europas« wurden Spitzenpreise bis zu 6500 Franken pro Quadratmeter bezahlt. Heute stehen in diesem Gebiet nicht nur eine Kehrrichtverbrennungs- und eine Kläranlage, sondern auch ein Fernsehstudio, Büropaläste, Luxushotels, ein Grosshandels-Modecenter – und der europäische Hauptsitz von General Motors.

Zwei Drittel des Oberhauser Rieds sind heute noch Äcker und Wiesen. Nach den ursprünglichen Plänen hätten hier rund 20.000 weitere Arbeitsplätze gebaut werden sollen. Doch im Jahre 1988 lancierte eine kleine Gruppe von jungen AktivistInnen, die »Neue Idee Opfikon«, eine kommunale Volksinitiative, die eine weitere Überbauung des Oberhauser Rieds weitgehend verhindert hätte. Angesichts des drohenden Baustopps begann der Stadtrat von Opfikon mit den Grundeigentümern zu verhandeln und präsentierte schliesslich einen Gegenvorschlag, der unter anderem eine deutliche Reduktion der Büroflächen, eine Erhöhung des Wohnanteils, einen Park, eine bessere Gestaltung der Umgebung und sogar die finanzielle Beteiligung der Grundbesitzer am Bau eines neuen öffentlichen Transportmittels³⁷ vorsieht. Im Dezember 1991 wurde dieser Gegenvorschlag in der Volksabstimmung angenommen, die Initiative hingegen abgelehnt. Dieser Deal stellt ei-

nen weiteren territorialen Kompromiss auf lokaler Stufe dar. Obwohl damit versucht wird, die grössten Planungsfehler der Vergangenheit zu beheben, öffnet er keinen Ausweg aus dem grundsätzlichen Dilemma einer ausufernden und zerstückelten Siedlungsentwicklung.

Auf unerwartete Weise wurde das Ziel der Initiative dennoch erreicht – zumindest für die nächste Zukunft: Während der jahrelangen Planungsdebatte hat sich die Ausgangslage verändert. Mit der Büro- und Immobilienkrise der frühen neunziger Jahre ist das Interesse der Investoren am Oberhauser Ried geschwunden. Im Konkurrenzkampf der »Entwicklungsgebiete« bedeuten die einschränkenden und kostspieligen Bestimmungen des neuen Bebauungsplanes entscheidende Nachteile. Ob die übriggebliebenen Äcker des Oberhauser Rieds jemals überbaut werden, bleibt jedenfalls ungewiss.

Neue Frontstellungen und Bruchlinien

Angesichts der wachsenden Umweltprobleme haben sich in den letzten Jahren auch an anderen Orten von Zürich-Nord neue oppositionelle Bündnisse formiert. Diese Bewegungen markieren eine neue Phase der Auseinandersetzung und in gewissem Sinne auch das Ende des lebensweltlichen und kulturellen Gegensatzes zwischen »Stadt« und »Agglomeration«: Der vielgeschmähte »Moloch Stadt« hat die suburbanen Zonen eingeholt.

Die Optik dieser Auseinandersetzungen beschränkt sich jedoch noch weitgehend auf die Belange der einzelnen Gemeinden, wobei lokal sehr unterschiedliche Konstellationen bestehen. Nur zaghaft beginnt sich ein Bewusstsein für übergreifende Zusammenhänge zu formieren. Bezeichnenderweise haben nicht offizielle Stellen, sondern die »Überparteiliche Arbeitsgruppe Zürich-Nord«, ein Zusammenschluss von verschiedenen lokalen Parteisektionen und des VCS (Verkehrsclub der Schweiz), als erste mit einer systematischen Gesamtsicht begonnen.³⁸ Seit Jahren unterbreitet sie immer wieder Vorschläge, und 1992 hat sie ein eigenes Entwicklungsleitbild präsentiert (Ueberparteiliche Arbeitsgruppe Zürich-Nord 1992). Obwohl diese Arbeit vor allem hinter den Kulissen wirksam wird, zeigen sich darin doch Ansätze einer regionalen Zusammenarbeit, die für die weiteren politischen Auseinandersetzungen wegweisend sein könnten.³⁹

Allerdings prallen diese Versuche regionaler Kooperation auf die bestehenden lokalen Machtverhältnisse. In vielen Quartieren und Gemeinden verfügen alteingesessene lokale Eliten, insbesondere Gewerbekreise, immer noch über einen dominanten Einfluss auf die lokale Politik. Sie klammern sich oft krampfhaft an die Ideologie des »Dor-

fes«, auch wenn die Vorstellung von einer dörflichen Gemeinschaft inmitten einer urbanen Grossregion längst absurd geworden ist. Diese »klassische« Form des Konservatismus vermischt sich zusehends mit neuen Formen von Rechtspopulismus, die gerade in den sub- und periurbanen Gebieten besonders starken Anklang finden. Ein typischer Ausdruck dieser Strömung ist die »Auto-Partei«⁴⁰, die unter dem Motto »Freie Fahrt für freie Bürger!« den ungehinderten automobilen Zugang zu den Arbeitsplätzen und Konsumangeboten der urbanen Grossregion fordert und im Chor mit der rechtsbürgerlichen »Schweizerischen Volkspartei« gegen Linke, Grüne, Verkehrs- und Bauverhinderer, Asylanten und Drogenabhängige polemisiert.

Diese Tendenzen münden in einen zunehmend offensiveren und aggressiveren Lokalchauvinismus, der sich gegen alles wendet, was das eingegrenzte und beschauliche Leben in den vermeintlichen suburbanen Idyllen auch nur im entferntesten stören könnte, und sich insbesondere gegen sämtliche Probleme und Einflüsse abzuschotten versucht, die angeblich aus der verhassten »Stadt« kommen. Letztlich manifestiert sich in diesen Tendenzen eine territoriale Strategie, die versucht, privilegierte, steuergünstige Wohninseln zu bewahren und möglichst viele soziale Probleme und Kosten in andere Gemeinden und vor allem in die Stadt Zürich abzuschieben. Doch hinter dem so krampfhaft aufrechterhaltenen Bild suburbaner Dörflichkeit verbirgt sich ein weitverbreitetes kulturelles und lebensweltliches Malaise, das gerade im Mangel an urbanen Lebensformen, an sozialen und kulturellen Treffpunkten und Angeboten liegt.

In den sub- und periurbanen Gebieten der urbanen Grossregion zeigt sich die eigentliche Problematik des vermeintlichen Konfliktes zwischen Stadt und Agglomeration: die Neuformierung einer zerklüfteten politischen Landschaft, die mit den klassischen Vorstellungen von *Suburbia* nicht mehr viel gemein hat. Wie in der »Stadt«, stehen sich auch in der Agglomeration unterschiedliche Interessen gegenüber, bilden sich neue Frontstellungen und Bruchlinien, die mit den alten Schemata nicht mehr erfasst werden können.

Die Krisenpolitik der neunziger Jahre

Der Mythos von der rot-grünen Regierung

Die Widersprüche der forcierten Globalisierung und der Entstehung einer fragmentierten urbanen Grossregion wurden zu Beginn des neuen Jahrzehnts in aller Deutlichkeit sichtbar. Das Drogenproblem eskalierte, im Strassenbild Zürichs zeigte sich eine bisher versteckte soziale Misere, an der Bahnhofstrasse sassen BettlerInnen, in der Bahn-

hofspassage nächtigten Obdachlose. Mit dem Einbruch der Wirtschaftskrise verschärfte sich die Situation zusätzlich. Ende 1993 stieg die Arbeitslosenquote in der Stadt Zürich auf 6,3%. Zum ersten Mal seit den dreissiger Jahren war Zürich wieder in grösserem Ausmass mit Arbeitslosigkeit und Armut konfrontiert. Und wie überall in Europa machten sich auch in Zürich-Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus breit.

In dieser Situation wurde erstmals seit dem Roten Zürich der dreissiger Jahre eine nichtbürgerliche Mehrheit ins Stadtparlament gewählt, bestehend aus SozialdemokratInnen, Grünen, Feministinnen und Alternativen.⁴¹ Gleichzeitig verschoben sich auch die politischen Verhältnisse im neunköpfigen Stadtrat (Exekutive), in dem seither drei SozialdemokratInnen zusammen mit zwei Vertretern christlicher Parteien (Willy Küng und Ruedi Aeschbacher) eine Art von Mitte-Links-Koalition praktizierten.

Hintergrund der Wahlüberraschung von 1990 war eine nationale politische Krise, ausgelöst durch den Skandal um die Bundesrätin Elisabeth Kopp und die Fichen-Affäre, die bis auf die Zürcher Lokalpolitik durchschlug. Auf lokaler Ebene kam ein weiterer Skandal hinzu: Im Laufe der Beratung der neuen Bau- und Zonenordnung (siehe unten) hatten die beiden bürgerlichen Stadträte Wagner und Egloff Informationen aus den internen Beratungen an ihnen nahestehende Bauherren und Landbesitzer weitergeleitet. Beide Stadträte wurden dafür rechtskräftig verurteilt. Darauf verzichtete Egloff auf eine erneute Kandidatur, während der bisherige Stadtpräsident Wagner zwar wieder in den Stadtrat gewählt wurde, aber das Stadtpräsidium an den Sozialdemokraten Estermann verlor.

Doch der neuen Mehrheit in der Regierung gelang es nicht, den unerwarteten Wahlsieg zu nutzen. Erst ein Jahr nach der Wahl veröffentlichte die Stadtregierung ihre »Ziele und politischen Schwerpunkte«, die in den Augen ihrer rechten und linken KritikerInnen nicht mehr boten als das »unverbindliche Angebot eines Gemischtwarenladens«⁴². Zudem sah sie sich mit einer bürgerlichen Mehrheit im Kanton konfrontiert, die kaum eine Gelegenheit ausliess, die städtische Politik zu unterlaufen. Auch die neue rot-grün-lila-Mehrheit im Parlament präsentierte keine überzeugenden Perspektiven. Sie bildete keine kohärente Koalition, konnte sich jahrelang weder zu einem gemeinsamen Programm noch zu einer konsequenten Politik durchringen. So blieb das »rot-grüne« Zürich der neunziger Jahre – je nach Standpunkt – vor allem ein Wunsch- oder Feindbild, entsprach jedoch nur selten der Realität der städtischen Politik.

Sparpolitik

Im Zentrum der politischen Debatten der frühen neunziger Jahre stand die städtische Finanzlage. Die neue Regierung hatte das Pech, dass ihre Amtszeit mit der Wirtschaftskrise zusammenfiel. Hielten sich im Jahre 1989 Ausgaben und Einnahmen noch die Waage, so begann mit der neuen Legislaturperiode eine Zeit zunehmender Haushaltsdefizite. Bei einem Gesamthaushalt von rund 5 Milliarden Franken erhöhten sich die Defizite der Stadt zwischen 1990 und 1992 von 113 auf 464 Millionen Franken. Neben der Wirtschaftskrise verursachte auch der Einbruch des Immobilienmarktes eine Reduktion der Steuereinkünfte, da die Einnahmen aus der auf den Handel mit Liegenschaften zu entrichtenden Grundstücksgewinnsteuer im Vergleich zur spekulationsfreudigen Phase der achtziger Jahre drastisch zurückgingen. Gleichzeitig nahmen die Sozialausgaben der Stadt massiv zu. Allein die existenzsichernden Zusatzrenten und Fürsorgeleistungen haben sich zwischen 1989 und 1993 von 200 auf 450 Millionen Franken mehr als verdoppelt (Neue Zürcher Zeitung, 21.12.93).

Die Finanzprobleme der Stadt hatten allerdings nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Ursachen. Auf der einen Seite musste die neue Regierung die Konsequenzen dafür tragen, dass sich die bürgerliche Mehrheit während den achtziger Jahren, in denen die Steuereinnahmen ständig gestiegen waren, sorglos aus den vollen Töpfen bedient und die Steuern um rund 11% gesenkt hatte. Auf der anderen Seite zeigten sich die Auswirkungen des ungenügenden Lastenausgleichs zwischen Stadt und Kanton. Als einzige Gemeinde des Kantons ist die Stadt Zürich bis heute nicht in den kantonalen Finanzausgleich eingebunden, muss jedoch, insbesondere im Kultur- und Sozialbereich, aber beispielsweise auch im Polizeiwesen, für Auslagen aufkommen, von denen die Bevölkerung der gesamten urbanen Grossregion profitiert. Obwohl die von den Stadtbehörden schon in den achtziger Jahren eingeforderten Ausgleichszahlungen vom Prinzip her unbestritten waren, hatten die Kantonsbehörden die entsprechenden Verhandlungen unter verschiedensten Vorwänden immer wieder verschleppt. Dabei ging es dem Kanton nicht zuletzt auch darum, den Druck auf die Stadtregierung zu erhöhen und die Abgeltung von Leistungen mit einem verstärkten Einfluss auf die ungeliebte städtische Politik zu verkoppeln. Mit dem Amtsantritt der rot-grünen Mehrheit in der Stadt und der Wirtschaftskrise, die auch beim Kanton zu einem Haushaltsdefizit führte, verschlechterte sich das Verhandlungsklima weiter. So kam es erst 1994 zu einigen punktuellen Vereinbarungen (Kantonalisierung des Opernhauses, Abgeltung der Aufwendungen für die Kriminalpolizei).

Die Bewältigung der Haushaltsdefizite hat die Kräfte der neuen Mehrheit auf Jahre hinaus gebunden. Während der Stadtrat und die sozialdemokratische Fraktion anfänglich für massive Steuererhöhungen eintraten, wollten sich die Grünen mit einem sozial- und umweltverträglichen Sparprogramm profilieren. Das Resultat war schliesslich eine pragmatische Linie, die – unausgesprochen – vom Prinzip einer »Opfersymmetrie« geleitet war. So enthielten die immer neuen Sparpakete zunehmend auch Massnahmen, die einkommensschwache Bevölkerungskreise trafen: Mietzinserhöhungen bei den städtischen Wohnungen, lineare Erhöhungen der Pensionspreise in Altersheimen, Erhöhungen der Mahlzeitenpreise der Stadtküche, Leistungskürzung des Amtes für Sozialversicherung, Erhöhung der Krippen- und Horttarife etc. Allein die unter dem Schlagwort des »Verursacherprinzips« erhöhten Gebühren für Verwaltung, Abwasser und Müllabfuhr brachten zwischen 1990 und 1994 Mehreinnahmen von 381 Millionen Franken, während die Steuereinnahmen trotz zweimaligen Steuerfusserhöhungen bloss um 133 Millionen stiegen.⁴³ Mit dieser Sparpolitik gelang es der rot-grünen Koalition zwar, das jährliche Defizit bis 1994 auf 183 Millionen Franken zu drücken (gemäss Voranschlag), doch gleichzeitig wurde damit gerade im eigenen Lager ein beachtliches Enttäuschungspotential aufgebaut.

Das Ende der kulturpolitischen Öffnung

Dass angesichts der leeren Kassen wenig Spielraum für wegweisende neue Kulturprojekte blieb, war wenig erstaunlich. Dennoch hätte wohl kaum jemand damit gerechnet, dass ausgerechnet in der rot-grünen Ära das Ende der kulturpolitischen Öffnung der achtziger Jahre eingeleitet würde. Symbolhafter Auftakt dieser Trendwende war die erste Niederlage der rot-grünen Mehrheit, die Volksabstimmung über das Quartierzentrum Kanzlei.

Das Quartierzentrum im Herzen Aussersihls war eines der wichtigsten Erbstücke der bewegten achtziger Jahre: Mit einer breiten Mobilisierung und vielfältigen Aktionen war es Mitte der achtziger Jahre gelungen, im ehemaligen Schulhaus Kanzlei, das der Stadtrat ursprünglich zu einem Polizeiposten umfunktionieren wollte, einen Versuchsbetrieb für ein Quartierzentrum durchzusetzen. Innert kurzer Zeit entwickelte sich das Quartierzentrum mit seinen Versammlungsräumen, seinen sozialen Dienstleistungen und seinem vielfältigen Veranstaltungsprogramm zum lebendigsten kulturellen und sozialen Treffpunkt der Stadt, der weit über das Quartier hinaus ausstrahlte. Die Vorlage für einen definitiven Betrieb, die noch unter der Regie von Thomas

Wagner, dem bürgerlichen Vorgänger von Stadtpräsident Josef Estermann, ausgearbeitet worden war, schien vor den Wahlen ungefährdet und wurde nur von rechtspopulistischen Kreisen bekämpft. Nach ihrer Wahlniederlage schwenkten jedoch auch die übrigen bürgerlichen Parteien ins gegnerische Lager und machten die Abstimmung – erklärtermassen aus rein taktischen Gründen – zur ersten grossen Kraftprobe mit der neuen Mehrheit. Nach einer gehässigen Debatte, die zu einer eigentlichen Schlammschlacht ausartete und deren populistisch-revanchistischen Untertöne einen ersten Vorgesmack der politischen Tonlage der neunziger Jahre vermittelten, ging die Abstimmung im Dezember 1990 mit hauchdünner Mehrheit verloren. Das Abstimmungsergebnis widerspiegelte nicht nur die verschärfte politische Polarisierung, sondern zeigte auch eine zunehmende territoriale Spaltung innerhalb der Stadt: In den sechs innerstädtischen Stadtkreisen (auch in den eher bürgerlich orientierten) wurde die Vorlage angenommen, in den sechs äusseren hingegen abgelehnt. Eine modifizierte Vorlage hatte ein Jahr später keine Chance mehr. Am 1. Januar 1992 wurde das Quartierzentrum geschlossen.⁴⁴

Nach dieser Niederlage wagte Stadtpräsident Estermann keine Experimente mehr. Er präsentierte ein unverbindliches Kulturprogramm ohne Ecken und Kanten, setzte auf Besitzstandswahrung und Konsolidierung: Sanierung der teilweise desolaten Finanzsituation der grossen Kulturinstitute, Kantonalisierung des Opernhauses, Institutionalisierung von zwei wenig bestrittenen Kulturprojekten aus den achtziger Jahren (Theaterhaus Gessnerallee, Jazz-Club Moods), Sparübungen bei den freien Kulturprojekten – eine Politik, die treffend als »kultivierter Stillstand« (Landolt 1994) charakterisiert worden ist.

Die Auswirkungen dieser Politik zeigten sich am augenfälligsten beim zweiten grossen Kulturkonflikt der frühen neunziger Jahre, der sich an der Autonomen Kulturwerkstatt (AKW) Wohlgroth entzündete. Schauplatz dieses Konfliktes war ein grosses Häusergeviert mitten im Kreis 5, zu dem neben sechs Wohnhäusern auch drei Fabrikgebäude der ehemaligen Gaszählerfabrik der Gebrüder Wohlgroth gehörten. Auf diesem Gelände, in direkter Nachbarschaft zum projektierten HB Südwest gelegen, planten die Oerlikon-Bührle Immobilien (eine Firma der Oerlikon-Bührle Holding, zu der auch die gleichnamige Waffenfabrik gehört) eine Grossüberbauung mit Büros und Luxuswohnungen. An Pfingsten 1991 wurde das Wohlgroth-Areal, dessen Abbruch durch Anwohnerrekurse blockiert war und das teilweise bereits leerstand, besetzt. Eine neue Generation, die in den mittlerweile etablierten Orten der »Alternativkultur« keine Entfaltungsmöglichkeiten mehr fand, erkämpfte sich einen eigenen Lebens- und Kulturzusammenhang.

Während rund zweieinhalb Jahren entwickelte sich die Wohlgroth zur Wohn-, Arbeits- und Wirkungsstätte für über hundert Leute, zu einer Mischung aus Kulturzentrum, Alltagsraum und Gesamtkunstwerk.

Möglich wurde diese Besetzung durch eine neue Räumungspolitik der Stadt, deren Einführung oft der rot-grünen Regierung bzw. dem sozialdemokratischen Polizeidirektor Neukomm zugeschrieben wird. Tatsächlich hatte jedoch Stadtrat Frick, der bürgerliche Vorgänger Neukomm, bereits im Jahre 1989 angesichts der sich zuspitzenden Wohnungsnot und unter dem Druck einer beharrlichen Wohnungsnotsbewegung die bisher äusserst rigide Räumungspolitik gelockert und eine Linie der »tolerierten Besetzungen« eingeführt, die sich an den damals in Genf und Berlin praktizierten »Modellen« orientierte: Ein besetztes Haus wird erst dann geräumt, wenn eine rechtsgültige Abbruch- bzw. Umbaubewilligung vorliegt oder eine neue Nutzung verbindlich zugesichert wird.

Mit der Ablehnung der Rekurse gegen die Baubewilligung schien das Schicksal der AKW Wohlgroth im Frühjahr 1993 besiegelt. Die BesetzerInnen starteten eine »Offensive des Charmes« (Spielhofer 1994), der Chef des Oerlikon-Bührle-Konzerns, Sanierungsspezialist Hans Widmer, antwortete – sekundierte von Stadträtin Koch – mit einer Image-Kampagne und offerierte eine vermeintlich grosszügige Alternative: ein leerstehendes Fabrikgebäude des Konzerns mitten in der Industriezone von Oerlikon. Dass sich in diesem Gebäude nur wenige Wohnräume einrichten liessen und in der Industriezone sowohl Wohnnutzungen als auch Kulturbetriebe verboten sind, wurde dabei geflissentlich übergangen. Zudem boten die periphere Lage sowie das bauliche und soziale Umfeld denkbar ungünstige Bedingungen für ein Wohn- und Kulturprojekt à la Wohlgroth, das in entscheidendem Masse auf lebendige und vielfältige Quartierstrukturen angewiesen ist. Bei der mit gebührendem medialem Aufwand inszenierten Schlüsselübergabe kam es folgerichtig zum Ecclat – die BesetzerInnen reichten den Schlüssel an andere Kulturschaffende weiter. Ende 1993 wurde das Wohlgroth-Areal geräumt und abgebrochen.

Mit der Räumung der AKW Wohlgroth waren die letzten Illusionen verflogen. Auf der einen Seite hatte die rot-grüne Mehrheit weder Phantasie noch Engagement bewiesen und sich nicht ernsthaft um tragfähige Alternativen bemüht (vgl. Wolff 1993). Auf der anderen Seite manifestierte sich in diesem Konflikt jedoch auch ein Zerfall der Widerstandskultur: Obwohl die BesetzerInnen mit unterschiedlichsten Aktionen an die Öffentlichkeit traten, blieb die praktische Solidarität gering. Die seit längerem schon zersplitterte und teilweise resignierte politisch-kulturelle Szene war in Auflösung begriffen.

Drogenpolitik und innere Sicherheit

Neben der Wirtschaftskrise prägte vor allem das immer grösser werdende Elend in der Drogenszene das Klima im Zürich der frühen neunziger Jahre. Der offene Drogenmarkt auf dem Platzspitz, wenige hundert Meter vom verdeckten Drogengeldmarkt an der Bahnhofstrasse entfernt, war nicht nur auf lokaler und nationaler Ebene ein politischer Dauerbrenner, sondern schaffte es auch in der internationalen Berichterstattung auf einen Spitzenplatz. Von New York bis in die thailändische Provinz wurde der »Needle Park« zu einem Wahrzeichen Zürichs.

Die rot-grüne Stadtregierung setzte zunächst ausschliesslich auf die Liberalisierung und Entkriminalisierung des Drogenkonsums, forderte Heroinabgabe und Fixerräume. Da eine solche Strategie aber ohne eine Veränderung der nationalen Drogenpolitik nicht zu realisieren war, beschränkte sich die Politik der Stadtregierung in diesem Bereich auf dramatische Appelle an die freundeidgenössische Solidarität und offene Briefe an den Bundesrat. Obwohl auch freisinnige Kreise allmählich auf einen Liberalisierungskurs einschwenkten, setzte sich die festgefahrene nationale Drogenpolitik nur langsam in Bewegung: 1992 bewilligte der Bundesrat im Rahmen eines gesamtschweizerischen wissenschaftlichen Versuchsprogramms die Abgabe von Heroin an insgesamt 250 Abhängige, 1994 wurde diese Zahl auf 1000 erhöht. Auch von offizieller Seite wurde zugestanden, dass dieses Programm keinen substantiellen Beitrag zur Lösung der Drogenfrage bringen kann.

Mit der Drogenpolitik der Stadtregierung, die auch mittelfristig keine spürbare Verbesserung der Situation versprach, entstand ein Vakuum, das rechtspopulistischen Kräften ein ideales Aktionsfeld öffnete. Unter dem Sperrfeuer von rechter Politik und Presse wich die Regierung in die Defensive zurück. Als der Statthalter (Aufsichtsbehörde der Stadt) eine Weisung zur sofortigen Zerschlagung der offenen Drogenszene erliess, griff die Stadtregierung zu der seit Jahrzehnten ebenso vehement wie erfolglos angewandten Vertreibungspolitik (vgl. dazu Sorg et al. 1994, Eisner 1994 und Vogler/Bänziger 1990), die sie sogar mit äusserster Schärfe praktizierte. Hastig, ohne Gesamtkonzept und ohne eine gassennahe Infrastruktur bereitzustellen, wurde der Platzspitz im Februar 1992 polizeilich geräumt und mit Gittern und Maschendraht unzugänglich gemacht. Nach den offiziellen Verlautbarungen hätte sich der offene Drogenmarkt so in eine weniger störende »verdeckte Szene« verwandeln sollen. Tatsächlich wurde die Drogenszene einfach in den angrenzenden Kreis 5 getrieben. Mit dem ganzen zur Verfügung stehenden Arsenal von Repressionsmassnahmen wurde

darauffin versucht, die Drogenszene weiter zu zerstreuen: ständige Polizeikontrollen und Festnahmen, Einschränkungen der medizinischen und sozialen Hilfsangebote, bis hin zum Abschieben von »auswärtigen« Drogen süchtigen in ihre Wohngemeinden.

Das einzige Resultat dieser Politik war eine weitere Verschärfung des Drogenelends. Rund ein Jahr nach der Schliessung des Platzspitzes bildete sich kaum fünfhundert Meter flussabwärts erneut ein offener Drogenmarkt. Während er früher in dem vom alltäglichen Leben der Stadt relativ abgeschirmten Stadtpark stattgefunden hatte, lag der neue Markt beim stillgelegten Bahnhof Letten an der Schnittstelle zwischen Wipkingen und dem Kreis 5 und bildete – nicht zuletzt wegen der polizeilichen Massnahmen und der fortschreitenden Vergitterung von öffentlichen Wegen – zunehmend eine Trennlinie zwischen den beiden Wohnquartieren.

Die städtische Repressionspolitik führte, nicht nur in den betroffenen Quartieren, zu einer höchst gefährlichen Mischung aus Depression und Aggression, die durch den offenen Chauvinismus von sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern, die gegen ausländische Drogendealer und auswärtige Drogenabhängige polemisierten (vgl. Stern 1994), noch weiter angeheizt wurde. Bis weit ins sozialdemokratisch-grün-alternative Lager etablierte sich ein Diskurs der Ausgrenzung. Das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Drogen wurde desartikuliert, ins Zentrum rückte die Frage der öffentlichen Sicherheit, die mit einem latenten bis offenen Rassismus verknüpft wurde. Es ging nicht mehr darum, die erbärmliche Situation der Drogenabhängigen zu verbessern, sondern die »ausländischen Drogendealer« und »kriminellen Asylananten«, denen die Schuld an der gescheiterten Drogenpolitik zugewiesen wurde, aus dem Lande zu schaffen. Im Verlaufe des Jahres 1993 mündete die Diskussion um das Zürcher »Drogenproblem«, das mittlerweile zu einer nationalen Bedrohung heraufstilisiert worden war, in eine landesweite Kampagne der inneren Sicherheit (vgl. Stern 1994).

Im Sommer 1994 spitzte sich die Situation weiter zu. Innert weniger Wochen wurden vier Männer in der Umgebung des Lettenareals erschossen. Bis heute ist ungeklärt, ob es sich bei diesen Morden um Abrechnungen im Dealermilieu oder um Selbstjustiz handelte. Als es anfangs September in den umliegenden Quartieren zu mehreren Schiessereien auf offener Strasse kam (deren Hintergrund bis heute ebenfalls ungeklärt ist), fielen die letzten Schranken bürgerlicher Wohlanständigkeit: Die Verhältnisse in Zürich wurden mit den Zuständen im Chicago der dreissiger Jahre verglichen, zur Bekämpfung der »Drogenhöle« am Letten nach Armee und Notstandsmassnahmen gerufen. In der Stadt Zürich wurde eine rigorose Ausschluss- und Repressionspolitik

gegen AusländerInnen mehrheitsfähig: Als »flankierende Massnahme« zur Aufhebung der offenen Drogenszene wurde die Errichtung neuer Gefängnisse und Ausschaffungszentren beschlossen, die in erster Linie dazu bestimmt sind, »verdächtige Ausländer« zu inhaftieren. Höhepunkt dieser Kampagne zur weiteren Entrechtung und verschärften Disziplinierung »unerwünschter« ImmigrantInnen bildete das Bundesgesetz über »Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht«, das im Dezember 1994 auf eidgenössischer Ebene mit rund 73% Ja-Stimmen angenommen wurde. Kein einziger Kanton und kein einziger Zürcher Stadtkreis hat dieses Gesetz abgelehnt. Mit der »Lex Letten« kann gegen AusländerInnen ohne Aufenthaltsbewilligung ein sogenanntes Rayon-Verbot erlassen werden, das den Betreffenden untersagt, ein bestimmtes Gebiet zu betreten oder zu verlassen. Zudem ermöglicht dieses Gesetz, AusländerInnen ab 15 Jahren, die nicht über ausreichende Dokumente verfügen, bis zu einem Jahr in Haft zu nehmen.

Um die Jahreswende 1994/95 haben die Behörden von Stadt und Kanton begonnen, die »endgültige« Zerschlagung der offenen Drogenszene generalstabsmässig vorzubereiten, und im Februar 1995 wurde der Letten geräumt. Mit massiver Polizeipräsenz werden seither alle Ansammlungen von Drogenabhängigen auf Stadtgebiet verhindert. Ob es mit dieser nochmals verschärften Repressionspolitik gelingen wird, die offene Drogenszene zum Verschwinden zu bringen, ist zumindest fraglich.

Der Streit um die Industriezonen

Ausser einigen punktuellen Projekten hatte die rot-grüne Regierung nur einen einzigen substantiellen Erfolg vorzuweisen: Im Jahre 1992 brachte sie nach jahrelangen, erbitterten Auseinandersetzungen eine neue Bau- und Zonenordnung durch die Volksabstimmung. Kernpunkt des Streites bildeten die letzten grossen Entwicklungsreserven auf städtischem Boden, die ausgedehnten Industrieareale im Industriequartier (Kreis 5) und in Oerlikon, die im Gefolge von Produktionsauslagerungen und *lean production* hektarenweise zur Umnutzung anstanden.

Selten war die Koppelung politischer und wirtschaftlicher Interessen für eine breite Öffentlichkeit sichtbar geworden als in dieser Auseinandersetzung: Auf der einen Seite kämpfte ein Bündnis aus Industriekonzerne und Finanzplatzunternehmen für die vollständige Öffnung der Industrieareale für Dienstleistungsbetriebe. Das hätte ersteren Milliarden-Gewinne⁴⁵ und die Möglichkeit zur Sanierung ihrer angeschlagenen Industriebetriebe gebracht und letzteren den dringend benötig-

ten Expansionsraum. Auf der anderen Seite wollte die rot-grüne Mehrheit diese Areale in der Industriezone belassen, um sich ein Mitspracherecht über deren zukünftige Nutzung zu sichern: Für eine Umnutzung müssen die Grundeigentümer sogenannte Gestaltungspläne ausarbeiten, die dem Parlament und – falls das Referendum ergriffen wird – in einer Abstimmung auch dem Volk zu unterbreiten sind. Stadträtin Koch, die für die Bau- und Zonenordnung und die Abstimmungskampagne verantwortlich war, ging nach zäher und hartnäckiger Kleinarbeit vorerst als Siegerin aus dem Milliardenmonopoly hervor.

Gesamthaft gesehen eröffnete die revidierte Bau- und Zonenordnung jedoch wenig neue Perspektiven. Sie verband die alten Stabilisierungskonzepte (Beschränkung der Expansion von Büroflächen) mit den Forderungen der Grünen nach zusätzlichen Grünzonen (was sich nur in den Aussenquartieren realisieren liess und zwar auf Kosten von Wohnzonen). Dabei war der Gestaltungsspielraum begrenzt, mussten doch die Vorgaben des (vom Kanton festgelegten) regionalen Richtplanes eingehalten werden. So enthält die neue Bau- und Zonenordnung Flächenreserven für insgesamt rund 90.000–120.000 EinwohnerInnen und 100.000–135.000 Arbeitsplätze.⁴⁶ Unter diesen Voraussetzungen lässt sich langfristig keine »Trendumkehr« erreichen, sondern bestenfalls eine Erhaltung des Status quo.

Das einzige dynamische Element der Bau- und Zonenordnung bestand in dem durch die Festlegung von überdimensionierten Industriezonen aufgewerteten Instrument des Gestaltungsplanes. Damit bot sich die Möglichkeit, gerade für die wichtigsten Entwicklungsgebiete der Stadt flexiblere Aushandlungsformen und Planungsprozesse einzuführen. Von einer breiten demokratischen Mitwirkung bei strategischen Stadtentwicklungsfragen, wie sie den StimmbürgerInnen vor der Abstimmung versprochen wurde, war jedoch bald nicht mehr die Rede. Vielmehr versuchte Koch, ihre eigenen Konzepte in direkten Verhandlungen mit den Grundeigentümern hinter verschlossenen Türen durchzusetzen. Statt auf eine offene Debatte über die zukünftige Nutzung der letzten grossen Entwicklungsreserven der Stadt setzte sie auf klassische Kabinettpolitik und ein flexibles *urban management*.

Doch selbst dieser Erfolg der rot-grünen Mehrheit hatte nicht lange Bestand: Im Sommer 1994 hob der Bezirksrat (erste Rekursinstanz) aufgrund von Grundeigentümerrekursen wesentliche Punkte der Bau- und Zonenordnung, insbesondere die Festlegung der Industriezonen, auf. Einmal mehr steht die zürcherische Stadtentwicklungspolitik vor einem Scherbenhaufen.

Der Blick aus der Krise

Die rot-grüne Mehrheit hatte der veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Situation wenig entgegenzusetzen. Sie griff auf die bewährten Rezepte bisheriger Politik zurück, setzte bei der Stadtentwicklung auf die alten Stabilisierungskonzepte und versuchte, die wachsenden sozialen Probleme mit einer wankelmütigen Mischung aus Sachzwangrhetorik, Krisenmanagement und Repressionspolitik zu bekämpfen. In aller Schärfe zeigte sich aber auch der begrenzte Handlungsspielraum für eine lokale Reformpolitik: Mit partikulären Strategien lassen sich die Konsequenzen einer zerrissenen und fragmentierten urbanen Grossregion nicht mehr bewältigen. So blieb die rot-grüne Mehrheit letztlich eine Zufallskoalition auf Zeit. In den Wahlen vom Frühling 1994 verlor sie ihre Mehrheit im Parlament wieder, während sie ihre fünf Sitze im Stadtrat nur knapp über die Runden retten konnte.⁴⁷

Die nun modifizierte politische Konstellation mit einer rot-grünen Exekutive und einem bürgerlich dominierten Parlament lässt in den meisten zentralen Politikbereichen zumindest vorläufig keine grundlegenden Veränderungen erwarten. Einzig in der Stadtentwicklungspolitik könnte sich der territoriale Kompromiss langfristig wieder etwas mehr in Richtung Expansion verschieben. Allerdings hat die ökonomische Krise in der Zwischenzeit gerade in diesem Bereich zu einer neuen Ausgangssituation geführt: Die Nachfrage nach Büroflächen ist durch das bereits bestehende Angebot auf Jahre hinaus gesättigt, die Entwicklungsdynamik gebremst. Die Promotoren der jahrelang umkämpften Entwicklungsgebiete in Stadt und Agglomeration sind auf der Suche nach neuen Nutzungen.

Dadurch eröffnen sich Möglichkeiten, die vor wenigen Jahren noch undenkbar schienen. Die veränderte Situation hat Luft geschaffen für neue Ideen und Vorschläge. So haben sich neue Formationen gebildet, die sich anschicken, den Weg klassischer oppositioneller Verhinderungspolitik zu verlassen und sich auf das rutschige Terrain »konstruktiver« Politik einzulassen. In Oerlikon haben sich beispielsweise ParteipolitikerInnen und BewohnerInnen unterschiedlichster Couleur im Verein »zürifüfzg!« zusammengefunden, um für die zukünftige Nutzung des rund 70 Hektar grossen Industriegebietes hinter dem Bahnhof Oerlikon eine direkte Mitsprache der QuartierbewohnerInnen einzufordern und die bisher praktizierte »Geheimdiplomatie« zu unterlaufen. Diese Bestrebungen sind umso ernster zu nehmen, als der endgültige Bebauungsplan mit einem Referendum angefochten werden kann.

Demgegenüber ist die Gruppe »KraftWerk 1« bereits mit einem konkreten Projekt an die Öffentlichkeit getreten (Blum/Hofer/P.M. 1993). Sie beabsichtigt, auf einem Industrieareal im Kreis 5 ein gemeinschaftliches, urban-ökologisches Projekt mit Wohnungen, Arbeitsplätzen und Gemeinschaftseinrichtungen für rund 700 Personen zu realisieren – und steht bereits in Vorverhandlungen für die Finanzierung der benötigten 120 Millionen Franken. Mit dem Ziel, das Projekt »KraftWerk 1« zu konkretisieren und gleichzeitig die öffentliche Debatte um die Zukunft der Industrieareale voranzutreiben, hat die Gruppe 1994 einen »KraftWerkSommer« mit einer breiten Palette von Veranstaltungen, Seminaren und Diskussionen organisiert.

Möglicherweise eröffnen diese Bestrebungen einen Ausweg aus dem Dilemma der blockierten Stadtentwicklungspolitik. Zumindest bieten sie die Chance, über das »Städtische« neu zu diskutieren und anhand konkreter Beispiele alternative Vorstellungen der Stadtentwicklung zu entwerfen. Dabei bleibt die entscheidende Hürde allerdings noch zu nehmen: Wird es gelingen, den Blick auf die grundlegenden Fragen des aktuellen Urbanisierungsprozesses auszuweiten, oder werden die Diskussionen früher oder später wieder auf die interne Dynamik der einzelnen Projekte eingegrenzt?

Die Stadt neu denken

Neue Urbanisierungsprozesse

Der Rückblick auf die Entwicklung Zürichs in den letzten Jahrzehnten zeigt deutliche Parallelen zu den allgemeinen Tendenzen des Urbanisierungsprozesses in westlichen Metropolen: Flexibilisierung und Fragmentierung der räumlichen Strukturen, die Errichtung von neuen Nebenzentren und Dienstleistungszonen in der urbanen Peripherie, die Entstehung einer polyzentrischen urbanen Grossregion. Dennoch lassen sich auch deutliche Einflüsse von lokalen und nationalen Besonderheiten erkennen.

Einen zentralen Einfluss auf den Urbanisierungsprozess übt zweifellos das System der direkten Demokratie aus. Es eröffnet einer engagierten Opposition einen gewissen Handlungsspielraum und bietet ihr immer wieder die Möglichkeit, einzelne Forderungen durchzusetzen. So ist die Metropolitanisierung oder Welt-Stadt-Formation Zürichs nicht das Resultat einer hegemonialen Strategie, sondern eines turbulenten und widersprüchlichen Prozesses, einer Auseinandersetzung zwischen prekären und brüchigen Koalitionen, im Spannungsfeld zwischen *Headquarter Economy* und Alltagswelt, zwischen Globalisierung und urbaner Revolte, zwischen Widerstand und Reformismus.

In der Stadt Zürich resultierte daraus ein territorialer Kompromiss, der nicht der Einsicht, sondern einer politischen Pattsituation entsprang. Die Konsequenz dieses Kompromisses ist eine Stadtentwicklung, die sich teilweise deutlich von derjenigen anderer *Global Cities* unterscheidet. Ohne diesen Kompromiss wäre die Innenstadt Zürichs wohl vollständig der Modernisierung zum Opfer gefallen und – wie beispielsweise in Frankfurt – zur reinen Einkaufs- und Bürocitcity ausgebaut worden. In den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um die innerstädtischen Wohnquartiere ist es bis heute gelungen, einen vielfältigen Alltagsraum zu erhalten, ein urbanes Refugium mit seinen sozialen Netzen und Treffpunkten, einen Ort kosmopolitischer Kultur.

Doch die Globalisierung und die Entwicklung zu einer *Global City* wurden durch diesen Kompromiss nicht gebremst. Statt sich in der Innenstadt in die Höhe zu türmen, hat sich die *Headquarter Economy* immer mehr in die Fläche gefressen. So bildeten sich in der suburbanen Peripherie Ableger der *Headquarter Economy*, die sich in Zürich-Nord zu einem eigentlichen City-Gürtel verdichteten. Im krassen Gegensatz zur Innenstadt verlief dieser Prozess weitgehend unkoordiniert. Das Resultat ist ein diffuses Gebilde, in dem sich Zentrum und Peripherie, neue Dienstleistungszonen und suburbane Fragmente zu einem befremdlichen Patchwork aus modernen und postmodernen Strukturen vermischen.

Auf den ersten Blick scheinen sich die neuen Territorien in Zürich-Nord kaum von denjenigen in anderen »postfordistischen« Metropolen zu unterscheiden. Die Ähnlichkeiten zu Frankfurt sind offensichtlich (vgl. Ronneberger/Keil in diesem Buch). Trotz dem Unterschied im Massstab lassen sich sogar Parallelen zum Orange County ziehen, dieser amorphen Metropole ausserhalb von Los Angeles, die Edward Soja als paradigmatisches Beispiel für den Urbanisierungsprozess des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts dient und die er »Exopolis« nennt: Exopolis, diese unwahrscheinliche Stadt, die jenseits der alten Agglomerationskerne thront und die Metropole gleichzeitig nach innen und nach aussen stülpt, in der das Gravitationszentrum leer ist wie bei einem *doughnut*, in der also jeder Ort ausserhalb des Zentrums liegt, hart am Rand, aber immer inmitten der Dinge, wo die Zentralität virtuell allgegenwärtig ist und die Vertrautheit des Städtischen verdampft (Soja 1992b: 94ff.).

Allerdings bestehen auch erhebliche Unterschiede zu den Entwicklungen in den USA. Im Kontext des dicht besiedelten schweizerischen Mittellandes wären Begriffe wie *edge city* und *new frontier*, wie sie von Joel Garreau (1991) zur Beschreibung der aktuellen Urbanisierungsprozesse in den USA eingeführt wurden, absolut irreführend. Diese

Begriffe lassen sich auf die Situation in der Schweiz – und in den meisten westeuropäischen Ländern – nicht anwenden: Die neuen Territorien in Zürich-Nord befinden sich nicht am Rande der Metropole, sie bilden keine klare Grenze zum offenen Land, sondern sie liegen inmitten eines bereits urbanisierten und industrialisierten Gebietes. Sie bilden gewissermassen »Orte dazwischen«, neue nodale Strukturen innerhalb einer polyzentrischen urbanen Grossregion.

Die Entstehung des City-Gürtels ist allerdings nur ein Aspekt des gegenwärtigen Urbanisierungsprozesses in Zürich. Die widersprüchlichen Tendenzen der Spezialisierung, Konservierung und Luxussanierung der Innenstadt, der diffuse Prozess der Periurbanisierung und die Integration von verschiedensten Zentren im weiteren Umfeld Zürichs in die Suprastruktur der urbanen Grossregion sind ebenso ins Bild zu setzen. So zeichnen sich die Umrisse eines komplexen und tiefgreifenden Restrukturierungsprozesses ab, der die bisherigen Vorstellungen von Urbanisierung radikal in Frage stellt. Mit der Formierung einer polyzentrischen urbanen Grossregion entsteht eine neue räumliche Konfiguration, welche die seit über einem Jahrhundert bestehende, dezentrale räumliche Struktur überlagert und zu einem neuen Gebilde transformiert, dessen sozialen, politischen und kulturellen Implikationen sich heute noch kaum abschätzen lassen.

Die urbane Grossregion als Supermarkt

Die Fragmentierung und Flexibilisierung des urbanen Raumes wird durch eine Aufsplitterung der alltäglichen Aktivitäten begleitet. Der Fokus des Alltags ist heute längst nicht mehr das Quartier oder die Gemeinde, sondern die gesamte urbane Grossregion als einheitlicher Arbeits- und Wohnungsmarkt, als umfassender Produktions- und Reproduktionsraum. Die Schauplätze des Alltags sind über die gesamte Fläche verstreut, das Leben der Menschen spielt sich in unzusammenhängenden Segmenten der urbanen Grossregion ab. Die Gebiete zwischen diesen Segmenten verkommen zur reinen Kulisse ausserhalb der Windschutzscheibe (vgl. Lehrer in diesem Buch). In der Konsequenz entwickelt sich die urbane Grossregion zu einem Supermarkt für die privilegierten Teile der Bevölkerung, in dem die verschiedensten Orte zu individuellen Alltagsräumen kombiniert werden. Die Kehrseite ist eine zunehmende Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten für die weniger mobilen und kaufkräftigen Teile der Bevölkerung (vgl. Zeller 1992), ein Ausschluss von einem überreichlich vorhandenen Angebot, das vor allem über die Marktlogik reguliert wird.

Diese Situation hat zu einer merkwürdigen politischen und sozialen

Zerrissenheit, zu einer Zerklüftung der politischen Landschaft wie auch des individuellen Bewusstseins geführt. Mit der tagtäglichen Erfahrung einer zersplitterten Lebenswelt konfrontiert, verengt sich das Blickfeld zunehmend auf die eigenen vier Wände. Im verzweifelten Bemühen, eine lokale Identität aufrechtzuerhalten, werden die bestehenden politisch-territorialen Einheiten zu eigentlichen Verteidigungsstellungen, zu Bollwerken einer heilen Welt gegenüber den Unwägbarkeiten und Zumutungen der urbanen Grossregion ausgebaut: Während in den Gemeinden der Agglomeration die Ideologie des »Dorfes« zelebriert wird, führen die Auseinandersetzungen im Zentrum zu einer Rekonstruktion der »Stadt«.

Die Untauglichkeit dieser territorialen Strategien zeigt sich heute in aller Schärfe: Begriffe wie »Stadt« oder »Dorf« haben ihre lebensweltliche Bedeutung verloren, die urbane Grossregion ist bereits alltägliche Realität. Doch in den Köpfen wird diese Realität ausgeblendet. Der privilegierte Teil der Bevölkerung lebt zunehmend auf gepflasterten, verkehrsberuhigten und ökologisch begrüntem Wohninseln inmitten eines urbanen Ozeans.

Gesucht: ein neues Modell der Urbanisierung

Mit der Ausdifferenzierung der postfordistischen urbanen Grossregion wird der zentrale Widerspruch der fordistischen Agglomeration, der Verlust einer lebendigen Alltagswelt, auf höherer Stufe erneut reproduziert: Die »Krise der Stadt« bezeichnete die Grenzen der Lebbarkeit eines auf Reduktionismus und Funktionalisierung basierenden Urbanisierungsmodells der Moderne, das schliesslich in die Auseinandersetzungen der 68er und der 80er Bewegung um die Rückeroberung der »Stadt« und die Wiederaneignung urbanen Lebens mündete. Heute fehlen die Begriffe, um eine Krise zu benennen, die durch die vollständige Urbanisierung der Gesellschaft (um auf die zentrale These von Henri Lefebvre zurückzugreifen) hervorgerufen wird.

Degenerierte die fordistische Agglomeration zur Reproduktionsmaschine, so wird die postfordistische urbane Grossregion zum überdimensionierten Supermarkt für Privilegierte, mit seinen gläsernen Zitadellen der Weltökonomie, seinen Wohninseln, seinen Erlebnisparks und Konsumtempeln, durchzogen von Räumen der Deprivation. Das eben erst erkämpfte Urbane verflüchtigt sich in den illuminierten Räumen des Spektakels, in denen sich eine mobile und zahlungskräftige Kundschaft der Inszenierung von »Urbanität« hingibt.

Angesichts der politischen, sozialen und kulturellen Zersplitterung der Alltagswelt und der totalen Kommerzialisierung des urbanen

Raumes, bei der selbst das »Städtische« noch zur Ware wird, stehen die alten Forderungen unter anderen Vorzeichen erneut auf der Tagesordnung: das »Recht auf die Stadt«, die unmittelbare Aneignung der Lebenswelt, die Schaffung von lebhaften Produktions- und Reproduktionszusammenhängen für alle. Die Realpolitik der lokalen territorialen Kompromisse hat ausgedient: Es kann nicht mehr länger darum gehen, die »Stadt« als privilegierten Raum in willkürlichen territorialen Grenzen zu rekonstruieren oder sich in der Eroberung, Erhaltung und Ausstaffierung von isolierten urbanen Archipelen zu verlieren. Es gilt, die »Stadt« neu zu denken und gleichzeitig die demokratische Kontrolle über den Urbanisierungsprozess zurückzugewinnen: Gesucht ist nichts weniger als ein neues Modell der Urbanisierung.

Anmerkungen:

1. Auf nationaler Ebene kann mit 100.000 Unterschriften eine Initiative zur Änderung der Verfassung eingereicht werden. Jede vom Parlament verabschiedete Verfassungsänderung ist obligatorisch dem Referendum unterstellt. Mit 50.000 Unterschriften kann auch gegen jede Gesetzesänderung das Referendum ergriffen werden. Auf kantonaler und kommunaler Ebene gelten ähnliche Regelungen.
2. Die Initiative »Für eine Schweiz ohne Armee« wurde am 26. November 1989 mit 64,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Sie fand immerhin in den Kantonen Genf und Jura eine befürwortende Mehrheit.
3. Mit den »Wirtschaftsartikeln« von 1947 wurde nicht nur die Praxis der Gesamtarbeitsverträge in die Bundesverfassung aufgenommen, sondern den Verbänden und Gewerkschaften auch ein Anhörungsrecht bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen eingeräumt.
4. Grosse Bedeutung hatten vor allem die Textilindustrie, die Uhrenindustrie, die Metall- und Maschinenindustrie, die Chemie und die Nahrungsmittelindustrie.
5. Im Gegensatz zu den meisten anderen Multis der Welt investierten die Schweizer Konzerne – von wenigen Ausnahmen (z.B. Nestlé) abgesehen – nur in beschränktem Umfang in die Schwellenländer der »Dritten Welt«. Sie errichteten ihre Imperien vor allem in Westeuropa und den USA.
6. Ein Vergleich der ausländischen Direktinvestitionen von verschiedenen Ländern ist wegen der unterschiedlichen Erhebungsmethoden problematisch. Eine neuere Untersuchung der Schweizerischen Nationalbank beziffert die Direktinvestitionen von schweizerischen Unternehmen für das Jahr 1989 auf 50,6 Milliarden US-Dollar (Marrel 1991). Damit würde die Schweiz den achten Platz aller OECD-Länder belegen (OECD 1991).
7. Quellen: Tages-Anzeiger vom 10.1.1994, Bundesamt für Statistik 1993b.
8. Der spektakulärste Schachzug gelang den Schweizer Banken im Jahre 1967, als der bisher streng reglementierte Goldmarkt freigegeben wurde. Zur Beruhigung der dadurch entstandenen turbulenten Lage wurde der Londoner Goldmarkt, der damals eine monopolartige Position im Goldhandel belegte, geschlossen. Als die Londoner ihren Goldmarkt nach zwei Wochen wieder öffneten, hatten die »gnomes of Zurich« (so der wütende britische Wirtschaftsminister George Brown) den Goldhandel bereits an sich gerissen und die neue Gold Drehscheibe in Zürich installiert (vgl. Iklé 1970).
9. Zum Vergleich die Zahlen für die gesamte Schweiz: 1950 betrug der Anteil des sekundären Sektors rund 52%, derjenige des tertiären Sektors 30%. 1980 arbeiteten 38% im sekundären und 55% im tertiären Sektor.
10. Für entsprechende Beispiele vgl. Schmid 1989: 219ff.
11. Aufgrund einer Klassierung von Brugger und Kärcher (1992) kommt Zürich auf den 15. Rang aller Weltstädte, Basel auf den 29. und Genf auf den 31. Rang. Die für diese Klassierung verwendeten statistischen Variablen (Einwohnerzahl, Flugpassagiere, Luftfracht, Beschäftigungsanteile von ausgewählten Branchen, Anzahl Hauptsitze der weltgrössten Banken und Konzerne, Schulbildung, Anzahl Telefonanschlüsse etc.) sind allerdings so allgemein und unspezifisch, dass dieser Rangliste nur eine sehr approximative Aussagekraft zukommt: Entscheidende Aspekte der räumlichen Arbeitsteilung auf nationaler und globaler Stufe (z.B. Abhängigkeits- und Verflechtungsbeziehungen) blei-

ben ebenso unberücksichtigt wie mikroökonomische Charakteristika der einzelnen metropoliten Ökonomien.

12. Für Aufsehen sorgte vor allem die Verlegung der Generaldirektion für Kapitalmarktgeschäfte von Basel nach Zürich am 1. November 1986.

13. Ein Beispiel: Das aufgrund der Volkszählung von 1990 festgelegte Agglomerationsgebiet von Zürich zählte im Jahre 1970 rund 885.000 EinwohnerInnen, im Jahre 1990 rund 940.000. Insgesamt ergibt das eine Bevölkerungszunahme von 6,2% (schweizerischer Durchschnitt: 8,4%). In der gleichen Zeitspanne erhöhte sich aber die Zahl der von der amtlichen Statistik zur Agglomeration Zürich gezählten Gemeinden von 51 auf 101, und damit nahm die Bevölkerungszahl der Agglomeration Zürich zwischen 1970 und 1990 »offiziell« von 719.000 auf 940.000 oder 30,7% zu (vgl. Statistisches Amt der Stadt Zürich 1993).

14. Dieser Begriff lehnt sich an die im französischsprachigen Diskurs verwendete Bezeichnung *région urbaine* an (vgl. Schuler 1984).

15. Bereits 1944 legte der Architekt Armin Meili einen Plan für Gross-Zürich vor, in dem er das weitere Vordringen der Agglomeration durch den Bau von Satellitenorten auffangen wollte. Meili hatte seit den frühen dreissiger Jahren Konzepte für eine »weit dezentralisierte Grossstadt Schweiz« von Genf bis St. Gallen entworfen, die eine planmässige Auflockerung des Siedlungsgebietes anstelle der sich abzeichnenden klumpenförmigen Siedlungsvergrösserungen vorsahen (vgl. Kammerer 1986: 55f, Blanc 1993: 23f, Koch 1992: 182). In eine ähnliche Richtung zielte der Vorschlag einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, die in ihrem 1949 veröffentlichten Buch »Städte wie wir sie wünschen« sogar eine ausgefeilte partizipative Planungsmethode entwickelte (Carol/Werner 1949).

16. Vgl. dazu z.B. die instruktive Studie »Göhmerswil« – *Wohnungsbau im Kapitalismus*, die den Massenwohnungsbau in Volketswil unter die Lupe nimmt (Autorenkollektiv an der Architekturabteilung der ETH Zürich 1972).

17. Vgl. Kremer/Leibbrand 1954 und Feuchtinger/Pirath 1955.

18. Zeitungstitel, vgl. Blanc 1993

19. Der »Tangentenbügel« hätte aus der Osttangente (Burgwies – Wipkingerplatz), der Westtangente (Wipkingerplatz – Gutplatz) und der Uetlibergtangente (Gutplatz – Allmend Brunau) bestanden (Bauamt I der Stadt Zürich 1970).

20. Wir benützen den Begriff »City« in dem in der Deutschschweiz geläufigen Sinne: als Bezeichnung für die »zentralen« Geschäftsbezirke der grossen Zentren.

21. Vgl. Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau 1960 und Technische Kommission für den Generalverkehrsplan der Stadt Zürich 1961.

22. »Es könnte ein grosszügiges Fusswegnetz mit neuen Brücken über den Schanzengraben und die Sihl gebaut werden. An den Fussgängerachsen könnte eine Citybebauung entstehen, welche gleichsam Brückenköpfe quer durch den ganzen Sihlraum bilden würde« (Arbeitsausschuss von Kanton und Stadt Zürich 1969: 33).

23. Unter dem Namen »Komitee für ein weltoffenes Zürich« wurde im Jahre 1968 eine Lobby-Organisation der Zürcher Wirtschaft gegründet, deren Ziel vor allem die Propagierung des weiteren Ausbaus des Zürcher Flughafens ist. Dieses Komitee wird von weiteren Lobby-Organisationen flankiert, die eben-

falls Ende der sechziger Jahre entstanden, namentlich die »City Vereinigung Zürich« und die Vereinigung »Zürich-Transport« (vgl. Blanc/Ganz 1985 und 1986).

24. »Seldwyla« ist die von Gottfried Keller kreierte Chiffre für das kleinstädtische, bornierte Zürich des letzten Jahrhunderts.

25. Im Laufe der anschliessenden politischen Auseinandersetzungen erklärte sich der Stadtrat bereit, den ausgedienten Lindenhofbunker als AJZ zur Verfügung zu stellen, das am 30. November 1970 eröffnet wurde. Als Reaktion auf die andauernde Repression der Polizei gegen die BesucherInnen des »Bunkers« wurde am 1. Januar 1971 die »Autonome Republik Bunker« ausgerufen, worauf einige Tage später der »Bunker« polizeilich geräumt und behördlich geschlossen wurde (vgl. Zwingli 1991).

26. Vgl. z.B.: *Die grünen Kinder* von Kurt Gloor über den Massenwohnungsbau in Volketswil (1971), *Zur Wohnungsfrage* 1972 von Hans und Nina Stürm (1972), *Der Bucheggplatz* z.B. von Sebastian C. Schröder über die Westtangente (1973), *Beton-Fluss* von Hans-Ulrich Schlumpf zum Bau der Sihlhochstrasse (1974).

27. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang vor allem die Abstimmungen über das Parkhaus unter dem Hechtplatz (1970) und über die Fortsetzung der Westtangente (Hardplatzvorlage, 1972).

28. Dies gilt unter anderem für die verschiedenen Teilprojekte des »City-Rings«, die zu Beginn der siebziger Jahre sang- und klanglos in den Schubladen der Stadtverwaltung verschwanden, für die im Jahre 1971 vom Stadtrat lancierte Idee einer »Waldstadt« auf dem Adlisberg zwischen Witikon und Fluntern oder auch für den Vorschlag, in Zürich olympische Winterspiele durchzuführen.

29. Diese Zielvorgaben wurden 1982 vom Parlament erneut bestätigt.

30. Für den Abstimmungserfolg dieser Initiative war vermutlich ausschlaggebend, dass sie »nebenbei« auch den geplanten Ausbau der Seestrasse verumglichte.

31. Konkreter Anlass dieser Demonstration war eine Abstimmungsvorlage über einen Beitrag von 60 Millionen Franken zur Sanierung des Opernhauses.

32. »Wir sind die Kulturleichen der Stadt« lautete der Slogan auf dem Fronttransparent der Opernhaus-Demonstration.

33. Berühmt wurde vor allem die »Bewegungshymne« *Züri brännt* vom Videoladen Zürich.

34. Mit einer gezielten Vertreibungsstrategie hatte die Polizei die offene Drogszene immer mehr ins AJZ abgedrängt.

35. Vgl. dazu z.B. den Beitrag von Kari-Anne Mey (1994) über Utopien und Realitäten im Kulturzentrum Rote Fabrik.

36. Kurz vor Kochs Amtsantritt offenbarte sich das ganze Ausmass der Misere im von Günstlingswirtschaft und Inkompetenz geprägten Hochbauamt, als Günther Tschanun, Chef der Baupolizei, am Morgen des 16. April 1986 zur Pistole griff, von Büro zu Büro eilte, vier seiner Mitarbeiter kaltblütig exekutierte und einen fünften schwer verletzte. Tschanun, zwei Jahre früher von Fahrner auf diesen Posten berufen und bei seinen ArbeitskollegInnen ebenso unbeliebt wie Fahrner, hatte mit dessen Abwahl seine einzige Stütze verloren. Ein gegen Tschanun gerichtetes Powerplay trieb diesen schliesslich in die völlige Verzweiflung (vgl. Morgenthaler 1991).

37. Um diese Beteiligung durchzusetzen, wurden zwei verschiedene Ausnutzungsziffern festgelegt: Der tiefere Wert kann in jedem Fall realisiert werden. Die höhere Ausnutzung jedoch wird nur dann gewährt, wenn die Grundeigentümer einen festgelegten, einmaligen Beitrag an den öffentlichen Transport leisten.

38. Obwohl im Kanton Zürich eine Regionalplanung existiert, wurde bis heute von offizieller Seite kein systematisches Entwicklungskonzept für das gesamte Gebiet von Zürich-Nord erarbeitet: Zum einen fällt Zürich-Nord in zwei verschiedene Planungsregionen, die Stadt Zürich (die eine eigene Planungsregion bildet) und die Region mittleres Glattal. Zum andern wird die Regionalplanung im Kanton Zürich von sogenannten Regionalplanungsgruppen betrieben, die als Zweckverbände organisiert und somit der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen sind. In der Praxis hat dies oft dazu geführt, dass die partikularistischen Interessen der einzelnen Gemeindebehörden zu einem Gesamtpaket zusammengefügt wurden.

39. So haben sich beispielsweise die Behörden der vier am stärksten betroffenen Gemeinden von Zürich-Nord – Dübendorf, Wallisellen, Opfikon und Kloten – zusammengesetzt und ein gemeinsames Entwicklungsleitbild entworfen (Entwicklungsplanung Glattal 1991). Allerdings ist auch dieser Versuch noch von einem partikularistischen Denken geprägt: Ohne Einbezug der Stadt Zürich und der anderen Gemeinden des mittleren Glattals lassen sich die Planungsdefizite von Zürich-Nord nicht beheben.

40. Seit 1994 nennt sich diese Partei, dem Zeitgeist entsprechend, »Freiheitspartei«.

41. Im 125-köpfigen Parlament von 1990 sassen 47 SozialdemokratInnen, 10 Grüne, 4 Alternative und 3 Feministinnen der Liste »Frauen Macht Politik«.

42. GP-Sprecher Jürg Hefti (Tages-Anzeiger, 21.1.94).

43. AL-Gemeinderat Niklaus Scherr in WochenZeitung 1994, S.5.

44. Zwei Veranstaltungsbereiche des Quartierzentrums konnten allerdings als Einzelprojekte über die Schliessung hinübergerettet werden: zunächst das Sofakino Xenix, später die Turnhalle (in der heute vor allem Konzert- und Disco-Veranstaltungen stattfinden).

45. Grundstücke in der Industriezone wurden zu 1000 bis 1500 Franken pro Quadratmeter, solche in der Dienstleistungszone zu 3000 bis 4500 Franken gehandelt (Tages-Anzeiger, 14.4.92).

46. Diese Schätzungen beruhen auf dem Entwurf des Hochbauamtes zur Bau- und Zonenordnung von 1988 (vgl. Bauamt II der Stadt Zürich 1989).

47. Der Verkehrsberuhiger Ruedi Aeschbacher wurde abgewählt, dafür kam die Grüne Monika Stocker neu in den Stadtrat.

VI. Frankfurt





Ausser Atem – Frankfurt nach der Postmoderne

Klaus Ronneberger und Roger Keil

Mitte der neunziger Jahre hat Frankfurt, die Glamour-Kapitale des westdeutschen Wachstumsmodells der achtziger Jahre, seinen Glanz verloren. Zwar zeugen Bankentürme und Flughafen, Messe und hohe Lebenskosten davon, dass die Mainmetropole den Aufstieg in die Spitzenklasse der europäischen Finanzzentren geschafft hat; doch Armut und zunehmende Marginalisierung sozialer Gruppen, wachsende kommunale Verschuldung, sozialräumliche Segregation oder das Aufbrechen des klassischen Verhältnisses von Zentrum und Peripherie zeugen davon, dass die Formation einer *World City* ihren Preis hatte. Heute bündeln sich in der Stadt die Widersprüche und Bruchlinien der globalen Ökonomie. Im folgenden Text zeichnen wir eine Skizze der Problemlagen, die die Globalisierung Frankfurts erbrachten. Wir beginnen diese Darstellung mit einer historischen Betrachtung und beschliessen sie mit einer aktuellen Einschätzung politischer Optionen für die Stadtregion.

Die Entwicklung Frankfurts zu einem der weltweit führenden Finanzzentren ist das Ergebnis langfristiger und komplexer Urbanisierungsprozesse. Der erste Teil des vorliegenden Textes zeichnet in groben Linien die Entwicklung der Mainmetropole zu einem europäischen Finanzzentrum während dieses Jahrhunderts nach. Die jüngere Frankfurter Geschichte lässt sich in verschiedene Perioden unterteilen, die jeweils spezifische politische, ökonomische und soziale Dynamiken aufweisen. Den Schwerpunkt unserer Betrachtung bilden die lokalen bzw. regionalen Akkumulationsregimes und Regulationsweisen.¹ Im zweiten Teil verlassen wir die historische Ebene und versuchen – ausgehend von ökonomischen und sozialräumlichen Analysen, die sich am Theorem der Welt-Stadt-Formation orientieren (vgl. Friedmann, Sassen und Kipfer/Keil in diesem Buch) – ein aktuelles Profil des europäischen Finanzzentrums Frankfurt Rhein-Main zu erstellen. Im dritten Teil schliesslich untersuchen wir das rot-grüne Reformprojekt in der *World City* Frankfurt, nehmen eine Einschätzung der politischen Entwicklung seit 1989 vor und versuchen hieraus einige Schlüsse für

die Bedingungen einer progressiven Stadtpolitik in den neunziger Jahren zu ziehen.

Von der fordistischen Metropole zur World City

Frankfurt hat eine alte Tradition als internationaler Handels- und Finanzplatz und eine junge Geschichte als exportorientierter Industriestandort. Die Stadt war, wie der Name bereits verrät, vor allem ein Durchgangsort. Ihre bauliche Umwelt und soziale Infrastruktur stand stets Aktivitäten zur Verfügung, die nicht ortsgebunden, sondern mobil und flüchtig waren. Selbst nicht Residenzstadt, diente Frankfurt lange Zeit als Wahl- und Krönungsort der deutschen Kaiser und Könige. Als Messestandort ist ihre Ökonomie seit Jahrhunderten nach dem Takt des Vorübergehenden organisiert.

Dies hat sich durch den Aufstieg Frankfurts zur *World City* geändert. Zwar halten vor allem Messe und Flughafen noch an der transitorischen Tradition fest, bleibt ein grosser Teil der Investitionen und wirtschaftlichen Aktivitäten der *Global City* der Struktur der Stadt insgesamt äusserlich. Doch nun verdichten sich in Frankfurt zunehmend die Entscheidungsstrukturen. Von hier aus werden grosse Teile der deutschen Ökonomie kontrolliert und mit der globalen Ökonomie artikuliert (Keil 1995).

Frankfurt im zwanzigsten Jahrhundert: eine Skizze

Die jüngere Geschichte des Kapitalismus lässt sich schematisch nach vier aufeinanderfolgenden Akkumulationsregimes und Regulationsweisen periodisieren. Dies gilt auch für den »Sonderfall« Deutschland, der aufgrund von Faschismus und Teilung (noch) schlechter zu kategorisieren ist als andere Nationen.² Während des 19. Jahrhunderts herrschte ein extensives Regime vor, das gegen Ende des Jahrhunderts von einem intensiven Regime mit einer grossindustriell tayloristischen Produktionsweise ohne Massenkonsum abgelöst wurde. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bildete sich der Fordismus als dominante Form heraus: Die intensiv organisierte Massenproduktion wurde über eine monopolistische (nationale und oft korporatistische) Regulationsweise mit dem Massenkonsum verknüpft. Im letzten Viertel unseres Jahrhunderts geriet dieses Arrangement in eine Krise und öffnete neuen, sogenannten postfordistischen Entwicklungen die Tür, die ein globalisiertes flexibles Akkumulationsregime mit spezifischen nationalen und lokalen Regulationsweisen verbinden (Hirst/Zeitlin 1991, vgl. auch Lipietz in diesem Buch).

Die Ausbildung des Städtesystems insgesamt und der Städte im einzelnen erfolgte im Kontext dieser aufeinanderfolgenden Gesellschaftsformationen. Die Entwicklung Frankfurts verlief lange Zeit fast im Gleichschritt mit der nationalen Regulation (vgl. Abb. 1). Seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bildete sich aus einem extensiven Regime der Kapitalakkumulation ein intensives Regime heraus, zunächst im Übergang von einer agrarischen Handwerksproduktion zu den Anfängen einer chemischen und metallverarbeitenden Industrie, die sich später zu einem massenproduzierenden Regime (Hoechst, Cassella) entfaltete. Für Frankfurt spezifisch war die zunft- und standesgebundene antiindustrielle Haltung der lokalen Elite und die Dominanz des auf Fernhandel ausgerichteten kommerziellen Kapitals, die eine Ausbreitung intensiver (im Sinne fordistisch-tayloristischer) Regulationsweisen erschwerten. Die Grossindustrie entstand vor 1925 ausserhalb der Stadt (wie etwa Opel in Rüsselsheim), wo sich ohnehin bereits die Werke aus der Zeit des extensiven Regimes (Hoechst in Höchst, Cassella in Fechenheim) befanden.

Der »Frankfurter Fordismus« der zwanziger Jahre war eine lokale Angelegenheit (Andernacht/Kuhn 1986), doch er reflektierte und beeinflusste zugleich die grösseren gesellschaftlichen Brüche und Kontinuitäten. Wir beschreiben diese kurze Periode mit dem Begriff des »Parafordismus«, um den unvollständigen Charakter dieser lokalen Formation während einer Phase zu kennzeichnen, in der sich der Fordismus als nationales Regime noch nicht durchgesetzt hatte.

»Das NEUE FRANKFURT«³

In den zwanziger Jahren war Frankfurt der Schauplatz ambitionierter städtebaulicher Projekte. Unter der Leitung des linksliberalen Oberbürgermeisters Ludwig Landmann und des sozialistischen Stadtbau-meisters Ernst May entwickelte sich die Stadt zu einem Zentrum modernistischer Wohnungsbauprogramme. Die Intentionen des sozialliberalen politischen Regimes⁴ reichten aber weit darüber hinaus. »Es ging dem Bündnis um eine neue Grossstadtkultur (...) und vor allem um die Verknüpfung der wirtschaftlichen mit der sozialen Stadtplanung und eine republikanische Kultur- und Bildungspolitik« (v. Friedeburg 1994: 10).⁵ Im Mittelpunkt stand jedoch die gewaltige städtebauliche Leistung des energisch vorangetriebenen Massenwohnungsbaus in der städtischen Peripherie. Diese Initiative des Landmann-Regimes schuf einen lokalen »Parafordismus«. Sie trug bereits die Merkmale der fordistischen Verknüpfung von Massenproduktion und -konsumtion, die sich erst im Nachkriegsdeutschland national durchsetzen sollte. »Das

Abbildung 1: Lokale Regulationsweisen und Akkumulationsregimes in Frankfurt (schematische Darstellung).

1900	Süddeutsches Oberzentrum		Handwerk, Banken, Chemie
1925/ 1930	Franfurter Fordismus; Parafordismus	Modernisierung	Parafordismus, Wohnungsbau
1933/ 1945	Gotischer Fordismus	zentralistisch, autoritär	Tourismus, Handwerk, Infra- struktur, Rüstung
1945/ 1974	Wirtschafts- wunderstadt: »Unbewohnbar wie der Mond«	Wiederaufbau, Wachstum, Planungs- demokratie	Goldener Fordismus, Wohnungsbau, Reindustri- alisierung, Infrastruktur, autogerechte Stadt, Export- orientierung, Bundesbank
1975/ 1989	Modell Deutschland; Weltstadt Formation	Ad-hoc-Planung, Startbahn, Konfron- tation, selektiver Ausschluss, Zentra- lisierung, Welt- Stadt-Formation	Dienstleistungen, Finanzen, Flughafen, Messe, Hochtechnologie, Kultur
1989/ 1993	Soziale und ökologische Reform und Regulation	Regionalismus, selektive Inkorpori- erung, Planungs- demokratie, World City-Regulation	weitere Tertiärisierung, Deindustrialisie- rung, Natur
1994	Krise des Reformmodells	Der »schlanke Staat«	Flughafenausbau, Desartikulation des Ökologischen

Neue Frankfurt war faktisch eine städtebauliche Programmierung sozialer Beziehungen im Sinne der fordistischen Regulierung industrieller Verhältnisse und steht somit am Beginn der Entwicklung einer neuen Art von Vergesellschaftung, deren Umstrukturierung wir heute erleben: der sozialstaatlichen Formierung politischer und ökonomischer Beziehungen zur 'fordistischen' Gesellschaftsformation, welche dann die Bundesrepublik unter der Hegemonie des amerikanischen Modells charakterisierte. Die Modernität des Neuen Frankfurt liegt in der Einfügung in dieses Modell, welches hier in seiner Konstituierung durch das sozialdemokratische Klima studiert werden kann« (Prigge 1986a: 37).

Zu Beginn dieses Jahrhunderts war Frankfurt – nachdem es seine Vormachtstellung als Bankenstadt an Berlin abgeben musste und infolge des geringen Industrialisierungsgrades – im Städtewettbewerb der Zeit deutlich unterlegen. Dieser Entwicklung setzte Oberbürgermeister Landmann die Initiative entgegen, die Stadt am Main zu einem süddeutschen »Oberzentrum« auszubauen. Während jener Phase wurde der Grundstock gelegt, dem Frankfurt seinen späteren Aufstieg zur internationalen Metropole verdankte: Die Stadt entwickelte sich zu einem bedeutenden Industriestandort. Zur Absicherung der Industriepolitik, die von grossflächigen Siedlungsbauvorhaben flankiert wurde, fand eine erhebliche Gebietserweiterung Frankfurts statt. Wichtige Standorte wie die Cassella-Werke im Osten oder die Farbwerke Hoechst im Westen der Stadt wurden im Laufe der zwanziger Jahre eingemeindet. Schliesslich erlangte Frankfurt mit der Konzeption und dem Ausbau moderner Transportsysteme (Autobahn und Grossflughafen) den Status eines zentralen Verkehrsknotenpunktes (vgl. Rebentisch 1991: 442-457).

»Die Stadt des Deutschen Handwerks«: Zurück in die Zukunft des Mittelalters

Zwischen 1933 und 1945 setzte der »gotische Fordismus« der Nationalsozialisten den Reformbemühungen der vorangegangenen Dekade ein Ende. Bereits im Frühjahr 1933 errangen die Nazis die Macht im Rathaus und begannen sofort mit der Beseitigung all jener Symbole und Institutionen, die für Demokratie und Liberalität standen. An die Stelle des »Neuen Frankfurt« sollte nach dem Willen der Faschisten die »Stadt des Deutschen Handwerks«⁶ treten. Im Rahmen dieser Strategie begann man das alte Stadtzentrum – Deutschlands damals grössten mittelalterlichen Kern – in einen Spektakelort für den nationalen und internationalen Tourismus umzugestalten. Frankfurt sollte in Konkurrenz zum »romantischen« Heidelberg treten (Durth 1988, Haverkamp 1985). Die grossen Wohnungsbauprogramme der zwanziger Jahre wurden unter anderen politischen Vorzeichen (Blut- und Bodenideologie) und in modifizierter Form fortgeführt. Zur selben Zeit wurden der Rhein-Main-Flughafen und der Abschnitt Frankfurt-Darmstadt der Reichsautobahn, die Kernstücke der fordistischen Infrastruktur der Nachkriegszeit, ausgebaut. Damit reduzierte sich die Massenarbeitslosigkeit im Frankfurter Raum erheblich. Insgesamt fiel es der Frankfurter Ökonomie jedoch schwerer als vergleichbaren Regionen (etwa in Mitteldeutschland), aus der Stagnation und der Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise herauszukommen.⁷ Zwischen 1933 und 1939

verringerte sich die Zahl der Frankfurter Bankhäuser von 182 auf 119. Wegen der Vertreibung der Juden gingen im Handel viele Betriebe verloren. Auch der grossindustrielle Sektor, allen voran die Chemie, entwickelte sich während der dreissiger Jahre nicht so schnell wie vergleichbare Wirtschaftsbereiche in anderen Teilen Deutschlands. Lediglich in der Automobilindustrie kam es wegen der von den Nazis forcierten Motorisierung zu einer Produktionsausweitung (Lerner 1958: 542). Nach anfänglicher Verzögerung wurde Frankfurt schliesslich auch zum Rüstungsstandort ausgebaut (z.B. IG-Farben-Zentrale⁸ und Adler als »Wehrwirtschaftsbetrieb« seit 1938; vgl. Kaiser/Knorn 1992: 12).

Das Frankfurt der nationalsozialistischen Ära ist gekennzeichnet durch die besondere Mischung von ökonomisch technologischer Modernisierung, Blut-und-Boden-Romantizismus und rassistisch motiviertem Vernichtungswillen, dem schliesslich die jüdische Bevölkerung – eine der grössten Gemeinden in der Weimarer Republik – zum Opfer fiel. Von den 30.000 Jüdinnen und Juden überlebten in Frankfurt lediglich 140 Personen.⁹ Die Folgen des Terrors waren auch für die Zeit nach dem Faschismus gravierend. Mit der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nazis wurde zugleich der Kern der lokalen bürgerlich-liberalen Klasse getroffen. Diese »Leerstelle« hatte weitreichende Folgen für die künftige Entwicklung von Frankfurt. Das Fehlen eines liberalen Bürgertums prägte das politisch-kulturelle Klima der Nachkriegsära und machte sich auch bei der Neukonzeption der zerstörten Stadt bemerkbar. Ohne dieses Vakuum wäre die städtische Entwicklung nach Massgabe übergeordneter ökonomischer oder logistischer Zentral-Funktionen vermutlich nicht so reibungslos verlaufen.

Unbewohnbar wie der Mond: Wirtschaftswunderstadt Frankfurt

Die weitere Entwicklung Frankfurts zu einer frühen Modellstadt des deutschen Fordismus war bestimmt durch den Wiederaufbau der Baubsubstanz und der städtischen Ökonomie nach den Verwüstungen des Krieges. Diese Phase der Urbanisierung brachte eine Stadt hervor, von der Gerhard Zwerenz in einem Roman schrieb, sie sei »so unbewohnbar wie der Mond« (Zwerenz 1973).¹⁰

Frankfurt stieg in der Nachkriegszeit zum Zentrum der bundesdeutschen Wirtschaft auf. Damit beschriftete die Mainmetropole den Weg, der im Jahrbuch der Stadt 1950/51 in einer kühnen (und trotzig)en Forderung vorgezeichnet war, nämlich, »dass die Stadt Frankfurt auf dem besten Wege ist, eine Wirtschaftshauptstadt zu werden, nachdem sie politische Hauptstadt nicht werden konnte« (von Verschuer 1950:

46). Entscheidend für diesen Aufstieg waren unter anderem die in den zwanziger und dreissiger Jahren entwickelte Infrastruktur und spezifische Standortbedingungen, die sich aus der ursprünglichen Aufteilung des Nachkriegsdeutschlands in vier Besatzungszonen ergaben. Vor allem die Ansiedlungen des Verwaltungssitzes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der westlichen Besatzungszonen und der Deutschen Bundesbank stellten wichtige Bausteine für die Entwicklung zu einem internationalen Finanzplatz dar. In wachsendem Masse siedelten sich hier Unternehmen, Verbände und Institutionen mit Zentralfunktionen an. Bereits 1960 umfasste der tertiäre Sektor über die Hälfte der bestehenden Arbeitsplätze.¹¹ Frankfurt lag damit an der Spitze aller bundesdeutschen Städte.

Während die Mainmetropole zum Finanzzentrum der Bundesrepublik heranwuchs, geriet sie zugleich zum Synonym städtischen Schreckens, zum bevorzugten Beispiel für all das, was während des Wirtschaftswunders hatte schief gehen können. Nicht die kommunalen Verantwortlichen prägten die weitere Stadtentwicklung, sondern Banken und Versicherungen. Die städtebaulichen Massnahmen orientierten sich fast ausschliesslich an wirtschaftlichen Interessen und verschafften der Stadt in den sechziger Jahren das Image eines »Mainhattan von Deutschland« (vgl. Senger 1980). Kommunalpolitik und Planung wurden von der für die Nachkriegszeit typischen »Wachstums-ethik« regiert. Niemand hinterfragte die Notwendigkeit einer unbegrenzten wirtschaftlichen Expansion. Als Hauptaufgabe der städtischen Entwicklungspolitik galt die Schaffung einer funktionierenden Infrastruktur für die Produktion sowie für die Reproduktion des städtischen Alltags (z.B. Individualverkehr).

Bürotürme und Häuserkampf

Frankfurts Entwicklung zu einer Kernstadt des Fordismus erfolgte gemäss der damals vorherrschenden Zonierungslogik: funktionale Trennung der städtischen Räume, konsequente Umsetzung eines autogerechten Verkehrssystems, Ausweitung der Büroökonomie in der Innenstadt und citynahen Stadtteilen, mit entsprechenden Verdrängungseffekten für die betroffene Wohnbevölkerung. Diese Entwicklung wurde konzeptionell und administrativ von der korporatistischen Wachstumskoalition unterstützt und mit der Hilfe einer Gruppe von »Ortsunternehmern« (Logan/Molotch 1987) durchgesetzt. Es handelte sich hierbei vor allem um Immobilienspekulanten, die als »Rambböcke« für die Umwandlung von Wohn- in Büroraum operierten. Sie erhielten finanzielle Unterstützung von Banken, die selbst am Rand der

entstehenden politischen Konflikte blieben (Stracke 1980: 56). Eine politische Absicherung bestand zudem durch die Planungsgrundsätze der Stadt aus dem Jahre 1968, dem sogenannten »Fingerplan«, der eine Hochhausbebauung entlang von Hauptstrassen vorsah, die sich von der Innenstadt aus in Wohnquartiere erstrecken sollte (Stracke 1980: 46).

In den späten sechziger Jahren regte sich in den Stadtteilen Widerstand gegen die Wachstumspolitik dieser Koalition. Eine – eher moderat agierende – Bürgerinitiative im Westend, die »AG Westend«, begann, gegen die Umwandlung ihres Quartiers in ein Büroviertel anzukämpfen. Sie repräsentierte eine klassische territoriale, kleinbürgerliche Bewegung, die sich gegen bestimmte Massnahmen der Stadtregierung, nicht jedoch gegen den lokalen Staat selbst richtete. Zu Beginn der siebziger Jahre entstand allerdings mit dem »Häuserkampf« eine radikale Wohnungsbewegung. Vor allem von StudentInnen organisiert, aber auch durch Mietstreiks von ArbeitsimmigrantInnen unterstützt¹², stellte diese militante Bewegung die grundlegenden Arrangements der wirtschaftlichen und politischen Macht in der Stadt in Frage. Dies geschah just zu der Zeit, als sich Frankfurts Wachstumsmaschine verstärkt zu internationalisieren begann. Der Häuserkampf der frühen siebziger Jahre umfasste mehrere Tausend Menschen, die an Besetzungen, direkten Aktionen und Auseinandersetzungen mit dem lokalen Staat teilnahmen.

Die Verdrängung der Bevölkerung aus den innerstädtischen Quartieren und die Verwandlung von Wohnungen in Büroraum wurden zu den zentralen Streitpunkten des städtischen Diskurses. Dabei richteten sich die Bestrebungen der regierenden SPD vor allem darauf, die entstehenden Konflikte halbwegs im Griff zu behalten. Dies implizierte auch eine repressivere lokalstaatliche Politik. Die »Politik des Ortes« war somit während der siebziger Jahre von einer widersprüchlichen Konstellation geprägt: Der sozialdemokratische Magistrat strebte eine umfassende Planung an, während die grossflächige Zerstörung von Quartieren weiter voranschritt. Und obwohl die Stadtregierung Formen von »Bürgerbeteiligung« in den Planungsprozess einführte, intensivierte sie gleichzeitig die politische Repression gegenüber der Häuserkampfbewegung. Das sozialdemokratische Regime des Wiederaufbaus, das lange die Unterstützung der CDU genoss, geriet in eine tiefe Legitimationskrise, die sich aus einer doppelten Frontstellung ergab: Einerseits galt es, die radikalen städtischen Bewegungen einzudämmen, andererseits musste die SPD den Angriffen einer zunehmend aggressiveren CDU standhalten. Diese Phase heftiger sozialer Auseinandersetzungen endete schliesslich mit dem Niedergang der radikalen Opposition ge-

gen die Expansion fordistischer Monostrukturen und mit der Auflösung der lokalen sozialdemokratischen Hegemonie.

Das Wallmann-Regime: Frankfurt auf dem Weg in den Postfordismus

Metropolitane Urbanität

Die CDU verdankte ihren Wahlsieg 1977 eher dem politischen Bankrott der SPD als ihrem Wahlprogramm. Das sozialdemokratische Regime vermochte es nicht, von der Wachstumspolitik der Nachkriegszeit zu einem postmodernen *Urban Management* überzugehen. Die Konservativen unter Walter Wallmann hingegen waren in der Lage, diese Transformation zu vollziehen. Der Machtwechsel in Frankfurt ging der »Wende« in Bonn um fünf Jahre voraus und schuf eine lokale Werkstatt für den autoritären Populismus der Bundes-CDU unter Kanzler Helmut Kohl. Nach einer Phase der Stagnation setzte nun *boosterism* ein, eine Politik ungebremseter wirtschaftlicher Expansion, die gleichermaßen die Internationalisierung wie die sozialräumliche Zentralisierung vorantrieb (Scholz 1989). Die Christdemokraten konnten einige unvollendete Projekte der SPD übernehmen und zu Ende führen, wie etwa die historisierende Rekonstruktion des mittelalterlichen Stadtzentrums am Römerberg oder den originalgetreuen Wiederaufbau der – im zweiten Weltkrieg zerstörten – Alten Oper. Die sozialdemokratischen Dezernenten Hilmar Hoffmann (Kultur) und Hans-Erhard Haverkamp (Bau) blieben im Amt und dienten dem Wallmann-Regime als liberale Aushängeschilder. Die Konservativen entwickelten ein Urbanisierungsprogramm, das die Planungsvorhaben zugunsten des internationalen Kapitals flexibilisierte und zugleich die Kulturalisierung der Stadtpolitik vorantrieb (Prigge 1986b). Im Gegensatz zur SPD hatten die Konservativen begriffen, dass die Erringung von (Wahl-) Mehrheiten nicht nur durch eine materielle Interessenpolitik, sondern auch durch Identitätsangebote zu bewerkstelligen war. Kultur wurde so zum »Ferment der Kommunalpolitik« (Walter Wallmann). Insbesondere die Errichtung einer innerstädtischen Museumslandschaft stand für den Anspruch Frankfurts, nicht nur zu einem internationalen Finanzzentrum, sondern auch zu einer bedeutenden »Kulturmetropole« aufzusteigen. Diese Strategie reflektierte einerseits die veränderten kulturellen Orientierungen gewichtiger Teile der städtischen Bevölkerung und diente zugleich als Legitimation für die Vernachlässigung der Sozialpolitik, insbesondere des Wohnungsbaus.

Das Wallmann-Regime stellte eine lokale politische »Antwort« auf die Anforderungen des entstehenden internationalen Wirtschaftszen-

trums Frankfurt dar (Lieser/Keil 1988a; Keil/Lieser 1992; Prigge 1988a). In dieser Reorientierung der kommunalen Politik lag für ein Jahrzehnt der Schlüssel zum Erfolg Frankfurts im internationalen Städtewettbewerb. Es war diese Transformation des stadtpolitischen Konzepts von der modernen Grossstadt zur metropolitenen Urbanität, die das konservative Neue Frankfurt der achtziger Jahre zum Exportmodell machte.¹³ Zugleich hatte Frankfurt mit dem Wallmann-Regime die Schwelle zur *World City*-Formation überschritten. Frankfurt-Rhein-Main entwickelte sich von einem nationalen Finanzzentrum zu einem strategischen Knoten im Netzwerk der restrukturierten globalen Ökonomie. Die konservative Regierung schuf – neben dem populistischen Urbanisierungsprogramm – eine elitäre Wachstumsmaschine, die die Messegesellschaft, die Flughafen-AG, die Bundesbahn und städtisch-private Entwicklungsgesellschaften wie die Frankfurter Aufbau AG, aber auch grosse Planungs- und Architekturbüros wie Speer und Ungers umfasste. Angeheizt wurden die Aktivitäten dieser Wachstumsmaschine durch eine aggressive Politik der Imageproduktion und des *boosterism*. Während die historisierende Römerbergbebauung einerseits »Heimat« symbolisieren sollte, strebte das neue *Urban Management* zugleich nach Weltstadt-Grösse und brachte dies in politischen Zielvorgaben und Festtagsreden zum Ausdruck. Mit dem Mythos von der aufstrebenden Weltstadt hatten die Konservativen ein identitätsstiftendes Raumbild geschaffen, dessen Faszinationskraft wichtige Teile der Mittelklasse veranlasste, der Metropolenentwicklung positiv gegenüber zu stehen. Zugleich zementierte der an der Weltstadt-Zitadelle ausgerichtete »Diskurs der Differenz« die »selektive Exklusion« der MigrantInnen und naturalisierte die sozialräumliche Polarisierung der Stadt. »Gastarbeiter« waren zwar als notwendiger Teil der *World City*-Ökonomie akzeptiert, die politische und soziale Integration der MigrantInnen wurde jedoch aktiv be- und verhindert. So profilierte sich etwa die Wallmann-Regierung mit der Forderung nach einem Zuzugsverbot für AusländerInnen und warb die CDU bei den Kommunalwahlen 1985 mit Slogans wie »Das Ausländerproblem liegt in Ihrer Hand«. Vor den Stadtratswahlen 1989 setzten die Konservativen noch eins drauf und behaupteten: »Wir Frankfurter sagen Nein zum Ausländerwahlrecht«.

Expansion der Superstruktur und Anti-Startbahnbewegung

Ebenso wie die Häuserkampfbewegung oder die Verteidigung des Westends zu einer lokalen Variante des Modell Deutschland¹⁴ beigetragen hatten, ermöglichten erst die Niederschlagung und Inkorporierung neuer sozialer Bewegungen die politische Durchsetzung des Wallmann-

Regimes. Nicht ohne symbolische Bedeutung ist der Umstand, dass sich der Aufstieg zur *Global City* in einer Phase militanter Auseinandersetzungen um die Expansion des Rhein-Main-Flughafens vollzog. Die Errichtung und Verteidigung des »Hüttendorfes« im Stadtwald, gewalttätige und friedliche Demonstrationen in der Innenstadt, eine Massenveranstaltung in Wiesbaden mit 120.000 TeilnehmerInnen, die Kriminalisierung von Fürsprechern der Bewegung wie Alexander Schubart, jahrelange »Sonntagsspaziergänge« am Bauzaun und eine Unterschriftenaktion zur Forderung eines Volksentscheides mit 220.000 Unterzeichnenden waren die bekannten Stationen eines Kampfes, der fast ein Jahrzehnt lang währte (Rucht 1984: 195-272). Insbesondere die Anliegergemeinden im Süden Frankfurts, die die Errichtung einer neuen Startbahn zunächst begrüsst hatten, wurden zu den entschiedensten Gegnerinnen des Vorhabens, als offensichtlich wurde, dass sie den Hauptanteil der negativen Folgen zu ertragen hatten (Lärm, Beschneidung von Naherholungsgebieten etc.).

Die sozialen Kämpfe um die Startbahn West waren von einigen der zentralen Konflikte gekennzeichnet, die typisch für die Formation einer *World City* sind: dem Eindringen superstruktureller Arrangements in die Lebenswelten und Ökologien der Stadtregion; dem Einschluss von Frankfurt-Rhein Main in ein zunehmend globalisiertes Produktionssystem; der Entmächtigung der lokalen Bevölkerung zugunsten von Interessen des globalen Kapitals und der völligen Unterordnung der Region unter diese Interessen.

In gewisser Weise kann die Startbahn-Bewegung als Widerstand gegen die sich herausbildende Superstruktur der *World City* verstanden werden. Ein grosser Teil der Auseinandersetzungen fand jedoch physisch im Wald und politisch auf der Landes- und Bundesebene statt. Diese geographische und funktionale Dislozierung des Kampfes vom Ort der städtischen Entscheidungsstrukturen folgte aus der Topographie des Konflikts und der rechtlichen Situation (Flugverkehr ist Bundes Sache). Doch war diese Verlagerung auch teilweise dafür verantwortlich, dass die Bewegung ihre Forderungen nicht durchsetzen konnte. Die Situation war allerdings überaus kompliziert: Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand der Konflikt zwischen mächtigen ökonomischen Interessen an einem möglichst unbegrenzten Wachstum des Flugaufkommens und den FlughafenanwohnerInnen, die ihre Lebensqualität in Frage gestellt sahen. Gleichzeitig ging ein Riss durch die gesamte Rhein-Main-Region: Der Bedrohung einer zunehmenden ökologischen Belastung stand die Forderung nach gesicherten Arbeitsplätzen gegenüber (vgl. Rucht 1984: 198).¹⁵

Tatsächlich wurde der Bau der neuen Startbahn legitimiert mit Ver-

weisen auf die internationale Bedeutung des Flughafens, auf seine Funktion für die regionale Ökonomie und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die GegnerInnen des Projektes stellten die Prämissen des entstehenden neuen Akkumulationsregimes in Frage, wie sie der Flughafen und das Wallmann-Regime symbolisierten. Sie protestierten gegen die Reduzierung ihrer Lebensumwelt auf eine funktionale Grösse der restrukturierten globalen Ökonomie. Angesichts dieses Protests verlief die Formation der *World City* Frankfurt nicht reibungslos. Vielmehr verkörperte der Widerstand gegen die Startbahn einen symbolischen Riss, der auch in die neue strukturierte Kohärenz Frankfurts einging.

Eine Folge der Startbahn-Auseinandersetzung war die dauerhafte Verankerung eines grünen Wählerpotentials in der Region und in der Stadt. Die Grünen zogen 1981 erstmals mit mehr als sechs Prozent in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung ein. Sowohl 1985 (acht Prozent) als auch 1989 (zehn Prozent) konnten sie ihre Position stärken. Seit 1989 ist die Partei als Koalitionspartnerin an der Regierung beteiligt und erzielte 1993 bei den Kommunalwahlen mit vierzehn Prozent ihr bisher bestes Ergebnis. Vor allem in citynahen Stadtvierteln können die Grünen heute bis zu einem Drittel der Stimmen für sich verbuchen. Auf regionaler Ebene, insbesondere in den Gemeinden rund um die Startbahn West, fielen ihre Wahlergebnisse in der ersten Hälfte der achtziger Jahre sogar noch vorteilhafter aus.

Niedergang der konservativen Stadtregierung

Mit dem Wechsel Wallmanns in die Bundespolitik im Jahr 1987 und dem Nachrücken des rechtskonservativen und farblosen Oberbürgermeisters Brück zeichnete sich der Niedergang der CDU-Stadtregierung bereits ab. Für die Niederlage der Konservativen bei den Wahlen 1989 und den Zerfall der bewährten Frankfurter Wachstumskoalition waren vor allem zwei Tendenzen verantwortlich. Erstens konnten gegen Ende der achtziger Jahre die Widersprüche zwischen dem Trugbild der »Weltstadt« und den zerstörerischen Auswirkungen der *World City*-Formation von der konservativen Stadtregierung nicht mehr geglättet und zusammengehalten werden. Die durch die skrupellose Modernisierungsstrategie des Wallmann-Regimes mitverursachten sozialen und ökologischen Probleme in der Stadt erwiesen sich als zu drastisch, um noch mit den Festtagsreden des Frankfurter Herrenclubs übertüncht werden zu können. Zweitens stiessen der Nationalismus der Konservativen und die antisemitische Kampagne gegen den Alt-68er Cohn Bendit, der seit den frühen achtziger Jahren aktives Mitglied der Grünen ist, bei der (knappen) Mehrheit der deutschen Wahlbevölkerung auf Ablehnung. Die Konsensstrategie des Populisten Wallmann war einer

scharfen politischen Polarisierung gewichen, die am rechten Rand der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) zum Einzug ins Stadtparlament verhalf. Die Sozialdemokraten und die Grünen übernahmen die Regierung und versprachen eine ähnlich grundlegende Umorientierung der städtischen Politik, wie Wallmann sie 1977 – mit umgekehrter Zielsetzung – eingeleitet hatte. Die Modernisierung der Stadt sollte nun stärker nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Frankfurt-Rhein-Main trat von der Phase der Formation in die Phase der Regulation der *World City* ein.

Frankfurt: Profil eines europäischen Finanzzentrums

Der Aufstieg Frankfurts zur internationalen Finanzmetropole erfolgt im Kontext der Globalisierung der Produktion und der Finanzmärkte. Über ein engmaschiges Netz von *Global Cities*, die sich in den entwickelten Industrieländern konzentrieren, werden zunehmend die weltweiten Kapitalkreisläufe und Produktionsprozesse gesteuert. An ihrer Spitze stehen New York, London und Tokio. Auf der nächsten Stufe folgen für den europäischen Bereich Paris, Zürich und Frankfurt Rhein-Main, dann Mailand, Amsterdam und Brüssel (Sassen und Kipfer/Keil in diesem Buch).

Rhein-Main-Raum als europäische Wachstumsregion

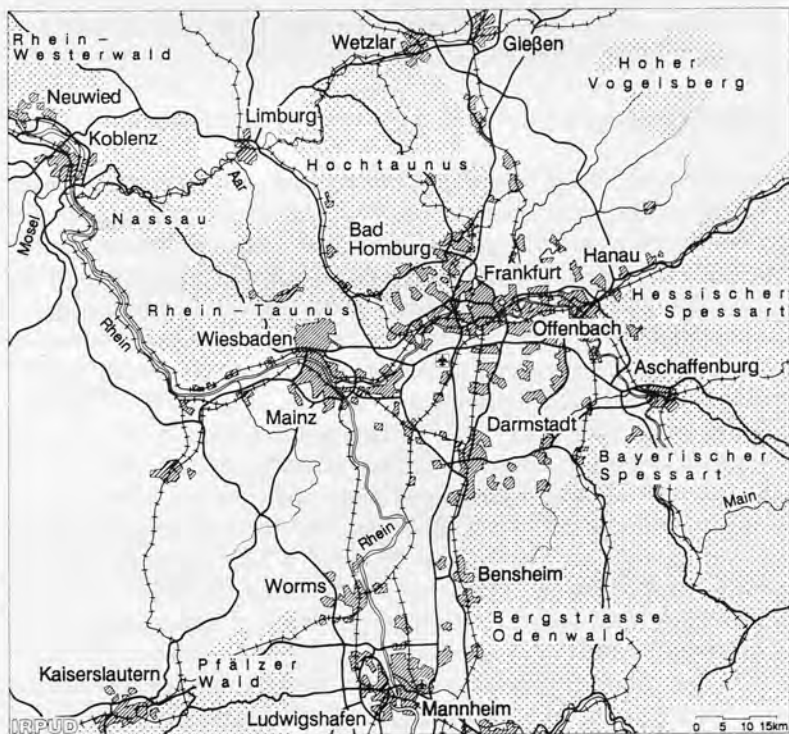
Die Bedeutung des Rhein-Main-Gebietes lässt sich bereits an einigen knappen statistischen Daten ablesen: So umfasst der südhessische Ballungsraum zwar nur knapp zehn Prozent der Fläche Hessens, aber 40 Prozent der ansässigen Bevölkerung dieses Bundeslandes, mehr als die Hälfte der Beschäftigten und über 70 Prozent der ausländischen ArbeitnehmerInnen. Versucht man das Rhein-Main-Gebiet einzugrenzen, so reicht die urbane Grossregion von Mainz/Wiesbaden im Westen bis Hanau/Aschaffenburg im Osten, von Giessen im Norden bis Darmstadt im Süden (vgl. Abb. 2). Dieser Raum stellt, mit über 5.000 Quadratkilometer, einen einheitlichen Arbeits- und Wohnmarkt für mehr als drei Millionen EinwohnerInnen und rund 1,6 Millionen Arbeitsplätze dar. Zugleich liegt die Region im Schnittpunkt überregionaler Verkehrssysteme (Autobahn, IC und ICE, Flughafen), die das Rhein-Main-Gebiet zu einem europäischen Distributionsstandort für unterschiedlichste logistische Strukturen machen (vgl. Ronneberger/Keil 1993a).

Seit den achtziger Jahren gehört der Wirtschaftsraum Rhein-Main zur Spitzengruppe der europäischen Wachstumsregionen und liegt

sowohl im Schnittpunkt der sogenannten Boombanane als auch des neubelebten Ost-West-Handels (vgl. Abb. 3). Allerdings ist die Verdichtung von Headquarterfunktionen in Frankfurt nicht in dem Masse vorangeschritten wie noch vor einigen Jahren prognostiziert wurde. Zu den 500 weltweit grössten Firmen können lediglich der Hoechst-Konzern, die Degussa und die Metallgesellschaft gerechnet werden. Jedoch sind immerhin siebzehn der 100 grössten deutschen Industrieunternehmen im Rhein-Main-Raum angesiedelt – allein zehn davon in der Stadt Frankfurt.

Die Vorteile der Region gegenüber anderen Agglomerationsräumen in der Bundesrepublik Deutschland liegen in ihrer polyzentrischen Struktur. Neben Frankfurt, wo sich Finanzfunktionen und die chemische Industrie konzentrieren, verdichten sich z.B. in Wiesbaden Dienstleistungsunternehmen (vor allem Versicherungen), in Darmstadt Informations- und Kommunikationstechnologien; Rüsselsheim wiederum

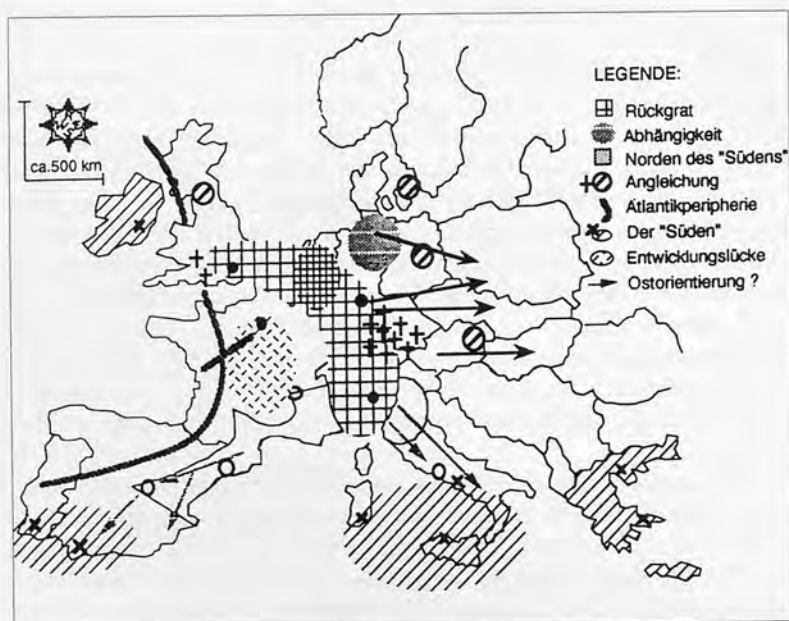
Abbildung 2: Siedlungsstruktur der Region Rhein-Main. In: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1991: 74.



stellt seit langem einen traditionellen Standort der Automobilindustrie dar. Entsprechend der diversifizierten geographischen Arbeitsteilung ist auch die sektorale Struktur der Region noch erstaunlich vielschichtig. Trotz der anhaltenden Expansion des gesamten Dienstleistungssektors sollte keinesfalls die Bedeutung des produzierenden Gewerbes unterschätzt werden. Durch die gesamte Rhein-Main-Region zieht sich ein breiter Gürtel wichtiger Konzerne des Produktionssektors aus den Bereichen Chemie/Pharmazie, Maschinen-/Fahrzeugbau und Elektrotechnik. Schwerpunkte bilden hierbei die chemische Industrie und der Elektronikbereich.

Die Betonung der Polyzentralität der Region ist besonders wichtig, denn die immer dichter werdende Skyline von Frankfurt verstellt häufig den Blick auf die wirtschaftliche Dynamik des regionalen Wirtschaftsraumes. Die Wachstumsschübe der Kernstadt lösen eine verstärkte ökonomische Entwicklung in den Randgemeinden aus. Gleichzeitig regen die neuen Wachstumszentren am Taunusrand oder am Flughafen wiederum die weitere Verdichtung der Frankfurter Zitadellenfunktionen an. Frankfurt ist in diesem Verständnis nicht nur ein

Abbildung 3: Die europäischen Entwicklungsachsen – Boombanane und Ost-westdynamiken. In: Arbeitsgruppe des ORL-Institutes 1991: 4 (nach DATAR 1989).



Knotenpunkt im internationalen Netz der Finanzkapitalströme, sondern auch Kernstadt einer europäischen Wachstumsregion, die ihre spezifischen Ansprüche an die Zitadelle stellt.

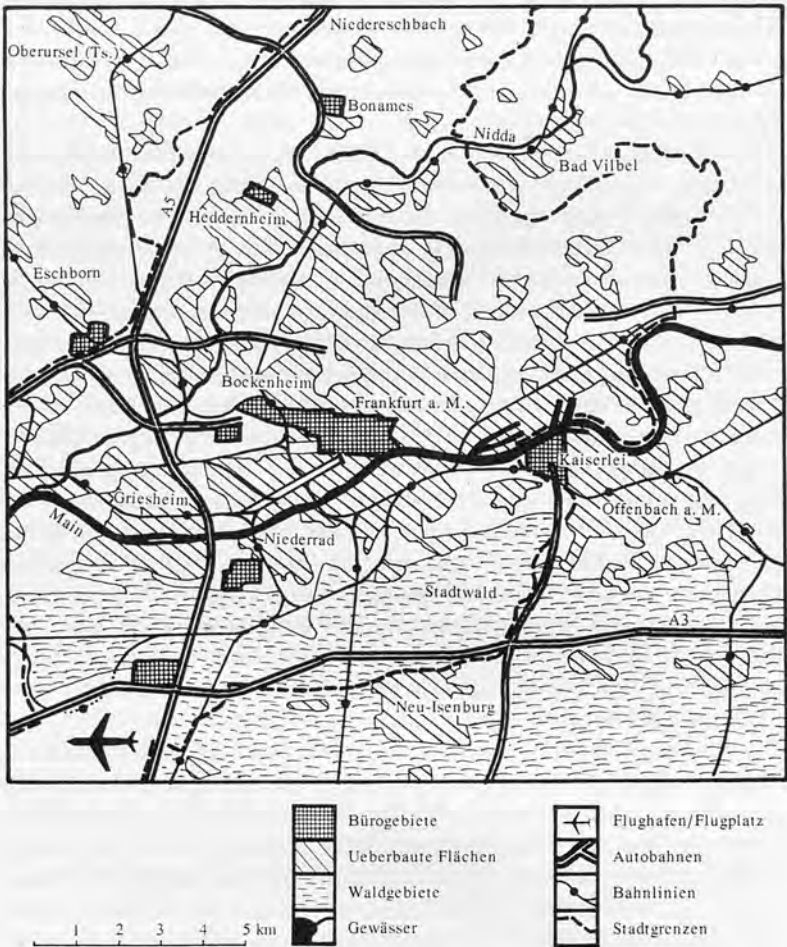
Der regionale Agglomerationsraum ordnet sich nicht mehr ausschliesslich nach dem industriellen Muster von urbaner Verdichtung und regionaler Diffusion. Die veränderten Wachstumsdynamiken modifizieren die Zonierungslogik der fordistischen Raumnutzung. Die überkommene konzentrische Raumstruktur wird von einem fragmentarisierten Beziehungsmuster überlagert. In diesem Kontext entfaltet die Peripherie, lange Problemcontainer und Projektionsfläche für die vom Zentrum ausgehenden Expansionsbestrebungen, nun ihr eigenständiges ökonomisches und bauliches Wachstumspotential.

Die Wachstumszentren in der Peripherie tendieren dazu, archipelartige Raumstrukturen auszubilden. So beinhalten etwa Überlegungen zur Entwicklung einer »Airport City« nicht nur die Fortschreibung von Infrastrukturleistungen für den Flugbetrieb, sondern auch städtebauliche Konzepte für den Wohn- und Verkehrsbereich. Im Umfeld von Frankfurt sind neben dem Flughafen noch andere Gebiete mit einem ähnlichen Entwicklungspotential auszumachen. Dazu gehören etwa die Tertiärkonzentration in Eschborn und Niederrad, das Meritonviertel in Heddernheim oder die geplante Bürostadt Kaiserlei an der Stadtgrenze zu Offenbach (vgl. Abb. 4). Um die Kernstadt herum hat sich im Laufe der achtziger Jahre ein Datenverarbeitungs- und Softwaregürtel und ein regionaler Ring von Bürostandorten, Distributionszentren und *Office Parks* gebildet (vgl. Brake 1991, Keil/Ronneberger 1991). In zweiter Linie siedeln sich neue Industrien, die nicht direkt mit den Flughafenfunktionen zu tun haben, aus logistischen Gründen jedoch in dessen Nähe sein müssen, im Süden und Westen Frankfurts an und verändern dort die Wirtschaftsstruktur.

Das Umland von Frankfurt wird somit nicht nur durch suburbane Siedlungsmuster geformt. Kennzeichnend für viele Randgemeinden sind ebenso auch ambitionierte Gewerbeprojekte und erfolgreiche Ansiedlungen von Unternehmenszentralen. Als Beispiele seien hier die Hauptverwaltung Deutschland von Du Pont (Chemie), Hewlett-Packard (Computer), Northern Telecom in Bad Homburg oder das europäische Design- und Entwicklungszentrum von Mazda (Japan) in Oberursel erwähnt.

Solche polyzentrisch verlaufenden Wachstumsdynamiken stellen Teilelemente von Flexibilisierungsprozessen dar, die sich auf der Folie einer veränderten internationalen Arbeitsteilung herausgebildet haben. Die Neustrukturierung der Raum-Zeit-Organisation mit einer veränderten Raummatrix (*just-in-time*-Produktion, Rekonzentration der

Abbildung 4: Bürogebiete in und um Frankfurt. Grafik: Hansruedi Hitz nach Brake 1991.



Logistik etc.) erzeugt eine Potenzierung der Verkehrsleistungen, die in prosperierenden Zonen wie Frankfurt-Rhein-Main eine extreme Zuspitzung erfahren. Um diesen neuen Verflüssigungsformen entsprechen zu können, werden Infrastrukturen wie Flughafen, Autobahnen oder Hochgeschwindigkeitszüge auf Kosten der alten Sozial- und Raumstruktur der Städte weiter ausgebaut und aufgewertet.

Neuordnung der Rhein-Main-Region?

Für die Strategen der Wirtschaftsverbände steht schon längst fest, dass der Rhein-Main-Raum bis Ende der neunziger Jahre zum ökonomischen Mittelpunkt des Kontinents aufsteigen wird. Als Leitbild und Zukunftsaufgabe strebt man danach, aus der Region »eine europäische Metropole neuen Stils«, eine »polyzentrale Metropolregion« (Albert Speer) zu formen.

Obwohl die Region als einheitlicher Wirtschaftsraum verstanden wird, bestehen auf der administrativen Ebene unterschiedliche Verwaltungseinheiten mit divergierenden Zuständigkeiten. So überlappen sich in der Rhein-Main-Region drei Bundesländer (Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern) und somit auch drei verschiedene Raumordnungsregionen; im Falle von Hessen die südhessische Planungsregion, die wiederum einen grösseren Verwaltungsbereich umfasst als die Rhein-Main-Agglomeration. Der regionale Raumordnungsplan steckt dabei den Rahmen ab, in dem sich die Kreise und Kommunen bewegen können, wenn sie etwa Wohnungs- oder Gewerbeflächen ausweisen wollen. Er macht auch Vorgaben für den detaillierten Flächennutzungsplan, dem die Kommunen ihrerseits die einzelnen Bebauungspläne unterordnen. Zuständig im Rhein-Main-Gebiet für die Regionalplanung sind das Regierungspräsidium in Darmstadt und die Regionale Planungsversammlung Südhessen. Diese Planungsversammlung, der 100 KommunalpolitikerInnen angehören, tagt in der Regel dreimal im Jahr. Der Plan, der von dieser Versammlung aufgestellt wird, bedarf jedoch der Zustimmung des Landes, das seinerseits nicht an die Beschlüsse dieses Gremiums gebunden ist.

Eine Besonderheit im Rhein-Main-Gebiet bildet noch zusätzlich der Umlandverband, der wiederum nur einen Teilbereich des Wirtschaftsraumes Rhein-Main umfasst (vgl. Abb. 5). Anstelle der Eingemeindungen, wie sie in der Vergangenheit z.B. für Gross-Berlin üblich waren, hat sich hier keine zentralistisch strukturierte Regionalstadt herausgebildet. Vielmehr wurden 1975 insgesamt 43 Städte und Gemeinden zu einem »Umlandverband« zusammengefasst, der die Kompetenzen für die Flächennutzungsplanung sowie auch für Abfallbeseitigung, Wasserversorgung etc. besitzt. In den verschiedenen Gremien dieses Verbandes sind die Delegiertenschlüssel so verteilt, dass die Kernstadt Frankfurt stets in der Minderheit bleibt und damit eine Dominanz der Metropole verhindert wird.

Diese komplizierte und fragmentierte Struktur wird von gewichtigen politischen und wirtschaftlichen Akteuren als entscheidendes Hemmnis betrachtet, um erfolgreich im Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Wirtschaftsräumen bestehen zu können. Auf ver-

Vorgaben liefern, aber auch selbst regionale Aufgaben bewältigen, wie etwa öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung oder Wirtschaftsförderung.

Trotz aller öffentlichen Erklärungen und Manifeste der politisch Verantwortlichen des Rhein-Main-Raumes ist die territorial-administrative Neuregulierung der Region noch völlig unklar. Insbesondere sind die Probleme eines Finanzausgleichs zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften ausgeklammert worden, der jedoch eine wichtige Voraussetzung für einen möglichen »territorialen Kompromiss« (DuPasquier/Marco 1991) wäre. Offen bleibt bei solchen Überlegungen bis jetzt auch, welche Einschränkungen die Gestaltungshoheit der einzelnen Gemeinden bei dieser Reorganisation der Planungsstruktur erfahren würde, ganz zu schweigen von den Partizipationsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung.

Zitadellenökonomie Frankfurt: Die Fabrik des Kapitals

In der Kernstadt Frankfurt konzentrieren sich heute auf 250 Quadratkilometern 660.000 EinwohnerInnen und mehr als 550.000 Arbeitsplätze. Eine vom Finanzsektor beherrschte Dienstleistungsökonomie, global vernetzt durch Börse, Messe und Flughafen, bildet die Basis für die fortschreitende Einbindung Frankfurts in den Weltmarkt.

Frankfurt ist eindeutig der führende deutsche Finanzplatz. Mehr als die Hälfte des Geld- und Kapitalverkehrs des Landes wird am Main abgewickelt. Mit über 420 Kreditinstituten weist die Stadt die höchste Bankenkonzentration auf dem europäischen Festland auf. Dabei ist der Zuwachs der letzten Jahre ausschliesslich auf die Internationalisierung zurückzuführen. Zur Zeit gibt es mehr als 270 ausländische Institute in Frankfurt. Unternehmen aus Asien sind nach den europäischen Banken am stärksten vertreten. Die Internationalisierung des Bankensens findet ihre Entsprechung auch an der Börse, über die zwei Drittel der deutschen Börsenumsätze getätigt werden. Sie ist – neben Paris – die grösste in Kontinentaleuropa und rangiert weltweit an vierter Stelle.

Neben den Banken und Versicherungen, die 1993 mehr als 67.000 Angestellte beschäftigten, sind in Frankfurt weitere international ausgerichtete Dienstleistungen konzentriert: über 200 Werbeagenturen mit mehr als 10.000 Beschäftigten, darunter auch die US-Kopfstellen dieses Branchenbereichs für Europa, etwa 40 Marktforschungsinstitute sowie über 200 Unternehmensberatungsfirmen, meist internationalen Zuschnitts. Nimmt man noch die grosse Anzahl in- und ausländischer Versicherungen, die Wirtschaftsverbände, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Anwaltspraxen und Kanzleien hinzu, hat man den

Kern des hochwertigen Dienstleistungssektors in Frankfurt annähernd bestimmt (vgl. Lieser/Keil 1988a).

Als dynamischster Wirtschaftsbereich stellen sich insbesondere die unternehmensorientierten Dienstleistungen dar: vor allem Consulting, Werbung, Informations- und Kommunikationstechnologien. Allein im Hochtechnologiebereich konzentrieren sich in Frankfurt 400 Unternehmen mit rund 100.000 Beschäftigten. Mehr als 40 Prozent dieser Firmen sind in der Informations- und Kommunikationstechnik tätig, jeweils zehn Prozent in der Produktions- und Verfahrenstechnik sowie der Mess- und Regeltechnik (vgl. Krüger-Röth/Kania 1994). Eine weitere Schlüsselbranche – für die fortschreitende Verflechtung Frankfurts in den Weltmarkt – stellt der Bereich Nachrichten und Verkehr dar. Der Frankfurter Flughafen hat sich zu einem bedeutenden ökonomischen Zentrum und wichtigen Standort für international operierende Unternehmen entwickelt.¹⁶ Dies gilt vor allem für Firmen, die kontinuierlich auf internationale Geschäftsverbindungen angewiesen sind (Werbung, Touristik, Unternehmen im Logistikbereich, europäische Vertriebs- und Servicezentralen oder Firmen, die hochwertige Halbfertigwaren herstellen). Der schnelle Transport von Fertigteilen, Instrumenten oder Bauplänen spielt dabei für die exportorientierte Industrie eine wichtige Rolle (vgl. Rautenstrauch 1990).

Deindustrialisierung

Im Laufe der achtziger Jahre ging der sekundäre Sektor auf ungefähr 25 Prozent (1987) der Gesamtbeschäftigung in der Stadt zurück. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass in den offiziellen Statistiken auch solche Tätigkeiten als Dienstleistungen aufgeführt werden, die – wie etwa Teile der Software-Produktion oder Ingenieurstätigkeiten – der organisatorisch-technologischen Basis eines modernisierten industriellen Arbeitsprozesses zuzuordnen sind.

Obwohl die Gesamtzahl der Arbeitsplätze allein in den achtziger Jahren um 50.000 anstieg, verlor der Frankfurter Arbeitsmarkt zwischen 1970 und 1989 über 61.000 gewerbliche Arbeitsplätze. 1987 waren in Frankfurt noch rund 130.000 Menschen im produzierenden Bereich beschäftigt. Ende 1994 schrumpfte dieser Bestand auf knapp 80.000 Personen zusammen (FAZ, 14.12.1994). Zugleich schichtet sich bei den verbliebenen Unternehmen die interne Betriebsstruktur um. Während sich der Fertigungssektor rückläufig entwickelt, werden Bereiche wie Distribution und Service oder Forschung und Entwicklung ausgebaut.

Bislang bestand die ökonomische Stärke der Rhein-Main-Region in ihrer modernen Industriestruktur und einem differenzierten Dienstlei-

stungsangebot. Gegenwärtig jedoch zeichnet sich eine Verdrängung bestehender Industrie- und Gewerbestandorte durch den anhaltenden Tertiarisierungsprozess und die Dominanz der global orientierten Finanzindustrie ab. Zugleich wirkt sich der radikale Abbau des verarbeitenden Gewerbes bereits negativ auf unternehmensbezogene Dienstleistungen aus, die auf den Fortbestand der industriellen Produktion angewiesen sind.

Die Restrukturierung der verarbeitenden Industrie in Frankfurt wird durch den Ausbau der Finanzökonomie beschleunigt. Zwar agiert die global orientierte Zitadellenökonomie weitgehend unabhängig von der Dynamik der regionalen Produktion, zugleich jedoch wird »das lokale Umfeld ... vorrangig als »Raumreserve« für die Expansion von Büro- und Geschäftszentren und Gentrifizierungs-Projekte genutzt« (Krätke 1991: 51). Der steigende Wert vieler Grundstücksimmobilien und die verstärkten Bemühungen der Unternehmen um einen rationelleren Umgang mit Produktionsflächen führen zu einer Verdrängung des verarbeitenden Gewerbes aus der Stadt. Während Frankfurt durch die anhaltende Strategie der Standortverlagerung eine erhebliche Zahl seiner gewerblichen Arbeitsplätze verloren hat, verzeichnen die umliegenden Gemeinden in diesem Sektor zum Teil zweistellige Zuwachsraten.

Die Krise der Frankfurter Industriebetriebe hat sich mit der Öffnung des osteuropäischen Arbeitsmarktes noch verschärft. Die räumliche Nähe der neuen Niedriglohnländer und die vergleichsweise hohe Qualifikation der dortigen Arbeitskräfte macht sich deutlich bemerkbar. Auch in Frankfurts High-Tech-Industrien zeigt die neue internationale Arbeitsteilung Auswirkungen. Lokale Unternehmen in diesem Bereich konzentrieren sich zunehmend auf hochspezialisierte Ingenieursleistungen, während einfachere Aufgabenbereiche nach Osteuropa vergeben werden (vgl. Ronneberger 1994a).

Die Produktion des Raumes:

Der Grund und Boden des globalen Kapitals

Die Transformation des fordistischen Akkumulationsregimes und die Ausbildung des finanzindustriellen Komplexes bringt auch eine veränderte Raum- und Flächennutzung mit sich. Der Kapitalismus reproduziert sich nun verstärkt durch die »Produktion des Raumes« und die Umleitung produktiver Investitionen in den »sekundären Kapitalkreislauf« (Harvey 1982, Keil 1992b). Als Folge der Neubewertung von Besitz- und Eigentumstiteln legen Bankkonsortien und transnationale Konzerne einen Teil ihres überschüssigen Kapitals in global gestreutem

Immobilienbesitz an und nutzen die städtischen Grundstücksmärkte als reine Finanzanlage. Die Internationalisierung der Kapital- und Bodenmärkte hat diese Tendenz noch verstärkt: Investitionen ausländischer Anleger haben in den letzten Jahren zu grossen Teilen die Immobilienmärkte der *World Cities* in Nordamerika und Europa bestimmt. In der Regel werden die Projekte von grossen Konsortien betrieben, wobei internationale Geldinstitute die Finanzierung sicherstellen und Immobilienfirmen die materielle Produktion – von der Planung über das Design bis zur Bauausführung – übernehmen (Sudjic 1992). Die Immobilienmärkte verwandeln sich so in eine Anlagesphäre von disponiblen Kapital, in der Grund und Boden wie Aktien oder Wertpapiere gehandelt wird. Auf diese Weise entwickelt sich die Aneignung der Grundrente zu einem wichtigen Bestandteil des flexiblen Akkumulationsregimes und der verselbständigten Finanzsphäre (vgl. Harvey 1989b). Die spekulative Verwertung von städtischen Immobilien und deren Umformung zu »fiktivem Kapital«, dessen Wert sich weniger nach regionalen als nach internationalen Massstäben bemisst, verstärkt zugleich die zunehmende Trennung von Produktions- und Kapitalverwertungsprozess.¹⁷ Ganze Städte beziehungsweise zentrale Stadtviertel geraten so in den spekulativen Sog eines hochmobilen Geldkapitals. Als Folge dieser Verwertungsstrategie zur Optimierung der Grundrentenerträge werden bestimmte Teile des städtischen Raumes hierarchisch neu geordnet. Es entsteht eine bauliche Umwelt, die den verschiedenen Nutzungsansprüchen des finanzindustriellen Komplexes gerecht wird und zugleich den Repräsentationsbedürfnissen der *business class* und der neuen DienstleisterInnen entgegenkommt (vgl. Krätke 1991: 171).

Gerade Frankfurt entwickelte sich in den achtziger Jahren zu einem bevorzugten Standort für Investitionen grosser internationaler Immobilienunternehmen. Man schätzt, dass ungefähr 60 Prozent der für gewerbliche Büro- und Industriebauten aufgewendeten Finanzierungsmittel in Frankfurt von ausländischen Investoren stammen (vgl. Krätke 1991: 127). Während sich zwischen 1980 und 1990 in bevorzugten Lagen bundesdeutscher Städte die Gebäudewerte im Schnitt verdoppelten, betrug die Steigerungsrate in Frankfurt 280 Prozent (FAZ, 5.11.1993).¹⁸

Die Goldgräberstimmung auf dem Frankfurter Immobilienmarkt der achtziger Jahre wurde durch verschiedene Voraussetzungen begünstigt. Zum einen heizte die investorenfreundliche Planungspolitik der konservativen Stadtregierung die Bautätigkeit in der Zitadelle der *World City* an (Lieser/Keil 1988b). Zum anderen sind spezifische Entwicklungen des deutschen Immobilienmarkts relevant, auf dem in den letzten

Jahren ausländische Anleger in mehrfacher Hinsicht besonders günstige Rahmenbedingungen für Investitionen vorfanden. Die im Vergleich zu anderen Ländern schwache Reglementierung des deutschen Miet- und Steuerrechts für gewerbliche Immobilien sowie steuerfreie Veräußerungsgewinne und Abschreibungsvergünstigungen in der Ex-DDR zogen in wachsendem Masse ausländisches Kapital an. Neben steuerrechtlichen Erwägungen stellte die überdurchschnittliche Entwicklung des Marktsegments für Mieträume einen wichtigen Investitionsanreiz dar. Kapitalanlagen in gewerblichen Immobilien – meist vermittelt über Fondsgesellschaften – entwickelten sich zu einer profitablen Alternative zum Aktienwerb.¹⁹ Seit Beginn der Diskussion um die Einführung der Zinsabschlagssteuer²⁰ findet diese Form der Kapitalanlage auch bei privaten Anlegern grossen Zuspruch. Zusätzlich wurde der Immobilienmarkt der Bundesrepublik ab 1991 noch durch das »Fördergebietgesetz« angeheizt. Zur Anregung der Investitionstätigkeit in Ostdeutschland wurde KapitalanlegerInnen eine Sonderabschreibung von 50 Prozent bis Ende 1996 zugestanden. Vor allem einkommensstarke Gruppen der Mittelklasse stiegen massiv in ostdeutsche Immobilienprojekte ein, um auf diese Weise Steuern zu sparen.

Spekulant und Immobilienkrise

Als der Frankfurter Bauunternehmer und Projektentwickler Jürgen Schneider sich im Frühjahr 1994 den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen sein Unternehmen durch Flucht entzog, fiel ein Schlaglicht auf die Stadtentwicklung Frankfurts und die besonderen Bedingungen der bundesdeutschen Immobilienmärkte. Bereits in den sechziger und siebziger Jahren wurden Frankfurter Immobilienspekulanten zu »unmittelbaren Vollstreckern des Umstrukturierungsprozesses« (Stracke 1980: 50) und zu lokalen Akteuren, die die zunehmend internationalen Kapitalflüsse in die Kapillargefässe des städtischen Bodenmarktes lenkten. Auf der anderen Seite standen die grossen Banken, die ihre Zentralen meist in eigener Regie und zur Selbstnutzung erstellten. Der Typus des *developers*, zu dem Jürgen Schneider oder der amerikanische Financier Jerry Speyer gehören, erscheint nun als das dynamischste Element der sich restrukturierenden lokalen Wachstumsmaschine. Bestimmten in den achtziger Jahren vor allem die strategischen korporatistischen Verbindungen halbstaatlicher Organisationen wie Flughäfen, Messe oder Bundesbahn zu Kapitalanlegern und der investorenfreundlichen Stadtregierung den Stadtentwicklungsprozess, so traten in den letzten Jahren individuelle *developers* stärker in den Vordergrund.

Schneider hatte sich durch verschiedene Renommierprojekte bundesweit einen Namen gemacht und wurde noch kurz vor dem Kon-

kurs in der lokalen Öffentlichkeit als einer der »Macher der Region« gefeiert. Der Schwerpunkt seiner Projekte lag im Rhein-Main-Gebiet und in der Leipziger Innenstadt – im Volksmund »Schneider-City«. Nach dem Zusammenbruch des Unternehmens belaufen sich die Forderungen der 50 Gläubigerbanken auf über fünf Milliarden Mark und stehen gegenüber Baufirmen und Handwerksunternehmen Rechnungen über insgesamt mehr als 250 Millionen Mark offen. Auch wenn Schneiders betrügerische Strategien den Zusammenbruch des Imperiums ausgelöst haben, erklärt sich der Konkurs vor allem aus den Preisbewegungen auf dem deutschen Immobilienmarkt. So fielen in Frankfurt zwischen 1992 und 1993 die Gebäudewerte um über 20 Prozent, die Büromieten gingen um ein Drittel zurück und die Leerstandsrate stieg von drei Prozent auf über sieben Prozent. Spekulativ überhöhte Immobilienpreise für Büro- und Geschäftsgebäude büssten bis zur Hälfte ihrer Wertsumme von 1991 ein. Ähnlich wie Ende der siebziger Jahre baut sich in Frankfurt wieder eine Bürohalde auf. Derzeit verfügt die Stadt über mehr als acht Millionen Quadratmeter Bürofläche, die in den kommenden Jahren noch um 600.000 Quadratmeter anwachsen wird.

Während die Folgen des Zusammenbruchs des Schneider-Konzerns erst in Umrissen erkennbar sind, ist bereits jetzt vorauszusehen, dass die noch vor kurzem gepriesenen Praktiken eines besonderen *developer*-Typus in Zukunft kritischer begutachtet werden. Ob jedoch der Sturz Schneiders aus dem Olymp der Frankfurter Städtebauer eine momentane Folge des »Schweinepreiszyklus« auf dem Immobilienmarkt ist – also den üblichen Schwankungen von Angebot und Nachfrage entspricht – oder sich damit eine erneute Restrukturierung der gesamten Branche ankündigt, lässt sich noch nicht ermes sen.

Ghettoökonomie: Segmentierung und Ethnisierung

Die Restrukturierung der Ökonomie und der industriellen Arbeitsorganisation hat den Frankfurter Arbeitsmarkt deutlich verändert. Die Polarisierung des lokalen Arbeitsmarktes wird nicht nur durch den fortgesetzten Abbau des produzierenden Gewerbes, sondern auch durch die spezifischen Anforderungen der Zitadellenökonomie vorangetrieben. Frankfurt gehört zu den Städten mit dem höchsten Rückgang von gering qualifizierten Arbeitsplätzen im verarbeitenden Sektor in der Bundesrepublik. Aufgrund des anhaltenden Deindustrialisierungsprozesses stieg die Erwerbslosenquote in Frankfurt zu Beginn des Jahres 1994 auf 7,3 Prozent (mehr als 42.000 Personen) an. Der Anteil der Arbeitslosen bei MigrantInnen liegt mit dreizehn Prozent deutlich

über dem Durchschnitt. Zu berücksichtigen ist auch, dass viele Erwerbslose nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, weil sie nur noch als Sozialhilfeempfänger registriert sind. Deren Zahl kletterte Ende 1993 auf den Höchststand von 60.000 Personen. Auch die Sozialhilfedichte fällt in der ausländischen Bevölkerung deutlich höher aus.

Der ökonomische Restrukturierungsprozess verändert vor allem die Reproduktionsbedingungen hier lebender Migrantinnen und Migranten. Einerseits sind gerade diese Bevölkerungsgruppen stärker von der Krise im industriellen Sektor betroffen, andererseits profitieren sie nur unzureichend vom Ausbau der Dienstleistungsökonomie.²¹ Die schlechte Qualifikationsstruktur der eingewanderten Bevölkerung korrespondiert mit der bestehenden Hierarchie im Ausbildungsbereich. Ähnlich wie der Arbeitsmarkt hat sich das Bildungssystem dualisiert. Die Gymnasien bleiben hauptsächlich Deutschen vorbehalten und die Mehrheit der ausländischen Kinder kommt nicht über den Haupt- und Realschulbereich hinaus. Ungefähr ein Drittel der ausländischen Jugendlichen in Frankfurt kann keinen regulären Schulabschluss vorweisen (vgl. Karpf 1993: 133). Von diesen institutionellen Ausschlussmechanismen sind in Frankfurt die nordafrikanischen Immigranten am stärksten betroffen. Mehr als ein Drittel der marokkanischen Jugendlichen fällt aus sämtlichen Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen heraus.

Während Migranten und Migrantinnen der Zugang zu qualifizierten und relativ gesicherten Arbeitsplätzen, etwa in den Bereichen Kreditwesen oder Versicherung, weitgehend verwehrt bleibt, ist eine durchgehende Internationalisierung der unteren Segmente des Dienstleistungssektors festzustellen: Mit dem Ausbau der Zitadellenökonomie geht nicht nur ein Zuwachs an hochqualifizierten Arbeitsplätzen einher, er erfordert zugleich auch ein Reservoir an minderqualifizierten Arbeitskräften, die die anfallenden *bad jobs* im Produktions- und Dienstleistungsbereich übernehmen.²² Über die jenseits des offiziellen Arbeitsmarktes sich herausbildende »Schattenökonomie« liegen keine gesicherten Angaben vor. Schätzungen gehen zu Beginn der neunziger Jahre von 15.000 »nichtregistrierten« Personen aus, die sich im Raum Frankfurt als Tagelöhner oder Saisonarbeiter verdingen. Das Anwachsen des informellen Arbeitsmarktes und der prekären Beschäftigungsverhältnisse löst einen »Pull-Effekt« für weitere Migrationsbewegungen aus, die sich von der Zuwanderung früherer Phasen unterscheiden. Während die Migration aus Italien oder Spanien zurückgeht, wächst die Zahl der Menschen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien oder anderen osteuropäischen Staaten einwandern. Aufgrund der neuen Migrationsströme nahm die Einwohnerzahl von Frankfurt seit 1989 um

37.000 Menschen zu. Gegenwärtig besitzen – nach der offiziellen Statistik – fast 190.000 von 660.000 Frankfurter und Frankfurterinnen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Obgleich sich Frankfurt dem Bild von »Zitadelle und Ghetto« (vgl. Friedmann/Wolff 1982; Kipfer/Keil in diesem Buch) scheinbar nähert, sind doch Unterschiede zu anderen *World Cities* zu berücksichtigen. So existiert in Frankfurt bislang weder eine lokal verankerte multinationale Mittelklasse noch eine ethnisch segmentierte »Sweatshop-Ökonomie«, wie sie etwa in New York, Los Angeles, aber auch in einigen europäischen Metropolen wie Paris oder London existiert.

Die Ausrichtung der bundesrepublikanischen »Ausländerpolitik« schlägt sich auf der Ebene der städtischen Planungs- und Wohnungspolitik nieder und reguliert auch die Formen der sozialen Reproduktion der ausländischen Haushalte. Während sich in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Altbausubstanz zunehmend Segregationstendenzen bemerkbar machen, versuchen die städtische Administration und die Siedlungsgesellschaften im Bereich des sozialen Wohnungsbaus durch eine selektive Vergabepolitik »Ausländerghettos« nicht entstehen zu lassen.²³ Als offizielle Begründung dieser Politik werden Assimilationsprobleme der Ausländer und Ausländerinnen angeführt. Nur deren breit gestreute Verteilung gewährleiste eine schnelle Anpassung an die deutschen Nachbarn (vgl. FAZ, 12.9.1991). Seit 1993 wendet die Stadt Frankfurt bei Neubausiedlungen einen Quotierungsschlüssel für Sozialwohnungen an, der als Modellfall für die gesamte Stadt gelten soll.²⁴ Nicht allein die soziale Lage von Anspruchsberechtigten, sondern auch deren nationale Herkunft wird nun als Kriterium zur Wohnungsvergabe herangezogen.²⁵ Der deutschen Quartiersbevölkerung wird mit einem Belegungsschlüssel das Privileg eines »Territorialrechtes« zugestanden.

Die Transformation des sozialen Raumes: Die viergeteilte Stadt

Der Bruch zwischen deutscher Mehrheit und ausländischer Minderheit und die wachsende Schere zwischen den Qualifikationsanforderungen der Zitadellenökonomie und der Sozialstruktur der Frankfurter Wohnbevölkerung markieren die soziale Polarisierung der Stadt. Während der Grossteil der Besserverdienenden unter den in Frankfurt Beschäftigten im Umland wohnt, lebt die Mehrheit der unteren und mittleren EinkommensbezieherInnen innerhalb der Stadt. Die Armutsbevölkerung Frankfurts, die sich aus Gruppen wie Obdachlosen, SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslosen, Geringverdienenden oder

»nichtregistrierten« Beschäftigten zusammensetzt, umfasst ungefähr 150.000 Personen (vgl. v. Freyberg 1992).

Auch die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus in den achtziger Jahren und die Gentrifizierung citynaher Wohnquartiere verstärkten diese Polarisierung. Das hohe Preisniveau auf dem Wohnungsmarkt und die Wohnsitzstrategien der urban orientierten Mittelklasse führen zu einer Verdrängung der ärmeren BewohnerInnen, die sich nun verstärkt in Stadtteilen wie dem Gallus- oder dem Bahnhofsviertel konzentrieren. Dieser eher kleinräumig verlaufende Segregationsprozess wird durch die anhaltende Vernichtung von Billigwohnraum durch Abriss oder Umwidmung, das heisst Zweckentfremdung oder Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, zusätzlich beschleunigt. Hinzu kommt der in den nächsten Jahren anstehende Wegfall der Sozialbindung vieler Wohnungen.²⁶

Ist die sozialräumliche Entwicklung der Stadt einerseits durch einen Bruch zwischen »oben« und »unten« gekennzeichnet, so findet zugleich eine horizontale Fragmentierung der Mittelklasse statt. Mit Einschränkungen lässt sich das Konzept der »viergeteilten Stadt«, das Peter Marcuse für die USA entwickelt hat, auch auf Frankfurt übertragen (vgl. Marcuse 1991). Die Spaltungen der städtischen Gesellschaft verlaufen nicht nur – im Sinne einer Dualisierung – zwischen pauperisierten Klassen und einkommensstarken Bevölkerungsgruppen, sondern auch innerhalb der Mittelklassen selbst, die auf unterschiedliche Weise von der Restrukturierung der Stadt betroffen sind (vgl. Keil/Ronneberger 1994).

Urban Professionals

Während der Tertiarisierungsprozess in der fordistisch-keynesianischen Ära mit einem Ausbau des öffentlich-staatlichen Sektors verbunden war, dominieren seit den achtziger Jahren produktions- und marktorientierte Dienstleistungen. Gerade in Finanzmetropolen wie Frankfurt stehen nun die globalen Märkte für Kapitalbewegungen und Dienstleistungen, die in erster Linie von Organisationen und nicht von Einzelhaushalten in Anspruch genommen werden, im Zentrum der ökonomischen Aktivitäten. Die Konsumtion von Dienstleistungen durch Organisationen, Firmen und transnational agierenden Unternehmen gewinnt damit an strategischer Bedeutung (vgl. Sassen 1993a). Hiervon profitieren vor allem diejenigen Berufsmilieus, die strukturell eng mit diesem Sektor verkoppelt sind: das gesamte Spektrum der Finanzökonomie, die technologisch-naturwissenschaftlichen Kader des High-Tech-Bereichs sowie Marketing, Werbung und Public Relations, aber auch Teile der kulturellen Symbolproduzenten. Die Expansion

der Finanzökonomie führt nicht zu einem weiteren Ausbau der Mittelklasse, bringt jedoch als neues Klassensegment die *Urban Professionals* hervor. Diese einkommensstarke Gruppe entwickelte sich – zumindest in Grossstädten wie Frankfurt – zu einem relevanten sozialen Faktor. Die Konsumtionsmuster und die Wohnsitzstrategien der urban orientierten Dienstleister verändern ganze Stadtviertel. »Gründe für die Wahl ihrer Quartiere können günstige Umweltbedingungen oder soziale Annehmlichkeiten sein, ausschlaggebend kann die Ruhe oder die Geschäftigkeit eines Stadtviertels sein, seine Geschichte oder eine Mode. ›Aufgewertete‹ Arbeiterquartiere, ältere Wohnviertel der Mittelklasse und gut eingerichtete Appartements – sie sind alle für ihre Ziele geeignet« (Marcuse 1991: 204). Quartiere wie das Nordend oder Bornheim, die eine attraktive bauliche Umwelt (z.B. »Gründerzeit«-Häuser des ausgehenden 19. Jahrhunderts) und eine (noch) funktionierende urbane Infrastruktur aufweisen, werden zur Projektionsfläche für urbanistische Wohnsitzstrategien. Ein wachsender Anteil von Eigentumswohnungen und sogenannten Boardinghouses (Mischung zwischen Apartment, Pension und Hotel) sowie die Umwandlung kleiner Geschäfte in Bistros, Restaurants oder »In«-Kneipen dokumentieren das strukturelle Zusammenspiel von Immobilieninvestitionen und Raumaneignungsstrategien der städtischen Professionellen (Noller/Ronneberger 1995).

Mit der Etablierung der Dienstleistungsklasse verschiebt sich zugleich der Schwerpunkt der kulturellen Hegemonie. Bereits zu Beginn der achtziger Jahre zeichnet sich die wachsende Dominanz eines zentrumsorientierten, urbanistischen Lebensstils ab. Kommunitär ausgeordnete Vorstellungen vom »guten Leben«, die in den siebziger Jahren eine vorherrschende Rolle spielten, erfahren eine deutliche Entwertung durch die Orientierung der städtischen Professionellen. Das Kleinbürgertum und Teile der Angestellten-Mittelklasse, die mit dem Ausbau des keynesianischen Wohlfahrtsstaates zunehmend an Bedeutung gewonnen hatten (etwa im öffentlichen Sektor), fühlen sich durch die wachsende Dominanz der neuen Dienstleister bedrängt. Die Verbindung von distinktiven Konsumtionsweisen mit einer internationalisierten Arbeitskultur produziert einen Raum, in dem sich die neuen Lebensstile und die globalisierte Ökonomie materialisieren und repräsentieren können. Die Wahrnehmungsweisen dieser neuen Schicht werden von einer urbanistischen Ästhetik mitgeformt: Verspiegelte Hochhäuser und neo-konstruktivistisches Design vermengen sich mit Insignien der ehemaligen bürgerlichen Hochkultur (Alte Oper, Wohnhäuser aus der Gründerzeit) und Elementen eines urbanen Piazza-Ambientes toskanischer Kleinstädte zu einem symbolischen Raum-

bild, das Frankfurt als »gemütliches New York« erscheinen lässt. Die Internationalisierung der Stadt gerät dabei zum farbigen Stimmungshintergrund der eigenen, kosmopolitisch ausgerichteten Arbeits- und Lebensweise.

Neo-rurale Milieus

Dennoch wäre es falsch, die lokale Mittelklasse als vollständig »yuppi-fiziert« darzustellen. Bei verschiedenen Konflikten an den Rändern der Stadt macht sich unüberhörbar auch eine andere Fraktion bemerkbar. Während sich in den achtziger Jahren bestimmte soziale Gruppen auf die Innenstadt konzentrierten und einen neourbanen Habitus ausbildeten, entwickelten Teile der suburbanen Mittelklasse einen neoruralen Lebensstil. Ihre Wohnsitzstrategien orientieren sich an Bildern von *urban villages* und belegen den gewachsenen Anspruch auf erweiterten Wohnraum mit grünem Umfeld. Eine Polarisierung zwischen den innerstädtischen Ein- und Zweipersonenhaushalten, die in der Regel zur Miete wohnen, und den suburbanen Haushalten, die mehrheitlich Wohneigentum besitzen, ist somit strukturell angelegt. Da Hausbesitz ein entscheidendes Hemmnis für den fortgesetzten Mobilitäts- und Individualisierungsprozess darstellt, können sich darüber eher traditionalistische Orientierungen und Lebensstile reproduzieren. Sowohl die finanziellen Aufwendungen, die mit dem Erwerb eines Hauses verbunden sind, als auch die stärkere Orientierung auf die Familie erzeugen Konsumtionsmuster, die sich deutlich von denjenigen urbaner Milieus unterscheiden. Typologisch handelt es sich um eine soziale Gruppe mit »neoruraler Raumorientierung«, wobei dieser Begriff nochmals unterschiedliche Territorialpraktiken umfasst. Der Bogen reicht von ökologisch-normativ ausgerichteten Lebensentwürfen bis hin zu ökonomisch fundierten Wohnsitzstrategien. Stand im vorhergehenden Urbanisierungsschub die Nivellierung ländlicher Eigenheiten im Vordergrund, wird nun die Besonderheit des Lokalen hervorgehoben. Nach der Phase der Verstädterung der Dörfer und der kulturellen Hegemonie der städtisch geprägten Moderne entdecken Teile der Zugezogenen die Tradition des Ortes und die Regionalkultur als Ressourcen zur Selbstdarstellung und Identitätsbildung. Im Gegensatz zu der funktional ausgerichteten Raumaneignung der Alteingewohnten konsumieren die Neo-Ruralen die Landschaft aus einer ästhetizistischen Perspektive. Analog zu den Historisierungstendenzen in der Stadt (z.B. der historisierenden Römerbergbebauung mit Fachwerkhäusern) pflastert man in der suburbanen Peripherie Strassen auf, installiert Dorfbrunnen und überzieht Hauswände mit Fachwerkfassaden. So soll eine harmonische Dörflichkeit inszeniert werden, die die Anwesenheit der

städtischen Moderne durch eine Wolke ruraler Zeichen zu verdecken sucht. Als Kompensationsraum zum modernen Arbeitsplatz in der City und im Gegensatz zu den nahe gelegenen Grosswohnsiedlungen demonstrieren Einfamilienhäuser eine rustikale Ästhetik, die sich auf die Restsubstanz historischer Dorfkerne stützen kann. Im Verbund mit Shopping-Center, Videothek und Autobahnzubringer entsteht so eine bizarre Zeichenlandschaft – Ausdruck des Bemühens, auch dem abstrakten Raum der Moderne eine territoriale und historische Identität abzugewinnen.

Landscapes of power

Die Wahrnehmungs- und Handlungsmuster sozialer Kollektive und Individuen werden durch Diskurse und Raumbilder mitgeformt. Die städtische Agglomeration ist nicht nur strukturierter Raum, sondern strukturiert ihrerseits die Alltagspraktiken der Individuen: Gebäude, Monumente oder Plätze lösen Imaginationen und Gefühle aus. Urbane Landschaften sind immer zugleich auch Bilder, deren Metaphorik etwa für lokale Vertrautheit oder internationale Modernität, aber auch für bestimmte gesellschaftliche Entwicklungsmodelle stehen kann, an denen sich soziale Gruppen orientieren (Zukin 1991, Ipsen 1987). Stadtlandschaften legen die Existenz einer sichtbaren Ordnung nahe und repräsentieren sie zugleich. Die Beziehung von Raum und Bild wird dabei über dominante Diskurse hergestellt, die sowohl die Positionen der Subjekte formieren als auch deren gesellschaftliche Stellung fixieren. Im Sinne von Althusser (1977) repräsentieren solche »Ideologien des Raumes« das imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen. Bei diesem imaginären Verhältnis von »Selbst« und »Stadt« handelt es sich nicht einfach um »falsches Bewusstsein«, sondern es geht um die Frage der Hegemonie einer bestimmten Sicht auf die Stadt, die andere beherrschte Ideologien ausschliesst und marginalisiert. In der Auseinandersetzung um die Nutzungs- und Aneignungsweisen städtischer Räume schälen sich die dominanten Machtrelationen zwischen den sozialen Klassen und Milieus heraus und wird der hegemoniale Anspruch einer spezifischen Repräsentation von Lebensweisen unterstrichen.

Die sozialräumliche Fragmentierung in Frankfurt ergibt ein widersprüchliches Bild: Während Industriearbeiter und Angestellte zunehmend aus den citynahen Wohnquartieren verdrängt wurden und heute in den Trabantensiedlungen des sozialen Wohnungsbaus am Stadtrand oder in den suburbanen Umlandgemeinden leben, dominieren im innerstädtischen Raum die distinktiven Alltagspraktiken der urbanen, kosmopolitisch orientierten Professionellen. Ein grosser Teil der Eliten

und des gehobenen internationalen Finanzmanagements wiederum ist in die Region abgewandert – mit Vorliebe an den nahe gelegenen Taunusrand. Obwohl diese Klasse einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung Frankfurts hat, ist ihre Bindung zur Stadt oberflächlich. Der distanzierte Blick vom Taunus herunter auf die Finanzmetropole orientiert sich an »weltstädtischen« Ansprüchen, denen sich der lokale Raum zu fügen hat. Damit gestaltet sich der politische Formierungsprozess der Stadt äusserst widersprüchlich: Ein grosser Teil der »politischen Klasse« rekrutiert sich hauptsächlich aus dem regionalen Raum. Er repräsentiert zugleich einen gewichtigen Teil der Frankfurter Wahl- und Wohnbevölkerung, bei der eine lokal nachbarschaftliche Lebensweise vorherrscht. Dieser quartiersorientierten Lebenswelt stehen »globalisierte« Milieus gegenüber, die – aufgrund der Dominanz der *Headquarter Economy* – das Raumbild und die gegenwärtige Entwicklung der Stadt prägen. Die städtische Politik strukturiert sich somit aus der widersprüchlichen Vermittlung konfligierender Nutzungsansprüche, die sich aus der Überlagerung von »Weltstadt« und »Quartier« ergeben (vgl. Prigge in diesem Buch).

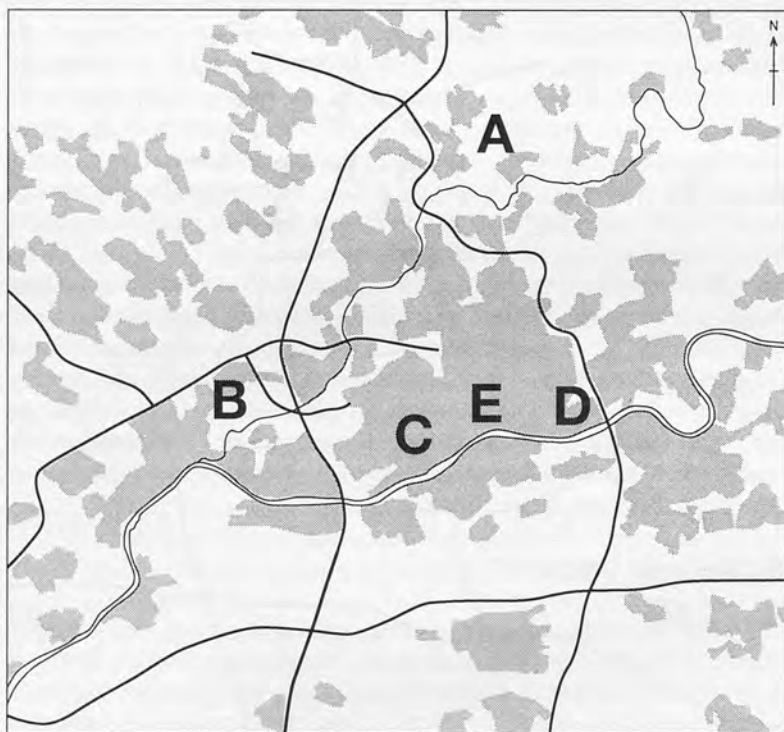
Stadtteile im Umbruch

Die sozialräumliche Restrukturierung nimmt aufgrund der beschriebenen Dynamiken vielfältige Formen an. Anhand einiger Stadtteile versuchen wir diesen Transformationsprozess im folgenden zu veranschaulichen. Dabei gehen wir nicht nur auf das Zentrum der Stadt und citynahe Quartiere ein, sondern auch auf die suburbane Peripherie (vgl. Abb. 6). Die Dominanz der Frankfurter City – mit Skyline, Museumsbauten und Einkaufszentren – versperrt häufig den Blick auf die peripheren Zonen und ihre Entwicklungsdynamik. All jene gewerblichen Nutzungsweisen, die nicht an die »höherwertigen« Funktionen des finanz-industriellen Komplexes gekoppelt sind, verlagern sich an den Stadtrand. Doch bereits in der Vergangenheit wurde die städtische Peripherie von einem Urbanisierungsschub erfasst, der sich sowohl auf die »gehobenen« Wohnsitzstrategien der Mittelklasse als auch auf Grossprojekte des sozialen Wohnungsbaus stützte.

Die Weltstadt geht aufs Dorf: Der Frankfurter Norden

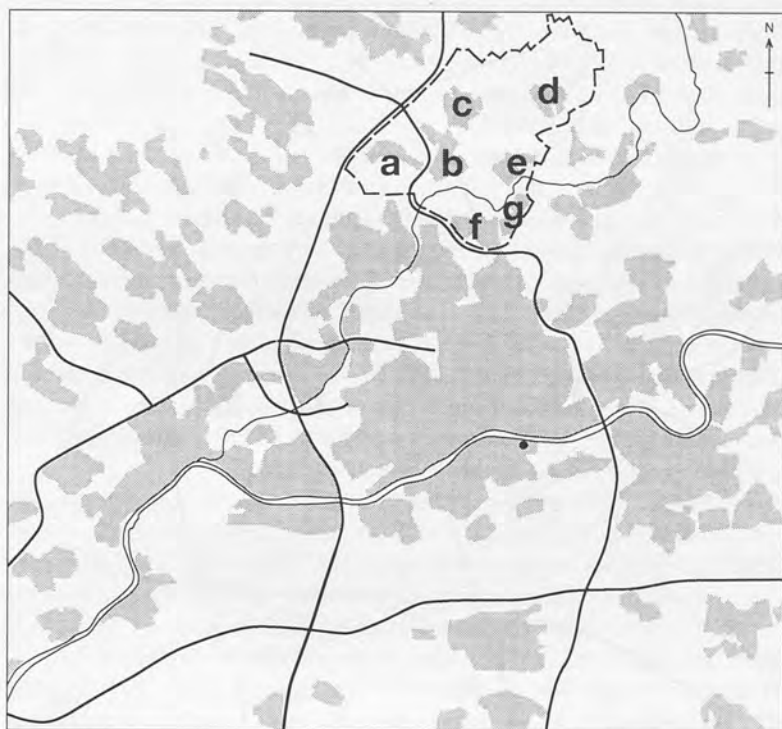
Die vormalig ländlich geprägten Stadtteile im Frankfurter Norden (vgl. Abb. 7) erfuhren in den letzten zwei Jahrzehnten einen tiefgreifenden Transformationsprozess. Neue Trabantensiedlungen und expandierende Wohnviertel im Grünen an den Rändern der ehemaligen Dörfer ver-

Abbildung 6: Karte der Untersuchungsgebiete.



A: Der Frankfurter Norden, B: Sossenheim, C: Gallusviertel, D: Ostend, E: Innenstadt.

änderten das vormalige Raumbild und die traditionelle Sozialstruktur. Zu Beginn des Jahrhunderts war der Widerspruch zwischen Stadt und Land hier als Gegensatz unterschiedlicher Produktionsweisen noch deutlich erkennbar: Der Agrarsektor dominierte die Landschaft und den sozialen Raum von Harheim oder Kalbach. Lediglich in Bonames setzte die Urbanisierung schon zu diesem Zeitpunkt ein. Die frühe Eingemeindung zeigt in diesem Stadtteil bis heute ihre Auswirkungen. Bonames wurde zur »Schutthalde« aller problematischen Aspekte des Urbanisierungsprozesses in der nördlichen Region. Ob Massenwohnungsbau ohne ausreichende Infrastruktur oder lärmender Hubschrauberlandeplatz, stets verdichteten sich die Zumutungen des Wachstums in und um Bonames.



a: Kalbach, b: Bonames, c: Nieder-Eschbach, d: Nieder-Erlenbach, e: Harheim, f: »Frankfurter Berg«, g: Berkersheim, ·: Gegenwärtiger Standort des Schlachthofs

Seit den sechziger Jahren hat sich die Zahl der EinwohnerInnen der nördlichen Stadtteile fast verdoppelt. Sie verzeichnen damit die stärkste Bevölkerungszunahme innerhalb der gesamten Stadt seit 1970. Auffällig ist zudem der hohe Bestand an Einfamilienhäusern und der niedrige Anteil von Einpersonenhaushalten. Während der Anteil von Single-Haushalten im gesamten Stadtgebiet bereits mehr als 50 Prozent beträgt und in city-nahen Quartieren bis zu 70 Prozent ansteigt, liegt er in Nieder-Eschbach, Kalbach oder Nieder-Erlenbach bei 30 Prozent. Umgekehrt sind grosse Mehrpersonenhaushalte überdurchschnittlich vertreten.

Unter dem Druck des anhaltenden Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesses haben sich die dörflichen Sozialstrukturen weitgehend

aufgelöst, auch wenn das Milieu der Alteingesessenen noch immer einen bedeutenden lokalen Machtfaktor in den ehemaligen Gemeinden darstellt. Die Mehrheit der heutigen StadtrandbewohnerInnen orientiert sich an einem Modell kommunitärer Nachbarschaft, dessen materielle Basis ein Geflecht von Vereinen, kirchlichen Einrichtungen und privaten Initiativgruppen bildet.

Trotz der deutlichen Dominanz der Mittelklassen ist der Frankfurter Norden keine ausschliessliche Domäne der wohlhabenderen Schichten. Fallen die Arbeitslosenanteile in Harheim, Kalbach und Nieder-Erlenbach besonders niedrig aus, so liegen sie in Nieder-Eschbach und in Bonames, wo sich auch mehrere Grosswohnsiedlungen befinden, zum Teil über dem städtischen Durchschnitt. Entsprechend unterschiedlich sind auch die jeweiligen Anteile von SozialhilfeempfängerInnen und MigrantInnen verteilt. Zwar liegt bis jetzt die Zunahme der ausländischen Bevölkerung in den nördlichen Bezirken noch unter dem Durchschnitt der Stadt, doch sind in den letzten Jahren viele MigrantInnen nach Nieder-Eschbach und Bonames gezogen.

Bestimmte Wohngebiete dieser Stadtteile gelten seit langem als Hochburgen der Rechtsextremen. In der Hochhaussiedlung am Frankfurter Berg wählte bei der Kommunalwahl 1993 jedeR vierte WählerIn eine rechtsradikale Partei. Damit gehört dieser Stadtteil zu den Wahlbezirken mit den höchsten Stimmanteilen der Rechten in Frankfurt. Mehr als ein Drittel der HochhausbewohnerInnen im Alter zwischen 15 und 25 bezieht hier Sozialhilfe, viele sind arbeitslos. Zudem droht die Veräusserung von Wohneinheiten, da ein örtlicher Immobilienhändler 1987 – in der Folge des Zusammenbruchs der »Neuen Heimat«²⁷ – 550 Wohnungen aufgekauft hat, deren soziale Bindung vor kurzem weggefallen ist. Die ausländischen BewohnerInnen sehen sich häufig rassistischen Anfeindungen ausgesetzt. Bei den Deutschen geht das Gerede um, dass die Stadt bei der Vergabe von Wohnungen Ausländer bevorzuge. Allerdings ist nicht nur das Hochhaus-Konglomerat eine Hochburg der Rechtsradikalen, sondern auch im »Alten Berg«, einer idyllischen Gartenstadt in direkter Nähe der Hochhäuser, erzielen die rechten Parteien überdurchschnittliche Gewinne. In diesen Siedlungshäusern, die sich mehrheitlich im Besitz ihrer BewohnerInnen befinden, leben vorwiegend Beamte und Bundesangestellte.

Der soziale Raum dieser Region kann somit als heterogen beschrieben werden: Neben arrivierten Mittelklassevierteln und Resten eines bäuerlich geprägten Milieus existieren Siedlungen von kleinen Angestellten und Wohnsilos für die marginalisierten Gruppen der städtischen Bevölkerung.

Die Planung neuer Wohngebiete in den nördlichen Stadtteilen stösst

bei der Mehrheit der lokalen Bevölkerung auf starke Ablehnung. Neben Wohnungsbauprojekten stand zeitweilig auch die geplante Verlagerung des Frankfurter Schlachthofes an den nördlichen Stadtrand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit (vgl. Abb. 7). In den betroffenen Gemeinden bildete sich – quer zu Klassenlage und Parteizugehörigkeit – ein Netz von Bürgervereinigungen heraus, die zu Problemen wie Wohnungsbau, Verkehrsbelastung oder Gewerbeansiedlung Stellung bezogen. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren, als eine lokale Akzeptanz von Wachstumsmaßnahmen die Regel war, rufen heute fast alle städtischen Vorhaben Widerspruch und Widerstand hervor. Die verschiedenen Formen des Wachstums werden nun von den Betroffenen als Bedrohung ihrer Alltagspraxis und als starke Beeinträchtigung ihrer bisherigen Lebensqualität empfunden. Abgesehen von den BodenbesitzerInnen, die sich in der Fruchtfolge Weizen, Mais, Bauerwartungsland ihren Grund vergolden können, lehnt die Mehrheit den verdichteten Wohnungsbau ab, da sie eine deutliche soziale Umschichtung der lokalen Bevölkerungsstruktur befürchtet. Insbesondere empfinden diejenigen Menschen die Projekte als eine Entwertung ihres Wohnumfeldes, die in den letzten Jahren der Grossstadt den Rücken kehrten und ihren Traum vom eigenen Haus verwirklichen konnten. Mit dem Wegzug aus den innerstädtischen Quartieren hatten sich grosse Teile der Mittelklasse von den neuen Wohnorten an den Stadträndern Ruhe und Überschaubarkeit versprochen, möglichst verschont von den Härten der nahen Metropole. Nun aber befürchten aufgebracht BürgerInnen, Kalbach könne »zu einem hässlichen Stadtteil verkommen«. Die Region verwandle sich zur »wohnungspolitischen Müllkippe« und werde »mit Wohnblocks zugestampft«, die mehr an »Käfighaltung« als an Wohnungen erinnerten. Dem Stadtteil Harheim, der noch eine »gewisse Idylle« besitze, drohe eine »Dorfzerstörung wie in Rumänien«. Kurz: Der gesamte Norden als »am meisten geprügelter Stadtteil Frankfurts« brauche »einfach mal zwanzig Jahre Ruhe« (vgl. Ronneberger/Keil 1993b).

Die Konflikte im Frankfurter Norden erweisen sich als vielschichtig und widersprüchlich. Das bestehende Raumbild an einem gegebenen Ort beeinflusst die Haltung der BewohnerInnen gegenüber städtischen Wachstumsprozessen. Was in der Innenstadt als »verträglich« wahrgenommen wird, kann in Suburbia zum Volksaufstand führen. Die Aufgebrachtheit, mit der gerade der verdichtete Wohnungsbau attackiert wird, erklärt sich aber auch aus dem populären Wohnideal vom »Eigenheim im Grünen«. Diese Wohnform steht klassenübergreifend an der Spitze der Bewertungsskala. Sie gilt als gelungene Eigentumssicherung und als Gegenpol zur Sphäre der Arbeit: »Gesundes Leben« und

»Freiheit« scheinen garantiert. Der Zuzug in den Vorstadtbereich erfolgt also nicht nur aus ökonomischen Gründen (billigeres Bauland für das Eigenheim, finanzierbarer Wohnraum für grössere Haushalte), er ist auch mit spezifischen Identitätsansprüchen und Raumbildern verknüpft. Ein planerischer Eingriff in diesen »Werteraum« setzt deshalb emotionale Reaktionen frei und wird als Angriff auf die Privatsphäre verstanden.

Stellvertretend für viele Umlandgemeinden des »Speckgürtels« verdeutlichen die Konflikte im Frankfurter Norden eine scheinbar paradoxe Situation: Die Akteure, die das Wachstum am Stadtrand voranzutreiben helfen, sind die Neo-Ruralen, die mit ihrer »postmateriellen« Ästhetik die suburbane Landschaft verändern und die Alteingessenen, die mit Landverkauf oder der Errichtung von Mietshäusern die Modernisierung in Schwung halten. Und zugleich sind es oft dieselben sozialen Schichten, die umgekehrt die Folgen des Wachstums lautstark bekämpfen, wenn sie ihnen über den Gartenzaun ins Vorstadtidyll hineinwachsen. Obwohl ein grosser Teil der BewohnerInnen der Peripherie und der Umlandgemeinden durch Beruf und Einkommen nicht unerheblich von der Wirtschaftskraft der Metropole profitiert, bilden sich gerade in den suburbanen Zonen die verschiedensten Formen wachstumskritischer Bewegungen heraus, wenn sich soziale und ökologische Folgelasten der Wachstumsmaschine Rhein-Main auf das lokale Wohnumfeld und die eigene Lebensqualität auszuwirken beginnen. Der Umfang dieser verschiedenen Initiativen und Artikulationsweisen lässt es zu, von einem »regionalen Populismus« zu sprechen (vgl. Ronneberger/Keil 1993c). Die soziale Heterogenität und Breite der agierenden Gruppen machen den lokalen Widerstand für die planenden Eliten zu einem unberechenbaren Faktor; die politische Stossrichtung wird schillernd und widersprüchlich: Grün-alternativ eingefärbte Wachstumskritik vermengt sich mit rassistischen und wohlstandschauvinistischen Positionen. Im Rahmen der sozialen und kulturellen Entwicklung sind diese Protestformen zunächst Ausdruck einer wachsenden Fähigkeit zur Selbstorganisation innerhalb der urbanisierten Gesellschaft. Heute üben die unterschiedlichsten Gruppen öffentlichen Druck aus, um Einfluss auf die Verteilung der Ressourcen zu erlangen oder ihre spezifische Lebensweise zur Geltung zu bringen. Die Betonung von Autonomie und Eigenverantwortlichkeit, das Einklagen von dezentralen Föderalstrukturen beinhaltet jedoch nicht nur eine mögliche Demokratisierung etatistischer Macht, sondern besitzt auch eine partikularistische Tendenz. So verbergen sich zum einen hinter antizentralistischen Artikulationen Einstellungen, die die Abneigung gegen Bürokratismus mit einer Ablehnung des sozialen Wohlfahrtsstaates

verbinden²⁸, sowie modernisierungskritische Werthaltungen, die sich von der Geschwindigkeit des Transformationsprozesses und den Auswirkungen der wachsenden Globalisierung auf den regionalen Raum überfordert fühlen.

Zwischen Jägermeister und Satellitenschüssel – Die Krise der Trabantensiedlungen in Sossenheim

Der an der westlichen Peripherie Frankfurts gelegene Stadtteil Sossenheim (vgl. Abb. 6) – sonst nur »Titanic«-LeserInnen durch Clodwig Poths Vorstadt-Comic »Last Exit Sossenheim« bekannt – geriet im Frühjahr 1993 ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit. Bei den Kommunalwahlen erzielten die rechtsextremen Parteien hier mit über 20 Prozent die höchsten Stimmanteile von ganz Frankfurt, wobei der Schwerpunkt der Rechten in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus lag.

Im Norden von Sossenheim liegt die Büro-Vorstadt Eschborn, im Südwesten befindet sich der Stadtteil Höchst mit den grossen Industrieanlagen des Chemiekonzerns Hoechst. Die Siedlungsentwicklung Sossenheims ist von einer frühzeitigen Industrialisierung gekennzeichnet, die den gesamten Frankfurter Westen geprägt hat. Das ehemalige Bauerndorf entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts rasch zum Industriestandort und zur Wohngemeinde für die ChemiearbeiterInnen bei Hoechst. Der letzte grosse Urbanisierungsschub fand in den sechziger und siebziger Jahren statt. Die Zahl der EinwohnerInnen stieg in diesem Zeitraum von etwa 8.000 auf mehr als 14.000 Personen. Gegenwärtig befindet sich Sossenheim in einer neuen Entwicklungsphase. Mit dem soeben fertiggestellten »Westpark«, dem ersten rot-grünen Wohnungsbauprojekt in Frankfurt, entstanden Wohnungen für 1.500 Menschen. Sossenheim erscheint räumlich deutlich vom Frankfurter Kernbereich getrennt. Autobahnen verbinden den Stadtteil zwar mit dem Zentrum, sie zementieren jedoch zugleich die Trennung der Siedlungsbereiche. Diese räumliche Segregation findet innerhalb Sossenheims ihre Entsprechung. Der alte Ortskern und die Grosswohnsiedlungen stellen jeweils eigenständige Raumeinheiten dar, die kaum Bezüge zueinander aufweisen. Wie kleine Trabanten liegen die Carl-Sonnenschein- und die Henry-Dunant-Siedlung im Norden bzw. Westen des alten Ortskerns. Die zwischen beiden Siedlungen gelegene Robert Dissmann-Siedlung unterscheidet sich baulich durch eine wesentlich höhere Dichte (sechs bis zwölf Geschosse) und ist damit gleichsam vertikal von der Umgebung isoliert.

Die Abgeschnittenheit Sossenheims spiegelt sich auch im Verhältnis

seiner EinwohnerInnen zur Gesamtstadt wider. Distanz und Skepsis gegenüber der »Metropole« und den städtischen Planungsvorhaben kennzeichnen die Haltung vieler SossenheimerInnen. Frankfurt erscheint ihnen als übermächtige Instanz, deren Entscheidungen und Massnahmen meist zu Ungunsten des Stadtteils ausfallen. So wird insbesondere der Bau der Grosssiedlungen und die Belegungspraxis der Sozialwohnungen als Verlagerung »Frankfurter Probleme« nach Sossenheim interpretiert.

Eine entscheidende Trennlinie verläuft zwischen Alt-Sossenheim und den Grosssiedlungen: Die Redeweise von den »aufgestülpten« Sozialwohnsiedlungen bringt dieses Spannungsverhältnis zum Ausdruck. Viele alteingesessene SossenheimerInnen empfinden die mittlerweile 20 bis 30 Jahre alten Siedlungen immer noch als Fremdkörper. Alt-Sossenheim verfügt über eine relativ stabile Sozialstruktur und ein ausgedehntes soziales Netzwerk, in denen insbesondere die Vereine eine entscheidende Rolle spielen. Im Gegensatz zum Frankfurter Norden hat sich hier keine »postmaterialistisch« orientierte Mittelklasse etabliert, von der gewisse urbanistische oder »zivilgesellschaftliche« Impulse ausgehen könnten. Ein eher ständisch orientiertes Kleinbürgertum und ein zunehmend enttraditionalisiertes Arbeitermilieu dominieren den lokalen sozialen Raum (vgl. Körner/Ronneberger 1994).

In den Trabantsiedlungen hat bei vielen BewohnerInnen der drohende oder bereits erfolgte Verkauf von Siedlungsteilen an Spekulanten zu einem Vertrauensverlust gegenüber den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Institutionen geführt. Aber auch die anhaltenden Defizite der vorhandenen Infrastruktur und demographische Umschichtungen haben in den letzten Jahren das soziale Klima entscheidend verändert. Während Grosswohnsiedlungen in den sechziger Jahren noch ein akzeptables Wohnmodell darstellten, entwickelten sich viele Trabantenstädte in den achtziger Jahren zu sogenannten sozialen Brennpunkten. Mit dem Wegzug sozial aktiver Personen und einer gezielten Wohnvergabepolitik durch die städtischen Ämter haben sich diese Wohnsiedlungen zu »Raumfallen« verwandelt, in die Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, SozialhilfeempfängerInnen oder ImmigrantInnen abgeschoben werden.

Die räumliche Nähe zum grössten »sozialen Brennpunkt« – der Robert-Dissmann-Siedlung – erscheint vielen AnwohnerInnen als Bedrohung der eigenen Lebenswelt und als Abwertung ihres sozialen Status innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie. Diese Siedlung, die in den siebziger Jahren ursprünglich als ein soziales Reformprojekt der »Neuen Heimat« konzipiert wurde, hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einem Abschiebecontainer entwickelt. Durch die Anwesenheit des

neuen städtischen Proletariats glaubt das kleinbürgerliche Milieu der umliegenden Quartiere endgültig in den Mahlstrom sozialer Konflikte hineinzugeraten, von denen es sich mehr und mehr umstellt sieht. Im Kampf um die Erhaltung der gewachsenen Siedlungsstruktur wird ein Leben in überschaubarer Nachbarschaft beschworen, das sich sowohl von den urbanen Milieus der Metropole als auch den Unterprivilegierten der Wohnsilos abzuheben versucht. Davon profitierten mit wachsendem Erfolg rechte Gruppierungen, die in den Siedlungen bei verschiedenen Wahlen hohe Stimmenanteile erzielen konnten.

In der Carl-Sonnenschein-Siedlung kam die NPD bereits 1989 auf über fünfzehn Prozent der Stimmen. 1993 erzielten die Rechtsextremen hier mehr als 33 Prozent. Entgegen der landläufigen These vom Rechtsradikalismus als »Armuts- und Deprivationsproblem« weist diese Siedlung keine überdurchschnittliche Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote auf. Sie wirkt eher wie eine beschauliche Gartenstadt. Ihre kleinbürgerliche und überalterte Wohnbevölkerung setzt sich mehrheitlich aus FacharbeiterInnen, städtischen Angestellten und Beamten zusammen. Günstige Mietbedingungen und die ökonomische Prosperitätsphase der sechziger und siebziger Jahre haben für einen gewissen Wohlstand gesorgt. Doch offensichtlich empfinden die deutschen BewohnerInnen die soziale Verschiebung in den Siedlungen als Verlust ihrer kulturellen Hegemonie und territorialen Kontrolle. Aus der langjährigen Wohndauer werden Besitzansprüche auf die Siedlung abgeleitet, die man mit dem wachsenden Zuzug von MigrantInnen in Frage gestellt sieht. Die Erosion des gewerkschaftlichen Integrationsmilieus scheint hier besonders weit fortgeschritten. Das früher bestehende Klientelverhältnis zwischen den Arbeiterorganisationen und den QuartiersbewohnerInnen, das auf dem Versprechen eines gesicherten sozialen Aufstiegs basierte, scheint endgültig zerbrochen zu sein.

Niedergang eines traditionellen Arbeiterquartiers: Das Gallusviertel

Von der Expansion des finanzindustriellen Komplexes ist vor allem der westliche Teil Frankfurts betroffen. Bereits der Speer-Leitplan von 1983 schrieb die Errichtung von Bürostädten wie »City-West« und den Ausbau des Messekomplexes als zentrale Bestandteile der weiteren Stadtentwicklung fest. Die westlichen Stadtteile dienen als Restrukturierungsgebiet der Entwicklungsachse, die sich keilförmig vom Zentrum aus nach Westen ausdehnt. Der Aufwertungsdruck wird noch durch den nahe gelegenen Chemiekonzern Hoechst, die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Universität und die günstige Ver-

kehrsstruktur (Autobahnen- und Flughafennähe) verstärkt. Zugleich wuchsen am Autobahntriangel A 66, A 5 und A 648 die Gewerbegebiete Rödelheim und Sossenheim mit der Bürostadt der angrenzenden Umlandgemeinde Eschborn zu der künftig grössten Gewerbezone im Frankfurter Raum zusammen.

Die konservative Stadtregierung verfolgte im Westen vor allem Konzepte, die den Bau von Büroraum und Luxuswohnungen favorisierten. Dies wurde bei der Planung der »City West« und des Rebstock-Geländes besonders deutlich, die neben einigen Luxuswohnungen eine fast ausschliessliche Büro-Monostruktur vorsah. Das entsprechende Konzept des rot-grünen Magistrats für den Westen sieht gemischtere Nutzungen und höhere Wohnanteile bei den einzelnen Projekten vor.

Vor allem das traditionelle Industriequartier Gallus (vgl. Abb. 6) bietet sich wegen seiner zentralen Lage (City-, Messe- und Flughafennähe) als Expansionsraum für die Zitadellenökonomie an. Das ehemalige Arbeiterwohnviertel, das in der extensiven Industrialisierungsphase des 19. Jahrhunderts entstand, wird durch Messegelände, Hauptbahnhof und Gleisanlagen weitgehend von der übrigen Stadt abgetrennt. Entlang der Hauptverkehrsachse Mainzer Landstrasse, die die wichtigste Verbindung zum innerstädtischen Raum darstellt und zugleich das Gallus in zwei Hälften zerschneidet, breitet sich der Tertiarisierungsprozess immer weiter nach Westen aus. Unter diesem Druck zerbricht nun die jahrzehntelange Balance von alter proletarischer Wohn- und Arbeitskultur und »Gebrauchtwagen-Ökonomie«. Trotz der anhaltenden Verdichtung im Citybereich sicherten sich internationale Immobilien- und Investitionsgesellschaften hier in den vergangenen Jahren Areale für Büro- und Gewerbeprojekte (vgl. Unterwerner 1991). Aufgrund dieser ökonomischen Umnutzung sind die Bodenpreise entlang der vorderen Mainzer Landstrasse um mehr als das Zehnfache angestiegen. Die Investoren planen Bürohochhäuser und gehobene Dienstleistungskomplexe, insbesondere für die Banken-, Medien- und Werbebranche. Der damit verbundene Rückgang des produzierenden Gewerbes ist unter anderem auf eine – durch die gestiegenen Bodenpreise ausgelöste – Abwanderung in das Umland (Braun, VDO, Grundig) und auf Restrukturierungsprogramme internationaler Unternehmen zurückzuführen. Ein herausragendes Beispiel stellt der Wegzug der traditionsreichen Schreibmaschinenfabrik Triumph-Adler dar. Noch zu Beginn der achtziger Jahre schien der Erhalt des Standorts durch einen massiven Stellenabbau und den Einsatz neuer Technologien gesichert. Dennoch verlagerte der italienische Mutterkonzern Olivetti ein Jahrzehnt später das Unternehmen und verkaufte das Gewerbeareal weiter, da der Grundstückswert der Betriebsimmobilie den Gewinn aus der

Produktion überstieg. Auf dem ehemaligen Adler-Gelände entsteht derzeit der »Gallus-Park«, in dem kleinteilige Büro- und Gewerbenutzungen mit gehobenem Wohnen kombiniert werden (vgl. Gottschalck 1994 und Welz 1994).

Seit 1970 wurden im Gallus, das mit einem Anteil von 54 Prozent ArbeiterInnen noch immer deutlich über dem städtischen Durchschnitt (32 Prozent) liegt, annähernd 60 Prozent der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe abgebaut. Nicht zuletzt durch die massive Deindustrialisierungspolitik hat die Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen in diesem Viertel stark zugenommen. Nach einem Bevölkerungsrückgang in den letzten Jahrzehnten verzeichnet das Gallus seit Ende der achtziger Jahre wieder einen Zuwachs. Allein zwischen 1987 und 1992 sind mehr als 3.500 Personen – fast ausschliesslich MigrantInnen – in dieses Viertel gezogen. Dem Anwachsen der Wohnbevölkerung steht ein stagnierender Wohnungsbestand gegenüber; Formen der Überbelegung verweisen auf eine beginnende Ghettobildung.

Noch Anfang der siebziger Jahre galt das von den Aktivitäten einer vielfältigen Vereinskultur geprägte Arbeiterviertel als eine Hochburg der Sozialdemokraten. 1993 hingegen erhielt die SPD nur noch 33 Prozent der Stimmen, während rechtsextreme Gruppierungen insgesamt fast 20 Prozent auf sich vereinigen konnten. Der SPD-Ortsverein schrumpfte von ehemals 600 auf knapp 100 Mitglieder. Von der einstigen lokalen Hegemonie der verschiedenen Arbeiterinstitutionen ist heute nicht mehr viel zu spüren. Dabei ist zu vermuten, dass der Erosionsprozess für die Sozialdemokratie noch nicht abgeschlossen ist.

Diese Entwicklung steht im Kontext einer allgemeinen Auflösung zentraler Elemente des fordistischen sozialen Kompromisses. Im Laufe der achtziger Jahre ging ein Integrationsmodell für die deutsche Mehrheitsbevölkerung zu Ende, das mit der staatlich-institutionellen Regulation sozialer Standards eine relative Absicherung gewährleistete hatte. Während in der Vergangenheit der Alltagsrassismus noch durch die sozialdemokratische Ideologie der Gleichheit und Solidarität reguliert wurde, haben sich mit wachsender Enttraditionalisierung und Deinstitutionalisierung die »Intoleranzschwellen« bei vielen deutschen BewohnerInnen zunehmend herabgesetzt. Nicht wenige, so die These von George Steinmetz, scheint die »Sehnsucht nach einem imaginären goldenen Zeitalter des Fordismus« zu ihrer rechtsradikalen Stimmabgabe motiviert zu haben. »Die realen und imaginären Privilegien der männlichen deutschen Arbeiter während der Fordismus-Epoche werden von der radikalen sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, des sozialen Netzes, von Formen der Kultur, der Produktion, des Konsums und der Familie unterminiert« (Stein-

metz 1994: 23). Gerade diejenigen Milieus, die einst den Kern der fordistischen Gesellschaftsformation gebildet hatten und von entsprechenden kulturellen Standards geprägt wurden, empfinden die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche und die damit verbundenen Unsicherheiten als eine Infragestellung ihrer Lebensweisen (Steinmetz 1994: 28).

Die gesellschaftliche Entwertung der verarbeitenden Industrie und die schwindende Repräsentation dieser Produktionskultur im öffentlichen Raum sind in Frankfurt weit vorangeschritten. Der Mythos von der »postindustriellen Stadt« dominiert als Raumbild und gesellschaftliches Entwicklungsmodell. Trotz eines – von den lokalen Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer und der Stadtregierung entwickelten – neuen »industriepolitischen Leitbildes«, das vor allem auf eine forschungs- und entwicklungsintensive Industrie setzt, scheint der weitere Niedergang des lokalen industriellen Sektors und die Auflösung traditioneller Arbeitermilieus unabwendbar.

Der Bauch von Frankfurt:

Das Ostend und die Vision vom Wohnen am Fluss

Die Entwicklung des Frankfurter Ostens am Ende des 19. Jahrhunderts war entscheidend durch die Errichtung gründerzeitlicher Wohnblocks und den Ausbau der Eisenbahn bestimmt. Mit dem Bau des Osthafens zu Beginn dieses Jahrhunderts und der Grossmarkthalle in den zwanziger Jahren nahm das Ostend (vgl. Abb. 6) seine typische Gestalt an. Von Wallanlage, Gleiskörpern und Durchgangsstrassen eingeschlossen und weitgehend von den anderen Stadtteilen abgetrennt, war das Ostend in den letzten Jahrzehnten von einer Entwicklung gekennzeichnet, die sich nun zum Teil durch eine abgängige Bausubstanz und eine »Brachen- und Mindernutzung« von Gewerbegebieten bemerkbar macht.

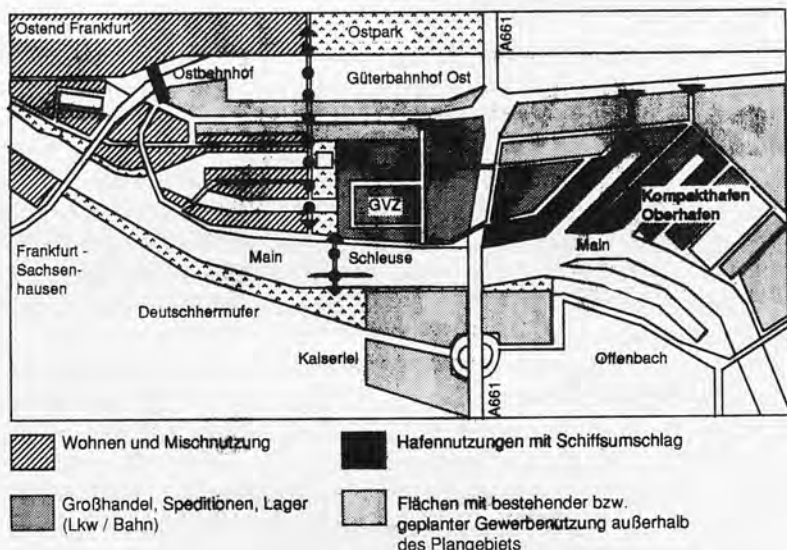
Mit der Verlagerung des industriellen Gewerbes aus dem Viertel ist die Anzahl der Beschäftigten seit 1970 von 19.000 auf 8.500 Personen (Stand 1991) zurückgegangen. Ebenso war in den letzten Jahrzehnten eine Abnahme der Wohnbevölkerung festzustellen, die allerdings Ende der achtziger Jahre durch den Zuzug von MigrantInnen wieder ausgeglichen wurde. Der Anteil von AusländerInnen, Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt, ebenso weist der Stadtteil eine hohe Konzentration von Ein-Personen-Haushalten auf. Das Wohnniveau im Osten ist traditionell niedrig. Selbst Leute mit geringem Einkommen können hier noch eine bezahlbare Wohnung finden. Zugleich kann das Ostend als »Maschi-

nenraum« und »Bauch« von Frankfurt bezeichnet werden, da es nicht nur als Entlastungsraum für den unteren Wohnungsteilmarkt fungiert, sondern auch wichtige kommunale Versorgungsfunktionen übernimmt.

Ende der achtziger Jahre setzte eine neue Phase der Stadtplanung ein, die auch für das Ostend unmittelbare Folgen hat: Neben einer extensiven Stadterweiterung wird eine Transformation der grosstechnischen Infrastruktur angestrebt. Von einer möglichen Restrukturierung waren oder sind in Frankfurt vor allem Areale der Bundesbahn (Umgebung des Hauptbahnhofs), das Gelände des städtischen Schlachthofs (am südlichen Mainufer des Stadtteils Sachsenhausen), der West- und Osthafen sowie die im Ostend gelegene Grossmarkthalle betroffen. Bereits zu Beginn der achtziger Jahre sollte der Gegensatz zu den westlichen Stadtteilen nach den Vorstellungen des City-Leitplans durch eine östliche Entwicklungsachse für hochverdichtete Arbeitsplatznutzung in der Hanauer Landstrasse ausgeglichen werden. Neben dieser Tertiärkonzentration war zudem im Bereich der Grossmarkthalle, des Ostbahnhofs und entlang der Hauptverkehrsstrassen eine grossflächige Mischnutzung vorgesehen. Nachdem diese Entwicklungsziele nicht umgesetzt werden konnten, versuchte die konservative Stadtregierung die bislang ausgebliebene Aufwertung des Viertels im Rahmen der Olympia-Bewerbung für 2004 voranzutreiben. Nachdem sich auch diese hochfliegenden Pläne zerschlagen hatten, sprach sich 1990 der damalige SPD-Oberbürgermeister Hauff für eine Verlagerung der Gewerbefunktionen an den Oberhafen und eine Neubebauung der Südmole des Osthafens mit Wohnungen und Büros aus (»Wohnen am Fluss«). Zur Planung und Umsetzung des gesamten Vorhabens wurde eigens eine kommunale Entwicklungsgesellschaft gegründet.

Die Realisierung dieses Projekts (vgl. Abb. 8) stösst jedoch auf vielfältige Vorbehalte. Vor allem Interessengruppen, die wirtschaftlich mit dem Osthafen verknüpft sind, artikulieren ihren Widerstand. Die Hafenanlieger an der Südmole sind entschlossen, ihre Position nicht aufzugeben und versuchen, die geplante Räumung langfristig hinauszuschieben. Die Industrie- und Handelskammer lehnt prinzipiell eine Wohnbebauung auf dem Gelände ab, da der Osthafen als wichtiger Ausweichstandort für Gewerbeunternehmen gilt. Die Kammer plädiert im Gegenteil dafür, die Hafenfunktionen auszubauen und zu intensivieren. Widerspruch regt sich auch auf seiten der QuartiersbewohnerInnen. Nicht nur die Konservativen, sondern auch die örtlichen Sozialdemokraten und Grünen haben sich gegen das Projekt an der Südmole ausgesprochen. Ein Nebeneinander von Wohnen und Industrie schätzen sie als nicht praktikabel ein. Zugleich befürchten

Abbildung 8: Geplanter Umbau des Frankfurter Osthafens. In: Frankfurter Rundschau, 4.7.1991.



die lokalen ParteienvertreterInnen, dass mit der Restrukturierung des Hafens dessen wichtige Funktion für das Arbeitsmarktsegment von Geringqualifizierten (z.B. Tagelöhner) in Frage gestellt wird. Statt für ein neues Quartier plädiert man für eine Stärkung der Gewerbestrukturen, die vor allem »Blaumann-Arbeitsplätze« sichern sollen.

Allerdings haben Probleme bei der Gewerbeverlagerung und veränderte politische wie finanzielle Rahmenbedingungen auch zu einer schrittweisen Modifikation der Vision »Wohnen am Fluss« geführt. Die Zerlegung des Vorhabens in kleinere Teilschritte schraubt das Projekt in seiner städtebaulichen Bedeutung immer mehr zurück. So sieht die anstehende Realisierung des ersten Abschnitts im westlichen Hafengelände fast ausschliesslich Büros und Gewerbe vor. Die zeitliche Planung für die Entwicklung eines neuen Quartiers hat sich ins nächste Jahrtausend verschoben. Die rot-grüne Koalition räumte ein, dass ein öffentlich geförderter Wohnungsbau im Osthafen in den nächsten Jahren aus finanziellen Gründen nicht durchführbar ist. Lediglich die Umgestaltung der Hauptverkehrsachse Hanauer Landstrasse für Tertiärnutzungen nimmt schrittweise Gestalt an, auch wenn das Ausmass der Transformation in keinsten Weise den Vorstellungen des alten Speer-Plans entspricht.

Innerstädtischer Konsumtionsraum und marginalisierte Gruppen

Die neue Generation der Hochhäuser, die dicht zusammengedrängt im Bankenviertel zwischen Taunusanlage und Goethestrasse entsteht, verändert nicht nur die Frankfurter Skyline, sondern auch den dazwischenliegenden städtischen Raum. Im Gegensatz zu den anderen Hochhäusern verfügen die neuen Bürotürme über öffentliche Atrien, Wintergärten, Restaurants, Geschäfte und Boutiquen, *pocket parks* und Erholungszonen. Kulturelle Veranstaltungen und Animationsprogramme vervollständigen ein Konzept, das als Identifikationsangebot für die veränderten Arbeits- und Lebensvorstellungen der neuen DienstleisterInnen dienen soll.

Zugleich zeichnet sich die Frankfurter City wie alle deutschen Innenstädte durch den üblichen Instantcharakter aus: eine Monostruktur von internationalen Ladenketten und Boutiquen, die den innerstädtischen Konsumtionsraum flächendeckend überziehen. Die höchste Dichte dieser globalen Standardisierung weist neben der Einkaufsstrasse Zeil, die auf Massenkonsum ausgelegt ist, die nahegelegene Goethestrasse auf. Gewissermassen als gehobenes Pendant konzentrieren sich hier die gängigen Haute Couture- und High Fashion-Läden.

Neu errichtete Einkaufspassagen und Warenhäuser stellen zusammen mit der dritten Hochhausgeneration und den Museen die wichtigsten Elemente des veränderten innerstädtischen Konsumtionsraumes dar (vgl. Noller 1994). Solche Archipele eines kontrollierten städtischen Erlebens versuchen die Atmosphäre und das Image eines traditionellen Stadtplatzes zu erzeugen, der gemeinhin mit Kommunikation, sozialer Dichte, Öffentlichkeit und Spektakel gleichgesetzt wird. In gewisser Weise suggerieren die artifiziellen Konstrukte der neuen Urbanität die Geschäftigkeit und Sozialität alter Städte, allerdings in der Form von Hybridprodukten, die von allen »negativen Begleitscheinungen« wie Wetter, Lärm, Armen oder Drogenabhängigen gesäubert sind.

Die Strukturen solcher Räume verändern nicht nur die Formen des Konsumierens; ihre Ordnungsfunktion, die sich in Überwachungsmonitoren und Sicherheitspersonal ausdrückt, wirkt sich auch auf den öffentlichen Raum der Stadt aus. In der Kernstadt von Frankfurt konzentrieren sich nicht nur Büros und Geschäfte, sondern die City stellt auch einen Aktions- und Erlebnisraum für viele Jugendliche aus der ganzen Region dar. Da die suburbanen Quartiere wenig Anregungen zu bieten haben, erweist sich die Innenstadt, aufgrund der vielfältigen

Unterhaltungsmöglichkeiten und der günstigen Verkehrsverbindungen, als geeigneter Ort für die Freizeit. Allerdings handelt es sich in Frankfurt um einen relativ begrenzten Raum. Im Prinzip konzentriert sich alles auf den Hauptbahnhof und das Bahnhofsviertel, den Opernplatz, und schliesslich auf die Fussgängerzone »Zeil«, insbesondere den Teilabschnitt zwischen Hauptwache und Konstablerwache. Dieser Bereich hat sich zu einem wichtigen Treffpunkt vor allem für wohnsitzlose Kids und ausländische Jugendliche aus den Vorstädten entwickelt (vgl. Kilb 1994). Auch eine grosse Zahl von Trebegängern, Obdachlosen und Wanderarbeitern nutzen gezwungenermassen die Strassen und Plätze der Stadt. Teile des öffentlichen Raumes verwandeln sich zum Reproduktions- und Schlafort: Seien es die Matratzenlager unter den Mainbrücken oder die Zeltdörfer auf den verschiedenen Grünflächen am Rande der City.

Gegen solche Formen der sozialen Aneignung entfaltet sich seit Beginn der neunziger Jahre ein verstärktes Repressionsprogramm. Ein dichter werdendes Netz unterschiedlicher Kontrollsysteme überzieht die Innenstadt, dessen Selektionskriterien von verschiedener Seite ideologisch vorbereitet werden. So fordert unter anderem die lokale Industrie- und Handelskammer immer wieder die politisch Verantwortlichen auf, verschärfte Sicherheitsmassnahmen im Innenstadtbereich durchzuführen. »Alkoholisierte Stadtstreicher, Obdachlose und Drogensüchtige in den Einkaufsstrassen« seien keine »gute Visitenkarte« und schmälerten das »Einkaufserlebnis«.

Ein Teil der städtischen Mittelklasse nimmt das Aufkommen dieser marginalisierten Gruppen als unabdingbares Moment des Metropolitanisierungsprozesses wahr, als notwendigen Bestandteil einer kosmopolitischen Stadtgesellschaft. Die auftretenden sozialen Härten und Ausbeutungsverhältnisse werden dabei als natürlicher Ausleseprozess mystifiziert und legitimiert. Zugleich werden im Wechselspiel zwischen medialer Aufbereitung und ordnungspolitischer Intervention die marginalisierten Gruppen nicht nur zu einer subalternen Klasse geformt, sondern zum Feind der städtischen Gesellschaft erklärt. »Sicherheit« scheint sich zum zentralen Dispositiv eines neuen Konsenses zu entwickeln. Hier treffen sich die neuen DienstleisterInnen mit der Mehrheit der lokalen Bevölkerung (vgl. Grimm/Ronneberger 1994). Massnahmen der Stadt, wie die Zerschlagung der offenen Drogenszene in der Taunusanlage im Bankenviertel, die Vertreibung von FixerInnen und Obdachlosen aus dem Bahnhofsumfeld und der Innenstadt, die häufige Überprüfung von ausländischen Jugendlichen in den verschiedenen U-Bahnstationen oder die Razzien gegen Kleindealer im Zeilbereich deuten darauf hin, dass der innerstädtische Bereich den marginali-

sierten Gruppen als Reproduktions- und Kommunikationsraum zunehmend streitig gemacht wird. Während so die subalternen Klassen aus den gesicherten Räumen der Innenstadt vertrieben werden sollen, transformiert sich die City, eingerahmt von Skyline und Museumsufer, zum Freizeitpark und zur Spielzeugmetropole, in der das »Städtische« zur Bühnenattrappe eines hierarchisierten Raumes gerät, in dem sich die Ungleichheiten und (feinen) Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen materialisieren.

Die sozialräumlichen Analysen der einzelnen Stadtteile belegen, wie wenig die These von der »Dualisierung der Stadt« der komplexen Struktur des städtischen Raumes gerecht wird. Sowohl der Fragmentierungsprozess innerhalb der Mittelklassen als auch die Erosion fordistischer Integrationsmilieus offenbart eine politisch-soziale Dynamik, die es schwierig erscheinen lässt, tragfähige Formen für einen neuen territorialen Kompromiss zu entwickeln. In die vertikalen und horizontalen Verwerfungen der städtischen Gesellschaft schreiben sich zudem die – nicht auf die Klassenlage abzubildenden – Machtverhältnisse und rassistischen Spaltungen zwischen Deutschen und MigrantInnen ein. Der »Immigrationskomplex« wird zum konstitutiven Element eines Diskurses, der die lokalen Hierarchisierungs- und Ausschlussprozesse strukturiert.

Reform in der World City?

Seit 1989 wird die Stadt von einer rot-grünen Koalition regiert. Sowohl bei den Kommunalwahlen 1989 wie auch 1993 erzielte diese Koalition eine (knappe) Mehrheit. Die programmatischen Überlegungen von Rot-Grün richteten sich zunächst auf die Bildung einer Koalition von »Banken und Gras«. Die Akteure des Reformprojektes akzeptierten zwar die Globalisierung und Metropolitanisierung der Stadt, hielten jedoch eine schnelle Bearbeitung von sozialen und ökologischen Problemen, die von den Konservativen sträflich vernachlässigt worden waren, für notwendig. Die lokalen Sozialdemokraten versuchten im Laufe der achtziger Jahre, sich als modernisierte Grossstadtpartei für die neuen Dienstleistungsklassen zu präsentieren. Innerhalb der Grünen operierte der hegemoniale »Realo«-Flügel mit der Formel vom »urbanen Ausgleich«, die sich sowohl gegen den konservativen Urbanismus in der Stadt wie auch gegen fundamentalistische Strömungen innerhalb der eigenen Partei richtete.

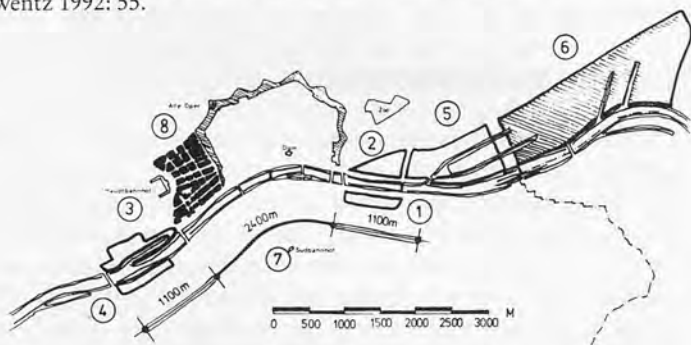
Die Beteiligten waren sich einig: Das Modell »Kommune als Gegenmacht« stand nicht auf der Tagesordnung. Die internationalisierte Stadt und ihre wachstumsorientierte Infrastruktur wurden als tragende

Elemente der lokalen Ökonomie anerkannt. Da gegen eine solche strukturierte Kohärenz keine Reformpolitik durchsetzbar schien, sollten die Wachstumsbranchen der Stadt moderat behandelt, aber auch finanziell eingebunden werden. Den weiteren Ausbau zu einem europäischen Finanzzentrum beabsichtigte die rot-grüne Koalition durch eine Reihe von Projekten zu kompensieren, mit denen die Stadt als urbaner Lebensraum zurückgewonnen werden sollte.

Einen Schwerpunkt bildete hierbei die Entwicklung des Main-Raumes (»Wohnen am Fluss«). Durch Flächenrecycling gedachte man neue, citynahe Stadtquartiere mit insgesamt mehr als 10.000 Wohneinheiten zu erschliessen und eine integrierte Stadt- und Flusslandschaft zu gestalten. Als weitere Flächenreserve fasste man eine Erweiterung der Stadtränder ins Auge. Insbesondere die nördliche städtische Peripherie wurde als Schwerpunkt für neue Wohnprojekte ausgewiesen. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen für das Wohnungsbauprogramm legte die Stadtregierung bzw. der Magistrat eine Finanzierungsform fest, die eine soziale Mischung in den neuen Quartiere ermöglichen sollte (freie Finanzierung, sozialer Wohnungsbau und städtische Förderung). Zugleich strebte man eine neue Verbindung von gewerblichen Räumen und Wohneinheiten an.

Den ökologischen Schwerpunkt der zukünftigen Stadtentwicklung bildete das Projekt einer verkehrsberuhigten Innenstadt und das Konzept des GrünGürtels, der mit 80 Quadratkilometern rund ein Drittel des Stadtgebietes einnehmen sollte. Als Preis für die Durchsetzung dieser beiden ökologischen Projekte akzeptierten die Grünen die Verdichtung des Bankenviertels durch neue Hochhäuser.

Abbildung 9: Entwicklungsschwerpunkte im innerstädtischen Mainraum. In: Becker/Wentz 1992: 55.



- 1 Alter Schlachthof, 2 Südliches Ostend/Grossmarkthalle, 3 Westhafen,
- 4 Theodor-Stern-Kai, 5 Osthafen - Unterhafen, 6 Osthafen - Oberhafen,
- 7 Verdoppelung der städtisch geprägten Mainufer

Während sich bei der strukturellen Ausrichtung der weiteren Stadtentwicklung eher die Sozialdemokraten durchsetzten, konnten die Grünen vor allem Vorgaben aus den Bewegungsmilieus einbringen: Frauenpolitik, Schwulen-Lesbenprogrammatik und das neu geschaffene Amt für multikulturelle Angelegenheiten, unter der Leitung von Cohn Bendit.

Die strategische Option der politischen Hauptakteure war es, einen Austauschprozess zwischen den sozialen Gruppen zu organisieren, die das Reformprojekt tragen sollten. Für dieses Bündnis sollten, neben den klassischen Kräften wie den Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen, auch Teile des urban orientierten Dienstleistungsmilieus gewonnen werden. Durch eine rot-grün-gelbe »Regenbogen«-Koalition gedachte man, die unteren zwei Drittel der städtischen Gesellschaft zusammenzuführen und damit eine Gegenbewegung zum konservativen Modell der »oberen zwei Drittel« zu initiieren. Als ein entscheidendes Instrument zur Dezentralisierung der Macht galt die Stärkung der Stadtteilparlamente. Diese sogenannten Ortsbeiräte waren unter der konservativen Ära weitgehend missachtet und als Hindernis für die Stadtentwicklung angesehen worden. Das rot-grüne Koalitionspapier hingegen definierte ihre Rolle im Sinne einer aktiven Teilnahme am Planungs- und Gestaltungsprozess, insbesondere bei quaternahen Angelegenheiten wie der lokalen Verkehrsplanung oder der Gestaltung von Grünräumen. Auch bei der Planung und Umsetzung des Grün-Gürtels sollten neuartige Beteiligungsformen und prozessuale Verfahrensweisen zum Zuge kommen. Im Zusammenhang mit den grossen Stadtentwicklungsprojekten wurden neue Formen der Planungskultur (Public-Private Partnership) initiiert, die auf eine Modernisierung des Projektmanagements und auf eine Restrukturierung staatlicher Verantwortlichkeit abzielten.

Stagnation des Reformprojekts

Anfänglich ging die Koalition von der Unterstellung aus, dass die Vision einer extensiven Stadtentwicklung mit dezidiert sozial-ökologischer Stossrichtung eine ausreichende Legitimationsbasis für die nächsten vier Jahre darstellen würde. Die politischen Akteure mussten jedoch bald erkennen, dass fast sämtliche Planungsvorhaben bei der betroffenen Quartiersbevölkerung auf Widerspruch stiessen. Dieses flächendeckende Aufbegehren traf die Stadtregierung unvorbereitet und offenbarte schnell die strukturellen Schwächen des Projekts. Das Anwachsen der Probleme bei der Umsetzung der Vorhaben löste eine zunehmende Verhärtung zwischen »politischer Klasse« und städtischer

Gesellschaft aus, die das politische Klima in der Stadt polarisierte.

Der Magistrat und vor allem das Planungsdezernat – von der Notwendigkeit eines langfristig angelegten Stadumbaus überzeugt – glaubten jedoch, trotz wachsenden Widerstandes an einer konsequenten und zügigen Durchsetzung der Vorhaben festhalten zu müssen. Zugleich handelte die Koalition gegen ihre eigenen ideologischen Prämissen, indem sie die bisherige zentrumsorientierte Stadtentwicklung weiter fortschrieb. Zum Kristallisationspunkt der bestehenden Konflikte entwickelte sich hierbei die geplante Schlachthofverlagerung, die im Rahmen des vorgesehenen Flächenrecyclings und der Errichtung eines neuen Stadtteils erfolgen sollte. Indem das Planungsdezernat ein neues Stadtquartier auswies, ohne über einen konkreten Ersatzstandort für den Schlachthof zu verfügen, löste es eine Lawine aus, die nicht wenig zum späteren Rücktritt von Oberbürgermeister Hauff im März 1991 beitrug.

Die geplante Verlegung des Schlachthofs in die nördliche Peripherie stieß auf erbitterten Protest in den betroffenen Stadtteilen. Hier artikulierten sich in exemplarischer Form die sozialräumlichen Widersprüche der Stadtentwicklung: Der Konflikt reproduzierte nicht nur die Hierarchie von Zentrum und Peripherie, sondern offenbarte zugleich auch die wachsende Kluft zwischen mittelständisch-suburbanen Lebensformen und innerstädtischen Milieus. Indem die rot-grüne Politik lediglich eine modernisierte Anschlussstrategie an die konservative Urbanisierungspolitik verfolgte, vertiefte sie die bereits bestehenden Brüche zwischen den verschiedenen Mittelklassesegmenten. So standen sich gerade jene Gruppen der städtischen Gesellschaft in Frontstellung gegenüber, denen in dem sozial-ökologischen Projekt eine strategische Position zukommen sollte.

Bei den urban orientierten Strömungen offenbarte die Bearbeitung des Konflikts eine »Streitkultur«, die sich auf eine exklusive Citoyen-Öffentlichkeit, bestehend aus professionellen Workshops, diskreten Salons und Frankfurter Gazetten, reduzierte. Trotz der oft beschworenen Rede von der »Pluralisierung der Lebensstile« erwies sich der urbanistische Diskurs als unfähig, suburbane Lebensweisen als Bestandteil der städtischen Gesellschaft anzuerkennen.

Viele der Akteure in der Peripherie wiederum definierten sich in einer antistädtischen Rhetorik als Opfer der Metropolenpolitik, obwohl sie meist von der städtischen Entwicklung materiell profitiert hatten. In deutlichem Gegensatz zu den Bewegungen der siebziger Jahre wurden ökologische und wachstumskritische Diskurse von einem partikularen Standpunkt aus artikuliert, bei dem die Sicherung des eigenen Wohnumfeldes im Mittelpunkt stand.

Während die Mittelklassen sich so im Ringen um die Definition des Städtischen und um die territoriale Kontrolle von Stadtteilen auseinander bewegten, zeichnete sich zugleich zwischen dem Kernbereich und dem unteren Teil der städtischen Gesellschaft eine wachsende Kluft ab. Die fortgesetzte Restrukturierung der städtischen Ökonomie trieb nicht nur Schneisen in den sozialen Bestand traditioneller Arbeiterquartiere, sondern der Zitadellenausbau brachte auch andere Formen marginalisierter Gruppen hervor. Die wachsende Akzeptanz innerhalb der städtischen Gesellschaft und der Parteien, bestimmten Folgen der sozialen Polarisierung mit einer rigiden Ordnungspolitik zu begegnen, veränderte das politische Klima in der Stadt.

Angesichts solcher Entwicklungen konnte kein produktiver Raum für die propagierte Regenbogenkoalition entstehen. Der Entmischungsprozess innerhalb der Mittelklassen, die anhaltende soziale Erosion der traditionellen Arbeiterquartiere, die wachsende Entfremdung des alternativ linken Restmilieus zur rot-grünen Koalition und die partikular-populistische Frontstellung der suburbanen Bürgerinitiativen liessen die soziale Basis des Reformprojekts schmelzen. Der Konflikt zwischen diesen unterschiedlichen Lebensweisen offenbarte, dass der bevorzugte Rekurs auf die »aufgeklärten« Mittelklassen als Träger einer Reformpolitik nicht ausreichend war. Die angestrebte politisch-kulturelle Modernität, die sich in neuen Aushandlungsmodellen ausdrücken sollte, reduzierte sich mit der Zunahme der Konflikte und Pannen in den Reihen der rot-grünen Koalition nur noch auf eine symbolische Beschwörung der »urbanen Streitkultur«.

Die Basis der Sozialdemokraten tat sich schwer, der Marschrichtung zu folgen, die das Partei-Management Mitte der achtziger Jahre in Richtung neuer Dienstleistungsklasse eingeschlagen hatte. Die grundlegenden Differenzen zwischen »Traditionalisten« und »Modernisten« innerhalb der lokalen SPD war nach dem Wahlsieg nicht beseitigt, sondern verlagerte sich nur. Der traditionelle Kern des Parteiapparats hatte weder den überkommenen sozialdemokratischen Korporatismus überwunden noch den sozialen Wandel einer internationalisierten Grossstadt konzeptionell und organisationspolitisch verarbeitet.²⁹ Die Modernisierungsfraktion wiederum interpretierte diese Schwierigkeiten als Aufforderung, sich noch konsequenter der Internationalisierung und Tertiarisierung der Stadt zu verschreiben. Dabei sollte der »bindungslose Wechselwähler« durch ein professionelles Parteimanagement situativ mobilisiert und bedient werden. Ausdruck dieser veränderten Option war auch die Wahl Andreas von Schoelers im Frühjahr 1991 zum neuen Oberbürgermeister der Stadt, nachdem OB Hauff wegen internen Parteintrigen freiwillig zurückgetreten war.

Damit gelangte ein Typus von Kommunalpolitiker an die Spitze der Stadt, dessen Regierungsstil gewisse Affinitäten zu seinem konservativen Vorgänger Wallmann aufwies. Personenzentrierte Politik und technokratische Effizienz galten wieder als bewährte Mittel des Machterhalts. Der neue OB modifizierte zum einen unrealistische Planungshorizonte bei den Stadtentwicklungsprojekten und bewies zugleich mit ordnungspolitischen Massnahmen, die auf ein »sauberes« Stadtzentrum abzielten, populistischen Gestaltungswillen.

In Gegensatz zur SPD machten die Grünen fast die ganze Wahlperiode (1989 – 1993) hindurch den Eindruck einer preussisch disziplinierten Kaderorganisation. Die Strategie des inneren Führungszirkels, die Partei zu einer soliden Regierungspartei auszubauen und sich verstärkt in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, erwies sich als erfolgreich. Die Partei kann sich heute auf einen relativ breiten Sockel von StammwählerInnen stützen. In Korrespondenz zur Marginalität des linksradikalen und autonomen Milieus und zur festen Etablierung des eigenen Wählerklientels in gehobenen Mittelklassenpositionen hat sich jedoch ein vollständiger Ablösungsprozess von den lokalen Protestformen vollzogen. Die Reduktion der politischen Praxis zum Dienstleistungsangebot für aufgeklärte WählerInnen steht zugleich für bestimmte gesellschaftspolitische Veränderungen. Die radikaldemokratischen Forderungen der neuen sozialen Bewegungen haben sich im Laufe der achtziger Jahre bei der Veralltäglichung ihrer kulturellen *issues* und der Teilinkorporierung durch die Gesellschaft in distinktive Lebensstile und Lebensweisen transformiert. Das Schwinden radikaler Gegenentwürfe und das Schrumpfen des »postmaterialistisch-alternativen Milieus« auf eine Generationenklave hinterliess auch bei den politischen RepräsentantInnen seine Spuren. Im Wechselprozess von transformiertem Wählerklientel und organisationspolitischer Professionalisierung hat die ehemalige Protestpartei einen vollständigen Etablierungsprozess durchlaufen. Lokalspezifisch ist zudem das mediengerechte Auftreten einzelner grüner Akteure wie etwa Umweltminister Fischer, Cohn Bendit oder Umweltdezernent Koenigs, deren Präsenz im öffentlichen Raum die Abwesenheit der Grünen im sozialen Raum überdeckt. Die Auswirkungen eines solchen Politikstils – einer postmodernen Variante von Caesarismus und Populismus – verfestigen bestehende Demokratiedefizite innerhalb der grünen Organisation (vgl. Ronneberger/Keil 1993d).

Die Wiederkehr des Sozialen: Von der Kultur-Stadt zum schlanken Staat

Spätestens mit dem Wahlerfolg der Rechtsradikalen bei der Kommunalwahl 1993, die die rotgrüne Koalition hauchdünn gewann, war auch auf der politischen Ebene die Polarisierung der städtischen Gesellschaft unübersehbar. Im Gesamtergebnis erzielten die verschiedenen rechten Gruppierungen 13,4 Prozent und konnten damit ihre Wählerstimmen gegenüber 1989 verdoppeln. Dabei bildeten die Grosswohnsiedlungen in der städtischen Peripherie, traditionelle Arbeiterwohnviertel und Siedlungen aus den zwanziger und dreissiger Jahre deutliche Schwerpunkte der Rechten.³⁰ In vielen Siedlungen, in denen die Rechten überproportional Stimmen hinzugewannen, verzeichneten die Sozialdemokraten überdurchschnittliche Verluste.³¹

Bestand der Anspruch des Projekts »postmoderne Kultargesellschaft« darin, gesellschaftliche Probleme kulturell bearbeiten und hierüber die verschiedenen sozialen Gruppen der deutschen Mehrheitsbevölkerung integrieren zu können, so brechen nun – im Zuge der ökonomischen Krise und des politischen Umbruchs – die ideologischen Gegensätze von »Kultur« und »Sozialem«, von »Ökonomie« und »Ökologie« in aller Schärfe wieder auf. Das kulturalistische Konzept der zentrumsorientierten Lokalpolitik, das auf städtebauliche Attraktionen und identitätsstiftende Spektakel setzt, bleibt zwar weiterhin ein wichtiges Instrument postmoderner Managementpolitik, es büsst jedoch angesichts leerer Kassen, einer veränderten Dynamik der Stadtentwicklung und der wachsenden sozialen Polarisierung zusehends seine strategische Bedeutung ein. Im Gegensatz zu den achtziger Jahren können nun die unterschiedlichen Interessenlagen und Konsumtionsmuster des traditionellen Kleinbürgertums, der Arbeitermilieus und der neuen DienstleisterInnen nicht mehr über ein aufwendiges Kulturalisierungsprogramm integriert werden.

Fiskalische Krise

Mit der Verlegung der Europäischen Zentralbank nach Frankfurt hat die Stadt zwar ihr Ziel erreicht und sich in der oberen Etage der internationalen Städtehierarchie fest etabliert. Doch während sie erfolgreich ihre Position als Finanzstandort ausbauen konnte, verschlechterte sich zugleich die finanzielle Situation der Kommune. Obwohl Frankfurt schon in den achtziger Jahren zu den höchstverschuldeten Städten der Bundesrepublik zählte, wurde – in Erwartung eines ungebrochenen ökonomischen Wachstums – an der Ausgabenstruktur keine Verände-

rung vorgenommen. Auch der rot-grüne Magistrat schrieb das Metropolenmodell mit gewissen Modifikationen fort. Zweifellos wurde der Grundstock für die enorme Verschuldung der Stadt zu Zeiten des Wallmann-Regimes gelegt. Politisch fragwürdig war jedoch der Versuch der rot-grünen Koalition, die (nötigen) Mehrausgaben im sozialen und ökologischen Bereich ohne eine Revision des metropolitenen Urbanisierungsprogramms vorzunehmen. Erst der spürbare Rückgang der Gewerbesteuerereinnahmen und die finanzielle Mehrbelastung der Kommune durch die deutsche Vereinigung erzwangen eine Vollbremsung der expansiven Ausgabenpolitik. Zugleich machten sich die Folgekosten der ökonomischen Restrukturierung immer deutlicher bemerkbar. So stieg etwa der Anteil der für Sozialhilfe aufzuwendenden Gelder an den Gewerbesteuerereinnahmen im Laufe der letzten Jahre von einem Fünftel auf über die Hälfte (v. Schoeler 1994: 211). Mit der bald zu erwartenden bundesweiten Abschaffung dieser Steuerart, die die wichtigste Einnahmequelle für Frankfurt darstellt, wird sich die Krise der städtischen Finanzen noch weiter vertiefen. Als Resultat verschiedener Gemeindefinanzreformen (z.B. Abschaffung der Lohnsummensteuer) hatte sich bereits in der Vergangenheit die Bedeutung des Arbeitsplatz-orientierten Steueraufkommens für die Kommunen erheblich verringert (vgl. Hausmann 1994). Die Strategie des Magistrats, vorrangig die Dienstleistungsökonomie in der Stadt zu fördern, erweist sich somit in den neunziger Jahren auch in fiskalischer Hinsicht als problematisch (vgl. Bartelheimer 1995).

Angesichts der wachsenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben scheint sich das Moment des Politischen auf die »technische« Dimension des richtigen Sparens zu reduzieren. Die Krise der kommunalen Finanzen ist jedoch das Ergebnis einer »politischen Situationsdefinition – Sparen selbst eine scheinbar neutralisierte Form von Herrschaft« (Demirovic 1987: 149). Mit dem Niedergang des »Wohlfahrtsstaates« wird die Verteilung der knapper werdenden Mittel zum Gegenstand konfligierender politischer Strategien, die unterschiedliche Entwicklungsmodelle anstreben.

In Frankfurt war die Einleitung eines rigorosen Sparkurses zugleich mit einem wichtigen politischen Einschnitt verbunden. Nachdem der alte sozialdemokratische Stadtkämmerer³² angesichts der desolaten Haushaltssituation zurückgetreten war und sich kein anderer Parteigenosse zur Verfügung stellen wollte, übernahm schliesslich der Grüne Tom Koenigs das Amt, ohne zunächst seinen Posten als Umweltdezernent abzugeben. Für die Grünen eröffnet sich hiermit ein neues Feld, auf dem die eigene Regierungsfähigkeit – sowohl mit Blick auf eine rot-grüne Koalition auf Bundesebene wie auch auf eine mögliche Zusam-

menarbeit mit den Konservativen – demonstriert werden kann. Darüber hinaus entwickeln sie immer deutlicher neoliberale Komponenten bei der Neuformulierung des politischen Programms. Die »mageren« neunziger Jahre sollen nach den Vorstellungen des neuen Stadtkämmerers auch für eine Modernisierungskampagne genutzt werden. Ganz in diesem Sinne propagiert etwa die Amtsleiterin des Frauendernats – eines der grünen Vorzeigeprojekte, die politische Reformvisionen entwickeln sollten – *lean administration*-Modelle für das »Unternehmen Stadt« und betont die fiskalische und wirtschaftspolitische Bedeutung der Frauenpolitik³³.

Privatisierung kommunaler Dienstleistungen

Angesichts der desolaten Finanzsituation der Stadt strebt der neue Kämmerer Koenigs auch eine Neuordnung der städtischen Ämter an, die eine Privatisierung bestimmter Dienststellen und die Auflösung bzw. die Zusammenlegung einzelner Institutionen vorsieht. Neben der Reorganisation und Teilprivatisierung des städtischen Kulturbetriebes sollen ab 1996 die Stadtwerke von einem kommunalen Eigenbetrieb in eine Holding umgewandelt werden, in der Bereiche wie Elektrizität, Fernwärme oder öffentlicher Nahverkehr jeweils in eigenständiger Regie geführt werden sollen. Allerdings hat der mit dieser Neuordnung geplante Abbau von 1.200 Arbeitsplätzen innerhalb der lokalen Sozialdemokratie erhebliche Spannungen hervorgerufen. Auch für die Müllabfuhr und die Strassenreinigung wird ein neues Konzept angestrebt. Das Amt für Abfallwirtschaft mit über 1.800 MitarbeiterInnen soll in eine GmbH umgewandelt werden, in der die Kommune über eine Mehrheit verfügt. Die Gewerkschaft ÖTV befürwortet diese Lösung unter der Bedingung, dass die derzeitigen sozialen Absicherungen bestehen bleiben und der Aufsichtsrat der Gesellschaft paritätisch besetzt wird. Koenigs und die Stadtregierung hingegen streben ein Modell an, das die Rationalisierungs- und Einsparungseffekte möglichst konsequent umsetzt und damit den städtischen Haushalt entsprechend weniger belastet.

Die Konflikte des Magistrats mit den Gewerkschaften und mit Teilen der lokalen sozialdemokratischen Parteibasis bei der organisatorischen Umwandlung städtischer Infrastrukturen belegen, wie lange sich bestimmte korporatistische Formen halten konnten – entgegen der Vorstellung, dass sich bereits in den achtziger Jahren postfordistische *Urban Management*-Strategien vollständig durchgesetzt hätten. Erst in den neunziger Jahren scheinen die verschiedenen Deregulierungs- und Privatisierungsprogramme den herkömmlichen Charakter kommunaler Einrichtungen allmählich zu verändern.

Stagnation des sozialen Wohnungsbaus

Eines der zentralen Vorhaben der rotgrünen Koalition von 1989 war ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm gewesen. Mit gross angelegten Projekten sollten die Versäumnisse der Konservativen ausgeglichen werden. Einerseits wurden Bebauungspläne und Erhaltungssatzungen in Aussicht gestellt, mit denen vor allem in citynahen Mischgebieten Gentrifizierungs- und Umwertungsprozesse gestoppt werden sollten. Andererseits beschloss der Magistrat die Errichtung neuer Stadtquartiere im innerstädtischen Bereich. Insbesondere mit der Vision »Wohnen am Fluss« gedachte man, neue Massstäbe zu setzen.

Von den angekündigten Leitkonzepten für bestimmte Wohnviertel realisierte die Koalition 1993 lediglich Erhaltungssatzungen für eine Reihe von Ortskernen, die nur auf das städtebauliche Erscheinungsbild abzielen (vgl. Bartelheimer 1995). Doch auch bei der Umsetzung der Grossprojekte musste der Magistrat Planungsziele zurücknehmen. Zudem ist die Stadt aufgrund der fiskalischen Krise nicht mehr in der Lage, die angestrebte Mischung von sozialem Wohnungsbau, städtischer Förderung und privaten Investitionen für die neuen Quartiere umzusetzen. So haben sich z.B. bei dem geplanten Viertel auf dem ehemaligen Schlachthofgelände all jene privaten Investoren zurückgezogen, die sich am Bau öffentlich geförderter Wohnungen beteiligen wollten. Da die Stadt bis auf weiteres kein Geld für die Komplementärfinanzierung aufwenden kann, werden vorerst nur frei finanzierte Miet- oder Eigentumswohnungen auf dem Gelände entstehen. Ähnliches gilt auch für den geplanten Stadtteil am Frankfurter Westhafen, wo neben 120.000 Quadratmetern Büro- und Gewerbefläche auch 1.200 Wohnungen entstehen sollen. Zur Entwicklung dieses Projekts hatte sich ein Konsortium aus Banken, Immobilien- und Baufirmen zusammengeschlossen, an dem die Stadt mit fünfzig Prozent beteiligt ist. Es handelt sich bei diesem Vorhaben um eine der Projektkooperationen, die die Stadt Frankfurt mit privaten Investoren eingegangen ist. Mit solchen Konzepten soll die Durchführung der kommunalen Planung beschleunigt werden. Das Planungsdezernat erhofft sich von *Public-Private Partnership* nicht nur eine Effektivierung der Umsetzung von Vorhaben, sondern auch finanzielle Vorteile. Allerdings lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststellen, inwieweit dieses *mixed management* Modellcharakter für die Stadtentwicklung der neunziger Jahre haben wird. Langfristige Sanierungsprobleme bei anfallenden Altlasten oder Divergenzen bei der Festlegung der weniger profitablen Wohnungsanteile zeichnen sich als zukünftige Konfliktpotentiale ab.

Ökonomie versus Ökologie

Bereits gegen Ende der ersten rot-grünen Wahlperiode mehrten sich die Ermüdungserscheinungen bei den Bündnispartnern. Das völlige Scheitern des Projekts einer autofreien Innenstadt³⁴, abweichende Vorstellungen über verschiedene Projekte der geplanten Stadterneuerung oder Differenzen bei den ordnungspolitischen Massnahmen des Oberbürgermeisters zeugten von wachsenden Unstimmigkeiten. Insbesondere die schärfer werdenden Konflikte zwischen dem grünen Umweltdezernenten Koenigs und dem sozialdemokratischen Planungsdezernenten Wentz, der angesichts »ansteigender Migrationsströme« weitere Grüngebiete für den Wohnungsbau einforderte, reproduzierten die alten Gegensätze zwischen »Sozialem« und »Ökologie«. Längst überwunden geglaubte Wachstumsideologien kehrten in den Diskurs der Sozialdemokraten zurück. Zwar konnte der GrünGürtel sogar noch mit Zustimmung der Konservativen formal über die parlamentarischen Hürden gebracht werden, aber mit der fiskalischen Krise schrumpfte das ehemalige 300-Millionen-Projekt auf ein symbolisches Minimalkonzept zusammen. Die ehemals propagierte Idee der offenen GrünGürtelplanung hat sich zu einem technokratischen Konsensmodell entwickelt. Darüber hinaus erheben städtische Institutionen und verschiedene Interessengruppen weiterhin Flächen- und Nutzungsansprüche auf Areale des GrünGürtels. Auch mit den neuen Expansionsbestrebungen des Frankfurter Flughafens brechen alte Fronten auf. Bereits 1991, als angesichts des Booms in der internationalen Luftfracht erste Pläne für eine Cargo-City-Süd publik wurden, regte sich öffentlicher Protest. Das neue Frachtzentrum sollte ausserhalb des Zauns, unweit der Startbahn-West, entstehen, für die Anfang der achtziger Jahre fast 200 Hektar Wald geopfert worden waren. Die rotgrüne Koalition einigte sich zunächst auf den Kompromiss einer »inneren Effektivierung« des Flughafens. Für die Errichtung neuer logistischer Infrastrukturen sollten stattdessen weitere 22 Hektar Wald innerhalb der bestehenden Begrenzung gerodet werden. Als sich – infolge einer unerwartet frühen Rückgabe grosser Geländeareale (132 Hektar) der amerikanischen Air Base – eine Alternative anbot, hielten die Hauptakteure dennoch am geplanten Projekt fest. Die bewährte Wachstumskoalition aus Flughafen AG, regionaler Wirtschaft, SPD und CDU sieht darin vielmehr eine zusätzliche Entwicklungsmöglichkeit für die Flughafenökonomie. Mit solchen Bestrebungen geraten die Sozialdemokraten in offenen Widerspruch zum grünen Koalitionspartner, dessen Position angesichts der ökonomischen Krise und dem Fehlen einer Anti-Flughafen-Bewegung allerdings schwach ist.³⁵

Rassismus und sozialtechnokratische Lösungsstrategien

Die verschiedenen Wahlerfolge der Rechtsextremen in Frankfurt seit Ende der achtziger Jahren offenbarten auch die Begrenztheit der symbolischen Verknüpfung von Urbanität und »Multikultur« als Teil der politischen Gegenstrategie zum Urbanismus des Wallmann-Regimes. Die Herausbildung eines lokalspezifischen Diskurses über Multikultur in den achtziger Jahren und dessen 1989 erfolgende Institutionalisierung in Form des »Amtes für multikulturelle Angelegenheiten« ist vom Aufstieg Frankfurts zur *Global City* kaum zu trennen. Der Diskurs über Multikultur stellte einen Versuch dar, der Internationalisierung und sozialen Polarisierung der städtischen Gesellschaft zunächst durch eine symbolische Inklusion der ausländischen Bevölkerung zu begegnen und darüber hinaus eine Debatte um die rechtliche Gleichstellung der MigrantInnen in Gang zu setzen. Wie gering allerdings diese Bereitschaft selbst innerhalb der rotgrünen Koalition ist, äusserte sich u.a. in der schleichenden Demontage des multikulturellen Dezernates, dessen Abschaffung die Sozialdemokraten den Konservativen vor der Wahl 1993 bereits unter der Hand angeboten hatten.

Doch auch die Hauptadressaten des politischen Diskurses über die multikulturelle Gesellschaft – die neuen Mittelklassen – wurden nur in einem sehr eingeschränkten Sinne erreicht. Die Rede von der »Multikultur« reduziert sich im Verständnis der DienstleisterInnen letztlich auf exotischen Konsumismus und steht rassistischen Einstellungen nicht entgegen (vgl. Grimm/Ronneberger 1994). Das Frankfurter Programm des Multikulturalismus taugte vielleicht als Slogan gegen die deutschtümelnde konservative Hegemonie, doch seine Halbwertszeit im politischen Leben hat sich als sehr gering erwiesen.

Auch beim grossen Koalitionspartner sind Tendenzen einer restriktiven und diskriminierenden Politik gegenüber den ausländischen FrankfurterInnen unübersehbar. Im Gegensatz zur offiziellen symbolischen Inkorporation der MigrantInnen (»Toleranz/Main«) mehrten sich bei der SPD Bestrebungen, die langjährige konservative Praxis der selektiven Exklusion fortzusetzen.³⁶ In jüngster Vergangenheit war bereits der sozialdemokratische Bürgermeister von Hamburg mit seinen Überlegungen aufgefallen, einzelne Stadtteile mit einem Zuwanderungsstopp für AusländerInnen zu belegen. Planungsdezernent Wentz wiederum erkennt in dem bestehenden und weiter ansteigenden Ausländeranteil eine »explosive soziale Lage«, die die Integrationsfähigkeit der Mehrheitsbevölkerung übersteige (vgl. FAZ, 9.12.1993). In diesem Kontext verweist er auch auf die wachsende Schere, die sich mit dem migrationsbedingten Einwohnerzuwachs und dem Wegzug einkommensstarker deutscher Bevölkerungsgruppen ins Umland eröffne. Es sei zu

befürchten, so Wentz, dass sich aufgrund solcher Segregationstendenzen einzelne Stadtteile zu »Ausländerghettos« entwickelten. Der damit einhergehenden Verschlechterung der städtischen Sozialstruktur müsse durch eine entsprechende Siedlungs- und Bebaupolitik entgegen gearbeitet werden. Auch für den Oberbürgermeister v. Schoeler stellt der stattfindende Segregationsprozess eine bedrohliche Entwicklung dar. Wenn der wachsenden »Verslumung der Kernstadt« und der damit verbundenen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht bald Einhalt geboten werde, sei mit einem »Imageverlust und wirtschaftlichen Abstieg der gesamten Region« zu rechnen (v. Schoeler 1994: 211). Teile der Christdemokraten gehen in ihrem Kampf gegen die »Verslumung« Frankfurts bereits einen Schritt weiter. So fordert etwa die Mittelstandsvereinigung der Frankfurter CDU die Einstellung des sozialen Wohnungsbaus, die Privatisierung städtischer Wohnungsgesellschaften, die Reduktion sozialer Transferleistungen an »Randgruppen« und die Umwandlung billigen Mietwohnraumes in Eigentumswohnungen für vermögende Bevölkerungsgruppen (vgl. FAZ, 27.3.1994).³⁷

In der Abwehr gegenüber EinwanderInnen und sogenannten Randgruppen deuten sich sowohl auf lokaler wie nationaler Ebene die Umriss einer Bevölkerungspolitik an, die mit sozialtechnokratischen oder autoritären Methoden die demographische und soziale Struktur der Grossstädte zu verändern versucht. Während solche Regulierungsbestrebungen von den Sozialdemokraten noch mit einer Rhetorik der sozialen Integration vorgetragen werden, versuchen Teile der Christdemokraten die Ausgrenzungspraxis gegenüber MigrantInnen als Hebel für eine generelle Demontage sozialstaatlicher Leistungen und Rechte einzusetzen.

Neue Koalitionen

Aufgrund des veränderten gesellschaftspolitischen Klimas sind bundesweit in den letzten Jahren rot grüne Koalitionen immer seltener zustande gekommen. Im Jahre 1994 stellt Frankfurt eine der letzten Bastionen dieser Bündiskonstellation dar. Allerdings haben sich mit dem Verblässen reformorientierter Visionen und mit der fiskalischen Krise innerhalb der lokalen SPD Tendenzen verstärkt, auf eine grosse Koalition oder zumindest auf einen schwarz-rot-grünen Dezernatsmix hinzuarbeiten. Dass der jetzige Magistrat auf der parlamentarischen Ebene keine Mehrheit besitzt, belegte die gescheiterte Wahl eines neuen Umweltdezernenten. Der Grüne Lutz Sikorski, der an die Stelle von Tom Koenigs treten sollte, erhielt bei der geheimen Abstimmung im Parlament nicht die nötigen Stimmen. Für die anstehenden Dezer-

natswahlen im Jahre 1995 muss deshalb die Koalition mit dem Schlimmsten rechnen.³⁸ Nachdem die Frankfurter SPD seit Beginn der neunziger Jahre bei den verschiedensten Wahlen stets Stimmen verloren hat und bei den Europawahlen unter die 30-Prozent-Marke rutschte (Grüne 17,9), mehren sich innerhalb der Partei Stimmen, die das Bündnis mit den Grünen zunehmend in Frage stellen und für eine Stärkung des eigenen Profils plädieren.

Das Dilemma der Sozialdemokratie scheint darin zu bestehen, dass sich das Zugehen auf die »neuen ungebundenen Mittelschichten« bislang nicht in einen relevanten Wählergewinn umgesetzt hat. Für die SPD eröffnet sich in den Grossstädten vielmehr ein strukturelles Problem: Einerseits haben sich die Grünen im urbanen Mittelklassenmilieu fest etabliert. Andererseits schöpfen rechtspopulistische Wählervereinigungen (z.B. Stattpartei) aus dem grossen Reservoir der »ungebundenen Mittelschichten« und »Politikverdrossenen«. Mit der strategischen Orientierung auf das »Aufsteigermilieu« und das »technokratisch-liberale Milieu«, deren politische Orientierungen mobil und heterogen sind, besteht für die Sozialdemokratie die Gefahr, auf diesem sozialen Feld zwischen Grünen, Konservativen und populistischen Wählervereinigungen aufgerieben zu werden und zugleich die Verbindung zum wachsenden Bereich deklassierter und marginalisierter Gruppen zu verlieren. Darüber hinaus hat die Hinwendung zu den neuen Dienstleistungsklassen eine wachsende Entfremdung bei der Stammwählerschaft hervorgerufen. Die SPD steht vor dem Problem, auch nach dieser Seite zu verlieren. Viele WählerInnen aus dem traditionellen Arbeitermilieu reagieren auf das Abrücken von herkömmlichen, politisch-sozialen Standards mit Wahlenthaltung oder gar mit einer Umorientierung ins konservative bzw. rechtsradikale Lager.

Mit welchen Optionen die lokale Sozialdemokratie die Krise politisch zu bewältigen versucht, lässt sich noch nicht beantworten. Gegenwärtig zeichnen sich jedoch Tendenzen ab, die eher ein neues korporatistisches Wachstumsmodell favorisieren. Es ist zu befürchten, dass ein solcher Konsens bestimmte soziale Gruppen (z.B. MigrantInnen) noch stärker als zuvor ausschliessen wird.

Progressive Perspektiven?

Die sozialen Auseinandersetzungen in Frankfurt kristallisierten sich in den letzten Jahrzehnten meist an Punkten, wo Stadtentwicklung und Wachstum besonders deutlich hervortraten. Vom Westend über den Flughafen bis zur nördlichen Peripherie fanden grössere Konflikte immer dann statt, wenn entweder eine Ausweitung städtischer Struk-

turen oder eine Veränderung des urbanen Charakters anstand. Die Umwandlung von Wohnraum in Büros, die Vernichtung von Wald für die Erweiterung des Flughafens und die Zerstörung von Stadtrandlandschaften durch Expansionspläne der Kernstadt haben häufig die städtische Gesellschaft gespalten und polarisiert.

Die Tatsache, dass ein Grossteil des Drucks auf die herrschende Stadtentwicklungspolitik des städtischen Regimes nun von ideologisch heterogenen und teilweise eindeutig konservativen Gruppen am Stadtrand ausgeübt wird, stellt progressive Ansätze in der Stadt vor ein Dilemma. Einerseits ist klar, dass die wachstumstolerierende, zentrumsorientierte, urban-liberale Politik der Modernisierungsfraktion innerhalb des rot-grünen Bündnisses (Ronneberger 1994b) nicht ohne weiteres fortgeführt werden kann, weil sie den Quartieren, der Peripherie und den sozialen Polarisierungstendenzen zu wenig Aufmerksamkeit schenkte. Die propagierte Interessenszusammenführung der unteren zwei Drittel der städtischen Gesellschaft materialisierte sich nur in geringem Masse.

Andererseits gestaltet sich – angesichts differierender Alltagspraktiken und der vorherrschenden partikularistischen Orientierung suburbaner Bürgerinitiativen – eine selektive Kooperation mit den städtischen Progressiven äusserst schwierig. Die gegenwärtig marginale Position einer linksoppositionellen Politik legt es aber nahe, weder die dünnen Verbindungen zu gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Milieus und zu den Grünen vollständig abreißen zu lassen, noch die Bewegung am Stadtrand als »Aufstand der Gartenzwerge« abzutun.

Perspektivisch kann die Stärkung einer progressiven städtischen Alternative in Frankfurt nur über den Einschluss der ganzen Stadt in ihrer Vielfalt gelingen. Die herkömmlichen, im linken Milieu angesiedelten städtischen AktivistInnen und Intellektuellen, die sich im Bereich Wohnung, Verkehr, Stadtökologie, Städtebau und kollektive Konsumtion organisiert hatten, lassen sich nicht über eine Delegitimierung des Stadtrandprotestes reaktivieren. Viele ihrer traditionellen Anliegen tauchen in den Vorstädten in veränderter, manchmal verkehrter Form wieder auf. In der gegenwärtigen defensiven Situation kann eine linke Reformpolitik in der Stadt keinen Alleingang überleben. Gesellschaftliche Koalitionen verschiedener Akteure bieten sich in dieser Situation als politische Perspektive an. Diese muss allerdings jenseits der grün-roten Malaise und auf der Grundlage einer Verknüpfung peripherer und zentraler Problemlagen neu definiert werden. In jedem Fall geht es im Zentrum wie in der Peripherie um die Qualität des städtischen Lebens und um die Zumutungen der globalstädtischen Expansion für die Wohnbevölkerung. Während innerstädtische Quartiere massenhaft

industrielle Arbeitsplätze verlieren, Mieten sich verteuern und die ökologischen Belastungen zunehmen, sehen sich die Stadtränder mit der Ansiedlung von Gewerbeparks, zusätzliche Trassen für den Verkehr und Einschnitten in die halbländliche Kulturlandschaft konfrontiert. Hier gibt es Ansatzmöglichkeiten für eine übergreifende politische Kooperation verschiedener sozialer Gruppen, die etwa eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsförderung, Wohnraumschaffung, Verkehrsplanung und Umweltpolitik ins Auge fasst, die nicht mehr einen Teil der Stadt gegen den anderen ausspielt, sondern im demokratischen Prozess neue Balancen zu erreichen sucht. Am vordringlichsten für eine progressive Politik ist es jedoch, sich gegen den wachsenden Rassismus und die institutionelle Ausschluss- und Diskriminierungspolitik zu stellen. Dies erfordert sowohl eine Kritik an dem gegenwärtig hegemonialen Globalisierungsbegriff wie auch die kompromisslose Bekämpfung von Chauvinismus, Lokalborniertheit und Partikularismus des speziellen Ortes. Für die städtischen AktivistInnen gilt es in diesem Bereich insbesondere, die progressiven Strömungen in den Stadtrandbewegungen zu unterstützen, damit diejenigen, die dort linke, ökologische, feministische und antirassistische Politik machen, nicht völlig vom dominanten Rechtspopulismus marginalisiert werden, sondern ihre legitimen Vorbehalte gegen die Zerstörungskraft der *World City*-Expansion in politischen Widerstand umsetzen können.

Es wäre fatal, aus der Analyse der gegenwärtigen Machtverhältnisse die Diagnose einer vollständigen und dauerhaften Übermächtigung abzuleiten und diese gleichsam festzuschreiben. Die dominanten konzeptiven Ideologien und politischen Technologien der Stadtplanung, die auch die Regierungstaktiken und Programme des jeweiligen *Urban Managements* bestimmen, sind niemals in der Lage, die »Krise der Stadt« ohne Widerspruch zu regulieren. Sie funktionieren nicht reibungslos, wie auch die Individuen nie vollständig ihrer Herrschaft unterworfen sind. Die Stadt ist immer auch ein Ort des Widerspruchs.

Anmerkungen:

1. Akkumulationsregime und Regulationsmodus (oder Regulationsweise) sind zwei Kernbegriffe der französischen Regulationsschule (vgl. dazu Lipietz in diesem Band). Wir verwenden die Termini hier mit der Qualifikation »lokal«.

- »städtisch« oder »regional«, um die ortsspezifische Ausprägung von Akkumulationsregimes und Regulationsweisen hervorzuheben (vgl. Keil 1993: 12-42).
2. Die Entwicklung des Fordismus erfolgt auf spezifischen nationalen Entwicklungspfaden, die gewisse allgemeine Merkmale teilen, jedoch auch erhebliche Unterschiede aufweisen. Als Modellfälle gelten gewöhnlich die USA und Frankreich, während mittlerweile auch für andere, zumeist westliche kapitalistische Staaten Untersuchungen zur Genese und Krise des Fordismus vorliegen. Zur Diskussion um nationale Entwicklungspfade siehe Boyer 1992.
3. Die folgenden Abschnitte sind eine Weiterentwicklung von Gedanken, die in Keil/Lieser (1992) zuerst vorgetragen wurden.
4. Unter einem »politischen Regime« verstehen wir, einigen amerikanischen Ansätzen folgend, eine städtische politische Machtkoalition (vgl. Stone/Sanders 1987, Logan/Swanstrom 1991). Clarence N. Stone (1993: 1) definierte dieses Konzept kürzlich folgendermassen: »Regime theory starts with the proposition that governing capacity is not easily captured through the electoral process. Governing capacity is created and maintained by bringing together coalition partners with appropriate resources, nongovernmental as well as governmental. If a governing coalition is to be viable, it must be able to mobilize resources commensurate with its main policy agenda«.
5. »Gegen heftigen Widerspruch verlieh die Stadt 1930 ihren Goethepreis an Sigmund Freud, wie vordem hier das erste deutsche Heinedenkmal aufgestellt wurde. In Frankfurt entstand die einzige Pädagogische Akademie Preussens für eine nichtkonfessionelle Ausbildung von Volksschullehrern trotz des erbitterten Protests der katholischen Bischöfe« (v. Friedeburg 1994: 11).
6. Bürgermeister Linder wurde 1934 mit den Worten zitiert: »Gegen die in anderen Städten bisher übliche Bezeichnung 'Handelsstadt' habe ich im Hinblick auf die frühere Vorherrschaft des Judentums in Frankfurt gewisse Bedenken« (zitiert nach Gall 1994: 321).
7. Die absichtlich feindseligen Eingriffe der zentralistischen nationalsozialistischen Wirtschaftssteuerung hatten negative Folgen für die lokale Ökonomie. Die Stadt war in den Worten eines Historikers »ihrer ganzen Vergangenheit nach (...) dem System verdächtig« und daher »ein Stiefkind der Gewaltherrschaft« (Lerner 1958: 539, 542).
8. Während des Krieges unterhielt der IG-Farben-Konzern auf dem Höchster Werksgelände mehrere Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager, in denen zwischen vierzehn- bis sechzehntausend Menschen, davon rund ein Viertel Frauen, untergebracht waren. Die Hierarchie der Arbeitsplätze war nach einem rassistischen Klassifikationssystem geordnet: Ganz oben Franzosen und Belgier, gefolgt von Italienern und Griechen, weiter unten Slowenen und Polen, schliesslich an unterster Stelle russische Kriegsgefangene (vgl. Verlag 2000 GmbH 1989).
9. »Im Mai 1941 erhielt die Verwaltung der Jüdischen Gemeinde Weisung, die Kartothek ihrer Mitglieder in dreifacher Ausführung zu erneuern. Die Gestapo erstellte aus den Angaben eine Liste mit 1.200 Personen, die am 19. Oktober 1941 aus ihren Wohnungen geholt und zu Fuss durch die Stadt zur Grossmarkthalle geführt wurden. Einen Tag später erfolgte die Deportation nach Litzmannstadt (Lodz). Bis Oktober 1943 organisierte die Gestapo weitere 19 Transporte, vorwiegend nach Theresienstadt. Die Zahl der aus Frankfurt deportierten Juden wird auf 9.500 geschätzt; die meisten wurden ermordet. Etwa

700 Personen begingen Selbstmord, um sich den Deportationen zu entziehen« (Drummer 1994: 337).

10. Dieser Roman findet auch Erwähnung in Rainer Werner Fassbinders 1976 geschriebenem Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod*. Dessen erste Szene beginnt »auf dem Mond, weil er so unbewohnbar ist wie die Erde, speziell die Städte« (Fassbinder 1984: 59). Um das nie in Deutschland aufgeführte Stück entstand eine Kontroverse, die nicht das Thema der Spekulation und der Stadtzerstörung betraf, sondern die Figur des reichen Juden, die Fassbinder den Vorwurf des Antisemitismus und des »Linksfaschismus« einbrachte. Fassbinder, zu diesem Zeitpunkt Direktor des Theaters am Turm, verliess daraufhin Frankfurt.

11. Unter dem Begriff der Dienstleistung sind auch die Tätigkeiten städtischer oder staatlicher Institutionen subsumiert, die in Frankfurt eine bedeutende Rolle spielen. Im öffentlichen Dienst von Stadt-, Landes- und Bundesbehörden waren 1960 rund 33.000 Menschen beschäftigt (vgl. Balzer 1991: 536).

12. Ein grosser Teil der ImmigrantInnen wohnte damals entweder in völlig überbezahlten Ein-Zimmer-Appartements oder sanierungsbedürftigen Altbauwohnungen. Insbesondere in Restrukturierungsgebieten wie etwa dem Westend stellten die MigrantInnen sowohl für die städtischen Behörden wie auch für die Immobilienspekulanten eine Manövriermasse für die Übergangsphase des Viertels dar. So nahm im Westend die Zahl der MigrantInnen in der Restrukturierungsphase von 1968 bis 1971 um 81 Prozent (von 3655 auf 6614 Personen) zu. Im Vergleich dazu betrug etwa der Zuwachs der ausländischen Wohnbevölkerung im Arbeiterquartier Gallus, das im Jahre 1970 einen Migrantanteil von immerhin 14,5 Prozent aufwies, lediglich 51 Prozent (vgl. Stracke 1980: 108).

13. Um diesen Mythos der »postmodernen Stadt« nicht selber zu beschwören, gilt es darauf hinzuweisen, dass sich das Wallmann-Regime in vielerlei Hinsicht auf die bauliche und soziale Infrastruktur der fordistischen Stadtentwicklung stützte, die zugleich die Basis für die entstehende *World City*-Ökonomie darstellte.

14. Unter »Modell Deutschland« verstehen wir die besondere Formation des westdeutschen Fordismus, die in den siebziger Jahren als Reaktion auf die allgemeine Krise des Akkumulationsregimes der Nachkriegszeit entstand. Sie war durch die enge Verbindung einer exportorientierten Aussenbeziehung mit einer autoritären Binnenentwicklung gekennzeichnet. Dieses Regime wurde von der sozial-liberalen Bundesregierung getragen und von den Gewerkschaften aktiv unterstützt (Hirsch 1986: 9).

15. Im Laufe der frühen achtziger Jahre wurde die Anti-Startbahn-Bewegung schliesslich mit den vereinten Kräften sozial-liberaler Landes- und Bundesregierungen, des konservativen Frankfurter Magistrats und der lokalen Wachstumsmaschine niedergeschlagen.

16. Mit über 32 Millionen Passagieren im Jahr und einem Frachtaufkommen von mehr als einer Million Tonnen wird der Frankfurter Flughafen im europäischen Raum nur noch vom Airport London-Heathrow übertroffen. Noch vor dem VW-Stammwerk in Wolfsburg weist er die höchste Arbeitsplatzkonzentration in der Bundesrepublik auf. Neben den 52.000 Beschäftigten, die in über 400 Betrieben und Dienststellen direkt am Flughafen arbeiten, kommen noch weitere 50.000 bis 100.000 Arbeitsplätze im Umland hinzu, die von dem

internationalen Verkehrsknotenpunkt abhängen (vgl. Ronneberger 1994a).

17. Nach Marx beinhaltet fiktives Kapital Rechtstitel auf zukünftige Erträge und Einkommen, d.h. Ansprüche »auf künftige Produktion, deren Geld- oder Kapitalwert entweder gar kein Kapital repräsentiert...oder von dem Wert des wirklichen Kapitals, das sie vorstellen, unabhängig reguliert wird« (Marx MEW 25: 486). Für den Grundbesitz bedeutet dies den Kauf oder Verkauf von Ansprüchen auf Grundrentenerträge, wobei sich der Marktpreis der Immobilie vor allem an den zukünftig zu erwartenden Einnahmen orientiert. Er hängt somit auch von den kommerziellen Aussichten der Nutzer und der jeweiligen Konjunkturentwicklung ab.

18. So kletterte der Mietindex für Büros von 100 Punkten (1980) auf einen Höchststand von 317 im Jahr 1991. Während noch 1988 die Monatsmiete in Citylage bei 36 bis 42 Mark pro Quadratmeter lag, stiegen die Mieten 1990 im Bankenviertel und im Westend auf 70 bis 75 Mark. 1992 konnten sogar Spitzenmieten bis zu einhundert Mark erzielt werden.

19. Allein 1993 flossen mehr als vierzehn Milliarden Mark in die offenen bundesdeutschen Immobilienfonds und liessen das gesamte Fondsvermögen auf über 40 Milliarden Mark anschwellen. Belief sich die Investitionssumme der Fonds, Versicherungen und Pensionskassen auf dem Bauparkt zwischen 1988 und 1991 noch auf rund fünfzehn Milliarden Mark, so schnellte der Umfang der Immobilieninvestitionen 1993 auf 30 Milliarden Mark hoch (vgl. Die Woche, 28.4.1994).

20. Entspricht in etwa der schweizerischen Verrechnungssteuer.

21. Mitte 1992 wurden im gesamten Arbeitsamtsbezirk Frankfurt 108.000 ausländische Beschäftigte registriert. Dabei waren im Bereich Banken nur 5.000 der 78.000 Beschäftigten ausländische StaatsbürgerInnen, im Bereich Rechts- und Wirtschaftsberatung lediglich 1500 von über 20.000 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten (vgl. Handelsblatt Nr. 233/1993).

22. Bereits 1987 konnte man davon ausgehen, dass die Hälfte der 133.000 FrankfurterInnen mit einfachem oder geringem Qualifikationsniveau keinen deutschen Pass besaßen. Bei den mehr als 20.000 Beschäftigten der Reinigungsbranche in der Rhein-Main-Region handelt es sich fast ausschliesslich um Migranten und Migrantinnen, die in der Regel in ungeschützten Arbeitsverhältnissen stehen (vgl. Keil/Lieser 1989: 26).

23. Die aktuelle Situation muss in der Kontinuität der Diskriminierungspolitik der letzten Jahrzehnte gesehen werden. Eine gross angelegte Studie zur sozialen Situation ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen in Frankfurt kam zu Beginn der siebziger Jahre u.a. zu folgenden Ergebnissen: Fast 40 Prozent derjenigen Personen, die mehr als sechs Jahre in Frankfurt wohnten, waren in werkseigenen Heimen oder Lagern unter unwürdigsten Lebensbedingungen »ghettoisiert«. 1971 erhielten lediglich *sechzig* Antragsteller ohne deutschen Pass eine Sozialwohnung, obgleich 1970 mehr als 70.000 AusländerInnen (zehn Prozent) in Frankfurt registriert waren und mehr als 90 Prozent der Migrantenfamilien ein Anrecht auf eine Sozialwohnung besaßen (vgl. Borris 1973). Die damalige Aufteilung des Wohnungsmarktes liess eine Konkurrenz zwischen Ausländern und Deutschen in der Regel nicht aufkommen. Die Deutschen zogen in die neuen Wohnungen am Stadtrand, die MigrantInnen entweder in heruntergekommene Altbauquartiere oder in die Umgebung schmutziger Industriegebiete.

24. Dabei werden die Anspruchsgruppen folgendermassen klassifiziert: 30 Prozent Ausländer, zehn Prozent Aussiedler, fünfzehn Prozent Sozialhilfeempfänger, 25 Prozent Quartiersbewohner, zwanzig Prozent andere Personen (vgl. FAZ, 30.11.1993).

25. Die Diskriminierung der Migranten und Migrantinnen bei diesem Verteilungsschlüssel ist offensichtlich. Zwischen 1984 und 1993 stieg der Anteil der Migrantenhaushalte an der Gesamtzahl der Wohnungssuchenden von 30 auf über 45 Prozent (vgl. Frankfurter Rundschau vom 5.2.1994). Von den 5000 ausländischen BewerberInnen erhielten 1991 lediglich 750, also fünfzehn Prozent, eine Wohnung (vgl. Koch-Arzberger et al. 1993: 42).

26. Bereits in den achtziger Jahren war der Sozialwohnungsbestand von 100.000 auf 70.000 Wohnungen zurückgegangen. In den nächsten zehn Jahren fallen nochmals jährlich etwa 5000 Wohneinheiten aus der Bindung, so dass bis zum Jahr 2000 aus diesem Bestand nur noch 20.000 Sozialwohnungen zur Verfügung stehen werden.

27. Es handelt sich dabei um einen Wohnungsbaukonzern, der sich im Besitz der Gewerkschaften befand.

28. Bezeichnend waren etwa die (relativen) Wahlerfolge der rechtspopulistischen, mittelständisch orientierten Wählervereinigung »Bund freier Bürger« (BFB) des ehemaligen FDP-Abgeordneten Brunner in den verschiedenen Taus-Kreisen bei der Europawahl 1994. So erhielt der BFB in Bad Soden 4 Prozent, in Eppstein 6,0, in Schwalbach 4,6, in Eschborn 9,1, in Königstein 5,3, in Kronberg 3,5, in Steinbach 4,4. Zum Vergleich: Frankfurt 1,7 Prozent (vgl. FAZ, 14.6.1994).

29. Ein Indikator für die Krise der SPD ist der anhaltende Mitgliederschwund: Von ehemals 15.000 Mitgliedern in den siebziger Jahren ist die Partei zu Beginn der neunziger Jahre um mehr als die Hälfte zusammengeschrumpft.

30. Es wäre allerdings falsch, die Zunahme rechter WählerInnen in Grossstädten auf die Figur des »Modernisierungsverlierers« und »sozial Deklassierten« zu reduzieren. Die unterschiedliche Verteilung der rechtsextremen Stimmanteile über das gesamte Stadtgebiet von Frankfurt widerspricht bereits auf der phänomenologischen Ebene Erklärungsansätzen, die soziale Indikatoren wie Migrantenanteile oder Sozialhilfeempfängerquoten in eine ursächliche Beziehung zu rechtsextremem Wahlverhalten setzen. Entgegen der weitverbreiteten These von den »Modernisierungsverlierern« schnitten die Rechten auch in Quartieren gut ab, in denen eher wohlhabendere Teile der Mittelklasse dominieren (vgl. Grimm/Ronneberger 1993).

31. Dies lässt zwar in einem bestimmten Umfang auf Wählerwanderungen schliessen, allerdings sind die Einbrüche der SPD nicht umstandslos als Gewinne der Rechten zu verstehen. Eine Analyse des statistischen Wahlamtes kommt für der Kommunalwahlen von 1993 zu dem Schluss, dass insbesondere die CDU Stimmen an die Rechtsparteien verloren hat. Danach gaben die Christdemokraten 3,73 Prozent, die SPD 1,48 Prozent an die Rechtsextremen ab (vgl. Frankfurter Rundschau, 28.7.1993). Gleichwohl sind die Sozialdemokraten am stärksten von der sozialen Umstrukturierung der Stadt betroffen. In Wohnvierteln mit hohem Arbeiteranteil konnte die Partei nur noch 22 Prozent der Wahlberechtigten für sich mobilisieren, wobei sie vor allem an den Bereich der NichtwählerInnen (37 Prozent) und an rechtsextreme Parteien (11,5 Prozent) Stimmen abgeben musste (vgl. Amt für Statistik, Wahlen und

Städtewesen 1993 und 1994).

32. Entspricht auf Landes- und Bundesebene dem Finanzminister.

33. Aktivitäten des Dezernats werden von der Amtsleiterin u.a. so dargestellt: »Die finanzielle Förderung von Serviceleistungen wie »Frauen begleiten Frauen« erspart ein Nachttaxi, erhöht die Bewegungsfreiheit von Frauen, macht, dass sie Kinos, Theater, Oper, Kneipen besuchen, erhöht den Auslastungsgrad der kommunal geförderten Kulturinstitute, fördert die Umsatzsteuer, belebt die Stadt, schafft soziale Kontrolle und senkt den Bedarf an PolizistInnen« (Krauss-Pötz 1993: 27).

34. Im sensiblen Bereich der Verkehrspolitik zeigte sich schnell, wie schmal der Grat einer »Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie« ist. »So nahm der Magistrat rasch Abschied von der ursprünglichen Vision einer autofreien Innenstadt, beschränkte sich auf den juristischen Widerstand gegen die Zusammenführung zweier Autobahnstümpfe im Frankfurter Osten, ohne diese Schritte politisch zu flankieren, oder richtete Beratungsgremien ein wie eine Verkehrskommission, an denen zwar Bürgerinitiativen und alternative Verkehrsclubs teilnehmen durften, deren Treffen allerdings politisch folgenlos blieben – was letztlich zum enttäuschten Rückzug dieser Gruppen führte« (Hartel 1994: 246).

35. Auch die Regionale Planungsversammlung, in der SPD und CDU über die absolute Mehrheit verfügen, demonstrierte durch eine veränderte Satzung des regionalen Raumordnungsplans auf der symbolischen Ebene eine Rückkehr zum Wachstumskurs der sechziger Jahre. In der neuen Fassung wird die Entwicklung und Stärkung des Rhein-Main-Gebietes als internationaler Wirtschaftsraum betont. Die raumpolitischen Grundsätze für Natur- und Landschaftsschutz hingegen haben eine deutliche Schwächung erfahren.

36. So sind etwa für den SPD-Ortsvorsitzenden des Gallusviertels die »Grenzen der Integrationsfähigkeit« längst erreicht. Der Zuzug von Ausländern müsse scharf gebremst werden, »sonst wählen bald alle Leute Republikaner« (Zeit, 12.3.93). Selbst Teile der lokalen Sozialdemokratie, die als gemässigt links eingeschätzt werden, sehen in manchen Stadtteilen »die Grenzen der Akzeptanz erreicht« und fordern für »dieses Problem eine Lösungsformel« ein (vgl. FAZ, 4.2.1994).

37. In ähnlicher Weise plädiert auch der konservative Sozialdezernent der Nachbarstadt Offenbach, die aufgrund eines anhaltenden Deindustrialisierungsprozesses unter enormen sozialen und fiskalischen Problemen leidet, dafür, Sozialhilfempfänger aus bestimmten Stadtvierteln »rauszudrücken«. Im Originalton: »Wir müssen den Weg beschreiten, die Sozialstruktur zu verändern, dass heisst Sozialhilfempfänger in andere Gebiete zu vertreiben« (FAZ, 25.5.1994). Die Differenzen zum Offenbacher Oberbürgermeister Grandke (SPD), der bundesweit durch seine konsequente Übertragung unternehmerischer Rationalisierungsstrategien auf die kommunale Verwaltung bekannt wurde, sind allenfalls auf der semantischen Ebene anzusiedeln. Auch der Oberbürgermeister möchte durch strukturelle Massnahmen eine »moderate Anpassung« der Bevölkerung an die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Stadt erreichen. Ein Zuwachs der sozial Schwachen sei nicht im Sinne des Umbaus von Offenbach (FAZ, 27.5.1994).

38. Gemäss der Stadtverfassung umfasst die Legislaturperiode vier Jahre, die DezernentInnen hingegen werden für sechs Jahre ins Amt gewählt.

VII. Ausblick





Globalisierung und Metropolenpolitik: Überlegungen zum Urbanisierungs- prozess der neunziger Jahre

Klaus Ronneberger und Christian Schmid

Urbanisierung und Globalisierung

Vor über zwanzig Jahren hat Henri Lefebvre (1972) die These formuliert, dass die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die totalisierende Tendenz der Urbanisierung geprägt sei. Das Städtische werde zum »strategischen Ort und strategischen Objekt« gesellschaftlicher Entwicklung und die »Produktion des Raumes« zum dominanten Prozess für die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse (Lefebvre 1974).

Die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten zwei Jahrzehnte haben dieser These neue Aktualität verliehen. Mit dem Übergang vom fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodell zum Regime der flexiblen Akkumulation wurden die raum-zeitlichen Konfigurationen und die Diskurse über »Raum«, »Zeit« und »Stadt« grundlegend verändert. Dominierte unter dem modernistischen Postulat von Fortschritt und Gleichheit in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen während mehr als einem Jahrhundert der Blick auf Zeit und Geschichte, so werden heute Raum und Geographie zunehmend als zentrale Kategorien gesellschaftlicher Analyse betrachtet (vgl. z.B. Soja 1989).

Die veränderte Bedeutung des Räumlichen offenbart sich in den Diskursen und Praxisformen, die den gegenwärtigen Umbruch der modernen Gesellschaftsformationen thematisieren: So steht etwa *Postmoderne* auch für eine neue, »räumliche« Logik der kulturellen Repräsentation von Welt. *Informationsgesellschaft* bezeichnet die alltägliche Technologisierung von Produktion und Reproduktion und damit auch eine veränderte materielle und ideologische Bedeutung von Zeit und Raum. Mit den neuen Technologien der Informationsverarbeitung und -übermittlung verlieren die raum-zeitlichen Barrieren weiter an Bedeutung, der Globus schrumpft zusammen: ein Prozess, den David Harvey (1989a) als »Raum-Zeit-Kompression« beschrieben hat. *Flexibilisierung* kennzeichnet eine Veränderung des Produktions- und Reproduktionsprozesses, eine »Verflüssigung« von Arbeitsabläufen, Arbeits-

märkten, Finanzorganisationen und Konsummustern. Bestandteil dieser Flexibilisierung ist auch die Veränderung der räumlichen Strukturmuster und Organisationsformen, die Manuel Castells (1989, 1994) mit der Formel: »Raum von Flüssen« (*space of flows*) zu fassen suchte. *Deregulierung* impliziert das Aufbrechen von staatlichen und korporatistischen Normen und Abmachungen und eine Neustrukturierung von Regulationsweisen sozialer und politisch-ökonomischer Beziehungen, durch die auch die regulativen Dispositive des Raumes – Städte, Regionen, Nationen, Welt – neu geordnet werden.

Seit einigen Jahren werden die Auswirkungen dieser unterschiedlichen Formen der Restrukturierung auf die räumliche Organisation des Globus unter dem Begriff der *Globalisierung* gefasst. Gegenüber dem Begriff der Internationalisierung, der die Beziehungen zwischen nationalstaatlichen Einheiten thematisiert, bezeichnet die Globalisierung die Erweiterung des Organisationsraumes von Produktion und Konsumtion zu einem Raum der »Markt-Welt«, die Ausdifferenzierung transnationaler Kulturen und die Entstehung eines weltweiten Netzes von gesellschaftlichen Interaktionsformen zwischen Unternehmen, Institutionen und soziokulturellen Gruppen (Mattelart 1993). Globalisierung meint somit nicht nur eine veränderte internationale Arbeitsteilung, sondern impliziert auch eine veränderte Verknüpfung von »Lokalem« und »Globalem«.

Neue Einheiten der Regulation: Regionalisierung und Triadisierung

Die Universalität des Weltmarktes und die Globalisierung des Produktionsprozesses liessen in den letzten Jahren das Bild eines *footlose capitalism* entstehen, der alle Grenzen überwinden und sozusagen »raumlos« agieren könne. Entgegen dieser Vorstellung einer »Hypermobilität des Kapitals« zeigen sich weltweit jedoch nicht nur Tendenzen einer zunehmenden räumlichen Ungebundenheit der Produktionsprozesse, sondern es lassen sich gleichzeitig auch verschiedene Formen von Konzentrations- und Agglomerationsprozessen ausmachen. So wurden in den letzten Jahren immer wieder neue Typen von regionalen Produktionskomplexen identifiziert: von der handwerklich orientierten *fabbrica diffusa* (»drittes Italien«), über den High-Tech-Cluster der Technopole (Silicon Valley) bis zum finanzindustriellen Komplex der *Global City*.

Alle diese regionalen Produktionszusammenhänge zeichnen sich nicht nur durch eine spezifische regionale Branchenstruktur aus, sondern auch durch eine besondere Form der »Produktion des Raumes«.

Sie bilden territorial gebundene Netzwerke, hochdifferenzierte Ensembles von ökonomischen Aktivitäten (Zulieferbetriebe, spezialisierte Dienstleistungsunternehmen, Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute etc.). Diese neuen Zentren der High-Tech-Industrie und der *Headquarter Economy* lassen sich nicht wie Einkaufszentren auf die »grüne Wiese« stellen. Sie sind auf spezifische Produktions- und Reproduktionsbedingungen, eine massgeschneiderte regionale Infrastruktur angewiesen. Damit ist nicht nur die Transport- und Kommunikationsinfrastruktur gemeint, sondern beispielsweise auch die formellen und informellen Kommunikationskanäle, über die der Wissenstransfer organisiert wird, oder die sozialen und kulturellen Einrichtungen und Bedingungen, die das Niveau der regionalen Lebensverhältnisse bestimmen. Dazu kommt das gesamte soziale, politische und kulturelle Umfeld, das notwendig ist, um die Aktivitäten der (transnational operierenden) Unternehmen zu gewährleisten: lokale kulturelle Traditionen, Alltagspraktiken, berufliche Qualifikationen, Politikmuster und Aushandlungsformen, Organisationskulturen, Einstellungs- und Aktionsmuster von regionalen Unternehmen und Arbeitskräften, die zusammen eine spezifische regionale Regulation definieren.

Gestützt auf diese empirischen Erkenntnisse, die ihren Niederschlag unter anderem im Konzept der »flexiblen Spezialisierung« (Piore/Sabel 1985) fanden, hat sich in den letzten Jahren eine »neue Orthodoxie« (Benko/Lipietz 1992) etabliert, die auf die Entwicklung endogener regionaler Faktoren setzt und einen neuen Spielraum für eine eigenständige regionale Wirtschaftspolitik postuliert. Die Betonung »endogener Potentiale« verweist zugleich auf die verstärkte Rivalität unterschiedlich spezialisierter Wirtschaftsräume. So entstand als Gegenbild zum *footloose capitalism* die Vorstellung von eigenständigen Regionen, die auf globalem Massstab um Unternehmensansiedlungen, Kapitalinvestitionen und Prosperitätseffekte konkurrieren.

Die Konzepte der flexiblen Spezialisierung gehen jedoch in doppelter Hinsicht von einer zu schematischen Verallgemeinerung spezifischer Befunde aus: Einerseits überschätzen sie den Stellenwert der regionalen Eigendynamik und vernachlässigen den strukturierenden Einfluss supranationaler und nationaler Institutionen, der grossen transnationalen Unternehmen und der Gesetzmässigkeiten des Weltmarktes auf die lokale Ökonomie. Andererseits übersehen sie die Heterogenität der gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse und propagieren ein postfordistisches Entwicklungsmodell, das auf Flexibilität, neuen Technologien und einer regionalen Kooperationskultur mittelständischer Unternehmen beruht. Tatsächlich jedoch bilden die prosperierenden postfordistischen Produktionskomplexe nur eine Variante ne-

ben unterschiedlichsten anderen Entwicklungsmodellen (Leborgne/Lipietz 1994). Die globale Arbeitsteilung präsentiert sich heute als ein Patchwork von unterschiedlichen Klassen spezialisierter Regionen, von »alten« fordistischen Territorien und flexibilisierten High-Tech-Clustern über Niedriglohn-Gebiete, *free-enterprise-zones* und Armutszonen bis zu den »Stadt-Staaten« der *Global Cities*. Das klassische dichotomische Bild von Zentrum und Peripherie ist ebenso obsolet geworden wie die Vorstellung eines allgemeinen, weltweit gültigen Entwicklungsmodells: Die globale Arbeitsteilung beginnt einem Leopardenfell zu gleichen (Strehle 1991).

Mit dem Bild einer globalen Regionalisierung wird allerdings nur die eine Seite der gegenwärtigen Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems erfasst. Auf der Basis einer zunehmenden Hierarchisierung der Austauschbeziehungen und der Verflechtungs- und Vernetzungsstrategien der transnationalen Konzerne kam es im Laufe der siebziger und achtziger Jahre zur Herausbildung von supranationalen Wirtschaftsräumen und zur »Triadisierung« der Weltwirtschaft (Röttger 1993). Der grösste Teil der Waren-, Kapital- und Informationsströme bewegt sich heute innerhalb des Dreiecks Nordamerika – Westeuropa – Ostasien. Die Triadisierung verändert zugleich die interne Struktur der einzelnen Wirtschaftsblöcke. Mit Blick auf den gemeinsamen europäischen Markt und auf die verschärften internationalen Konkurrenzbedingungen reorganisieren die Konzerne ihre Unternehmensstrukturen. Fusionen, Neugründungen und eine weitgehende Internationalisierung der Kapitalbeteiligung restrukturieren sowohl die innereuropäische Arbeitsteilung als auch die Integration dieses Wirtschaftsraumes in die Weltökonomie.

Die Restrukturierung nationaler Regulationsweisen

Die Herausbildung supranationaler Wirtschaftsblöcke und die Etablierung einer neuen Form der globalen Arbeitsteilung transformieren nicht nur das Verhältnis zwischen dem Globalen und dem Lokalen, sondern verändern auch die Rolle nationaler Regulation. Triadisierung und Regionalisierung gehen mit einer »Funktionskrise« des Nationalstaates einher, dessen souveräner Handlungsraum entscheidend eingeeengt und unterminiert wird. Im Rahmen dieses Restrukturierungsprozesses verlagern sich bestimmte staatliche Funktionsbereiche sowohl nach »oben« (supranationale Institutionen) wie auch nach »unten« (Dezentralisierung und Regionalisierung).

Die veränderten Formen nationaler Regulation lassen diese jedoch keinesfalls bedeutungslos werden (vgl. Prigge in diesem Band). Die Ver-

selbständigkeit der Globalökonomie gegenüber nationalen Einfluss-sphären bedeutet nicht nur eine Ent-Territorialisierung staatlicher Macht, sondern schliesst auch eine Neuformierung der nationalen Regulationsmodi mit ein. Da die Trans-Nationalisierung des Kapitals auf der Inter-Nationalität der »Raummatrix der Arbeitsprozesse und der Ausbeutung« basiert (Poulantzas 1978), bleibt der Nationalstaat weiterhin das Terrain für klassenübergreifende Bündniskonstellationen und Konsensbildung über die jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsmodelle. Deshalb ist weniger von einer Aufhebung von National-staatlichkeit durch Globalisierungsprozesse, als vielmehr von einer komplexen und widersprüchlichen Überlagerung regionaler, nationaler, supranationaler und globaler Regulationsweisen auszugehen (Hirsch 1993).

Mit der Neuformierung nationalstaatlicher Regulation vollzieht sich der Übergang vom »national-sozialen« Wohlfahrtsstaat und der keynesianischen Politik der Nachfragesicherung und Vollbeschäftigung zur »Nation-Firma« (Balibar 1993), die in Konkurrenz zu anderen Nationen eine »territoriale 'Monopolisierung' ökonomischer Wohlstandseffekte« (Röttger 1993) zu erzielen versucht. Während staatsinterventionistische Massnahmen im Technologie- und Forschungsbereich verstärkt werden mit dem Ziel, die Eroberung von Weltmarktanteilen und Exportmärkten abzustützen, wird zugleich von einzelnen Nationalstaaten der Versuch unternommen, durch eine rigorose Fiskal- und Geldpolitik sowie sozialpolitische Deregulierungsprogramme »attraktive« Rahmenbedingungen für das globale Kapital bereitzustellen.

Die Thematisierung des Verhältnisses Global-Lokal (das zum Beispiel bei den verschiedenen *Global City*-Ansätzen im Vordergrund steht) darf deshalb die Ebene der nationalen Regulation nicht aus den Augen verlieren. Die Handlungsspielräume für eigenständige Strategien und Politiken von städtischen und regionalen Institutionen sind weiterhin in die juristisch-politischen Rahmenbedingungen und die Regulationsformen des jeweiligen Nationalstaates eingebunden. So zeigen gerade die Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich, die in ihren globalen Funktionen als Zentren der *Headquarter Economy* vergleichbar sind, bemerkenswerte Unterschiede in ihrer Stadtentwicklung. (Die Beispiele zu Zürich und Frankfurt stammen aus Hitz/Schmid/Wolff und Ronneberger/Keil in diesem Buch.) Während beispielsweise die Innenstadt von Frankfurt mit Hochhaustürmen überstellt und zur reinen Büro- und Einkaufs-City umfunktioniert wurde, haben Hochhäuser in Zürich Seltenheitswert. Die politische Konstellation in Zürich hat zu einem »territorialen Kompromiss« und zur teilweisen Erhaltung

der alten innerstädtischen Quartiere geführt. Diese Unterschiede lassen sich nicht nur auf spezifische »Lokalkulturen« zurückführen, sondern basieren auch auf den *essentials* der nationalen Regulation und des politischen Systems (z.B. direkte versus parlamentarische Demokratie).

Von der Krise der Stadt zur Urbanität

»Die These lautet, dass sich das Städtische (in der Form städtischer Regionen vom Typ Frankfurt-Rhein-Main) ökonomisch und kulturell als Knotenpunkt globaler Formation etabliert hat und damit die Episteme gegenwärtiger Gesellschaft darstellt – darstellen im strikten Sinne: Das Städtische ist die Bedingung der Möglichkeit der Erkenntnis von Gesellschaft heute, hier erscheint ihre gegenwärtige Wahrheit« (Prigge in diesem Buch).

Der Formationsprozess des Globalen basiert somit auf einer Restrukturierung des Städtischen als spezifischem Ort des Alltags. Die gesellschaftliche Transformation, die mit dem Übergang vom fordistisch-keynesianischen zum flexiblen Akkumulationsregime verbunden ist, manifestiert sich in den Strategien und Praxisformen, die den Alltag der städtischen Bevölkerung bestimmen, und in den konzeptiven Ideologien des Städtischen: Der »Modernismus« (Funktionalisierung) wird vom »Postmodernismus« (Pluralisierung und Ästhetisierung) abgelöst.

Das Projekt der Moderne war eng verknüpft mit der Rationalisierung des städtischen Alltags. Die Bewegung der klassischen Moderne propagierte eine funktionale, »ehrliche« Architektur, die mit den bourgeois Formen der Repräsentation brach, Schnörkel und Verzierungen verabscheute und die Übereinstimmung von Form und Funktion anstrebte. Unter dem Schlachtruf »Licht, Luft, Öffnung« wurden kühne architektonische Lösungen vorgeschlagen, die hygienische, saubere und kontrollierbare Verhältnisse schaffen sollten. Meist handelte es sich um grosse Entwürfe, die radikal mit den bisherigen städtebaulichen Strukturen brachen und eine neue, rationale und funktionale urbane Struktur schaffen wollten. Bereits in den zwanziger Jahren machten das »Neue Frankfurt« und das »Rote Zürich« mit ihren Stadtentwicklungsstrategien und Wohnungsbauprogrammen entscheidende Vorgehen für den modernen Städtebau.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sich die Prinzipien der Moderne auf breiter Front durch, allerdings in einer marktwirtschaftlichen Form, entkleidet vom ursprünglichen sozialen Gehalt, nach den fordistischen Prinzipien der Massenproduktion, rationell am einzelnen Bauwerk, oft ungeplant und chaotisch im Grossen. Der Diskurs der

städtischen SpezialistInnen war beherrscht von einer Maschinenmetaphorik. Architektur und Städtebau wurden nicht mehr als »Baukunst« aufgefasst, sondern als Herstellung von reproduzierbaren Zellen einer Produktionskette, die vom konkreten Raum oder Ort abstrahierte. Der Funktionalismus – das Konzept räumlicher Trennung gesellschaftlicher Funktionen – wurde zur dominanten konzeptiven Ideologie, die für einige Jahrzehnte die Kohäsion zwischen Städtebau, Politik und Alltagshandeln begründete und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Praktiken miteinander koordinierte. Daraus resultierte ein Urbanisierungsmodell, das vom fordistischen Massenkonsum (Anschaffung langlebiger Konsumgüter wie Automobil, Kühlschrank, Fernseher etc.), von einer zunehmenden Rationalisierung und Technologisierung des Alltags und von einer forcierten Suburbanisierung gekennzeichnet war.

Die Stadtentwicklung der bundesdeutschen Nachkriegsära folgte dem Prinzip der kontrollierten städtebaulichen Planung. Gerade Städte wie das vom Krieg zerstörte Frankfurt wurden gemäss der damals vorherrschenden Zonierungslogik neu aufgebaut. Das »sachliche« Raumbild der Main-Metropole, geprägt von Autobahnkreuz, innerstädtischem Parkhaus und vertikaler Verdichtung von Tertiär- und Konsumtionsfunktionen im City-Bereich, stand für eine effiziente und rationale Infrastrukturpolitik.

Im Gegensatz zu Frankfurt war die Nachkriegsperiode in Zürich durch eine partielle Modernisierung geprägt. Die städtischen SpezialistInnen hatten sich mit einer noch weitgehend intakten Stadtstruktur sowie starken konservativen und planungsfeindlichen Tendenzen auseinanderzusetzen. Obwohl die dominanten Vorstellungen und Entwicklungsstrategien ebenfalls von den Prinzipien des Funktionalismus geprägt waren, gelang es nicht, eine konsequente Modernisierungspolitik durchzusetzen. Das breite fordistische Modernisierungsbündnis aus Liberalen, Konservativen und Sozialdemokratie erwies sich als wenig durchschlagskräftig und scheiterte bei allen wichtigen Infrastrukturprojekten.

Gegen Ende der sechziger Jahre machten sich die Nachteile der funktionalen Raumkonzeption in aller Schärfe bemerkbar. Mit dem Umbau der Innenstädte zu monofunktionalen City-Gebieten wurden Segregationsprozesse in Gang gesetzt und Abwanderungstendenzen innerhalb der Wohnbevölkerung beschleunigt. Die Stadtfucht zahlungskräftigerer Bevölkerungsgruppen in die suburbane Peripherie, die zunehmende Verödung der Innenstädte und die Trostlosigkeit der neuen Trabantensiedlungen in den Agglomerationsgürteln erschienen vielen KulturkritikerInnen als Vorboten einer Auflösung der Stadt. Während

sich Frankfurt und Zürich zu den Finanzzentren ihrer jeweiligen Nationalökonomien entwickelten, standen sie zugleich als Synonym für die »Unwirtlichkeit der Städte« (Mitscherlich 1965).

Im Laufe der siebziger Jahre formierten sich in den unterschiedlichsten Konstellationen Bewegungen gegen den rationalisierten Alltag und die funktionalistischen Modernisierungsstrategien. In Zürich kam es bereits zu Beginn der siebziger Jahre zu einer breiten Protestwelle gegen die verschiedensten Infrastrukturprojekte. Die Auseinandersetzungen um die Stadtentwicklung mündeten schliesslich in einen territorialen Kompromiss, der die weitere Expansion des Finanzplatzes Zürich zwar nicht in Frage stellte, aber die Umstrukturierung der Innenstadt dennoch entscheidend verlangsamte und einen Trendbruch in der Stadtentwicklung einleitete.

Die wachsende Kritik an den modernen »Entstädterungstendenzen« wurde unter Stichworten wie »Revitalisierung der Städte« oder »Urbanität« auch in den wissenschaftlichen und stadtplanerischen Disziplinen aufgegriffen. Gerade in Frankfurt entwickelte sich »Urbanität« zur neuen dominanten konzeptiven Ideologie und regulativen Idee, die die auseinanderfallende Stadt als unverwechselbaren und identitätsstiftenden Ort rekonstituieren sollte (Prigge 1987c).

Die Krise der funktionalistischen Repräsentationsweise korrespondierte mit gesellschaftlichen Umbrüchen, mit einer Transformation des fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodells und dessen spezifischer Raum- und Zeitmatrix. Mit dieser Transformation veränderte sich auch die Beziehung zwischen Modernisierung und Modernität, die Bedeutung von Kultur und Tradition. Die symbolische Beschwörung einer lokalen Identität oder der Einsatz architektonischer und semiotischer Elemente der historischen Stadt (Strasse-Platz / Monument-Quartier) wurden nun zum integralen Bestandteil einer veränderten Urbanisierungsstrategie. Im Gegensatz zum fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodell, das mit der ökonomisch-technologischen Modernisierung stets auch die Perspektive einer kulturellen Modernisierung artikulierte (Bildung, Emanzipation und soziale Demokratie), sind die zentralen ideologischen Elemente des postmodernen / postfordistischen Diskurses »Heterogenität«, »Durchmischung«, »Überlagerung« und »Differenz«.

Die Durchsetzung dieser neuen Urbanisierungsstrategie verlief lokal höchst unterschiedlich. Als Antwort auf den ökonomischen Restrukturierungsprozess etablierte sich etwa in Frankfurt mit der Wallmann-Ära ab Ende der siebziger Jahre ein urbanistischer Diskurs der (kulturellen) Differenz, der Aspekte der Kritik an der fordistischen Rationalität aufnahm, ihnen jedoch eine andere Wendung gab: Während die

oppositionellen Bewegungen der siebziger Jahre die sozialräumlichen Gegensätze als soziale Widersprüche zu artikulieren versucht hatten, verwandelte der Diskurs der »Urbanität« die sozialen Differenzen in kulturelle Gegensätze und distinktive Lebensstile, die nun als »natürliche« Bestandteile einer Metropole erschienen.

Im Gegensatz zu Frankfurt bildete »Urbanität« in Zürich nie einen Kampfbegriff, überschritt nie die Grenze einiger intellektueller Zirkel. Während den gesamten siebziger Jahren war der Diskurs des Städtischen durch die Pattsituation zwischen einer Modernisierungs- und einer Stabilisierungsfraktion blockiert, gegenüber der das Kulturelle in den Hintergrund trat und weiterhin dem Ideal bürgerlicher Repräsentation verhaftet blieb. Erst die urbane Revolte der 80er Bewegung brachte die Frage der »Stadtkultur« erneut auf die Tagesordnung der politischen Auseinandersetzungen, als Kampf um die Stadt, um selbstbestimmte Lebensformen, um die Aneignung der öffentlichen Räume. Im Spannungsfeld von Revolte und Integration wurde die von der Bewegung geforderte und gelebte kulturelle Öffnung jedoch im Verlauf der achtziger Jahre selbst zu einem ideologischen und ökonomischen Faktor der innerstädtischen Restrukturierung, zum Element des (postmodernen) Diskurses der Differenz und der Welt-Stadt-Formation Zürichs. Unter völlig unterschiedlichen lokalpolitischen Prämissen wurde so in Zürich ein Prozess nachvollzogen, der in Frankfurt bereits ein Jahrzehnt früher eingesetzt hatte.

Urbanisierungsprozesse und flexible Akkumulation

Die Restrukturierung von Kultur, Ökonomie und Gesellschaft, wie sie in »Postmodernismus«- und »Postfordismus«-Analysen beschrieben wird, bedeutet auch eine »flexible« Strategie der Produktion des Raumes (vgl. Lehrer in diesem Buch), mit der die Zonierung und Standardisierung städtischer Räume auf globalisierter Ebene fortgesetzt wird. Entgegen der urbanistischen Ideologie der Durchmischung und trotz einzelner städtebaulicher Pilotprojekte bleibt der (fordistische) Trend zu monofunktionalen Wohnzonen, hochspezialisierten Einkaufsbereichen, abgesonderten Gewerbeparks oder Freizeitzentren im Grossen ungebrochen. Eine Veränderung hingegen stellt die verstärkte Überlagerung von Kultur und kommerzieller Konsumtion dar, wie sie etwa Sharon Zukin (1991) mit dem Begriff des *liminal space* umschrieben hat.

Zugleich bewirkt die urbanistische Desartikulation des Sozialen eine wachsende Hierarchisierung des sozialen Raumes: Während die fordistische Regulationsweise eine »Gleichheit im Raum« anstrebte, kann

der Postfordismus als ein »Regime der Differenz« (King 1991) aufgefasst werden, das die Unterschiedlichkeit von Räumen verstärkt als Ressource des globalen Verwertungsprozesses ausbeutet und zugleich die ökonomisch und technologisch vernetzte Welt sozialräumlich und kulturell heterogenisiert. Veränderte Entwicklungsdynamiken beginnen die fordistische Zonierungslogik, das industrielle Muster von urbaner Verdichtung und regionaler Diffusion, aufzuweichen.

Die verschiedenen Formen der Integration beziehungsweise Exklusion von Raumeinheiten in die flexible Hierarchie der Globalökonomie verändern das Verhältnis von »Zentrum« und »Peripherie« – sowohl auf globaler wie auf nationaler und regionaler Ebene. Die konzentrische Raumstruktur der Metropolen wird zusehends von einem fragmentarisierten Nutzungsmuster überlagert, das gleichermassen durch Konzentrations- wie Dekonzentrationsprozesse gekennzeichnet ist und zu unterschiedlich dimensionierten Zentren und Peripherien führt. Die Figuration von Zentrum und Peripherie muss heute neu gedacht und dargestellt werden. Es handelt sich nun um ein relationales Modell räumlicher Strukturen, die sich in nicht eindeutig voraussagbaren konkreten Formen manifestieren (Cluster, Knoten, Patchwork etc.). Durch diese Prozesse werden die bisherigen städtischen »Einheiten« aufgelöst und in übergreifende Strukturen integriert. Die bislang meistens monozentrischen Agglomerationen transformieren sich zu urbanen Grossregionen, zu diffusen und polyzentrischen Gebilden, die aus einem Geflecht unterschiedlichster Standorte bestehen.

Gerade bei diesen neuen Formen des Urbanisierungsprozesses zeigen sich erstaunliche Übereinstimmungen in den Entwicklungen von Frankfurt und Zürich: In beiden Metropolen diffundiert die wirtschaftliche Dynamik zunehmend in die urbane Peripherie, wo neue strategische Knoten der *Headquarter Economy* und der High-Tech-Industrie entstehen: Dienstleistungszonen, Gewerbeparks, City-Satelliten. Neuerdings zeigt sich auch eine zunehmende Interdependenz zwischen der ökonomischen Expansion in den Kernstädten und der Entwicklung von bestehenden Städten im näheren oder weiteren Umfeld von Frankfurt und Zürich.

Idealtypisch lassen sich heute vier verschiedene Konfigurationen des »Zentrums« unterscheiden: erstens die repräsentative City in der Innenstadt, die sich in Frankfurt in Hochhaustürmen manifestiert, in Zürich hinter distinguierten gründerzeitlichen Fassaden verbirgt; zweitens neue innerstädtische City-Gebiete, die meist auf alten Industrie-, Gewerbe- und Bahnarealen entstehen (City West in Frankfurt, Altstetten oder Kreis 5 in Zürich); drittens neue Zentren, die auf der »grünen Wiese« und in ehemaligen Gewerbe- und Industriegebieten in der sub-

urbanen Peripherie, oft in der Nähe vom oder mit direkter Autobahnverbindung zum Flughafen, errichtet werden und sich zu eigentlichen City-Gürteln verdichten (City-Gürtel in Zürich-Nord, Datenverarbeitungs- und Softwaregürtel zwischen Flughafen und Taunusrand in Frankfurt); viertens bestehende Zentren, die in einem Zusammenhang mit der Entwicklung der *Global-City*-Ökonomie transformiert werden (Mainz, Wiesbaden, Darmstadt in Frankfurt; Winterthur, Zug, Baden in Zürich). Diese Typologie ist keineswegs vollständig: An verschiedensten Orten der urbanen Grossregion lassen sich immer wieder neue Archipele und Cluster der *Headquarter Economy* ausmachen (vgl. Lehrer in diesem Buch).

Das so entstehende Patchwork der urbanen Grossregionen von Frankfurt und Zürich fügt sich durchaus in Entwicklungsmuster, wie sie aus der nordamerikanischen Stadtforschung bekannt geworden sind. Es lassen sich sogar Parallelen zu Los Angeles ziehen – trotz dem Unterschied im Massstab (vgl. Soja in diesem Buch). Allerdings ist es fraglich, inwieweit die Entwicklungen in den USA auf die nordwesteuropäischen Verhältnisse übertragbar sind, und ob die damit verknüpfte Begrifflichkeit zur Analyse der Urbanisierungsprozesse von Frankfurt und Zürich herangezogen werden kann.

So vermutet Sassen, dass sich ein Unterschied im (räumlichen) Muster der Welt-Stadt-Formation in Teilen der Vereinigten Staaten und in Teilen Westeuropas andeute: Während sich beispielsweise die *Global-City*-Funktionen in New York oder Chicago auf die ausgedehnten zentralen Geschäftsbezirke der Innenstadt konzentrieren, zeigt sich in Zürich und Frankfurt (und anderen nordwesteuropäischen *Global Cities*) eine Streuung dieser Funktionen über eine weit ausgedehnte Region, die insgesamt selbst als »Zentrum« strukturiert ist: »In der grösseren transnationalen Perspektive gesehen, handelt es sich hier um weit ausgedehnte Zentralregionen. Wir beobachten eine Reorganisation der Raum-Zeit-Dimensionen der Ökonomie« (Sassen in diesem Buch).

Damit verändert sich auch die Bedeutung von »Innen« und »Aussen«: Die Metropole wird gleichzeitig nach innen und nach aussen gestülpt, die Zentralität wird virtuell allgegenwärtig und es entsteht eine räumliche Konfiguration, die Soja (1992b) unter dem Begriff »Exopolis« fasste. Doch die »urbanen Peripherien« von Frankfurt und Zürich verlieren ihren peripheren Status nicht nur im ökonomischen Sinne: Die äussere Begrenzung der urbanen Regionen selbst beginnt sich aufzulösen. Während die meisten US-amerikanischen Metropolen von immensen »offenen Räumen« umgeben sind, stossen die verschiedenen urbanen Grossregionen Westeuropas zunehmend aneinander. Eindrucksvoll zeigt sich dies im schweizerischen Mittelland, wo ein band-

artiges, zersplittertes Siedlungsgebilde entsteht, das von der »Regio Basiliensis« und der Bodenseeregion über die Grossregionen Zürich und Bern bis zur »Métropole Lémanique« entlang dem Genfersee reicht.

Damit erweist sich die zur Analyse der neuen Urbanisierungsprozesse in den USA eingeführte Terminologie teilweise als problematisch: Begriffe wie *outer city* (»Aussenstadt«) oder die von Garreau (1991) verwendeten Termini *edge city* (»Stadt am Rand«) und *new frontier* (»neue Grenze«, eine Anspielung auf die Kolonisierung des nordamerikanischen Westens) wären im Kontext des dicht besiedelten schweizerischen Mittellandes oder des Ballungsgebietes Rhein-Main im doppelten Sinne irreführend: Die neuen Territorien in den suburbanen Peripherien von Zürich und Frankfurt sind keine »Städte«, sondern Arbeitsplatzkonzentrationen, und sie liegen weder am Rand der urbanen Grossregionen noch an der Grenze zum »offenen Land«, sondern inmitten eines bereits urbanisierten und industrialisierten Gebietes. Sie bilden neue nodale Strukturen innerhalb einer polyzentrischen urbanen Grossregion.

Diese Beobachtungen verweisen zugleich auf das Problem von Kontinuität und Diskontinuität des Urbanisierungsprozesses (vgl. dazu auch Ipsen 1987 und Krätke 1991). Mit den neuen räumlichen Konfigurationen, die sich in Zürich und Frankfurt herausbilden, wird eine seit über einem Jahrhundert bestehende dezentrale Raumstruktur zu einem neuen Gebilde transformiert, in dem sich »präfordistische«, »fordistische« und »postfordistische« Strukturen zu einem verwirrenden und befremdlichen Patchwork vermischen.

Soziale Polarisierung und Fragmentierung

Eine andere Dimension von Zentrum und Peripherie haben John Friedmann, Saskia Sassen und andere herausgearbeitet und mit sozialen Polarisierungs- und Migrationsprozessen in Zusammenhang gebracht: Der Ausbau der *Headquarter Economy* in den *World Cities* und *Global Cities* führt zu einer Dualisierung und Segmentierung der Arbeitsmärkte in einen hochqualifizierten Sektor, der in Verbindung mit den Kontroll- und Leitungsfunktionen steht, und in einen Niedriglohnbereich, der auch Formen einer informellen Ökonomie annehmen kann. Dies wirkt sich polarisierend auf die Sozialstruktur dieser Metropolen aus, in denen sich unter anderem eine internationalisierte und marginalisierte »Unterklasse« herausbildet.

Die (geographische) Grenze zwischen prosperierenden Zonen und Armutsgebieten verläuft nun auch innerhalb der Zentren der »Ersten Welt«: Während ganze Kontinente – von wenigen separierten Wohl-

standsarchipelen abgesehen – noch tiefer im Elend versinken, etablieren sich in den Metropolen der Triade neue Armutsräume. Diese Hierarchisierungsprozesse erweisen sich im Kern sowohl als Krise der in die Metropole geholten »Dritten Welt« wie auch als Krise der globalisierten Metropole selbst. Die Akkumulationsdynamik der flexibilisierten Globalökonomie verfestigt und vertieft die soziale Fragmentierung und die politisch-territoriale Fraktionierung der Weltgesellschaft (Bonder/Röttger/Ziebura 1993). Als Kehrseite der globalen Vernetzung, die die Welt zum »globalen Dorf« zusammenzuschliessen scheint, entfaltet sich eine ebenso umfassende Logik der Segregation.

Sassen (1993a) hat die ökonomische Restrukturierung bestimmter Zentren und ihren Ausbau zu *Global Cities* unter anderem als Prozess der Peripherisierung im metropolitanen Kern (*»peripheralization at the core«*) beschrieben. Um die spezifischen Artikulationen von ökonomischen Ausschluss- und Diskriminierungspraktiken zu bestimmen, reicht es jedoch nicht aus, alleine die Segmentierung der Arbeitsmärkte zu untersuchen. Eine kritische politische Ökonomie müsste neben dem Lohnverhältnis und dem Bereich der Produktion auch die verschiedenen Formen der sozialen Reproduktion analysieren. So dienen etwa die unterschiedlichen Formen der Haushaltsstrukturen und der Alltagspraktiken selbst als Rohmaterial für Stigmatisierungen, an die sich klassifizierende und ausgrenzende Diskurse und Praktiken knüpfen.

Friedmann und Wolff (1982) haben zur Kennzeichnung dieses Wechselverhältnisses von ökonomischer Restrukturierung und sozialer Polarisierung das Raumbild von »Zitadelle und Ghetto« eingeführt. Während sich der (geographische) Ghetto-Begriff in amerikanischen Metropolen auf eine bestimmte Evidenz stützen kann, ist er zur Kennzeichnung der bundesrepublikanischen oder schweizerischen Verhältnisse nur eingeschränkt tauglich und in erster Linie als analytischer Begriff zu verstehen. Die sozialräumlichen Polarisierungsprozesse sind hier bislang nicht vergleichbar mit der sozialen Segregation in den USA. Gleichwohl bilden sich auch in Frankfurt oder Zürich in wachsendem Masse marginalisierte Räume heraus: Trabantensiedlungen in der urbanen Peripherie werden zu Abschiebecontainern für das neue Proletariat der *Global City* und zentrumsnahe Altbauquartiere fungieren zunehmend als transitorische Aufnahmeräume für MigrantInnen und Flüchtlinge.

Die Restrukturierung der Klassenverhältnisse in den Metropolen ist allerdings nicht nur durch Polarisierungs-, sondern auch durch Heterogenisierungsprozesse gekennzeichnet. In diesen Kontext gehören Prozesse wie die Entstehung von »städtischen Professionellen«, die Ethni-

fizierung der Arbeitskraft, Veränderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, Tendenzen einer Auflösung der »Normalfamilie« und des »Normalarbeitsverhältnisses«, die Einbeziehung neuer Formen flexibilisierter und »häuslicher« (vorwiegend weiblicher) Arbeitskräfte in den veränderten Akkumulations- und Verwertungsprozess.

Neben Konstitutionsbedingungen wie etwa der Positionierung im Produktions- und Arbeitsprozess oder der Teilhabe an den verschiedenen Revenueformen wird die soziale Stellung in wachsendem Masse auch durch symbolische Distinktionskämpfe bestimmt. Entgegen der Vorstellung, dass die Ausdifferenzierung der Sozialstruktur und die Ausbildung unterschiedlicher Lebensstile Ausdruck einer pluralisierten Kulturgesellschaft seien, können diese Praktiken als Bestandteil einer klassifikatorischen Strategie aufgefasst werden, die zu neuen Formen sozialer Ungleichheit und zu einem modernisierten Klassenbildungsprozess beiträgt: Individualisierung, Pluralisierung und Flexibilisierung im Kontext der »Neuen Mittelklassen« sind somit nicht nur als Öffnungsprozesse, sondern auch als Abschliessungs- und Ausschlussprozesse zu begreifen.

So lassen sich Stigmatisierungs- und Exklusionsbestrebungen gegenüber sozialen Gruppen feststellen, die aus dem vorherrschenden Leistungs- und Produktivitätsmodell herausfallen. Zu den bevorzugten Objekten dieser Ausgrenzung zählen sowohl bestimmte Gruppen von MigrantInnen, AsylbewerberInnen und Obdachlosen als auch Junkies, Dealer oder Jugendgangs. Aus der Sicht der städtischen Mittelklassen, aber auch des Kleinbürgertums formieren sich die marginalisierten Submilieus zu einer »gefährlichen Klasse«. In dieser ideologischen Konstruktion gehen klassenspezifische Abgrenzungsbedürfnisse und ethnifizierende Klassifikationen eine sich gegenseitig stützende und determinierende Verbindung ein. Étienne Balibar (1993) hat auf die Parallelen aktueller Formen der Ausschliessung mit dem Phänomen des »Klassenrassismus« im 19. Jahrhundert hingewiesen. In der gegenwärtigen Konstruktion einer gefährlichen Klasse tauchen jene Hauptthemen der Rassifizierung sozialer Gruppen wieder auf, die im vergangenen Jahrhundert auch in der Wahrnehmung der arbeitenden Klassen vor ihrer Konstitution und späteren Integration als Arbeiterklasse eine Rolle spielten. Dem entsprechen gegenwärtig am ehesten die sogenannten Risikogruppen, deren Existenzbedingungen vor allem durch zwei Ausschliessungsmodi gekennzeichnet sind: Arbeitslosigkeit und Ausschliessung von der Staatsbürgerschaft.

Die Figur von den gefährlichen Klassen wird gegenwärtig auch in verschiedenen (stadt)soziologischen Texten aufgegriffen – in der angloamerikanischen Disziplin spielt sie schon seit geraumer Zeit eine

zentrale Rolle, etwa in Mike Davis Analysen von Los Angeles (Davis 1990). In diesen Analysen sind damit insbesondere die Gangs mit ihren spezifischen Territorialpraktiken gemeint. In den deutschen und schweizerischen Städten gibt es hingegen kein vergleichbares soziales Phänomen. Hier stellt die Redeweise von dem Aufkommen »amerikanischer Verhältnisse« Teil einer Kampagne dar, bei der es um die »innere Sicherheit« und den Ausbau von entsprechenden Disziplinierungs- und Kontrollinstrumenten geht.

Die deutschsprachige Stadtforschung nähert sich diesen neuen Formen der Marginalität, wenn überhaupt, aus einer sozialarbeiterischen Perspektive. Aufgabe eines kritischen Ansatzes wäre es jedoch, die Bedeutung dieser Diskurse sowie die ordnungspolitischen Praktiken für die Reproduktion rassistischer Spaltungen zu untersuchen, also beispielsweise der Frage nachzugehen, wie der urbane Raum neu geordnet wird. Dabei sollte eine Analyse der ordnungspolitischen und sozialtechnokratischen Praktiken den Blick nicht allein auf die damit verbundenen Herrschafts- und Unterwerfungsprozesse richten. Sie läuft sonst Gefahr, eine soziale Homogenität und eine Perfektion der Kontrolle zu suggerieren, die gerade in Zweifel zu ziehen wäre. Der urbane Raum ist immer auch ein (ideologisch) umkämpftes Feld.

Sozialer Staat

Korrespondierend mit den Flexibilisierungs- und Individualisierungsprozessen setzt eine Erosion der zentralen Elemente des keynesianischen Interventionsstaates – »nationale Souveränität« und »Gleichheit« – ein. Mit der Krise des Wohlfahrtsstaates ging im Laufe der achtziger Jahre in der Bundesrepublik und – mit Einschränkungen – auch in der Schweiz ein Integrationsmodell für die Mehrheitsbevölkerung zu Ende, das mit der staatlich-institutionellen Regulation sozialer Standards eine relative Absicherung gewährleistet hatte. Als konzeptive Ideologie der nachfordistischen Ära dominiert zunehmend eine neoliberale Unternehmens- und Managementlogik. Es etabliert sich ein »Unternehmer-Staat«, der durch marktförmige Regulation und autoritär-etatistische Intervention gekennzeichnet ist. Auf städtischer Ebene markieren der Übergang vom lokalen Sozialstaat zum postmodernen *Urban Management*, die Umstrukturierung der kommunalen Verwaltung zur *lean administration* und die Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen (vgl. Mayer in diesem Band) die Stationen auf dem Weg eines »Rückgangs der Solidaritäten administrativen Typs« (Lipietz 1991a).

Die Rolle der rot-grünen Stadtregierungen Zürichs und Frankfurts in diesem Restrukturierungsprozess ist höchst widersprüchlich. Ende

der achtziger Jahre standen die programmatischen Überlegungen dieser Bündniskonstellationen noch unter dem ideologischen Einfluss verschiedener Bewegungsmilieus. Aus der Perspektive einer aufgeklärten und urbanen Zivilgesellschaft sollte eine Reihe von sozialen und ökologischen Reformprojekten in den nächsten Jahren verwirklicht werden. Zugleich fanden die Regierungsantritte jedoch in einer Phase tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche statt. Die ökonomische Krise, anwachsender Rassismus und Nationalismus veränderten das politische Klima – in der Bundesrepublik noch verstärkt durch den Anschluss der DDR. Konzeptionell noch ganz den achtziger Jahren verschrieben, wurden die Reformkoalitionen sowohl in Frankfurt wie in Zürich von der Krise regelrecht »überrollt«. Der Rückgang der Steuereinnahmen und die steigenden Sozialausgaben zerrißen die anvisierte Doppelstrategie: Fortschreibung der bewährten Metropolenprogramme (Hochhäuser und Kultur in Frankfurt, »Stabilisierung« und Kultur in Zürich) und beachtliche Mehrausgaben für Wohnungsbau und Ökologie.

Die kommunale Strukturkrise produzierte zugleich bei den beteiligten ProtagonistInnen eine Reformulierung ideologischer Positionen. Während die Grünen in Frankfurt zunehmend Flexibilisierungs- und Kommerzialisierungsmassnahmen als Entlastungsstrategie für den kommunalen Haushalt propagieren, schwankt die Sozialdemokratie zwischen einer verstärkten (traditionell-fordistischen) Klientelpolitik, etwa im Bereich öffentlich-kommunaler Dienstleistungen, und der Formulierung von Rationalisierungs- und Einsparprogrammen. Insgesamt lässt sich die gegenwärtige Politik der rot-grünen Regierungen in beiden Städten als schlechte Verwaltung des wachsenden Mangels bezeichnen.

Unter der Dominanz von Kultur (Urbanität) und Natur (Ökologie) wurde in den achtziger Jahren das Soziale als gesellschaftliche Vermittlung des Ökonomischen desartikuliert: Vom Ökonomischen getrennt führte es eine isolierte Existenz in der Dimension von Armut und von Lebensweisen »am Rande der Gesellschaft«. Als solches traditionelles bürgerliches Wohlfahrtssyndrom taucht die soziale Frage gegenwärtig wieder auf: als »soziales Problem«, das von der städtischen Politik sowohl mit einer verschlankten Variante traditioneller Sozialpolitik als auch mit Ausgrenzungsstrategien gegenüber bestimmten Gruppen bearbeitet wird.

Mit der ökonomischen Krise und den dadurch ausgelösten Mehrbelastungen öffentlicher Haushalte verschärfen sich seit den neunziger Jahre die Bestrebungen zur selektiven Reduktion der kollektiven Konsumtion. Das Versprechen der Politik, den »kleinen Leuten« materiell

zu helfen, lässt sich unter diesen Bedingungen angeblich nur noch auf bestimmte Gruppen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft anwenden. Damit verstärken sich bereits vorhandene Ausschlussbestrebungen, die beispielsweise in Formeln wie »einheimische Bürger zuerst« überall anzutreffen sind.

Rassismus

Bei der Erosion des fordistischen Gesellschaftsmodells und der Formierung einer neuen Regulationsweise spielt die verstärkte Diskriminierung sogenannter Minderheiten eine wichtige Rolle. Als eine Antwort auf die Krise des »national-sozialen Staates« und seiner Apparate wie Gewerkschaften und Volksparteien haben sich seit den achtziger Jahren rechtspopulistische und nationalistische Strömungen herausgebildet, die die entstandene Schere zwischen dem realen Konfliktniveau und den Lösungsmöglichkeiten des Wohlfahrtsstaates auf ihre Weise autoritär zu bearbeiten versuchen (Demirovic 1992). Im Zentrum steht dabei die positive Besetzung des Begriffs der Nation, über den die Ein- und Ausschlussprozesse strukturiert werden. Der Wahlerfolg rechter Gruppierungen in Städten wie Frankfurt oder Zürich verdankt sich dabei einem Zusammenwirken heterogener Interessen unterschiedlicher sozialer Milieus, die jedoch für ihre Probleme die gleiche »Lösung« anstreben: rigider Ausschluss von sozialen Gruppen, die als Bedrohung des eigenen (privilegierten) sozialen Status erscheinen. Schlechte Wohnverhältnisse, Kriminalität oder Arbeitslosigkeit werden mit der Anwesenheit von AsylbewerberInnen und ImmigrantInnen in Verbindung gebracht. Die Redeweise vom »Ausländerproblem« wird zum konstitutiven Element eines Diskurses, der die Hierarchisierungen und Ausschlussprozesse in der städtischen Gesellschaft strukturiert und die innere Formation von Metropolen, ihre Klassenverhältnisse und ihr politisches System reguliert. Étienne Balibar (1993) hat diesen Vorgang als Teil eines »Immigrationskomplexes« bestimmt, bei dem die unterschiedlichsten sozialen Verhältnisse rassistisch codiert werden. Deshalb gilt es jene Erklärungsmuster zurückzuweisen, die einen ursächlichen Zusammenhang zwischen sozialer Problemlage und Rassismus unterstellen. Die Ursachen des Rassismus dürfen nicht in seine Objekte verlegt werden, denn für rassistische Einstellungen sind – das belegt die Dauerhaftigkeit des Antisemitismus – keine realen Erfahrungen mit der stigmatisierten Gruppe nötig. Der Rassismus ist vielmehr in den psychischen und soziopolitischen Strukturen der jeweiligen Gesellschaft angelegt und häufig integraler Bestandteil der »nationalen Identität«. Insofern ist er nicht einer bestimmten sozialen

Klasse vorbehalten, sondern es existiert ein Wechselspiel zwischen institutionellen Ausschlusspraktiken, dem Rassismus politisch-kultureller Eliten und dem populären Rassismus, der auch offene Gewalttätigkeit miteinschliessen kann (vgl. Grimm/Ronneberger 1993).

Die vorherrschende institutionelle und alltägliche Diskriminierungspraxis bestimmt auch die gesellschaftliche Position der MigrantInnen in den Metropolen. Reduziert auf die Funktion als Arbeitskraft werden dem »Proletarier-Immigranten« (Balibar) entscheidende Rechte vorenthalten. Wenngleich die soziale Polarisierung in Frankfurt oder Zürich ebenso »Einheimische« trifft, bleiben somit zwischen AusländerInnen und deutschen oder schweizerischen »Arbeiter-Bürgern« (Balibar) – selbst bei ähnlicher sozialer Lage – grundlegende Differenzen bestehen: So schreibt etwa die fehlende Staatsbürgerschaft eine klare Hierarchie der politischen Subjektpositionen vor. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist in der Bundesrepublik und der Schweiz zu berücksichtigen, dass bereits die jeweiligen Gastarbeitersysteme in der Nachkriegszeit als Vorkehrungen gegen den Status als Einwanderungsland errichtet wurden. Der Nationalstaat fungiert hier in besonderem Masse als Apparat legitimer Ausschliessung und Minorisierung. Dies betrifft nicht nur das noch immer auf dem *ius sanguinis* begründete deutsche Staatsbürgerrecht, sondern auch die deutsche und schweizerische Bevölkerungspolitik: von den staatlich-administrativen Massnahmen zur »Ausländerrückführung« über diskriminierende Bestimmungen des Ausländerrechts (z.B. das »Saisonier-Statut« oder die Ende 1994 eingeführten Zwangsmassnahmen gegen AusländerInnen in der Schweiz) bis hin zu den im Laufe der achtziger Jahre vorangetriebenen Einschränkungen des Asylrechts. Auch wenn die Reform der bestehenden gesetzlichen und verfassungsmässigen Grundlagen als Voraussetzung einer notwendigen Veränderung der bestehenden Praxis eingefordert werden muss, belegt die Situation in klassischen Einwanderungsländern wie den USA oder Grossbritannien, dass damit die alltägliche Diskriminierung und Gewalt gegen MigrantInnen nicht verschwindet.

Im Gegensatz zur angloamerikanischen Stadtforschung spielen im deutschen Sprachraum ideologie- und diskurstheoretische Diskussionen über Rassismus kaum eine Rolle. Auch das Thema Immigration wird noch immer aus der Perspektive empiristischer Ansätze behandelt. Viele Analysen beschränken sich weitgehend auf demographische Erhebungen und Arbeitsmarktstatistiken, die darüber Aufschluss geben sollen, in welchen Stadtteilen und welchen Segmenten des Arbeitsmarktes wieviele »AusländerInnen« welcher Nationalität wohnen und arbeiten. Die dabei zum Einsatz kommenden Theoreme affirmieren häufig die – diskursiv produzierten – Evidenzen der Spaltung des

»Eigenen« vom »Fremden«, anstatt die soziale Konstruktion dieser Differenzen selbst zum Gegenstand der Analyse zu machen. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die deutschsprachige Stadtforschung zu grossen Teilen Auftragsforschung für staatliche Institutionen betreibt und entsprechend darauf ausgerichtet ist, Konfliktpotenziale zu erforschen, wobei von vornherein klar ist, wer als »Problemgruppe« gilt. Untersucht werden die »Grenzen der Integrationsfähigkeit« der verschiedenen Minderheiten oder, in der zeitgenössischen Terminologie, »Kulturkonflikte« (was dasselbe meint wie »ethnische Konflikte«), selten jedoch die nationalstaatlichen Ausschluss- oder Minorisierungspraktiken. Insofern ist die stadtsoziologische Wissensproduktion, wie sie etwa in den Disziplinen der Sozialökologie und der Sozialraumanalyse erfolgt, integraler Bestandteil der nationalen und kommunalen Bevölkerungspolitik: Ihr Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Frage der sozialen Kontrolle. Auch die aktuellen kommunalen Debatten um »soziale Entmischung« in den Grossstädten und die mit ihr einhergehenden sozialtechnokratischen Forderungen und Massnahmen etwa in der Wohnungspolitik (»Zuzugsstop für Ausländer zur Vermeidung von Ghettos«, »Quotierung von Sozialwohnungen nach nationaler Zugehörigkeit«) sprechen diese Sprache. Mit der Verbreitung des Erklärungsmusters »Ethnizität« und dem Übergang zu einer Theorie der »ethnischen Beziehungen« in wissenschaftlichen wie in populären Diskursen etabliert sich eine Sichtweise, die die grundlegende Asymmetrie des rassistischen Komplexes leugnet. In der Ideologie der »ethnischen Konflikte« erscheinen denn auch oft die »Minderheiten« selbst als die eigentlichen Rassisten. Diese Entwicklung ist in den USA sicherlich weiter fortgeschritten als in der BRD oder der Schweiz, aber auch hier machen sich solche Tendenzen bemerkbar, etwa in der medialen Darstellung von Konflikten zwischen »Türken« und »Kurden« (vgl. Grimm/Ronneberger 1995).

Um die gesellschaftliche Regulation der Immigration und die Reproduktion rassistischer Spaltungen im urbanen Raum zu analysieren, bedarf es einer theoretischen Perspektive, die die Ebenen des Ökonomischen, Politischen und Ideologischen gleichermassen berücksichtigt. Da die symbolischen Prozesse der Repräsentation und damit auch die Vorstellungen und Diskurse über die »Fremden« aufs engste mit den soziopolitischen Strukturen verbunden sind, müssen sie auch in diesem Kontext untersucht werden. Nur so kann man Antworten auf die entscheidende Frage finden, wie und warum sich verschiedene gesellschaftliche Widersprüche derzeit im Rassismus verdichten und auf ihn stützen können.

Regionale Demokratie

Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive präsentieren sich heute westeuropäische Metropolen wie Frankfurt oder Zürich als widersprüchliche und zerrissene Gebilde. Durch die Globalisierung und Flexibilisierung des Produktionsprozesses, die Segmentierung der Arbeitsmärkte und die »Verschlankung« des Sozialstaates werden die städtischen Gesellschaften zunehmend polarisiert und fragmentiert. Einzelne Segmente der Metropolen werden direkt in die übergreifenden Superstrukturen der Globalökonomie integriert, andere als periphere Regionen ausgegrenzt.

Zugleich führt die Dynamik der Urbanisierung und die gesteigerte »Raum-Zeit-Kompression« zur Auflösung der alltagsweltlichen Kohärenz, die fordistische Agglomerationen – trotz aller Modernisierungseffekte – noch auszeichnete. Die individuellen Alltagspraktiken konstituieren zersplitterte Wahrnehmungs- und Handlungsräume, die immer weniger mit den herkömmlichen Dispositiven des urbanen Raumes – »Quartier«, »Stadt«, »Agglomeration« – übereinstimmen. Die urbanen Grossregionen entwickeln sich zu Supermärkten für diejenigen Teile der Bevölkerung, die aufgrund ökonomischer und sozialer Privilegien über die entsprechenden wirtschaftlichen und kulturellen Potentiale verfügen können. Zugleich entstehen an schlecht erschlossenen und/oder immissionsreichen Lagen neue Räume der Deprivation, Peripherien im geographischen wie sozialen Sinne. Hier zeigt sich die Kehrseite eines vernetzten, aber gleichzeitig kommerzialisierten »flexiblen Raumes«: eine erzwungene räumliche Immobilität, ein Ausschluss von einem überreichlich vorhandenen Angebot, das vor allem über die Marktlogik reguliert wird. Das »Recht auf die Stadt« (Lefebvre 1968) wird so zu einem Privileg, das immer stärker von individueller Kaufkraft abhängt.

Die soziale und alltagsweltliche Zersplitterung wird zusätzlich durch das Patchwork der bestehenden politisch-territorialen Strukturen verstärkt. Die urbanen Grossregionen erstrecken sich mittlerweile über Hunderte von unabhängigen Gemeinden, überschreiten Kantons- oder Bundesländergrenzen und teilweise auch die Grenzen der Nationalstaaten. Damit ergeben sich die unterschiedlichsten Möglichkeiten für territoriale Ausschluss- und Monopolisierungsstrategien, die den sozialen Desintegrationsprozess noch weiter vorantreiben.

In diesen Entwicklungen manifestiert sich eine veränderte Dialektik der Produktion des Raumes, eine neue Phase der Urbanisierung. Es entsteht eine Raum-Zeit-Konfiguration, die bisherige Vorstellungen des Städtischen sprengt und die »strukturierte Kohärenz« (Harvey 1985a) der Metropolen selbst zersetzt.

Als Ausweg aus dieser Situation werden von verschiedenen Seiten neue Formen einer regionalen Kooperation gefordert. Die Absichten und Ziele solcher Forderungen sind jedoch keineswegs einheitlich. Die Schaffung von regionalen Instanzen und Steuerungsinstrumenten werden nicht nur als Lösungsansätze für Probleme propagiert, die durch desintegrative Tendenzen oder die politisch-territoriale Zersplitterung und die damit verbundenen Planungsdefizite entstanden sind, sondern sie sollen auch bestehende Demokratie- und Legitimationsdefizite beheben, die Blockierungen der nationalen Regulation aufweichen und die regionale Eigendynamik beflügeln.

Im Kern handelt es sich beim neuen regionalistischen Diskurs um eine konzeptive Ideologie des Städtischen, der den in den achtziger Jahren dominanten Diskurs der »Urbanität« überlagert und eine Verschiebung der urbanen Krise anzeigt: Stand bislang die Aufwertung der metropolitenen Zentren im Vordergrund, so wird diese ideologische Konjunktur in den neunziger Jahren durch Raumkonzepte modifiziert, die eine Neuformierung der zersplitterten Grossregionen anstreben. Dabei geht es auch um Optionen, das Territorium als strategische Ressource einzusetzen und neue Hierarchien und soziale Kooperationsformen zu etablieren (Moroni 1994).

Dies zeigt sich beispielhaft bei dem seit längerem diskutierten »Europa der Regionen«: Obwohl ursprünglich auch als Kampfansage an ein »Europa der Konzerne« und als demokratisches Gegenmodell zu den zentralistischen eurokratischen Tendenzen lanciert, wird diese Forderung heute zunehmend zu einer partikularistischen Strategie der Wohlstandssicherung und einer neuen (regionalen) Variante der Geopolitik umgemünzt: Durch die Konzeption von regionalen Entwicklungsmodellen, eine effizientere strategische Planung und eine gezielte Infrastrukturpolitik sollen die »endogenen Potentiale« besser ausgeschöpft werden. Im Kontext des verschärften globalen Wettbewerbs zwischen den Regionen wird so versucht, die notwendige Verbesserung der interkommunalen Kooperation mit einem technokratischen Zentralismus zu verkoppeln und kleinräumige Entscheidungsstrukturen auszuhebeln.

Diese neue Version des regionalistischen Diskurses unterscheidet sich in verschiedenen Punkten von den regionalen Bewegungen der siebziger Jahre, die – vor allem in Frankreich und Spanien – auch eine Kritik an den hierarchischen Beziehungsmustern zwischen Zentrum und Peripherie artikulierten. Ähnlich wie der Widerstand der neuen sozialen Bewegungen in den Metropolen gegen einen »autoritären Eatismus« (Poulantzas 1978), basierte die Abwehr gegen eine »funktionalisierende Modernisierungspolitik« (Ipsen 1994) auf Vorstellungen, die

in der Regel nicht nur eine Dezentralisierung staatlicher Macht, sondern auch eine Demokratisierung der Gesellschaft anstreben. Seit den achtziger Jahren ist den verschiedenen Bewegungen, die auf Partikularität und Regionalität/Lokalität insistieren, jedoch zunehmend das »Moment politischer Verallgemeinerung« (Poulantzas 1979) abhanden gekommen. Im Wechselspiel von »regionaler Selbstabgrenzung und Niedergang des Solidargedankens« (Moroni 1994) beginnt sich ein Typus von »dezentralisierter Hierarchie« (Lipietz 1991c) zu etablieren, der sich durch gesteigerte Ausschlussprozesse auszeichnet und die Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Regionen verstärkt. Zugleich transformiert sich der Widerstand gegen den (bürokratischen) Zentralstaat zu einer rechtspopulistischen Bewegung, die partikularistische Forderungen einzelner sozialer Gruppen durch die Schaffung neuer Ungleichheiten zufriedenstellen will.

In dieser Entwicklung zeigt sich die Ambivalenz von gesellschaftlichen Strategien, die sich auf räumliche Kategorien abstützen. Denn wie alle raumbezogenen Identitätspolitikern operieren auch regionalistische Bestrebungen mit Grenzziehungen bzw. Ausschlüssen und unterstellen eine Homogenität von Überzeugungen und Verhaltensweisen in einem Raum (Ipsen 1994). In diesen Konstruktionen ist es nicht mehr das Soziale, das einen Raum oder ein Territorium konstituiert, sondern umgekehrt – »Räume« und »Territorien« werden zur Typisierung von gesellschaftlichen Einheiten verwendet: »So können Regionalismus und Nationalismus als Produkte einer besonderen Kombinatorik von Gesellschaft und Raum begriffen werden, in der sowohl die Homogenisierung der sozialen Welt, wie auch der sozial-weltliche Holismus eine zentrale Rolle spielen« (Werlen 1993: 40f).

Diesen regionalistischen Ansätzen stehen Vorschläge von regulationstheoretischer Seite gegenüber, die die soziale Frage ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen. So vermutet Alain Lipietz, dass die Probleme der repräsentativen, »formalen« Demokratie besser handhabbar sind, wenn deren geographische Ausdehnung weiter reduziert wird und Kompromisse, die nicht auf nationaler Ebene erzielt werden können, auf regionalem bzw. lokalem Niveau gesucht werden. Ausgangspunkte dieses neuen gesellschaftlichen Kompromisses wären die Prinzipien einer »kommunitären Demokratie« und einer »inter-territorialen Solidarität« (Lipietz 1991b, 1993). Somit präsentiert sich die Region hier als ein neues soziales Projekt, das auf der Verknüpfung von Initiative und Solidarität beruht und das Lokale »als Ort der demokratischen Regulation« (Lipietz 1991c) privilegiert.

Folgt man dieser Argumentation, so stellt sich die Frage nach den Modalitäten und Perspektiven einer regionalen Regulation, insbesonde-

re aber nach der gesellschaftlichen Basis, auf der ein solcher Kompromiss aufbauen könnte. Angesichts der gegenwärtigen Konstellation sind die Kräfte, die ein demokratisches regionales Projekt tragen könnten, jedenfalls nicht in Sicht. Der regionale Diskurs wird fast vollständig von Territorialstrategien dominiert, die entweder auf die interregionale oder auf die intraregionale Konkurrenz ausgerichtet sind.

Grundsätzlich ist Lipietz jedoch zuzustimmen, dass in der gegenwärtigen Situation unterschiedliche Entwicklungspfade offenstehen: Auch wenn die Krise des Fordismus in einen »liberalen Produktivismus« zu münden scheint, bleiben Alternativen, die auf Solidarität und den Abbau der Hierarchien setzen und die Reichweite der Demokratie auf die Arbeitsorganisation ausweiten, möglich (Lipietz 1991c). Die Etablierung eines Entwicklungsmodells ist immer Resultat eines sozialen Prozesses, der auf konkreten Auseinandersetzungen beruht. Ein kritischer Regionaldiskurs steht deshalb vor der Aufgabe, die hegemonialen Ideologien der Region anzugreifen und sich gegen die Spaltung der Gesellschaft in Privilegierte und Ausgeschlossene zu wenden. Ein zentraler Ausgangspunkt jeder gesellschaftlichen Veränderung sind die konkreten Alltagspraktiken und damit die Frage der Bestimmung über die Konfiguration von Raum und Zeit, über die Produktion des Raumes und die Produktion der Geschichte als alltägliche Prozesse.

Bibliographie

ABC (1925): Nr. 5

Aglietta, Michel (1976): Régulation et crises du capitalisme: l'expérience des Etats-Unis. Calmann-Lévy, Paris. Englische Übersetzung (1979): A theory of Capitalist Regulation. New Left Books, London.

Altherr, Christoph / Stemmler, Dieter (1980): Die Schliessung eines Lokals wegen Drogenhandel bedeutet immer auch: Verlust eines Treffpunkts. In: Tages-Anzeiger-Magazin 43, 25.9.1980, S.31-37.

Althusser, Louis (1973): Marxismus und Ideologie. VSA, Hamburg.

Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. VSA, Hamburg.

Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Amin, Ash / Thrift, Nigel (1992): Neo-Marshallian Nodes in Global Networks. In: International Journal of Urban and Regional Research 16/4, S.571-87.

Amt für Statistik, Wahlen und Städtewesen (1993): Frankfurter statistische Berichte 2, Frankfurt/M.

Amt für Statistik, Wahlen und Städtewesen (1994): Frankfurter statistische Berichte 1, Frankfurt/M.

Andernacht, Dietrich / Kuhn, Gerd (1986): Frankfurter Fordismus. In: Höpfner / Fischer 1986, S.42-62.

Andreff, Vladimir (1984): The International Centralization of Capital and the Re-ordering of World Capitalism. In: Capital and Class 22, S.58-80.

Angotti, Thomas (1993): Metropolis 2000 – Planning, Poverty and Politics. Routledge, London/New York.

Aoki, Masahiho (1990): A New Paradigm of Work Organisation and Co-ordination – Lessons from the Japanese Experience. In: Marglin / Schor 1990, S.267-93.

Arbeitsausschuss von Kanton und Stadt Zürich (1968): Planung Sihlraum – vier Varianten über die gemeinschaftliche Städtebau- und Verkehrsplanung im Sihlraum. Zürich.

Arbeitsausschuss von Kanton und Stadt Zürich (1969): Planung Sihlraum – vier Varianten über die gemeinschaftliche Städtebau- und Verkehrsplanung im Sihlraum. Kurzfassung. Zürich.

Arbeitsgruppe des ORL-Institutes (1991): Raumplanung für ein Europa der Regionen. In: DISP 104, ORL-Institut, ETH Zürich, S.3-9.

arch+ (1991): Der Sprawl: Die Auflösung der Stadt in der Region. Themenheft, arch+ 109/110, S.40-113.

Arndt, Rudi (1972): Mittelpunkt jeder Politik ist der Mensch. Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main.

Arndt, Rudi (1974): Zur kommunalpolitischen Situation der Stadt. Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main.

Autorenkollektiv (1972) an der Architekturabteilung der ETH Zürich: »Göhnerswil« – Wohnungsbau im Kapitalismus. Verlagsgenossenschaft, Zürich.

Autorenkollektiv (1976): Krise: Zufall oder Folge des Kapitalismus? Die Schweiz und die aktuelle Wirtschaftskrise. Limmat Verlag, Zürich.

Balibar, Étienne (1990): Vom Klassenkampf zum Kampf ohne Klassen? In: I. Wallerstein / E. Balibar, Rasse Klasse Nation. Argument, Hamburg, S.190-226.

Balibar, Étienne (1993): Die Grenzen der Demokratie. Argument, Hamburg.

Balzer, Frolinde (1991): Frankfurt am Main in der Nachkriegszeit und bis 1989. In: Frank-

furter Historische Kommission 1991, S.521-578.

Banham, Reynier (1974): Los Angeles: The Architecture of Four Ecologies. Pelican, Harmondsworth, GB.

Barbrook, Richard (1990): Mistranslations – Lipietz in London and Paris. In: Science as Culture 8, S.80-117.

Barnet, R.J. / Müller, R.E. (1974): Global Reach: The Power of Multinational Corporations. Simon and Schuster, New York.

Bartelheimer, Peter (1995): Rot-GRÜN in Frankfurt: Versuch einer Lagebestimmung. In: Prigge 1995.

Bartelheimer, Peter / von Freyberg, Thomas / Koch, Karl / Petersen, Karsten H. (Hg.) (1994): Armut am Main. Vorarbeiten zu einer Frankfurter Armutsberichterstattung. Verlag 2000 GmbH, Offenbach/Main.

Bärtschi, H.-P. (1983): Industrialisierung, Eisenbahnschlachten und Städtebau – Die Entwicklung des Zürcher Industrie- und Arbeiterstadteils Aussersihl. Birkhäuser, Basel.

Bassand, Michel (1987): Switzerland: A Discontinuous and Polycephalous Metropolis. In: E. Galanty (Hg.), The Metropolis in Transition. Paragon House, New York, S.173-183.

Bassand, Michel / Joye, Dominique / Schuler, Martin (Red.) (1988): Les Enjeux de l'Urbanisation – Agglomerationsprobleme in der Schweiz. ROREP, Peter Lang, Bern.

Baumt I der Stadt Zürich (1970): Strassenplanung – Alternativen und Realisierungsphasen. Zürich.

Bauer, Helfried / Brandl, Tilman / Hutter, Matthias (1990): Aufgaben und Organisation zeitgemässer städtischer Wirtschaftsförderung. Institut für Kommunalwissenschaft und Umweltschutz, Linz.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp, Frankfurt/M.

Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Suhrkamp, Frankfurt/M.

Benko, Georges / Dunford, Mick (Hg.) (1991): Industrial Change and Regional Development: The Transformation of New Industrial Spaces. Belhaven Press, London/New York.

Benko, Georges / Lipietz, Alain (Hg.) (1992): Les régions qui gagnent. Districts et réseaux: les nouveaux paradigmes de la géographie économique. Pr. Univ. de France, Paris.

Berger, John (1972): Ways of Seeing. Penguin, London.

Berger, John (1991): Flieder und Flagge. Hanser, München.

Bianchi, Paolo (1991): Kulturenkonflikt, Cross Culture und Neue Ethnizität. In: Kunstforum 113, S.124-143.

Bienefeld, Manfred (1992): Financial Deregulation: Disarming the Nation-State. In: Studies in Political Economy 37, S.31-58.

Bienefeld, Manfred (1994): Is a Strong National Economy a Utopian Goal at the End of the Twentieth Century? Paper am Workshop »Global Markets: Do Nation-States have a Future?«, 7.-9.1.1994, York University, Toronto.

Blanc, Jean-Daniel (1993): Die Stadt – ein Verkehrshindernis? Leitbilder städtischer Verkehrsplanung und Verkehrspolitik in Zürich 1945-1975. Chronos, Zürich.

Blanc, Jean-Daniel / Ganz, Martin (1985): Die City-Vereinigung (1967 – 84). Seminararbeit am Historischen Seminar der Universität Zürich.

Blanc, Jean-Daniel / Ganz, Martin (1986): Die City-Macher. In: Ginsburg et al. 1986, S.86-93.

Blanke, B. / Evers, A. / Wollmann, H. (Hg.) (1986): Die Zweite Stadt – Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik. Leviathan Sonderheft. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Blanke, Bernhard / Heinelt, Hubert / Macke, Carl-Wilhelm (1987): Grosstadt und Arbeitslosigkeit: ein Problemsyndrom im Netz lokaler Sozialpolitik. Westdeutscher Verl., Opladen.

- Bloch, Robin / Keil, Roger (1991):** Planning for a Fragrant Future: Air Pollution Control, Restructuring and Popular Alternatives. In: *Capitalism, Nature, Socialism* 2.1/6, S.44-65.
- Blum, Martin / Hofer, Andreas / P.M. (1993):** Kraftwerk 1 – Projekt für das Sulzer-Escher Wyss Areal. Eigenverlag, Zürich.
- Bolle, Michael / Grottian, Peter (Hg.) (1983):** Arbeit schaffen – jetzt! Rowohlt, Reinbek.
- Bond, Patrick (1990):** The New US Class Struggle: Financial Industry Power vs. Grass-roots Populism. In: *Capital and Class* 40, S.150-81.
- Bonder, Michael / Röttger Bernd / Ziebur Gilbert (1993):** Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. In: *Prokla* 91, S.327-341.
- Boot, Pieter A. / Veraart, Maarten (1987):** The Dutch Labour Market. In: *Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie* 78, S.399-403.
- Bopp, Matthias (1991):** Die Versorgungslage der Bevölkerung in der Agglomeration Zürich unter besonderer Berücksichtigung des Lebensmittel-Detailhandels. Geoprocessing Reihe 16, Geographisches Institut, Universität Zürich.
- Borner, Silvio / Wehrle Felix (1984):** Die Sechste Schweiz – Überleben auf dem Weltmarkt. Orell Füssli, Zürich.
- Borris, Maria (1973):** Ausländische Arbeiter in einer Grossstadt. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M.
- Borst, Renate et al. (Hg.) (1990):** Das neue Gesicht der Städte – Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Birkhäuser, Basel.
- Bott, Odina (1988):** Das Frankfurter Westend: Bericht über einen bekannten Stadtteil aus der Beobachtung Betroffener. Eigenverlag, Frankfurt/M.
- Boyer, Robert (1986a):** La théorie de la régulation: Une analyse critique. La Découverte, Paris.
- Boyer, Robert (Hg.) (1986b):** La flexibilité du travail en Europe. La Découverte, Paris. Englische Übersetzung (1988): *The Search for Labour Market Flexibility – The European Economies in Transition*. Clarendon Press, Oxford.
- Boyer, Robert (1992):** Neue Richtungen von Managementpraktiken und Arbeitsorganisation. Allgemeine Prinzipien und nationale Entwicklungspfade. In: A. Demirovic / H.-P. Krebs / T. Sablowski (Hg.), *Hegemonie und Staat*. Westfälisches Dampfboot, Münster, S.55-103.
- Boyer, Robert / Mistral, J. (1983):** Accumulation, inflation, crises. Erweiterte Neuauflage, Presses Universitaires de France, Paris.
- Brake, Klaus (1919):** Dienstleistungen und räumliche Entwicklung Frankfurt: Strukturveränderungen in Stadt und Region. Stadt- und Regionalplanung, Univ. Oldenburg.
- Brake, Klaus (1992):** Das neueste Frankfurt: Hochhäuser in der City, Sekundärcities in der Peripherie. In: *Helms* 1992, S.217-232.
- Brauerhoch, Frank-Olaf (Hg.) (1991):** Frankfurt am Main – Stadt, Soziologie und Kultur. Vervuert, Frankfurt/M.
- Brouwer, H. J. (1989):** The Spatial Restructuring of the Amsterdam Office Market. In: *Neth. J. of Housing and Environmental Res.* 4.
- Brown, C. / Reich, M. (1987):** When Does Union-Management Co-operation Work? A Look at Nummi and GM-Van Nuys. In: *California Management Review* 31/4.
- Brück, W. (1986):** Eine intelligente Stadt. CDU-Stadtverordnetenfraktion, Frankfurt/M.
- Brugger, Ernst A. (1985):** Regionalwirtschaftliche Entwicklung: Strukturen, Akteure und Prozesse. Publikationen des Schweizerischen Nationalfonds, Band 34.4, Paul Haupt, Bern.
- Brugger, Ernst A. / Häberling, George (1978):** Abbau regionaler Ungleichgewichte – Föderalistischer Ausgleich durch Raumordnungspolitik: Ansprüche und konkrete Möglichkeiten im Kanton Zürich. 3 Bände, Dissertation, Universität Zürich.

- Brugger, Ernst A. / Kärcher, Thomas (1992):** Weltstädte Schweizer Städte. Die Funktion schweizerischer Grossstädte im weltwirtschaftlichen Kontext. Bericht 5 des NFP »Stadt und Verkehr«, Zürich.
- Buck, Nick / Drennan, Matthew / Newton, Kenneth (1992):** Dynamics of the Metropolitan Economy». In: Fainstein / Gordon / Harloe 1992, S.68-104.
- Buhmann, Brigitte / Enderle, Georges / Jäggi, Christian / Mächler, Thomas (1989):** Armut in der reichen Schweiz – Eine verdrängte Wirklichkeit. Orell Füssli, Zürich.
- Büller, Vera (1991):** Schweizerische Business-Bahnen. In: Hochparterre 91/3, S.24-34.
- Bullmann, Udo / Gitschmann, Peter (Hg.) (1985):** Kommune als Gegenmacht – Alternative Politik in Städten und Gemeinden. VSA, Hamburg.
- Bundesamt für Statistik (1993a):** Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1993. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich.
- Bundesamt für Statistik (1993b):** Erwerbstätigenstatistik. Mimeo, Bern.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.) (1991):** Raumordnerische Aspekte des EG-Binnenmarktes. Bonn.
- Carol, Hans / Werner, Max (1949):** Städte – wie wir sie wünschen. Ein Vorschlag zur Gestaltung schweizerischer Grossstadt-Gebiete, dargestellt am Beispiel von Stadt und Kanton Zürich. Zürich.
- Castells, Manuel (1975):** Kampf in den Städten – Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht. Original: Luttes urbaines, 1972. VSA, Berlin.
- Castells, Manuel (1977):** Die kapitalistische Stadt – Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. Original: La question urbaine, 1973. VSA, Hamburg.
- Castells, Manuel (1983):** The City and the Grassroots: A Cross- Cultural Theory of Urban Social Movements. University of California Press, Berkeley.
- Castells, Manuel (1989):** The Informational City – Information Technology and the Urban-Regional Process. Basil Blackwell, New York.
- Castells, Manuel (1994):** Space of Flows – Raum der Ströme: Eine Theorie des Raumes in der Informationsgesellschaft. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.120-134.
- Castells, Manuel / Cherki, Eddy / Godard, Francis / Mehl, Dominique (1978):** Crise du logement et mouvements sociaux urbains – Enquête sur la région parisienne. La recherche urbaine 14, Mouton, Paris.
- Chase-Dunn, Christopher K. (1985):** The System of World Cities, A.D. 800 – 1975. In: M. Timberlake (Hg.), Urbanization in the World-Economy. Academic Press, New York, S.269-292.
- Cochrane, Allen (1992):** Das veränderte Gesicht städtischer Politik in Sheffield: vom »municipal laborism« zur »public private partnership«. In: Heinelt / Mayer 1992a, S.119-136.
- Cohen, Robert B. (1981):** The New International Division of Labor, Multinational Corporations and Urban Hierarchy. In: M.Dear / A.Scott (Hg.), Urbanization and Urban Planning in Capitalist Society. Methuen, New York, S.287-315.
- Cooke, Phil (Hg.) (1986):** Global Restructuring, Local Response. ESRC, London.
- Corboz, André (1988):** Stadt der Planer – Stadt der Architekten. Verlag der Fachvereine, Zürich.
- Corboz, André (1992):** Die »Grossstadt« Schweiz oder Zur Notwendigkeit und von den Abhängigkeiten der Stadtplanung. In: Helms 1992, S.153-171.
- Coriat, Benjamin (1979):** L'atelier et le chronomètre. Christian Bourgois, Paris.
- Coriat, Benjamin (1990):** L'atelier et le robot. Christian Bourgois, Paris.
- Cosinschi, Micheline / Cunha, Antonio (1988):** L'armature urbaine. In: Bassand / Joye / Schuler 1988, S.69-90.
- Coulmas, Peter (1990):** Weltbürger – Geschichte einer Menschheitssehnsucht. Rowohlt,

Reinbek bei Hamburg.

Cox, Robert (1987): Production, Power, and World Order: Social Forces in the Making of History. Columbia University Press, New York.

Crespo, Giorgio / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1993): Stadt- und Transportoptimierungs-Studie (STOS) – Zur Reduktion des entmischungsbedingten Verkehrs. Bericht der Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS), im Auftrag der Stadt Zürich.

Cunha, Antonio (1994): L'avenir de la Suisse urbaine: changement technologique, métropoles informationnelles et développement territorial. In: *Geographica Helv.* 49/2, S.53-62.

Cunha, Antonio / Bridel, Laurent (1986): Les disparités régionales des activités tertiaires – nouvel enjeu de la politique régionale. In: *Geographica Helvetica* 41/4, S.168-178.

Cunha, Antonio / Csillaghy, Joseph (1992): La métropole absente? IREC, Rapport de recherche 107, Lausanne.

Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Offenbach, Wiesbaden und Umlandverband Frankfurt (1991): Rhein-Main-Erklärung. Eigenverlag.

DATAR (1989): Les villes Européennes. La Documentation Française, Paris, Mai 1989.

Davis, Mike (1990): City of Quartz – Excavating the Future in Los Angeles. Verso, London.

Dear, Michael J. / Wolch, Jennifer R. (1991): Wie das Territorium gesellschaftliche Zusammenhänge strukturiert. In: Wentz 1991b, S.233-247.

Degen, Bernhard (1987): Der Arbeitsfrieden zwischen Mythos und Realität. In: *Widerspruch* 1987, S.11-30.

Demirovic, Alex (1987): Nicos Poulantzas – Eine kritische Auseinandersetzung. Argument-Verlag, Hamburg.

Demirovic, Alex (1992): Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus – Das Objekt »Rassismus« in Ideologiekritik und Ideologietheorie. In: Redaktion diskus (Hg.), *Die freundliche Zivilgesellschaft*. Edition ID-Archiv, Berlin.

de Smidt, Marc (1987): In Pursuit of Deconcentration: The Evolution of the Dutch Urban System from an Organizational Perspective. *Geografiska Annaler* 69B, S.133-143.

Drummer, Heike (1994): Stadt des deutschen Handwerks. In: L.Gall (Hg.), *FFM 1200: Traditionen und Perspektiven einer Stadt*. Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen, S.315-340.

Dunford, Mick / Benko, Georges (1991): Neo-Fordism or Post Fordism? Some Conclusions and Further Remarks. In: Benko / Dunford 1991.

DuPasquier J.-N. / Marco D. (1991): Régulations Fordiste et Post-Fordiste en Suisse depuis 1937 – Matériaux pour une approche. *Unité pour l'étude de la régulation*, Genève.

Dürrenberger, Gregor et al. (1992): Das Dilemma der modernen Stadt. Theoretische Überlegungen zur Stadtentwicklung – dargestellt am Beispiel Zürichs. Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg.

Durth, Werner (1988): Frankfurt. In: W.Durth / N.Gutschow, *Träume in Trümmern*. Vieweg, Braunschweig/Wiesbaden, S.465-540.

DW Dreysse (1994): May-Siedlungen – Architekturführer durch acht Siedlungen des Neuen Frankfurt 1926-1930. 2., aktualisierte Auflage. Verlag der Buchhandlung Walther König, Frankfurt/M.

Eisner, Manuel (1992): Mobilitätsstruktur in der Schweiz – eine soziologisch-historische Perspektive. In: *DISP* 110, ORL Institut, ETH Zürich, S.11-17.

Eisner, Manuel (1994): Drogenpolitik und Strassenkriminalität. In: *Traverse* 1, S.80-92.

Ellwein, Thomas et al. (Hg.) (1987): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd.1. Nomos, Baden-Baden.

Entwicklungsplanung Glattal (1991): Glattal wohin? Bericht 2: Massnahmen. Erstellt im Auftrage der vier Glattalgemeinden Dübendorf, Wallisellen, Opfikon, Kloten sowie des Zürcher Verkehrsverbundes. Zürich.

- Entwicklungskoordination Stadt Zürich (1973a):** Band 2 – Vorschläge für ein Entwicklungsprogramm der Stadt Zürich. Erarbeitet von Harald Jürgensen. Zürich.
- Entwicklungskoordination Stadt Zürich (1973b):** Band 4 – Möglichkeiten einer Stabilisierung der Zürcher Stadtentwicklung. Erarbeitet von H. Jürgensen und P. Iblher. Zürich.
- Ernst, Dieter (1987):** Techno-Economic Restructuring, Socio Political Processes and Spatial Transformation: A Global Perspective. In: Henderson / Castells 1987, S.38-59.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim (1984):** Der CDU-Staat: ein politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus. In: Prokla 56, S.51-66.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim (1987):** Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie – von der Fordismuskrise zur »postfordistischen« Regional- und Stadtstruktur. In: Prigge 1987b, S.31-58.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim (1989):** The Crisis of Fordism and the Dimensions of a »Post-Fordist« Regional and Urban Structure. In: International Journal of Urban and Regional Research 13/3, S.417-437.
- Evers, Adalbert (1991):** Pluralismus, Fragmentierung und Vermittlungsfähigkeit – Zur Aktualität intermediärer Aufgaben und Instanzen im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik. In: Heinelt / Wollmann 1991, S.221-240.
- Evers, Adalbert / Wintersberger, Helmut (Hg.) (1988):** Shifts in the Welfare Mix – Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies. Eurosocal, Wien.
- Expertenkommission für Regionalplanungsfragen (1960):** Regionalplanung im Kanton Zürich. Die Regionalplanung im Kanton Zürich II/4. Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich.
- Fainstein, Susan S. / Harloe, Michael (1992):** Introduction: London and New York in the contemporary world. In: Fainstein / Gordon / Harloe 1992, S.1-28.
- Fainstein, Susan S. / Gordon, Ian / Harloe, Michael (Hg.) (1992):** Divided Cities: New York and London in the Contemporary World. Basil Blackwell, Oxford UK/Cambridge USA.
- Fassbinder, Rainer Werner (1984):** Die bitteren Tränen der Petra von Kant / Der Müll, die Stadt und der Tod. Verlag der Autoren, Frankfurt/M.
- Feagin, Joe / Smith, Michael Peter (1987):** Cities and the New International Division of Labour: an Overview. In: M.P.Smith / J.Feagin, The Capitalist City. Basil Blackwell, Oxford.
- Fehr, Marianne / Keller, Stefan / Morgenthaler, Jan (Hg.) (1991):** Leben, Lieben, Leiden im Büro. WochenZeitung im Rotpunktverlag, Zürich.
- Fishman, Robert (1987):** Bourgeois Utopias: The Rise and Fall of Suburbia. Basic Books, New York.
- Fishman, Robert (1991):** Die befreite Megalopolis: Amerikas neue Stadt. In: arch+ 109/110, S.73-83.
- Foster, John (1988):** The Fetish of Fordism. In: Monthly Review 39/10, März, S.14-33.
- Foster, John / Woolfson, Charles (1989):** Corporate Reconstruction and Business Unionism: The Lessons of Caterpillar and Ford. In: New Left Review 174, S.51-66.
- Frankfurter Historische Kommission (Hg.) (1991):** Frankfurt am Main: Die Geschichte der Stadt in neuen Beiträgen. Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen.
- Frauenlobby Städtebau (1993):** Frau-Stadt-Angst-Raum. Eigenverlag, Zürich.
- Friedman, A. (1977):** Industry and Labour. MacMillan, London.
- Friedmann, John (1966):** Regional Development Policy: A Case Study of Venezuela. MIT Press, Cambridge, MA.
- Friedmann, John (1973):** The Future of the Urban Habitat. In: S. P. Snow (Hg.), The Place of Planning. Auburn University Printing Service, Auburn, Alabama.
- Friedmann, John (1986):** The World City Hypothesis. In: Development and Change 17/1, Jan., S.69-84.

- Friedmann, John (1988):** Environmentalism, Civil Society and Planning. Paper am 2. internationalen Kongress der Association of European Schools of Planning (AESOP), 11.11.1988, Dortmund.
- Friedmann, John (1992):** Empowerment: The Politics of Alternative Development. Basil Blackwell, Boston.
- Friedmann, John / Wolff, Goetz (1982):** World City Formation: An Agenda for Research and Action. In: International Journal of Urban and Regional Research 6/3, Sept., S.309-344.
- Fritzsche, B. (1986):** Der Verkehr plant unsere Städte. In: Ginsburg et al. 1986, S.73-81.
- Fröbel, Folker / Heinrichs, Jürgen / Kreye, Otto (1977):** Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. rororo aktuell, Reinbeck bei Hamburg.
- Garreau, Joel (1991):** Edge City – Life on the New Frontier. Doubleday, New York.
- Geser, Hans / Ladner, Andreas / Scholler, Roland / Ballmer Cao, Thanh-Huyen (1994):** Die Schweizer Lokalparteien. Scismo, Zürich.
- Giedion, Sigfried (1976):** Raum, Zeit, Architektur. Original 1941. Artemis, Zürich.
- Ginsburg, Theo / Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (Hg.) (1986):** Zürich ohne Grenzen. Pendo, Zürich.
- Glyn, Andrew / Hughes, Alan / Lipietz, Alain / Singh, Ajit (1990):** The Rise and Fall of the Golden Age. In: Marglin / Schor 1990, S.39-125.
- Gottdiener, Marc (1987):** The Decline of Urban Politics – Political Theory and the Crisis of the Local State. Sage, Newbury Park.
- Gottschalck, Claudia (1994):** Gallus – Frankfurts »Dritte Welt«. In: Bauwelt 1/2, S.54-57.
- Grimm, Sabine / Ronneberger, Klaus (1993):** Soziale Krise und Rassismus. Zum Wahlerfolg der Rechtsextremen in Frankfurt. In: Kommune 5, S.30-33.
- Grimm, Sabine / Ronneberger, Klaus (1994):** Weltstadt und Nationalstaat. Frankfurter Dienstleistungsangestellte äussern sich zur multikulturellen Gesellschaft. In: Institut für Sozialforschung (Hg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Campus, Frankfurt/M.
- Grimm, Sabine / Ronneberger, Klaus (1995):** Städtischer Raum, Rassismus und Repräsentation. In: Prigge 1995.
- Habermas, Jürgen (1985):** Die Neue Unübersichtlichkeit. Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Hall, Stuart (1991):** The Local and the Global: Globalization and Ethnicity. In: King 1991, S.41-68.
- Hartel, Reiner (1994):** Es ging voran. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.240-248.
- Hartmann, Detlef (1991):** Geld und Gewalt. In: FabrikZeitung 69, Jan./Febr., S.12-14.
- Hartmann, Roger (1989):** Die Entwicklung Zürichs: Die Verstädterung von 1893 – 1945. Zur Kritik der Stadtentwicklung – Zürich im Zentrum, Teil IV. Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Zürich.
- Hartmann, Roger / Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1986a):** Theorien zur Stadtentwicklung. Geographische Hochschulmanuskripte (GHM) 12, Oldenburg.
- Hartmann, Roger / Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1986b):** Die urbane Revolution – Thesen zur Stadtentwicklung Zürichs. In: Ginsburg et al. 1986, S.150-161.
- Harvey, David (1982):** The Limits to Capital. Basil Blackwell, Oxford.
- Harvey, David (1985a):** The Urbanization of Capital. J. Hopkins Univ. Press, Baltimore, Md.
- Harvey, David (1985b):** Die Entwicklung der städtischen baulichen Umwelt im Kapitalismus: theoretisches Rüstzeug für eine Analyse. In: J.Krämer / R.Neef (Hg.), Krise und Konflikte in der Grossstadt im entwickelten Kapitalismus – Texte zu einer »New Urban Sociology«. Birkhäuser, Basel / Geographische Hochschulmanuskripte (GHM) 11, Oldenburg.

- Harvey, David (1987):** Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflektionen über »Postmodernismus« in amerikanischen Städten. In: Prokla 69, S.109-131 / Borst et al. 1990, S.39-61.
- Harvey, David (1989a):** The Condition of Postmodernity. Basil Blackwell, Oxford.
- Harvey, David (1989b):** The Urban Experience. J. Hopkins Univ. Press, Baltimore, Md.
- Harvey, David (1993):** Class Relations, Social Justice, and the Politics of Difference. In: M. Keith / S. Pile (Hg.), Place and the Politics of Identity. Routledge, London, S.41-66.
- Harvey, David / Scott, Allen J. (1991):** The Practice of Human Geography: Theory and Empirical Specificity in the Transition from Fordism to Flexible Accumulation. In: W. Macmillan (Hg.), Remodelling Geography. Basil Blackwell, Oxford, S.217-229.
- Hausmann, Bernd (1994):** Eine Analyse und zwei unterschiedliche Wege aus der Frankfurter Finanzkrise. In: Bartelheimer et al. 1994, S. 66-83.
- Häussermann, Hartmut (1991):** Lokale Politik und Zentralstaat Ist auf kommunaler Ebene eine »alternative« Politik möglich? In: Heinelt / Wollmann 1991, S.52-91.
- Häussermann, Hartmut / Siebel, Walter (1987):** Neue Urbanität. Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Haverkamp, Hans-Erhard (1985):** Fernsicht auf Frankfurt – Entwicklungslinien der Mainmetropole bis zur Jahrhundertwende. Sonderdruck zum Geschäftsbericht der Frankfurter Aufbau AG, Frankfurt/M.
- Hechler, Rudi (1981):** Das Problem der Air-Base und des Flughafens Frankfurt am Main. In: Bürger-Initiative gegen die Flughafenerweiterung (Hg.), Keine Startbahn West. Verlag 2000, Offenbach, S.55-58.
- Hegner, Friedhart (1986):** Handlungsfelder und Instrumente kommunaler Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. In: Blanke / Evers / Wollmann 1986, S.119-153.
- Heinelt, Hubert / Mayer, Margit (Hg.) (1992a):** Politik in europäischen Städten: Fallstudien zur Bedeutung lokaler Politik. Birkhäuser, Basel.
- Heinelt, Hubert / Mayer, Margit (1992b):** Europäische Städte im Umbruch – zur Bedeutung lokaler Politik. In: Heinelt / Mayer 1992a, S.7-28.
- Heinelt, Hubert / Wollmann, Helmut (Hg.) (1991):** Brennpunkt Stadt – Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Birkhäuser, Basel.
- Helms, Hans G. (Hg.) (1992):** Die Stadt als Gabentisch: Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung. Reclam, Leipzig.
- Henderson, Jeffrey (1989):** The Globalisation of High Technology Production: Society, Space and Semiconductors in the Restructuring of the Modern World. Routledge, London.
- Henderson, Jeffrey / Castells, Manuel (Hg.) (1987):** Global Restructuring and Territorial Development. Sage, London.
- Hennig, E. (1991):** Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Heskin, Allan David (1991):** The Struggle for Community. Westview Press, Bolder, Col.
- Hesse, Jens Joachim (1987):** Aufgaben einer Staatslehre heute. In: Ellwein et al. 1987.
- Hesse, Jens Joachim (1988):** Die Erneuerung alter Industrieregionen – Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich. Nomos, Baden Baden.
- Hirata, H. (1990):** Travailleurs au Japon. In: Review 37.
- Hirsch, Joachim (1986):** Der Sicherheitsstaat. Das »Modell Deutschland«, seine Krisen und die »neuen sozialen Bewegungen«. Verlag 2000, Frankfurt/M.
- Hirsch, Joachim (1993):** Internationale Regulation, Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: Das Argument 198, S.195-222.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986):** Das neue Gesicht des Kapitalismus – Vom Fordismus zum Post-Fordismus. VSA, Hamburg.
- Hirst, Paul / Zeitlin, Jonathan (1991):** Flexible Specialization versus Post-Fordism: Theory, Evidence and Policy Implications. In: Economy and Society 20/1, S.1-56.

- Hitz, Hansruedi (1989):** Die Entwicklung Zürichs: Die Verstädterung von 1848 – 1893. Zur Kritik der Stadtentwicklung – Zürich im Zentrum, Teil III. Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Zürich.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian (1988):** Der sehnsuchtsvolle Blick in die Weite der Agglomeration – Der City-Gürtel von Zürich-Nord. In: WochenZeitung 13, 30.3.1988, S.4/5.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian (1991):** Boom und Büronot in Zürich. In: Fehr / Keller / Morgenthaler 1991, S.100-104.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1986):** Aussersihl – zwischen Schlachtfeld und Spielwiese. In: Ginsburg et al. 1986, S.100-111.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1989a):** Zürcher Falken und Genfer Tauben – Wohnungsnot, Häuserbewegung und staatliche Politik: Zürich und Genf im Vergleich. In: Stadtentwicklung und Wohnungsnot, Beilage der WochenZeitung 51/52, 22.12.1989, S.32/33.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1989b):** Im Monorail durchs Business-Valley. In: Stadtentwicklung und Wohnungsnot, Beilage der WochenZeitung 51/52, 22.12.1989, S.36.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1992):** Zur Dialektik der Metropole: Headquarter Economy und urbane Bewegungen. In: Geogr. Zeitschrift 80/2, S.67-83.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1993):** Die fragmentierte Metropole – Neue Urbanisierungsprozesse in Zürich. In: DISP 112, ORL-Institut, ETH Zürich, S.26-31.
- Hitz, Hansruedi / Schmid, Christian / Wolff, Richard (1994):** Urbanization in Zurich: Headquarter Economy and City-Belt. In: Environment and Planning D: Society and Space 12, S.167-185.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (1991):** Stadt oder Siedlung. In: Arch+ 109/110, S.105-107.
- Holl, Steven (1991):** Edge of a City. Princeton Architectural Press, New York.
- Homuth, Karl (1989):** Von der Krise der Kultur zur Kultur der Krise. Oder: Der Mythos von der Kreuzberger Freibeuterkultur. Ästhetik und Kommunikation 70/71, S.57-70.
- Höpfinger, François (1980):** Das unheimliche Imperium – Wirtschaftsverflechtungen in der Schweiz. Dritte Auflage. Eco Verlag, Zürich.
- Höpfner, Rosemarie / Fischer, Volker (Hg.) (1986):** Ernst May und das Neue Frankfurt. Verlag für Architektur und technisches Wissen, Berlin.
- Hübner, Kurt (1988):** Flexibilisierung und die Verselbständigung des monetären Weltmarktes. In: Prokla 71, S.49-65.
- Iklé, Max (1970):** Die Schweiz als internationaler Bank- und Finanzplatz. Orell Füssli, Zürich.
- Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (1972):** Metropole Frankfurt am Main. Industrie- und Handelskammer, Frankfurt/M.
- Ipsen, Detlev (1987):** Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes. In: Prigge 1987b, S.139-153.
- Ipsen, Detlev (1994):** Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie. In: R.Lindner (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen. Campus, Frankfurt/New York, S.232-254.
- Itoh, M. (1990):** The Japanese Model of Post-Fordism. Paper an der UCLA Conference on Pathways to Industrialisation and Region Development in the 1990s, 14.-18.3.1990, Lake Arrowhead.
- Jädicke, Wolfgang et al. (1991):** Lokale Politik im Wohlfahrtsstaat – Zur Sozialpolitik der Gemeinden und ihrer Verbände in der Beschäftigungskrise. Westdeutscher Verl., Opladen.
- James, Henry (1875):** Transatlantic Sketches. J. R. Osgood and Company, Boston.

- Jenson, J. (1989):** The Talents of Women, the Skills of Men: Flexible Specialisation and Women. In: S.Wood (Hg.), The Transformation of Work. Hutchinson, London.
- Jessop, Bob (1993):** Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy. Studies in Political Economy 40, S.7-39.
- Jost, H.-U. (1987):** Identität und nationale Geschichte – Die Schweizergeschichte unter dem Einfluss der »Geistigen Landesverteidigung«. In: Widerspruch 13, Zürich, S.7-20.
- Kaiser, Ernst / Knorn, Michael (1992):** Die Adlerwerke und ihr KZ-Aussenlager. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7/3, S.11-42.
- Kammerer, B. (1986):** Planung – gestern und morgen. In: Ginsburg et al. 1986, S.55-63.
- Karpf, Ernst (1993):** »Und mache es denen hiernächst Ankommenden nicht so schwer...«. Kleine Geschichte der Zuwanderung nach Frankfurt. Campus, Frankfurt/M.
- Kato, T. / Steven, R. (1989):** Is Japanese Capitalism Post Fordist? Paper an der 8. New Zealand Asian Studies Conference, 17.-19.8.1989, Christchurch.
- Keil, Roger (1991):** HandlungsRäume / Raumhandeln. Postfordistische Perspektiven zwischen Raumbildern und Raumbildnern. In: Wentz 1991b, S.185-208.
- Keil, Roger (1992a):** Globale Regionen: Parameter der Verstädterung im Globalen Kapitalismus. In: J.Mayer (Hg.), Die Produktion von Stadt-Land-Schaft-Hannover im ökonomischen Kraftfeld der 90er Jahre. Loccumer Protokolle 14, Ev. Akad., Rehberg, S.79-105.
- Keil, Roger (1992b):** Die Produktion des Raumes: Auswege aus der Krise des Fordismus und Dispositiv für progressive Politik? Eine Entgegnung auf James O'Connor. In: Prokla 88, S.476-483.
- Keil, Roger (1993):** Weltstadt – Stadt der Welt: Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Keil, Roger (1995):** Globalität: Lokalität – Frankfurter Verhältnisse. In: G.Fuchs / B.Moltmann / W.Prigge (Hg.), Mythos Metropole. Suhrkamp, Frankfurt/M. (am Erscheinen).
- Keil, Roger / Kipfer, Stefan (1994):** Weltwirtschaft / Wirtschaftswelten. Globale Transformationen im lokalen Raum. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.83-93.
- Keil, Roger / Lieser, Peter (1989):** Rhein-Main: Die Wachstumsmaschine. Lokale Widersprüche der globalen Ökonomie. In: Kommune 3, S.22-27.
- Keil, Roger / Lieser, Peter (1992):** Frankfurt: Global City – Local Politics. In: Smith 1992, S.36-69.
- Keil, Roger / Ronneberger, Klaus (1991):** Macht und Räumlichkeit: Die Weltstadt geht auf's Dorf. In: Brauerhoch 1991, S.125-147.
- Keil, Roger / Ronneberger, Klaus (1994):** Going Up the Country: Internationalization and Urbanization on Frankfurt's Northern Fringe. In: Environment and Planning D: Society and Space 12, S.137-166.
- Kennedy, M. / Florida, R. (1988):** Beyond Mass Production: Production and the Labour Process in Japan. In: Politics and Society 16/1, März.
- Kern, Horst / Schumann, Michael (1984):** Das Ende der Arbeitsteilung? Beck, München.
- Kilb, Rainer (1994):** Zur veränderten Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt am Main. In: Bartelheimer et. al. 1994, S. 118-127.
- King, Anthony (1990):** Global Cities: Post-Imperialism and the Internationalization of London. Routledge, London.
- King, Anthony (Hg.) (1991):** Culture, Globalization and the World System: Contemporary Conditions for the Representation of Identity. Department of Art and Art History, State University of New York, Binghamton.
- Koch, Michael (1992):** Städtebau in der Schweiz 1800 – 1990: Entwicklungslinien, Einflüsse und Stationen. ORL-Bericht 81, ORL-Institut, ETH Zürich. Verlag der Fachvereine, Zürich / Teubner, Stuttgart.

- Koch, Michael / Somandin, Mathias / Süsstrunk, Christian (1990):** Kommunal und genossenschaftlicher Wohnungsbau 1907 – 1989. Herausgegeben von Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich.
- Koch-Arzberger, C. / Böhme, K. / Hohmann, E. / Schacht K. (Hg.) (1993):** Einwanderungsland Hessen? Daten, Fakten, Analysen. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Kölble, Christine (1993):** Eine Strasse wird begradigt, ein Quartier wird zweigeteilt. In: U. Jakob / D. Kurz (Hg.), Wipkingen: Lebensräume – Verkehrsräume. Geschichte eines Zürcher Stadtquartiers 1893-1993. Chronos, Zürich.
- Kommission des Gemeinderates (1975)** zur Vorberatung des Geschäftes »Entwicklungsprogramm der Stadt Zürich bis 1985«: Bericht III - Die Arbeit der Kommission und Anträge. Zürich.
- Königs, Tom (Hg.) (1991):** GrünGürtel Frankfurt. Vision Offener Grünräume. Campus, Frankfurt/M.
- Konzeptgruppe Städtebau (1992):** Raus aus dem Kreis 5 – Rein in den Kreis 5: Städtebauliche Entwicklung. In: Volksbühne 1, S.10f.
- Körner, Wilfried / Ronneberger, Klaus (1994):** Last Exit Sossenheim? In: Bauwelt 1/2, S.58-63.
- Kostof, Spiro (1992):** Das Gesicht der Stadt: Geschichte städtischer Vielfalt. NZZ, Zürich.
- Kramer, J. H. T. (1988):** The Airport of Schiphol: Economic and Spatial Impact. In: Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie 79, S.297-303.
- Krätke, Stefan (1991):** Strukturwandel der Städte: Städtesystem und Grundstückmarkt in der »postfordistischen« Ära. Campus, Frankfurt/M.
- Krauss-Pötz, Renate (1993):** Unternehmen Stadt. In: Kommune 7, S.26-31.
- Kreibich, Volker / Krella, Bernhard / von Petz, Ursula / Potz, Petra (Hg.) (1993):** Rom – Madrid – Athen. Die neue Rolle der städtischen Peripherie. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 62, IRPUD, Dortmund.
- Kremer, Philipp / Leibbrand, Kurt (1953):** General-Verkehrsplan für die Stadt Zürich. Gutachten, 3 Bände. Zürich.
- Krieger-Mytelka, Lynn (1991):** Strategic Partnerships: States, Firms and International Competition. Farleigh Dickinson University Press, Rutherford, Madison, Teaneck.
- Kriesi, Hanspeter (1980):** Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik. Campus, Frankfurt/M.
- Kriesi, Hanspeter (1984):** Die Zürcher Bewegung. Campus, Frankfurt/M.
- Kronawitter, Georg (Hg.) (1994):** Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister. Econ-Verlag, Düsseldorf.
- Krüger-Röth, Doris / Kania, Peter (1994):** Technologieprofil. In: M. Wentz (Hg.), Region. Die Zukunft des Städtischen, Frankfurter Beiträge Band 5. Campus, Frankfurt/M, S.121-127.
- Kunzmann, Klaus R. / Wegener, Michael (1991):** The Pattern of Urbanization in Western Europe 1960-1990. Bericht 28, Institut für Raumplanung, Universität Dortmund.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1985):** Hegemony and Socialist Strategy. Verso, London.
- Landolt, Patrik (1994):** Kultivierter Stillstand. In: Wochenzeitung, Zürcher Wahlen. WoZ Extra, Februar, S.8.
- Leborgne, Danièle / Lipietz, Alain (1990a):** Avoiding Two-Tiers Europe. In: Labour and Society 15/2, April.
- Leborgne, Danièle / Lipietz, Alain (1990b):** Neue Technologien, neue Regulationsweisen: einige räumliche Implikationen. Original: New Technologies, New Modes of Regulation: Some Spatial Implications, 1988. In: Borst et. al. 1990, S. 109-129.

- Leborgne, Danièle / Lipietz, Alain (1994):** Nach dem Fordismus – Falsche Vorstellungen und offene Fragen. Original: Fallacies and Open Issues about Post-Fordism, 1990. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.94-109.
- Le Corbusier-Saugnier, Charles-Edouard (1922):** Des yeux qui ne voient pas... II. Les avions. In: L'Esprit Nouveau 9, S.973-988.
- Lefebvre Henri (1968):** Le droit à la ville. Anthropos, Paris.
- Lefebvre Henri (1972):** Die Revolution der Städte. Original: La révolution urbaine, 1970. List, München.
- Lefebvre Henri (1974):** La production de l'espace. Anthropos, Paris. Englische Übersetzung, 1991: The Production of Space. Basil Blackwell, Oxford.
- Lehrer, Ute (1990):** Westway – No Way! Das Zusammenspiel zwischen Autobahn, Park und Stadtentwicklung in Manhattan seit Ende des 19. Jh. bis hin zum Projekt »Westway« von Venturi, Rauch & Scott Brown (1978 – 1985). Lizentiatsarbeit, Universität Zürich.
- Lehrer, Ute (1991):** Architekturprofessor sprach über Zürich. In: Tages-Anzeiger 99, S.19.
- Lehrer, Ute (1992):** Technopark Zürich. In: I.Nosedà / Bauamt II der Stadt Zürich (Hg.), Bauen an Zürich, Bauamt II der Stadt Zürich, S.127-129.
- Lehrer, Ute (1993a):** Bilder der Peripherie: Die Architektur des »Flexiblen Raumes«. In: DISP 112, ORL-Institut, ETH Zürich, S.32-37.
- Lehrer, Ute (1993b):** Grosse Ideen für eine neue Grossstadt: Wie sich Zürich nach der Eingemeindung als Metropole darstellen wollte. In: Tages-Anzeiger, 5.3.1993, S.17.
- Lehrer, Ute (1994):** The Architecture of FlexSpace. In: Environment and Planning D: Society and Space 12, S.187-205.
- Leresche, Jean-Philippe / Bassand, Michel (1991):** Métropole lémanique – une nouvelle dynamique urbaine. IREC, Rapport de recherche 92, Lausanne.
- Lerner, Franz (1958):** Frankfurt am Main und seine Wirtschaft. Wiederaufbau seit 1945. Gerd Ammelburg, Frankfurt/M.
- Lieser, Peter (1989):** Multikultur gegen Stadt der Multis. In: Kommune 7/4, S.12f.
- Lieser, Peter / Keil, Roger (1988a):** Zitadelle und Getto: Modell Weltstadt. In: Prigge / Schwarz 1988, S.183-208.
- Lieser, Peter / Keil, Roger (1988b):** Frankfurt. Die Stadt GmbH & Co.KG. In: Stadtbauwelt 100, S.2122-2127.
- Lieser, Peter / Keil, Roger (1989):** Frankfurt am Main: Global City – Local Spaces. Paper am Annual AAG Meeting, 22.3.1989, Baltimore.
- Lindig, Steffen (1979):** »Der Entscheid fällt an den Urnen«. Sozialdemokratie und Arbeiter im Roten Zürich 1928 bis 1938. Eco-Verlag, Zürich.
- Lipietz, Alain (1979):** Crise et inflation: pourquoi? François Maspero, Paris.
- Lipietz, Alain (1983):** Le monde enchanté – De la valeur à l'envol inflationniste. La Découverte-Maspero, Paris. Englische Übersetzung, 1985: The enchanted World – Inflation, credit and the world crisis. Verso, London.
- Lipietz, Alain (1984a):** L'audace ou l'enlèvement. La Découverte, Paris.
- Lipietz, Alain (1984b):** Imperialism or the Beast of the Apocalypse. Capital and Class 22, S.81-109.
- Lipietz, Alain (1985a):** Mirages et miracles. Problèmes de l'industrialisation dans le Tiers Monde. La Découverte, Paris. Englische Übersetzung, 1986: Mirages and Miracles, The Crisis of Global Fordism. Verso, London.
- Lipietz, Alain (1985b):** Réflexions autour d'une fable – Pour statut marxiste des concepts de régulation et d'accumulation. Paper 8530, CEDREMAP, Paris.
- Lipietz, Alain (1985c):** Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«. In: Prokla 58, S.109-137.

- Lipietz, Alain (1986a):** Behind the Crisis: The Exhaustion of a Regime of Accumulation. A »Regulation School« Perspective on some French Empirical Works. In: Review of Radical Political Economics 18/1-2.
- Lipietz, Alain (1986b):** New Tendencies in the International Division of Labor: Regimes of Accumulation and Modes of Regulation. In: Scott / Storper 1986, S.16-39.
- Lipietz, Alain (1988):** La trame, la chaîne et la régulation: outils pour les sciences sociales. Paper, Congrès International sur la Théorie de la Régulation, 16.-18.6.1988, Barcelona.
- Lipietz, Alain (1989a):** Three crises: The Metamorphoses of Capitalism and the Labour Movement. In: M.Gottdiener / N.Komninos (Hg.), Capitalist Development and Crisis Theory: Accumulation, Regulation and Spatial Restructuring. Macmillan, London, S.59-95.
- Lipietz, Alain (1989b):** Choisir l'audace. Une alternative pour le XXIème siècle. La Découverte, Paris.
- Lipietz, Alain (1991a):** Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts. Original: Capital Labour Relations at the Dawn of the the Twenty-First Century, 1990. In: Leviathan 1, S.79-101.
- Lipietz, Alain (1991b):** Zur Zukunft der städtischen Ökologie. In: Wentz 1991b, S.129-136.
- Lipietz, Alain (1991c):** Demokratie nach dem Fordismus. In: Das Argument 189, S.677-694.
- Lipietz, Alain (1993):** The Local and the Global: Regional Individuality or Interregionalism? In: Transactions of the Institute of the British Geographers. New Series, 18/1.
- Loderer, Benedikt (1992):** Jetzt ist der Standort entscheidend. In: Hochparterre 10, S.32.
- Logan, John R. / Molotch, Harvey (1987):** Urban Fortunes: The Political Economy of Place. University of California Press, Berkeley.
- Logan, John R. / Swanstrom, Todd (Hg.) (1991):** Beyond the City Limits. Urban Policy and Economic Restructuring in Comparative Perspective. Temple UP, Philadelphia.
- Lovering, John (1990):** Fordism's Unknown Successor: A Comment on Scott's Theory of Flexible Accumulation and the Re emergence of Regional Economics. In: International Journal of Urban and Regional Research 14/1, März, S.159-174.
- Lüscher, Rudolf M. (1988):** Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter. Aus dem Nachlass herausgegeben vom Freundeskreis R. M. Lüscher. Konkursbuch / Verlag Claudia Gehrke, Tübingen.
- Lüscher, Rudolf M. / Makropoulos, Michael (1982):** Revolten für eine andere Stadt. In: Ästhetik und Kommunikation 94, S.113-125.
- Lüscher, Rudolf M. / Makropoulos, Michael (1984):** Vermutungen zu den Jugendrevolten 1980/81, vor allem zu denen in der Schweiz. In: R. Lüscher, Einbruch in den gewöhnlichen Ablauf der Ereignisse. Limmat Verlag, Zürich, S.123-141.
- Machimura, Takashi (1992):** The Urban Restructuring Process in Tokyo in the 1980s: Transforming Tokyo Into a World City. In: International Journal of Urban and Regional Research 16/1, März, S.114-128.
- Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (Hg.) (1975):** Dokumentation zur Bodenspekulation und zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Frankfurt am Main. Frankfurt/M.
- Mahon, R. (1987):** From Fordism to? New Technologies, Labour Markets and Unions. In: Economic and Industrial Democracy 8/1, Febr., S.5-60.
- Maier, H. / Wollmann, H. (Hg.) (1986):** Lokale Beschäftigungspolitik. Birkhäuser, Basel.
- Malinvaud, E. (1977):** The Theory of Employment Reconsidered. Oxf. Univ. Press, Oxford.
- Marcuse, Peter (1989):** Dual City: A Muddy Metaphor for a Quartered City. In: International Journal of Urban and Regional Research 13/4, S.697-708.
- Marcuse, Peter (1991):** Die Zukunft der »sozialistischen« Städte. In: Berliner Journal für Soziologie 2, S.203-210.

- Marglin, Stephen A. / Schor, Juliet B. (Hg.) (1990):** The Golden Age of Capitalism. Oxford University Press, Oxford.
- Marrel Catherine (1991):** Die schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland. In: Geld, Währung und Konjunktur 4/91, Bern, S.373-376.
- Marris, S. (1987):** Deficits and the Dollar: the World Economy at Risk. Institute of International Economics, Washington DC.
- Marshall, J.N. et.al. (1986):** Uneven Development in the Service Economy: Understanding the Location and Role of Producer Services. Report of the Producer Services Working Party, Institute of British Geographers and the ESRC, August.
- Marx, Karl (MEW 23):** Das Kapital, Band I. Marx-Engels-Werke 23, Dietz, Berlin.
- Marx, Karl (MEW 25):** Das Kapital, Band III. Marx-Engels-Werke 25, Dietz, Berlin.
- Masnata-Rubattel, Claire und François (1978):** Macht und Gesellschaft in der Schweiz. Luchterhand, Darmstadt.
- Massey, Doreen / Quintas, Paul / Wield, David (1992):** High Tech Fantasies: Science Parks in Society, Science and Space. Routledge, London.
- Mattelart, Armand (1993):** Neue Horizonte der Kommunikation. In: Das Argument 201, S.689-706.
- Mayer, Margit (1988):** The Changing Conditions of Local Politics in the Transition of Post-Fordism. Paper, International Conference on Regulation Theory, 16.-18.6.1988, Barcelona.
- Mayer, Margit (1990):** Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: Borst et al. 1990, S.190-208.
- Mayer, Margit (1991):** »Postfordismus« und »lokaler Staat«. In: Heinelt / Wollmann 1991, S.31-51.
- Meier, Isabelle (1986):** Die »Landi«. Zur Rekonstruktion des Nationalismus an der Schweizerischen Landesausstellung 1939 Zürich. Lizentiatsarbeit, Philosophische Fakultät I der Universität Zürich.
- Mey, Kari-Anne (1994):** Vom Tanker zum Raumschiff und zurück. In: FabrikZeitung 104, Juli/Aug., S.9f.
- Mingione, Enzo (1991):** Fragmented Societies: A Sociology of Economic Life Beyond the Market Paradigm. Basil Blackwell, Oxford.
- Mitscherlich, Alexander (1965):** Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Eine Anstiftung zum Unfrieden. Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Mollenkopf, John H. / Castells, Manuel (Hg.) (1992):** Dual City: Restructuring New York. Russel Sage Foundation, New York.
- Moran, Michael (1991):** The Politics of the Financial Service Revolution. Macmillan, London.
- Morgenthaler, Jan (1991):** Das Büro als kriminogenes Milieu. In: Fehr / Keller / Morgenthaler 1991, S.11-26.
- Moroni, P. (1994):** Zur Entstehung und Bedeutung der Lega Nord. In: Die Beute 2, S.11-21.
- Noller, Peter (1994):** Stadtlandschaften. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.198-211.
- Noller, Peter / Prigge, Walter / Ronneberger, Klaus (Hg.) (1994):** Stadt-Welt. Über die Modernisierung städtischer Milieus. Die Zukunft des Städtischen, Frankfurter Beiträge Band 6. Campus, Frankfurt/M.
- Noller, Peter / Ronneberger, Klaus (1995):** Die neue Dienstleistungsstadt. Städtische Professionelle in der Rhein Main-Region. Campus, Frankfurt/M.
- OECD (1991):** Economic Outlook 50. Paris.
- Offe, Claus (1984):** Contradictions of the Welfare State. MIT Press, Cambridge, Ma.
- Ong, Paul et al. (1989):** The Widening Divide. Urban Planning Program, University of California, Los Angeles.

- Palmer, Michael (1993):** Comment Reuter a gagné la course à l'information boursière. In: *Le Monde Diplomatique*, Januar, S.18-19.
- Parsonage, James (1992):** Southeast Asia's Growth Triangle: A Subregional Response to Global Transformation. *International Journal of Urban and Regional Research* 16/2, Juni, S.307-317.
- Peake, Linda (1993):** »Race« and Sexuality: Challenging the Patriarchal Structuring of Urban Social Space. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 11/4, August, S.415-432.
- Pearce, N. / Guskind, R. (1989):** Hot Managers, Sizzling Cities. In: *Business Month*, Juni.
- Perez, Carlotta (1985):** Microelectronics, Long Waves and World Structural Change: New Perspectives for Developing Countries. In: *World Development* 13.3, S.441-463.
- Peterson, Paul E. (1981):** *City Limits*. University of Chicago Press, Chicago.
- Petrella, Riccardo (1992):** Techno-Apartheid for a Global Underclass. In: *Los Angeles Times*, 6.8.1992, Metro-Section.
- Pfotenhauer, Erhart (1988):** »Frankfurter entscheidet mit!« Planung und Protest im Aufbruch der siebziger Jahre. In: Prigge / Schwarz 1988, S.145-163.
- Pickvance, Chris / Preteceille, Edmond (Hg.) (1991):** *State Restructuring and Local Power: A Comparative Perspective*. Pinter, London.
- Piore, Michael J. (1986):** The Decline of Mass Production and the Challenge to Union Survival. In: *Industrial Relations Journal* 17.3, S.207-213.
- Piore, Michael J. / Sabel, Charles F. (1985):** *Das Ende der Massenproduktion. Original: The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity*, 1984. Wagenbach, Berlin.
- Pirath, Carl / Feuchtinger, Max-Erich (1954):** *General Verkehrsplan für die Stadt Zürich*. Gutachten, 3 Bände. Stuttgart.
- Pollett, Anna (1988):** Dismantling Flexibility. In: *Capital and Class* 34, S.42-75.
- Portes, Alejandro / Sassen, Saskia (1987):** Making it Underground: Comparative Material on the Informal Sector in Western Market Economies. In: *American Journal of Sociology* 93.1, S.30-61.
- Portes, Alejandro / Castells, Manuel / Benton, Laura (Hg.) (1989):** *The Informal Economy: Studies in Advanced and Less Developed Countries*. J. Hopkins Univ. Press, Baltimore.
- Poulantzas, Nicos (1978):** *Staatstheorie, Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. VSA, Hamburg.
- Poulantzas, Nicos (1979):** Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen! Interview. In: *Prokla* 37, S.127-140.
- Prigge, Walter (1986a):** Verflechtungen. In: Höpfner / Fischer 1986, S.14-19.
- Prigge, Walter (1986b):** Grosstadtideologien. In: *Aesthetik und Kommunikation* 61/62, S.109-113.
- Prigge, Walter (1986c):** Zeit, Raum und Architektur: Zur Geschichte der Räume. Deutscher Gemeindeverlag, Kohlhammer, Köln.
- Prigge, Walter (1987a):** Politische Architektur. In: Th. Kreuder / H.Loewy (Hg.), *Konservatismus in der Strukturkrise*. Suhrkamp, Frankfurt/M., S.616-631.
- Prigge, Walter (Hg.) (1987b):** *Die Materialität des Städtischen, Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*. Birkhäuser, Basel.
- Prigge, Walter (1987c):** Hegemonie des urbanistischen Diskurses. Zur Kritik der inneren Urbanisierung. In: Prigge 1987b, S.177-194.
- Prigge, Walter (1988a):** Mythos Metropole. Von Landmann zu Wallmann. In: Prigge / Schwarz 1988, S.209-240.
- Prigge, Walter (1988b):** Wohn-Fords. In: W.Prigge / W.Kaib (Hg.), *Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich*. Vervuert, Frankfurt/M, S.65-78.

- Prigge, Walter (1991):** Zweite Moderne. Modernisierung und städtische Kultur in Frankfurt. In: Brauerhoch 1991, S.91-105.
- Prigge, Walter (1992):** Geistesgeschichte und Stadtgeschichte: Wien, Frankfurt, Paris. Eine Skizze. In: W.Prigge (Hg.), Städtische Intellektuelle – Urbane Milieus im 20.Jahrhundert. Fischer, Frankfurt/M., S.12-46.
- Prigge, Walter (Hg.) (1995):** Frankfurter Aufklärung. Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Prigge, Walter / Lieser, Peter (1992):** Metropole Frankfurt. Keine Metro, aber Polarisierung. Lokale Politik zwischen Stadt und Land. In: Heinelt / Mayer 1992a: S.49-70.
- Prigge, Walter / Schwarz, Hans-Peter (Hg.) (1988):** Das Neue Frankfurt. Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozess 1925-1988. Vervuert, Frankfurt/M.
- Rahms, Helene (1991):** Im Bann der Metropole. Eine Kleinstadt im Taunus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.9.91.
- Ratti, Remigio (1988):** Le Tessin, région urbaine émergente? In: Bassand / Joye / Schuler 1988, S.91-96.
- Rautenstrauch, Lorenz (1990):** Frankfurt und sein Umland. Planung, Politik, Perspektiven im Bereich des Umlandverbandes Frankfurt. In: M. Streit / H.-A.Haasis (Hg.), Verdichtungsregionen im Umbruch: Erfahrungen und Perspektiven stadtreionaler Politik. Nomos, Baden-Baden, S.233-298.
- Rebentisch, Dieter (1991):** Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. In: Frankfurter Historische Kommission 1991, S.423-519.
- Regio Basiliensis (1988):** Regio Report 1988. Basel.
- Ribe, Helena et al. (1990):** How Adjust Programs Can Help the Poor: The Worlds Bank's Experience. World Bank Discussion Papers 71. The World Bank, Washington, D.C.
- Rimmer, Peter J. (1986):** Japan's World Cities: Tokyo, Osaka, Nagoya, or Tokaido Megalopolis? In: Development and Change 17/1, Januar, S.121-158.
- Roberts, Peter (1989):** Local Economic Development: Alternative Forms of Local and Regional Policy for the 1990s. In: L. Albrechts et al. (Hg.), Regional Policy at the Crossroads – European Perspectives. Kingsley Publications, London.
- Robertson, Roland (1991):** Social Theory, Cultural Relativity and the Problem of Globality. In: King 1991, S.69-90.
- Ronneberger, Klaus (1990):** Metropolitane Urbanität. Der Pflasterstrand als Medium einer in die städtische Elite aufsteigenden Subkultur. In: H.Schilling (Hg.), Urbane Zeiten – Lebensstilentwürfe und Kulturwandel in einer Stadtregion. Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt am Main, S.15-44.
- Ronneberger, Klaus (1994a):** Zitadellenökonomie und soziale Transformation der Stadt. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.180-197.
- Ronneberger, Klaus (1994b):** Die Neuen Städter. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.249-257.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1993a):** Rhein-Main – Eine Region formiert sich neu. In: DISP 112, ORL-Institut, ETH Zürich, S.38-44.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1993b):** Alles soll so bleiben wie es ist. In: T.Königs (Hg.), Stadt-Parks. Campus, Frankfurt/M., S.120-127.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1993c):** Frankfurt: Tendenzen der räumlichen Regulation auf dem Weg in den Postfordismus. In: Kreibich et al., S.229-246
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1993d):** Riding the Tiger of Modernization: Red-Green Reform Politics in Frankfurt am Main. In: Capitalism, Nature, Socialism 4/2, S.19-50.
- Ross, Robert / Trachte, Kent (1990):** Global Capitalism: The New Leviathan. State University of New York Press, Albany.
- Roth, Roland (1991a):** Städtische soziale Bewegungen und grün-alternative Kommunalpo-

litik. In: Heinelt / Wollmann 1991, S.167-186.

Roth, Roland (1991b): Frankfurt am Main: Skizzen zu einer Bewegungsmetropole. In: Brauerhoch 1991, S.149-176.

Roth, Roland / Wollmann, Helmut (Hg.) (1993): Grün-Alternative Kommunalpolitik in der Bundesrepublik. Birkhäuser, Basel.

Röttger, Bernd (1993): EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik. In: Prokla 92, S.473-490.

Rucht, Dieter (Hg.) (1984): Flughafenprojekte als Politikum: Die Konflikte in Stuttgart, München und Frankfurt. Campus, Frankfurt/M.

Ruddick, Sue (1994): Sub-Liminal Los Angeles: The Case of Rodney King and the Socio-Spatial Re-Construction of the Dangerous Classes. In: B.-P. Lange / H.-P. Rodenberg (Hg.), Die neue Metropole: Los Angeles – London. Argument, Hamburg/Berlin.

Rustin, Michael (1989): The Politics of Post-Fordism: Or, the Trouble with »New Times«. In: New Left Review 175, S.54-77.

Sandercock, Leonie (1992): Community and Other Myths. In: Editions: Australian and International Books and Ideas 14, 3.11.1992, Melbourne University.

Sassen, Saskia (1988): The Mobility of Labor and Capital: A Study in International Investment and Labor Flow. Cambridge University Press, London.

Sassen, Saskia (1993a): The Global City: New York, London, Tokyo (Taschenbuchausgabe). Princeton University Press, Princeton.

Sassen, Saskia (1993b): Analytic Borderlands: Economy and Culture in the Global City. Vortrag vom 11.3.1993 am Department of German Literature / Department of Regional Planning, Cornell University.

Sassen, Saskia (1994): Cities in a World Economy. Sage, Pine Forge, Ca.

Sayer, Andrew (1989): Postfordism in Question. In: International Journal of Urban and Regional Research 13, S.666-95.

Schama, Simon (1987): The Embarrassment of Riches: An Interpretation of Dutch Culture in the Golden Age. Fontana Press.

Scharpf, F. (1987): Grenzen der institutionellen Reform. In: Ellwein et al. 1987, S.111-151.

Scherr, Niklaus (1988): Mieterkampf & Bürgerinitiativen – eine subjektive Bilanz. In: FabrikZeitung 45, September, S.8.

Schilling, Rudolf (Red.) (1971): Zürich plant – plant Zürich? Wegleitung zu einer Ausstellung über Städtebau und Stadtplanung im Kunstgewerbemuseum Zürich. Zürich.

Schilling, Rudolf (1982a): Ideen für Zürich. Orell Füssli, Zürich.

Schilling, Rudolf (1982b): Dies oder nichts mehr – Stadt- und City-Erweiterung Zürich Südwest. In: Tages Anzeiger Magazin 48, 3.12.83, S.8-18.

Schmid, Christian (1989): Der Urbanisierungsprozess in der Schweiz seit 1945. Zur Kritik der Stadtentwicklung – Zürich im Zentrum, Teil V. Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Zürich.

Schmid, Karl Otto (1971): Plant Zürich? In: Schilling 1971 (o.S.).

Schneider, Hannelore (1989): Mechanik der Umschichtung. Wohnen in Rhein-Main. In: Kommune 7/3, S.31-33.

Scholz, Carola (1989): Frankfurt – Eine Stadt wird verkauft. ISP-Verlag, Frankfurt/M.

Schrader, Alfons (1950): Wiederaufbau und Exportbedeutung der Frankfurter Industrie. In: Jahrbuch der Stadt Frankfurt am Main, S.15-30.

Schubert, Alexander (1985): Die Internationale Verschuldung. Suhrkamp, Frankfurt/M.

Schuler, Martin (1984): Abgrenzung der Agglomerationsräume in der Schweiz. Beiträge zur schweizerischen Statistik 105, Bundesamt für Statistik, Bern.

Schuler, Martin / Nef, Rolf (1983): Räumliche Typologien des schweizerischen Zentren-

Peripherien-Musters. Nationales Forschungsprogramm 5, Arbeitsberichte 35, Bern.

Schwanzer, Wolfgang (1987): Industrielle Entwicklung in Frankfurt am Main – von der Manufaktur zur weltmarktorientierten Produktion. Berichte und Informationen, Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Frankfurt am Main.

Schweizer Handelszeitung (1991): Top 2000: Die grössten Unternehmen in der Schweiz 1991. Zürich.

Schweizerische Nationalbank (1993): Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1992, Nr. 77. Zürichsee Zeitschriftenverlag, Stäfa.

Scott, Allen J. (1986): High Technology Industry and Territorial Development: The Rise of the Orange County Complex, 1955-1984. In: *Urban Geography* 1/86, S.3-45.

Scott, Allen J. (1988): Flexible Production Systems and Regional Development: the Rise of New Industrial Spaces in North America and Western Europe. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 12/2, S.171-186.

Scott, Allen J. (1990): *Metropolis: From the Division of Labor to Urban Form.* University of California Press, Berkeley.

Scott, Allen J. / Storper, Michael (Hg.) (1986): *Production, Work, Territory. The Geographical Anatomy of Industrial Capitalism.* Allen & Unwin, Boston.

Senger, Valentin (1980): Das Monster am Main. In: *Stern* 32/5, S.149-154.

Sklair, Leslie (1991): *Sociology of the Global System: Social Change in Global Perspective.* John Hopkins University Press, Baltimore.

Smith, Michael Peter (Hg.) (1992): *After Modernism: Global Restructuring and the Changing Boundaries of City Life. Comparative Urban and Community Research, Bd. 4.* Transaction Publishers, New Brunswick, N.J.

Soja, Edward W. (1989): *Postmodern Geographies: The Reassertion of Space in Critical Social Theory.* Verso, London/New York.

Soja, Edward W. (1992a): The Stimulus of a Little Confusion: A Contemporary Comparison of Amsterdam and Los Angeles. In: *Smith 1992*, S.17-38.

Soja, Edward W. (1992b): Inside Exopolis: Scenes from Orange County. In: *Sorkin 1992*, S.94-122.

Soja, Edward W. / Scott, Allen J. (1986): Los Angeles: Capital of the Late Twentieth Century. In: *Environment and Planning D, Society and Space* 4, S.249-254.

Sorg, Eugen et al. (1994): Zürich Sucht. In: *Das Magazin* 48, 3.12.94, S.8-63.

Sorkin, Michael (Hg.) (1992): *Variations on a Theme Park: The New American City and the End of Public Space.* The Noonday Press, New York.

Speer, Albert jr. und Partner (1990): Zielvorstellungen für die Gestaltung des engeren Verdichtungsraumes Rhein-Main bis zum Jahr 2000 und Handlungsstrategien zur Verwertung Frankfurts. Wissenschaftliches Gutachten, Frankfurt/M.

Spielhofer, Guido (1994): Wohlgroth. Besetzen und Besitzen in Zürich. In: *Die Beute* 1, S.67-71.

Spiro, J.E. (1977): *The Politics of International Economic Relations.* George Allen and Unwin, London.

Spivak, Gayatri (1993): Can Discourses Be Countered? Vortrag vom 25.2.1993 am English Department, York University, Toronto.

Statistisches Amt der Stadt Zürich (1992): Zürcher Verkehrsverbund-Zählung Mai 1991 – 1992. Zürich.

Statistisches Amt der Stadt Zürich (1993): Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 1993.

Steinmetz, George (1994): Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus. In: *Das Argument* 203, S.23-40.

Stern, Daniel (1994): Langzeitschäden im Kreis 5. In: *Die Beute* 3, S.26-39.

- Stierli, Theo (1980):** Raumordnung und bauliche Entwicklung im Kanton Zürich. NZZ vom 28.1.1980, S.25 / vom 29.1.1980, S.49.
- Stone, Clarence / Sanders, Heywood (Hg.) (1987):** The Politics of Urban Development. University of Kansas Press, Kansas.
- Storper, Michael / Scott, Allen J. (1990):** Geographische Grundlagen und gesellschaftliche Regulation flexibler Produktionskomplexe. In: Borst et al. 1990, S.130-149.
- Storper, Michael / Walker, Richard (1989):** The Capitalist Imperative: Territory, Technology, and Industrial Growth. Basil Blackwell, New York.
- Stracke, Ernst (1980):** Stadtzerstörung und Stadtteilkampf in Frankfurt am Main. Pahl-Rugenstein, Köln.
- Strehle, Res (1991):** Kapital und Krise. Einführung in die politische Ökonomie. Schwarze Risse, Berlin / Rote Strasse, Göttingen.
- Studer, Tobias (1983):** Standortverlagerungen Nordwestschweiz – Nordostschweiz. In: DISP 72, ORL-Institut, ETH Zürich, S.5-17.
- Studiengruppe Finanzplatz Zürich (Hg.) (1988):** Der Finanzplatz Zürich und seine Rahmenbedingungen in der Stadt. Verfasst von Markus Schildknecht. Bank Julius Bär, Zürich.
- Sudjic, Deyan (1992):** The 100 Mile City. André Deutsch, London.
- Technische Kommission für den Generalverkehrsplan der Stadt Zürich (Hg.) (1961):** Zürcher Expressstrassen – Variantenvergleich, Teil II. Zürich.
- Ter Hart, H.W. / Piersma J. (1990):** Direct Representation in International Financial Markets: The Case of Foreign Banks in Amsterdam. In: Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie 81, S.82-92.
- Terhorst, P. / Van de Ven, J. (1986):** The Revival of Personal Services in Cities: An Expression of Polarization? In: Neth. J. of Housing and Environmental Res. 1, S.115-138.
- Thrift, Nigel (1987):** The Fixers: The Urban Geography of International Commercial Capital. In: Henderson / Castells 1987, S.203-233.
- Thrift, Nigel / Leyshon, A.L. (1993):** Making Money: The City of London and Social Power in Britain. Routledge, London.
- Thut, Rolf / Bislin, Claudia (1977):** Aufrüstung gegen das Volk – Staat und Staatsschutz in der Schweiz. Eco-Verlag, Zürich.
- Tomaney, John (1990):** The Reality of Workplace Flexibility. In: Capital and Class 40, S.29-60.
- Trepp, Gian (1993):** Die Wunderwaffen der Schweizer Banken – Der Finanzplatz Schweiz und die Nationalökonomie des Alleingangs. In: Die WochenZeitung 18, 7.5.1993, S.25-27.
- Überparteiliche Arbeitsgruppe Zürich-Nord (Hg.) (1992):** Zürich-Nord – Lebensraum/ Wirtschaftsraum. Ein Entwicklungsleitbild für die Wachstums- und Belastungsregion Zürich-Nord. Verfasst von Erich Willi, Mitarbeit von D. Winter und M. Pestalozzi. Zürich.
- Unterwerner, Petra (1991):** Strukturwandel im Gallus. Unveröffentlichtes Manuskript. Institut für Kulturgeographie der Universität Frankfurt am Main.
- Venturi, Robert / Scott Brown, Denise / Izenour, Steven (1972):** Learning from Las Vegas. The MIT Press, Cambridge USA.
- Verlag 2000 (Hg.) (1989):** Geschichte der Farbwerke Hoechst. Offenbach.
- Vogler, Gertrud / Bänziger, Chris (1990):** Nur sauber gekämmt sind wir frei. Drogen und Politik in Zürich. Eco-Verlag, Zürich.
- von Freyberg, Thomas (1992):** Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung, Anmerkungen zur Armutsentwicklung in Frankfurt am Main. In: T.v.Freyberg / K. Koch / K. H. Petersen (Hg.), Armut in Frankfurt. Verlag 2000, Offenbach, S.49-66.
- von Friedeburg, Ludwig (1994):** Vorwort. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.10-12.
- von Hauff, Michael (1989):** Neue Selbsthilfebewegung und staatliche Sozialpolitik. Eine

- analytische Gegenüberstellung. Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.
- von Schoeler, Andreas (1994):** Die Grossstadt als Sanierungsfall – am Beispiel Frankfurt am Main. In: Kronawitter 1994, S. 207-228.
- von Verschuer, Klaus Freiherr (1950):** Die strukturelle Entwicklung der Frankfurter Wirtschaft. In: Jahrbuch der Stadt Frankfurt am Main (Frankfurt im Aufbau). Atharva Verlag, Frankfurt/M., S.29-57.
- Wallerstein, Immanuel (1974):** The Modern World System. Academic Press, Lond./NY.
- Walraff, Günter (1986):** Ganz unten. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
- Walton, John (1990):** Theoretical Methods in Comparative Urban Politics. In: Logan / Swanstrom 1990, S.243-257.
- Welz, Gisela (1994):** Der Tod des Lokalen als Ekstase des Lokalismus. In: Noller / Prigge / Ronneberger 1994, S.218-225.
- Wentz, Martin (Hg.) (1991a):** Stadtplanung in Frankfurt: Wohnen, Arbeiten, Verkehr. Die Zukunft des Städtischen, Frankfurter Beiträge Band 1. Campus, Frankfurt/M.
- Wentz, Martin (Hg.) (1991b):** Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen, Frankfurter Beiträge Band 2. Campus, Frankfurt/M.
- Werlen, Benno (1993):** Identität und Raum – Regionalismus und Nationalismus. In: Soziographie 7, S.39-73.
- Widerspruch (1987):** Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos. Sonderband, Zürich.
- Will, T. (1992):** Periphere Paradiese. In: ARCH+ 114/115, Dezember, S.27-29.
- Willi, Erich (1991):** Zürichwasserkopf 1991 – Regionalwanderkarte Nr. 04. Beilage zu Hochparterre 12/91.
- Wirtschaftsförderungs GmbH (1987):** Leitlinien der Wirtschaftsförderung. Frankfurt/M.
- WochenZeitung, Die (1994):** Zürcher Wahlen. WoZ Extra, Februar.
- Wohnland (Hg.) (1992):** Wohnland-Zeitung. Offizielles und überparteiliches Informationssorgan vom Wohnland. Möbel Pfister AG, St. Gallen.
- Wolff, Richard (1985):** Die Entwicklung Zürichs: Die Stadt bis 1848. Zur Kritik der Stadtentwicklung – Zürich im Zentrum, Teil II. Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Zürich.
- Wolff, Richard (1993):** Wem gehört die Stadt? In: Zürcher StudentIn 20, 3.12.93, S.7-9.
- World Commission on Environment and Development (1987)** (Vorsitz: G. H. Bruntland): Our common future. Report. Oxford University Press, Oxford.
- Zeller, Christian (1992):** Mobilität für alle! Umriss einer Verkehrswende zu einem autofreien Basel. Birkhäuser, Basel.
- Zukin, Sharon (1991):** Landscape of Power: From Detroit to Disney World. University of California Press, Berkeley.
- Zukin, Sharon et al. (1992):** The Bubbling Cauldron: Global and Local Interactions in New York City Restaurants. In: Smith 1992, S.105-132.
- Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS) (1960):** Beitrag der ZAS zur Generalverkehrsplanung und zur städtebaulichen Gestaltung des Sihlraumes. Zürich.
- Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau, ZAS (1971):** Lawinenerbauungen. 3 Bände. Zürich.
- Zwerenz, Gerhard (1973):** Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond. Frankfurt/M.
- Zwingli, Marcel (1991):** Rote Fabrik, Zürich – Geschichte und Analyse einer soziokulturellen Innovation. Band I: Von der Riviera zur Roten Fabrik. Die urbane Subkultur der Stadt Zürich zwischen Marginalisierung und Institutionalisierung. Eigenverlag, Zürich.

Autorinnen und Autoren

John Friedmann, Professor Emeritus für Stadt- und Regionalplanung an der University of California in Los Angeles, Ehrendoktor der Universität Dortmund. Hat als Berater für Planung in Lateinamerika, Afrika, Ost- und Südostasien gearbeitet. Zahlreiche Publikationen zu Regionalentwicklung, Urbanisierung und Planungstheorie. Arbeitet zur Zeit über Immigration in Städten.

Hansruedi Hitz, Stadtgeograph und Kulturveranstalter in Stäfa (Grossregion Zürich), als Mitglied des Senter for Applied Urbanism (SAU) an verschiedenen Projekten urbaner Theoriebildung und Praxis beteiligt.

Roger Keil, Politologe, Assistant Professor an der Faculty of Environmental Studies der York University in Toronto. War Mitglied von urbi et orbi Stadtforschungen, Mitarbeiter im GrünGürtel Projektbüro Frankfurt und im Labor/Community Strategy Center Los Angeles. Seine Dissertation zu Internationalisierung und lokaler Politik in Los Angeles, »Weltstadt – Stadt der Welt«, erschien 1993 im Verlag Westfälisches Dampfboot.

Stefan Kipfer, Politologe an der Faculty of Environmental Studies der York University in Toronto. Arbeitet zur Zeit an einer Masterarbeit über Globalisierung, Hegemonie und Lokalpolitik in Zürich.

Ute Lehrer, Kunsthistorikerin, Journalistin, war in Zürich Architekturkritikerin beim Tages-Anzeiger und Mitglied der Konzeptgruppe Städtebau, ist derzeit in Los Angeles als Chancellor Fellow an der Graduate School of Architecture and Urban Planning der UCLA und arbeitet an ihrer Dissertation über städtische Formen und Stadtentwicklungstheorien sowie an einer Studie über Immigration in Städten.

Alain Lipietz, Forschungsdirektor am Centre d'Études Prospectives d'Économie Mathématique Appliquées à la Planification (CEPREMAP) in Paris. Sprecher der Wirtschaftskommission der Grünen und Regionalrat von »Ile-de-France«. Autor zahlreicher Bücher, auf Deutsch zuletzt »Berlin, Bagdad, Rio: Das 21. Jahrhundert hat begonnen«, das 1993 im Verlag Westfälisches Dampfboot erschien.

Margit Mayer, Professorin an der Abteilung Politik des John F. Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Stadtpolitik. Zusammen mit Hubert Heinelt hat sie 1992 das Buch »Politik in Europäischen Städten: Fallstudien zur Bedeutung lokaler Politik« herausgegeben.

Walter Prigge, Stadtsoziologe in Frankfurt am Main, Mitglied von *urbi et orbi* Stadtforschungen, war Mitarbeiter im GrünGürtel Projektbüro Frankfurt, lehrt an der Universität Frankfurt.

Klaus Ronneberger, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M. War im GrünGürtel Projekt tätig.

Saskia Sassen, Professorin für Stadtplanung an der Columbia University in New York. Autorin von mehreren Büchern zur Globalisierung, unter anderen »The Global City: New York, London, Tokyo«. Arbeitet derzeit an einem Buch über internationale Migration, das beim Fischer Verlag erscheinen wird.

Christian Schmid, Stadtgeograph, Mitglied des Senter for Applied Urbanism (SAU), theoretische und praktische Tätigkeit als freischaffender Stadtforscher in Zürich und Paris. Arbeitet zur Zeit an einer Dissertation über Stadtentwicklungstheorien.

Edward W. Soja, Professor für Stadt- und Regionalplanung an der University of California in Los Angeles. Autor des 1989 erschienen Buches »Postmodern Geographies: The Reassertion of Space in Critical Social Theory« sowie mehrerer Artikel über Raum und den Prozess der urbanen und regionalen Entwicklung. Arbeitet zur Zeit an einem Buch mit dem Titel »Thirdspace: A Journey through Los Angeles and other Real-and-imagined Places«, das bei Blackwell erscheint.

Richard Wolff, Stadtgeograph, Mitglied des Senter for Applied Urbanism (SAU), theoretische und praktische Tätigkeit als freischaffender Stadtforscher und als Kampagnenleiter beim Verkehrsclub der Schweiz (VCS). Arbeitet zur Zeit an einer Dissertation über die Demokratisierung des Urbanisierungsprozesses.

Capitales Fatales präsentiert Texte von führenden Stadtforscherinnen und Stadtforschern zur Formation von World Cities und Global Cities (John Friedmann, Los Angeles; Saskia Sassen, New York), zur gesellschaftlichen Regulation und zur lokalen Politik nach dem Fordismus (Alain Lipietz, Paris; Margit Mayer, Berlin), zu den neuen Formen des Urbanisierungsprozesses und zur Epistemologie des Städtischen (Edward W. Soja, Los Angeles; Walter Prigge, Frankfurt). Vor diesem theoretischen Hintergrund skizzieren die AutorInnen aus Zürich und Frankfurt die Entwicklung der beiden Städte zu Finanzzentren europäischer Größenordnung, analysieren den Zusammenhang zwischen der Welt-Stadt-Formation und der Restrukturierung des urbanen Raumes und erkunden die politischen und sozialen Konsequenzen der Metropolitanisierung in den jeweiligen Stadtregionen.

Capitales Fatales – ein Buch über
Globalisierung, Stadtentwicklung
und lokale Politik in den Finanz-
metropolen Frankfurt und Zürich.
Mit Analyse zur gesellschaftlichen
Entwicklung in westlichen Metro-
polen, mit Berichten zur Welt-
Stadt-Formation an Limmat und
Main und einem Ausblick auf
den Urbanisierungsprozess des
ausgehenden zwanzigsten
Jahrhunderts.

ISBN 3-85869-093-7